

Reader

Umweltgeschichte III

2014

Erstellt von:

Ute Streitt, Justine Aust, Viktoria Leisch, Nora Hansl, Michael
Sengtschmid

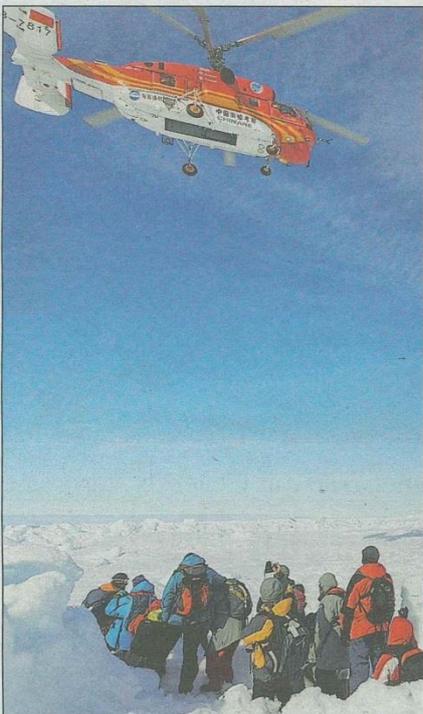
Linz 2015

● **Flucht vor Vulkan**

Der 2460 m hohe Vulkan Sinabung auf Sumatra jagte neuerlich hohe Gas- und Aschefontänen in die Luft. 19.000 Bewohner der Umgebung sind geflüchtet.



Fotos: Andrew Pearce/AFP



Die ersten Passagiere der „Akademik Schokalskiy“ werden vom Hubschrauber ▲
 ◀ ausgeflogen. Sie hatten bereits seit Weihnachten auf diesen Augenblick gewartet.

52 Forscher und Touristen auf Weg nach Australien

Im Eis Gefangene von Hubschrauber gerettet

Sydney. – Die Rettung der seit Weihnachten im Eis der Antarktis auf dem russischen Forschungsschiff „Akademik Schokalskiy“ feststehenden 52 Passagiere und Forscher mit einem Hubschrauber ist am Donnerstag erfolgreich verlaufen. „Wir haben es geschafft“, twitterte Expeditionsleiter Chris Turney.

Die 52 wurden in Gruppen vom Hubschrauber des chinesischen Eisbrechers „Schneedraache“ auf eine Eisscholle beim australischen Eisbrecher „Aurora Australis“ gebracht. Von dort gelangten sie auf das Schiff, das sie später nach Australien brin-

gen soll. Die 22 Crew-Mitglieder blieben auf der „Akademik“.

In den vergangenen Tagen hatten drei Eisbrecher vergeblich versucht, das Schiff aus dem dicken Eis zu befreien. Für eine Rettung per Hubschrauber war das Wetter bisher zu schlecht gewesen.

Die Forscher und Touristen aus Australien, Neuseeland und Großbritannien sind auf den Spuren eines Polarforschers unterwegs, der die Region vor 100 Jahren besuchte. Die „Schokalskiy“ war schon auf dem Rückweg, als das Packeis sie 2800 km südlich von Hobart einschloss.

Crew, Forscher und Touristen ließen sich ihre Stimmung aber nicht verderben und vertrieben sich die Zeit mit Singen sowie Näh- oder Salsakursen ...

Betrunkener rast in Fußgänger: 6 Tote

Warschau. – Ein betrunkenen Autofahrer (26) rastete am Neujahrstag im polnischen Kamien Pomorski in eine Fußgängergruppe und tötete sechs Menschen, darunter einen Polizisten, dessen Frau und den Sohn (9) des Paares. Dem Fahrer war schon 2006 der Führerschein wegen Trunkenheit am Steuer für ein Jahr entzogen worden.

Hunderte Flüchtlinge aus Meer geborgen

Rom/Athen. – Vor Italien und Griechenland haben Einsatzkräfte im neuen Jahr Hunderte Flüchtlinge gerettet. Ein italienischer Zerstörer nahm vor Lampedusa 233 Menschen auf, deren Boot in rauer See in Schwierigkeiten geraten war. In der Ägäis rettete die Küstenwache Griechenlands 85 Flüchtlinge. Ihr Segelboot war in Seenot geraten.



▲ Silvester feierten die 74 im Packeis Eingeschlossenen singend und offensichtlich bester Laune im warmen Zelt.

Vergewaltigte Natur in Sotschi

Vermutlich noch nie ist für Olympische Spiele die Natur derart vergewaltigt worden wie in Sotschi und dem angrenzenden Skigebiet. Nicht von ungefähr ist deshalb schon ein kritischer Umweltschützer, der vor den Folgen warnte, als „Nestbeschmutzer“ zu drei Jahren Haft verurteilt worden.

Baumaschinen walzten brachial – (es musste ja möglichst schnell gehen)

– tiefe Schneisen in das vormalige Naturschutzgebiet, chemisch belasteter Bauschutt lässt Brunnen versiegen und vergiftet das Grundwasser. Das ganze Ökosystem droht später in der Tourismusregion zu kippen.

Die versprochenen Entschädigungsgelder für Haus und Grundbesitzer versickerten wie das Brunnenwasser auf dem Weg nach unten...

Nach Rettungsaktion in der Antarktis:

Eisbrecher steckt selbst im Eis fest

Sydney. – Der bei der Rettungsaktion in der Antarktis involvierte chinesische Eisbrecher „Schneedrache“ steckt selbst im Eis fest. Für einen Rettungseinsatz wurde ausgerechnet die „Aurora Australis“ alarmiert, auf der sich die vom Hubschrauber des „Schneedrachen“ geretteten 52 Forscher und Touristen befinden.

Die „Aurora“ war eigentlich schon auf dem Weg zur Antarktis-Station Casey, um ihre zu Weihnachten durch den Notruf der „Akademik Schokalskiy“ unterbrochene Versorgungsfahrt fortzusetzen. Heim geht es für die 52 von dem russischen Forschungsschiff geretteten Expeditionsteilnehmer also nicht sofort: Auch ohne die mögliche Hilfe für „Schneedrache“ sollte die „Aurora“ noch mindestens zwei Wochen unterwegs sein.

Medien schätzen den Preis für die Rettungsaktion der Wissenschaftler und Touristen auf mehrere Millionen Dollar. Kosten für Such- und Rettungsaktionen werden laut Statut der australischen Seesicherheitsbehörde getragen. Das schließt aber nicht mögliche Forderungen der Eigner der zu Hilfe herbeigeilten Eisbrecher ein. Allein die Kosten für die unterbrochene Arbeit der „Aurora“ schlägt mit 40.000 € zu Buche – pro Tag!



Der „Schneedrache“-Hubschrauber rettete 52 Eingeschlossene

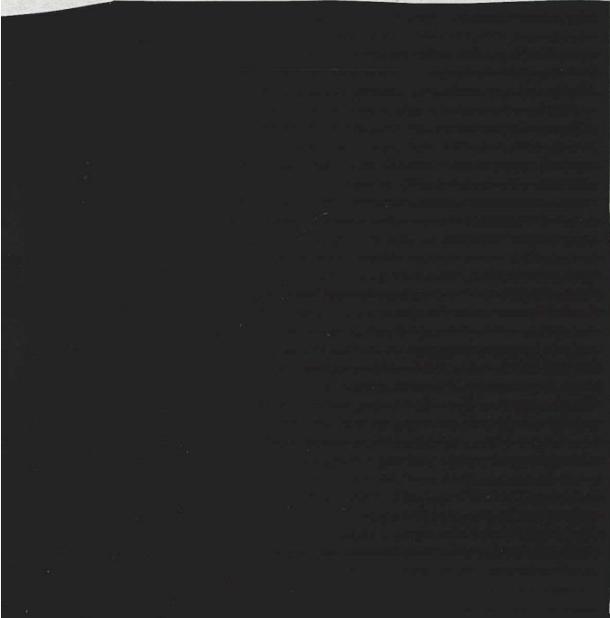


Der chinesische Eisbrecher „Schneedrache“ steckt nun selbst im Packeis fest

Fotos: REUTERS, EPA

Immer gefährlicher wird die Lage rund um den Sinabung auf der indonesischen Insel Sumatra. Mit neuen Explosionen, Gas- und

Aschefontänen verbreitet der Vulkan Angst und Schrecken. 19.000 Bewohner sind mittlerweile in Notunterkünfte geflohen.



Tannen und Fichten werden zu Kompost, Brennholz oder Nahrung für Zootiere

Christbäume sorgen für Energie

Nicht nur im gelben schwedischen Möbelhaus fallen die Christbäume – auch die 450.000 in Oberösterreich verkauften Tannen und Fichten haben ihre Schuldigkeit getan. Allein 230.000 von ihnen werden durch die AVE in den kommenden Tagen eingesammelt und „thermisch verwertet“. Andere Christbäume enden als Kompost – oder vielleicht auch als Nahrung für Zootiere.

„Unsere Elefantin und auch andere Tiere freuen sich über die alten Christbäume“, sagt Geli Mair vom Waldinger Tierpark, der in

VON MARKUS SCHÜTZ

seiner Umgebung die abgeputzten Bäume sammelt – siehe auch unser Interview.

Fast die Hälfte der in Oberösterreich verkauften Bäume landen aber im Ofen des Biomassekraftwerks Timelkam, wohin die AVE sie von den Sammelstellen

bringt. 1200 Tonnen schwer sind diese Bäume insgesamt, werden zu 4,7 Millionen Kilowatt Energie. „Damit können 1300 Haushalte ein ganzes Jahr mit Strom oder 600 Haushalte mit Fernwärme versorgt werden“, rechnet Energie-AG-Sprecher Wolfgang Denk diese Daten um.

In Linz holt die Linz AG die Bäume an bestimmten Tagen gratis ab und bringt sie zum Häcksler, der daraus den Grundstoff für Kompost macht. Wer seinen Baum selbst verwerten will, kann das natürlich auch – etwa als Brennholz. Nur zum Anheizen des Grillers ist dieses Holz ungeeignet, da es harzig ist und so den Geschmack von Fleisch ruiniert.



Foto: Energie-AG

◀ Die AVE sammelt in diesen Tagen 230.000 Christbäume ein.

Schneekanonen retten den Wintertourismus

■ Trotz mieser Schneelage und milder Temperaturen jammern Oberösterreichs wetterabhängige Branchen nicht.

LINZ. Skigebiete mit Beschneungsmöglichkeit sind heuer die eindeutigen Gewinner des schneearmen Winterwetters, niedrig gelegene Pisten ohne Schneekanonen die Verlierer.

„Die Wintersaison lief bisher so gut wie noch nie zuvor“, jubelt die Marketingleiterin der Bergbahnen Hinterstoder/Wurzeralm, Karin Kauder. Tolles Bergwetter und gute Pistenverhältnisse besuchten dem Skigebiet ein Besucherplus von 20 Prozent. „Wir haben auch von den vielen kleinen Skigebieten profitiert, die nicht beschneien konnten.“

Doch selbst am niedrig gelegenen Hochficht im oberen Mühlviertel ist noch kein Wehklagen ausgebrochen. Es lag in den Weih-

nachtsferien noch genug Schnee – „weil wir vorher viel beschneit haben“, sagt Gerald Paschinger, Geschäftsführer der Hochficht-Lifte. Er spricht von gleich vielen Gästen wie im Vorjahr um diese Zeit. Freilich warten die Wintersportorte jetzt sehnsüchtig auf Schnee, dem das ist für die Semesterferien entscheidend.

Heizkosten um 25 Euro niedriger
Die Energieversorger spüren die warme Witterung beim Absatz, vor allem jene, die auch Gas und Wärme verkaufen. Bei der Linz AG hat ein Kunde, der mit Gas heizt, von Anfang Oktober bis zum Jahresende im Vergleich zu einem „Normaljahr“ immerhin 25 Euro gespart. (uru/hn)



Sieht heuer noch gute Chancen für Verkauf von Auftausalz: Stefan Maix (Salinen)

AUFTAUSALZ

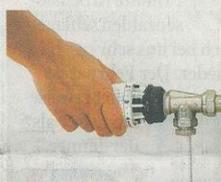
Trotz Winterloch: Saline baut aus

EBENSEE. Der Winterverlauf sei bisher nicht so außergewöhnlich, sagt der Vorstandsvorsitzende der Salinen Austria AG, Stefan Maix. „Wir haben im Dezember 40.000 Tonnen Auftausalz verkauft. Unser bislang schwächster Dezember war mit 30.000, der beste mit 150.000 Tonnen.“

Im vergangenen Winter hatte die Salinen AG mit 410.000 Tonnen einen Auftausalzverbrauch, der leicht über dem Durchschnitt lag. Der Umsatz 2012/13 (zum 30. 6.) stieg kräftig, um zehn Prozent

auf 117 Millionen Euro. Das Jahresergebnis war mit plus 6,5 Millionen sehr gut.

Heuer werde wegen des noch anhaltenden Warmwetters ein Absatz von nur 320.000 bis 340.000 Tonnen Streusalz geschätzt. Trotzdem werde die Produktion erweitert, von 1,13 auf 1,20 Millionen Jahrestonnen. „Wir wachsen kontinuierlich“, sagt Maix. Salz sei in Chemie- und Lebensmittelindustrie sowie zur Wasserreinigung sehr gefragt. Gelingen sei der Markteintritt in Rumänien. (le)



Das milde Wetter ließ die Heizkosten sinken. Foto: Colourbox

HEIZEN

Energieversorger bleiben gelassen

LINZ. „Die Wettersituation ist für uns nicht günstig, aber wir werden keinen Schaden daraus erleiden“, sagt Helmut Binder, Geschäftsführer der Energie Ried GmbH. Damit spricht er stellvertretend für andere oberösterreichische Energieversorger wie Energie AG, Linz AG und E-Werk Wels. Beim Stromverbrauch spielt die Witterung ohnehin eine untergeordnete Rolle. Bei jenen Versorgern, die auch Gas und Wärme anbieten, ist man beim Absatz im Vergleich zu so genannten „Normjahren“ im Minus. Das E-Werk Wels verkaufte beispielsweise im Dezember um 16,5 Prozent weniger Gas als im gleichen Monat des Vorjahres. (hn)

WINTERTOURISMUS

Niedrig gelegene Skigebiete leiden

KIRCHSCHLAG. Für Linzer, die die grünen Mühlviertler Berge sehen, ist es beinahe unglaublich, dass im stadtnahen Skigebiet Kirchschlag während der ganzen Weihnachtsferien Skikursbetrieb stattgefunden hat. „Wir holen uns immer wieder Traktor-Fahren voller Schnee und schaufeln den Schnee händisch“, sagt Walter Obermeyer von der Skischule Ralf&Walter. Zum Beschneien sei es zu warm. Die Tagesgäste blieben aus, der Umsatz im Shop und im Ski-Verleih leide natürlich. (uru)

SPORTARTIKELHANDEL

Laufschuhe statt Eislaufschuhen

LINZ/WELS. Das Wetter durchkreuzte die Umsatzpläne der großen Sportartikelhändler nicht, im Gegenteil: „Wir sind höchst zufrieden bis dato mit einem sechszehnten Umsatzplus zum Vorjahr“, sagt Gabriele Fenninger, Geschäftsführerin von Intersport. Das Segment Skitouren wachse trotz Schneemangels zweistellig, Snowboard und Langlauf stagnieren. Sollte es in den nächsten 14 Tagen aber nicht deutlich winterlicher werden, würde es schwierig, die Vorjahres-Umsätze zu schaffen. In den Städten würden die Sportler umstellen auf Walken, Laufen und Rennrad fahren und entsprechend einkaufen.

Ähnliches berichtet der Geschäftsleiter des Eybl-Megastore in der Linzer Landstraße, Reinhard Kögler. Artikel aus dem Segment Laufen und Fitness seien wetterbedingt stärker nachgefragt, Langlauf, Eislauf, Hauben und Handschuhe weniger. „Die klassischen Wintersportler wissen aber, dass bald der Schnee kommt und kaufen jetzt, wo die Auswahl noch groß ist.“ Außerdem seien selbst Skitouren – mit etwas längerer Autofahrt – möglich. (uru)



Der Kursbetrieb ist in Kirchschlag mit einem Lift noch aufrecht. Foto: OÖN

Überblick

Telekom-Gewerkschaft erhöht den Druck



Erich Foglar Foto: vovwe

WIEN. Die Gewerkschaft und der Betriebsrat der teilstaatlichen Telekom Austria gehen bei den stockenden Gehaltsverhandlungen in die Offensive. Heute, Mittwoch, findet in Wien eine Betriebsversammlung statt. Auch ÖGB-Präsident Erich Foglar soll daran teilnehmen. Der Telekom-Vorstand will die Gehälter der 5000 Beamten und 4100 Angestellten erstmals unterschiedlich stark anheben. Die Gewerkschaft spricht von einem „inakzeptablen“ Angebot.

Investoren leihen Irland wieder Milliarden

DUBLIN. Irland ist es am Dienstag problemlos gelungen, von Investoren frisches Kapital einzusammeln. Erstmals seitdem das Land Mitte Dezember den Euro-Rettungsschirm verlassen hat, ging es mit lang laufenden Staatsanleihen an den Markt. Die Finanzagentur NTMA holte sich nach eigenen Angaben 3,75 Milliarden Euro. Geht es nach dem Interesse der mehr als 400 Investoren für 14 Milliarden Euro. Im Durchschnitt musste Irland den Anlegern eine Rendite von 3,54 Prozent bieten.

Taschenkontrollen bei MediaMarkt

KREMS. In der Kremser Filiale der Elektrohandelskette MediaMarkt seien rund 30 Beschäftigte einer Taschenkontrolle und Leibesvisitation unterzogen worden, kritisiert die Gewerkschaft. Man wolle ein „klärendes Gespräch“ mit dem Sicherheitsdienst führen, so MediaMarkt: „Taschenüberprüfungen werden in begründeten Einzelfällen vorgenommen.“ Dabei werde immer die Zustimmung der Mitarbeiter eingeholt. Leibesvisitationen dürfe es nicht geben.

Ikea gibt ehrgeizige Umsatzziele auf



Langsameres Wachstum (rts)

STOCKHOLM. Der schwedische Möbelkonzern Ikea hat den Plan aufgegeben, seinen Umsatz bis zum Jahr 2020 zu verdoppeln. „Unser Ziel hat sich als zu ehrgeizig herausgestellt“, heißt es. Die Umsätze steigen nicht so schnell wie erwartet – besonders in Südeuropa.

Inflation sinkt – Angst vor Deflation steigt

BRÜSSEL. Die Furcht vor einer Deflation in der Eurozone nimmt wieder zu. Die Verbraucherpreise stiegen im Dezember nur um 0,8 Prozent. Ökonomen hatten damit gerechnet, dass die Inflation auf dem November-Niveau (0,9 Prozent) bleibt. Manche Experten warnen vor allgemeinem Preisrückgang.



Ein Team der Linzer Berufsfeuerwehr untersuchte in Strahlenschutzanzügen den Müllwagen. Anschließend wurde der Inhalt durchsucht und gesichert.

(Kersch)

Radioaktiv verstrahlte Windeln in Müllwagen der Linz AG gefunden

Gefahrgut dürfte aus nuklearmedizinischer Abteilung eines Krankenhauses stammen

Von Gerhard Lukesch

LINZ. Bei der routinemäßigen Überprüfung eines Müllwagens der Linz AG wurde gestern gegen zehn Uhr Strahlenalarm bei der Berufsfeuerwehr, der Stadt Linz, dem Land Oberösterreich und der Polizei ausgelöst: Die rasche Untersuchung der Experten ergab, dass es sich um Windeln handelt, die mit dem radioaktiven Isotop Jod 131 kontaminiert sind.

„Der Müllwagen wurde von uns in einen sicheren Bereich in einer Lagerhalle der voest gebracht und dort von unseren Männern in Spezialschutzanzügen durchsucht und in einen Container entladen“, sagte Feuerwehr-Einsatzleiter Dieter Jonas, der mit 14 Mann zum Entsorgungszentrum an der Industriezeile ausgerückt war, den OÖNachrichten. Nach knapp zwei Stunden wurden insgesamt 20 Windeln für Erwachsene auffindig gemacht, die mit Jod 131 kontaminiert waren.

Abfall aus Krankenhaus?

Nach ersten Ermittlungen der Polizei dürften die Windeln aus einem Krankenhaus stammen: Sie

Ein Team hat mit speziellen Schutzanzügen den Inhalt des Müllwagens untersucht und gesichert.“



Foto: luke

Dieter Jonas, Einsatzleiter Berufsfeuerwehr Linz

NUKLEARMEDIZIN

Jod 131: Das radioaktive Isotop setzt Beta- und Gammastrahlung frei. Es wird im menschlichen Körper nur in Schilddrüsenzellen gespeichert und kann Krebs auslösen. Die medizinische Untersuchung mit Jod 131 basiert darauf, dass die Follikelzellen der Schilddrüse Jod für die Vereinigung der Schilddrüsenhormone benötigen.

Szintigraphie: Dazu benutzen Mediziner bestimmte Radionuklide – wie eben auch Jod 131 –

dürften bei Untersuchungen der Schilddrüse, wo radioaktives Jod verwendet wird, oder bei Therapien kontaminiert worden sein. Bei der speziellen Untersuchung mit dem Fachbegriff „Szintigraphie“ wird bei verdächtigen Knoten in der Schilddrüse deren Struktur dargestellt (siehe Stichwort).

Nach 80 Tagen völlig zerfallen

Das Jod 131 wird bei der Schilddrüsenuntersuchung vom Patienten

in Form einer Kapsel geschluckt und über den Harn ausgeschieden. So dürfte die radioaktive Substanz in die Windeln gelangt sein. Als Verursacher des Problems kommt daher eher nur ein Krankenhaus in Frage. Derzeit wird von den Ermittlern der Weg des Müllwagens rekonstruiert.

„Wir haben den Einsatz um 13.15 Uhr beenden können“, sagte Einsatzleiter Jonas. Weil Jod 131 eine Halbwertszeit von acht Tagen besitzt, ist die Gefahr für die Bevölkerung jetzt bereits gering.

„Nach rund 80 Tagen besteht absolut keine Gefahr mehr, dann ist das Isotop vollständig zerfallen. Bis zu diesem Zeitpunkt wird der versiegelte und als radioaktiv gekennzeichnete Container gelagert und gesichert“, sagte Einsatzleiter Jonas. Der von der Berufsfeuerwehr komplett entleerte Müllwagen konnte von der Linz AG bereits wieder in den Dienst gestellt werden.

„Die unterschiedlichen Strahlungswerte sind so gering, dass für das Spitalpersonal keinerlei Gefahr bestand“, sagt dazu auch Nuklearmediziner Dozent Siroos Mirzaei aus Wien.

Wer warf radioaktive Windeln in Müll?

Ermittlungen: Als Verursacher könnte auch ein bereits entlassener Patient infrage kommen

LINZ. Nach der Entdeckung von rund 20 mit Jod 131 radioaktiv verseuchten Erwachsenen-Windeln, ging gestern die Suche nach dem Verursacher weiter. In die Untersuchung sind das Land Oberösterreich und die Polizei eingeschaltet. Für die Behörden steht auch ein strafrechtliches relevantes Delikt durch „fahrlässige Gefährdung durch Kernenergie oder ionisierende Strahlen“ im Raum.

Die Recherchen konzentrieren sich nicht nur auf Krankenhäuser mit nuklearmedizinischen Abteilungen in Linz. Die Windeln könnten auch von einem bereits entlassenen Patienten, der an Harninkontinenz leidet, unsachgemäß entsorgt worden sein. Möglich ist es auch, dass es sich um ein Spital außerhalb von Linz handelt, denn das Einzugsgebiet des Müllentsorger in Linz ist relativ großräumig.



Die Linzer Berufsfeuerwehr rückte in Spezialanzügen aus.

Foto: Kersch

Wie berichtet, war der Strahlenalarm am vergangenen Dienstag bei der routinemäßigen Überprüfung eines Müllwagens der Linz AG in einem Sammelzentrum an der Industriezeile ausgelöst wor-

den. Zunächst hatte lediglich der Geigerzähler angeschlagen. Es war daher nicht klar, ob es sich um eine hochgiftige radioaktive Substanz handelt. Knapp drei Stunden benötigte gestern die Linzer Berufs-

feuerwehr unter Einsatzleiter Dieter Jonas, den Müllwagen zuerst in eine sichere Lagerhalle auf dem Gelände der voest zu bringen und dort von einem Team in Spezialschutzanzügen komplett zu durchsuchen. Dabei wurden die mit dem radioaktiven Jod 131 kontaminierten Windeln gefunden. Der gesamte Inhalt des Wagens wurde in einen Container geladen und versiegelt.

Nach rund 80 Tagen besteht absolut keine Gefahr mehr, dann ist das Isotop vollständig zerfallen. „Bis zu diesem Zeitpunkt wird der versiegelte und als radioaktiv gekennzeichnete Container gelagert und gesichert“, sagte Einsatzleiter Jonas. Der von der Berufsfeuerwehr komplett entleerte Müllwagen konnte vom Entsorgungsbetrieb bereits wieder in den Dienst gestellt werden. (luke)

LOKALAUGENSCHNEIN Was die Linzer wegwerfen

Welche Schätze sich im Linzer Müll verbergen

■ Nach verstrahlten Windeln war gestern wieder Müll-Alltag

Von Sabrina Auböck

LINZ. Sie staunten nicht schlecht, als vorgestern in ihrem Müllwagen 20 verstrahlte Windeln für Erwachsene gefunden wurden. Die ÖÖN-Nachrichten haben bei einem erfahrenen Team der Linz-AG-Müllabfuhr nachgefragt, welche Überraschungen und geheime Schätze sich in den Linzer Mülltonnen sonst noch verbergen.



„Skier, Spielsachen, Mixer und Staubsauger landen rund um die Feiertage oft im Müll.“

■ **Johann Erdtmayr, 41, Linz, arbeitet seit 21 Jahren bei der Müllabfuhr**

Im Müll, aber noch brauchbar
„Staubsauger, Mixer, Skier, Eislaufschuhe, Spielsachen: Momentan haben wir Hochbetrieb, denn die Leute entsorgen zum Teil alles, was das Christkind neu gebracht hat“, sagt Johann Erdtmayr. Der 41-jährige Linzer ist ein alter Hase unter den Müllmännern. Seit 21 Jahren sammelt er alles auf, was die Menschen nicht mehr brauchen. „Viele Sachen sind noch in einem guten Zustand. Besonders ärgerlich ist, dass gerade nach den Feiertagen oft Lebensmittel weggeschmissen werden, die teilweise noch originalverpackt sind. Rund um die Feiertage kaufen die Leute einfach viel zu viel ein.“
Bis zu 300 Kilogramm schwere Tonnen heben Erdtmayr und sein Kollege Mike Ramjan, 29 aus Linz, jeden Tag. Das Duo könnte sich das Fitnessstudio getrost sparen, denn insgesamt sammeln sie etwa 18

Tonnen Müll pro Arbeitstag. „Es ist körperlich schon sehr anstrengend“, sagt Ramjan, „oft müssen wir die Tonnen zu zweit tragen. Es kam auch schon vor, dass wir sie gemeinsam kaum ziehen konnten. Viele Kübel müssen wir aus dem Keller holen, das zehrt natürlich an den Kräften.“
Der dritte in der „Turbokolonne“

nen-Crew“, wie Ramjan das Team liebevoll nennt, ist Gottfried Eichhorn. Der 58-jährige Linzer steuert das große Fahrzeug geschickt durch die engen Straßen. „So schwierig ist das nicht. Zumindest nicht mehr. Ich fahre ja auch schon lange genug.“ (Anm.: 23 Jahre)

„Die Hupkonzerte höre ich nicht“
Die lästigen Hupkonzerte hört Eichhorn auch schon lange nicht mehr. „Natürlich werden wir oft angehupt, wenn Autofahrer nicht vorbeikönnen, vor allem im Vorweihnachts- und jetzt im Umtauschstress. Ich höre das nicht mehr. Ärgerlich ist nur, wenn Autofahrer so knapp auffahren, dass sie meine beiden Kollegen dadurch gefährden.“ Bei der Turbokolonne ist noch nie etwas passiert, bei anderen Crews aber schon.

Um sechs Uhr früh startet das eingespielte Team in den Tag. Zweimal täglich wird die gesammelte Fuhre zur Reststoffaufbereitungsanlage gebracht. Jede Woche bestreiten sie dieselbe Route. „Ein bisschen eintönig ist das schon“, sagt Ramjan, Dienstjüngster im Team. Seit neun Jahren ist er dabei.

Der Geruch stört die Truppe weniger, denn an den gewöhne man sich im Laufe der Zeit. Problematisch ist nur das Wetter. „Ob bei starkem Regen, Schnee oder Eis – wir müssen halt bei jedem Wetter arbeiten. Das ist schon hart und man muss sich erst daran gewöhnen“, sagt Ramjan. Dennoch macht der Job den drei langdienenden Müllmännern Spaß.



Links unten die „Turbokolonne“: Gottfried Eichhorn, Mike Ramjan, Johann Erdtmayr. Rechts: Christoph Pilz von der Reststoffaufbereitungsanlage. Fotos: Auböck

WERBUNG

■ DIE LINZ-AG-MÜLLABFUHR IN ZAHLEN

40.000

Tonnen Hausmüll (Rest- und Sperrmüll) werden pro Jahr in den Linzer Haushalten erzeugt und in der Verbrennungsanlage der Linz AG in Energie verwandelt.

18 Tonnen Müll sammelt ein Fahrzeug der Müllabfuhr im Schnitt pro Tag ein. Das sind zwei volle Fuhren.

50 Müllabfahrten der Linz AG sind in einer normalen Woche pro Tag ab sechs Uhr früh im Einsatz. Rund um die Feiertage wird das Team um zwei bis drei Autos vergrößert.

70 Kilometer legt ein Fahrzeug der Müllabfuhr im Durchschnitt pro Tag zurück.

120 Müllfrauen und -männer sind täglich im Einsatz, um den Müll der Linzerinnen und Linzer zu beseitigen.

80 Prozent des Restmülls wird in der Reststoffaufbereitungsanlage der Linz AG wieder in Fernwärme und Strom verwandelt.



Radioaktive Windeln (Kersch)l

„Der Müllwagen wurde von uns in einen sicheren Bereich in einer Lagerhalle der voest gebracht und in Spezialschutzanzügen durchsucht.“

■ **Dieter Jonas**, Einsatzleiter der Berufsfeuerwehr Linz, über die verstrahlten Windeln, die vorgestern in einem Müllwagen gefunden wurden

■ 3 Fragen an...

BERTHOLD AMERSTORFER
Leiter der Linz-AG-Müllabfuhr
Seit zehn Jahren ist Berthold Amerstorfer Chef über die Müllkolonne der Linz AG.

1 Zu Weihnachten ist bei der Müllabfuhr Hochbetrieb. Wie bewältigen Sie die zusätzlichen Müllberge?



Foto: Auböck

Entleeren, entleeren, entleeren. Zwischen den Feiertagen fahren wir zehn Stunden täglich. Zwei bis drei Autos sind zusätzlich unterwegs. Am 24. und 31. Dezember beginnen wir schon um fünf Uhr früh. Urlaub gibt es keinen.

2 Wie viele Müllautos sind in einer normalen Woche im Einsatz?

50 Linz-AG-Autos mit zirka 120 Mitarbeitern sammeln täglich unseren Müll ein.

3 Wie ist das mit den Weihnachtsbäumen?

Wir holen die Bäume ab, da sind wir in Linz einzigartig, in anderen Städten muss man sie zu Sammelplätzen bringen.



Papst Franziskus würdigte in einer Videobotschaft die Arbeit der Müllsammler. Im Bild: Arbeiter beim Sortieren von Abfall in Buenos Aires. REUTERS

Respekt für die Müllsammler der Welt

In einer Videobotschaft hat sich Papst Franziskus an die Müllsammler der Welt gewandt. Er zollte ihrer Arbeit Respekt, hob ihren Beitrag zur sauberen Umwelt und zum Recycling von Abfall hervor und warnte vor den Folgen einer Wegwerf-Kultur. „Schließlich werfen wir nicht nur Dinge einfach so weg, sondern auch Menschen“, so der Papst in dem bereits Anfang Dezember bei einer Privataudienz aufgezeichneten Video, das nun von argentinischen Medien veröffentlicht wurde. „Wir dürfen uns heute nicht

mehr den Luxus leisten, auf den Müll verächtlich herabzublicken“, betonte Papst Franziskus. Schließlich könnte man mit den Lebensmitteln, die weggeworfen werden, alle Hungrigen der Welt ernähren, so Franziskus weiter. Die Müllsammler würden hier viel an Bewusstseinsbildung leisten: Ihre notwendige Arbeit sei produktiv, ökologisch, würdevoll und vereine Menschen. In Argentinien sichern rund 30.000 Menschen – viele davon sind Opfer der argentinischen Wirtschaftskrise – durch Müll-

und Kartonsammeln („Cartoneros“) ihren Lebensunterhalt. Schon als Erzbischof von Buenos Aires hat sich Papst Franziskus mit dieser von Armut und Benachteiligung betroffenen Gruppe seines Heimatlandes solidarisiert und seit 2008 jährlich einen gemeinsamen Gottesdienst gefeiert, was auch sein Nachfolger Erzbischof Mario Poli weiterführte. Auch seit Beginn des Pontifikats hat Franziskus Mitglieder der Vereinigung der argentinischen Müllsammler mehrmals im Vatikan empfangen.

Donau-Sedimente: „Problem wird sich verschlimmern“

Neues Konzept für das Geschiebemanagement in der Donau soll bis 2021 spruchreif sein

LINZ. Das Zusammenspiel zwischen Flüssen, Kraftwerken und Sedimenten ist komplex. Greift der Mensch an einem Punkt ein, löst er eine Kettenreaktion aus. Die Folgen sind kaum absehbar. Damit sich das ändert, muss geforscht werden. Professor Helmut Habersack von der Universität für Bodenkultur ist ein international geachteter Experte. Er will „bis 2021 ein neues Konzept für das Geschiebemanagement in der Donau erarbeiten“.

Die Problematik ist bekannt: Die Kraftwerke verhindern den Weitertransport der Sedimente. Sie sammeln sich im Stauraum an. Werden die Ablagerungen nicht entfernt,

wird das Kraftwerk verstopft. Während es an manchen Stellen einen Überfluss der Sedimente gibt, fehlen sie an anderen Orten. Dort gräbt sich die Donau immer tiefer in ihr Bett. In der Folge sinkt der Grundwasserspiegel.

Baggern ist eine Sisyphos Arbeit

Derzeit wird, um diese Probleme in den Griff zu bekommen, gebaggert. An einer Stelle werden die Ablagerungen auf Schiffe verladen, um sie anderenorts wieder im Fluss zu versenken. Eine Sisyphos-Arbeit.

Habersack schlägt vor, den Geschiebetransport der Donau neu

zu organisieren. Er will kleinere Hochwasserereignisse nutzen, um den Fluss „durchzuspülen“. Die Idee wirkt simpel: Sobald die Wassermenge zunimmt, sollen die Kraftwerke die Verschlüsse öffnen und das angestaute Material würde mitgerissen werden. Bis 2021 sollen nun Daten erhoben und Konzepte geprüft werden. Funktionieren würde die Idee nur dann, wenn sich alle Donau-Anrainerstaaten beteiligen. Wie wichtig es ist, den Fluss bei solchen Projekten ganzheitlich zu betrachten, zeigt ein Blick donauabwärts. Dort kommen seit Jahrzehnten zu wenige Sedimente an. Die Folge ist Erosion.

Habersack warnt, dass sich die Problematik in den kommenden Jahren noch verschärfen könnte: „Der Eintrag von Feststoffen in die Flüsse wird durch den Rückgang der Gletscher und vermehrte extreme Niederschläge zunehmen.“

Umweltlandesrat Rudi Anschöber (Grüne) kündigt an, die internationale Zusammenarbeit weiter zu intensivieren. Mehrere Treffen seien geplant. Der Zeithorizont für das Projekt sei ein langer, deshalb wolle er einzelne Maßnahmen, wenn möglich, schon früher setzen: „Wir werden nicht bis zum Jahr 2021 untätig herumsitzen“, sagt Anschöber. (hip)

Land optimiert Hochwasserschutz

Ablagerungen in der österreichischen Donau entsprechen 150.000 Lkw-Fuhren

LINZ — Drei Millionen Tonnen an Sedimenten lagern sich in der Donau in Österreich ab, das sind 150.000 Lkw-Fuhren im Jahr. In den Stauräumen der öö. Donaukraftwerke liegen 20 Millionen Kubikmeter an Sedimentgesteinen. Die Ablagerungen führten beim Hochwasser im vergangenen Juni zu massiven Problemen. Deshalb sucht Helmut Habersack, Professor an der BOKU Wien, in Kooperation mit dem Land und dem Landwirtschaftsministerium nach Lösungen. „Für

die Evaluierung sind überregionale Lösungsfindungen nötig“, sagt Habersack. Rasche Ergebnisse sind aber nicht zu erwarten, der Projektzeitrahmen erstreckt sich über die nächsten sieben Jahre bis zur Aktualisierung des Nationalen Gewässerbewirtschaftungsplans 2021. „Das heißt aber nicht, dass wir bis dahin untätig sind“, erklärt der zuständige Umwelt-Landesrat Rudi Anschöber. Punktuelle Baggerungen seien auch in der Zwischenzeit möglich. „Die einfache Vorstellung, Sedi-

mente aus dem Fluss herauszuholen und alles ist gut, ist falsch“, sagt Anschöber. Alternativ sind auch Spülungen von Ablagerungen möglich. Schwerpunkte werden in jenen Regionen gesetzt, die Vorjahr stark überschwemmt worden sind. „Aktuell untersuchen wir, wie sich der Abfluss und die landwirtschaftliche Fläche im Eferdinger Becken durch das Hochwasser 2013 verändert hat“, sagt Felix Weingraber von der Abteilung Oberflächengewässerversorgung des Landes OÖ.



Die gelbe Blume ist der einzige Farbfleck im komplett von Asche bedeckten Gebiet um den Singabung in Indonesien. Der Vulkan schleudert in immer kürzeren Abständen Gaswolken und Gesteinsbrocken in die Luft. Rund 22.000 Menschen mussten deshalb bereits aus ihren Häusern fliehen.

Foto: REUTERS



„Jede Regulierungsmaßnahme hat auch unerwünschte Wirkungen“, erläutert Umwelthistorikerin Winiwarter anhand alter Donaukarten. Foto: APA

Natur und Gesellschaft – eine enge und verhängnisvolle Beziehung

Verena Winiwarter, Wissenschaftlerin des Jahres, untersucht interdisziplinär das Risiko Mensch – unter anderem in Oberösterreich

Österreichs Bildungs- und Wissenschaftsjournalisten wählten kürzlich die in Klagenfurt lehrende Umwelthistorikerin Verena Winiwarter (52) zur Wissenschaftlerin des Jahres. Mit ihren interdisziplinären Forschungen erzählt die gebürtige Wienerin „Geschichten, die dazu einladen, längerfristige Fragen zu stellen“ – etwa über unerwünschte Nebenwirkungen beim Umgang des Menschen mit der Natur.

Eine solche Geschichte spielt an der Donau. „Jede Regulierungsmaßnahme, die je an diesem Fluss gemacht wurde, hat neben den erwünschten auch unerwünschte Wirkungen gehabt“, sagt Winiwarter. Unterhalb des Kraftwerks Freudenau müsse jeden Arbeitstag des Jahres ein großer Güterwaggon voll Schotter in die Donau geschüttet werden, damit sich das Flussbett nicht weiter eintieft.

„Dieses Ausmaß an Selbstbindung der Gesellschaft durch eine Intervention in die Natur in der Vergangenheit zu vermitteln, erscheint mir eine Bildungsaufgabe“, sagt Winiwarter und warnt: „Wir übernehmen da sehr viel, was früher die Natur gemacht hat, und diese Aufgaben haben das Potential, die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit zu überfordern.“

Als positives Beispiel nennt die Ingenieurin, Publizistin und Historikerin im Gespräch mit den OÖNachrichten den Machlanddamm in Oberösterreich, der der Donau im Überschwemmungsfall Raum gibt. „Dass das Gebiet nun eine Vorreiterrolle beim Hochwasserschutz einnimmt, zeigt, dass aus der Geschichte sehr wohl gelernt wird.“

Oder die Vöckla: „Der Fluss war einmal, das ist noch nicht so lange her, eine stinkende Brühe, Zellstoffherstellung hat ihn ver-

schmutzt. Heute ist der Fluss sauber, Rückbaumaßnahmen haben zudem Habitate für Vögel und andere Fauna geschaffen, viele österreichische Flüsse sind heute in einem wesentlich besseren Zustand als vor 50 Jahren. Auch das muss dokumentiert werden, um daraus zu lernen“, sagt Winiwarter.

Vom Industriegebiet zum Wald

Die oberösterreichische Eisenwurzen hat die Wissenschaftlerinnen ebenfalls einer umwelthistorischen Betrachtung unterzogen. „Im 19. Jahrhundert standen in Reichraming ein Messingwerk und zwei Eisenwerke“, erzählt sie. „Die Betriebe beschäftigten einen Gutteil der lokalen Bevölkerung, Holz wurde in großen Mengen aus dem Reichraminger Hintergebirge geschwemmt, um als Holzkohle die Metallverarbeitung zu ermöglichen.“ Doch während die Wirtschaft Österreichs im 20. Jahrhun-

dert von der Industrialisierung ergriffen wurde, sei die Industrie aus Reichraming abgezogen, da die geographischen Bedingungen nicht den Raum für die Expansion von Straßen und Industrieanlagen ließen. Der Wald, einst Rohstoffquelle, ist heute Teil des Nationalparks Kalkalpen. „Landschaft und Wirtschaft waren unauf löslich miteinander verwoben, ehe die globale Mobilisierung von Waren und Geld lokale Vorteile zu lokalen Nachteilen werden ließ“, analysiert Winiwarter. „Wir lernen daraus, dass in einer postfossilen Ökonomie vermutlich wieder ganz andere Bewertungen von Landschaften erfolgen werden.“

Eine Masterarbeit an Winiwarter Institut für Soziale Ökologie an der Uni Klagenfurt befasst sich mit der Umweltgeschichte des Aluminiumwerkes Ranshofen. Winiwarter: „Uns interessiert der ‚Stoffwechsel des Krieges‘.“

Wissen kompakt

Schon die Meeressaurier munkelten im Dunkeln

Viele Meeressaurier waren aus Tarngründen dunkel. Schwedische Wissenschaftler untersuchten versteinerte Überreste eines gut 190 Millionen Jahre alten Ichthyosaurus, eines 86 Millionen Jahre alten Mosasaurus und einer 55 Millionen Jahre alten Lederschildkröte. Die Forscher wiesen das Hauptpigment Eumelanin nach, das eine dunkle Färbung bewirkt.

Weißer Haie können mehr als 70 Jahre alt werden

Mit einer neuen, auf Kohlenstoffeinlagerung in Wirbelknochen basierenden Datierungsmethode haben US-Forscher acht tote Weiße Haie neu untersucht. Das älteste Tier, ein Männchen, war 73 Jahre alt. Damit werden die in ihrem Bestand bedrohten Knochenfische deutlich älter als bisher vermutet.



Hohe Lebenserwartung Foto: Reuters

Wahre Worte

„Wir werden keine Gesellschaft haben, wenn wir unsere Umwelt zerstören.“

Margaret Mead, US-amerikanische Philosophin (1901 – 1978)

Alltagsrätsel

Wie entstehen Jahresringe?

Der Querschnitt eines Baumstamms zeigt konzentrische Kreise, die als Jahresringe bezeichnet werden. Zwischen der außen liegenden Rinde und dem Holzkörper befindet sich eine dünne Schicht eines sehr teilungsfähigen Gewebes, das als Kambium bezeichnet wird. Hier entstehen durch Zellteilungen nach innen Holz- und nach außen Rindenbestandteile. Im Frühjahr wird weitporiges helles Frühholz gebildet. Dieses geht kontinuierlich in das engporige, dichtere, dunklere Spätholz über, das von Sommer bis Herbst entsteht. Nach Ende der Vegetationszeit wächst im Winter kein Holz. Ein Jahresring besteht also aus einer Schicht Frühholz und einer Schicht Spätholz. Durch Abzählen der Ringe kann recht einfach das Alter eines Baumes bestimmt werden.



Foto: privat

Franz Pürmayr ist Biologieprofessor i. R. Fragen stellen Sie bitte an: ljudick@eduhi.at

Erkenntnisse, die die Welt (nicht) braucht

Warum Bier überschäumt und Hunde in Nord-Süd-Achse defäkieren

Endlich haben Wissenschaftler einen beliebten Partyscherz untersucht: Wenn man mit dem Boden einer Bierflasche auf den Hals einer anderen Bierflasche schlägt, dann schäumt das Bier darin fast restlos über. Spanische und französische Physiker, haben nun aufgeklärt, was dabei vor sich geht.

Eigentlich beschäftigen sich die Physiker mit dem Phänomen der Kavitation, der Implosion von Luftblasen in Flüssigkeiten, die zum Beispiel Schiffsschrauben oder Turbinen beschädigen kann. Anlässlich eines Treffens der American Physical Society zeigten sie anhand von Hochgeschwindigkeitsaufnahmen, warum das Bier überschäumt: Nach dem Stoß auf die Öffnung wandert eine Druckwelle durch die Flasche, wird am Boden reflektiert und wandert so auf und

ab. Dabei bringt sie Luftblaschen hervor, die sogenannten „Mutterbläschen“, die gleich wieder zu einer Wolke von „Tochterbläschen“ implodieren. Durch diese Wechsel-

wirkung werde der größte Teil des Getränks in Schaum verwandelt.

Ebenfalls auf einem wissenschaftlichen Nebenschauplatz wies ein Wissenschaftler der Universität

Duisburg-Essen und der Agraruniversität Prag nach, dass Hunde einen Magnetsinn haben und sich deshalb möglicherweise besonders gut orientieren können. Die Forscher analysierten die Körperausrichtung von 70 Hunden während sie das große oder kleine Geschäft absolvierten und stellten sie dem Erdmagnetfeld gegenüber.

Studienleiter Hynek Burda: „Die Hunde richteten sich vorzugsweise entlang der magnetischen Nord-Süd-Achse aus. Allerdings taten sie dies nur in den Phasen, in denen das Erdmagnetfeld ruhig war. Hunde besitzen also nachweislich eine Magnetwahrnehmung.“

Ähnliche Eigenschaften hatten die Zoologen nach eigenen Angaben zuvor bereits bei grasenden Kühen, jagenden Füchsen oder landenden Wasservögeln festgestellt.

US-STUDENTEN PRÄSENTIEREN ARBEITEN WITZIG UND KURZ

Im Blog „LOL My Thesis“ von Angela Frankel, Studentin in Cambridge (USA), präsentieren Kollegen ihre Arbeiten ultrakurz und witzig. „Zahlen existieren entweder, oder sie tun es nicht. Das kommt auf die Sichtweise an“, lautet etwa die Zusammenfassung einer Arbeit aus dem Fach Philosophie. Von einem Biologie-Institut in Virginia kam der Beitrag: „Ich habe einen Haufen Zebrafisch-Embryonen getötet und

sie mit Lasern beschossen, um herauszufinden, wo ein Protein steckte. Es ist überall.“

Ein Geisteswissenschaftler schrieb: „Ich habe 372 Seiten lang beschrieben, was Kafka mit allem meinte, was er nicht geschrieben hat.“ Ein Physik-Studierender: „Ich habe Zeug in Sand fallen lassen, und dabei sind lustige Formen herausgekommen.“ Ein Jurist aus Harvard konstatierte: „Es kommt darauf an.“

Chemieunfall: 300.000 ohne Trinkwasser

Bewohner der US-Stadt Charleston werden mit Wasserflaschen versorgt
Undichter Vorratsbehälter in Chemiefabrik löste Wasser-Notstand aus

CHARLESTON — Etwa 300.000 Menschen im US-Staat West Virginia müssen nach einem Chemieunfall noch tagelang ohne Leitungswasser auskommen. Es seien eine Reihe von Tests nötig, um zu entscheiden, ob das Trinkwasser belastet sei, sagte der Chef der zuständigen Behörde, Jeff McIntyre.

Betroffen sind Einwohner in Charleston, der Hauptstadt des Staates, und in neun Bezirken. Versorgt werden sie seit dem Unfall am Donnerstagabend mit Wasser aus Tankwagen, das Nationalgardisten ausgeben. Das Washingtoner Heimatschutzministerium schickte außerdem 16 Sattelschlepper mit Wasserfla-

schen, nachdem sämtliche Vorräte in den Supermärkten bereits am Freitag ausverkauft waren.

Öffentliche Gebäude und Schulen sind bereits seit Freitag geschlossen. Auch Restaurants blieben dicht, Hotels nahmen keine Reservierungen mehr an. „Es ist ein Gefängnis, aus dem wir gern entlassen werden würden“, sagte Bürgermeister Danny Jones.

Ausgelöst wurde der Trinkwasser-Notstand durch einen undichten Vorratsbehälter in einer Chemiefabrik in Charleston. Der Stoff ist gesundheitsschädlich und sollte nicht berührt, eingeatmet oder verschluckt werden.

Folgen für Anstieg der Weltmeere enorm:

Antarktis-Gletscher schmilzt

Paris. – Das unaufhaltsame Schmelzen des Pine-Island-Gletschers in der Antarktis alarmiert auch französische Forscher der Universität Grenoble. Bei ihren Studien stellten sie fest, dass der schrumpfende Eisriese das Meeresniveau in nur

zwanzig Jahren um einen Zentimeter steigen lassen kann. Die globalen Folgen sind enorm. Seit Beginn unseres Jahrtausends ist der Gletscher schon um zehn Kilometer kürzer geworden, pro Jahr verschwinden 20 Milliarden Tonnen Eis.

Über dem Weltkulturerbe hängt ein Damokles-Schwert aus Geröll und Gestein:

Riesenfelsen bedrohen Hallstatt

Das Weltkulturerbe Hallstatt wird durch eine „Riesenfaust der Natur“ bedroht: Nach den Fluten im Sommer hängen Hunderte Tonnen Gestein über der Stadt. Diese können sich – so Geologen – jederzeit lösen und viele Häuser unter sich begraben.

Noch sind die Ereignisse vom 19. Juni des vergangenen Jahres tief in die Herzen der Hallstätter eingebrennt: Damals raste eine riesige Walze aus Erde, Gestein

VON MARK PERRY
UND GREGOR SEMRAD

und Geröll durch den Ortskern des UNESCO-Weltkulturerbes. „Die äußeren Spuren sind mittlerweile beseitigt, doch die Gefahr blieb bestehen“, bestätigt Hall-



Nach Schlammlawine im Sommer nun von Riesenfelsen bedroht: UNESCO-Weltkulturerbe Hallstatt

„Wir versuchen alles, um eine mögliche Katastrophe von unserer Stadt abzuwenden.“

Hallstatts Bürgermeister Axel Scheutz

statts Bürgermeister Axel Scheutz (SP). Der Ortschef muss jetzt sehen, wie er mit Hilfe der Wildbachverbauung das Damokles-Schwert entschärfen kann.

Bei weiteren Regenfällen oder auch nach der Schneeschmelze könnten sich Hunderte Tonnen an Naturgewalten über Hallstatt entladen. Kritische Hauptzone: Der 1953 Meter hohe Plassen und der Hintere Mühlbach. „Die jetzt drohende Katastrophe könnte noch schlimmer sein als beim letzten Mal“, schlägt Stefan Janu von der Wildbachverbauung Alarm. Doch das notwendige Schutzprojekt spießt sich an den Kosten von fünf Millionen Euro ...

Die Bundesforste und Salinen „zieren“ sich beim Mitzahlen

Bei der Hallstatt-Rettung

Es geht um ganze sechs Prozent, um 300.000 € – daran hängt, ob ein Schutzprojekt für Hallstatt heuer starten kann. Das Weltkulturerbe ist, wie berichtet, in großer Gefahr, weil die 130 Jahre alten

Die Schutzverbauungen im Salzberghochtal saniert werden müssen. Das zeigte auch die Mühlbachüberschwemmung im Sommer drastisch auf. Bundesforste und Salinen feilschen aber um jeden Cent. deshauptmann hat mir versprochen, dass er sich für Hallstatt einsetzen wird.“



Wolfgang Gasperi

Interview

„Ohne Sanierung“ droht Katastrophe

Ein ganzes Maßnahmenpaket hat Wolfgang Gasperi von der Wildbachverbauung für den Schutz von Hallstatt ausgearbeitet.

Die Sanierung der Schutzbauten im Salzberghochtal ist für die Wildbachverbauung ein Jubiläumsauftrag. Das kann man so sagen. Wir sind gleich alt, unsere Institution wurde damals deswegen gegründet.

Was muss genau gemacht werden?

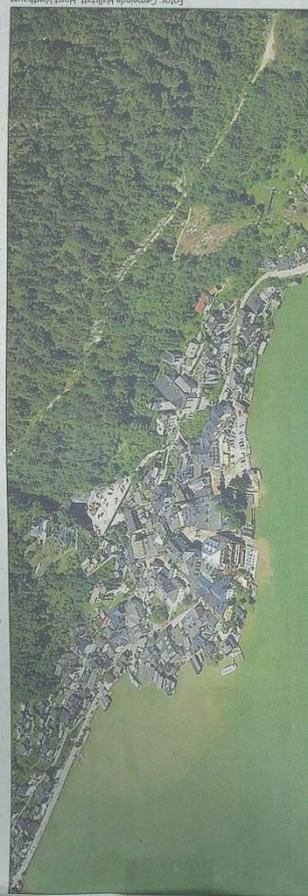
In der Klammerstrecke müssen Rechen gesetzt werden, um das Wildholz herauszufiltern. Alte Holzsperrren gehören saniert, Entwässerungsmaßnahmen gesetzt, Aufschlungen bearbeitet, Aufschlungen gemacht. Es gibt ein breites Spektrum an Maßnahmen.

Und wenn nichts passieren würde...?

Dann droht Hallstatt eine Katastrophe ungeahnten Ausmaßes. Eine große Mure könnte durch einen Umfahrungstunnel bis zur Frachtschule strömen oder über das Parkplatzplateau in den Ort einschwappen. CG

Das Schutzprojekt im Salzberghochtal wird insgesamt 5 Millionen Euro kosten

wird „um jeden Cent“ gefeilscht



Fotos: Gemeinde Hallstatt, Horst Verdbauer

Es geht auch um ein Zusammenstehen der verantwortlichen Grundeigentümer.

Bürgermeister Alexander Schütz, Hallstatt

So schlimm sah es am 18. Juni in Hallstatt aus. Die Fluten des Mühlbachs rülzten den Marktplatz und Häuser.

Diese Luftaufnahme zeigt anschaulich die präkäre Lage der Marktgemeinde, die zwischen Berg und Seeufer „klebt“.



Bei Bio-Tests Chemikalienmix entdeckt

Greenpeace schlägt Alarm: Giftstoffe in Baby-Kleidung

Bedenklicher neuer Umwelt-Report von Greenpeace: Bei den bisher gründlichsten Öko-Tests wurden in den allermeisten Bekleidungsstücken für Kinder gefährliche Stoffe – wie zum Beispiel im Spielzeug verbotene Weichmacher – entdeckt. Untersucht wurde Baby-Mode von insgesamt zwölf internationalen Modemarken.

Das ist ein Albraum für alle Eltern. Diese kleinen chemischen Monster finden sich überall – in exklusiven, luxuriösen Designerstücken wie etwa von Burberry ebenso wie bei Kleidung von Textildiscontorn à la Primark“, schlägt Greenpeace-Aktivistin Nunu Kaller Alarm.

VON MARK PERRY UND ULLI KITTELBERGER

diese Regelungen greifen nicht für Kinderkleidung... Naturschützerin Kaller: „Die Konzerne müssen diese riskanten Chemiekonzentrationen ausfiltern.“

Beim Bio-Tests Chemikalienmix entdeckt

„Großteil der Gletscher verschwindet“

Eine Verhinderung des Klimawandels ist nicht mehr möglich, glaubt Gletscherforscher Georg Kaser. Warum es dennoch mehr Gletscher geben wird, bevor sie langsam verschwinden, sagte er Günther Strobl.

STANDARD: Haben Sie einen Lieblingsgletscher?

Kaser: Es gibt viele, die mich interessieren. In den letzten zwei Jahrzehnten haben mich die Gletscher auf dem Plateau des Kilimandscharo beschäftigt. Die meiste Zeit habe ich auf dem Hintereisferner in den Otztaler Alpen verbracht.

STANDARD: Wie viele Jahre geben Sie „Ihrem“ Gletscher noch?

Kaser: Müsstest du die Gletscher allein an das mittlere Klima der vergangenen 20 Jahre anpassen, würde in den Ostalpen nicht viel davon übrig bleiben. Es wird aber weiterhin wärmer werden, und wir gehen davon aus, dass die hiesigen Gletscher in den kommenden Jahrzehnten weiterhin viel Masse verlieren werden. Ein Großteil wird bald verschwunden sein. Die größeren werden sich noch eine Zeitlang in kleine, hochgelegene Nischen zurückziehen.

STANDARD: Welche Auswirkungen hat die Gletscherschmelze auf den Meeresspiegel?

Kaser: Die Alpengletscher fallen da kaum ins Gewicht. Es sind zu wenige, und sie sind klein. Anders ist es, wenn man weltweit alle Gletscher zusammennimmt. Durch die globale Erwärmung verlieren sie immer mehr Masse, derzeit im Ausmaß von fast einem Millimeter Meeresspiegelaquivalent pro Jahr. Zusammen mit der thermischen Expansion des Meerwassers und den Beiträgen der Eisschilde der Antarktis und Grönlands steigt der Meeresspiegel um rund drei Millimeter pro Jahr. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts ist der Meeresspiegel um etwa 20 Zentimeter gestiegen.

STANDARD: Wie viel Wasser steckt in Gletschern und Eisschildern?

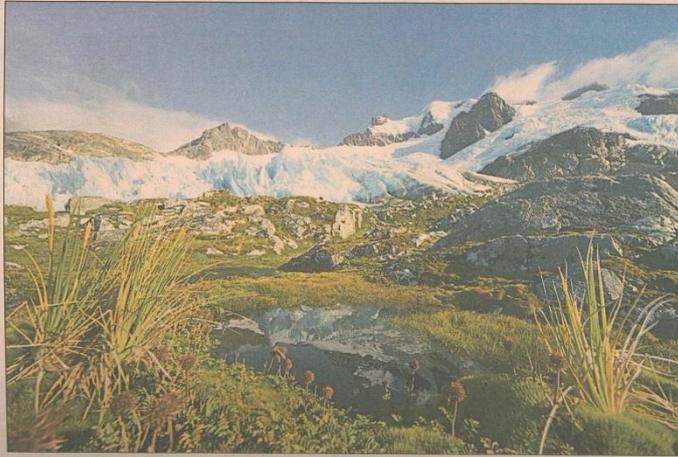
Kaser: Gigantisch viel. Würde alles Eis der Antarktis schmelzen, so würde der Meeresspiegel um fast 60 Meter steigen. In Grönland stecken rund sieben Meter, in allen anderen Gletschern der Erde zusammen rund 0,4 Meter. Besonders Grönland und die Westantarktis haben in jüngster Zeit zunehmend Eis verloren.

STANDARD: Was sind die Gründe?

Kaser: Vor allem wärmer werdende Meeresströmungen, die das schmelzende Schelfeis ausdünnen und destabilisieren. In den vergangenen zehn Jahren sind öfters große Schelfeisteile weggebrochen, und die dahinterliegenden Eisströme sind schneller geworden. Dieser Prozess verursacht den Eisverlust in der Westantarktis und rund die Hälfte der Verluste in Grönland. Die andere Hälfte stammt von zunehmendem Schmelzen an der Eisoberfläche.

STANDARD: An der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert wurde der Zusammenhang zwischen Kohlendioxid in der Atmosphäre und dem sich daraus ergebenden Temperaturanstieg erstmals berechnet.

Kaser: Damals wurde der potenzielle Effekt erstmals und auch quantitativ richtig beschrieben. In



Gletscher auf dem Rückzug. Auch im britischen Überseegebiet South Georgia Island, 3700 km vom Südpol entfernt, geben die Eismassen immer mehr Tundraböden frei. Foto: Corbis/Minden Pictures/Momatjuk und Eastcott

den 1970er-Jahren haben seriöse Wissenschaftler die US-Regierung eindringlich vor den Folgen der ansteigenden CO₂-Konzentration in der Atmosphäre durch den ungebremsten Einsatz fossiler Brennstoffe gewarnt. Eine Reaktion blieb aus, das wirtschaftliche



Georg Kaser, Glaziologe der Uni Innsbruck. Foto: privat

Interesse an fossilen Brennstoffen war zu groß, die wissenschaftlichen Erkenntnisse wurden zerredet. Jetzt ist eine Verhinderung des Klimawandels nicht mehr möglich. Einschränkungen auf ein möglicherweise „erträgliches“ Maß würden bereits immense Anstrengungen erfordern. Die Emission von Treibhausgasen müsste auf

nahe null reduziert werden. STANDARD: Stattdessen gelangt Jahr für Jahr mehr statt weniger CO₂ in die Atmosphäre, die Klimaerwärmung schreitet voran.

Kaser: Ja. Das hat wirtschaftlich durchaus nachvollziehbare Gründe. Eine Reduktion oder ein Ausstieg aus dem Verbrennen fossiler

Brennstoffe ist heute schwieriger denn je. International verbindliche Maßnahmen scheitern auch am Ungleichgewicht zwischen entwickelter Welt und jener, die zu Recht den Anspruch stellt, sich auch zu materiellem Wohlstand entwickeln zu dürfen. Wie sehr die Industrieländer unter Zugzwang sind, zeigt die Tatsache, dass der ökologische Fußabdruck etwa eines Europäers bereits ohne sein individuelles Zutun weit größer ist als ein nachhaltiger. Der IPCC-Bericht (Intergovernmental Panel on Climate Change; Anm.) hat aufgezeigt, was passieren wird, wenn wir den bisherigen Weg nicht schnellstens verlassen.

STANDARD: Sie haben am vorherigen und am jüngsten Weltklimabericht mitgearbeitet. Wie machen Sie sich Mut weiterzuarbeiten einkend der Rezeption der Ergebnisse?

Kaser: Es geht nicht um Mut. Als Wissenschaftler müssen wir uns an Fakten halten und unter anderem die Folgen aufzeigen, die ein bestimmtes Verhalten haben wird. Die notwendigen Weichenstellungen zur Minderung der Auswirkungen kann aber nicht

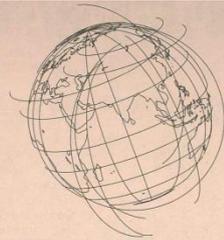
die Wissenschaft vornehmen, das ist Aufgabe der Politik. Hätte man vor 40 Jahren damit begonnen, wäre das mit vergleichsweise mäßigen Anstrengungen möglich gewesen. Heute sind wir mitten im Klimawandel drin, und die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen ist größer denn je.

STANDARD: Wie viele Gletscher gibt es weltweit noch?

Kaser: Zurzeit etwa 170.000. Die genaue Zahl hängt davon ab, wie das Abgrenzen der Gletscher voneinander erfolgt. Jedenfalls werden es mehr, weil größere zusammenhängende Gletscher aufgrund des Massenverlusts oft in mehrere Einzelgletscher zerfallen.

GEORG KASER (60), einer der renommiertesten Gletscherforscher der Welt, lehrt an der Universität Innsbruck. Der gebürtige Südtiroler arbeitete als einziger Wissenschaftler aus Österreich bereits zum zweiten Mal beim Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) mit, dem Weltklimarat der UN. Heute, Donnerstag, hält er einen Vortrag bei einer Biomassekonferenz in Graz.

Langfassung: derStandard.at/Umwelt



KURZ GEMELDET

Neuer Startversuch für Photovoltaik-Förderung

Wien – Der für Anfang Jänner geplante Start der Photovoltaik-Fördervergabe soll nun heute, Donnerstag, um 17 Uhr über die Bühne gehen. Ab diesem Zeitpunkt können die Antragsteller ein „Ticket“ lösen, um grundlegende Daten einzugeben. Frühestens 18 Stunden nach Eingabe dieses „Tickets“ kann dann der Förderantrag vervollständigt werden. Die Anträge können ausschließlich online eingebracht werden. Der Start der Förderaktion war am 2. Jänner wegen „hackerähnlichen Vorgängen“ auf der Webseite verschoben worden. (APA, frei)

www.oem-ag.at

Ölalarm auf der Donau bei Ybbs-Persenbeug

Ybbs – Auf der Donau bei Ybbs ist am Mittwoch Öl ausgetreten. Ober- und unterhalb des Kraftwerkes Ybbs-Persenbeug trieb ein Ölfilm. Nachdem ein Spaziergänger Alarm geschlagen hatte, rückten vier Feuerwehren mit 45 Mann aus, die zwei Ölsperren errichteten. Vermutlich hatte ein Schiff das Öl verloren. (APA, frei)

Protest gegen Kraftwerkserlässe

Wien – In Mazedoniens Mavrovo-Nationalpark sollen mithilfe der Weltbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) zwei große Wasserkraftwerke errichtet werden. Dieser Tage erhielten nun die Präsidenten von Weltbank und EBRD einen offenen Brief von 119 Umweltwissenschaftlern aus aller Welt, in dem gegen die Staudammprojekte protestiert wird, berichtet die Organisation RiverWatch. (frei)

riverwatch.eu/balkan-rivers

Nachdenken über „einen Winter ohne Schnee“

Die Plattform „Kritischer Tourismus 2030“ sucht nach neuen Wegen für Österreichs Fremdenverkehr

Thomas Neuhold

Salzburg – Der warme und in Österreich nördlich des Alpenhauptkammes im Dezember und Jänner so gut wie schneelose Winter 2013/2014 macht die Problemlage auch für Laien deutlich: Ein Wintertourismus, der allein auf den traditionellen Wintersport – und hier vor allem auf das Pistenski fahren – setzt, stößt durch den Klimawandel an seine Grenzen.

Für die Tourismuswirtschaft – sie trägt 7,4 Prozent zum österreichischen Bruttoinlandsprodukt bei – ein Alarmzeichen? Leider nein, sagt der Salzburger Hotelier und Gastronom Sepp Schellhorn. „Die meisten würden nur bis zur nächsten Preisliste denken“, lautet sein Urteil über die eigene Branche. Schellhorn weiß, wovon er spricht. Er war von 2003 bis 2013 Präsident der Hoteliervereinigung.

Und weil die Branche das Thema „verschlafen“ habe, wie Schellhorn meint, hat er gemeinsam mit dem ehemaligen ORF-

Journalisten Michael Kerber die Denkwerkstatt „Kritischer Tourismus 2030“ ins Leben gerufen. Das Ziel ist eine ganzheitliche Sicht der Tourismuswirtschaft, in der ökologische wie ökonomische Effekte bewertet und neue Strategien entwickelt werden. Im Quartalsrhythmus sind dazu Dialogforen in Schellhorns Heimatort Goldegg (Pongau) geplant.

Aus aktuellem Anlass, aber auch weil die Thematik gerade für den



Tourismus im Klimastress: Mit Schneekanonen allein wird es nicht getan sein. Foto: dpa

Winterfremdenverkehr seit Jahren unter den Nägeln brennt, stand Ende vergangener Woche der „Tourismus im Klimastress“ auf der Tagesordnung.

Der Hauptreferent des Treffens, Franz Dollinger von der Abteilung Grundlagenforschung im Referat Raumplanung der Salzburger Landesregierung, sieht die Alpenregion vorerst als Gewinnerin des Klimawandels. Die höheren Regionen würden auch in vierzig Jahren immer noch kühl genug sein, „um hitzegeplagten Flachlandbewohnern Erholung bieten zu können“, schreibt Dollinger in einem Fachbeitrag zur Entwicklung im Alpenraum bis zum Jahr 2050.

Schon jetzt sei der Trend zur kühlenden Sommerfrische bemerkbar, meint Dollinger. Die arabischen Gäste im Pinzgau seien so ein Beispiel, aber auch die italienischen Gäste, die im Sommer vermehrt nach Salzburg kämen. Allerdings geht Dollinger davon aus, dass die Regionen zunehmend unter Erschließungsdruck kommen werden. Dabei gehe es

nicht nur um Schneekanonen oder um Wasserreservoirs, sondern auch im Bauprojekte, die kaum mit den Naturräumen und dem Landschaftsbild in Einklang zu bringen seien.

Drei-Klassen-Tourismus

Dollinger geht davon aus, dass sich bis 2030 eine „Drei-Klassen-Gesellschaft“ im Tourismus entwickeln werde. Gewinner seien die kapitalstarken Tourismuszentren mit hoch gelegenen Skigebieten, mit einem perfekten Angebot für Wohlhabende.

Dann kämen die Sommertourismusregionen mit Badeseen. Auch sie wären Klimawandeldesigner, die Sommerfrische in Kombination mit Landschaft und Kultur für die Mittel- und Oberschicht anbieten könnten.

Tourismusgebiete, die weder Schnee noch Seen im Angebot hätten, müssten auf die Wellness-Kundschaft und den Naturschutz als Teil eines nachhaltigen touristischen Gesamtkonzeptes setzen.

www.kt2030.at

Vorarlberg gegen Fracking am Bodensee

Die Vorarlberger Politik ruft geschlossen zum Widerstand gegen Fracking auf. Sie fürchtet um Wasservorkommen. Mit Unterschriftenaktionen will sie die Schiefergas-Technologie verhindern.

Jutta Berger

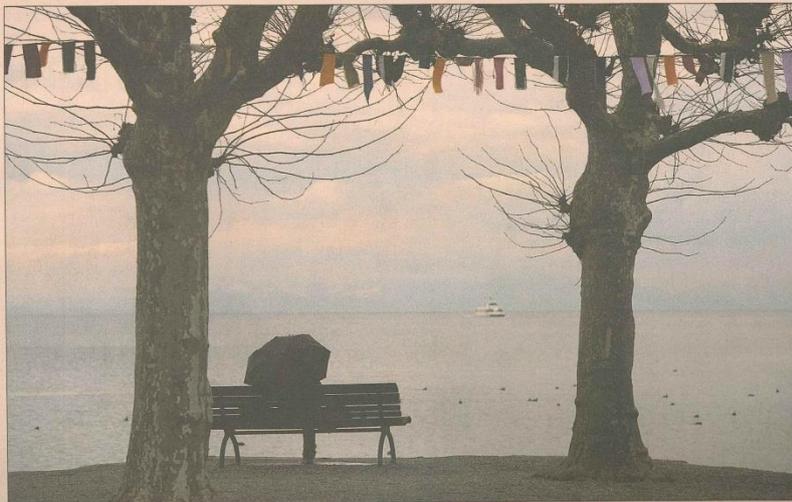
Bregenz – Ungewohnt einig zeigen sich die Vorarlberger Landtagsfraktionen zu Beginn des Wahljahrs. Gemeinsam rufen sie die Bevölkerung zum Widerstand gegen Fracking, die umstrittene Technologie zur Förderung von Schiefergas, auf. Die Parteien eint die Sorge um das Grundwasser und das Trinkwasserreservoir Bodensee. Rund fünf Millionen Menschen beziehen ihr Wasser aus dem See. „Hände weg vom Bodensee“, fordern die Grünen.

„Unabwägbar sind die Risiken für die Bevölkerung, für das Trinkwasser sowie für Natur und Umwelt“ seien mit Fracking verbunden, sagt Landtagspräsidentin Gabriele Nußbaumer (ÖVP) und ruft zur Unterschrift einer Online-Unterstützungsaktion des Landtags auf. Die Bundes- und Landesregierungen der Bodensee-Anrainerstaaten und die EU-Kommission werden mit der Unterschriftenaktion aufgefordert, die „derzeit angewandten Methoden des Fracking“ abzulehnen und auf EU-Ebene eine verbindliche UVP-Richtlinie für Fracking zu erwirken.

Beim Fracking wird über Bohrschächte ein Gemisch aus Wasser, Sand und Chemikalien ins Schiefergestein gepresst, das Gestein bekommt Risse, das Gas kann an die Oberfläche strömen. Mit dem Gas kommt aber auch, warnen die Umweltschützer, kontaminiertes

Der Bodensee versorgt fünf Millionen Menschen mit Trinkwasser. Fracking, die Förderung von Schiefergas mit Chemikalien, gefährdet Wasser und Landschaft, befürchten Politiker der Seeregion.

Foto: dpa



Abwasser. Durch die Zwischenlagerung in Becken würden Luft, Boden und Wasser verschmutzt.

Die Furcht vor Schäden für Grundwasser und See ist nicht unbegründet. Im deutschen Bodenseeraum wurde die Konzession für die Gassuche eines britischen Unternehmens verlängert, im Schweizer Kanton St. Gallen stieß man bei Geothermie-Tiefenbohrungen auf Gas. „Wie Tiefenbohrungen die Grundwasserströme im Rheintal beeinflussen, ist unabschätzbar“, sagt Rauch.

Die Vorarlberger Grünen, seit 2012 aktiv in der Bekämpfung der neuen Technologie, haben mit den Grünen der Schweiz, Baden-Württembergs und Bayerns eine Website zur Information erstellt.

Thema bei Europawahl

Fracking werde Schwerpunktthema der Europa-Wahl, kündigte der Vorarlberger Grünen-Sprecher Johannes Rauch an. Enttäuscht zeigt sich Rauch über aktuelle Meldungen, dass sich die EU-Kommission nicht zu einer

Gesetzesregelung durchringen kann und nur unverbindliche Empfehlungen geben will. Der konservative EU-Energiekommissar Günther Oettinger, früherer Ministerpräsident von Baden-Württemberg, sprach sich in deutschen Medien für das Fracking aus: Deutschland solle kein endgültiges Nein zum Fracking formulieren, sonst gingen wichtige Kompetenzen verloren.

Rauch sieht diese Haltung als Erfolg der Fracking-Lobby, die mit Gasvorkommen in Polen und

Großbritannien spekuliere. Rauch hält die EU-Haltung für kurzsichtig. Aus den USA, wo man derzeit eine Fracking-Blase erlebe, kämen bereits ermutigende Meldungen. Fracking rechne sich nicht.

Investitionen in die neue Technologie gingen 2013 deutlich zurück, berichtet das Beratungsunternehmen IHS Herold. 3,4 Milliarden Dollar wurden 2013 investiert, im Jahr zuvor war es noch doppelt so viel.

www.vorarlberg.at/landtag
www.stoppt-fracking.com

Wind um zwei Prozent

Niederösterreichs Windradzonen erhitzen die Gemüter

St. Pölten / Wien – Vor einem Monat präsentierte das Land Niederösterreich einen Zonenplan für Windräder, der noch bis 14. Februar für Stellungnahmen aufliegt. Er sollte dem Wildwuchs in den Gemeinden, die bis dahin eigenständig über den Bau der Anlagen entschieden haben, ein Ende bereiten und erhitze Gemüter abkühlen. Doch kalmiert haben sich die Ausbaukritiker der IG Weinviertel und der IG Waldviertel – einem Zusammenschluss von Bürgerinitiativen – am Donnerstag bei einer Pressekonferenz nicht.

„Wein- und Waldviertel tragen die Hauptlast des Windkraftausbaus von ganz Österreich“, kritisiert Leopold Duml von der IG Weinviertel, der sich um den Erhalt des Landschaftsbildes sorgt. Der Zonenplan legt fest, dass nur

zwei Prozent der Landesfläche für Windräder geeignet sind – wobei es 4,9 Prozent des Weinviertels sind. Dass die Zonen mit Windrad-Erlaubnis tatsächlich Windparks werden, ist allerdings nicht gesagt: Nach wie vor entscheiden darüber die Gemeinden; auch eine Umweltverträglichkeitsprüfung ist weiterhin Pflicht.

Die Vermutung der Gegner, dass auf Bürgermeister von Landes- oder Firmenseite Druck ausgeübt werde, weist Umweltlandrat Stephan Pernkopf (VP) „entschieden zurück“. Vonseiten IG Windkraft wurde zuletzt aber gewarnt, dass die Ausbauziele des Landes bis 2020 (an denen Pernkopf festhält) nicht erreichbar seien, wenn die für den Windradbau noch erlaubten Flächen nicht auch dazu genutzt würden. (sppi)

Strenge Prüfung von Skihelmen

Warnung vor Helmkameras: „Ungünstige Hebelwirkung“

Michael Simoner

Wien – Willi muss immer den Kopf hinhalten. Und wumm, schon wieder bekommt er eine auf's Haupt. Willi ist ein Kopf-Dummy für Skihelmtests in der sicherheitstechnischen Prüfstelle der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA) in Wien-Brigittenau. Helme, die hier bestehen, werden mit der europaweit gültigen ÖNORM EN 1077 gekennzeichnet (die allgegenwärtige CE-Kennzeichnung ist lediglich ein Handelszeichen).

Hundertprozentigen Schutz gibt es nicht, wie der schwere Skiunfall von Michael Schumacher vor fast drei Wochen gezeigt hat. Doch ohne Helm würde sich AUVA-Prüfer Thomas Manek nicht mehr auf die Piste wagen. Bei ihm muss der Kopfschutz mehrere Tests bestehen: Bei der Messung der Stoßdämpfung knallt Dummy Willi samt Helm aus 1,5 Meter Höhe auf den Boden. Drei Sensoren erfassen, ob die Beschleunigungskräfte korrekt abgeleitet werden und wie stark sich der Helm verformt. Eltern, die ihren Kindern zu große Helme verpassen, im Vertrauen, dass die Sprösslinge noch „hineinwachsen“, machen laut Manek einen schweren Fehler. Denn das vergrößere nur das Verletzungsrisiko.

Beim Durchdringungstest wird ein schwerer Spitz auf den Helm losgelassen. Dringt der „Speer“ tatsächlich bis zu Willi durch, ist das Produkt Mist. Vor allem zu große Lüftungsschlitze sind ein Problem. Auch der Kinnriemen einer bestimmten Belastung standhalten. Dann muss ein Helm noch in die Klimakammer, wo er



Helmtest bei der AUVA: Die Spitze drang nicht durch. Foto: Newald

Temperaturen von 25 Grad unter null bis 70 Grad plus ausgesetzt wird. Dazu kommt intensive UV-Bestrahlung. Damit wird die Sprödigkeit des Materials getestet. Generell rät Karl Grün, Direktor der heimischen Normenplattform Austrian Standards, alle vier Jahre einen neuen Helm zu kaufen.

Zum Boom von Helmkameras – auch Schumacher trug bei seinem folgenschweren Sturz eine – meint Prüfingenieur Manek, dass in der Regel die Produkthaftung für die Helme erlösche, wenn Hersteller nicht ausdrücklich die Montage einer Kamera erlauben. Schon ein selbst aufgebrachtes Pickel könne auf Dauer zur Verödung des Materials führen. Eine Helmkamera könne außerdem bei Stürzen eine „ungünstige Hebelwirkung auf die Halswirbelsäule“ ausüben, warnt er.

KURZ GEMELDET

WIEN

Raubopfer in Kühltruhe gesperrt: Zehn Jahre Haft

Wien – Zu zehn Jahren Haft (nicht rechtskräftig) wurde Donnerstag ein Mann verurteilt, der im Zuge eines Supermarktüberfalls zwei Angestellte in einen Kühlcontainer gesperrt hatte, in dem diese fast erstickt wären. Die Verurteilung erfolgte einstimmig wegen schweren Raubes, die Geschworenen verurteilten die Mordversuchsanklage mit 5:3 Stimmen. (red) derStandard.at/Wien

WIEN

Misstrauensantrag nach AKH-Bericht

Wien – Die Wiener FPÖ kündigte am Donnerstag einen Misstrauensantrag gegen Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely (SPÖ) an. Anlass ist der jüngste Rechnungshof-Rohbericht zum Wiener AKH, der massive Kostensteigerungen auflistet. Auch ÖVP-Gesundheitssprecherin Ingrid Korosec fordert, dass Wehsely „politische Verantwortung für die Fehlleistungen übernimmt“. (APA)

WIEN

Causa Alijew holt Justizminister ein

Wien – Justizminister Wolfgang Brandstetter wird die Causa Rachat Alijew nicht los. Laut *Forma* hat der Minister während seiner Zeit als Verteidiger Alijew und auch zwei kasachische Ex-Agenten in Niederösterreich angemeldet. Was die fragwürdige Ausstellung eines Fremdenpasses für Alijew betrifft, soll die Staatsanwaltschaft Krems für Einstellung des Verfahrens sein. (red)



Brandeinsatz in Kalifornien: Hunderte Feuerwehrleute kämpfen an der amerikanischen Westküste nahe Los Angeles gegen heftige Waldbrände. Foto: epa/Stuart Palley

Verheerende Buschbrände fordern erstes Todesopfer

Extreme Hitze entfachte im Südosten Australiens zahlreiche Feuer
In Kalifornien bekommt die Feuerwehr Waldbrände unter Kontrolle

MELBOURNE/LOS ANGELES — Ein Todesopfer forderten gestern die Buschbrände im Südosten Australiens. Die Leiche einer Frau wurde nach Polizeiangaben im Grampians-Nationalpark im Bundesstaat Victoria nahe Melbourne gefunden. Zuvor mussten Tausende Einwohner ihre Häuser verlassen. Ein Temperatursturz brachte zwar etwas Abkühlung, sorgte

aber auch für heftige Winde und Unwetter, die neue Feuer auslösten.

Waldbrand in Kalifornien durch illegales Lagerfeuer

Allein in Victoria zählten die Behörden gestern Abend (Ortszeit) noch knapp 60 Brände. Im Norden der Grampian Mountains wurden bereits 21.000 Hektar Land ver-

nichtet. Feuerwehrchef Craig Lapsley sagte, die Hitze des Feuersturms sei derart hoch, dass sie „ihr eigenes Wetter schafft.“

Unterdessen bedrohen Waldbrände in der Nähe von Los Angeles an der amerikanischen Westküste mehrere Wohngebiete. Ausgelöst wurde das Feuer vermutlich durch ein illegales Lagerfeuer. Die Polizei nahm drei Verdächtige fest. Nachlassender Wind hatte den Feuerwehrmännern eine Atempause gegönnt. Die Flammen breiteten sich gestern Vormittag (Ortszeit) nicht mehr weiter aus. Der Brand sei aber erst zu 30 Prozent unter Kontrolle, teilte die Forstbehörde mit.



Die heftigsten Brände wüteten im Norden der Grampian Mountains westlich von Melbourne. Foto: epa/cfa

Aktuell

Tödliche Erdbeben

MANILA — Nach heftigem Regen sind bei Erdbeben und Überschwemmungen auf den Philippinen mindestens 34 Menschen ums Leben gekommen. Gut zehn Wochen nach dem verheerenden Taifun „Haiyan“ mit mehr als 6200 Toten verloren jetzt in 14 Provinzen 212.000 Einwohner ihre Bleibe.

Mehrere in Haft

Neue EU-Klimaziele ohne Sanktionsdruck

Kritik von NGOs wie Greenpeace oder den Grünen, aber auch von der Industrie gibt es für den Vorschlag einer EU-Klimastrategie bis 2030. Die Kommission will Treibhausgase deutlich verringern. Erneuerbare Energie bliebe eher unverbindlich Sache der Staaten.

Thomas Mayer aus Brüssel

„20-20-20“ auf diese griffige Formel ließ sich die bisherige Klimastrategie der Europäischen Union zahlenmäßig bringen, welche die Ziele festlegt: Demnach müssen der Ausstoß des Treibhausgases Kohlendioxid (CO₂) EU-weit um 20 Prozent verringert, der Anteil an erneuerbarer Energie auf 20 Prozent vom Gesamtverbrauch angehoben und die Energieeffizienz um 20 Prozent verbessert werden. Als Referenzjahr dienen jeweils die Werte von 1990.

Geht es nach den am Mittwoch in Brüssel präsentierten Vorschlägen der EU-Kommission für eine erneuerte Klimastrategie bis zum Jahr 2030, müssen sich die Bürger auf eine neue Formel einstellen: nämlich „40-27-20“.

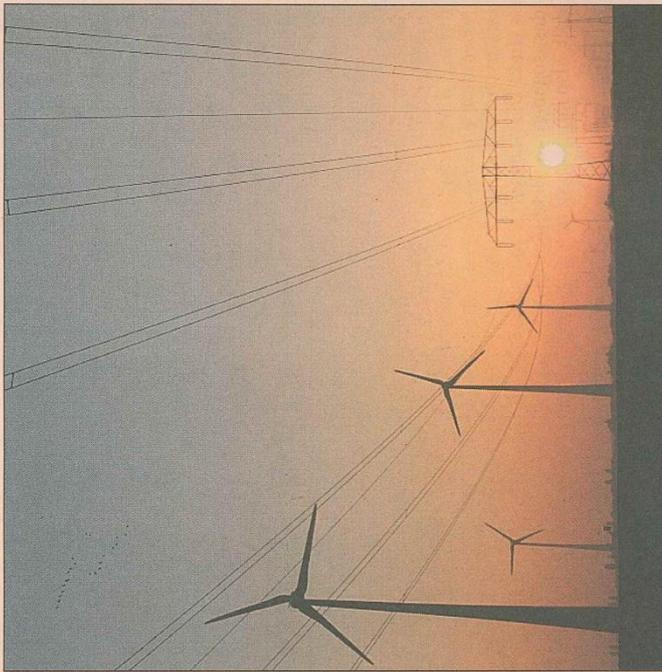
Eine Verringerung des Schadstoffausstoßes um 40 Prozent wäre ein „sehr ambitioniertes Vorhaben“, erklärten Präsident José Manuel Barroso, Energiekommissar Günther Oettinger und Klimatschutzkommissarin Connie Hedegaard in einer Pressekonferenz unisono. Wenn der Ausbau der Erneuerbaren wie Windkraft, Biomasse oder Solarenergie in geringem Ausmaß erfolgen sollte, liege das vor allem daran, dass viele Staaten noch großen Nachholbe-

darf hätten. In Frankreich etwa liegt der Nuklearanteil am Strom bei 76 Prozent, bei anderen beträgt der von Kohle gar 90 Prozent, stellte Oettinger fest.

Wichtig sei es, dass man bis 2015 zu einem Beschluss komme. Der EU-Ministerrat und das Parlament müssen die Vorschläge erstmalig durcharbeiten, die widersprüchlichen nationalen Interessen ausgleichen, bevor man zu neuen EU-Regeln komme. Wichtig sei es aber bereits heute, den Investoren die Richtung anzudeuten, damit diese langfristige Pläne können, sagte Barroso. Umweltschutz und Wettbewerbsfähigkeit, sprich niedrigere Energiepreise, müssten in Einklang gebracht werden. In den USA sei Energie drei- bis viermal billiger.

Es geht nicht nur um Energieerzeugung und Verbrauch, sondern etwa auch um die Schaffung von Infrastruktur, von neuen Netzen im Binnenmarkt, die die Energie weiterleiten. Nationale Hemmnisse seien Preistreiber. Das sei also eine komplexe Operation, erklärte der Energiekommissar.

Vor allem Umweltschutzorganisationen wie Global 2000, der World Wildlife Fund (WWF) oder Greenpeace, aber auch die Grünen übten scharfe Kritik an den Plänen. Die Vorschläge seien „verheerend“, so der WWF, der sich



Mindestens so folgenreich wie der Ausbau erneuerbarer Energie mit Windrädern ist der Bau von Leitungsnetzen in Europa. Foto: AP/dapd

vor allem daran stieß, dass die Kommission die Förderung von Schiefergas erlauben will. Barroso wollte nur Grundsätze zum Schutz von Umwelt und Trinkwasser bei der Förderung von Gas in tiefen Gesteinsschichten vorgeben. Anders die Industrieverbände: Sie sehen neue Belastungen auf die Wirtschaft zukommen.

Die zweite Linie der Hauptkritik richtet sich gegen die Pläne der Kommission zur erneuerbaren Energie. Das 27-Prozent-Ziel gilt

„Schiefergasblase in den USA vor dem Platzen“

Wien – Die Euphorie in den USA über riesige Vorkommen an Schieferöl und -gas scheint zu verfliegen. Einer aktuellen Analyse des Forschungs- und Beratungsunternehmens IHS Herold zufolge sind die Investitionen internationaler Firmen im US-Öl- und Gasgeschäft stark zurückgegangen. Sind 2011 noch mehr als 30 Mrd. Dollar in den Sektor geflossen, waren es 2012 nur noch sieben Mrd. und im Vorjahr 3,4 Milliarden Dollar.

„Die Schiefergasblase in den USA ist vor dem Platzen“, sagte Werner Zittel, einer der international führenden Forscher für Reichweiten fossiler Energien, am Mittwoch. Die Förderrate gehe dramatisch zurück, selbst in guten Feldern wie Bakken oder Fayetteville müssten immer rascher neue Bohrungen gesetzt werden, um den Abfall zu bremsen.

Zittel, der sich auf Einladung von Klima- und Energiefonds sowie Erneuerbare Energie Österreich in Wien befand, rät von einem Engagement bei Schiefergas in Europa ab. Dagegen sprechen nicht zuletzt ökologische und ökonomische Gründe.

Gegen Hydraulic fracturing – kurz Fracking, machen nun auch Teile der SPO mobil. In einer parlamentarischen Anfrage will der Tiroler Abgeordnete Max Unterreiner von Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner (VP) unter anderem wissen, wie oft Fracking in Österreich schon eingesetzt wurde und welche Chemikalien dabei zum Einsatz gekommen sind. Man sehe Gefahr für das Trinkwasser. (stro)

Kommentar der anderen Seite 35
Kommentar Seite 36

Stillstand beim EU-Klimaschutz befürchtet

Die Ziele beim Ausbau der erneuerbaren Energien werden für die EU-Staaten künftig nicht mehr verpflichtend sein

Von Stephanie Pack aus Brüssel

Die EU gilt als Vorreiter beim Klimaschutz. Die neuen Ziele, die die Kommission am Mittwoch präsentiert hat, lassen mancherorts aber Zweifel aufkommen: In zwei von drei Bereichen werden die Regelungen aufgeweicht. Noch gelten die verbindlichen Ziele, die die Mitgliedsstaaten bis 2020 erreichen müssen: 20 Prozent weniger CO₂-Ausstoß, ein Ausbau der erneuerbaren Energien auf 20 Prozent und eine Steigerung der Energieeffizienz um 20 Prozent. Ab dann wird es allerdings lockerer zugehen.

Kritik hagelt es vor allem für jene Regelung, die den Ausbau der erneuerbaren Energien betrifft. Anstelle eines für die Staaten verbindlichen Ziels wird ein Ausbau auf 27 Prozent vorgeschlagen – europaweit. Das hat zur Folge, dass es kei-

ne Sanktionen gegen Einzelne gibt, wenn das europaweite Ziel in Summe nicht erreicht wird. Ein Freibrief für die Befürworter der Atomkraft, befürchten Umweltschützer.

Versuche von Ländern, wieder verstärkt Richtung Atomkraft zu gehen, sieht auch der Energieexperte Werner Zittel. Sie würden seiner Ansicht nach aber nicht erfolgreich sein. Die Atomenergie sei zu teuer, und Versuche, die Laufzeiten der Reaktoren zu verlängern, seien zu riskant. Für erneuerbare Energien spricht sich Zittel nicht nur aus ökologischer Sicht aus.

Die Importabhängigkeit bei Öl, Kohle und Gas belastet Europas Wirtschaft, die Kosten würden weiter steigen. Und die Ölvorkommen gingen irgendwann zu Ende. Die Misere der fossilen Energie wird laut Zittel der Fracking-Boom nicht lösen. Die Förderung von Schiefer-



„Schiefergas wird nicht die Bedeutung haben wie in den USA, aber Potenzial ist da.“

■ Günther Oettinger,
EU-Energiekommissar

gas durch Tiefbohrungen sei weniger profitabel als angenommen. „Fracking verschafft nur kurzfristig neue Produktionskapazitäten“, sagt Zittel angesichts der Zahlen aus den USA, wo von Schiefergas-Revolution gesprochen wird.

Die EU-Kommission will den Mitgliedsstaaten diese Möglichkeit dennoch offenhalten. Energiekommissar Günther Oettinger: „Wir sind nicht blauäugig: Schiefergas wird nicht die Bedeutung haben wie in den USA, aber Potenzial ist da.“ Er schlägt kein Fracking-Verbot vor, sondern nur den Rahmen für die Umweltschutzbestimmungen dazu. Das kritisieren Umweltschützer. Ebenso wie das einzige verbindliche Ziel, die Reduktion des CO₂-Ausstoßes um 40 Prozent. Greenpeace und WWF befürchten einen „Stillstand“ und fordern eine Reduktion um 55 Prozent. Klima-

schutzkommissarin Connie Hedegaard reagierte ungehalten: „55 Prozent kann man verlangen, wenn man nicht dafür verantwortlich ist, sie zu erreichen.“ An den 40 Prozent dürften die Mitgliedsstaaten im März nicht mehr rütteln, wenn sie den Bericht diskutieren.

Zwei unzufriedene Minister

Österreichs Umweltminister Andra Rupprechter kritisierte das verbindliche Ziel bei den erneuerbaren Energien. „Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen.“ Er kritisierte fehlende Ambitionen bei der Energieeffizienz – die Kommission hat das Thema vertagt. Umgekehrt warnte Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner, Energiepolitik sei auch Standortpolitik. Industrien und damit Arbeitsplätze würden bei allzu rigiden Rahmenbedingungen aus Europa abwandern.

Lawog will Wohnungen in Hochwassergebiet bauen

Wo 2002 in Neuhoften das Hochwasser wütete, sollen Wohnungen entstehen – Wasserrechtsprüfung steht noch aus

Von Sabrina Auböck

NEUHOFFEN AN DER KREMS. „Wird die Menschheit wirklich immer blöder? Wie kann es denn sein, dass in einem 30-jährlichen Hochwasserabflussbereich (Anm. statistisch treten hier alle 30 Jahre Hochwasserereignisse auf) jetzt wieder gebaut wird?“, fragt sich eine Bürgerin der Gemeinde Neuhoften an der Krems. Sie erinnert sich noch zu gut an das verheerende Hochwasser im Jahr 2002. Auf einem Grundstück, das damals zur Gänze überflutet war – mit einem Höchstpegelstand von 1,4 Meter –, will die Lawog nun 44 Wohnungen bauen. Die Bauverhandlungen beginnen morgen, Freitag.

Damit die Bagger tatsächlich fahren können, braucht man aber auch eine wasserrechtliche Genehmigung. „Die wird die Lawog wahrscheinlich nicht bekommen“, sagt Franz Gillinger, Leiter des Gewässerbezirks Linz und zuständiger Sachverständiger. „In diesem Areal würde höchste Gefahr für die Bewohner bestehen. Das kann man den Leuten und den Einsatzkräften nicht zumuten. Wir haben jahrelang Berechnungen durchgeführt. Ein positives Wasserrechtsverfahren ist höchst unwahrscheinlich.“

Die letzte Entscheidung trifft jedoch die Bezirkshauptmannschaft (BH) Linz-Land, für die das Team Gillinger das Wasserrechtsgutachten erstellt. „In der Regel hält sich die BH an unsere Empfehlungen“, sagt dieser.

„Die Lawog bekommt nur einen Baubescheid, wenn sie für ihr Projekt eine was-

serrechtliche Genehmigung hat.“

■ Günter Engertberger, Bürgermeister (SP) von Neuhoften



Foto: privat

„Das Gebäude ist so konzipiert, dass das Wasser genug Platz hat und möglichst ungestört abfließen kann.“

■ Nikolaus Prammer, Vorstandsdirektor der Lawog



Foto: Lawog

begleitet. Das Gebäude, das bei dem Architektenwettbewerb gewonnen hat, erfüllt alle Voraussetzungen. Das Wasser hat genug Platz zum Abfließen.“

Alle 30 Jahre ein Hochwasser

Günter Engertberger, Bürgermeister (SP) der Gemeinde Neuhoften, bestätigt auf Anfrage der OÖNachrichten, dass sich der Baugrund im 30-jährlichen Hochwasserabflussbereich befindet. „Allerdings ist geplant, dass das Gebiet in einen 100-jährlichen Abflussbereich umgewidmet wird. Seit 2006 werden sukzessive Rückhaltebecken und Schutzmaßnahmen gebaut.“

Manfred Weber, Chef der Bauverwaltung der Gemeinde, schätzt, dass in fünf bis zehn Jahren mit einer Umwidmung zu rechnen ist: „Man kann aber auch im 30-jährlichen Bereich bauen, wenn ein möglicher Rückstau anderen keinen Schaden zufügt. Genau das wird im Wasserrechtsverfahren geprüft.“



So soll der geplante Wohnungskomplex der Lawog aussehen. (amm Architekten)



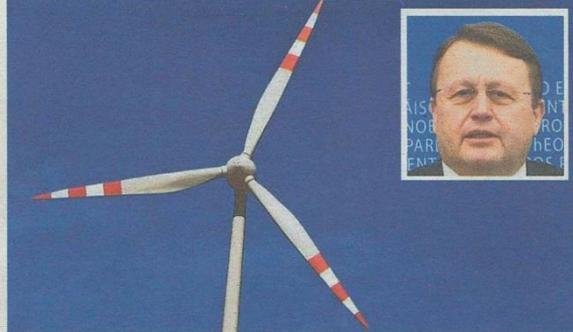
2002 war das Gebiet zur Gänze überschwemmt. Höchststand 1,4 Meter. (privat)

CO₂-Reduktion um 40 Prozent ist fix

EU-Abgeordnete Rübiger/Seeber: „Die EU-Klimapolitik darf keine Anti-Wirtschaftspolitik werden“

EU-Energiekommissar Günter Ottinger legte gestern die ausgearbeiteten Klimaziele der Union bis 2030 vor. Unter anderem sieht das Programm bis 2030 eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes gegenüber dem Stand von 1990 um 40 Prozent vor. Ebenso verbindlich ist das Ziel, den Anteil Erneuerbarer Energien von 20 Prozent, der im Jahr 2020 erreicht werden soll, auf 27 Prozent im Jahr 2030 zu steigern. Auch der CO₂-Emissionshandel soll reformiert werden. Es sind jedoch keine Strafen für Staaten vorgesehen, die ihre Klimaziele verfehlen. EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso sieht die Umsetzung der CO₂-Ausstoßreduktion als „kostenintensivsten Schritt auf dem Weg hin zu einer treibhausgasarmen Wirtschaft“. EU-Parlamentarier Paul Rübiger, Industrie- und Energiesprecher der ÖVP, und Richard

Seeber, Umweltsprecher der ÖVP, zeigen sich dem Programm der Kommission gegenüber skeptisch. „Die EU-Klimapolitik darf keine Anti-Wirtschaftspolitik werden“, mahnen die beiden. Rübiger fordert zusätzlich zu den Klimazielen ein verbindliches „Industrieziel“. „Klimapolitik, die auf dem Industrieauge blind ist, hilft keinem was. Wir sollten neben den bestehenden Energie- und Klimazielen die Industrie ausbauen. Deshalb fordere ich eine verpflichtende Industriequote von 20 Prozent in der ganzen EU“, so der Welser EU-Parlamentarier. Einmal mehr fordert er, die Einnahmen aus dem CO₂-Emissionshandel für die Förderung von Innovationen und Forschung in der Energietechnik zu verwenden. Heimische Industrie- und Wirtschaftsvertreter sehen durch die ambitionierten Klimaziele den Arbeits-



Der Anteil Erneuerbarer Energien soll bis zum Jahr 2030 auf 27 Prozent erhöht werden. Foto: Bilderbox, EVP Fotodienst

Wirtschaftsstandort Österreich gefährdet. Der Vorschlag der Kommission koste europäische Jobs und schade aufgrund der Abwanderung von Betrieben in Länder mit niedrigeren Umweltvorgaben obendrein dem Weltklima, erklären Georg Kapsch und Christoph Leitl, die Präsidenten der Industriellenvereini-

gung und der Wirtschaftskammer Österreich. „Aufgrund der hartnäckigen Wachstumsprobleme in Europa muss die Kommission darauf achten, dass die künftigen Klimaziele auch die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft berücksichtigen“, ergänzte Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner.

Obwohl 2013 viertwärmstes Jahr war:

Erwärmung der Luft pausiert seit 1997

Hamburg. – Das Jahr 2013 war das viertwärmste seit Beginn der systematischen Messungen Ende des 19. Jahrhunderts. Doch seit nunmehr 16 Jahren stagniert die bodennahe Temperatur im weltweiten Durchschnitt auf hohem Niveau, trotz des ungebremsten Ausstoßes von Treibhausgasen wie Kohlendioxid (CO₂).

Der UNO-Klimarat IPCC erklärt die Pause mit natürlichen Schwankungen. Mehrere Studien haben in den vergangenen Monaten andere Erklärungen angeboten:

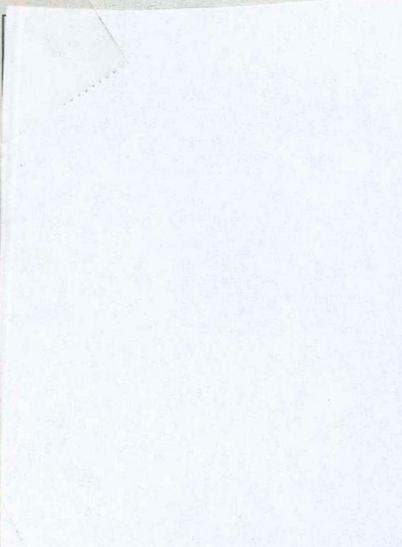
- Die pazifische Klimaschaukel mit ihren wechselnden Meeresströmungen könnte Wärme ins Meer verfrachtet haben.

- Eine Schwächephase der Sonne hat Messungen zufolge die Erwärmung um etwa ein Drittel gebremst.

- Auch die Partikelwolken von Vulkanausbrüchen und der Luftverschmutzung in Asien durch Kohlekraftwerke und Autos haben Sonnenstrahlung abgehalten und damit einen Kühleffekt.

„Die Klimaerwärmung geht trotzdem weiter“, er-

klärt die NASA angesichts der seit den 70er-Jahren steigenden Temperaturen: Seit 1976 waren alle Jahre wärmer als der Durchschnitt seit 1880. Die ersten 13 Jahre des 21. Jahrhunderts gehören zu den 15 wärmsten.





Die Idylle trügt: Was nach heiler Welt aussieht, könnte wegen starker Pestizidbelastung zum baldigen Tod der Biene führen. F.: dpa / Patrick Pleul



EU-Klimavorschlag für Windkraft-Lobby „einfach widerlich“

Wien/Brüssel – Dass laut Vorschlag der EU-Kommission der Anteil der erneuerbaren Energieträger am Strommix bis zum Jahr 2030 nur auf 27 Prozent ausgebaut werden soll, „ist nicht nur unambitioniert, das ist einfach widerlich“, empörte sich Stéphane Bourgeois vom Europäischen Windenergieverband EWEA am Mittwoch in Wien. „Das sieht für mich ganz genau so aus, als wäre dieser Entwurf von der britischen Regierung geschrieben worden, die ihre Atomkraftwerke bauen will.“

Die Windkraftlobby begründet ihren Vorwurf, dass die Kommission mit diesen Zielen der Atomlobby gefolgt sei, damit, dass im gleichen Zeitraum der Treibhausgasausstoß um 40 Prozent gesenkt werden soll – was zwar auch nicht sonderlich ambitioniert sei, aber mit 27 Prozent Erneuerbare alleine nicht machbar sei. Und da bis 2020 bereits ein Anteil von 20 Prozent vorgesehen ist, würden 27 Prozent bis 2030 „einem Komplettstillstand des europäischen Ausbaus für erneuerbare Energie gleichkommen“, warnt Ursula Näher, Juristin der österreichischen IG Windkraft. „Da wäre es besser, die österreichische Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass überhaupt nichts beschlossen wird, bevor diese 27 Prozent kommen“, legte IG Windkraft-Geschäftsführer Stefan Mojd nach.

Einen Vorstoß gegen das österreichische Einspeisetarif-Fördermodell gab es am Mittwoch seitens der Arbeiterkammer. „Weg von der Dauersubventionierung und versteckten Landwirtschaftsförderungen“, hieß es am Mittwoch in einer AK-Aussendung. Die AK, aber auch E-Control-Vorstand Martin Graf fordern eine Adaption in Richtung Investitionsförderung. (frei)

Wenn Pestizide Bienen stechen

Neonicotinoide, hochwirksame Insektizide, haben im Vorjahr für Furore gesorgt und bewegen noch immer die Gemüter. Sie sollen am Bienensterben mit schuldig sein. Die meisten sind vom Markt verbannt. Heuer werden erstmals Alternativen in breitem Stil erprobt.

Günther Strobl

Wien – Der Maiswurzelbohrer ist nichts für Heimwerker. Er ist ein Schläftler für immer mehr Landwirte. Die Käferart, von der die Rede ist, ernährt sich vorzugsweise von Pollen und Narbenfäden der Maispflanze. Ursprünglich in Mittelamerika angesiedelt hat sich der Maiswurzelbohrer rasch über weite Landstriche der USA und Kanadas verbreitet. Inzwischen zählt der gelb-schwarze Winzling auch in Europa zu den wirtschaftlich bedeutendsten Schädlingen im intensiven Maisanbau.

Die meisten Maisbauern haben das etwa fünf Millimeter große Insekt zuletzt bevorzugt mit Neonicotinoiden bekämpft. Das ist der Sammelbegriff für eine Gruppe hochwirksamer Insektizide. Eine breitere Öffentlichkeit nahm im Vorjahr wegen des Bienensterbens, hinter dem Neonicotinoide vermutet werden, Notiz davon. Nach heftigem Druck musste Ex-Landwirtschaftsminister Nikolaus Berlakovich seinen ursprünglichen Widerstand gegen ein breitflächiges Anwendungsverbot aufgeben. Heuer ist das erste Jahr, in dem in breitem Stil Alternativen erprobt werden.

Fadenwürmer statt Gift

„Das allein wird nicht helfen, das Überleben der Bienen zu sichern“, ist der grüne Landwirtschaftssprecher Wolfgang Pirkhuber überzeugt. „Es muss gelingen, den Einsatz von Pestiziden insgesamt zu senken.“ US-Studien hätten klar den Zusammenhang zwischen dem Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und dem Bienensterben gezeigt, sagte Pirkhuber dem STANDARD.

In Österreich wird auf rund 300.000 Hektar Mais angebaut. Im Osten und Süden Österreichs gibt es die größten Maismonokulturen, dort hat der Maiswurzelbohrer zuletzt auch die größten Schäden angerichtet. Statt mit Neonicotinoiden, für die in Österreich ein dreijähriges Moratorium gilt, wollen viele Bauern heuer mit Fadenwürmern, auch Nematoden genannt, gegen den Maiswurzelbohrer vor-

gehen. Diese speziell präparierten Fadenwürmer, die die Raupen des Schädlings angreifen und töten, sind von der Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES) als einziges Mittel für einen breitflächigen Einsatz zugelassen.

Inzwischen unterstützen auch Landwirtschaftskammern wie jene in der Steiermark diese Alternative. In gut einem Dutzend Veranstaltungen wurden interessierte Maisbauern über die Anwendung von Nematodenmitteln informiert. Nachteil: Die Kosten sind etwa doppelt so hoch wie beim Einsatz von Neonicotinoiden. Es gibt aber Unterstützung.

„Das billigste Mittel gegen den Maiswurzelbohrer ist die Fruchtfolge“, sagte Pirkhuber. Er hat am Mittwoch einen Entschließungsantrag eingebracht. Darin wird unter anderem als Grundbedingung für die Teilnahme an allen Agrarumweltprogrammen gefordert, dass generell auf besonders problematische Pestizide wie Neonicotinoide, Glyphosat oder Bentazon sowie weitere problematische Betriebsmittel gemäß Risikoanalyse verzichtet wird.

Moratorium mit Löchern

Dass das Moratorium in Sachen Neonicotinoide löchrig ist, zeigt die Spritzlerlaubnis für Biscaya. Der Einsatz dieses Insektizids wurde im Wege einer „Notfallzulassung“ für den potenziellen Einsatz auf einer Fläche von 26.500 Hektar (rund 8,8 Prozent der Maisfläche) zwischen 20. März und 20. Mai 2014 erlaubt.

Pirkhuber ist dennoch optimistisch, dass der Weg in Richtung weniger Pestizideinsatz führt. Er verweist auf eine von der Keyquest Marktforschung im Auftrag der Grünen gemachte repräsentative Umfrage unter 500 Landwirten im November/Dezember des Vorjahres. 68 Prozent haben sich dabei für eine Verminderung des Pestizideinsatzes ausgesprochen.

Das ist umso erstaunlicher, als nur Betriebe mit mehr als fünf Hektar bewirtschafteter Fläche berücksichtigt wurden“, sagte Pirkhuber. Deziert gegen eine Verminderung des Pestizideinsatzes hätten sich nur elf Prozent der Befragten ausgesprochen.

Eine Mehrheit (61 Prozent) ist auch gegen eine weitere Intensivierung der Landwirtschaft. Als wichtigstes Anliegen an die Agrarpolitik wurden „faire Preise für landwirtschaftliche Produkte“ genannt.

Ökologische Handlungsspielräume werden größer

Deutscher Umwelthistoriker Brüggemeier ortet Umdenken und hofft auf technischen Fortschritt

Thomas Neuhold

Salzburg – Wenn Franz-Josef Brüggemeier einen Ausblick auf die ökologische Entwicklung der kommenden Jahrzehnte kurz zusammenfassen muss, dann formuliert er das mit den Worten „leichter Optimismus“. Brüggemeier ist Mediziner und Historiker. Derzeit ist er Professor an der Universität Freiburg mit dem Schwerpunkt Umweltgeschichte.

Aus der Beschäftigung mit der Umweltgeschichte der vergangenen 200 Jahre leite er seinen positiven Ausblick auf die kommenden Jahrzehnte auch ab, sagte Brüggemeier im Rahmen eines Vortrages bei den „Salzburger Vorlesungen“. Die Handlungsmöglichkeiten hätten jedenfalls enorm zugenommen.

Die Wissenschaft wisse inzwischen wesentlich besser über die vielfältigen Zusammenhänge ökologischer Kreisläufe Bescheid. Auch die materiellen und technischen Möglichkeiten hätten sich enorm verbessert. So wäre man beispielsweise noch bis in die 1970er-Jahre davon ausgegangen, es würde genügen, die Schadstoffe ausreichend zu verdünnen.

Viele Schadstoffe – darunter beispielsweise Schwermetalle wie Blei oder Cadmium – würden aber in Deutschland erst seit 1974 überhaupt gemessen. Diese Messungen und das neue Wissen über die Wirkungen der einzelnen Stoffe hätten dann zu einer „Änderung im Denken“ in Richtung Filter oder Kläranlagen geführt.

In der Folge seien auch immer mehr Herstellungsverfahren so verändert worden, dass überhaupt möglichst wenig Schadstoffe anfallen. Die Erfolge könnten sich sehen lassen. Die Emission von Blei sei ab 1974 um 97 Prozent, jene von Cadmium um 86 Prozent gesenkt worden.

Zu den verbesserten wissenschaftlich-technischen Möglichkeiten kämen auch neue politische Interessenvertretungen für Umweltangelegenheiten und ein verbesserter institutioneller Rahmen für den Umweltschutz hinzu.

Obwohl der Sozialhistoriker alles andere als ein Alarmist ist, Garantien für eine positive Entwicklung gebe es natürlich keine, sagt er einschränkend. Viele der neuen Technologien könnten letztlich auch größeren Schaden anrichten als vorherige.

Als „den klassischen Beispielfall“ in der Änderung des Umweltbewusstseins führt Brüggemeier „die DDT-Sache“ an. Das Dichlorodiphenyltrichlorethan ist seit Anfang der 1940er-Jahre als Insektizid weltweit im großen Maßstab eingesetzt worden. Die Palette reichte von der Hygiene in Kasernen über den großflächigen Einsatz in der Landwirtschaft bis hin zur Malariaabekämpfung.

DDT als Wendepunkt

Das Gift ist aber lange haltbar, gut fettlöslich und reichert sich so am Ende der Nahrungskette an. Vor allem aber hat es hormonähnliche Wirkung und führt zur Unfruchtbarkeit. Die Folge war in den USA beispielsweise ein weitverbreitetes Vogelsterben.

Dies sei, der Start der amerikanischen Umweltbewegung“ gewesen, illustriert Brüggemeier den Wendepunkt. Heute ist der Einsatz von DDT in allen westlichen Industrieländern verboten.

In der jüngeren Umweltgeschichte gebe es noch mehrere solcher Beispiele: die diversen Dioxinskandale oder der Contergan-Skandal mit zigtausenden geschädigten Kindern.



Einmal sollten die hohen Schloten Schadstoffe bis zu deren Ungefährlichkeit verdünnen. Heute ist die Kreislaufwirtschaft an der Tagesordnung. Foto: AP/Sarbach

Der Bürgermeister von Alkoven will nicht aus dem Hochwassergebiet absiedeln:

„Ich bin ‚seetüchtig‘ und bleibe“

Ob die Entscheidung des SP-Bürgermeisters von Alkoven beim Land für Freude sorgt, ist zweifelhaft. Denn Gabriel Schumann und seine Frau haben beschlossen, ihr Haus im Donau-Überflutungsgebiet im Eferdinger Becken nicht zu verlassen, das Absiedelungs-Angebot abzulehnen: „Damit sind wir sicher nicht alleine.“

Sie wollen nicht weg, obwohl die Ortschaft Gstocket, in der Sie leben, in der Absiedelungszone liegt?

Ich bin seetüchtig und hab' mit dem Wasser kein Problem. Wir wussten ja immer, dass es ein Überflutungsgebiet ist. Auch meine Frau hat gesagt, dass sie im Haus bleiben will.

Die meisten der Nachbarn wollen offensichtlich weg, fast alle haben den Gutachter, der den Wert ihrer Häuser schätzt, eingeladen.

Ich habe auch allen empfohlen, das Gutachten machen zu lassen. Damit jeder weiß, wie er dran ist. Und vielleicht gibt's ja in ein paar Jahren wieder die Möglichkeit, abzusiedeln. Dann hat man etwas in der Hand. Und ich glaube, dass nicht mehr als ein Drittel der Nachbarn wegziehen wollen.

Aber der Rest sitzt dann in wertlosen Häusern.

Ich bin mir nicht sicher, ob sie wertlos sind. Es gibt viele, die Objekte in der Einsicht suchen, wo sie ihre Ruhe haben und nicht mit Nachbarn streiten müssen.



Angeblich wollen zwei Familien im Flutgebiet neu bauen.

Dabei geht es nicht um Neu-, sondern um Ersatzbauten für bestehende Objekte, die durch das Hochwasser schwer beschädigt wurden. Diese Option sollte ermöglicht werden. MS

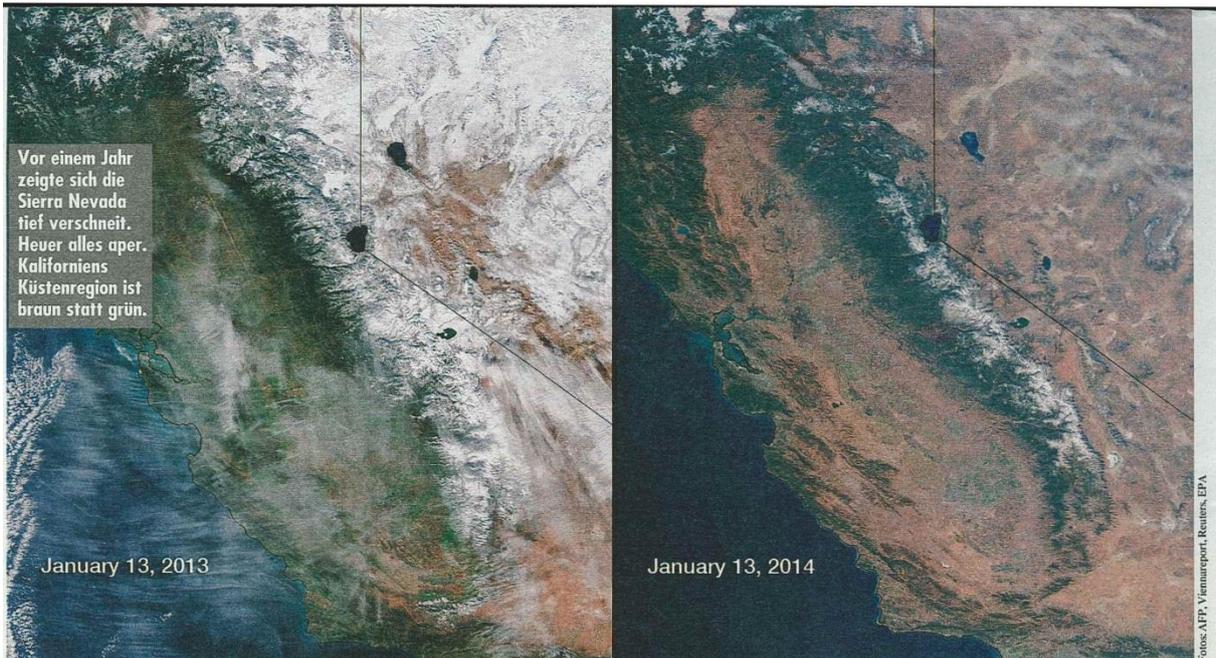
Foto: Markus Schütz



Bürgermeister Gabriel Schumann bleibt im Flutgebiet.

800 km langer Algenteppich treibt vor Brasiliens Küste

Rio de Janeiro. – Entlang der brasilianischen Atlantikküste hat sich ein 800 km langer Algenteppich gebildet, der grüne Schaum verschmutzt zahlreiche Strände – auch in Rio de Janeiro – und ist auf Satellitenaufnahmen zu sehen. Die Meerestemperatur lag im Jänner um 2,5 Prozent über dem Durchschnitt, der Niederschlag um 71 Prozent darunter.



Vor einem Jahr zeigte sich die Sierra Nevada tief verschneit. Heuer alles aper. Kaliforniens Küstenregion ist braun statt grün.

January 13, 2013

January 13, 2014

Fotos: AFP, Vinnareport, Reuters, EPA



Völlig ausgetrocknete Stauseen. Das „Schwimmen verboten“-Schild ist derzeit sinnlos.



Kalifornien trocknet aus!

Die Dürre der letzten Wochen ist sogar aus dem All zu sehen. Viele Wasservorräte und Stauseen sind bereits versiegt.

Eigentlich sind es nur Satellitenbilder. Doch sie lassen einen regelrecht erschrecken.

Denn sie zeigen das historische Ausmaß der Dürre, die Kalifornien und den nordöstlich angrenzenden Bundesstaat Nevada derzeit heimsucht. Mitte Jänner des Vorjahres präsentierte sich die berühmte Sierra Nevada noch tief verschneit, das Küstengebiet satt und grün. Heuer zur selben Zeit ein ganz anderes Bild: weitgehend aperer Berge und ausgetrocknete Ebenen. Die Schneedecke der Gebirgskette misst weniger als 20 Prozent der üblichen Höhe. Zudem sind die um diese Jahreszeit üblichen Regenfälle ausgeblieben. Das hat dramatische Folgen: Denn in den Sommermonaten ist die Region auf Wasser von der Schneeschmelze und aus Stauseen angewiesen, die derzeit zur Gänze aus-

getrocknet sind. Schon das Jahr 2013 war im „Golden State“ laut Meteorologen sogar eines der trockensten Jahre seit Beginn der Aufzeichnungen vor rund 100 Jahren. Damit droht dem durchaus an Hitze und Trockenheit gewöhnten Kalifornien bei weiterem Ausbleiben von Niederschlägen eine Rekorddürreperiode, die weit über die Region schwere Auswirkungen haben könnte. Denn der Bundesstaat produziert fast die Hälfte an Obst, Gemüse und Nüssen für die gesamten USA und exportiert auch nach Europa. Gouverneur Brown rief die Menschen auf, Wasser zu sparen. Strikte Rationierungen und Strafen für Wasserverschwender könnten folgen! Das zeigt uns nur wieder einmal, wie kostbar und gar nicht selbstverständlich unser Nass geworden ist. m.p.

Krone bunt h. 2. 2014

15 Tote nach Vulkanausbruch auf Sumatra

Beim Ausbruch des Vulkans Sinabung auf der indonesischen Insel Sumatra sind mindestens 15 Menschen ums Leben gekommen. Möglicherweise sind sogar Dutzende Tote zu beklagen. Etwa 50 Einwohner würden vermisst, sagte gestern ein örtlicher Priester. Der 2460 Meter hohe Sinabung im Norden Sumatras hatte am Samstag Geröll und Gaswolken in die Luft geschleudert. Ein glühender Strom aus Gas, Staub, Gestein und Lava sei mit Geschwindigkeiten von 100 Kilometern pro Stunde den Hang hinuntergeschossen und habe eine Schneise der Verwüstung hinterlassen, berichteten Katastrophenschützer.

Foto: epa



Dutzende Tote nach Vulkanausbruch auf Sumatra

Etliche Personen gelten noch als vermisst

JAKARTA — Bei dem jüngsten Ausbruch des Vulkans Sinabung auf der indonesischen Insel Sumatra sind mindestens 15 Menschen ums Leben gekommen. Möglicherweise sind sogar Dutzende Tote zu beklagen. Etwa 50 Einwohner würden vermisst, sagte gestern ein örtlicher Priester, der mit einer Hilfsorganisation zusammenarbeitet.

Der 2460 Meter hohe Sinabung im Norden Sumatras hatte am Samstag Geröll und Gaswolken in

die Luft geschleudert. Ein glühender Strom aus Gas, Staub, Gestein und Lava sei mit Geschwindigkeiten von 100 Stundenkilometern den Hang hinunter geschossen und habe eine Schneise der Verwüstung hinterlassen, berichtete der Katastrophenschutz. Der Sinabung hatte mehr als 400 Jahre geruht, bevor er im August 2010 wieder ausbrach. Seit vergangenem September sind rund 30.000 Menschen aus der Umgebung geflohen.

Gutachter im Hochwassergebiet unterwegs • Für ihn wird meist extra aufgeräumt

Geheime Schätzung nach der Flut

„Wie viel wird's denn werden?“ – Für die potenziellen Aussiedler aus dem Eferdinger Becken hängt meistens alles am Gutachten von Wolfgang Posch, der derzeit ein Haus nach dem anderen auf dessen Wert schätzt. Die Ergebnisse bleiben aber vorerst selbst für die Hausbesitzer ein Geheimnis.

„Erst wenn das Bauverbot eingetragen ist und das Gutachten vom Land und der Finanz abgesegnet ist, erfahre ich, was unser Haus wert ist.“ – Rupert und Judith Doppler aus der Ortschaft Gstocket in Alkoven hatten

VON MARKUS SCHÜTZ

gerade Besuch von Wolfgang Posch, Immobilien-Sachverständiger und vom Land bestellter Schätzer fürs Absiedlungsgebiet. „Wir fühlen uns im Haus seit der Flut nicht mehr daheim und wollen weg. Ob wir uns das leisten können, entscheidet das Gutachten“, so das Paar.

Kurz zuvor war Wolfgang Posch bei den Nachbarn. Eine Stunde pro Haus hat er eingeplant. „Ich rufe immer vorher an, damit die Leute die Baupläne vorbereiten. Bisher haben das alle gemacht. Die meisten räumen sogar extra auf“, erklärt der



Elisabeth und Alois Ecker hoffen, dass rasch Ersatzgrundstücke zur Verfügung stehen.

Das Wasser lief durch die Fenster ins Haus von Rupert Doppler. Er und seine Frau wollen weg, warten aber die Schätzung ab, ob es sich finanziell ausgeht.



Foto: Markus Schütz (2)

Gutachter – siehe auch Interview. „Bewaffnet“ ist er mit einem dreiseitigen Fragebogen, auf dem Daten zu

Bausubstanz, Fenstern, Böden, Türen, Zaun, etc. erfasst werden, sowie mit einer Kamera, um die Eindrücke

zu dokumentieren und einem Rollmeter, um Maße zu nehmen. „Es geht nicht nach dem Verkehrswert, sondern dem Sachwert vor der Flut“, erklärt der Gutachter.

Erfasst wird nicht jedes Stück extra, sondern der Gesamteindruck – dann wird pauschal nach Kubikmetern berechnet. „Das passt“, sind auch Elisabeth und Alois Ecker sicher, dass bei der Schätzung die Häuser nicht unterbewertet werden.

Pro Woche besucht der Gutachter etwa 20 Anwesen – bis Ende April will er mit seiner Aufgabe fertig sein.



„Tränen sehe ich nur ganz selten“

Für die Betroffenen im Eferdinger Becken geht's ums Lebenswerk, aber Gutachter Wolfgang Posch aus Asten muss objektiv bleiben.

Ist die Aufgabe für Sie sehr belastend?

Anfangs sind die Leute meist sehr sachlich, doch einige erzählen dann ihre Geschichte, holen Bilder hervor. Tränen sehe ich aber nur sehr selten. Ich selbst muss sachlich bleiben, darf nicht mitleiden.

Versuchen die Leute oft, ihre Häuser schöner zu reden, als sie sind?

„Natürlich wird ab und zu betont, dass dieses und jenes besonders teuer war.

Aber Einzelstücke schlagen sich kaum auf den Gesamteindruck nieder.

Wie schaut's denn aus, wenn Sie jetzt auf illegal gebaute Objekte stoßen?

Mein Auftrag ist, alle Objekte so zu beurteilen, als wenn sie regulär gebaut wurden. Also auch Schwarzbauten.

Wollen die Leute wirklich alle weg?

Ich habe den Eindruck, dass die Hälfte fix entschlossen ist, der Rest will sehen, woran man ist und dann entscheiden. MS

Wolfgang Posch ist mit Kamera, Fragebogen und Rollmeter im Flutgebiet unterwegs. ▼



Foto: Markus Schütz



Vulkanalarm auch in Ecuador

Während rund um den am Samstag ausgebrochenen Vulkan Sinabung auf der indonesischen Insel Sumatra die Suche nach Dutzenden Vermissten weitergeht, gibt es auch im südamerikanischen Ecuador seit Tagen Vulkan-Alarm: Der Tungurahua bei Pelileo ist derzeit beunruhigend stark aktiv, die Behörden haben Warnstufe Orange ausgerufen.

Grönland: Eis-Koloss fließt bis zu 46 m pro Tag

Schnellster Gletscher der Welt

Nuuk. – Der 80 km lange Jakobshavn-Gletscher auf Grönland fließt in Rekordtempo zum Meer: Laut Forschern bewege sich das Eis im Jahresmittel fast dreimal schneller als noch in den 1990er-Jahren. Demnach

floss das Eis im Sommer 2012 pro Tag mehr als 46 Meter meerwärts. Das ist die größte je registrierte Geschwindigkeit eines Gletschers in Grönland oder der Antarktis. Doch das Tempo nimmt immer weiter zu.

Kommentar

Von
Helmut Attenecker



Guter Schachzug

Rudi Anschöber kann es mit der Aufarbeitung des Hochwassers im Juni 2013 gar nicht schnell genug gehen. Gestern präsentierte er die neuen Kriterien zur Absiedelung von Flutopfern im Eferdinger Becken, die er mit Vertretern aller Landesparteien (darunter der Landeshauptmann) und Infrastrukturministern

Wer absiedelt, erhält Förderung sofort

rim Doris Bures (SPÖ) ausgehandelt hat. Kriterien, die es in dieser Form noch nicht gegeben hat. Und die auf den ersten Blick eigentlich zum Bleiben, denn zum Gehen animieren. Eine Familie, deren Haus in der roten Hochwasserzone steht, darf künftig ihre Bleibe nicht nur sanieren, sondern sogar neu bauen. Zwar ohne Förderungen, aber immerhin. Das war bisher nicht möglich, und dieses Verbot war auch nachvollziehbar: Schließlich trägt die Allgemeinheit einen beträchtlichen Anteil der Kosten für Schäden, die bei Fluten entstehen. Mit der neuen Regelung wäre es möglich, ein Haus zwischen Donau und einem künftigen Hochwasserdamm neu zu bauen.

Viele werden dieses Risiko wohl nicht in Kauf nehmen, dafür ist ein neuer Aspekt sehr wohl ein Anreiz, abzusiedeln. Wer sich nämlich entscheidet, in hochwassersicheres Gebiet zu gehen, erhält 80 Prozent der förderbaren Kosten sofort. Ein guter Schachzug.

h.attenecker@nachrichten.at



Aus den Teilen des Eferdinger Beckens, in denen das Wasser im Juni 2013 am schlimmsten wütete, sollen die Bewohner freiwillig absiedeln.

Foto: Weibold

Neue Regeln für Absiedelungen fixiert Vorteile für Siedler ausverhandelt

Ersatzbauten und Aufstockungen sind nun möglich. Keine Einigung bei Grundstücksablösen

Von Philipp Hirsch

WIEN, LINZ. Landeshauptmann Josef Pühringer (VP) unterbrach seine Kur, um am Dienstag in Wien zu verhandeln. Gemeinsam mit seinem Stellvertreter Reinhold Entholzer (SP), Landesrat Rudi Anschöber (Grüne) und dem oberösterreichischen Abgeordneten zum Nationalrat Roman Haider (FP) sprach er im Infrastrukturministerium mit Doris Bures (SP) über die Rahmenbedingungen der freiwilligen Absiedelungen für den Hochwasserschutz im Eferdinger Becken. Die wichtigsten Ergebnisse der Verhandlungen haben die OÖ-Nachrichten für Sie zusammengefasst.

1 Auszahlung: Die Fördersumme, mit der die Siedler sich ein neues Zuhause schaffen sollen, wird anders als bisher ausbezahlt. Die Betroffenen erhalten nun 80 Prozent der Förderung, sobald sie einen „Verbauungsverzicht“ auf

allen Grundstücksflächen im Grundbuch eingetragen haben. Die restlichen 20 Prozent werden ausgezahlt, sobald das alte Haus geschleift wurde.

2 Ersatzbauten: Für Anschöber war es „der wahrscheinlich schwierigste Punkt der Verhandlungen“. Bisher galt, wer in der Absiedelungszone bleibt, kann sein altes Haus nicht mehr einfach abreißen und ein neues bauen. Solche Ersatzbauten sind nun unter der Bedingung, dass der Neubau nicht größer als der Altbau ist, möglich.

3 Maschinenhallen: Auch speziell für die Landwirte gibt es neue Regeln. In Ausnahmefällen dürfen Maschinenhallen im Absiedelungsbereich stehen bleiben. Die Idee dahinter: Um einem abgesiedelten Landwirt lange Traktorfahrten zu seinen Feldern zu ersparen, dürfen die Maschinen nach einer Einzelprüfung auf

dem Grund verbleiben. Ein genauer Kriterienkatalog, unter welchen Bedingungen dies möglich ist, wird in den kommenden Wochen erarbeitet.

4 Grundstücke: Hier konnten sich die Oberösterreicher mit den Vertretern des Ministeriums nicht einigen. Es ging bei diesem Punkt vor allem um alle, die ein unbebautes Grundstück in der Absiedelungszone besitzen. Sie erhalten keine Entschädigung. Ministerin Bures sieht bei der Frage der Grundstücksablösen „keinen Handlungsspielraum“. Würde man hier die Regeln ändern, sei das Hochwasserschutzprojekt für das Eferdinger Becken nicht mehr finanzierbar. Abgeordneter Haider kündigte aber an, dass für diese „wenigen verbliebenen Härtefälle“ auf Landesebene eine Lösung gesucht werde.

5 Geschlossenheit: Noch bei der Errichtung des Machlanddam-

mes galt, dass sich die Bewohner einer ganzen Ortschaft geschlossen für die Absiedelung entscheiden müssen. War nur einer dagegen, mussten alle bleiben. Diese Regel gibt es nicht mehr. Jeder Hausbesitzer darf nun für sich selbst entscheiden.

6 Stichtag: Nach der Errichtung des Machlanddammes führte das Ministerium eine Regel ein, die besagte, dass nur noch Häuser, die nach dem 1. Juli 1990 errichtet worden sind, abgelöst werden. Ein Rechtsgutachten half, diese Verordnung zu Fall zu bringen. Nun spielt das Jahr der Errichtung keine Rolle mehr.

7 Aufstockung: Gute Nachrichten für Bungalow-Besitzer. Sie dürfen auf eigene Kosten ihre Häuser aufstocken, falls sie im Überflutungsgebiet wohnen bleiben. Bedingung: Sie dürfen das Erdgeschoss dann nicht mehr als Wohnbereich nutzen.

Förderkriterien fix ● Zugeständnisse für jene, die im Eferdinger Becken bleiben

Flutopfer können bald absiedeln

„Bis Ende Mai sind die Beschlüsse und Umwidmungen in den Gemeinden erledigt, wenn alles optimal läuft“, macht Landesrat Michael Strugl Absiedlungswilligen im Eferdinger Becken Hoffnung, dass alles flott geht. Denn die Kriterien für die Förderung der Flutopfer sind fixiert. Sie helfen auch denen, die bleiben wollen.

26 der 138 Familien, die im Absiedelungsgebiet leben, haben sich nicht für die

Schätzung ihrer Häuser angemeldet. „Sie sollten sie aber machen lassen. Sie kos-

tet nichts, verpflichtet zu nichts und wird später nicht mehr angeboten“, heißt es aus dem Hochwasserbeirat des Landes Oberösterreich.

Jetzt ist fix, was und wie gefördert wird: 80 Prozent der Fördersumme wird ausbezahlt, sobald die raumordnerischen Beschlüsse durch

die Gemeinde gefällt sind. Ersatzbauten und Aufstockungen sind im Flutgebiet zulässig, wenn die Wohnfläche gleich bleibt – ohne Förderung. Die Absiedelung von Zweitwohnsitzen wird aber gefördert. In Ausnahmefällen dürfen Bauern, die gehen, Maschinenhallen stehen lassen. Neubauten werden für bleibende Landwirte erlaubt, wenn diese erforderlich sind – also etwa bei Tierhaltung größere Ställe vorgeschrieben werden. Land- und forstwirtschaftliche Gebäude können neu gebaut werden, wenn die Wohnnutzfläche gleich bleibt.

Brunnen dürfen im Einzelfall bleiben. Übers Absiedeln bestimmt jeder einzeln, nicht so wie im Machland, wo die Ortschaften gemeinsam entscheiden mussten.

Josef Pühringer setzt Besuche Traditionen mit Auf...



Bundesheer sprengt gesperrte Tauernbahn frei

Aber zahlreiche weitere Straßen in ganze Kärnten immer noch gesperrt

KLAGENFURT — Nach einer Woche Schneechaos in Kärnten war gestern wieder leichte Entspannung in Sicht. Auf der Tauernbahn und der Tauernschleuse gab es nach einer Lawinsprengung am Vormittag ab 14 Uhr wieder regulären Betrieb. Bundesheer-Experten arbeiten am Nachmittag daran, die Lawinengefahr am gesperrten Plöckenpass mit dem Abwurf von Sprengladungen aus einem Hubschrauber zu entschärfen. Zunächst geplante Sprengungen im Lesachtal — es sollte auch von Kärntner Seite wieder erreichbar sein — wurden nicht durchgeführt. „Nach einer Begehung wurde entschieden, dass Sprengungen dort wegen der Bäume nicht möglich sind“, sagte Presseoffizier Christoph Hofmeister.

Am gesperrten Plöckenpass wurden hingegen Sprengungen durchgeführt. Wann die Straße wieder freigegeben wird,

hängt davon ab, wie lang die Straßenmeistereien brauchen, um die Straße zu räumen. Weitere Straßensperren gab es laut ÖAMTC am Wurzen- und

am Loiblpass, am Katschberg sowie im Rosental. Besonders im Bezirk Hermagor waren auch noch einige Landesstraßen gesperrt.



Ein zwei Tonnen schwerer Felsblock hat in der Nacht auf gestern in der Kärntner Gemeinde Vordertheißenegg schweren Sachschaden angerichtet. Laut Polizei hatte sich der Block 100 Meter oberhalb eines Wohnhauses gelöst, einen Baum umgerissen, der wiederum eine Stromleitung kappte, und war schließlich gegen das Haus und ein geparktes Auto gedonnert. Der Pkw wurde vorne an der Motorhaube komplett eingedrückt — ein Totalschaden. Das Mauerwerk der Hausfassade wurde erheblich in Mitleidenschaft gezogen.

Foto: APA/Eggenberger

Kommentar

Von
Philipp Hirsch



Stirbt Goldwörth?

Goldwörth steht am Scheideweg. Geht es nach dem Land Oberösterreich, müsste der Gemeinderat in seiner Sitzung am 13. März beschließen, dass ganz Goldwörth für die Planung des Hochwasserschutzes im Eferdinger Becken ein sogenanntes Neuplanungsgebiet wird. Ein Bauverbot wäre die Folge. Oder mit den Worten des Bürgermeisters: „Der Goldwörther Gemeinde-

Goldwörth soll sich selbst abschaffen

rat würde mit diesem Beschluss den eigenen Ort zum Aussterben verurteilen.“

Es ist verständlich, dass Bürgermeister Johann Müllner (VP) sich nicht im Stille sieht, von seinen Gemeinderäten einen solchen Beschluss zu fordern. Was sollte Müllner also tun? Er wird einen Kompromiss suchen. Ein Teil des Gemeindegebiets wird zu einem Neuplanungsgebiet werden. Vor allem jene Gebiete, in denen das Hochwasser 2013 zeigte, dass die Bewohner in Lebensgefahr schweben, wenn das Wasser kommt.

Müllner weiß, dass ihm ein politischer Häuserkampf bevorsteht, wenn er Goldwörth als eigenständiger Gemeinde eine Zukunft geben möchte. Er weiß aber auch, dass es wieder ein Hochwasser geben wird und dass Goldwörth dann wieder in Gefahr ist. Es ist eine Gratwanderung zwischen der Sicherheit der Bürger und dem politischen Überleben als Bürgermeister.

Allerdings ist die Widmung neuer Bauparzellen nur wenige Monate nach dem Hochwasser trotzdem keine gute Idee. Denn die einzige Botschaft, die damit vermittelt wird, ist: Wir haben nichts dazugelernt. Müllner sollte auch dagegen ankämpfen.

p.hirsch2@nachrichten.at



OÖN/Gratik; Foto: Wehbold

Neue Baugründe in Hochwasserzone? Jetzt ist der Gutachter am Wort

5000 Quadratmeter sollen in Goldwörth zu Baugründen werden. Nachbarn sind verärgert

GOLDWÖRTH, LINZ. Auf 5000 Quadratmetern sollen im Zentrum von Goldwörth (Bezirk Urfahr-Umgebung) in der Nähe des Ahornweges mehrere Bauparzellen entstehen. Grünland soll, so will es der Grundbesitzer, in Bauland umgewidmet werden. Eigentlich ein normaler behördlicher Vorgang, der nicht mehr als einiger Genehmigungen bedarf. In Goldwörth ist das anders, denn Goldwörth liegt im Überflutungsgebiet.

Dort, wo die Bauparzellen entstehen sollen, stand bei den Überschwemmungen des Vorjahres das Wasser. Deshalb ist vor der Umwidmung eine wasserrechtliche Genehmigung der Bezirks-hauptmannschaft (BH) nötig. Damit die BH diese ausstellen darf, müssen die Gründe außerhalb des Einflussbereiches eines hundert-jährlichen Hochwassers (HQ100)

liegen. Das soll mit einer Aufschüttung des Areals um etwa 1,5 Meter erreicht werden. Diese geplante Aufschüttung bringt allerdings das nächste Problem mit sich.

Ängste der Anrainer

Die Hausbesitzer, die dann unmittelbar hinter dem künstlichen Hügel wohnen würden, befürchten, dass die Erhöhung im Falle neuerlicher Überflutungen das Wasser anstaut und ihre Häuser dann noch höher überschwemmt werden. „Die Frage, ob durch dieses Projekt andere Bürger einen Nachteil haben, ist zentral“, sagt der Bezirkshauptmann von Urfahr-Umgebung, Paul Gruber. Nun wird ein Sachverständiger zu Rate gezogen. Die Verhandlung mit dem Grundeigentümer, die kommende Woche hätte stattfinden sollen, wurde auf unbestimmte Zeit verschoben.

„Wir werden Goldwörth nicht zum Aussterben verurteilen.“



Foto: vowe

Wir lassen uns nicht ruinieren.“
Johann Müllner, Bürgermeister Goldwörth

Umweltlandesrat Rudi Anschober (Grüne) zeigt sich von den Widmungsplänen wenig begeistert. Für ihn ist es „unvorstellbar, dass die Genehmigung erteilt wird“.

Goldwörther Schicksalsstunde

Für Goldwörth steht in den kommenden Wochen alles auf dem Spiel. Die Gemeinde liegt zur Gän-

ze in jenen Gebieten, die entweder abgesiedelt werden sollen oder eine andere Form des Hochwasserschutzes bekommen. Damit die Absiedelungen beginnen können, müsste der Gemeinderat Goldwörth zu einem Neuplanungsgebiet erklären. „Sobald wir das machen, haben wir in der ganzen Gemeinde ein Bauverbot“, sagt Bürgermeister Johann Müllner (VP). Er befürchtet, dass dieser Beschluss einem Todesurteil für Goldwörth gleichkäme. „Ich werde mich im Gemeinderat sicher nicht dafür aussprechen, dass wir alles zu einem Neuplanungsgebiet machen.“ Müllner gibt sich überzeugt, dass auch künftig in Goldwörth gebaut werden sollte. „Wir lassen uns nicht ruinieren. Es muss möglich sein, dass wir hochwassersichere Häuser bauen dürfen.“ (hip)

Bisher nur wenige Ersatzgrundstücke im Eferdinger Becken

Nach Flut stiegen Bodenpreise

Die Bürgermeister im Eferdinger Becken sind im Großen und Ganzen zufrieden mit dem Kriterienkatalog für die geplante Absiedelung. Nur die Grundstücke für Aussiedler machen doppelt Sorgen. Das reguläre Bauland in den Gemeinden wurde seit der Flut sogar teurer, leistbare Ersatzgrundstücke sind bisher Mangelware.

Sieben potenzielle Bau-parzellen für Absiedler gibt's in Alkoven, in Goldwörth gar keine, in Walding und Feldkirchen ist man auf der Suche. „Reguläres Bauland gibt niemand billiger her“, sagt Alkovens Bürgermeister Gabriel Schuhmann. Im

Gegenteil: Hochwassersichere Grundstücke stiegen nach der Flut im Preis.

Goldwörths Bürgermeister Johann Müllner hofft aufs Land, damit wertlos gewordene Grundstücke zumindest teil-abgelöst werden. „Dafür fehlt die rechtli-

che Basis“, erklärt Roman Haider, der für die FPÖ im Hochwasserbeirat sitzt – siehe auch unser Interview.

VON MARKUS SCHÜTZ

Auch Umweltlandesrat Rudi Anschöber bestätigt, dass dieses mit Wien ausverhandelte Kriterienpaket nicht mehr aufgeschnürt werden kann: „Ministerin Doris Bures kam uns entgegen, wo es ging – bei den Grundstücken gibt's keine Möglichkeit.“



Der Hochwasserbeirat hat Kriterien für die Absiedelung beschlossen. Roman Haider erklärt, warum es für Grundstücke kein Geld gibt.

„Sonderlösungen sind unmöglich“

Bürgermeister wünschen sich, dass auch Absiedler-Gründe abgelöst werden.

Da gibt's keine gesetzliche Möglichkeit. Machen wir jetzt eine Sonderlösung, hat das Auswirkungen auf ganz Österreich.

Inwiefern?

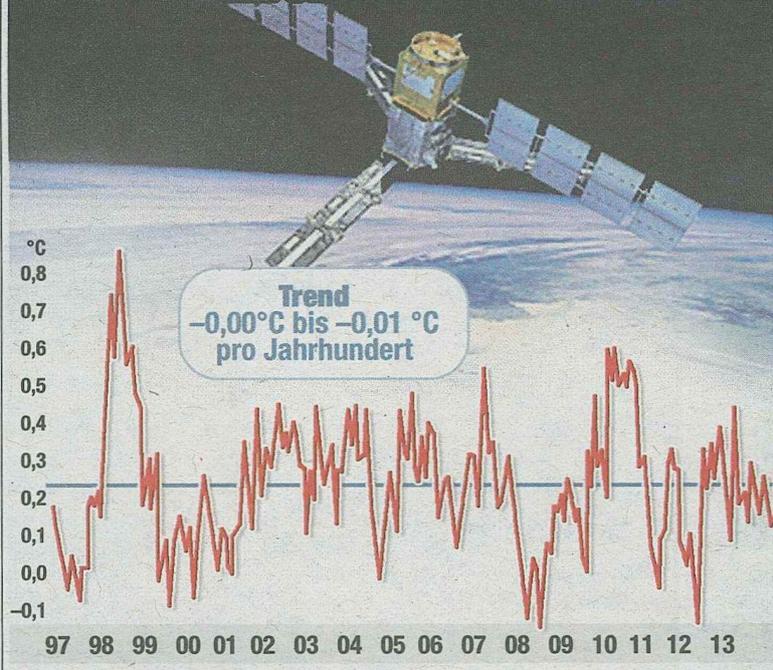
Dass jeder, der in diese Situation kommen könnte, etwa im Inn- oder Drautal, dann auch Ersatz für sein Grundstück verlangen würde. Das würde die finanziellen Möglichkeiten übersteigen. MS



Foto: Markus Schütz

Nationalrats-abgeordneter R. Haider aus Aschach/D. sitzt für die FP im Beirat.

Keine globale Erwärmung seit 17 Jahren und 5 Monaten



Die Klimawandel-Skeptiker machen jetzt weltweit mobil:

„209 Monate lang keine Erderwärmung zu bemerken“

Neueste Satellitendaten geben der weltweiten Gemeinde der Klimaskeptiker (s. Grafik oben) Aufwind. Die Experten des Europäischen Instituts für Klima und Energie (kurz EIKE) haben dazu die Messungen der US-Firma Remote Sensing Systems herangezogen. Verblüffendes Ergebnis: Im globalen Durch-

schnitt ist seit 17 Jahren und fünf Monaten keinerlei Erwärmung der Temperaturen auf der Erde zu ver-

VON MARK PERRY

zeichnen. Und auch der errechnete Trend ergibt nur einen minimalen Temperaturanstieg. Der prominente Klimatologe Dr. Tim Ball

von der University of Winnipeg behauptet, dass wir uns in einem Abkühlungszyklus befinden, der vor einem Jahrzehnt begonnen hat und sich bis zum Jahr 2040 fortsetzen könnte. Umweltschützer wie Greenpeace-Expertin Julia Kerschbaumsteiner: „Es gibt keine Entwarnung. Alle Signale deuten auf die Klimakatastrophe hin.“

Millionenklage gegen Heilingbrunner

Umweltschützer geht jetzt in die Offensive

„Mir is' nimmer wurscht“ – mit dieser Kampagne sucht der von der VOEST auf 5 Millionen Euro (!) geklagte Gerhard Heilingbrunner Rückhalt in einem brutalen Rechtsstreit. „Jede Unterschrift zählt“, so Heilingbrunner, „denn das geht eindeutig zu weit.“

Grund der Auseinandersetzung ist der Einsatz von LD-Schlacke, die bei der Stahlproduktion anfällt. Heilingbrunner behauptet, sie enthalte Schwermetalle, sei als Abfall zu behandeln und dürfe im Straßenbau nicht eingesetzt werden. Alles nicht wahr, so die VOEST. Ihre Klage ist 20 Seitenlang. Erstbe-

klagter: Gerhard Heilingbrunner. Zweitbeklagt ist der Umweltdachverband, dessen ehrenamtlicher Präsident der Niederösterreicher seit mehr als 20 Jahren ist. Der Streitwert ist auf 5 Millionen festgesetzt, allein die Gerichtsgebühren betragen bereits 78.000 Euro.



Foto: Martin A. Jöchl

Ab heute online:
www.nimmerwurscht.at

Ein Kanal wird 100

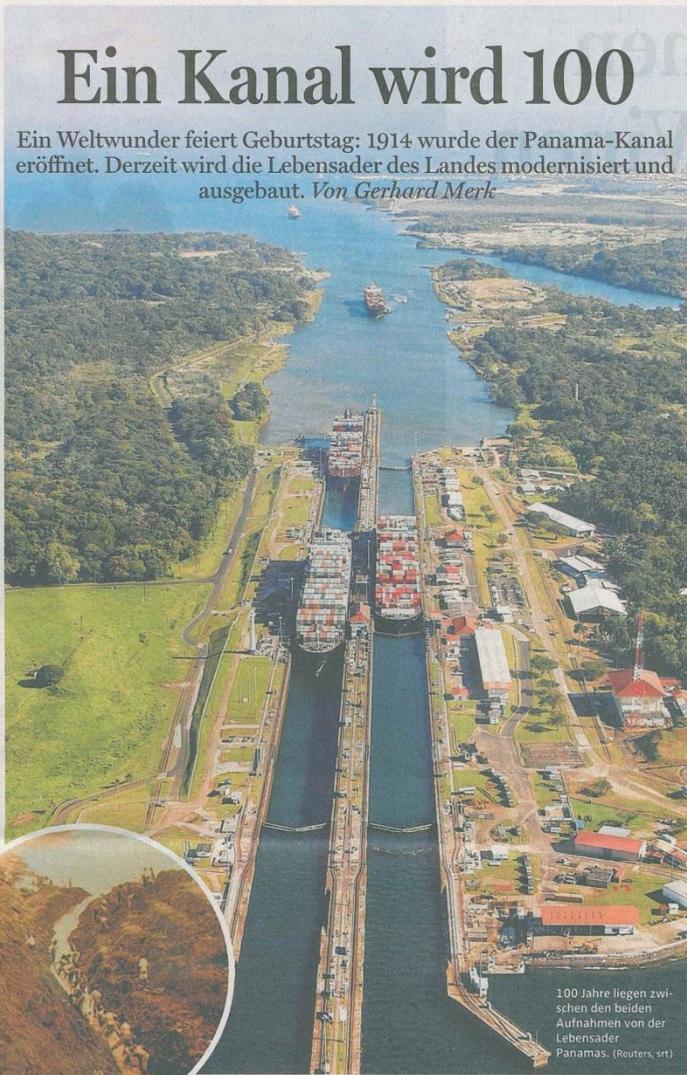
Ein Weltwunder feiert Geburtstag: 1914 wurde der Panama-Kanal eröffnet. Derzeit wird die Lebensader des Landes modernisiert und ausgebaut. *Von Gerhard Merk*

Der graue Anstrich blättert. Im 100 Jahre alten Leuchtturm von Gamboa flattern Fledermäuse. Unter der blinden Laterne dampft der Regenwald. Aber mittendrin pulst digital gesteuert Panamas Aorta – der Kanal. Und zwar nicht viel anders als am 15. August 1914, als die USA ihren Shortcut vom Pazifik zum Atlantik eröffneten.

Im Donnerrollen des Ersten Weltkriegs querte damals der Dampfer „Ancón“ den 80 Kilometer schmalen Streifen Land und sparte sich die 15.000 Kilometer um Kap Hoorn. Mehr als eine Million Schiffe sind seither durch ein Stück extraterritoriale USA gereist. Die Kanalzone, das waren acht Kilometer links, acht rechts, eisern bewacht von GIs.

Seit 2000 ist der Stacheldraht weg und Panama eigener Herr im Haus. Aber hier oben im Leuchtturm klingt die alte Zeit noch nach – im Rumpeln der Autos auf den kalifornischen Brückenbohlen, im Heulen der Dieselloks aus Kansas City. Die pastellfarbenen Holzhäuser, die signalgelben Hydranten – das alles riecht nach Bubble Gum, nach Middletown USA. Dies ist ohnehin kein Kanal, wie wir ihn kennen. Der hier krümmt sich um Kurven, ist mal eng, mal weit wie ein Binnenmeer.

Und voller Exotik: Gestern Nacht im Resort tobten die Brüllaffen. Jetzt zoomt das Fernglas einen dösenden Alligator heran. Ein blitzblauer Schmetterling, handteller groß, gaukelt übers Deck des Ausflugsboots. Wir machen die Teilquerung, von Gamboa zum Pazifik. Viereinhalb Stunden Nachhilfe in „popular mechanics“. Lotse Héran hat nur Augen für den Kurs. Es geht durchs Nadelöhr des Culebra Cut. Terrassen stützen den Durchstich durch die kontinentale Wasserscheide. „Shipping is pretty down“, bedauert der Navigator mit Blick auf den Gegenverkehr, „aber wir haben keine Bodenschätze, nur diesen geografischen Vorteil.“ Und selbst dieses Plus wird durch Wirtschaftskrise und Erderwärmung strapaziert.



Ver-gangenen Sommer umging erstmals ein chinesischer Superfrachter das Nadelöhr in Mittelamerika und pflügte durchs schmelzende Eis der Arktis. Aber Héran, 52, ist Optimist: Mitte

2016, sagt er, werde man die neuen Schleusen und Zufahrten im XXL-Format fluten. Dann verdoppelt sich die Kapazität der Wasserstraße – für Giganten der Post-Panamax-Klasse mit mehr als dreifacher Ladung.

Zwei Schleusen in Folge liften unser kleines Schiff aus 26 Metern Scheitelhöhe hinab zum Pazifik. Hinter den Miraflores Locks steht ein Wald von Kränen im Bett des neuen Umgehungskanals. Die Kapazität der alten Schleuse ist aus-

gereizt: Nicht viel mehr als zwei Handbreit passen zwischen Betonkai und Bordwand des Tankers „Neapolis“. Silberne „Mull“-Loks sichern mit Stahltrossen den minimalen Abstand.

Unser Boot aber zieht bereits unterm Gitterbogen der Brücke der Amerikas hinaus zum Zielhafen. Entlang der unaufhaltsam wachsenden Skyline von Panama City. Bauland ist knapp. Zu den Stoßzeiten steht der Verkehr. Entlastung soll der neue Fahrdamm im Meer rund um die Altstadt bringen. Bis zur Casco Viejo mit ihrem kolonialen Flair, den Restaurants und Reggaeton-Bars will man die Wasserfläche zu einem Park aufschütten. Die Kapitale wächst in den Pazifik hinein mit Expressways, Hotels und einem Terminal für Kreuzfahrtriesen.

Panama setzt verstärkt auf Tourismus. Das Land lockt mit karibischem Inselflair, mit Dschungelsafaris und Einbaumfahrten zu den Indios, mit Touren zu alten Forts und Flügen zum teuersten Kaffee der Welt. Wie alle boomenden Finanzmetropolen stykt Panama City die Schönen Künste zum Kulturhype. Unter den Galerien und Museen sticht jetzt schon Frank Gehrys Showcase der Biodiversität heraus. Die verwegene Farbschachtel des exzentrischen Stararchitekten (Guggenheim Bilbao) soll demnächst eröffnet werden. Sie zelebriert Panama als Landbrücke allen Lebens.

Lianen, Sümpfe, Geier

Lianenwälder und Sümpfe ziehen vorbei, Reiher fliegen auf, schwarze Geier kreisen. Am Ziel in Colon röhren „Diablos Rojos“ durch die Straßen, ausgemusterte US-Schulbusse, grellbunt bemalt. Ein schneeweißer Marmor-Christus am Hafen segnet die „Roten Teufel“.

Vom Besucherzentrum bei Colon blickt man direkt auf die Gatun-Schleusen am neuen Atlantik-Tor. Über fünf Milliarden Dollar werden verbraten sein, wenn frühestens Ende 2016 das erste Schiff das Tor passieren wird. Feiern wird Panama aber schon am 15. August dieses Jahres zum 100-Jahre-Jubiläum. Mit Schiffsparden und Feuerwerk, mit Staatsgästen und zahlenden Zaungästen.

100 Jahre liegen zwischen den beiden Aufnahmen von der Lebensader Panamas. (Reuters, srt)



Fotos: AP
Video
auf krone.at

Der Vulkan Kelud schleudert auf Indonesiens Insel Java Asche drei Kilometer in die Höhe (kl. Foto). Sie bedeckt die gesamte Umgebung (links). Zwei Menschen starben, als bei der Eruption Häuser einstürzten. Weitere 200.000 ergriffen die Flucht. Zuletzt hatte der 1731 m hohe Berg 1990 Lava und giftige Dämpfe ausgespuckt.

In 30 Meter Tiefe quer durch das Gelbe Meer:

Chinesen planen 123 km langen Unterwassertunnel

Peking. – China plant den mit 123 Kilometern längsten Unterwassertunnel der Welt. Er soll in 30 Meter Tiefe quer durch das Gelbe Meer führen und die Hafenstädte Dalian und Yantai im Nordosten des Landes verbinden. Die Baukosten werden auf rund 26,4 Milliarden Euro geschätzt. Baubeginn soll 2016 sein.

In den beiden Großräumen vor den Toren Pekings leben rund zwölf Millionen Menschen. Der Tunnel wird die Reisezeit von Dalian nach Yantai auf 40 Minuten verkürzen. Die Fahrt mit der Fähre nimmt derzeit rund acht Stunden in Anspruch. Über Land ist eine rund 1400 Kilometer lange Strecke zu bewältigen.

Luftverschmutzung gefährdet die Gesundheit:

Peking „nicht bewohnbar“

Peking. – Smog hielt die chinesische Hauptstadt Peking am Sonntag den dritten Tag in Folge im Würgegriff. Der besonders gefährliche Feinstaub mit weniger als 2,5 Mikrometer Durchmesser überschritt mit 500 Mikrogramm pro Kubikmeter die von der Weltgesund-

heitsorganisation empfohlenen Grenzwerte um das Zwanzigfache.

Jetzt stellte eine Studie der Akademie der Sozialwissenschaften in Schanghai fest, dass die Schadstoffbelastung Chinas Hauptstadt „fast unbewohnbar für menschliche Wesen“ macht.

Wirtschaft kritisiert Umweltschützer: „EU-Milliarden für Öko-Lobbyisten“

Kritik an Aktionen von NGO's, an ihrer Spendenmaschinerie und hohen EU-Förderungen

Von Josef Lehner

WIEN/BRÜSSEL. Heute um 10 Uhr wird der Präsident des Umweldachverbandes, Gerhard Heilingbrunner, im Rahmen einer Pressekonferenz in Wien einen Notruf absetzen: „Die Voestalpine will uns mundtot machen!“ Der Linzer Stahlkonzern hat gegen die Öko-Organisation eine Fünf-Millionen-Euro-Klage eingebracht. Das sei der Schaden, den der Konzern wegen des vom Dachverband losgetretenen Verbots, Stahlwerkschlacke als Baustoff einzusetzen, erlitten habe.

Für Nichtregierungsorganisationen (NGO's), die vor allem im Umwelt- und Gesundheitsbereich tätig sind, wird es nach jahrelangem Erfolgslauf etwas ungemütlich. Vergangene Woche hat die Europäische Volkspartei im EU-Parlament eine Anhörung zu Finanzhilfen für NGO's und zu Fehlentwicklungen abgehalten. Einer der Initiatoren war der Welser Abgeordnete Paul Rübiger: „Es geht hier um Steuergelder, die effizient für Maßnahmen mit europäischem Mehrwert eingesetzt werden müssen.“ Sie dienen dem Lobbying, wie man es Unternehmen und deren Verbänden vorwerfe.

180.000 neue Arbeitsplätze
Die EU-Reformgruppe „New Direction“ kritisiert hohe Einzelförderungen, ungerechte Verteilung und: In zehn Jahren haben sich die Fördermittel der EU für NGO's von 1,9 auf 4,5 Milliarden Euro mehr als verdoppelt. Nach einem erweiterten Begriff betrage die Förderung sogar 7,5 Milliarden Euro im Jahr, und damit ließen sich 180.000 Arbeitsplätze schaffen.

Aufgeschneidert wegen der Aktivitäten von Umweltschutzorganisationen sind auch Bauernvertreter: „Wir müssen dagegen etwas tun“, sagt Bauernbund-Präsident Jakob Auer. Mit unfairen bis kriminellen Mitteln (Einbruch in Ställe und Verbreitung von manipulativem Bildmaterial) würden Tier- und



Höchste EU-Förderungen
(2010 in Millionen Euro)

Oxfam	43,6
Save the Children	34,1
Care (nur D, F, GB)	32,0
Concern Worldwide	31,7
Deutsche Welthungerhilfe	24,4

Spendenaufkommen in Österreich
(2013 in Mio. Euro)

Greenpeace	9,86
WWF	8,35
4 Pfoten	7,85
Global 2000	2,66
VGT (Verein gegen Tierfabriken)	0,82

- 6 Vorschläge der EU-Reformgruppe**
- Gerechtere Mittelverteilung (derzeit: 26 Prozent der Gruppen erhalten 65 Prozent des Geldes)
 - Anfangs 100 Prozent Förderung, im zweiten Jahr 50, dann 30, um Impuls zu geben und Effizienz zu steigern
 - Höchste Förderungen kürzen
 - Sich allen Organisationen öffnen
 - Interessenkonflikte: kein Geld an Organisationen von EU-Politikern
 - Mehr Transparenz (nur 20 Prozent der Direktförderungen derzeit öffentlich)

Umweltschützer Bauern als böse abstemmen. Das alles diene dazu, mit spektakulären Fotos Spender zu mobilisieren. In der Tat sind die meisten Organisationen nicht nur auf Fördergeld (eine Ausnahme ist Greenpeace), sondern auch auf Spenden aus, um ihren Apparat zu finanzieren.

Aktivisten-Jobs gesichert
Das sichert in Österreich die Arbeitsplätze von Hunderten Aktivisten, in Europa von Tausenden, von Attac über Clean Clothes und Food Watch bis zu Global 2000,

WWF und Vier Pfoten. Worum es zuerst geht, zeigt etwa Greenpeace im Internet auf der Startseite: „Aktiv werden, spenden!“

Die NGO's verfügen „über erprobte p.r.-Maschinen, die sie in regelmäßigen Abständen anwerfen“, schrieb kürzlich der Publizist Jan-Philipp Hein in „Topagrar“. Dabei seien sie „Lobby-Buden“ mit Eigeninteressen wie die großen Unternehmensverbände.

Die meisten Medien würden NGO-Thesen ohne Recherche und Kritik wiedergeben. Innerhalb der NGO-Szene selbst regt sich seit

Jahren Kritik, weil manche Organisationen mit der Wirtschaft kooperieren. Global 2000 macht mit dem Handelskonzern Rewe Aktionen, Greenpeace bejubelt den Ökostrom des Diskonters Hofer, oder erst gestern trat Global 2000 mit Bellaflora auf. Die Gartenmarktkette führt keine chemischen Pflanzenschutzmittel mehr. NGO-Vertreter verteidigen solches Zusammenspiel mit messbaren Umwelterfolgen. Kritiker sagen, dass bei zweifelhaften Produkten dann nicht genau hingeschaut werde.

Kommentar

Von Josef Lehner



Machtspiele

Unternehmen, Staaten und auch die Europäische Union: Sie legen Aktivisten in allen möglichen Bereichen – ob Attac im Finanzwesen, Foodwatch bei Lebensmitteln oder Greenpeace in Umweltfragen – einen Elfmeter nach dem anderen auf. Einmal verkünden sie ein geheimes Handelsabkommen zwischen Eu-

NGO's gehören heute zum demokratischen System

ropa und den USA, dann die Einführung von Mais mit genetisch veränderten Organismen (GVO), und ein andermal verniedlichen sie einen Pferdefleischskandal. Das hat den sogenannten Nichtregierungsorganisationen (NGO) in den vergangenen 20 Jahren zu einem Erfolgslauf verholfen. So sind internationale Konzerne wie Greenpeace entstanden, also Strukturen, die sonst beim Gegner kritisiert werden. Viele NGO's weisen nicht die Transparenz oder demokratische Struktur auf, die sie stets von anderen fordern. Sie kolportieren noch Thesen und Fakten, wenn sie längst als unwahr enttarnt sind.

Sie haben also das Tarnen und Täuschen vom Gegenüber gelernt. Die Machtspielen, die zum Geschäft gehören. Das verlangt nach kritischer Öffentlichkeit. Politiker oder Wirtschaftstreibende brauchen aber nicht beleidigt zu sein. Sie selbst haben ein großes Vertrauensvakuum entstehen lassen. Dort haben sich die Aktivisten eingenistet. Längst gehören sie zum demokratischen System.

j.lehner@nachrichten.at

Überblick

Chinesen steigen bei Peugeot Citroën ein

PARIS. Der Aufsichtsrat des kriselnden Autobauers PSA Peugeot Citroën hat für einen Einstieg des chinesischen Konzerns Dongfeng und des französischen Staates gestimmt. Das Gremium machte gestern, Dienstag, den Weg für eine Kapitalerhöhung in Höhe von insgesamt drei Milliarden Euro frei. Der Staat und die Chinesen sollen künftig jeweils 14 Prozent der Anteile halten. Der Einfluss der Familie Peugeot sinkt.

Weniger Kinderpässe: Staatsdruckerei leidet

WIEN. Die börsennotierte Österreichische Staatsdruckerei (OeSD) hat in den ersten drei Quartalen des Geschäftsjahres 2013/14 weniger umgesetzt (von 33,8 auf 26,6 Millionen Euro) und weniger verdient (von vier auf 2,9 Millionen). Ein Grund dafür ist die sinkende Nachfrage nach Kinderreisepässen, die im Jahr davor eingeführt worden waren.

Kein „Sotschi-Effekt“: Rubel verliert weiter an Wert

Die Olympischen Winterspiele können die Konjunkturabkühlung in Russland nicht aufhalten

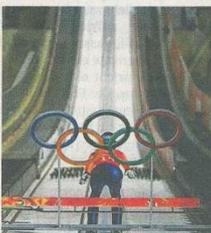
MOSKAU/SOTSCHI. Der Rubel hat seine Talfahrt gestern, Dienstag, fortgesetzt. Im Vergleich zum Euro erreichte die russische Landeswährung einen neuen Tiefstand: Für einen Euro gab es 48,55 Rubel. Seit Jahresbeginn verlor die russische Währung 6,5 Prozent an Wert gegenüber der europäischen Einheitswährung.

Die Bevölkerung zeigt sich deswegen zunehmend beunruhigt. Der von einigen Ökonomen erhoffte „Sotschi-Effekt“, wonach sich der Rubel wegen der vielen ausländischen Besucher der Olympi-

schen Winterspiele stabilisieren sollte, trat nicht ein.

Olympia kann auch die Konjunkturabkühlung in Russland nicht aufhalten. Zwar rechnet die Zentralbank mit einem zusätzlichen Wachstumsschub für die russische Wirtschaft durch das Großereignis von 0,3 Prozentpunkten im ersten Halbjahr, wie sie in ihrem Quartalsbericht am Dienstag mitteilte.

Dennoch senkte die Notenbank ihre Prognose für das Gesamtjahr auf plus 1,5 bis 1,8 Prozent. Bisher war von zwei Prozent die Rede. In den beiden kommenden Jahren



Trotz Olympia geht es mit russischem Wirtschaftswachstum bergab. (APA)

soll sich das Wachstum zwischen 1,7 und zwei Prozent einpendeln, was vergleichsweise wenig ist für das aufstrebende Schwellenland.

Am Montag war ein Rückgang der Industrieproduktion im Jänner von 0,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat gemeldet worden, obwohl Experten mit einem Anstieg um 1,1 Prozent gerechnet hatten. Das dämpfte die Hoffnung auf einen kräftigeren Aufschwung, nachdem die Wirtschaft des Landes 2013 nur um 1,3 Prozent gewachsen war. 2012 war das Plus noch bei 3,4 Prozent gelegen.

Lehren aus dem Hochwasser für noch genauere Prognosen

Gutachten der TU Wien: Pegelstände wurden beim Hochwasser 2013 exakt prognostiziert, aber zeitlich lag man daneben

Von Gerhard Hüttner

LINZ. Beim Hochwasser im Juni 2013 wurden die maximal zu erwartenden Wasserstände der Donau exakt vorhergesagt, aber zeitlich lag man daneben. Zu diesem Ergebnis kommt Günter Blöschl vom Institut für Wasserbau und Ingenieurhydrologie an der TU Wien, der im Auftrag von Landesrat Rudi Anschober (Grüne) die Prognosen überprüft hat. Dass der Scheitel des Hochwassers später als angekündigt eintraf, führt Blöschl darauf zurück, weil der Fließwiderstand im Vorland schwer einschätzbar sei. Dazu seien die Niederschlagsprognosen ungenau gewesen, die Regenmengen wurden unterschätzt.

Erste Schritte umgesetzt

Die von Blöschl vorgeschlagenen Verbesserungen will das Land in den nächsten Monaten umsetzen. Erste Schritte seien bereits getan, wie Gerhard Fenzl, beim Land für Oberflächengewässerschutz zuständig, bekannt gab: Künftig werden zwei zusätzliche Pegelstände an der Donau (Engelhartszell und Wilhering) veröffentlicht. Wasserstandsvorhersagen werden seit der Vorwoche auch für Achleiten erstellt. Die Frist der Prognosen wird von 24 auf 48 Stunden ausgedehnt.

Verbessert soll auch die Präsentation im Internet werden. Das Krisenportal des Landes wird im Hochwasserfall auf der Landes-Homepage zu finden sein. Über eine mögliche Hochwassergefahr werden in Zukunft alle Gemeinden, Statutarstädte und Bezirkshauptmannschaften informiert. Berichte gehen dann auch an Fernsehen, Radio und Printmedien, um die Betroffenen zu informieren. Für die Hotline des Hydrographischen Dienstes wurde ein neues Konzept erarbeitet, um die Wartezeiten für anrufende Bürger so gering wie möglich zu halten.



Nach dem Hochwasser 2013 will das Land die Prognosen optimieren. (vowe)

RATGEBER BESCHLEUNIGT HOCHWASSERSCHUTZPROJEKTE

2013 Nach dem Hochwasser haben die Rechtsexperten des Landes untersucht, wie Schutzprojekte beschleunigt werden können, wenn sich etwa Grundstückseigentümer dagegen querlegen. Die Ergebnisse liegen nun vor und sind ab sofort auf der Homepage des Landes www.land-oberoesterreich.gv.at abrufbar.

„Gerade beim Hochwasserschutz zählt Geschwindigkeit, um wei-

tere Zerstörungen und Gefahren für Anrainer bei der nächsten Katastrophe, die leider jederzeit kommen kann, zu vermeiden“, betont dazu Landesrat Rudi Anschober. Die verantwortlichen Akteure von Gemeinden, Verbänden und Wassergenossenschaften können über die neue Seite Empfehlungen bei der Umsetzung ihrer Projekte einsehen und rasch verbindliche Informationen, Umsetzungsschritte oder Kontaktdaten online abrufen.



Foto: Bilderbox

Hochwasser-Prognosen genau, aber zeitlich falsch

Ergebnisse der TU Wien – Verbesserungsmaßnahmen bereits begonnen

LINZ — Acht Monate nach dem Jahrhunderthochwasser an der Donau in OÖ liegen die Ergebnisse der von Wasser-Landesrat Rudi Anschöber in Auftrag gegebenen Untersuchung der Technischen Uni (TU) Wien vor. Die wichtigsten Erkenntnisse: Die Höhe des Hochwassers wurde sehr präzise vorhergesagt – mit einer Genauigkeit von sieben Zentimetern beim Pegel Linz. Schwächen gab es aber bei der Prognose, wann der Scheitel (Wasserhöchststand) erreicht werde. Er wurde mancherorts

um 24 Stunden früher angekündigt, als er tatsächlich eintraf. Die Ursachen: Die Einflüsse der Vegetation, Landnutzung, Verbauung und Flussprofil waren nicht so exakt abzuschätzen. Es hätten die Erfahrungen für dieses extreme Hochwasser gefehlt. „Beim Erstellen der meteorologischen Prognosen wurde der Niederschlag stark unterschätzt“, so Günter Blöschl, Wasserbau-Professor an der TU Wien.

Um künftig besser vorbereitet zu sein, gilt es, aus den Hochwässern zu ler-

nen. Ein erster Schritt war die Installation zweier neuer Messstellen an der Donau in Engelhartzell und Wilhering. Am Standort Achleiten werden künftig Hochwasserprognosen erstellt. Die Frist der Vorhersagen wird von 24 auf 48 Stunden ausgedehnt und bei Veröffentlichung auf die damit verbundene Unsicherheit hingewiesen. Ein „Katastrophenschutz- und Krisenportal“ des Landes OÖ im Internet soll die Kommunikation mit Bevölkerung, Politik und Hilfskräften vor Ort verbessern.

Prognose hatte mittelmäßige Qualität ● Expertise zu Wassermenge und Rolle der

Gutachten-„Schwemme“ nach

Acht Monate nach dem Donau-Hochwasser gibt's jetzt eine Gutachten-Schwemme. Ob die Prognoserechnung passte, untersuchte die TU Wien und kam zum Ergebnis: Die Wasserhöhe war gut gerechnet, der Zeitablauf hinkte gewaltig. Kommende Woche wird die Expertise fertig, wie viel Wasser wirklich floss und Ende März das Gutachten, welche Rolle die Kraftwerke spielten.

Ein Dutzend Verbesserungsvorschläge hatte Professor Günter Blöschl von der TU Wien im Gepäck, als er die „Evaluierung der Prognosen“ vorstellte: mehr Pegelmessstellen an der Donau, doppelte Absicherung der Datenleitungen, damit Messdaten auch ankommen,

zung fatal. Dafür gab es zwei Gründe: Man hat die Abflussgeschwindigkeit am Land überschätzt und die Vorhersage der Niederschläge war zu ungenau – dieses Manko wird auch bleiben.

„Die Pegel Achleiten, Engelhartzell und Wilhering werden ins Modell miteinbezogen“, sagt Gerhard Fenzl von der Wasserwirtschaft des Landes OÖ. „Für Einsatzkräfte wird es einen Lammellenplan geben, der darstellt, wie sich die Abflusswellen aufs Hinterland aus-

Ob der Enns

Es tröpfelt dahin in Sachen Hochwasser-Aufarbeitung. Heute ein Gutachten, dann wieder eines und bald noch eines. Und dann wird vermutlich noch eines nötig

Schön langsam wird's Zeit, in die Zukunft zu blicken. Denn die Hochwasserperiode rückt näher: Alarmpläne, die teilweise stiefmütterlich behandelt

Schön langsam wird's Zeit

werden, um alle gesammelten Expertisen unter einen Hut zu bringen, weil jede für sich nur einen Teilbereich der Flut abdeckt – aber in der Natur dann doch alles zusammenspielt.

wurden, auf neuesten Stand bringen, die Kommunikation zwischen Experten und Helfern vor Ort entwirren. Damit bei der nächsten Flut alles besser klappt, weniger Schaden entsteht. MS

VON MARKUS SCHÜTZ

längere Prognosefristen und eine bessere Darstellung der Werte im Internet. „Die Daten müssen leicht gefunden werden. Aber es ist wichtig, dass die Unsicherheiten klar dargestellt werden, weil keine zentimetergenaue Prognose möglich ist“, sagt Blöschl – siehe Interview.

Der viel kritisierten Prognose bei der Flut im Vorjahr stellt der Hydrologe ein zwiespältiges Zeugnis aus: Die Höhe stimmte sehr gut, die Abweichung im zeitlichen Ablauf war mit bis zu 24 Stunden Falschschätz-

Die meisten Vorschläge zur Verbesserung der Hochwasserprognose sind bis Ende 2014 umgesetzt.

Gerhard Fenzl, Abteilungsleiter beim Land OÖ, Wasserwirtschaft.



Foto: Markus Schütz

Kraftwerke offen

der Flut

wirken“, ergänzt sein Kollege Gerald Lindner. Außerdem soll schon, wenn sich ein Hochwasser abzeichnet, Alarm geschlagen werden und die Vorwarnzeit auf 48 Stunden erhöht werden.

Interview

„Es bleibt immer eine Ungewissheit“

Professor Günter Blöschl von der TU Wien hat fürs Land OÖ die Prognosen vor der Flut 2013 untersucht – lobt und tadelt zugleich.

Wenn alle Ihre Vorschläge umgesetzt sind, wird die Prognose bei der nächsten Flut genauer?

Die Pegelhöhe, die im Vorjahr auf sieben Zentimeter stimmte, wird sicher nicht genauer. Aber der Zeitplan wird besser.

Ist ein noch schlimmeres Hochwasser vorstellbar?

Ja, wenn auch unwahrscheinlich. Weil kein Hochwasser dem anderen gleicht. Im Vorjahr etwa kamen hohe Bodenfeuchte und dann starke Niederschläge zusammen. Deshalb analysieren wir auch alte Hochwasserereignisse, um möglichst viele Eventualitäten ins System zu bekommen.

Wie genau kann die Prognose werden?

Es bleibt immer eine gewisse Unsicherheit, da stößt die Wissenschaft an Grenzen. Diese Schwankung muss bei Warnungen enthalten sein. MS



Günter Blöschl ist an der TU Wien Experte für Hydrologie.

Das Ende auf Erden

Vor 250 Millionen Jahren verschwanden plötzlich 95 Prozent aller Arten von der Erde! Noch vor dem großen Sauriersterben Jahrmillionen später: Schuld war damals schon eine Öko-Katastrophe: Vulkane hatten den Planeten in eine saure Strahlenwüste verwandelt. Parallelen zu heute?

Von Mark Perry

Mit einer alten geologischen Schatzkarte aus Sowjetzeiten hatte sich Seth Burgess, Geologe des Massachusetts Institutes of Technology (MIT), auf die Suche nach dem Auslöser dieser gigantischen Apokalypse im Saurierreich gemacht. Mitten im Sibirien wurde er fündig: Der Boden im Expeditonsgebiet war übersät mit Brocken silikatreicher Vulkangesteins. Diese wiederum deuten auf gigantische Eruptionen hin. Die heute eisigen Werten des Nordens waren damals ein einziger brodelnder Magmakessel. Aus Tausenden Schloten drühte die Natur unentwegt Lava gesprungen haben. Bis schließlich ein Areal so groß wie Australien mit einem bis zu

sechs Kilometer dicken schwarzen Panzer bedeckt war. Zuvor jedoch waren Mega-Milliarden Tonnen des Treibhausgas Kohlendioxid durch die heftigen Eruptionen in die Atmosphäre geschleudert worden. Und das wiederum löste einen Klimashock aus, der sich über den gesamten Planeten ausbreitete. Die Temperaturen um bis zu zehn Grad Celsius. Das große Sterben der Schalentiere! Denn weltweit war vom Norden Russlands ausgehend Regen niedergeschlagen, der so sauer war wie Zitronensaft. Ein Wassermix, den kaum ein Lebewesen in den weit schwappenden Ozeanen und Stillgewässern überlebt haben dürfte. Doch

die aggressive Vulkan-Säuredeuse samt toxischem Regen aus Fluor-, Chlor- und Bromgasen (als aus dem Urzeit-Erdinneren an die Oberfläche geschleudert) löschte auch alles andere bisherige Leben und sogar Pflanzen aus. Selbst robuste Saurierarten, die

„Die Urzeit-Katastrophe ist der Gegenwart ähnlicher, als mir lieb ist“

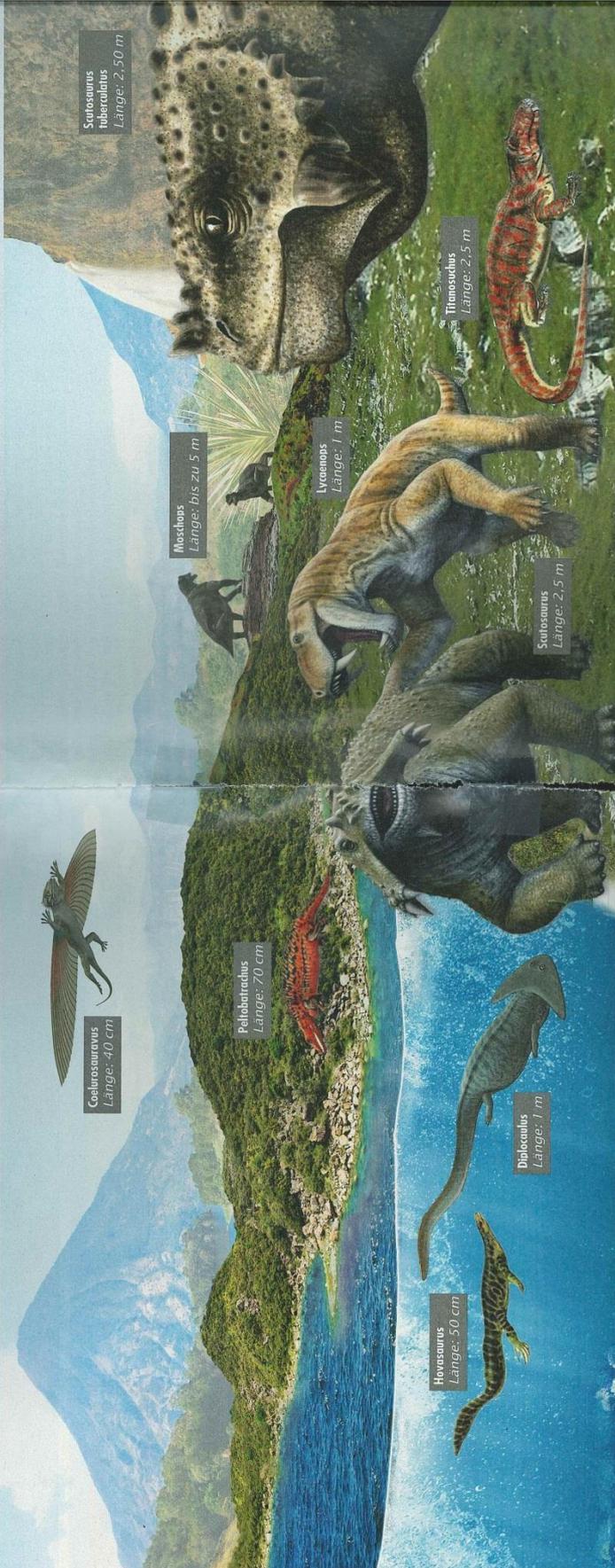
dem Klimashock noch einigermaßen hatten trotzen können, mussten schließlich kapitulieren. Irgendwann brach dann das gesamte globale Ökosystem zusammen. Das aber war erst der Anfang dieser Apokalypse: Denn fortan übernahmen – so theoretisieren

jedenfalls die US-Wissenschaftler – in dieser verwüsteten Welt Bakterien die Herrschaft. Diese von ihnen ausgeführte planetarische Infektion wirkte als verheerender Turbo für das große Sterben und raffte auch noch die letzten Dinos dahin. Seth Burgess hat für den endgültigen Kollaps auch einen besonderen Winzling im Verdacht: den Methanosarcina! Denn dieser Mikroben-Organismus produzierte – noch heute – massenhaft Methan, das den Super-Treibhauseffekt weiter befeuert.

Die Leiterin der von Massachusetts nach Sibirien aufgebrochenen Expedition, Elkins-Tanton, zieht jedenfalls beängstigende Parallelen zu Jetzt-

zeit: „Durch den Einfluss des Menschen wiederholt sich der Teufelskreislauf – denn wieder versauern die Meere und vergiften Millionen Tonnen an Treibhausgasen die Atmosphäre! Die Urzeit-Katastrophe vor 250 Millionen Jahren ist der Gegenwart viel ähnlicher, als mir lieb wäre.“ Die US-Forscherin appelliert an die Menschheit das große Massensterben jener Zeit als Warnung zu begreifen: „Wenn wir irgendwann merken sollten, dass es wieder so weit ist, wird es zu spät sein.“

Was uns noch zu denken geben sollte: Zu den ersten und Hauptopfern des gigantischen Massensterbens in dunkel-grauer Vorzeit zählten vor allem höchst spezialisierte Arten wie heute der Mensch. Er wäre bei einer Wiederholung dieses Schreckenszenarios wohl die am meisten gefährdete Spezies.



Coelurosaurus Länge: 40 cm

Pellobatrachus Länge: 70 cm

Hovosaurus Länge: 50 cm

Diplacodus Länge: 1 m

Moschops Länge: bis zu 5 m

Lycaenops Länge: 1 m

Scutosaurus Länge: 2,5 m

Titanosaurus Länge: 2,5 m

Scutosaurus tuberculatus Länge: 2,50 m



22 Mal wurde Linz 1944 und 1945 massiv mit Bomben beworfen

Gefahr durch 3000 Bomben aus 2. Weltkrieg:

Linz sitzt auf einem Pulverfass!

Linz war während des Zweiten Weltkriegs eines der meistbombardierte Ziele – die Folgen sind auch knapp 70 Jahre später spürbar. Laut Schätzungen schlummern 3000 Blindgänger unter der Erde. Wer für die Bergung dieser Kriegsrelikte zahlen soll, ist noch immer unklar.

Brisant sind nicht nur die schlummernden Sprengfallen selbst, sondern ist auch der politische Umgang damit: Nach wie vor gibt es keine Regelung, wer im Fall einer sehr kostspieligen Bergung (bis zu 200.000 Euro) einer solchen Höllenmaschine die Kosten zu tragen hat: „Es ist nicht fein, wenn sich der Bund in seiner Zustän-

digkeit für die öffentliche Sicherheit der Kostenverantwortung entzieht“, spricht der Linzer Bürgermeister Klaus Luger (SP) eine Gesetzeslücke an. Trotz Ankündigung der Regierung, das zu ändern, gibt es noch keine Einigung. Im Extremfall müssen jene Gemeinden zahlen, in deren Gebiet die Bomben gefunden werden.



Fast alles wurde zerstört, Blindgänger sind noch heute gefährlich

Repro: Markus Schütz

Foto: Archiv der Stadt Linz

Smog-Wahnsinn in China: Krankenhäuser voll

Luftverschmutzung raubt Menschen buchstäblich den Atem

PEKING — Extremes Smog hielt gestern rund 15 Prozent Chinas im Würgegriff — betroffen waren vor allem der Norden und Osten des Landes. Immer mehr Menschen mussten mit Atemwegs- und Augenproblemen ins Krankenhaus. In Peking wurde die zweithöchste Alarmstufe „Orange“ den vierten Tag

Sperrzone wird aufgehoben

FUKUSHIMA — Die japanischen Behörden wollen Anfang April einen Teil der Sperrzone um das havarierte Atomkraftwerk Fukushima aufheben. Damit dürfen etwa 300 Menschen in der Stadt Tamura rund 20 Kilometer westlich des Atomkraftwerks in ihre Häuser zurückkehren. Nach und nach sollen in den nächsten zwei Jahren 30.000 Menschen zurückkehren dürfen.

in Folge aufrechterhalten. Die Schadstoffbelastung verharrte auf einem „gefährlich“ hohen Niveau, warnten die Behörden.

Die Schadstoffe aus China wehen sogar bis in die südkoreanische Hauptstadt Seoul, wo die Stadtregierung die Menschen aufforderte, nicht vor die Tür zu gehen. Auch das Gesundheitsamt von Peking warnte vor gesundheitlichen Folgen und rief besonders ältere Menschen und Kinder auf, daheimzubleiben. Die 20 Millionen Einwohner der Hauptstadt sollten sich mit Atemmasken schützen, wenn sie nach draußen müssten.

Viele Pekinger Krankenhäuser seien „voller Patienten“, berichtete die Zeitung „Beijing Ribao“. Mehr als ein Drittel leide unter Problemen, die durch den Smog ausgelöst worden seien. Die Zahl der Patienten mit akutem Asthma und Lungenemphysemen in Pekings Krankenhäusern habe sich seit Donnerstag verdoppelt. Die Belastung mit dem beson-

ders gefährlichen Feinstaub mit einem Durchmesser von weniger als 2,5 Mikrometer (PM2,5) lag gestern wie seit Tagen nahezu unverändert bei dem Zwölf- bis 16-fachen des von der Weltgesundheitsorganisation empfohlenen Grenzwertes.

Als Reaktion auf den Smog wurden am Sonntag in manchen Städten je nach Endziffer des Nummernschildes ein Fünftel der Autos von der Straße genommen. Mehrere Betriebe der Stahlindustrie mussten schließen oder die Produktion drosseln. In der Bevölkerung herrschte aber wenig Verständnis dafür, warum nicht strengere Maßnahmen wie etwa ein Fahrverbot für die Hälfte der Autos ergriffen und mehr Fabriken geschlossen werden.

Zahlen wir alle zu viel für Müllabfuhr? Gemeinden machen Druck auf AVE

Abfallverband will Millionen-Rabatt von den Betreibern der Müllverbrennungsanlagen

Von Dietmar Mascher

LINZ/WELS. Zahlen Oberösterreichs Haushalte zu viel für die Müllabfuhr? Dieser Schluss liegt nahe, wenn man über den Konflikt der Gemeinden mit der AVE und der Linz AG nachdenkt.

Der Landesabfallverband, der die Gemeinden in dieser Angelegenheit repräsentiert, macht Druck und will Rabatte.

Die Ausgangssituation: Oberösterreichs Gemeinden liefern jährlich rund 150.000 Tonnen Restmüll an die Müllverbrennungsanlagen der AVE in Wels und der Linz AG. Sie zahlen dafür derzeit 145 Euro je Tonne. In Summe setzen die Energie-AG-Tochter AVE und die Linz AG damit gut 21 Millionen Euro um.

Das ist den Gemeinden zu viel. In der Steiermark zahlen manche Gemeinden nach einer Neuausschreibung der Entsorgungsverträge nur noch 70 bis 80 Euro je Tonne. Auch in anderen Bundesländern wird zum Teil neu ausgeschrieben. Und den heimischen Gemeinden kam zu Ohren, dass die AVE Kunden außerhalb Oberösterreichs schon kräftige Rabatte gewährt hat, um sie als Kunden zu behalten.

Vertrag läuft noch bis 2021

Das Problem der heimischen Gemeinden (mit Ausnahme der Stadt Linz): Sie sind an einen langfristigen Vertrag gebunden. 2001 bis 2003 wurde die Entsorgung des oberösterreichischen Abfalls ausgeschrieben. Die AVE mit ihrem Subunternehmer Linz AG bekam den Zuschlag. Der Vertrag trat 2004 in Kraft und läuft bis 2021.

Anfangs zahlten die Gemeinden 120 Euro pro Tonne. Das war deutlich unter dem damaligen Marktpreis. Da der Preis an den Verbraucherpreisindex gebunden ist, liegt er mittlerweile bei 145 Euro. Und das wiederum liegt über dem Preis, der bei Neuausschreibung

erzielt wird. Der Hintergrund: In Europa sind viele Müllverbrennungsanlagen errichtet worden. Die Müllmengen gingen gleichzeitig zurück, sodass Überkapazitäten bestehen und die Preise auf den sogenannten Spot-Märkten sinken. Manche Anlagen müssen wohl zugesperrt und abgeschrieben werden.

„Es ist klar, dass geschlossene Verträge einzuhalten sind. Aber es muss auch, wie auf dem Gasmarkt, möglich sein, bei derart massiven Veränderungen auf den Märkten nachverhandeln zu können. Die Gemeinden sind mit der Preisentwicklung unzufrieden“, sagt der Geschäftsführer des Landesabfallverbandes, Thomas Anderer.

Die Hoffnung auf einen Preis-



Die Gemeinden sind mit der Preisentwicklung unzufrieden.“



Thomas Anderer, Geschäftsführer des Landesabfallverbandes Foto: LAV

nachlass war genährt worden, als klar war, dass die AVE Österreich nicht verkauft wird und im Eigentum der Energie AG und mehrheitlich des Landes Oberösterreich verbleibt. Allerdings ist die Bereitschaft, den Kunden Rabatte zuzugestehen, sehr überschaubar.

AVE hat nicht viel Spielraum

Denn die AVE befindet sich in einer Restrukturierungsphase und soll Geld verdienen. Schon eine Preissenkung um zehn Euro je Tonne würde die AVE rund eine Million Euro Ergebnis kosten. Wobei die Begehrlichkeiten der Kommunen deutlich größer sind.

Energie-AG-Sprecher Michael Frostel verweist darauf, dass die Gemeinden auch zu einer Zeit profitiert hätten, als der Marktpreis deutlich über dem AVE-Preis gelegen war. „Die Preise, die derzeit erzielt werden, sind überdies nur eine Momentaufnahme“, sagt Frostel, der Gespräche zwischen den Vertragsparteien bestätigt.

Schließlich lasten die heimischen Kommunen immerhin ein Drittel der gesamten Kapazität aus. Zieht man die Preisunterschiede zwischen Oberösterreich und Teilen der Steiermark als Berechnungsgrundlage heran, geht es für die AVE bis zum Ende der Vertragslaufzeit um Mindereinnahmen im hohen zweistelligen Millionenbereich. Das wiederum wird die Eigentümer nicht freuen.

Die Gemeinden wollen dennoch ein Machtwort des Landeshauptmanns als Vertreter des Mehrheitseigentümers. „Die Vergabe war seinerzeit eine politische Entscheidung. Nun ist wieder eine politische Entscheidung gefragt“, sagt Anderer.

Ein Rabatt würde die Gemeinden spürbar entlasten. Ob diese allerdings einen Rabatt an die Haushaltskunden bei der Müllgebühr weitergeben, ist eine andere Frage. Anderer: „Das muss jede Gemeinde selbst entscheiden.“



In anderen Bundesländern ist die Müllverbrennung für Gemeinden bereits deutlich billiger geworden. Was passiert in Oberösterreich? Foto: Weinhold

Kommentar

Von Dietmar Mascher



Müll und Mühle

Die Frage, ob wir Haushaltskunden derzeit zu viel für die Müllentsorgung bezahlen, muss eigentlich nicht gestellt werden. Sie lässt sich derzeit klar bejahen. Die Preise für die Verbrennung von Sperr- und Restmüll sind deutlich gesunken, weil in den vergangenen Jahren zu viele

So oder so – wir werden weiter zu viel bezahlen

Die dieser Anlagen gebaut worden sind und die Betreiber nun Rabatt geben müssen.

Sollte es im Konflikt der oberösterreichischen Gemeinden mit der AVE und der Linz AG aber dazu kommen, dass die Gemeinden für die Müllverbrennungen weniger zahlen müssen, heißt das noch lange nicht, dass die Haushalte davon profitieren. Die Hoffnung ist sehr gering.

Denn die Gemeinden haben ohnehin zum Teil kein Geld und könnten die Ersparnis brauchen. Die AVE wiederum befindet sich in einer Restrukturierungsphase. Verzögert sich diese, macht die Energie AG wiederum weniger Gewinn, was sich auf ihre Werthaltigkeit und die Dividende an das Land auswirken kann, das auch Geld benötigt. Der Bürger und Haushaltskunde befindet sich daher in einer Art Doppelmühle.

d.mascher@nachrichten.at

Überblick

ADAC: Auch Obermair muss zurücktreten



Karl Obermair Foto: APA

MÜNCHEN. Die Manipulationsaffäre beim deutschen Autoclub ADAC rund um den Preis „Gelber Engel“ kostet nach Präsident Peter Meyer und Medienchef Michael Ramstetter nun auch dem Geschäftsführer Karl Obermair den Posten. Man führe mit dem gebürtigen Steyrer „Gespräche über eine einvernehmliche Beendigung“, hieß es gestern Dienstag von Seiten des ADAC.

Telekom-Prozess: Angeklagte geständig

WIEN. Im gestern gestarteten Untereungsverfahren wegen Scheinrechnungen zur Bezahlung der Abfertigung eines Ex-Marketingleiters der Telekom Austria haben sich alle vier Angeklagten schuldig bekannt, an der Scheinrechnung beteiligt gewesen zu sein. Dem angeklagten Ex-Marketingchef standen nach seiner Ablöse fast 600.000 Euro an Abfertigung zu. Diese soll ihm nicht auf herkömmlichem Weg, sondern über fingierte Beratungshonorare ausbezahlt worden sein.

Wer thermisch saniert, bekommt bis zu 8300 Euro

Förderaktion des Bundes läuft wieder an – 100 Millionen Euro stehen zur Verfügung

WIEN. Die Bundesregierung fördert die thermische Sanierung von Gebäuden heuer wieder mit 100 Millionen Euro. Für Haushalte stehen 70 Millionen zur Verfügung, für Betriebe 30 Millionen. „Jeder investierte Förder-Euro hilft beim Energiesparen, reduziert den CO₂-Ausstoß und schafft höheres Wirtschaftswachstum und mehr Arbeitsplätze“, sagten Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner und Umweltminister André Rupprechter gestern, Dienstag.

Für eine umfassende Sanierung sind bis zu 30 Prozent der Kosten oder maximal 6000 Euro an Förderung möglich. Zusätzliches Geld gibt es für umweltfreundliche Heizanlagen (2000 Euro) und den Energieausweis (300 Euro).

Insgesamt kann ein Haushalt also 8300 Euro Förderung kassieren. Bei Teilsanierungen beträgt die Förderhöhe je nach Reduktion des Heizwärmebedarfs bis zu 3000 Euro. Für Einzelmaßnahmen wie einen Fenstertausch sind bis zu 2000

Euro Förderung möglich. Einen „Konjunkturbonus“ wie im Vorjahr gibt es heuer vorerst nicht.

Förderbudget ausgeschöpft

Mitterlehner erwartet, dass die Fördermittel heuer komplett abgerufen werden. 2012 war das nicht der Fall, im Vorjahr schon. 2013 wurden Fördermittel in Höhe von 132,3 Millionen Euro vergeben. 23.539 Haushalte holten sich 115,3 Millionen ab, 489 Betriebe wurden mit 17 Millionen gefördert.

Von der anvisierten Sanierungsquote von drei Prozent pro Jahr bis 2020 ist Österreich (1,4 Prozent) noch weit weg. Dazu bräuchte es mehr Geld. Man müsse aber aufpassen, dass sich das Baugewerbe nicht zu stark an die Förderungen gewöhne, sagte Mitterlehner.

Private Haushalte können neue Förderanträge für die thermische Sanierung ihrer Häuser oder Wohnungen ab Montag, 3. März 2014, bei Bausparkassen und in Bankfilialen einreichen.

2013 war extremstes Hochwasser in OÖ

Dass Grein nicht überschwemmt wurde, hat es neben dem Damm dem Zeitfaktor zu verdanken

LINZ – Nach und nach liegen detaillierte Analyse-Ergebnisse des Hochwassers 2013 vor: Demnach war es das bisher dramatischste Ereignis in Oberösterreich – vergleichbar mit den Katastrophen von 1954 und 1899. Gigantische Wassermassen kamen von Bayern – der Pegel Achleiten an der Grenze maß 9800 m³/s – auf Österreich zu. Die Wassermenge westlich von Linz entsprach einem 300-jährlichen Hochwasser, danach schwächte sich die Intensität in der Gegend von Grein auf ein 100-jährliches ab, um in NÖ und Wien in manchen Bereichen sogar auf ein 500-jährliches anzuwachsen. Die Durchflussmenge betrug laut Hydrologe Peter Kickingner von der via donau in Linz 9400 m³/s, in Grein 11.000 m³/s, und erreichte in NÖ bei Kienstock den Rekord von 11.450 m³/s.

Grein entging im Vergleich zu 2002 nicht nur wegen des Machlanddamms der Katastrophe, sondern auch weil die Wassermassen aus den



9400 m³/s Wasser flossen beim Hochwasser 2013 in Linz donauabwärts.

Foto: rubra

Zubringern Enns und Traun bereits einen halben Tag, bevor die Massen aus der Donau dort ankamen, abgeflossen waren, so die Experten.

Massive Ansammlung von Sedimenten

Pöry Energy konnte nun mit den Messdaten, Beobachtungen und dem hydrodynamischen Modell, das seit Jahren

in der Prognose eingesetzt wird, den genauen Verlauf des Hochwassers rekonstruieren. Gezeigt hat sich dabei, u. a., so Günther Reichel, dass sich durch das Hochwasser gewaltige Mengen an Sedimenten verschoben und an manchen Stellen z. B. im Stauraum Ottensheim zwei Meter angesammelt haben. Welche Konsequenzen folgen, ob z. B. das Flussbett an bestimmten Stellen ausgebag-

gert werden müsse, müssen weitere Analysen zeigen. Als nächsten Schritt wird, so Wasser-Landesrat Rudolf Anschöber, mit Laserscan ein neues Geländemodell erarbeitet. Zu bedenken gilt es dabei, dass pro Jahr ohne Hochwasser 3,5 Mio. Kubikmeter – das entspricht 350.000 Lkw-Fuhren – Sedimente durch das Wasser im österreichischen Teil der Donau durchgeschleust werden. em



Foto: Nationalpark/Mayrhofer

Nationalpark Kalkalpen soll Weltnaturerbe werden

Naturjuwel zählt zu Top-Destinationen in Oberösterreich
Auch im vergangenen Jahr stiegen Besucherzahlen weiter an

LINZ — Auf der Gratwanderung zwischen Naturschutz einerseits und touristischer Nutzung andererseits hat der Nationalpark Kalkalpen offenbar einen Erfolgspfad gefunden. So lockten die Naturschätze zwischen Eisenwurz und

Sengsengebirge im südöstlichen Winkel Oberösterreichs im Vorjahr rund 376.000 Besucher an. Mehr als je zuvor, wenngleich die Kurve der jährlichen Zuwächse mittlerweile etwas abflacht. 122.000 davon nahmen ein konkretes

Angebot an, was einer Verdoppelung im Vergleich zum Jahr 2004 bedeutet. Gleichzeitig bleibt der erklärte Anspruch — kompromissloser Schutz und Erhalt der bedrohten Tier- und Pflanzenwelt — unverändert hoch. Mit ein Grund dafür, warum man sich auch als „Weltnaturerbe“ in der Kategorie „Buchenwälder“ bewirbt. „Weltnaturerbe ist ein Qualitätsmerkmal für die ganze Nation. An Österreich wurde diese Auszeichnung bisher noch nie vergeben“, erklärte LH Josef Pühringer gestern in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit den Landesräten Michael Strugl (Tourismus) und Manfred Haimbuchner (Naturschutz).

Ganz so einfach wird der begehrte Titel, der von der UNESCO verliehen wird, allerdings nicht vergeben. Zuerst gilt es gemeinsam mit 40 Mitbewerbern in Europa ein mehrstufiges Begutachtungsverfahren zu absolvieren, das frühestens 2017 abgeschlossen ist. Voraussetzungen sind unter anderem Gebiete von „außergewöhnlich, universellem Wert“ intakte Natur, saubere Umwelt...



„Wasser macht schlau“ heißt ein Projekt, das die Schülerinnen der Fachrichtung Ländliches Betriebs- und Haushaltsmanagement im abz Lambach gestartet haben. Bewusst wird darauf geachtet, regelmäßig auch während des Unterrichtes Wasser zu trinken. Dazu haben die Schülerinnen auf freiwilliger Basis verschleißbare, weichmacherfreie und spülmaschinenfeste Wasserflaschen erworben. Der theoretische Hintergrund wurde im Unterricht erarbeitet. Wasser ist notwendig für den Sauerstoff-Transport und für die Zellfunktionen. Regelmäßige Wasserzufuhr verbessert die Konzentration und hilft gegen Müdigkeit und Kopfschmerzen. Kurz: Wasser ist der beste Muntermacher und Powerdrink. Foto: abz

Beseelte Auszeit im Pilgerschritt



BAD KREUZEN — Pilgern gilt immer mehr Menschen als Möglichkeit, Lebenskraft und Lebensfreude in Einklang zu bringen. Wer selber einmal die Erfahrung machen möchte und dabei Begleitung sucht, sollte diese Möglichkeit ins Auge fassen: Viermal im Jahr macht sich Sr. Christiane Reichl, Oberin der Marienschwestern von Bad Kreuzen, mit Gästen im Raum Bad Kreuzen auf den Weg — weg von allem Druck und Alltagsstress. Das erste Pilgerwochenende findet von 28. bis 30. März statt. Im Preis von 199 Euro sind zwei Nächtigungen sowie Verpflegung inbegriffen. Info und Buchung: Zentrum für Traditionelle Europäische Medizin (TEM) der Marienschwestern in Bad Kreuzen, Telefon: 07266/6281. Foto: Erber

Zweitwärmster Winter geht zu Ende

Temperaturen lagen 2,7 Grad über dem vieljährigen Mittel

WIEN — Jetzt ist es amtlich: Der Winter 2013/2014 war der zweitwärmste in der 247-jährigen Messgeschichte, bilanzierte die Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik (ZAMG) vorläufig die Saison (Dezember, Jänner, Februar). „Österreichweit gesehen lag die Temperatur um 2,7 Grad über dem vieljährigen Mittel“, sagte ZAMG-Klimatologe Alexander Orlik. „Auf Platz eins

liegt weiter der Winter 2006/07, der um 3,4 Grad zu mild war. Auf Platz drei der Winter 1997/98, mit einer Abweichung von 2,3 Grad vom Mittel.

Die absolut höchste Temperatur in diesem Winter wurde am 25. Dezember mit 19,1 Grad Celsius am Salzburger Flughafen gemessen. Die tiefste Temperatur des Winters registrierte die ZAMG am Brunnkogel in Tirol auf 3.437

Meter mit minus 20,7 Grad am 28. Jänner.

Extrem waren auch die Unterschiede zwischen einem sehr feuchten Süden und einem sehr trockenen Norden. Auf der Nordseite der Alpen gab es nur 50 bis 60 Prozent der durchschnittlichen Niederschlagsmenge, im Süden dagegen 250 Prozent. Die sonnigsten Orte waren im Waldviertel und in OÖ: 20 bis 40 Prozent mehr Sonne



Smogalarm Wegen der massiven Luftverschmutzung haben die Behörden mittlerweile für rund 400 Millionen Chinesen die zweithöchste Smog-Alarmstufe „Orange“ ausgerufen. Die Schadstoffbelastung in den meisten größeren Städten im Nor-

den und in den mittleren Regionen des Landes lag gestern nach amtlichen Angaben auf „gefährlich“ hohem Niveau. In der Bevölkerung regt sich Kritik, weil die Behörden keine Fahrverbote und Fabrikschließungen verhängen. Foto: epa/Ran Wen

BÜRGERSERVICE

„Schau auf Linz“ sorgt durch mehr Transparenz für höhere Beteiligung

LINZ. Die Internetplattform „Schau auf Linz“ hat sich zu dem von der Bevölkerung am häufigsten genutzten Eingangskanal für Beschwerden und Anregungen entwickelt. Rund 55 Prozent aller Bürgeranliegen werden schon via Homepage oder App abgegeben.

Im Jahr 2013 wurden insgesamt 6697 Anregungen gezählt, das macht ein sattes Plus von rund 4000 Meldungen. Mehr als die Hälfte aller Bürgeranliegen konnte positiv im Sinne des Antragstellers erledigt werden. Nach der Bearbeitung durch die jeweiligen Fachdienststellen, finden sich auch direkte Rückmeldungen auf der Plattform. Sogar Linz AG, Poli-



Störende Müllablagerungen gehören zu den häufigsten Beschwerdethemen.

zei und viele andere betroffene „externe“ Stellen reagieren mit einer Stellungnahme, die dann via Kommentar an die Bürger weitergeleitet wird. Ein klares Zeichen dafür, dass die Anliegen der Lin-

zer ernst genommen werden, was generell dazu führt, dass auch andere Beschwerdekanäle besser angenommen werden. Denn nach wie vor beliebt sind Anregungen via Telefon (31 Prozent) und E-

Mail (11 Prozent). Zudem kann der Ordnungsdienst als Anlaufstelle für Beschwerden genutzt werden. Derzeit nehmen diese Möglichkeit allerdings nur 0,2 Prozent wahr. Besonders die Innenstadt, sowie die innenstadtnahen Stadtteile Urfahr und Waldegg standen vergangenes Jahr im Zentrum der Bürgereingaben. Am Pöstlingberg und in St. Peter gab es nur wenige Beschwerdefälle.

Häufige Anliegen

Themenschwerpunkte 2013 waren Schäden an Verkehrseinrichtungen, Müllablagerungen und Anregungen zur Verkehrsflächenreinigung. Ihrem Ärger über zuviel Lärm machten letztes Jahr immerhin noch 111 Bürger Luft. ■

Zufall bewahrte Grein und Machland bei Flut vor neuer Katastrophe ● „Freispruch“ für Kraftwerke so gut wie fix Donauschlamm wird jetzt per Flugzeug gesucht

Jetzt ist es amtlich: 9400 Kubikmeter Wasser rauschten während des Juni-Hochwassers pro Sekunde an jedem vorbei, der damals an der Donau stand. Tausende Tonnen Schlamm wurden abgelagert, werden jetzt per Flugzeug gesucht! Inzwischen kündigt sich der „Freispruch“ der Kraftwerke an: Die Flut war unbeherrschbar.

„Es ging um wenige Stunden, dass das Machland und der Damm bei Grein nicht überflutet wurden“, erklärte Felix Weingraber vom Land OÖ: „Weil die Hochwasserwelle, die Traun und Enns aus dem Gebirge brachte, schon weg war, ehe die Donaunflut kam.“ Damit war stromabwärts von Linz das Hochwasser, das im Eferdinger Becken als 300-jährliches Ereignis berechnet wurde, kaum ein 100-jährliches. „Das war Glück“, sagt auch Günther Reichel, der fürs Land die Flut „nachrechnet“ – siehe Interview. Während die „via Donau“ schon 40.000 Lkw-Fuhren

Donauschlamm entsorgt hat, die nahe dem Ufer abgelagert worden sind, werden jetzt per Flugzeug und Lasermessung jene Massen untersucht, die weiter weg in Auen und auf Wiesen liegen. Auch im Strom gab es Änderungen: So ist er etwa oberhalb des Kraftwerks Ottens-

heim jetzt bis zu zwei Meter seichter, weil sich so viele Sedimente absetzten.

Inzwischen wartet Landesrat Rudi Anschober noch auf ein Gutachten, ob die Kraftwerke die Flut beeinflusst haben: Es ist schon so gut wie fix, dass es hier keinen Schuldspruch gibt!

Interview Goldwörther Welle ging im Modell unter

Fürs Land OÖ hat Günther Reichel von Pöyry-Energy das Juni-Hochwasser 2013 nachgerechnet und erklärt die Unterschiede zu '02.

Sind die beiden Hochwasser vergleichbar?

Jedes Hochwasser ist anders. 2002 hatte es Enns und Steyr viel stärker geprägt. 2013 war es vor allem der Inn.

Konnte man die viel zitierte Flutwelle von Goldwörth nachvollziehen?

Es war ein stetes Ansteigen der Donau, überlagert von Wasser von Psenbach und Rodl, keine 40-Zentimeter-Welle.

Die Bevölkerung nahm es aber anders wahr.

Man rechnete nicht mehr mit dem Steigen, eher schon mit dem Sinken des Wasserspiegels. Damit ist die Beschreibung nachvollziehbar.

Jetzt gab's in kurzer Zeit zwei Jahrhundertfluten – müssen Schutzbauten neu überdacht werden?

Langfristig sind zwei Ereignisse zu wenig, aber regional fließen sie sicher in die Pläne ein. MS



Günther Reichel

Müllsammelaktion in den Linzer Traunauen

Der Naturschutzbund ruft umweltbewusste Linzer zum „Frühjahrsputz“ in den Traunauen auf.

ES IST UNS NICHT EGAL

Was stört Sie in Ihrer Stadt?

linz.red@bezirksrundschau.com



Foto: raing.222



Freiwillige Helfer gesucht: Der Naturschutzbund freut sich über jeden, der bei der Sammelaktion dabei ist.

Foto: Claudia Leitner

■ LINZ (red). Die Traunauen sind ein Naturparadies und beliebtes Naherholungsgebiet. Leider hat sich dort eine Menge Müll angesammelt. „Das sieht nicht nur hässlich aus, es ist auch gefährlich. Denn Plastik kann jahrelang im Boden und in den Gewässern über-

dauern und Stoffe abgeben, die die menschliche Gesundheit gefährden und der Natur schaden“, sagt Michaela Groß vom Naturschutzbund Oberösterreich. Die Stiftung für Natur, der Naturschutzbund OÖ und die

OÖ Umweltschutz rufen daher zum „Frühjahrsputz“ auf. Treffpunkt ist am 1. März um 9 Uhr beim Baumax-Parkplatz in der Wiener Straße 432. Mitzubringen sind festes Schuhwerk und Handschuhe.

843422



Foto: Land 00/Kraml

Gemeinsam in einem Boot: v.l.: Bgm. Ulrike Böker – Ottensheim, VbGm. Franz Füreder – Ottensheim, LH Dr. Josef Pühringer, Bayerischer Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz Dr. Marcel Huber, LR Rudi Anschober

Hochwasser interessiert die Grenzen nicht!

Hochwasser hält sich an keine Grenzen und Statistiken. Oberösterreich und Bayern trafen sich deshalb zur Veranstaltung „Hochwasser – aus der Katastrophe für die Zukunft lernen“, an der neben LH Dr. Pühringer und LR Anschober auch der Bayerische Staatsminister Dr. Huber teilnahm.

Pühringer unterstrich, dass man die Zusage, die Menschen nicht im Stich zu lassen, eingehalten hat. Für Bayern sind jetzt verstärkt der Rückhalt des Wassers und gesteuerte Flutpolder notwendig. „Wir sitzen gemeinsam in einem Boot“, so Anschober. Genau am 2. Juni 2013 ist es losgegangen, konnten sich die Politiker noch genau erinnern.

Im Ottensheim zeigt eine Messlatte, wie weit die Donau über ihre Ufer getreten ist. Sogar der groß gewachsene Bayerische Staatsminister hätte nicht mehr stehen können. In Bayern hat das Hochwasser 1,3 Milliarden Euro Schaden angerichtet, in Oberösterreich waren es – dank der zuletzt errichteten Schutzbauten – „nur“ 230 Millionen. Bisher wurden 3.391 Anträge für den Katastrophenfonds anerkannt, berichtet Pühringer. 65 Millionen Euro aus Bundes- und Landesmitteln sollen vergeben werden, 35,7 Millionen wurden bereits ausbezahlt, der Rest folgt noch.

Oberösterreich und Bayern wollen beim Hochwasserschutz stärker zusammenarbeiten. Gemeinsam werden Retentionsflächen gesucht, tiefer gelegene Bereiche, die als Überflutungsflächen genutzt werden können. **Dr. Peter Baumgartner**

Lokalausweis: So hoch stand das Wasser im Juni 2013 – LR Rudi Anschober, LH Dr. Josef Pühringer und Bayerischer Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz Dr. Marcel Huber (v.l.n.r.)



Foto: Land 00/Kraml

Zwölf halbierte Schweinsköpfe in der Donau

Ein Fischer machte in Popping ekligem Fang – Unbekanntem Umweltsünder droht hohe Verwaltungsstrafe

Von Alfons Kriegelsteiner

PUPPING. Die Donau hält immer wieder Überraschungen bereit. Vor allem im Uferbereich. Dort, nahe der Auffahrt zum Donaudamm im Gemeindegebiet von Popping (Bez. Eferding), hatte der passionierte Fischer Markus Mitterhauser (42) vergangenen Sonntag Vormittag wie so oft im Augebiet bei seinem Fischereirevier nach dem Rechten gesehen – in Begleitung seiner drei Kinder. Schneeglockerl wollten sie suchen. Fanden sie auch. Aber noch etwas anderes. Etwas Ekliges: acht sauber halbierte, blassrote Schweinsköpfe, die einträchtig in der trägen Flut schlingerten.

Mitterhauser, VP-Gemeinderat in Popping, fuhr mit seinen Sprösslingen heim. Als er wenig später zurückkam, war er für die Bergung gerüstet: In den bis zur Brust reichenden Watstiefeln näherte er sich der

„Sauerei“, dann holte er die Schädel schön der Reihe nach mit dem geschmiedeten Ende eines 50 Zentimeter langen Gärtnerhakens aus 30 Zentimeter Wassertiefe heraus.

„Den Haken habe ich immer im Kofferraum dabei, um damit angeschwemmte Müllsäcke von Frachtschiffen aus dem Wasser zu entfernen“, sagt er. Wie es sich gehört, brachte er die Schweinskopfhälften an ihren legitimen Ort – ins drei Kilometer entfernte Eferdinger Altstoffsammelzentrum. Sie landeten in den gekühlten Sammeltonnen für Tierkadaver.

Die Sache ließ Mitterhauser keine Ruhe. „Am nächsten Tag, am Montag, bin ich in der Früh wieder hingefahren“, berichtet er. Nichts Gutes ahnend. Und tatsächlich: Weitere Schweinsköpfe waren da. Wieder halbiert. Nur in geringerer Anzahl: Diesmal waren's ihrer vier. „Ich hab' gedacht, das darf doch

Für Nebenprodukte, die bei einer Schlachtung anfallen, also auch für Schweinsköpfe, gilt eine Ablieferungs-



Thomas Hain, Landesveterinärdirektor von Oö

Foto: Land Oö

handelt sich höchstwahrscheinlich um Schweinsköpfe aus gewerblicher Schlachtung“, sagte er gestern: „Weil sie durchgesägt waren, was für eine Hausschlachtung absolut untypisch wäre.“

Die Ohren abgetrennt

Hain geht davon aus, dass die Schlachtabfälle von einem Schwarzfischer ausgelegt worden sind, um Zander, Hecht und Aal vor die Angelrute zu locken. Unterhalb des Kraftwerks Aschach dürfte er sie in die Donau geworfen haben, sonst wären sie dort in den Rechen hängen geblieben. Der Unbekannte hat gegen das Veterinärrecht verstoßen. Wird er geschmachtet, droht ihm eine hohe Verwaltungsstrafe. Doch er war schlau: Die Ohrwägscheln hatte er abgetrennt. Somit fehlen die Markierungen, die Aufschluss über die Herkunft der Schlachttiere geben könnten.



Mitterhauser mit Fundstück Foto: privat

nicht wahr sein“, berichtet Mitterhauser. Wieder brachte er die Kopfstücke ins Altstoffsammelzentrum. Dann informierte er die Polizei Eferding, und die wiederum die Gemeinde. Mittlerweile ist die BH Eferding mit dem Fall befasst. Auch Landesveterinärdirektor Thomas Hain weiß Bescheid. „Es

Klimawandel bedroht „Miss Liberty“ und Tower

Forscher modellierten den Anstieg des Meeresspiegels bei globaler Erwärmung um drei Grad — Auch 600 Mio. Menschen betroffen

WIEN — Der vom Klimawandel verursachte Anstieg des Meeresspiegels bedroht nicht nur den Lebensraum von Millionen Menschen, sondern auch das Kulturerbe. Wie eine Studie Innsbrucker und deutscher Forscher zeigt, die den zu erwartenden Anstieg des Meeresspiegels für einen Zeitraum von 2000 Jahren modelliert haben, würde eine globale Erwärmung um drei Grad rund ein Fünftel der UNESCO-Welterbestätten gefährden.

136 Stätten unter Wasser

„136 Standorte würden dann auf lange Sicht unter dem Meeresspiegel liegen“, so Ben Marzeion vom Institut für Meteorologie und Geophysik der Uni Inns-

bruck — darunter etwa die Freiheitsstatue (Miss Liberty), der Tower in London, der Schiefe Turm von Pisa, das Opernhaus von Sydney, die Amalfi-Küste oder die Lagunenstadt Venedig. Bereits jetzt liegt die globale Durchschnittstemperatur um fast ein Grad Celsius über jener der vorindustriellen Zeit. Bleibt dies so, sind weltweit bereits 40 der mehr als 750 Kulturdenkmäler, die die UNESCO derzeit auf ihrer Liste des Welterbes führt, unmittelbar vom steigenden Meeresspiegel bedroht.

Die gefährdeten Kulturdenkmäler sind ein plakativer Fingerzeig für die Bedrohung der Siedlungsgebiete von Millionen von Menschen an den Küsten. Bei einer globalen Erwärmung um drei Grad könnten bereits bis zu zwölf Länder der Welt mehr als die Hälfte ihrer derzeitigen Landfläche verlieren, rund 30 Länder ein Zehntel ihrer Fläche. Würde das Wasser heute schon so hoch stehen, wären mehr als 600 Millionen Menschen betroffen und müssten sich eine neue Heimat suchen.

Vor allem in Südostasien mit seinen dicht besiedelten Küsten aber auch in den USA, etwa in Florida, wird sich der Meeresspiegelanstieg besonders stark auswirken.

Kiesenschwellen

LA CORUNA — Das Sturmtief „Cristina“ hat an der nordspanischen Atlantikküste beträchtliche Schäden angerichtet. Bis zu zwölf Meter hohe Wellen setzten etwa in der Region Galicien den Stadtkern des Fischerorts San Cibrao unter Wasser. In der Hafencity La Coruna wurden Strandpromenaden überschwemmt. Die Behörden lösten für mehrere Regionen an der Nordküste die höchste Alarmstufe aus.

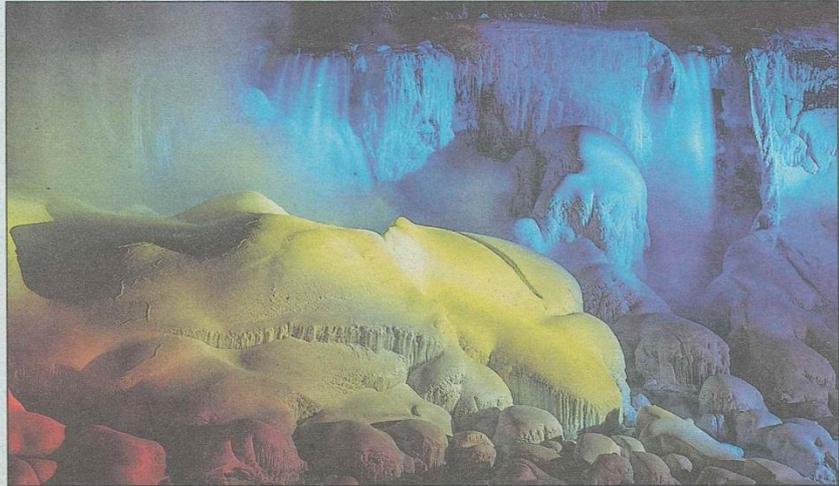
Teure Ölpest

LONDON — Fast vier Jahre nach der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko hat BP im Streit über Schadenersatzansprüche eine juristische Schlappe erlitten. Laut Gericht in New Orleans können Forderungen von Firmen nicht abgelehnt werden, wenn diese nicht nachweisen können, dass ihre Schäden auf die Ölpest zurückzuführen sind. BP hat bisher 3,84 Mrd. Dollar an mehr als 42.000 Betroffene überwiesen.

In einem Jahrhundert:

Australien ist um ein Grad wärmer

Sydney. – Australien ist in den vergangenen 100 Jahren im Schnitt ein Grad wärmer geworden, berichteten die staatliche australische Forschungsbehörde CSIRO und das Meteorologische Institut. In den letzten 15 Jahren verfünffachte sich die Häufigkeit von warmen Monaten, die von kalten Monaten ging um ein Drittel zurück. Es sei schwierig zu sagen, was auf natürliche Variationen und was auf Klimawandel zurückzuführen sei.



Der harte Winter hat weite Teile der USA fest im Griff. Arktische Temperaturen verwandeln die nächtliche Lichtershow an den Niagara Fällen in eine bunte frostige Landschaft (re. o.), während Bewohner im US-Staat Minnesota mit dem vielen Schnee einen 15 m hohen Schneemann bauten (re.). In Washington legte ein Schneesturm den Flughafen lahm (o.). Mittlerweile haben Eis und Schnee auch Texas im Süden der Vereinigten Staaten erreicht.



Fotos: REUTERS (2), AP

Neue Ozonkiller

BERN — Ein Forscherteam hat vier neue vom Menschen erzeugte Gase in der Atmosphäre gefunden, die die Ozonschicht zerstören. 74.000 Tonnen davon wurden freigesetzt, berichteten die Wissenschaftler im Fachblatt „Nature Geoscience“. Es handelt sich dabei um Fluorchlor-Kohlenwasserstoffe, wie sie früher häufig in diversen Haushaltsgeräten eingesetzt worden sind.

Traundamm wird abgedichtet

Sanierungsmaßnahmen gegen Hochwasser dringend notwendig

LINZ — Voll angelaufen ist die Sanierung des undichten Traundammes in Linz-Ebelsberg, der künftig 400 Anrainer und eine nahe Kleingartensiedlung besser vor einem 100-jährlichen Hochwasser schützen soll. Um zwei

Millionen Euro wird bis voraussichtlich Ende Juni der Hochwasserdamm auf einer Strecke von 1,4 km — von der Ebelsberger Brücke bis zum Oberwasserkanal des Kraftwerks Kleinmünchen — durch eine Dichtwand in der

Dammmitte verstärkt. Im Anschluss wird er um einen halben Meter verbreitert — eine Maßnahme, die mehr Komfort für Radfahrer und Fußgeher bringt. Für sie ist während der Arbeiten eine Umleitung eingeplant.

Proteststurm gegen Schwächung der Umweltschutzbehörde durch neues Gesetz:

Große Sorgen um Naturjuwelen

Morgen, Donnerstag, soll Oberösterreichs Landtag ein neues Naturschutzgesetz beschließen, das die Schutzfunktion des Umweltschützers empfindlich schwächt. Grüne und SP kündigen bereits ihre Ablehnung an, Umweltschützer haben aus Sorge um die Zerstörung von Naturjuwelen einen Proteststurm entfacht.

Beschwerden des Umweltschützers gegen erstinstanzliche Bescheide sollen künftig

keine automatisch aufschiebende Wirkung mehr haben – das ist der Knackpunkt für SP, Grüne, Umweltschutzverband, Naturfreunde und Umweltschützer. Sie sehen Naturjuwelen gefährdet – denn wenn ein Eingriff durch Bauarbeiten in die Natur einmal passiert ist, kann

er nicht mehr rückgängig gemacht werden. Das sieht auch Oberösterreichs Umweltschützer Martin Donat so, der vor einer empfindlichen Schwächung der Umweltschutzbehörde warnt und die Gefahr sieht, „dass Naturjuwelen unwiderrbringlich zerstört werden“.

SP und Grüne werden daher gegen diese spezielle Neuregelung stimmen; nicht aber gegen den Rest des neuen Gesetzes, der durchaus auch Verbesserungen bringt. VP und FP haben die kritisierte Veränderung schon im Ausschuss beschlossen und werden auch im Landtagsplenum dafür stimmen.

VP-Klubobmann Thomas Stelzer verweist darauf, dass einem positiven Bescheid ja ein ausführliches Verfahren unter Hinzuziehung von Sachverständigen vorangehe. Die aufschiebende Wirkung einer Beschwerde könne künftig gesondert beantragt werden.

Ob der Enns

Gerade sind in Linz, am Urfahrer Donauufer, viele schöne Bäume unter die Motorsäge gekommen.

Mit dem neuen Naturschutzgesetz des Landes

Weg, eröffnet künftig Möglichkeiten, mit Baumaschinen aufzufahren, bevor über alle Bedenken entschieden ist. Formell eine Schwächung der Umwelt-

Im Zweifel für die Natur!

hat das zwar nichts zu tun, aber der Linzer „Baum-mord“ untermauert, wie schnell es geht und Unwiderrbringliches weg ist.

Daher ist diese Gesetzesnovellierung der falsche

anwaltschaft, aber materiell ein großes Risiko für Naturräume und Naturjuwelen.

Unwiderrbringliches muss sorgsamst behandelt werden – und im Zweifel muss die Natur siegen! pö

ooe@kronenzeitung.at

Kritik an Umwelt-Novelle: „Am Ende ist von Naturschönheiten nichts mehr da“

Bauprojekte im Grünland: Künftig weniger Mitsprache für die öö. Umweltschutzbehörde?

LINZ. Heute soll im Landtag mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ eine bei Umweltschutzorganisationen umstrittene Novelle des oberösterreichischen Naturschutzgesetzes beschlossen werden. Kritiker sehen dadurch die Einspruchsrechte der oberösterreichischen Umweltschutzbehörde gegen Bauvorhaben im Grünland beschnitten.

Bei solchen Verfahren geht es zum Beispiel um die Errichtung von Forststraßen, den Bau von kleinen Kraftwerken in Auen oder die Realisierung von Seilbahnen im Gebirge. Projektwerber brauchen dafür einen positiven Naturschutz-Bescheid. Bisher kam einem Einspruch der öö. Umweltschutzbehörde gegen solche Genehmigungsbescheide automatisch eine aufschiebende Wirkung zu: Der Bauherr durfte mit seinem Projekt nicht beginnen, solange seine Bewilligung nicht rechtskräftig war.

Mit der Novelle soll es nun künftig keine automatische aufschiebende Wirkung mehr geben. „Die Novelle sieht eine Beweislastumkehr zulasten der Natur vor“, sagt Umweltschutzanwalt Martin Donat. „Nicht der Bauherr muss begründen, warum sein Projekt umweltunschädlich ist, sondern wir müssen argumentieren, warum das Vorhaben eine Gefahr für den Naturschutz ist. Das ist unfair“, kritisiert der Umweltschutzanwalt.

So könne ein Projektwerber mit einem positiven Bescheid etwa sofort Eingriffe in sensible Biotopie wie etwa ein Moorgebiet vornehmen. Stelle das Landesverwaltungsgericht im Beschwerdeverfahren im Nachhinein einen illegalen Eingriff in die Natur fest, könne



Weniger Naturschutz durch umstrittenen neuen Paragraphen? Heute stimmt der Landtag darüber ab.

(OÖN)

„
Der Umweltschutz muss die aufschiebende Wirkung begründen.“



Foto: Weibold

■ Manfred Haimbuchner, Naturschutz-Landesrat (FPÖ)

„
Durch diese Novelle wird der Naturschutz zum Nutzer-schutz.“



Foto: feh

■ Martin Donat, oberösterreichischer Umweltschutzanwalt

der Eingriff nicht mehr rückgängig gemacht werden, sagt Donat. „Am Ende ist von den Naturschönheiten nichts mehr da. Der Bauherr kalkuliert eine Verwaltungsstrafe von Anfang an in sein Vorhaben ein und pflanzt als Ausgleichsmaßnahme ein paar Obstbäume. Das ist Naturschutz zum Diskontpreis“, sagt der Umweltschutzanwalt.

Haimbuchner: „Polemik“

Naturschutz-Landesrat Manfred Haimbuchner bezeichnet die Kritik als „Polemik“. „Die Natur kommt sicher nicht unter die Räder. Der Umweltschutz muss die aufschiebende Wirkung beantragen und sie begründen, wie jede andere Partei in einem Verfahren.“

A7-Anschluss ist im Gemeinderat durch

■ LINZ-AUHOF (red). Der Anschluss an die Mühlkreisautobahn in Auhof rückt nun näher. Zumindest wurde vergangene Woche im Linzer Gemeinderat der Vertrag über die Errichtung beziehungsweise die Finanzierung abgesegnet. „Lange wird bereits über diesen so wichtigen Autobahnanschluss diskutiert, jetzt scheint ein Baubeginn zum Greifen nahe“, so Wolfgang Hattmannsdorfer (ÖVP). Grüne und KPÖ haben gegen den Autobahnanschluss in Auhof gestimmt.

Hochwasserschutz im Gewässerbezirk Linz

Am Tag des Wassers kann man sich die Maßnahmen zum Hochwasserschutz in Linz ansehen.

■ LINZ (red). Obwohl für den diesjährigen internationalen Weltwassertag am 22. März das Thema „Wasser und Energie“ ausgerufen wurde, hat sich Oberösterreich entschlossen, aufgrund der Hochwasserkatastrophe 2013 den Hochwasserschutz in den Vordergrund zu rücken. Im Gewässerbezirk Linz dreht sich dabei alles um die Krens. Dass dieser Fluss auch auf Linz Auswirkungen hat, zeigte sich erst im Jahr 2002, als die Krens die Klause beim Autobahnknoten Ansfelden



Die Krens zählt zum Gewässerbezirk Linz und wurde seit 2002 renaturiert. Foto: Mairander/Land 00

überschwemmte. Anlässlich des internationalen Gedenktages finden am 22. März von 10 bis 16 Uhr Rundgänge bei der Krens statt, bei denen man

sich über den Hochwasserschutz und die Renaturierung der Krens informieren kann. Treffpunkt ist die Schlosstaverne Weißenberg bei der neuen Nöstlbachbrücke über die Krens. In den Ortschaften Nöstlbach und Weißenberg (Bezirk Linz-Land) wurden seit 2002 Hochwasserschutzdämme und -mauern sowie mobile Schutzwände errichtet. Gleichzeitig wurde die Krens in diesen Bereichen aufgeweitet und revitalisiert. Dadurch ergeben sich größere Rückhalteräume und somit ein verbesserter Hochwasserschutz. Auch die Krensbrücke Nöstlbach-Weißenberg wurde neu gebaut. Dank der Landschaftspflege ist das Areal ein attraktives Naherholungsgebiet.

Eisschild schwindet

KOPENHAGEN — Auch die bisher als stabil geltenden Gletscher im Nordosten Grönlands verlieren nach einer neuen Studie riesige Eismassen. Jedes Jahr schwindet der nordöstliche Eisstrom um zehn Gigatonnen (zehn Milliarden Tonnen) Eis. Eigentlich galt der von den Forschern untersuchte Teil des grönländischen Eisschilds als stabil. Der künftige Anstieg des Meeresspiegels sei daher gravierend unterschätzt worden, meinen sie.



Paris im Frühling: Fahrverbote und Smog-Himmel

Der Eiffelturm war schon lange nicht mehr vor frühlingsblauem Himmel (li. oben) zu sehen, sondern nur Grau in Grau (re. oben). Weil die Feinstaubwerte in Paris seit fast einer Woche die Grenzwerte zur Gesundheitsgefährdung überschreiten, dürfen heute, Montag, im Großraum der französischen Hauptstadt nur Autos und Motorräder fahren, deren Kennzeichen mit einer ungeraden Zahl endet. Dienstag sind Fahrzeuge mit gerader Endzahl dran. Ausgenommen sind nur Elektro- und Hybridautos sowie Fahrzeuge mit mindestens drei Insassen – bis die Luftqualität wieder besser ist.

Erfolg für die heimischen „Regenbogenkämpfer“:

EU will die sensible Arktis jetzt besser beschützen!

Sir Paul McCartney, die Schauspieler Ben Affleck und Jude Law. Nur einige der Stars, die sich hinter die Greenpeace-Kampagne zur Rettung der Arktis gestellt haben. Jetzt gibt es bei der EU erste Erfolge. Doch Kanada will bald wieder Robbenbabys morden.

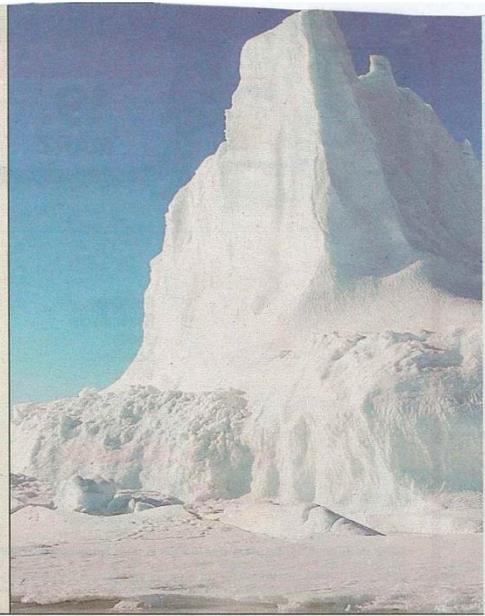
„Ölgiganten wie Shell oder Gazprom setzen die Arktis einer extremen Gefahr aus. Denn ein Unfall würde dieses sensible Ökosystem vermutlich für immer zerstören“, mahnt der heimische Greenpeace-Experte Florian Schweitzer. In Österreich sichert die bekannte Sängerin Clara Luzia den Regenbogenkämpfern ihre volle Öko-Verbundenheit zu. Erster Erfolg

der gemeinsamen Anstrengungen: Das EU-Parlament fordert in einer Resolution ein

VON MARK PERRY

Schutzgebiet. Petition: www.schuetzdie-arktis.at.

Inzwischen macht „Vier Pfoten“ gegen das bevorstehende Massaker an Zehntausenden Robbenbabys in Kanada mobil.



Verbund weigert sich, See auszubaggern

Besitzer des Brandstätter Sees will Kraftwerksbetreiber klagen, falls sie keine Bagger schicken

Von Philipp Hirsch

EFERDING. Eine stellenweise mehr als 150 Zentimeter dicke Schicht aus Donauschlamm spülte das Hochwasser im Vorjahr in den Brandstättersee im Bezirk Eferding. Echotmessenungen belegen die Zunahme der Ablagerungen zentimetergenau.

Der Brandstätter See gilt als Geheimtipp für Badegäste und ist bei Anglern beliebt. Damit das so bleibt, gibt es aus Sicht eines seiner Besitzer nur noch einen Weg: Herr R. erwägt den Verbund vor Gericht zu bringen, weil die Kraftwerksbetreiber sich weigern, seinen See auszubaggern. „Etwas muss passieren, wenn der See aufgrund der Schlammablagerungen kippt, ist er für immer verloren“, sagt R.

„Ein See ist nach Auffassung unserer Juristen kein landwirtschaftlicher Betrieb. Also dürfen wir gar nicht baggern.“

■ Florian Seidl, Sprecher des Verbunds

250.000 Euro haben die Besitzer nach eigenen Angaben bislang nach dem Hochwasser für Instandsetzungsarbeiten aufgewendet. Aber für die notwendigen Baggerungen wollen die Eigentümer nicht aus eigener Tasche aufkommen. Für R. ist klar, dass er alle Voraussetzungen erfüllt, damit der Verbund einen Schwimmbagger entsenden muss. „Ich liege inner-



Nach dem Hochwasser rollten die Bagger in ganz Oberösterreich. Herr R. wartet noch immer auf sie.

(vowe)

halb der 250-Meter-Schneise an der Donau. Wir sind ein landwirtschaftlicher Betrieb und wir können belegen, dass der Schaden durch das Hochwasser entstanden und von den Kraftwerken verschuldet ist.“

Absage des Verbunds

Anfänglich sei er noch zuversichtlich gewesen, dass der Verbund die Baggerungen durchführen werde, berichtet R. Zwei Vertreter besuchten den See, um sich ein Bild zu machen. „Sie haben gleich gesagt: Ja, da müssen wir was tun“, berichtet R. Zwei Wochen später dann die Ernüchterung. In einem kurzen Schreiben teilte ihm der

Verbund mit, dass er die Räumung nicht durchführen wird. „Mich ärgert am meisten, dass der Verbund bis heute nicht in der Lage ist, mir mitzuteilen, warum er nicht baggern will. Ich würde mit mir reden lassen. Wir könnten gemeinsam einen Kompromiss finden. Aber das wird nicht gewollt“, sagt R.

Beim Verbund sieht man das naturgemäß anders: „Ein See ist nach Auffassung unserer Juristen kein landwirtschaftlicher Betrieb. Also dürfen wir gar nichts machen. Außerdem ist nicht belegt, dass unsere Kraftwerke für den Schaden verantwortlich sind“, sagt Sprecher Florian Seidl. Der Verbund

würde es auf einen Prozess ankommen lassen, heißt es. Für R. und seine Anwälte ist dieser Standpunkt nicht nachvollziehbar. „Ich habe ein mehrseitiges Schreiben der Kanzlei, in dem haarfeln erklärt wird, dass freilich jeder Fischteich eine landwirtschaftliche Fläche ist.“ Auch die Landwirtschaftskammer stimme dieser Ansicht zu. „Ich habe das Gefühl, dass sie mich zu einem Musterprozess zwingen wollen. Sie glauben, dass sie am längeren Ast sitzen“, meint R. Aufgeben kommt für ihn aber nicht in Frage. „Der Verbund glaubt, ich würde ein solches Verfahren nicht durchhalten. Da täuschen sie sich.“

Oberösterreich macht beim Klimaschutz Fortschritte, hat aber noch viel zu tun

Trotz Großindustrie weniger CO₂

Obwohl Oberösterreich das „Industrieland Nummer eins“ ist, sind die CO₂-Emissionen seit 2005 um neun Prozent gesunken. „Es gibt aber noch viel zu tun“, zieht Landesrat Rudi Anschober

Wenn nach dem Vorschlag der EU-Kommission weitere Senkungen der Treibhausgase vorgeschrie-

ben werden, könnten Atomkraftwerke wegen ihrer CO₂-Freiheit wieder begehrt werden. „Die EU muss daher ih-

Bilanz. Vom morgen, Donnerstag, beginnenden Klima- und Energiegipfel der EU erwartet er verbindliche Ziele für erneuerbare Energie – damit nicht „durch die Hintertür“ die Atomlobby gewinnt.

re Klimaziele mit verbindlichen Vorgaben für erneuerbare Energie verbinden“, verlangt Anschober – uniso-

no mit dem Landtag, der vorige Woche eine entsprechende Resolution an den Bund beschlossen hat.

In Oberösterreich selbst zählt die Energieproduktion mit einer „sektoralen Reduktion“ der CO₂-Emissionen um 18,6 Prozent seit 2005 zu den Bereichen, in denen der Klimaschutz die größten Fortschritte macht. An der Spitze steht der Kleinverbrauch mit einer Senkung von 27,1 Prozent. Die Erfolgsfaktoren sind vor allem Sonnenwärme und Biomasse, erst in jüngster Zeit auch Sonnenstrom.

287 der 444 oberösterreichischen Kommunen sind bereits Klimabündnis-Gemeinden, auch 145 Schulen und 425 Betriebe sind dem Klimabündnis beigetreten. Bis 2030 soll Oberösterreich seinen Energieverbrauch um zwei Drittel verringern.

Arbeiten in Angerner Altlastsiedlung verzögern sich

Im niederösterreichischen Angern an der March sollte ab März Erdreich in fast 50 Gärten, die über einer Altlast liegen, abgetragen werden. Der Zeitplan hält aber nicht. Die Ausschreibung des Gesamtprojekts läuft noch.

Guidrun Springer

Angern/Wien – Mit Zwitschern in den Baumwipfeln, neongelben Primeltupfen und Richtung Sonne lugenden Trieben kehrt der Frühling ein. Doch in Angern an der March ist die Freude am Wiedererwachen der Natur getrübt.

Denn in dem 3300-Einwohner-Ort im niederösterreichischen Bezirk Gänserndorf wird in dutzenden Gärten bald das Erdreich bis in einen halben Meter Tiefe abgetragen. Eigentlich sollten bereits im Laufe des März die Bagger anrollen – so der vergangenen November von der Bundesaltlasten-



Auf dem Altlastareal in Angern an der March stehen dutzende Einfamilienhäuser.

Foto: Robert Newald

sanierungsgesellschaft (Balsa) präsentierte Zeitplan. Doch der Start der Arbeiten verzögert sich. Bis Ende März läuft noch die EU-weite Ausschreibung des Projekts. Die Umsetzung soll dann Ende Mai, Anfang Juni starten, wie Bürgermeister Robert Meißl (SP) sagt. Dann wird auf 47 Grundstücken – hauptsächlich privaten Gärten mit Einfamilienhäusern – ver-seuchter Boden ausgetauscht. Das betrifft insgesamt eine Fläche von 52.000 Quadratmetern. Das Abtragen des Erdreichs ist aufgrund einer Altlast nötig: In Angern be-fand sich 1860 bis 1924 eine Teer-

produktfabrik und eine Fabrik, in der Holzimprägnierungsmittel hergestellt wurden. Bei der Schließung wurden mit giftigen Stoffen gefüllte Wannen einfach zugeschüttet, an heißen Tagen steigt manchmal Teer an die Erdoberfläche. Zudem ist das Brunnenwasser belastet, mit dem Bürger jahrelang den Rasen gossen.

Nicht alle betroffenen Grundstückeigner lassen aber Erde abgraben – rund zehn von ihnen lehnen die Maßnahme ab. Manchen ist es einfach zu schade um ihre Grünanlagen. Allerdings hieß es in einem Bericht des Umweltbun-

zentrationen von für Arsen, Quecksilber und Blei.

Warum es nun zu einer Verzögerung der Erdarbeiten kommt, kommen dem STANDARD weder Bürgermeister Meißl, noch je-mand von der Balsa sagen. Die Balsa ist für die Sanierung von Altlasten verantwortlich. Die Kosten für die Arbeiten in Angern schätzt man dort auf 9,6 Millionen Euro, die zunächst der Altlastensanierungs-fonds trägt – der aber versu-chen wird, sich am Verursacher schadlos zu halten. In die Summe inkludiert ist auch das Wiederauf-füllen der Gärten mit frischer Erde sowie eine Erstsaat für Rasen. Bis dann auch wieder Primeln wach-sen, kann es ein wenig dauern.

desamts, dass in dem Altlastgebiet eine „erhöhte Schadstoffaufnah-me durch Menschen“ nicht auszu-schließen ist. Im Erdreich finden sich beispielsweise erhöhte Kon-

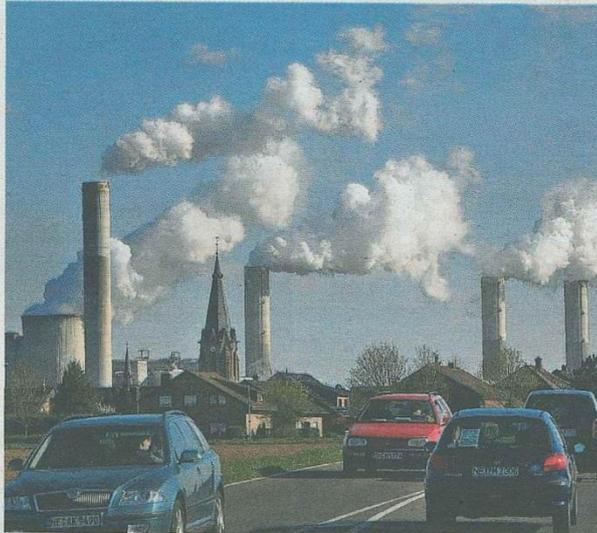
Deindustrialisierung durch überschießende Klimaziele

Neben einem jährlichen Gipfel zur Energiepolitik soll es auch eine „Koordinierungsgruppe für industrielle Wettbewerbsfähigkeit“ geben

„Wir brauchen Ausgewogenheit zwischen notwendigen Schritten für eine langfristige Wettbewerbsfähigkeit Europas sowie den Energie- und Klimazielen der Europäischen Union“, so Georg Kapsch, Präsident der Industriellenvereinigung (IV) Österreich. In einem Brief wandten sich die IV und Sozialpartner im Vorfeld des EU-Gipfels am Donnerstag und Freitag an die Bundesregierung. Kapsch warnte vor überbordenden Treibhausgaszielen, die den Wettbewerb massiv einschränken würden. „Bis zu sechs Mio. Arbeitsplätze sind in den vergangenen fünf Jahren in der EU verloren gegangen. Wir dürfen diese Situation nicht noch weiter verschärfen“, so Kapsch.

„Industriepakt für Europa“ gefordert

IV-Generalsekretär Christoph Neumayer erklärte, dass es eines „Industriepakts für Europa“ bedürfe, mit dem eine Stärkung des industriellen Sektors einhergehe. „Wenn wir unilateral ein Treibhausgasziel von minus 40 Prozent für 2030 festschreiben, zementieren wir die Deindustrialisierung Europas“, so Kapsch. Die Branchenvertreter fordern neben einem jährlichen EU-Gipfel zur Energiepolitik, auch die Einrichtung einer „Koordinierungsgruppe für industrielle Wettbewerbsfähigkeit“. Kapsch verwies darauf, dass in Österreich, wo der Anteil energieintensiver Industrie sehr groß ist, von den Firmen bereits ein hoher Anteil an Erneuerbaren Energien und eine hohe Energieeffizienz erreicht werden.



Die Industrievertreter Österreich fordern einen „Industriepakt für Europa“, um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu sichern.

Foto: dpa/Berg



Umweltbombe Der Linzer ÖVP-Stadtparteiobmann Vbgm. Bernhard Baier fordert die umgehende Entfernung des halbversunkenen Schiffswracks aus dem Hafenbecken. „Es kann nicht sein, dass ein solcher Schandfleck über Jahre geduldet

wird uns vor sich hin dümpelt. Das Umweltressort, die Bezirksverwaltungsbehörde und der Hafentreiber sollen das Wrack sofort beseitigen.“ Eigentümer des Ende 2010 leck geschlagenen Kahns ist ein Wiener Unternehmer. Foto: ÖVP Linz

Erderwärmung hielt auch im Vorjahr an

Genf. – Das Jahr 2013 war dem aktuellen Klimabericht zufolge das sechstwärmste seit Beginn der Wetteraufzeichnungen 1850, genauso wie das Jahr 2007. Von den bisher 14 wärmsten Jahren entfielen 13 auf das 21. Jahrhundert. Das zeigt, dass sich die Erderwärmung fortsetze, erklärt die Weltorganisation für Meteorologie in Genf.

**Über die Wurzeln
senden unsere
Pflanzen Signale
an die winzigsten
Lebewesen im
tiefen Erdreich!**

Sie sind blaugrün, oft recht schleimig oder wuseln da unten sogar als Strahlenpilze herum! Vor allem aber

VON MARK PERRY

treten die kleinsten der kleinen Organismen in unüberschaubaren Öko-Heerscharen auf. Denn in nur einem Gramm guter, kunstdüngerfreier Erde kommen 100 Millionen dieser Mikroorganismen vor. Und zwar in einer wundersamen Vielfalt von oft mehr als 7000 Arten. So man sie lässt – und diese geheimnisvolle Welt



Über ihre oft tief unter der Erde verborgenen Teile senden Pflanzen geheimnisvolle Signale an die Kleinlebewesen.

Starke Wurzeln

nicht mit einer Keule aus Pestiziden oder Chemie zerstört.

„Ein Blick nach unten, und wir wissen mehr über Gottes weisen Schöpfungsplan als in Hunderten klugen Büchern steht“, versichert denn auch Öko-Agrarexperte Wilfried Oschischnig. Als dann: Da

sind einmal die Schleimbakterien. Sie selbst ein kleines Wunder. Denn die stäbchenförmigen Organismen ernähren sich von anderen Mikroorganismen. Die blaugrüne Art wiederum lebt frei im Boden oder mit Pilzen, wodurch sie Flechten bildet. Und dann gibt es noch die Eubakterien, die orga-

nische Verbindungen durch Veratmung (!) zersetzen. Alle diese Wesen sorgen aber dafür, dass der Nährstoffumsatz im Boden so perfekt funktioniert. Damit tote Organismen zersetzt werden und den Pflanzen durch diesen Umwandlungsprozess neue Nährstoffe zum Wachsen geliefert werden. Die

wiederum über das sensible Wurzelgeflecht aufgenommen werden. Der gute alte Regenwurm gilt als verlässlicher Helfer bei der Durchlüftung des Bodens.

Freilich: Es bedarf eines unendlich sensiblen Umgangs mit diesen Bodenschätzen der Natur. Gärtnern ohne Chemie!



Starker Bio-Bergbauer mit starkem Verbündeten tief unten in gesunder Erde: Regenwurm.

Fotos: Gabriele Moser, Bildagentur Waldthaus

EINZIGARTIG IN ÖSTERREICH:
Ab sofort keine chemischen Dünger bei bellaflo!r!

WER MIT DER NATUR DÜNGT, DÜNGT RICHTIG!

Chemie raus, Natur rein:
Jetzt auf organischen Dünger umsteigen!

In Kooperation mit

www.bellaflo!r.at

bellaflo!r

die grüne Nummer 1

Unsere Mutter Erde – lebender Mikrokosmos voller Wunder von der Alge bis zum Regenwurm!

Zarte grüne Zauberspitzen drängen – als Boten des erwachenden Lebens – ans Licht. Eine unsichtbare kosmische Kraft treibt sie an, und sie entspringen dem dunklen Schoß. Der Bärlauch

VON MARK PERRY

oder das erste sich herauswagende Paradeiserpflänzchen – alles wurzelt im Unendlichen. „In einer Handvoll gesunder Erde finden sich mehr Lebewesen, als es Menschen auf dieser Erde gibt“, weiß



Gesunder Boden

Erde – ein kleines Schöpfungswunder an sich!

GLOBAL-2000-Naturschützer Reinhard Uhrig. Jede Schicht hat ihre eigenen Bewohner, und jeder dieser Winzlinge hat von Mutter Natur seine ureigenste Aufgabe zugeteilt. Doch werfen wir einen Blick in diesen Mikrokosmos, der vielleicht als unterirdisches Abbild des unendlichen Alls dienen mag. 100 Insekten, 110 Gliederwürmer, 250 Springschwänze tummeln sich da in nur einem Quadratmeter. Dazu 250.000 Fadenwürmer, 7,5 Millionen Protozoen, 12,5 Millionen Algen und 100 Millionen Kleinstpilze, zu denen sich noch 125 Millionen Bakterien gesellen. „Wir haben

ja oft nur Augen für die wunderschönen Regenwürmer. So kostbar und nützlich die für uns Menschen auch sind, die wahre Vielfalt verbirgt sich unter der Erdkrume. Wie wohl Würmchen groß und klein unendlich wertvoll sind: Denn im gesunden lebenden Boden – der von Pestiziden und Kunstdünger

verschont geblieben sind, wuseln bis zu 600 dieser Wesen pro Quadratmeter. Sie bohren unglaubliche 440 Meter Röhren. Wo die „Lumbricidae“ – so ihr lateinisch-zoologischer Name werken, ist der Boden auch idealer Speicher: Denn der kann dann pro Stunde 150 Liter Wasser aufnehmen . . .



Fotos: Gabriele Moser (2)

Sorgsam hütet diese junge Bergbäuerin aus dem Pielachtal (NÖ) die Erde voller Leben.

EINZIGARTIG IN ÖSTERREICH:
Ab sofort keine chemischen Dünger bei bellaflo!r

OHNE CHEMIE LEBT DER BODEN AUF!

Chemie raus, Natur rein:
Jetzt auf organischen Dünger umsteigen!

In Kooperation mit

www.bellaflo.at

Tödlicher Erdbeben – begraben unter Schlamm und Steinen

Oso bei Seattle: Erst 14 Tote geborgen, 176 Menschen werden noch in einer bis zu zehn Meter hohen Schlammlawine vermisst

SEATTLE. Drei Tage nach der verheerenden Schlammlawine im US-Staat Washington schwinden die Hoffnungen auf Überlebende. Die Rettungskräfte konnten bisher 14 Leichen bergen, bis zu 176 Menschen gelten als vermisst.

Die Helfer setzten gestern ihre Suche mit Spürhunden, Hubschraubern und elektronischen Geräten fort. Doch Einsatzleiter John Pennington dämpfte die Erwartungen: „Die meisten von uns glauben, dass wir niemanden mehr lebend finden werden.“

Streckenweise bis zu zehn Meter ist die 450 Meter lange Schlammlawine hoch, die sich am Samstag über die kleine Gemeinde Oso, 100 Kilometer nördlich von Seattle, gewälzt hatte. Mehr als 30 Häuser



Bis zu zehn Meter hoch ist die Schlammlawine in Oso.

Foto: Reuters

wurden zerstört. Sieben Verletzte wurden in Krankenhäusern behandelt, drei Patienten befanden sich in kritischem Zustand, berichtete die „Seattle Times“.

Gestern früh setzte erneut Regen ein, was die Rettungsarbeiten zusätzlich erschwerte. „Die Verwüstung ist gewaltig, die Herausforderungen für die Rettungskräfte sind enorm“, sagte Pennington. In der Nacht auf Dienstag mussten die Behörden die Zahl der Vermissten von zunächst 108 auf 176 nach oben korrigieren. Allerdings seien diese Angaben sehr vage. „Es gibt sicher Doppelzählungen“, vermutet Pennington. „Doch das ist die Zahl, mit der wir arbeiten müssen.“

„Die Situation ist sehr bitter“, sagte der örtliche Feuerwehrchef

Travis Hots. Die Helfer kämen bei den Sucharbeiten in dem zähen Schlamm mit Geröll und Trümmern nur langsam voran. Teilweise hätte sich der Schlamm wie Zement verfestigt, an anderen Stellen sei er wie Treibsand.

Allerdings ist der Erdbeben offenbar doch nicht völlig unerwartet über die Menschen hereingebrochen. Der amerikanische Geologe Daniel Miller hatte bereits vor Jahren Alarm geschlagen. Wie die Zeitung „The Seattle Times“ berichtete, warnte Miller bereits 1999 in einem Bericht vor „einem potenziellen, großen und katastrophalen Zusammenbruch“ des Steilhangs. Dagegen sprechen die Behörden von einem „völlig unvorhersehbaren“ Ereignis.

300 Kubikmeter Sand als Überreste der

Gift-Schlamm

Was im ganzen Land verboten ist, ist in Linz offenbar kein Problem: Nach der Flut im Sommer 2013 entstanden überall Berge mit teils giftigem Donauschlamm, dessen Entsorgung zum Problem wurde. Während der Schlamm im Machland per Lkw abtransportiert werden musste, kippte ihn ein Sportverein einfach in die Donau!

„Das kann es nicht sein“, informiert den Leser die „ÖÖ-Krone“: „Überall heißt es, dass dieser am Ufer gelagerte Sand giftig ist und entsorgt werden muss. In Ur-

Jahrhundertflut im Wasser entsorgt ● „Krone“-Leser empört:

illegal in Donau gekippt?



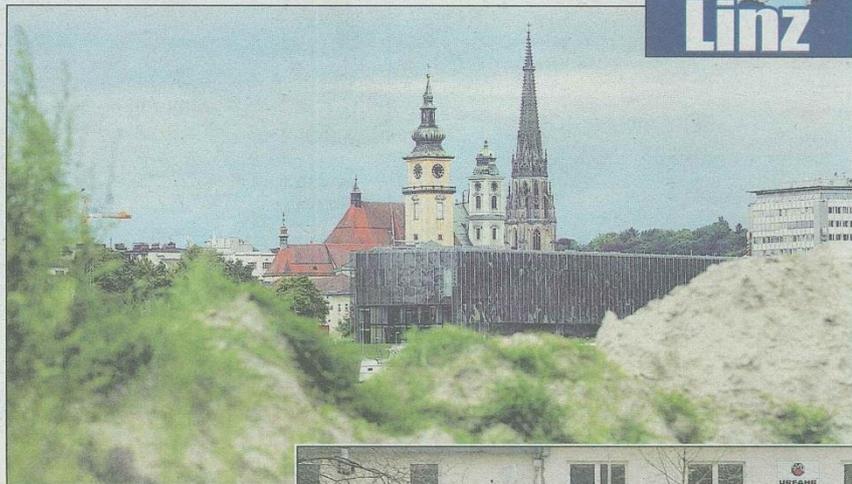
fahr wird er einfach in die Donau gekippt“, klagten Leser. Tatsächlich wurde vorgestern, Montag, damit begonnen, vor dem Platz des SV Urfahr mit einem Bagger Berge von möglicherweise kontaminiertem Schlamm in die Donau zu befördern.

Aber: „Illegal ist das nicht“, stellt die Linzer Umweltstadträtin Eva Schobesberger (Grüne) klar: „Es hat ein Ansuchen gegeben, ob

VON ROBERT LOY

die Masse in die Donau gekippt werden darf. Das Anlagen- und Bauamt hat sich die Situation angesehen und herausgefunden, dass diese Entsorgung gar nicht bewilligungspflichtig ist. Gewässerbiologen haben grünes Licht gegeben“, so die Stadträtin. Konkret wurden 300 Kubikmeter Sand in die Donau geschüttet. Der Grund, warum es anderswo ein Verbot gab: Laut Land Oberösterreich sind dort die Mengen so groß gewesen, dass die Schifffahrt gefährdet gewesen wäre. „In Linz war das nicht der Fall“, so die Grünen-Stadträtin.

ooe.regional@kronenzeitung.at



▲ Neun Monate „zierte“ ein Sandhaufen (ob.) das Stadtbild. Seit Montag wird der Schlamm einfach in die Donau gekippt. ►

77 Es geht um 300 Kubikmeter Überreste nach dem Hochwasser 2013. Alles ist aber legal.

Umweltstadträtin Eva Schobesberger



Foto: Martin Paizer



Organische Dünger sorgen für eine belebte Erdkrume im Garten und haben damit auch eine sanfte Langzeitwirkung – der Boden bleibt gesund und schenkt uns auch wertvolles Gemüse.



Wer seinem Garten Naturstoffe schenkt, schützt auch unser Klima! Denn Öko-Dünger braucht weniger Energie und baut wertvollen Boden auf

Natürlich düngen

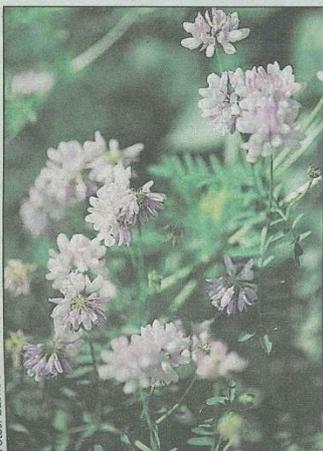
Wie ein guter gütiger Schutzengel in Weiß wandelt unser Kräuterpfarrer Benedikt in diesen Frühlingsstunden durch den

VON MARK PERRY

Klostergarten zu Geras im Waldviertel (NÖ). „Nur Natur in unserem Garten Eden“, frohlockt der wunderbare Öko-Priester. Im Herbst wird er die Früchte des Herrn, spricht beson-

ders wertvolles Gemüse ernten. Denn gedüngt wird im Stiftsrefugium nur mit regionalem organischem Dünger – pflanzlichem Biokompost also, der gerade deswegen klimaschonend-sanfte Langzeitwirkung hat.

Was für ein Unterschied also zu chemisch-synthetischen Mineraldüngern, die künstlich in Fabriken hergestellt werden. Ihre Produktion ist global gesteuert und deutlich energieintensiver als bei organischen Düngern. Geheimitipp des Bio-Bergbauern Friedrich Hardegg aus Schwarzenbach im Pielachtal (NÖ): Bodenhilfsmittel mineralischer Natur wie Gesteinsmehle und solche mit Milchsäurebakterien oder Hefepilzen. Kräuterpfarrer Felsinger: „Gottes Segen allen unseren Öko-Gärtnern!“



Fotos: Gabriele Moser (2), Bellaflo

EINZIGARTIG IN ÖSTERREICH:
Ab sofort keine chemischen Dünger bei bellaflo

WORAUF WARTEN? CHEMIE RAUS AUS DEM GARTEN!

Chemie raus, Natur rein:
Jetzt auf organischen Dünger umsteigen!

In Kooperation mit
AVE
Plantkraft

FLOWER POWER.

die grüne Nummer 1
bellaflo

www.bellaflo.at

Anteige



Die Katastrophe 2013 richtete in Schärding und im bayrischen Neuhaus am Inn massive Schäden an.

Foto: APA

Hochwasserschutz: Bayern wollen Kooperation

Anschober: „Sind von Maßnahmen der Nachbarn abhängig“

LINZ. „Die Hochwasserkatastrophe 2013 hat uns gezeigt, wie sehr wir beim Thema Schutzmaßnahmen in einem Boot sitzen“, sagt Wasser-Landesrat Rudi Anschober von den Grünen. Er verweist auf das Beispiel Passau: die Dreiflüssestadt in Niederbayern musste durch den enormen Zufluss von Inn und Donau die größten Wassermassen seit 1501 erleiden. Das aus Passau kommende Wasser führte dann zu schwersten Überflutungen in Oberösterreich, vor allem im Eferdinger Becken.

Anschobers Schlussfolgerung: „Ein effizienter Hochwasser-

schutz setzt eine grenzüberschreitende Kooperation mit Bayern und den Bundesländern Salzburg und Tirol voraus. Wie viel Retentionsraum der Donau etwa in Bayern gewonnen oder verloren wird, wie Schutzprojekte bei Nachbarn gebaut werden, entscheidet ganz wesentlich über unsere Sicherheit.“

Ziel sei ein politisches Bündnis mit den Nachbarn. „Das haben Bayern, Tirol und Salzburg bereits zugesagt“, sagt Anschober. Konkreter wird es am 29. April. Da findet eine Sitzung der Ständigen Gewässerkommission statt. Diese besteht aufgrund ei-

nes bilateralen Staatsvertrages zwischen Österreich und Deutschland. Dabei soll es um den Zustand der Salzach, den Ausbau der Donau im Bereich Vilshofen-Straubing und den Hochwasserschutz für Schärding gehen.

Bayrischer Minister kommt

Am 27. Mai treffen sich auf Einladung Anschobers Fachexperten zum Thema grenzüberschreitende Schutzmaßnahmen in Linz. Dort wollen auch Bayerns Umweltminister Marcel Huber und Vertreter der EU-Kommission dabei sein.

Hochwasserschutz über die Grenzen hinaus

Regensburger Abkommen ermöglicht das aufeinander Abstimmen von Projekten, die den anderen Staat betreffen

LINZ – Das Hochwasser 2013 hat gezeigt, das OÖ mit Bayern in einem Boot sitzt. Passau erlitt aufgrund des Zusammentreffens historisch großer Wellen von Inn und Donau die größten Wassermassen seit 1501, wodurch das Eferdinger Becken von einem fast 300-jährlichen Hochwasser heimgesucht wurde. Auf Initiative von OÖ wird nun eine Studie über die Retentionspotenziale an den maßgeblichen Flüssen im Einzugsgebiet der ö. Donau erstellt. Das betrifft neben den Bundesländern Tirol und Salzburg auch Deutschland. Im Rahmen des 1991 unterzeichneten Regensburger Abkommens zwischen Österreich und Deutschland,

woraus bereits die gemeinsame Hochwasserprognose

entwickelt wurde, wird nun noch enger zusammengearbeitet. Bei der Sitzung der Ständigen Gewässerkommission am 29./30. April geht es laut Umwelt-Landesrat Rudi Anschober neben der Salzach um den Ausbau der Donau in Vils-hofen-Straubing, den Hochwasserschutz für Schärding und die Hochwasserbemessungswerte für den Inn. Anschober will zudem bei einer Tagung am 27. Mai in Linz die Europäische Union mit ins Boot holen. Indes dürfte sich im Eferdinger Becken ein Viertel der 130 Betroffenen bereits fix für die Aussiedlung entschieden haben, ein Viertel ist dagegen, die anderen überlegen noch. *em*

Oberösterreich will Hochwasserschutz

Schulterschluss

Zu einem grenzübergreifenden Schulterschluss gegen die Hochwassergefahren bittet Wasser-Landesrat Rudi Anschöber die Regionen Salzburg, Tirol und Bayern. Anschöber: „Die Katastrophe des Vorjahres hat gezeigt, wie sehr wir in einem Boot sitzen.“ Schutzprojekte beim Nachbarn dürften nicht die Lage bei uns verschärfen.

„Wirksamer Hochwasserschutz muss grenzübergreifend organisiert werden“, ist Anschöber überzeugt: „Das hat uns das Vorjahr aufgezeigt. Ganz anders als 2002, als das Jahrhunderthochwasser hauptsächlich durch Zuflüsse aus dem

Hinterland entstanden ist, waren es diesmal die enormen Wassermassen, die dieses katastrophale Donauhochwasser hauptsächlich verursachten.“ Weil enorme Wassermengen von Inn und Donau zusammenkamen,

nun gemeinsam mit Salzburg, Tirol und Bayern organisieren:

im Kampf gegen Fluten

erlitt Passau das größte Hochwasser seit 1501, im Eferdinger Becken war, wie berichtet, ein nahezu 300-jährliches Hochwasser.

Anschöber lässt, wie berichtet, von der Uni Kassel genauestens erheben, was bei uns passiert ist. Zudem soll eine grenzübergreifende Studie die Retentionspotenziale an den Flüssen im Einzugsgebiet der öö. Donau untersuchen. Im Rahmen des Regensburger Übereinkommens wird der grenz-

überschreitende Hochwasserschutz mit Deutschland ausgebaut. Am 27. Mai ist zu diesem Thema eine

Großveranstaltung in Linz geplant. Auch Vertreter der EU-Kommission sind eingeladen, denn die Gemeinschaft könnte bei der Umräumung von Flächen in Retentionsgebiete mitzahlen.

” Zusammenarbeit über die Grenzen ist enorm wichtig. Das haben wir im Machland mit Niederösterreich schon gut eingeübt.

Wasserlandesrat Rudi Anschöber

Absiedler müssen sich bis Ende 2015 entscheiden

Wie sieht's im Eferdinger Bereich mit den Absiedlern aus? Ein Viertel will gehen, ein Viertel bleiben, der Rest ist noch unsicher. Die Frist läuft noch bis Ende 2015.

0022A1N4

Krone o.ö., 2014, 29.3.2014

Wirtschaft

Sport: Herren-Cheftrainer Mathias Berthold verlässt den ÖSV »Seite 11

7

ATX 2523,82 (+1,69%) Euro/Dollar 1,3788 (+0,21%) Gold (\$/Unze) 1291,75 (-0,23%) Dow Jones (Eröffnung) 16.403,27 (+0,49%)

Weltklimarat warnt vor Katastrophen, Kriegen und Kosten in Billionenhöhe

Zweiter Klimabericht der UNO fordert Eingreifen, um Temperaturanstieg zu drosseln

YOKOHAMA/WIEN. Hitzewellen, Artensterben, Überflutungen, Hungersnöte, Kriege um Wasser und Nahrung: Der neue Bericht des Weltklimarates der Vereinten Nationen (IPCC) nennt und beschreibt dramatische Folgen des globalen Temperaturanstiegs und Klimawandels. Gestern wurde er nach langen Beratungen im japanischen Yokohama veröffentlicht, verbunden mit der Aufforderung zu entschiedenem Handeln.

Steigende Temperaturen erhöhen die Wahrscheinlichkeit „schwerer, tief greifender und irreparabler Folgen“, heißt es im IPCC-Report. Es gebe für die Menschen noch Möglichkeiten, sich auf die steigenden Risiken einzustellen; eine Anpassung funktioniert aber nur, wenn die Erderwärmung deutlich gebremst werde.

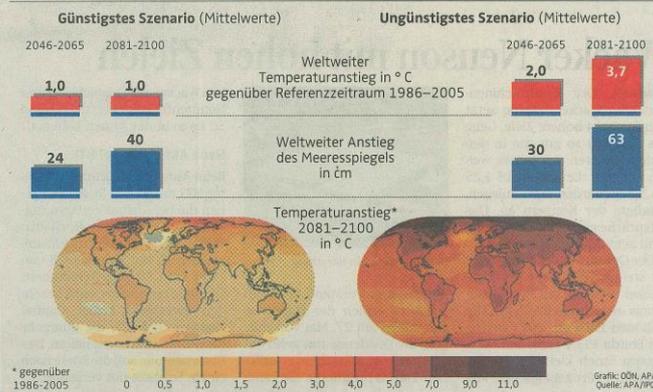
Politiker und Klimaschützer aus Österreich haben daraufhin massive Anstrengungen gegen den Klimawandel gefordert. Die Europäische Union müsse ihre Maßnahmen deutlich verstärken.

Professor sieht keine Kosten

Ein Streitpunkt: Ungebremster Schadstoffausstoß könnte Umweltschäden in Billionenhöhe verursachen, außerdem Kosten in ähnlicher Höhe, um die Folgen einzudämmen, heißt es. Der aus dem IPCC ausgetretene Wissenschaftler Richard Tol bestreitet diese These (siehe auch Leitartikel Seite 4). Die wirtschaftlichen Schäden des Klimawandels seien eher gering. Erst ab einer Zunahme um zwei Grad gebe es negative Effekte. Derzeit sind wir bei plus 0,5 gegenüber dem Beginn der Industrialisierung. Seit 15 Jahren liegt der Anstieg unter der IPCC-Prognose.

Der Bericht ist Nachfolger der IPCC-Bestandsaufnahme von 2007 und wird in drei Teilen präsentiert. Mitte April sollen in Teil drei Lösungen aufgezeigt werden.

FOLGEN DES KLIMAWANDELS



Die Energiewende braucht Tempo

Linzer Forscher arbeiten an Solaranlagen für die Massenproduktion

LINZ. Bei erneuerbarer Energie sei ein Riesenerfolg gelungen, sagt der Linzer Kunststoffprofessor Reinhold Lang: „In zehn Jahren ist der Anteil der neuen Erneuerbaren von einem auf zehn Prozent gestiegen – das ist sensationell. Jetzt geht es aber um ein völlig neues Spiel, nämlich wie diese Technologien von zehn auf 50 oder gar 80 Prozent Marktanteil gebracht werden können.“

Zu den „neuen“ Erneuerbaren zählt Lang Energie aus Sonne, Wind, Kleinwasserkraft und aus Biomasse-Abfall. Um ihren Erfolg zu sichern, müssten die Forschungsanstrengungen massiv verstärkt werden. An der Johannes-Kepler-Uni wird daran gear-



Kosten runter: Univ.-Prof. Lang (vorne)

beitet, Solaranlagen zur Wärme- und Stromerzeugung sowie Speicher für die Massenproduktion tauglich zu machen. Die Kosten müssten rasch gesenkt werden, damit die Alternativen wettbewerbsfähig werden. Sonnenstrom habe praktisch Netzparität

erreicht, er koste nicht mehr als Strom im öffentlichen Netz.

Kunststoff werde bei der Energiewende eine Schlüsselrolle haben, sagt Professor Lang: „Was Kunststofftechnik bei Verpackungen, im Autobau oder in der Elektrotechnik geleistet hat, das muss sie jetzt auch bei den erneuerbaren Energien bringen.“ Jetzt müssten die Werkstoffe und Verfahren entwickelt werden, um den erneuerbaren Energien das Wachstum für die nächsten 25 bis 30 Jahre zu sichern. Die Wettbewerbsfähigkeit von Kunststoff steige, je teurer die Ausgangsprodukte – Erdöl und Gas – würden. Nachhaltigkeit und Ökologie seien beim Einsatz zu beachten. (le)

Überblick

Inflation wieder gesunken

BRÜSSEL. Die Inflation in der Eurozone ist im März auf 0,5 Prozent zurückgegangen. Im Februar hatte die Teuerung 0,7 Prozent betragen. Das geht aus einer ersten Schätzung des EU-Statistikamtes Eurostat hervor. Die Europäische Zentralbank (EZB) sieht Preisstabilität bei Raten knapp unter zwei Prozent gewahrt. Die Angst vor Deflation geht um. Experten sehen die Notenbank vor ihrer Zinssetzung am Donnerstag unter Druck.

RAG eröffnet Gasspeicher

WIEN. Die Rohöl-Aufsuchungs-AG (RAG) eröffnet heute, Dienstag, die zweite Ausbaustufe des von ihr betriebenen Gasspeichers „7Fields“ an der Grenze Salzburg-Oberösterreich. Der Speicher ist mit nunmehr 1,85 Milliarden Kubikmetern Volumen neben Haidach einer der größten Porenspeicher Mitteleuropas. Insgesamt ist die RAG schon der viertgrößte Speicherbetreiber in Europa.

Aufsicht patzte bei AvW

WIEN. Rund um die Pleite der Kärntner Finanzgruppe AvW im Jahr 2010 liegt ein Gutachten vor. Der Sachverständige Fritz Kleiner belastet die ehemalige Bundeswertpapieraufsicht. Die Vorgängerbehörde der Finanzmarktaufsicht hätte Fehler und Betrügern früher erkennen können. Das Gutachten wurde für einen Musterprozess zweier Anlegernwälte gegen die Republik erstellt.

Erratum

PEUERBACH. In unserem Bericht vom Samstag über die erfolgreichen Grieskirchner Heizkesselbauer ist uns bei der Firma Guntamatic Peuerbach ein Fehler unterlaufen. Bei der veröffentlichten Umsatzzahl handelte es sich um den Rohertrag, weshalb die Rendite von 25 Prozent viel zu hoch angesetzt wurde. Der Ökoenergiecluster gibt aktuell für Guntamatic 45 Millionen Euro Umsatz und 250 Mitarbeiter an. Wir bedauern.

EU droht Oberösterreich und fordert 200.000 Hektar Natura-2000-Gebiet

Landes-Naturschützer wollen verhandeln, aber nur 20.000 Hektar nachnominieren

LINZ. „Die Zeit drängt: Wenn wir der Nominierung nicht nachkommen, drohen der Republik seitens der EU Strafzahlungen in Millionenhöhe – das gilt übrigens für alle Bundesländer“, sagte gestern Naturschutz-Landesrat Manfred Haimbuchner (FP). Um diese Strafzahlungen zu verhindern, sollen jetzt zusätzlich zu bereits 70.000 Hektar gewidmeten Natura-2000-Gebieten weitere 20.000 Hektar nachnominieren werden.

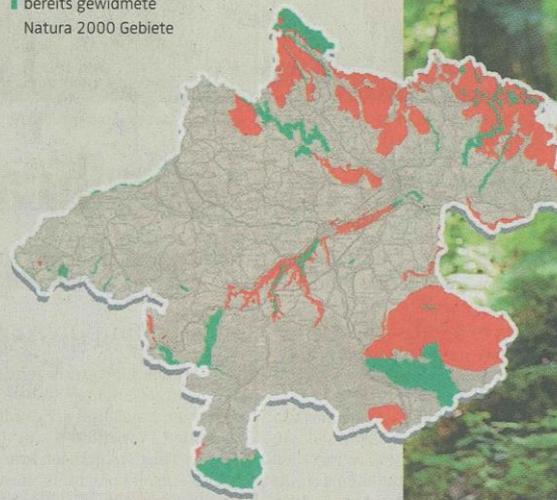
Doch die EU fordert alleine von Oberösterreich 200.000 Hektar neue Natura-2000-Gebiete – österreichweit sogar 800.000. Natura-2000 ist die offizielle Bezeichnung für ein Netz von Schutzgebieten innerhalb der Europäischen Union. Der Zweck ist der länderübergreifende Schutz gefährdeter wildlebender heimischer Pflanzen- und Tierarten und ihrer natürlichen Lebensräume (Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie). Die Auflagen sind allerdings nicht so strikt wie etwa jene der oberösterreichischen Naturschutzgebiete.

Bundesländer für Kompromiss

„Ich habe keine große Freude mit einer Nachnominierung. Schließlich geht es hier um Tausende Grundeigentümer, die auf diese Art zu Betroffenen werden“, sagte Haimbuchner. Dennoch sieht er so wie der Leiter der Naturschutzabteilung, Gottfried Schindlbauer, keine andere Möglichkeit, als mit der EU-Kommission einen Kompromiss auszuhandeln. Darauf hätten sich alle Bundesländer bereits verständigt. Die EU akzeptierte weitere Verhandlungen, wo-

NATURA 2000 GEBIETE IN OBERÖSTERREICH

- von der EU geforderte Gebiete
- bereits gewidmete Natura 2000 Gebiete



Grafik: OÖN, Quelle: Land OÖ, Foto: Wodicka



mit es vorerst zu keinem Vertragsverletzungsverfahren kommt.

Auslöser für die EU-Drohung war der Umweltdachverband, dem die Natura-2000-Nominierungen Österreichs zu wenig umfangreich waren. Die EU hörte dazu noch weitere Experten und übermittelte der Republik eine sogenannte Schattenliste mit den zusätzlich geforderten Naturschutzgebieten. Darin enthalten sind zwölf Lebensraumtypen mit 29 Arten in

der alpinen Region sowie 14 Lebensraumtypen mit 43 Arten in der kontinentalen Region (Mühlviertel und Alpenvorland).

Zu den geforderten neuen Regionen gehört das Eferdinger Becken, mit gefährdeten Molchen, der Fischart Frauenerfling bzw. besonders schutzwürdigen Aulandschaften. Auch das Machland findet sich in der EU-Forderung. Die dortigen Besonderheiten: Hartholz-Auen, Flussperlmuschel, Kammolch und Mops-Fleckermaus.

schel, Kammolch und Mops-Fleckermaus.

Bevor es Ende 2014 zu den Verhandlungen mit der Kommission kommt, wird die Naturschutzabteilung die betroffenen Regionen und die dortigen Interessenvertretungen informieren („Es zeichnen sich 18 Gebiete ab“). Zusätzlich wird es ein Schreiben an die betroffenen Grundeigentümer geben. Persönliche Gespräche sollen später folgen. (eku)



Mehr Infos
auf krone.at



Foto: AFP/4



Mr Christophe
IPCC Working Group

UNO-Koordinator Chris Field

▲ Es wird viel mehr Dürren und auch mehr Starkregen mit Überschwemmungen geben. ►

Die Erderwärmung muss noch viel stärker gebremst werden **Klimawandel: Neuer UNO-Bericht warnt vor „irreparablen Folgen“**



Appell an hohe Politiker, die Klimaerwärmung zu stoppen

Yokohama. – Die Erderwärmung wird noch drastischere Auswirkungen haben, wenn der Mensch sie nicht stärker bremst als bisher. Es drohen „irreparable Folgen“, heißt es im zweiten Teil des dreiteiligen Berichts des Weltklimarats IPCC, der im japanischen Yokohama präsentiert wurde. Längst seien die Konsequenzen der Erderwärmung überall auf der Erde zu beobachten.

Ein ungebremster CO₂-Ausstoß könnte Schäden in Billionenhöhe verursachen, warnt Chris Field, Koordinator des UNO-Reports: „Hohe Investitionen sind weltweit erforderlich, um sich gegen den erwarteten Wandel zu wappnen.“

Laut Experten wird sich vor allem für Europa und Asien das Überflutungsrisiko beachtlich erhöhen. Dürren würden gerade in trockenen, bevölkerungsreichen Regionen die Wasserknappheit verstärken. Das wiederum führt – bei steigender Bevölkerungszahl – zu geringeren Erträgen beim Weizen-, Mais- und Reisanbau.

Extreme Wetterphänomene wie Überschwemmungen an Küsten, Dürren und Hitzewellen werden die Migration von Menschen verstärken. Das könne zusammen mit Wasser- und Nahrungsmittelknappheit „indirekt

das Risiko für Gewaltkonflikte“ erhöhen.

In Großstädten werden Hitzestress und Extremregen zunehmend zum Problem. Notwendig seien Umbaumaßnahmen, um sich davor zu schützen.

Die Meeresspiegel werden ansteigen, die Küsten erodieren, Hochgebirgsgletscher sowie das Meereis der Arktis weiter erheblich schrumpfen.

Fortschritt im Kampf gegen Erwärmung

Greenpeace-Klimaexpertin Kaisa Kosonen sieht aber auch Fortschritte im Kampf gegen die Erderwärmung: „Eine wachsende Zahl an Menschen, Gemeinschaften, Unternehmen und Investoren bewegt bereits etwas, indem sie zu sauberer und sicherer erneuerbarer Energie übergeht und Regierungen auffordert, ihr beizustehen.“

Protest gegen Schwertransporte in Puchenau: „Die fahren im Minutentakt“

Mühlviertler Baufirma liefert Erde auf ein Privatgrundstück – Fahrten sollen bald enden

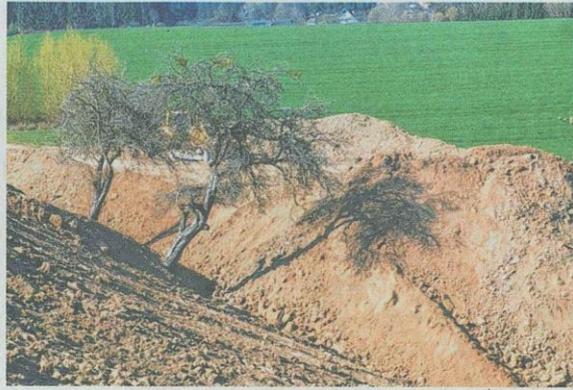
Von Christopher Buzas

PUCHENAU/GRAMASTETTEN. Dass derzeit bis zu 30 Lkw pro Tag an ihren Wohnhäusern vorbeifahren, ärgert Bürger in Puchenau und in Gramastetten. „Die fahren im Minutentakt, das ist ein Wahnsinn“, sagt Heinrich Kriechmayr, einer der Betroffenen.

Grund für den vermehrten Schwerverkehr ist, dass das Transportunternehmen Mühlberger aus Pfarrkirchen im Mühlkreis Erde von einer Linzer Baustelle auf das Grundstück eines Landwirtes im Ortsteil Koglerau liefert. Der Aushub dient einer Geländeverfüllung auf dem Puchenauer Grundstück.

Hohes Tempo, obszöne Gesten

„In welchem Tempo die Lkw fahren, ist aber ein Wahnsinn“, sagt ein Puchenauer, der anonym bleiben möchte und zudem von obszönen Gesten einiger Lkw-Fahrer berichtet: „Wir haben darüber mit unseren Leuten gesprochen. Es fahren auch einige Frächter für uns. Auch denen haben wir gesagt, dass so etwas nicht geht“, sagt Thomas Höretzeder, Bauleiter bei der Firma Mühlberger. Mit den Un-



Seit gut zwei Wochen wird Erde in die Koglerau transportiert.

Foto: privat

„Wir haben darauf bestanden, dass die Menge, die abgelagert werden darf, reduziert wird.“



Foto: Weihbold

Paul Gruber, Bezirkshauptmann von Urfahr-Umgebung

annehmlichkeiten für die Bevölkerung, die seit rund zwei Wochen andauern, soll es demnächst fürs Erste vorbei sein. Erst später werde noch circa eine Woche weiterer Aushub nach Oberpuchenau transportiert.

Genehmigt hat das Unterfangen die Bezirkshauptmannschaft Urfahr-Umgebung. „Wir haben darauf bestanden, dass die Menge, die abgelagert werden darf, reduziert wird. Ansonsten war die Ge-

ländeüberfüllung zu genehmigen. Auch der Umweltanwalt hat grünes Licht gegeben“, sagt Bezirkshauptmann Paul Gruber.

Verärgert über die Vorgangsweise zeigt sich der Gramastettener Bürgermeister Andreas Fazeni (VP). „Wir sind nicht einmal verständigt worden, unsere Gemeinde hat nicht einmal Parteienstellung.“ Das liegt daran, dass das betroffene Grundstück auf Puchenauer Gemeindegebiet liegt. Teile der Gramastettener Bevölkerung sind insofern betroffen, da die Lkw über den Pöstlingberg und somit über ihr Gemeindegebiet fahren.

Treffen der Bürgermeister

Insider behaupten, dass dies der Puchenauer Bürgermeister, Gerald Schimböck (VP), veranlasst habe, um die Puchenauer Bevölkerung zu schützen. „Das stimmt nicht, ich hatte mit der Fahrtroute nichts zu tun“, sagt der Bürgermeister. Er trifft sich heute mit seinem Gramastettener Amtskollegen und Vertretern der Firma Mühlberger zu einem Lokalaugen-schein. „Wir möchten eine Lösung finden“, sagt Schimböck.

Klimawandel: Forscher prüfen Auswirkung auf Oberösterreich

Anschober setzt auf Energiewende zur CO₂-Senkung

LINZ — Angesichts des alarmierenden Weltklimaberichts lässt Umwelt-Landesrat Rudolf Anschober die konkreten Auswirkungen auf eine Region wie Oberösterreich untersuchen. Insbesondere soll geprüft werden, wie sich das Risiko von Hochwasserereignissen darstellt, wie die vielen Hitzetage bei höheren Temperaturen das Mortalitätsrisiko verändern und zu welchen Auswirkungen es auf die Trinkwasserversorgung kommen kann.

Die Wissenschaftler sollen zudem die Kosten der Untätigkeit, welche sich durch ein Verharren auf dem Status Quo ergeben würden, unter die Lupe nehmen. Laut Anschober gingen die Forscher bereits 2007 von einem durch Klimaveränderungen verursachten Rückgang des globalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) um bis zu 20 Prozent aus.

Von den im Weltklimabericht aufgezeigten Möglichkeiten, gegen den Klimawandel anzukämpfen, setzt der Umwelt-Landesrat auf die Energiewende. So habe Oberösterreich, obwohl das Bundesland Standort der nationalen Stahlindustrie ist, die CO₂-Emissionen seit 2005 um fünf Prozent verringern können.

Bauern stark betroffen

Angesichts der von den Forschern beschriebenen Folgen wie etwa Ernteauffälle muss für den öö. Landwirtschaftskammer-Präsidenten Franz Reisecker die Zeit des Redens und Problembeschreibens ein Ende haben. „Es brauche lösungsorientierte Strategien. In letzter Konsequenz steht der Lebensstandard der westlichen Welt mit seinem überbordenden Energie- und Ressourcenverbrauch am Prüfstand“, so Reisecker.



Beilage zu LIG-120026/91-2014-Mg/Hb

Interessentensuche

Die Landes-Immobilien GmbH als Grundeigentümerin beabsichtigt im Gemeindegebiet von Weyregg die Veräußerung der bebauten Liegenschaft EZ 1170, GB 50329 Weyregg, im Gesamtausmaß von 15.000 m². Es handelt sich dabei um das Areal der ehemaligen Landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschule Weyregg.

Die gegenständliche Liegenschaft ist im rechtswirksamen Flächenwidmungsplan als Sonderbauland gewidmet.

Auf der Liegenschaft befindet sich ein Superädifikat (Heizhaus) zu Gunsten der Nahwärme Weyregg reg.Gen.m.b.H., welches vom neuen Eigentümer zu übernehmen ist.

Interessenten werden eingeladen, schriftliche Kaufanbote in einem geschlossenen Kuvert unter der genauen Angabe des Vermerks „ehemalige LWBFS Weyregg“ bis spätestens 12. Mai 2014 (einlangen) bei der Landes-Immobilien GmbH, Bahnhofplatz 1, 4021 Linz, einzubringen. Die Angebote haben neben einem Kaufpreis auch ein Konzept über die beabsichtigte Nutzung zu enthalten.

Durch die Entgegennahme von Anboten erwachsen der Landes-Immobilien GmbH keinerlei Verpflichtungen. Insbesondere sind sämtliche mit dem Kauf verbundenen Kosten, Gebühren und Abgaben sowie Kaufvertragserrichtung und -durchführung Käufersache. Die Landes-Immobilien GmbH ist von allfälligen Provisionsansprüchen frei zu halten.

Hinweis:

Die Interessentensuche unterliegt nicht dem Bundes-Vergabegesetz. Die Anbote verpflichten die Landes-Immobilien GmbH weder zu einem Verkauf überhaupt noch zum Verkauf an einen bestimmten Interessenten.

Für nähere Auskünfte stehen Ihnen MitarbeiterInnen der Landes-Immobilien GmbH unter der Telefonnummer 0732/7720-11271 bzw. 11284 gerne zur Verfügung.

bezahlte Anzeige

Größter Rückgang beträgt 173,3 Meter

Gletscher schmelzen weiter dramatisch ab

Österreichs Gletscher befinden sich weiter auf dem Rückzug! Den größten Verlust musste dabei der Schalfferner in den Ötztaler Alpen (Tirol) hinnehmen, der im Vorjahr um 173,3 Meter zurück gegangen ist.

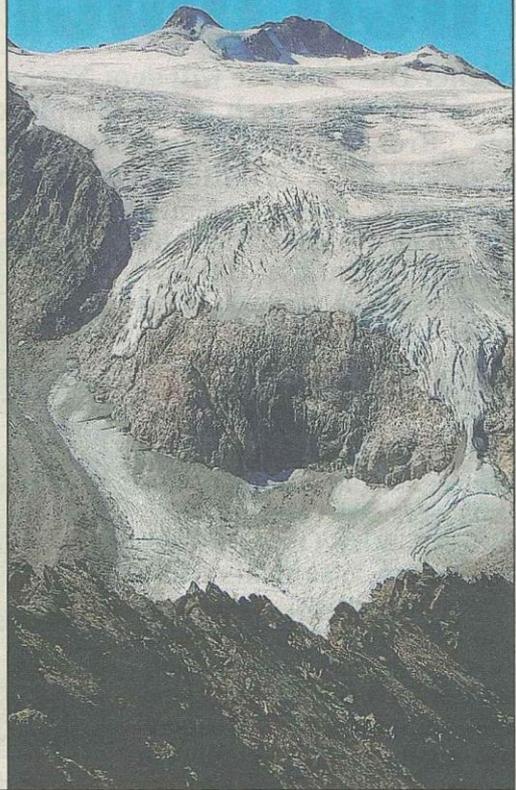
Seit 123 Jahren beobachten ehrenamtliche Mitarbeiter des Österreichischen Alpenvereins an die 100

VON G. KRAUTHACKL

Gletscher in Österreich. Die Tendenz der vergangenen 30 Jahre ist eindeutig: Das „ewige Eis“ auf unseren Bergen befindet sich in stetigem Rückzug. Obwohl das

vergangene Jahr mit Schneefällen im Mai und im Sommer für die Gletscher günstig war, zogen sie sich dennoch zurück: im Schnitt um 15,4 Meter. Neben Schalfferner litt auch der Gepatschferner in Tirol gewaltig und schmolz an der Zunge 114 Meter ab. Die Pasterze – 2012 mit 97 Metern Verlust Rekordhalter – verlor 41 Meter.

Österreichs Gletscher ziehen sich weiter zurück: Im Bild der Sulzenauferner in Tirol.



● **10 km hohe Rauchsäule**

Der Vulkan Tungurahua in den ecuadorianischen Anden hat eine zehn Kilometer hohe Rauchsäule ausgestoßen. In den umliegenden Gemeinden gingen Schutt und Asche nieder.

● **Smog-Alarm in London**

Die Luftverschmutzung hat in London und im Südosten Englands die höchste Warnstufe erreicht, Hunderte mussten mit Atemwegproblemen ins Spital.

USA: Vorwürfe gegen Shell-Konzern

Ölpest riskiert, um Steuer zu sparen?

Juneau. – Die Anschuldigungen gegen Europas größten Ölkonzern sind ungeheuerlich: Amerikanische Behörden unterstellen Shell, einen Betriebsunfall vor der Küste des US-Staates Alaska leichtfertig in Kauf genommen zu haben, um Steuergelder zu sparen.

Es geht um die Shell-Bohrinsel Kulluk, die im Dezember 2012 in der Beaufortsee vor Alaska auf Grund ging. Nur dank glücklicher Umstände liefen die 500.000 Liter Diesel an Bord damals nicht aus. Dies hätte eine Umweltkatastrophe zur Folge gehabt.

Laut einer US-Untersuchung war Shell maßgeblich für den Unfall verantwortlich. Trotz extremer Winter-

stürme und Unwetter habe der Konzern die Kulluk aufgrund von Instandhaltungsarbeiten von Alaska nach Seattle bewegen wollen.

Der 152-seitige Untersuchungsbericht vermutet, dass Shell damit Geld sparen wollte. Wäre die Bohrin- sel über den Jahreswechsel 2012/13 noch in den Gewässern Alaskas gewesen, wären nämlich Steuern in Millionenhöhe fällig geworden.

Zerbröckelnde Bergspitzen

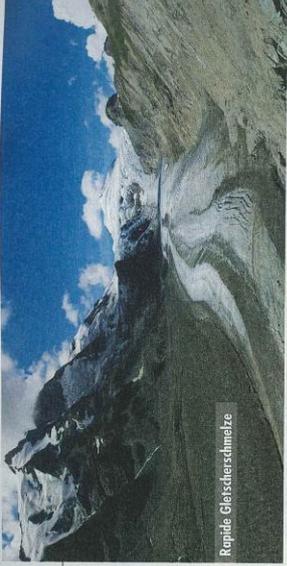
Probleme mit Wasserkraft und Elektrizität

Verschwinden der alpinen Vegetation

Bedrohung der Bergbevölkerung durch Muren und Hangstürze

Mehrere 100 neue Seen in Österreich

WELTKLIMARAT WARNT:



Ripide Gletscherschmelze

WELTKLIMARAT WARNT:

Umweltalarm in den Alpen

Von Mark Perry (Text) und Christof Birbaumer (Fotos)

Der neue UNO-Weltklimabericht lässt für unsere Alpen Schlimmes befürchten. Denn die Forscher prophezeien riesige Felsstürze, gewaltige Muren und den Verlust der strombringenden Wasserkraft.

Jahrhundertlang hat das Eis das Konglomerat aus Schutt, Sand und Fels zusammengehalten. Doch durch das stetige Abschmelzen werden die Gesteinsmassen zunehmend brüchiger und stürzen donnernd zu Tal. „Die Vorzeichen der großen Apokalypse mehren sich“, befürchtet denn auch Peter Kapellari vom Alpenverein in Tirol. Besonders augenscheinlich und dramatisch ist die Situation, die jetzt im neuen Klimabericht bestätigt wurde, am Sonnblick in 3105 Meter Seehöhe. Dort hat das ins Gestein vordringende Schmelzwasser selbst Megateisen destabilisiert. Das weltberühmte Observatorium muss daher durch Betonblöcke und mächtige Stahlanker vor dem Absturz in die Tiefe gesichert werden. Auch im vergleichsweise Kleinen zeigen sich die einschneidenden Veränderungen. Wegen des Abbaus des alpinen Permafrostbodens war der Großvenediger sogar sein vor Jahrzehnten auf der Bergspitze verankertes Gipfelkreuz ab. Auch am Südtiroler Ortler kamen Alpinisten zu spät um das christliche Symbol noch zu retten. Es war von einem Tag auf den anderen abgestürzt und wurde nie wieder gefunden. Schon brechen ganze Bergflanken

weg. Steinschläge und Muren häufen sich. Noch sind wir von Katastrophen wie am Eiger in der Schweiz, wo Felsbrocken von 2 Mio. Tonnen Kubikmeter zu Tal donnerten, verschont geblieben.

Zudem verliert das „Wasserschloss“ Alpen seine Regulationskraft: Denn das Gletscherwasser füllt Stauseen, die auch als Puffer und Speicher für das Stromnetz fungieren. Fällt diese Speicherkraft einmal weg, weil alles abgeschmolzen ist, drohen massive Stromausfälle.

Umgekehrt entstehen gerade – oben im nicht mehr ewigen Eis – Hunderte neue Seen. Bis zu 500 sollen es allein in der Schweiz bis Ende des Jahrhunderts sein. Viele davon eine akute Gefahr: Denn sie können jederzeit brechen und sich sturzartig entladen. Wie vor einigen Jahren am Grindelwald-Gletscher – der plötzlich entstandene See musste mit Millionenaufwand gesichert werden.

Aber nicht immer waren Gletscher da, wo sie heute sind: Der Name Pasterze geht auf slowenische Wurzeln zurück und bezeichnet eine „Alm“, auf der das Vieh weidete. Das war bis 1500 v. Chr. der Fall, was durch Gletscherfunde belegt ist.

Trübe Aussichten am Forellenteich: „Auf einmal kam eine braune Brühe“

Umweltalarm in Aigen im Mühlkreis – Quelle ist vermutlich eine übergelaufene Senkgrube

Von Alfons Krieglsteiner

AIGEN. Vergangene Woche hat Manfred Wöss (34) aus seinem acht mal acht Meter großen Forellenteich in Rudolfing, einem Ortsteil von Aigen im Mühlkreis (Bez. Rohrbach), zehn Fische herausgeholt. Jeder 30 Zentimeter groß und 30 Dekka schwer. Zum Räuchern. Doch seit Sonntagabend ist ihm der Appetit auf Fisch vorerst einmal vergangen. „Meine Freundin und ich sind gegen 18 Uhr zum Teich spaziert“, berichtet der HTL-Lehrer und Fischzüchter. „Da hab' ich sofort bemerkt, dass das Wasser eine eigenartige Farbe hat, und wie ich beim Rohr nachgeschaut hab', aus dem das gesammelte Oberflächenwasser von den angrenzenden Wiesen in den Teich geleitet wird, seh' ich eine braune, stinkende Brühe herauskommen.“

Sauerstoff zugeführt

Wöss alarmiert die Polizei Aigen, und die ruft um 20.56 Uhr die Feuerwehr. „Wir haben im Auftrag der Bezirkshauptmannschaft Rohrbach eine Tauchpumpe im Teich versenkt“, berichtet Thomas Stockinger, Kommandant der Feuerwehr Aigen. 200 Liter pro Minute wurden herausgepumpt und zu einem Dauersprühstrahl vernebelt. So konnte sich das Wasser in der Luft mit Sauerstoff anreichern und die 80 Regenbogenforellen vor dem Ersticken bewahren.



Manfred Wöss (li.) und Bürgermeister Kern am Forellenteich. Aus dem Abflussrohr kam eine braune Brühe. Fotos: Fellhofer

Wirklich gut geht es den Fischen aber nicht. „Sie schwimmen nahe der Oberfläche, die Flossen ragen aus dem Wasser“, sagte Wöss gestern. Weniger leiden die Karpfen im angrenzenden großen Teich, der auch etwas abbekommen hat. In sehr geringen Mengen könnte der Überlauf des Schmutzwassers auch in die Große Mühl gelangt sein, sagte Valentin Pühringer von der BH Rohrbach.

Gestern früh wurde das Abflussrohr verschlossen, eine Was-

„Die Brühe kommt aus dem Reinwasserkanal, in dem das Wasser von den Drainagen der Landwirte abgeleitet wird. Möglicherweise ist das Betonrohr irgendwo verstopft.“

Herbert Kern, Bürgermeister von Aigen im Mühlkreis



serprobe in ein Labor geschickt. Aus einem Auffangschacht muss Wöss den Nachschub der braunen Brühe abpumpen und in einem Vakuumfass sammeln. Quelle der Verschmutzung könnte eine übergelaufene Senkgrube sein. Nach ihr wurde im Kanalsystem mittels Kamera gesucht. Um 17 Uhr wurde das Zuleitungsrohr identifiziert, aus dem die Brühe in den unterirdischen Hauptstrang strömt. Die eigentliche Quelle wurde aber vorerst noch nicht gefunden.

Dramatischer UNO-Klimabericht – Landwirtschaft hauptbetroffen

Heimische Landwirtschaft trifft der Klimawandel am härtesten.

Fünf große Sorgen werden im jüngst erschienenen Weltklimabericht der Vereinten Nationen beschrieben. „Jeder der beschriebenen Problembereiche wird große Auswirkungen auf die Landwirtschaft und die Versorgungslage der Weltbevölkerung haben.“

Die Zeit des Redens und Problembeschreibens muss ein Ende haben, denn die Auswirkungen werden unkalkulierbar“ warnt Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker.

Anstieg der Weltmeere

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts sind die Meere im Durchschnitt um 20 Zentimeter angestiegen. Die Meeresspiegel werden sich, je nach Entwicklung der Treibhausgasemissionen, bis Ende des 21. Jahrhunderts um weitere 26 bis 82 Zentimeter heben. Dies bedeutet, dass stark besiedelte Länder entlang von Flachküsten (z. B. Bangladesch), in starke Bedrängnis geraten werden.

Verschiebung der Klimazonen und Ernteausfälle

Subtropische, trockene Klimazonen werden sich weiter nach Norden und Süden ausbreiten. In Mittelmeerländern, die bereits jetzt schon unter Wassermangel leiden, wird sich der Trockenstress verschärfen. Dies wird in weiterer Folge zu Ernteausfällen führen.

Dürren und Hitzewellen

Je stärker sich das Klima erwärmt, desto häufiger werden Hitzewellen auftreten. Extremen Frost wird und kann es zwar nach wie vor geben, wird aber seltener.

Der Klimabericht wagt zwar keine Pro-

gnosen über künftige Dürrekatastrophen, die Erfahrungen der letzten Jahre in unterschiedlichen Gebieten der Welt scheinen die Befürchtungen der Klimaforscher aber zu bestätigen.

Versauerung der Weltmeere

Durch den ungebremsten CO₂-Ausstoß werden immer größere Mengen dieses Gases auch in den Weltmeeren gelöst, wodurch es zur Versauerung kommt. Algen, Muscheln und Korallen haben es somit schwerer, ihre Kalkskelette aufzubauen. Dadurch geht eine wichtige Lebensgrundlage größerer Meeresbewohner verloren.

Diese Erkenntnis ist allerdings widersprüchlich, denn im Zeitalter des „Super-Treibhauses“ vor 65 Millionen Jahren war der CO₂-Gehalt der Atmosphäre sowie des Meeres deutlich höher. Gleichzeitig kam es gerade in dieser Periode zu großen Kalkablagerungen wie z. B. in Form der Kreidefelsen vor Dover. Es wird vermutet, dass die Klimaänderung damals langsamer vonstatten ging und die Lebewesen mehr Zeit hatten, sich anzupassen.

Abschmelzen der Gletscher

20 Prozent der Weltbevölkerung oder etwa 1,4 Milliarden Menschen hängen „am Tropf“ des Himalajas und dessen Gletscher. Sie nutzen das Quell- und Grundwasser, das aus dem Gebirge strömt. Ähnliche Abhängigkeiten gibt es in den südamerikanischen Anden und regional auch in Europa.

Bis Ende des Jahrhunderts kann bis zur Hälfte der arktischen Gletschermasse verschwinden und somit der



Die Land- und Forstwirtschaft hat nur begrenzte Möglichkeiten der Anpassung an den Klimawandel. Maßnahmen zum Klimaschutz müssen daher rascher umgesetzt werden, erklärt Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker.

LK 00

Wasserstrom versiegen. Trinkwasservorräte großer Gebiete sind in Gefahr.

„Der Weltklimabericht müsste alle Verantwortlichen aufrütteln. Die Land- und Forstwirtschaft als extrem exponierter Wirtschaftszweig hat nur begrenzte Möglichkeiten der Anpassung.“

Vor allem der Faktor Zeit arbeitet gegen die Landwirtschaft, denn die Änderungen werden in einer Geschwindigkeit und Intensität kommen, die eine Anpassung umso schwerer machen.

Auch das gegenseitige Vorrechnen, wer welchen Anteil am Klimawandel trägt, kommt eher einer akademischen Spielwiese gleich. Es braucht lösungsorientierte Strategien. Das Thema trifft alle uneingeschränkt.

In letzter Konsequenz steht der Lebensstandard der gesamten westlichen Welt mit seinem überbordenden Energie- und Ressourcenverbrauch am Prüfstand“, warnt Präsident Reisecker eindringlich.

Sicherung der Lebensmittelversorgung

„Der vorliegende zweite Teil des neuen Weltklimareports führt mehr als deutlich vor Augen, dass die Sicherung der Lebensmittelversorgung die Schlüsselfrage der Zukunft sein wird. Ohne Anpassungsmaßnahmen ist damit zu rechnen, dass der Klimawandel in vielen Regionen zu einem deutlichen Rückgang der Erträge von Weizen, Soja, Reis und Mais führen wird. Ernteeinbußen sind laut UNO-Klimarat wahrscheinlicher als Zuwächse und daher müssen wir unsere landwirtschaftlichen Produktionsflächen sichern. Wer in Zeiten des fortschreitenden Klimawandels guten landwirtschaftlichen Boden der Bewirtschaftung entziehen bzw. durch zu restriktive Auflagen erschweren will, gefährdet die Lebensgrundlage von Millionen Menschen“, stellte Hermann Schultes, Präsident der LK Österreich, zum zweiten Teil des UNO-Weltklimaberichts fest.

Höchster CO₂-Ausstoß pro Einwohner:

Australien ist der größte Klimasünder

Genf. – Der Weltklimarat warnt vor der Erderwärmung. Um sie einzudämmen, müssten Länder ihren Kohlenstoffdioxidausstoß deutlich verringern. Eine aktuelle Aufstellung entlarvt die größten Sünder. Auf Platz 1 liegt Australien mit 18,8 Tonnen pro Einwohner.

Auf Rang zwei landeten die USA mit 16,4 Tonnen pro Kopf vor Saudi-Arabien (16,2) und Kanada (16).

In absoluten Zahlen ist China das Land mit dem größten CO₂-Ausstoß. 2012 waren es 9900 Millionen Tonnen! Hier folgen ebenfalls die USA (5200 Millionen Tonnen) auf Platz 2.

Weltweit gelangten 2013 rund 36 Milliarden Tonnen CO₂ in die Atmosphäre. Die nächste Hoffnung liegt auf der Klimakonferenz „Paris 2015“: Dort soll ein Vertrag entstehen, in dem sich nicht nur Industrieländer, sondern auch ärmere Staaten und Schwellenländer zu Klimazielen verpflichten.

Nationalpark-Direktor Erich Mayrhofer ist beruflich und privat ein Wanderer auf alten und neuen Wegen. Er weiß, warum das Iuwel in den Kalkalpen 370.000 Besucher im Jahr begeistert: Hier kann der Mensch stiller Beobachter sein.

Seit 1997 hat Oberösterreich seinen Nationalpark Kalkalpen im Reichraminger Hintergebirge und Sengengebirge bei Windischgarsten – ein Naturjuwel, in dem sanfter Tourismus groß geschrieben wird. Im Interview erklärt Direktor Erich Mayrhofer, warum alte Buchenwälder den Nationalpark zum UNESCO-Welt-naturerbe machen könnten, er spricht über seinen persönlichen Werdegang – und über einen fehlenden Luchs.

Was bedeutet der Nationalpark für die Menschen in Oberösterreich?
Viele sind von der Wildheit der Natur begeistert, ein vergessener Teil unseres Landes, der über viele Jahrhunderte den Holzarbeitern und Almbesitzern vorbehalten war. Heute haben wir rund 570.000 Besucher im Jahr, die den Nationalpark erwandern, mit dem Kad durchqueren oder einfach nur die Natur genießen. Und der Nationalpark leistet auch seinen Beitrag zur Wertschöpfung für die Menschen in der Region, die hier ihren Erwerbsraum haben.

Hat es auch Vorteile, wenn der hektische Massentourismus ausbleibt?
Das Gebiet ist kaum durch große Verkehrsachsen zerschritten. Der Nationalpark schützt sich gut selbst. Es gibt bei uns noch Gebiete, wo kein Handy geht. Da kann man den Alltagsstress ablegen. Es ist auch unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass der Mensch stiller Beobachter sein und

keinen Luchs nachbesetzen. Eine ganz wichtige Maßnahme ist das Projekt „Der Nationalpark will Teil des UNESCO-Weltkulturerbes werden. Warum?“ Wir können uns mit alten Buchenwäldern bewahren. Unsere älteste Buche ist 523 Jahre alt, und wir haben drei Wälder mit einem Durchschnittsalter von 350 Jahren. Da es im Alpenraum wenige dieser Gebiete gibt, haben wir gute Chancen. Es gab bislang drei Uniersum-Sendungen über den Nationalpark. Jetzt wird wieder für eine neue TV-Folge gedreht. Worum geht es? Es geht um das Thema Wildnis, die Vielfalt schafft. Ein wichtiger Schatz. Ihre Anpassungsfähigkeit auf verschiedene Klimabedingungen kann man in einem

Der Nationalpark hat sowohl in Reichraming als auch in Molln ein Besucherzentrum. Nationalpark-Direktor Erich Mayrhofer (60) aus Garsten schützt als „oberster Park ranger“ die Natur bei uns. Er will die Natur bei uns erhalten. Er ist ein begeisterter Wanderer und Mountainbike-Fahrer.



Das große Interview
VON ELISABETH RATHENBÖCK

Er vertreibt das Wild aus manchen Bereichen durch weniger junge Bäume weniger verblassen. Das lässt dem Wald nachwachsen. In unserem „Luchsprojekt“ engagieren sich Partner wie die Bundesforste, die Jäger- und Bauernschaften, der Umwelt-schutzverband und der WWF.

Darzu fehlt es an einem Luchs von „rot“, aber jede Spur ist ein „rot“?
Viele Indizien sprechen leider dafür. Wir dürfen aber

Von der Wildnis

einem Luchs nachbesetzen. Eine ganz wichtige Maßnahme ist das Projekt „Der Nationalpark will Teil des UNESCO-Weltkulturerbes werden. Warum?“ Wir können uns mit alten Buchenwäldern bewahren. Unsere älteste Buche ist 523 Jahre alt, und wir haben drei Wälder mit einem Durchschnittsalter von 350 Jahren. Da es im Alpenraum wenige dieser Gebiete gibt, haben wir gute Chancen. Es gab bislang drei Uniersum-Sendungen über den Nationalpark. Jetzt wird wieder für eine neue TV-Folge gedreht. Worum geht es? Es geht um das Thema Wildnis, die Vielfalt schafft. Ein wichtiger Schatz. Ihre Anpassungsfähigkeit auf verschiedene Klimabedingungen kann man in einem

Der Nationalpark hat sowohl in Reichraming als auch in Molln ein Besucherzentrum. Nationalpark-Direktor Erich Mayrhofer (60) aus Garsten schützt als „oberster Park ranger“ die Natur bei uns. Er will die Natur bei uns erhalten. Er ist ein begeisterter Wanderer und Mountainbike-Fahrer.

ne Almen, da gibt es gute Sachen zum Essen, und ich kann mit den Leuten über den Nationalpark plaudern. Das ist dann oft wie ein ungeplanter „Sprechttag“.

Ihre Wanderleidschaft hat Sie aber auch zum Buchautor gemacht.
Ja, ich habe alte Klosterwege nach Admont aufgespürt und beschrieben.



Als begeisterter „Hammage“ der Kalkalpen hat Erich Mayrhofer ruhig und gelassen über Naturschutz.

Foto: Chris Koller (3)

zum Weltnaturerbe!

Wald-Nationalpark sehr gut zeugen, darum bekommen wir dieses Mal eine eigene ganze Sendung.

Wie gehen Sie mit Interessenkonflikten rund um die Nutzung der Natur um?
Nationalparks gibt es nicht von der Stange. Oft haben Menschen wenig Verständnis dafür, dass wir Dinge gewöhnlich, wie zum Beispiel Windräder. Es ist super, dass es erneuerbare Energien gibt, aber diese Technologie passt nicht überall hin. Ich muss für die Natur sprechen und eine Meinung vertreten, die nicht immer gern gehört wird. Da muss man Rückgrat bewahren. Ein Nationalpark darf kein Disneyland werden, sondern muss geradlinig den Schutz der Natur sichern.

Der Nationalpark ist ein tolles Wandergebiet. Gehen Sie auch gerne wandern?
Wenn ich mir vor Ort ein Bild verschaffen will, muss ich beruflich wandern, aber meistens nur kurze Strecken. Ich bemühe mich, neue Angebote und Wege zu entwickeln. Besonders die alten Steige der Holzkech- faszinieren mich. In meiner Freizeit besuche ich ger-



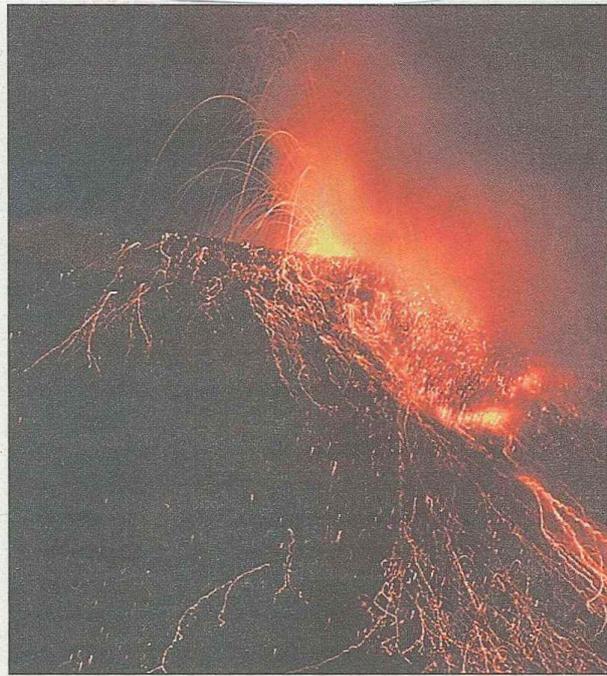
Erich Mayrhofer lässt im Gespräch mit „Krone“-Autorin Elisabeth Rathenböck wissen, was es heißt, Nationalpark-Direktor zu sein. Die Menschen und die Natur sind ihm wichtig.

„Viele glauben immer, in der Natur tut sich nichts. Es ist aber hohe Dynamik und Vielfalt vorhanden, für mich ein tolles Phänomen.“

STECKBRIEF

- Name:** Erich Mayrhofer (60)
- Wohnort:** Garsten/Steir
- Beruf:** Direktor des Nationalparks Kalkalpen
- Zuletzt:** Verheiratet, ein Sohn, drei Enkelkinder
- Geburtsdatum:** 13. April 1954
- Stärke:** 5,10 m, 82 kg
- Wohlfühlort:** Wilder
- Lebenspartner:** Blühengel in der Nationalpark Region
- Lebensessenz:** Fisch
- Mein größtes Vorbild:** Wilfried Erdmann, deutscher Weltumsegler
- Wohlfühlspeise:** Luchs
- Stärke:** Durchhalten, nie aufgeben
- Hobby:** Naturfotografie, Wandern, Laufen, Bergsteigen
- Mein Traum:** Mit dem Segelboot zu den Kanarischen Inseln segeln
- Was mich antreibt:** Neue und innovative Ideen und Herausforderungen
- Lebensmotto:** Ich will gerecht und geradlinig sein

Kronen Zeitung, 12.04.2014, S. 10.



Lava spuckt
der Vulkan
Tungurahua in
Ecuador, seit
er vor einer
Woche nach
einer Explosi-
on eine 10 km
hohe Rauch-
wolke aus-
stieß. Die Be-
hörden riefen
Alarmstufe
Orange aus –
ein Ausbruch
stehe unmit-
telbar bevor.

Foto: AFP

Klimabericht: Erderwärmung lässt sich aufhalten und „es kostet nicht die Welt“

Wissenschaftler empfehlen dafür eine schnelle und deutliche Verschiebung von Investitionen

BERLIN. Trotz bedrohlich steigender Treibhausgas-Emissionen sieht der Weltklimarat (IPCC) noch immer eine Chance, die Erderwärmung in den Griff zu bekommen. In ihrem jüngsten Bericht, der gestern in Berlin vorgestellt wurde, empfehlen Wissenschaftler eine schnelle und deutliche Verschiebung von Investitionen: weg von Förderung und Verbrennung von Kohle, Gas und Öl - hin zu klimafreundlichen Energien.

Eine Kernbotschaft lautet, dass dieser Wechsel nicht so teuer sei, wie viele Menschen vermuten. „Es kostet nicht die Welt, den Planeten zu retten“, sagte Ottmar Edenhofer, Co-Vorsitzender des aktuellen IPCC-Berichts. Die Kosten lägen absolut im Rahmen. „Das ist das, was man sonst sieht, wenn Steuern erhöht werden oder was in einer Finanzkrise passiert.“ Die zentrale Botschaft, auch für Entwicklungs- und Schwellenländer, lautet: Mit Klimaschutz muss man nicht auf Wachstum verzichten. Nach IPCC-Berechnungen schlägt der Wechsel bei einem Wirtschaftswachstum von 1,6 bis drei Prozent im Jahr mit einem Minus von rund 0,06 Prozentpunkten zu Buche.

Schwelle zum Durchbruch?

Das neue Argument löste bei vielen Umweltschutz-Organisationen Enthusiasmus aus. Denn es könne all jene Politiker überzeugen, die durch mehr Klimaschutz eine Schwächung der Ökonomie ihres Landes befürchteten. „Das ist die Schwelle zum Durchbruch“, sagte Karsten Smid von Greenpeace.

Es bleibt das große Aber. „Der Hochgeschwindigkeitszug zur Treibhausgasminde rung muss jetzt schnell abfahren, und die Welt muss darauf aufspringen“, sagte IPCC-Chef Rajendra Pachauri. Dafür sei es notwendig, dass die Welt in einem nie da gewesenen Maß zusammenarbeite. Bis zur Jahrhundertmitte müsse die kohlenstoffarme Energieerzeugung verdrei- bis vervierfacht werden.



Die Umweltkatastrophe löste in Lanzhou am Wochenende Hamsterkäufe von Trinkwasser aus.

Foto: Reuters

2,4 MILLIONEN CHINESEN OHNE TRINKWASSER

■ **Ein Leck in der Ölpipeline** einer Tochtergesellschaft des staatlichen Konzerns China National Petroleum Corp hat das Trinkwasser von 2,4 Millionen Menschen im Norden von China verseucht. Das meldete die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua am Wochenende.

■ Zunächst seien am Donnerstag etwa 118 Mikrogramm Benzol pro Liter im Trinkwasser der Stadt Lanzhou entdeckt worden. Bis Freitag stieg der Wert auf 200 Mikrogramm, das 20-fache des in China gültigen Grenzwerts.

■ **Berichte** über das verseuchte Trinkwasser lösten Panik in der Bevölkerung aus. In Supermärkten

war Wasser bereits am Freitag innerhalb kürzester Zeit ausverkauft, die Feuerwehr brachte bis spät in die Nacht Notrationen in die Stadt.

■ **Die Stadtverwaltung** wies die Menschen an, bis Samstag Mittag (Ortszeit) kein Leitungswasser zu trinken. Bei Messungen später am Samstag seien nur noch Spuren von Benzol in zwei Bezirken entdeckt worden, hieß es.

■ **Benzol** wird als Lösungsmittel etwa bei der Herstellung von Plastik verwendet. Es ist krebserregend. Lanzhou ist bekannt für seine chemische Industrie und damit einhergehende Umweltverschmutzung.

Bisher ist es ein politisches Ziel, die Erderwärmung auf unter zwei Grad zu halten - gerechnet im Vergleich zur Temperatur vor der Industrialisierung. In dieser Marge gilt der Klimawandel mit Gletscherschmelze, steigendem Meeresspiegel und Wetterextremen als beherrschbar.

Zwischen 2000 und 2010 gab es laut IPCC allerdings den stärksten Emissionsanstieg der vergangenen 30 Jahre - trotz Klimaschutz-Bemühungen und Finanzkrise. Weltweit reichen die Bemühungen einfach nicht. Machen die Staaten weiter wie bisher, kommt der IPCC auf eine Erwärmung von voraussichtlich 3,7 bis 4,8 Grad bis zum Jahr 2100. Um dieses Szenario zu verhindern, müsse die Welt bis Mitte des Jahrhunderts die Treibhausgas-Emissionen um 40 bis 70 Prozent drosseln und bis zum Jahr 2100 nahezu auf null bringen - so die Empfehlung an die Politik.

Erwärmung auf zwei Grad begrenzen:

Weltklimarat drängt auf schnelle Energiewende

Berlin. – Der Weltklimarat (IPCC) drängt auf eine umfassende Energiewende, um die Erderwärmung noch auf zwei Grad zu begrenzen. Das geht aus dem dritten Teil des IPCC-Sachstandsberichts hervor, der am Sonntag in Berlin vorgestellt wurde.

Kritisch beurteilen

die Wissenschaftler vor allem die weltweit steigenden Emissionen durch Kohlekraftwerke. Gefordert wird ein rascher Umstieg auf emissionsarme Technologien und erneuerbare Energien. Dafür demonstrierten auch Greenpeace-Aktivisten vor dem Brandenburger Tor.



Greenpeace-Protest vor dem Brandenburger Tor

● Schlammlawine

Beim Abgang einer Schlammlawine in Tadschikistan kamen mindestens 13 Menschen ums Leben, davon sieben Kinder.

Mehrheit des Linzer Gemeinderates will gesetzlichen Schutz für Bäume

Die Grünen machten neuen Vorstoß – VP und FP sind gegen ein Baumschutzgesetz

Von Erhard Gstöttner

LINZ. In der Stadt Linz gibt es relativ viele Wiesen, Sträucher und Bäume. Doch in der Innenstadt ist das Grün laut Experten zu wenig. Dennoch werden auch hier immer wieder Bäume gefällt und Grünflächen versiegelt. Die Grünen starteten darum im Linzer Gemeinderat erneut einen Vorstoß für ein Baumschutzgesetz und hatten Erfolg. SP, Reiman, KP und natürlich die Grünen selbst stimmten der Resolution an den Landtag für ein Baumschutzgesetz zu.

In diesem Papier wird der Landtag aufgefordert dem Beispiel Wiens und der Steiermark zu folgen und ein Baumschutzgesetz auszuarbeiten und zu beschließen. Sinn der Sache: Bäume sollen nicht mehr ohne Weiteres gefällt werden können. VP und FP stimmten gegen die Resolution.

Gut für das Klima

„Bäume verbessern das Klima, filtern Staub und senken den Lärm. Darum sind sie im städtischen Bereich besonders wichtig“, sagt Gerda Lenger, Grünen-Fraktionschefin im Linzer Gemeinderat. Lenger tritt seit Jahrzehnten für

den Baumschutz ein und hat darin auch Erfolge erzielt.

Die Grünen haben zum Beispiel verhindert, dass die Trasse der Mini-U-Bahn unter dem Volksgarten geführt wurde. So konnte dort der alte Baumbestand gerettet werden. Die Grünen haben auch durchgesetzt, dass der Bahnhofspark, der Park des Allgemeinen Krankenhauses sowie die Bäume im Landhauspark erhalten geblieben sind. Zuletzt hatte es Aufregung gegeben, weil das Stadtgartenamt an der Donaulände bei der Eisenbahnbrücke erneut Weiden umschneiden ließ.

POSITIVE WIRKUNG

Bäume sind biologische **Klimaanlagen, Luftreiniger und Schalldämpfer**. Im Sommer senken sie in ihrer Umgebung die Lufttemperatur. Mit ihren Blättern binden sie Staub. Das Laub der Bäume hält außerdem Lärm ab, senkt ihn um bis zu zwölf Dezibel. Bäume und Sträucher sind auch **Lebensräume** für Vögel, Kleintiere und Insekten.



Baumfällen soll nicht mehr ohne Weiteres möglich sein.

Foto: Weibold

Ein Land versinkt im Meer

Die Urlauber-Traumdestination Malediven kämpft gegen den Untergang. Der Klimawandel spült die Inselkette, die für viele als Paradies auf Erden gilt, weg. Eine Bestandsaufnahme.

Berge gibt es auf den Malediven nicht. Auch keine Hügel. Nicht einmal Dünen. Die höchste natürliche Erhebung liegt auf 2,4 Metern über dem Meeresspiegel. Steigt dieser um einen Meter an, verschwinden 80 Prozent des Inselparadieses im Indischen Meer. „Ich sehe jetzt schon, wie es den Sand hier an den Palmen wegschpült“, sagt die Schweizer Urlauberin Doris Friedrich.

Die Regierung des Landes mit den derzeit noch rund 1200 Koralleninseln sucht händelringend nach Möglichkeiten, den Untergang zu verhindern. Ex-Präsident Mohamed Nasheed hatte einst die Idee, einen Teil der Touristen-Milliarden abzuzweigen, um eine neue Heimat woanders zu kaufen. Indien oder Sri Lanka schwebten ihm vor, vielleicht auch Australien – das sei nicht so bewohnt.

Allerdings: Ein Mann aus dem ebenfalls durch den Klimawandel bedrohten Pazifik-Staat Kiribati wollte im vergangenen Jahr der erste Klimaflüchtling nach den Vorgaben der UN-Flüchtlingskonvention werden. Doch sein Asylantrag in Neuseeland wurde abgelehnt. Auch deswegen verfolgen die Malediven derzeit lieber andere Strategien. Sie vergrößern etwa ihre Inseln, indem sie Sand vom Meeresboden holen und sie damit aufschütten. Fotos aus der Luft zeigen, dass beispielsweise die Fläche der Hauptinsel fast verdoppelt wurde.

Trotzdem ist die Hauptstadt Malé so überbesiedelt, dass selbst für Müllhalden kein Platz mehr ist. Der Abfall landet deswegen in einer nahe gelegenen Lagune.

„Tilafushi war früher nur ein Riff. Daraus haben wir Anfang der 90er-Jahre eine Müllinsel gemacht“, sagt Mohamed Shihab, Ex-Innenminister und jetzt Bürgermeister von Malé. Die nun U-



Das Traumurlaubsziel Malediven muss sich dem Szenario stellen, dass die Inselwelt durch den Klimawandel langsam im Meer versinken könnte.

Foto: dpa

förmige Insel ist so angewachsen, dass sie mittlerweile als Industriegebiet mit zahlreichen Lager- und Produktionshallen genutzt wird.

Viele andere künstliche Inseln sollen die Wohnungsnot lösen – denn die gesamte Landesfläche entspricht mit 298 Quadratkilometern nur der Größe der Stadt Leipzig.

Das größte und ambitionierteste Projekt ist Hulimalé, eine fast quadratische Insel, die mit einem Reißbrett in Wohn-, Industrie-, Gemeinschafts- und Wissenschaftsviertel eingeteilt wurde.

Häuserkomplex schießt nun neben Häuserkomplex empor, wo vor wenigen Jahren noch eine türkisblaue Lagune war. Doch es gibt auch schneeweiße Strände und

bereits große Palmen. „Stellenweise sieht Hulimalé natürlicher aus als Malé“, findet der Umweltaktivist Ali Rilwan. Nach etwa fünf Jahren bilde sich auf den neu geschaffenen Inseln durch das Regenwasser sogar trinkbares Grundwasser.

Auf Hulimalé sollen nach offiziellen Angaben bis zu 60.000 Menschen wohnen können – das wäre etwa ein Sechstel der derzeitigen Einwohner. Die Regierung rechnet damit, dass zunehmende Stürme, Starkregen und Trockenperioden dazu führen, dass mehr Menschen sich von den kleineren auf die größeren Inseln retten wollen. Nach dem Tsunami 2004 standen manche Inseln unter Wasser – das noch einmal zurückging. Doch Tausende Menschen

migrierten nach Malé und in andere Zentren.

Bis Ende des Jahrhunderts, heißt es im ersten Teil des neuen Klimaberichts, wird der Meeresspiegel um 26 bis 82 Zentimeter steigen. Erneut wird der Klimarat Vorschläge machen, wie der Klimawandel gestoppt werden könnte – zu dem die Malediven fast nichts beitragen, von dem sie aber mit am stärksten betroffen sind.

Und so suchen sie weiter nach Auswegen, auch für die Touristen. In wenigen Wochen beginnt die Produktion der „Ozeanblume“, das sind 185 schwimmende Villen entlang geschwungener Stege in Form einer Blüte. 40 Stück der Millionen-Häuser seien bereits verkauft, sagt Jasper Mulder von

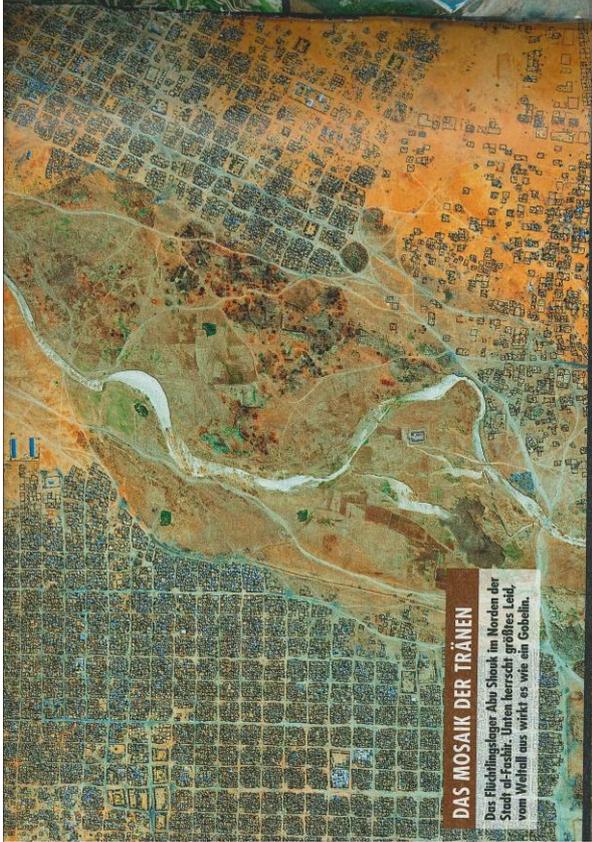
Dutch Docklands. Die niederländische Firma betreibt das Projekt zusammen mit der maledivischen Regierung.

„In Holland haben wir ganze schwimmende Siedlungen, für uns ist das also nichts Neues“, sagt Mulder.

Noch im heurigen Jahr würde außerdem mit dem Bau von fast autarken schwimmenden Privatinseln begonnen, die im Nordatoll verankert werden. Und dann sollen bald schon der erste schwimmende Golfplatz der Welt sowie ein mehrstöckiges Tagungshotel auf dem Meer entstehen.

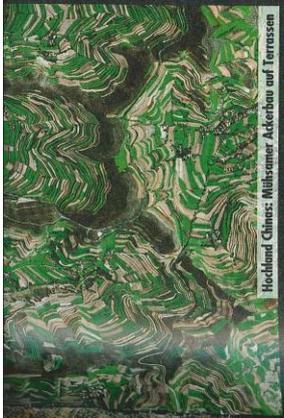
Das gehört offenbar zur touristischen Zukunft des Urlauberparadieses Malediven. Solange die Inselwelt noch nicht im Meer versunken ist.



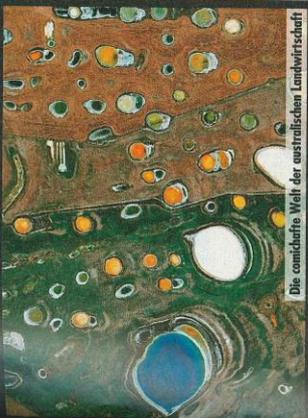


DAS MOSAIK DER TRÄNEN

Das Flüchtlingslager Abu Shouk im Norden der Stadt al-Faschir. Unten herrscht großes Leid, vom Wehfall aus wirkt es wie ein Gebell.



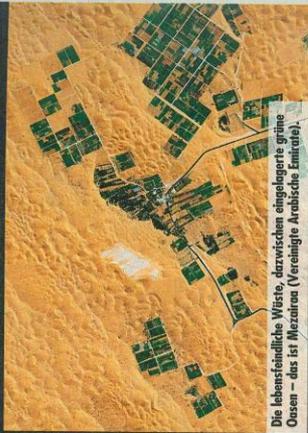
Hochland China: Millionen Ackerbau auf Terrassen



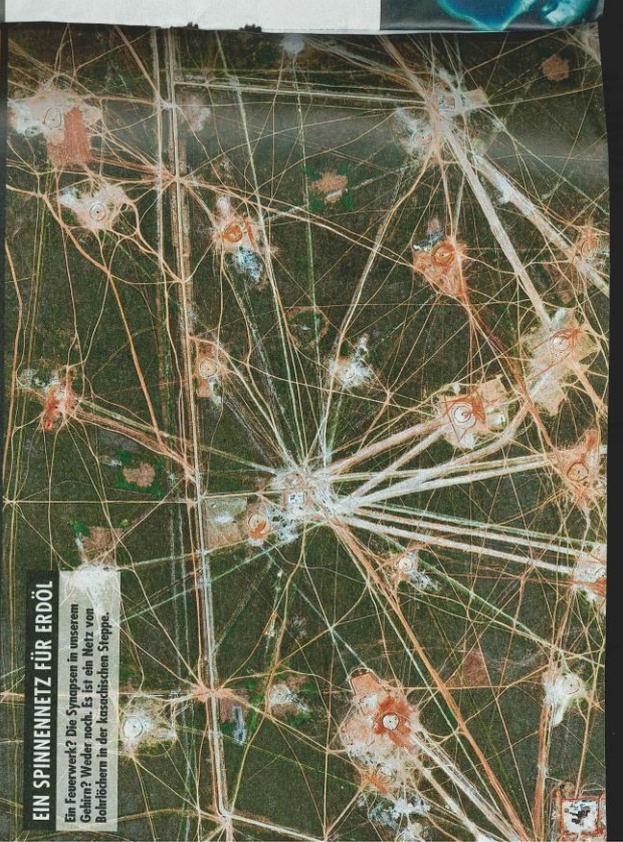
Die komplizierte Welt der australischen Landwirtschaft



Die Welte der Meerenge des Bosporus

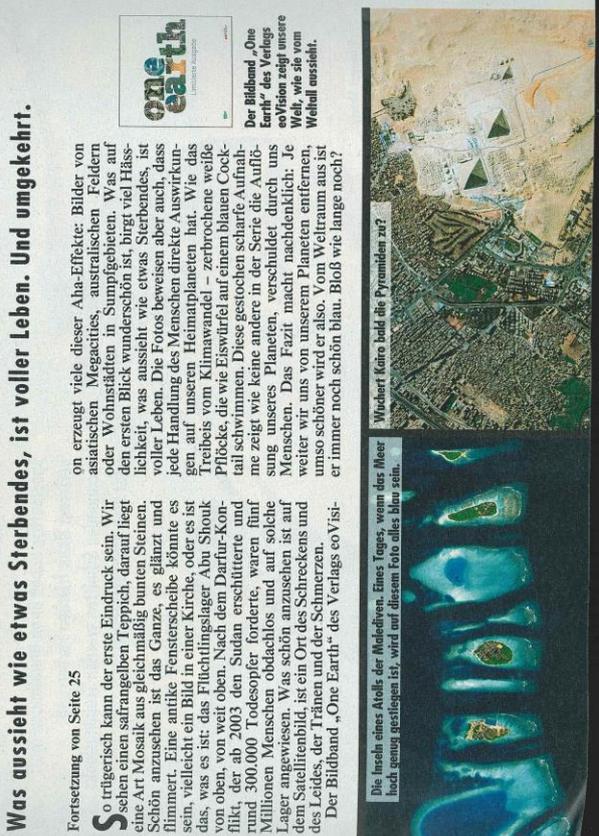


Die lebensfähige Wüste, dazwischen eingelagerte grüne Oasen – das ist Mezratim (Vereinigte Arabische Emirate).



EIN SPINNENNETZ FÜR ERDÖL

Ein Feuerwerk? Die Synapsen in unserem Gehirn? Weder noch. Es ist ein Netz von Bohrflächern in der kasachischen Steppe.



Wachert Kairo baut die Pyramiden zu?

Die Inseln eines Atolls der Malediven. Eines Tages, wenn das Meer hoch genug ansteigen ist, wird auf diesem Foto alles blau sein.

Was aussieht wie etwas Sterbendes, ist voller Leben. Und umgekehrt.

Fortsetzung von Seite 25

Schrittweiser kann der erste Eindruck sein. Wir sehen einen safrangelben Teppich, darauf liegt eine Art Mosaik aus gleichmäßig bunten Steinen. Schön anzusehen ist das Ganze, es glänzt und flimmert. Eine an die Fensterscheibe könnte es sein, was es ist: das Flüchtlingslager Abu Shouk und oben, von weit oben. Nach dem Darfur-Konflikt ab 2003 den Sudan erschütterte und rund 300.000 Todesopfer forderte, waren fünf Millionen Menschen obdachlos und auf solche Lage angewiesen. Was schön anzusehen ist auf dem Satellitenbild, ist ein Ort des Schreckens und des Leides, der Tränen und der Schmerzen.

Der Bildband „One Earth“ des Verlags coVision

on erzeugt viele dieser Aha-Effekte: Bilder von asiatischen Megacities, australischen Feldern oder Wohnstädten in Sumpfgeländen. Was auf den ersten Blick wunderschön ist, birgt viel Hässlichkeit, was aussieht wie etwas Sterbendes, ist voller Leben. Die Fotos beweisen aber auch, dass jede Handlung des Menschen direkte Auswirkungen auf unseren Klimawandel – zerbrochene weiße Treibeis vom Klimawandel – zerbrochene weiße Plöcke, die wie Eiswürfel auf einem blauen Cocktail schwimmen. Diese gestochten scharfe Aufnahme zeigt wie keine andere in der Serie die Aufnahme unseres Planeten, verschuldet durch uns Menschen. Das Fazit macht nachdenklich: Je weiter wir uns von unserem Planeten entfernen, umso schöner wird er also. Vom Weltraum aus ist er immer noch schön blau. Bloß wie lange noch?



Der Bildband „One Earth“ des Verlags coVision zeigt unsere Welt, wie sie vom Weltraum aus ist.

Salzsäureaustritt war rasch unter Kontrolle

LINZ — 500 bis 1000 Liter 36-prozentige Salzsäure sind am Sonntag gegen elf Uhr im Chemiepark Linz aus einer undichten Leitung ausgetreten. Die Chemikalie wurde mit dafür vorgesehenen Tassen aufgefangen. Verletzt wurde niemand, es habe keinerlei Gefahr für Umwelt oder Gesundheit bestanden, hieß es bei der Betriebsfeuerwehr. Aufgrund der hohen Luftfeuchtigkeit sei aber eine Rauchsäule über dem Areal zu sehen gewesen.

Fotos (wenn nicht anders angegeben): privat

Mittwoch, 23. April 2014

Schaukasten



Vizebürgermeister Walter Demelbauer organisierte die jährliche Säuberungsaktion in Zell an der Pram. Mit tatkräftiger Unterstützung der Zeller Bevölkerung wurde das Gemeindegebiet von Müll befreit. Franz Eder aus Dobl lud alle Helfer nach getaner Arbeit zu einer kleinen Jause ein.



Viele Organisationen beteiligten sich an der Landschaftsäuberungsaktion in St. Florian/Linz. Unter anderem half das Team der Tagesheimstätte mit, weggeworfenen Urnat zu entsorgen. „Es freut uns, dass wir einen Beitrag zur Ortsbilders/Börsenerhaltung leisten können“, so Einrichtungsleiter Christoph Ebner.

Mittwoch, 23. April 2014

Fotos (wenn nicht anders angegeben): privat



Schon die Kleinsten helfen in Pregarten mit, um das Ornsgebiet von achtlos weggeworfenem Müll zu befreien. Mehr als 60 Freiwillige rücken im Gemeindegebiet aus und sammeln säckeweise Urnat ein, den sie fachgerecht entsorgen. Vizebürgermeister Fritz Robelski zeigte sich über die große Vielfalt und den Einsatz der fleißigen Sammler begeistert, denn immerhin lagen zwischen dem ältesten und dem jüngsten Teilnehmer der Flurreinigungsaktion mehr als 70 Jahre.



In Zusammenarbeit mit dem Umweltausschuss, der Jägerschaft, der Jugendrotkreuz-Gruppe, der Jungschargruppe und einer Abteilung des FC Saualtdorf wurde in St. Roman aufgeräumt. Auch viele Gemeindeglieder halfen mit, den Ort von achtlos weggeworfenem Urnat zu befreien. So fand eine große Menge Urnat den Weg ins Altschlafmüllzentrum. Bei einer gemeinsamen Jause, zu der alle freiwillige Helfer eingeladen wurden, fand die Aktion ihren Abschluss.

Hui statt Pfui – Oberösterreicher

Im gesamten Land ob der Enns schwärmten in den vergangenen Tagen freiwillige Helfer aus,



Einen ganzen Kipper voll Müll sammelten die freiwilligen Helfer bei der Flurreinigungsaktion in der Gemeinde Hühnbart. Sie beförderten neben achtlos weggeworfenen Dingen auch Altschlafmüll und Matratzen zu Tage und entsorgten diese artgerecht. Umweltausschubsmann Johann Gatterbauer bedankte sich bei den vielen fleißigen Sammlern und lud zum Abschluss alle Teilnehmer auf eine Jause im Gemeindeamt ein.



Die Klimabündnisgruppe Seewalchen lud unter dem Motto Ösperns & Watschschömais zur Flurreinigung ein. 100 fleißige Helfer schwärmten im Gemeindegebiet aus und sammelten Abfälle ein. Rund 50 Müllsäcke mit Restmüll, der achtlos in der Landschaft entsorgt wurde, sammelten die Teilnehmer der Flurreinigungsaktion ein. Zum Abschluss konnten sich alle Teilnehmer im Gemeindegarten stärken.



Viele Vereine, Institutionen und Gemeindeglieder beteiligten sich an der Flursäuberungsaktion in Prapping, zu der der Umweltausschuss lud. Mit Flursäuberern und Müllsäcken bewaffnet, schwärmten die Helfer aus und säuberten Bäche, Wälder und Wiesen im gesamten Gemeindegebiet von Urnat. Dank der Freiwilligen wurden zahlreiche Müllsäcke fachgerecht entsorgt. Die Veranstalter freuen sich über „eine erfolgreiche Aktion, die der Natur und der Umwelt zu Gute kam“.

ist wieder etwas sauberer

befreiten die Landschaft von achtlos weggeworfenen Müll und entsorgten diesen fachgerecht



Zahlreiche Dinge, die nicht in die Landschaft gehören aber dort entsorgt wurden, sammelten 160 Schüler der Neuen Mittelschule Pettenbach im Gemeindegebiet ein und entsorgten diese artgerecht. In nur drei Stunden befreiten die Kinder ihre Gemeinde von 500 Kilogramm Müll. Dafür gab es von Bürgermeister Leo Bimminger einen „stiften Leo“.



Picobello sauber wurde kürzlich das Stadtgebiet von Schärding gemacht. Zahlreiche Vereine und Privatpersonen beteiligten sich an der Flurreinigungsaktion und sagten unter dem Motto „Schädling Picobello“ achtlos weggeworfenem Müll den Kampf an. Nach getaner Arbeit wurden alle Teilnehmer von der Stadtgemeinde auf eine Jause eingeladen.



660 Kilogramm Müll sammelten die fleißigen Helfer bei der Flurreinigungsaktion in Bad Wimsbach-Neudorf. Auch die Schüler der Volksschule halfen fleißig mit, das Gemeindegebiet von Urnat zu befreien. Der örtliche Tourismusverein bedankte sich bei allen Teilnehmern der Säuberungsaktion mit einer Jause.



Die Feuerwehren Brunnenthal und Wallensham, Schäfer und Lebrkörper der Volksschule und viele andere freiwillige Helfer beteiligten sich an der Flurreinigungsaktion in Brunnenthal. Bürgermeister Roland Wohlmuth bedankte sich bei allen Sammlern von achtlos weggeworfenem Müll und lud zum Abschluss alle Teilnehmer der Säuberungsaktion mit einer Jause ein.

China: 60 Prozent des Grundwassers untrinkbar

Neuer Bericht belegt gigantisches Ausmaß von Umweltverschmutzung

PEKING — In China sind rund 60 Prozent des Grundwassers zu verschmutzt zum Trinken. Bei Messungen im vergangenen Jahr fiel die Qualität in 203 Städten als „sehr schlecht“ oder „ziemlich schlecht“ durch.

Der Anteil an Grundwasser, das nicht direkt getrunken werden kann, stieg der jährlichen Erhebung des Ministeriums für Land und Ressourcen zufolge gegenüber dem Jahr 2012 von 57,4 auf 60 Prozent. Der Wirtschaftsboom in China führt zu dramatischen Umweltschäden, die Luft und das Wasser sind stark belastet.

Das Umweltministerium schätzte in der vergangenen Woche, dass auch 16 Prozent der Böden hochgradig belastet sind. Fast ein Fünftel des Ackerlands sind mit Elementen wie Kadmium vergiftet.

Erst Anfang April hatte ein Skandal in der westlichen Stadt Lanzhou für Empö-

rung gesorgt. Dort wurde nach Berichten von Staatsmedien im Trinkwasser ein extrem hoher Benzolanteil festgestellt. Schuld soll eine Tochterfirma der staatlichen China National Petroleum Company gewe-

sen sein. Aus einer ihrer Pipelines soll Öl ins Trinkwasser gelangt sein. Die Stadtverwaltung soll die Bevölkerung zudem bewusst tagelang nicht über die Trinkwasserverseuchung informiert haben.

Kronen Zeitung, 25.04.2014, S. 12.

● **Gewaltiger Eisberg**

Ein gewaltiger Eisberg von der Fläche des Bodensees treibt vor der antarktischen Küste. Die B31 benannte Scholle brach bereits im November 2013 vom Pine-Island-Gletscher ab.



Das jetzt von der EU befohlene Verbot heizt die Öko-Diskussion um die Plastikflut neu an. Denn auch Taschen aus Baumwolle und Papier belasten die Umwelt!



Öko-Zündstoff Plastik

„Es ist absurd zu behaupten, dass die in Österreich verwendeten Plastiktaschen die Meere vermüllen. Denn wie sollten sie dorthin gelangen?“, nimmt sich Ing. Leopold Katzmayer, Präsident der heimischen Kunststoffverarbeiter, kein Blatt vor den Mund. Die letzten Urwaldreservate gerät über Tragtaschen aus Maisstärke und ähnlichen Pflanzmitteln für industrielle Nutzungen verschwendet, während einiges für sich. Auch bei Alternativen zu Plastik kommt es – so der Experte – zu keiner Ressourcensparnis. Es werde lediglich der Basisrohstoff

Erdöl durch Holz oder Stärke ersetzt. Das mit ebenso hohem Energie- und Wasserverbrauch. Zudem wird Biomasse bereits so knapp, dass diese importiert werden muss. Katzmayer: „Dafür müssen auch in Mitteleuropa letzte Urwaldreservate gerodet werden.“ Seine Meinung über Tragtaschen aus Maisstärke und ähnlichen Pflanzmitteln für industrielle Nutzungen verschwendet, während einiges für sich. Auch bei Alternativen zu Plastik kommt es – so der Experte – zu keiner Ressourcensparnis. Es werde lediglich der Basisrohstoff

Noch einmal zu den Plastiktaschen! Laut Deutscher Umwelthilfe sind für deren Herstellung besonders lange



In Österreich funktioniert das Recycling von Kunststoff



Papiersacker!
Vorteil: Sie sind aus dem nachwachsenden Rohstoff Holz und im Altpapier recycelbar. Doch um sie reißfest zu machen, werden die Zellstofffasern chemisch behandelt.



Biosacker!
Biologisch abbaubar! Die kompostierbaren Sackerin werden aus nachwachsenden Rohstoffen wie der Stärke von Mais, Rüben, Weizen oder Erdäpfeln hergestellt. Allerdings ist oft Erdöl dabei.



Plastiksacker!
Punktet vor allem durch seine mehrmalige Verwendbarkeit! Wird eine Kunststoffsacke aber achtlos weggeworfen, kann es 500 Jahre dauern, bis sie verrottet. Recycling ist unabdingbar!

Fotos: ThinkShure.com, Gabriele Moser, Martin A. Jochl, APA/Helmuth Föllmer (2)

Seevögel, 100.000 Seehunde und andere Meeressäuger sowie unzählige Fische sterben nach UNO-Angaben jedes Jahr durch den Plastikmüll – sie verwechseln diesen mit Nahrung. Viele werden regelrecht erdrosselt. Selbst Eisbären sind nicht sicher – die Strömung treibt Plastiksackerin bis in die Arktis. Unbestritten bleibt dabei auch für Katzmayer, dass die Plastikflut ein globales Umweltproblem ist: Vor allem in jenen Meer-Anrainerstaaten, wo es kein funktionierendes Recyclingsystem gibt, Österreich ist da weltweit vorbildlich.

CO₂-Bilanz betrifft, rangiert die Baumwolltasche mit 1700 Gramm weit abgeschlagen. Die Plastiktasche aus Recycling emittiert 65 Gramm. Und in der Produktion einer Papiertüte werden laut EMPA nur 60 Gramm Kohlendioxid ausgestoßen. Allerdings lassen sich Kunststoff-Tragen Dutzende Male verwenden, solche mit Holz als Rohstoff müssen oft ins Altpapier, wenn sie nur einmal nass werden. Weltweit werden jährlich 500 Milliarden Plastiksäcke produziert, Meeresstrände sind besonders, denn Plastikmüll absorbiert im Wasser Chemikalien. Eine Million und damit reißfeste Zellstofffasern notwendig, die dafür mit Chemikalien behandelt werden müssen. Auch bei der Ökobilanz der staatlichen Schweizer Materialprüfstelle EMPA schneiden weder Papier- noch Baumwolltaschen besser ab. An Letzteren wird jetzt heftigste Umweltkritik laut: Denn in den Meeresreserven ganzer Regionen für immer verbleibend, weil die Monokulturen mit Hunderttausenden Tonnen aggressiver Pestizide behandelt werden. Auch was die von der EMPA penibel berechnete

Arktis könnte schon ab 2035 eisfrei sein

WIEN — In der Arktis taut das Eis jedes Jahr um ein paar Tage früher auf und das Wasser friert später wieder ein — in den vergangenen 30 Jahren seien so bereits drei Viertel der Eismasse verloren gegangen, erklärte der Ozeanograph Jean-Claude Gascard bei einer Pressekonferenz zur Generalversammlung der European Geosciences Union am Dienstag in Wien. 2035 könnte demnach der Arktische Ozean im Sommer bereits eisfrei sein.

Klimabündnis: Immer mehr Schulen und Kindergärten werden Partner

Die Klima- und Energiemodellregion SternGartl-Gusental verfolgt ein ehrgeiziges Ziel: Noch heuer sollen insgesamt 20 Schulen und Kindergärten Klimabündnis-Partner werden. Für die Schulen ergeben sich dadurch neue Möglichkeiten, den Unterricht zu gestalten. Und auch attraktive Förderungen gibt es für die Mitgliedschaft im Klimabündnis Oberösterreich.

Wer am Programm „Schulen im Klimabündnis“ teilnehmen möchte, der muss auch gewisse Kriterien erfüllen: Im Unterricht sollen sich Schüler und Lehrer mit Themen auseinandersetzen, die den Klimaschutz betreffen. Die Themenpalette und die Methodik ist dabei sehr breit gefächert. Von Energiesparen bis zum Regenwald, von Malwettbewerben bis zum Planen von Klimaschutz-Maßnahmen im kleinen Rahmen können je nach Alter in den Schulen und Kindergärten viele Projekte angegangen werden. Das Klimabündnis Oberösterreich bietet den Bildungseinrichtungen ein zielgruppengerechtes Service an Projekten, Workshops, Vorträgen und Materialien an:

- Unterstützung beim Beitritt zum Klimabündnis
- Schulmaterialien
- Wettbewerbe
- Workshops („MoMo – Mobilität morgen“, „Energie mit Fantasie“ etc.) Diese werden im Jahr 2014 zu 100 % vom Land Oberösterreich gefördert
- Ausstellung „Felix & Maria“: Führungen werden für Klimarettungsschulen zu 100 % vom Land OÖ gefördert
- Ausbildung zum „Green Peer“ für SchülerInnen
- Filme und Bücher
- Klimabündnis-Quiz
- Unterstützung bei Schulprojekten

Kontakt für Infos:

Mag. Ulrike Singer
Tel. 0732/772652-22, 0664/9696396
ulrike.singer@klimabuendnis.at



Auch Kindergärten können im Klimabündnis mitwirken. Im Bild die Kinder des Kindergartens St. Martin in Gallneukirchen mit LH Josef Pühringer und Umwelt-Landesrat Rudi Anschober bei der Feier zum Beitritt.

Foto: Hans Dumfarth

Vernetzung von Schule und Wirtschaft

In Zusammenarbeit zwischen der Klima- und Energiemodellregion SternGartl-Gusental, der pädagogischen Hochschule und dem Klimabündnis Oberösterreich hat man eine Fortbildungsveranstaltung für Lehrkräfte organisiert. Diese fand am Firmengelände der SOLARier in Engerwitzdorf statt.

Die Teilnehmer konnten sich an Ort und Stelle über die verschiedensten Anlagen für Biomasse und Solartechnologie informieren und diese natürlich auch besichtigen. Außerdem stand ein Elektroauto für Testfahrten bereit. Ziel der Aktion war es, die Bereiche Schule und Wirtschaft besser zu vernetzen.

Landesprogramm: PV macht Schule

Das Landesprogramm „PV macht Schule“ ist ein sehr interessanter Ansatz, um sich mit dem Thema Energie auseinanderzusetzen. Dabei gibt es außerdem äußerst attraktive Fördermöglichkeiten für Photovoltaik-Kleinanlagen. Bis zu 2.200 Euro pro kWp werden ausgeschüttet, die Größe

der Anlage darf aber 3 kWp nicht überschreiten. Für das Programm „PV macht Schule“ ist es erforderlich, dass zumindest eine Lehrerin oder ein Lehrer ein Seminar mit dem Schwerpunkt „Integration von Energie in den Schulunterricht“ besucht. Nähere Informationen dazu gibt es unter <http://www.pv-schule.at>.

In der Klima- und Energiemodellregion SternGartl-Gusental sind bereits 19 Schulen in zehn Gemeinden am Landesprogramm „PV macht Schule“ beteiligt:

- VS Alberndorf
- HS Altenberg
- Engerwitzdorf (VS Mittertreffling, VS Schweinbach)
- Gallneukirchen (VS1, VS2, NMS1, NMS2, Martin Boos Schule, Ludwig Schwarz Schule)
- Haibach (VS Kaendorf)
- MHS Hellmonsödt
- Oberneukirchen (in Umsetzung VS und HS Oberneukirchen, VS Traberg, VS Waxenberg)
- VS Reichenau
- VS Schönegg
- VS Zwettl an der Rodl

Sogar Europas Tiefsee ist voller Müll

Forscher fanden riesige Mengen Abfall im Meer – ein großer Teil davon ist Plastik

LISSABON/BERLIN. Egal ob in flachen Küstenregionen oder in den bis zu 4500 Meter tiefen Tiefseegräben – bei einer weiträumigen Studie zur Müllverteilung und -dichte auf dem Meeresboden rund um Europa hat ein internationales Forscherteam an allen untersuchten Stellen erschreckend große Mengen Abfall gefunden.

„Wir waren schockiert darüber, wie weit sich unser Müll in den Meeren schon verbreitet hat“, sagte die an der Studie beteiligte Biologin Melanie Bergmann vom deutschen Alfred-Wegener-Institut (AWI). Selbst entlegene Gebiete wie die Arktis und der mittelatlantische Rücken waren betroffen.

Die höchste Mülldichte fanden die Wissenschaftler in unterseeischen Gräben wie beim Lisbon Canyon vor der Küste Portugals. Plastik, vor allem Flaschen und Sa-



Die Meere – oft bereits eher eine Müllhalde als ein Badeparadies. Foto: Getty Images

ckerln, stellt mit 41 Prozent den Großteil des gefundenen Abfalls. Ein weiteres Drittel besteht aus Fischereimüll wie Netzen und Leinen. Zudem fanden die Forscher

Glas, Metall, Holz und Papier, aber auch Keramik und zahlreiche unidentifizierte Gegenstände.

„Die große Menge an Müll, die den Tiefseeboden erreicht, ist ein

ernstes weltweites Problem“, erklärte Christopher Pham vom Meeresforschungsinstitut der Universität der Azoren (Horta/Portugal) in einer begleitenden Pressemitteilung des Fachjournals „PLOS ONE“, in dem die Studie jetzt veröffentlicht wurde.

Müll „überholt“ die Menschen

Mitautor Kerry Howell von der Universität Plymouth, Großbritannien, fügte hinzu: „Der größte Teil der Tiefsee ist vom Menschen noch unerforscht, und viele Stellen haben wir zum ersten Mal besucht. Wir waren schockiert zu sehen, dass unser Müll schon vor uns da war.“

Nach einem Bericht des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (Unep) gelangen jedes Jahr rund 6,4 Millionen Tonnen Müll ins Meer.

Gewaltige Schlammlawine: 2500 Tote befürchtet

Katastrophe ereignete sich in Nordafghanistan – Mindestens
150 Leichen bereits geborgen – Bis zu 400 Häuser zerstört

KABUL – Nach einer gewaltigen Schlammlawine, die in der nordafghanischen Provinz Badachschan an der Grenze zu Pakistan bis zu 400 Häuser eines Dorfes weggespült

hat, befürchten die Behörden bis zu 2500 Tote. Mindestens 150 Leichen seien bereits aus dem Schlamm geborgen worden. Die UN-Mission in Kabul geht von mindestens 350 Toten aus.

Die Schlammlawine war gestern von mehrtägigen Regenfällen ausgelöst worden. 400 Häuser und große Flächen Ackerland wurden dadurch zerstört. Als erstes wurde eine Hochzeitsfeier getroffen, dabei sollen 250 Menschen gestorben sein. Danach habe die Lawine fast das gesamte Dorf „Ab-e-Barik“ unter sich begraben. Das genaue Ausmaß der Tragödie sei wegen der unübersichtlichen Lage noch unklar. Das UNO-Büro zur Koordinierung Humanitärer Angelegenheiten (OCHA) unterstützt die örtlichen Behörden bei der Koordinierung der Hilfsbemühungen.

Springfluten nach ausgiebigen Regenfällen hatten bereits Ende der Vorwoche im Norden Afghanistans 150 Menschen das Leben gekostet. Insgesamt wird von 67.000 Betroffenen in den Provinzen Dschowsdschan, Faryab und Sar-e Pul ausgegangen.

Europas Meere bis zum Grund vermüllt

Lissabon. – Forscher haben den Meeresboden im Atlantik und im Mittelmeer untersucht – und überall Müll gefunden. Die Meere Europas sind bis hinunter in die Tiefseegräben mit Plastikmüll und anderen Abfällen verschmutzt. Das fand ein Team vom Meeresforschungsinstitut der Universität der Azoren heraus.

Alpinvereine strikt gegen etwaige Sperrzonen zum Schutz des Wildes ● Die Jäger sind dafür:

Öko-Diskussion rund um freies Betreten der Berge

Mit dem eindeutigen Öko-Schlachtruf „Wegfreiheit“ eilen derzeit viele Wanderer, aber auch Mountainbiker durch Feld und Flur! Denn vor allem hegende Jäger fordern in den Wäldern Schutzzonen für das Wild. Besonders hitzig wird die Diskussion in Tirol geführt.

„Das freie Betreten der Berge bleibt. Wir setzen auf Dialog“, hatte zuletzt Landeshauptmann Platter festgestellt. Bei einem runden Tisch im Innsbrucker Landhaus wurde dies untermauert. Tirols Landesjägermeister Anton Larcher, der wohl auch für alle anderen Grünröcke spricht: „Wir sehen uns nicht als Gegner von Er-

holungssuchenden, sondern als Anwalt der Natur.“ Wie berichtet, hatte ein Waidmann am Muckenkogel (NÖ) wegen einer Anzeige gegen Mountainbiker im Wald 5000 Protestierer gegen sich aufgebracht. Im Juni treffen einander die Mountainbiker und der betreffende Jäger Dr. Gürtler vor Gericht. M. Perry/S.Thurner



Auch Weingärten-WegerIn sollen ungehindert begehbar bleiben



Naturschützer schlagen Alarm: Große Kürzungen bei Umweltbudget

Fast 20 Millionen Euro muss Umweltminister André Rupprechter heuer einsparen. Gekürzt werden diverse Förderungen aus dem Klima- und Energiefonds, etwa bei der thermischen Sanie-

rung. Doch nun schlagen die Naturschützer von Greenpeace Alarm: Tatsächlich werden wesentlich mehr als 20 Millionen eingespart, denn der Staat verbuche aus dem Emissionshan-

del 70 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Die höheren Einnahmen schlagen sich aber nicht im Umweltressort nieder, sondern fließen direkt in das Hypo-Loch, kritisiert Greenpeace.

Foto: Lämmerhuber

Ganze Hochzeitsgesellschaft mitgerissen

Mehr als 2100 Tote bei Schlammlawine

Kabul. – Eine Schlammlawine in Afghanistan riss erst eine Hochzeitsgesellschaft mit 250 Gästen und dann Teile des Dorfes Ab-e-Barik fort. Es gibt kaum noch Hoffnungen für bis zu 2100 verschüttete Dorfbewohner.

Rettungskräfte fanden am Samstag 260 Leichen, etwa 300 Familien werden weiter vermisst. Weiteren 580 Familien drohte, von neuen Erdstößen nach schwerem Regen mitgerissen zu werden. Die Polizei evakuierte am Samstag gefährdete Häuser in dem Gebiet.

Erd- und Geröllmassen hatten sich am Freitag nach tagelangen schweren Regen-

fällen gelöst und 120 von 700 Häusern im Dorf Ab-e-Barik in der Provinz Badachschan zerstört.

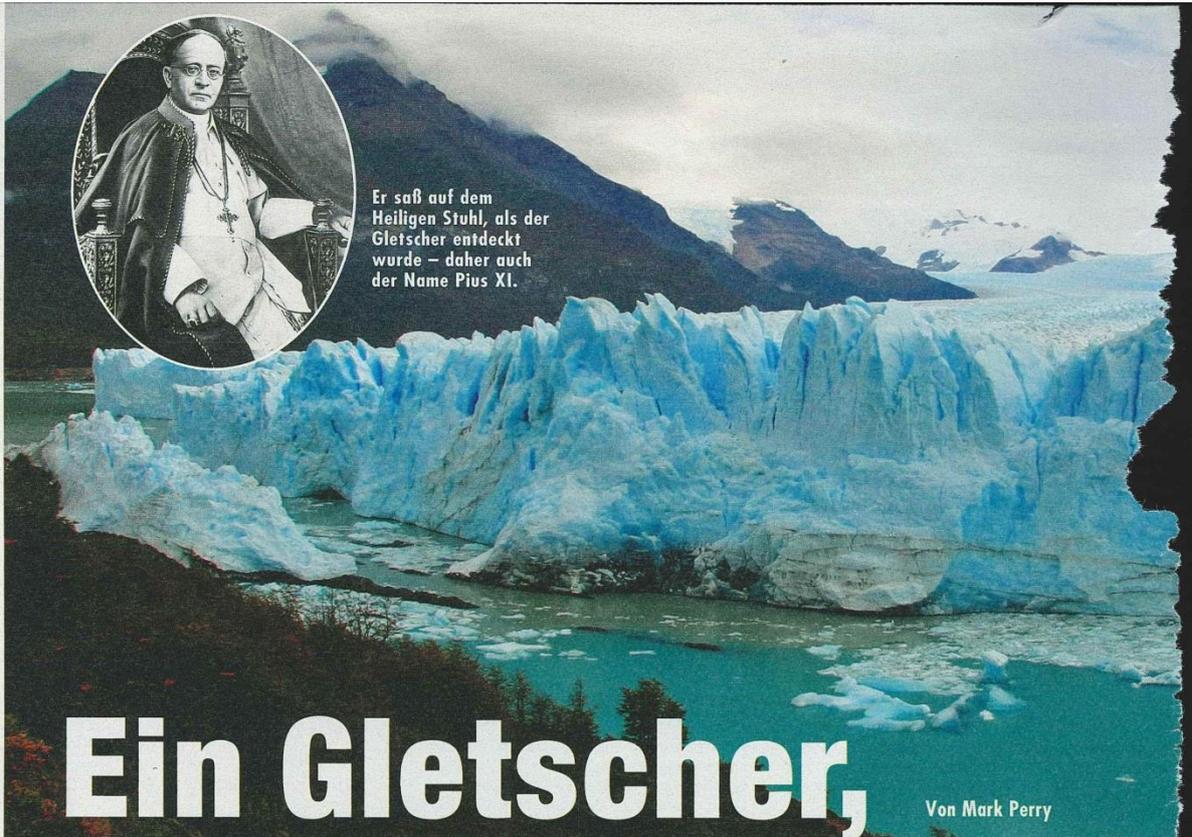
Rettungsmannschaften sind im Einsatz. Allerdings ist deren Ausrüstung nicht ausreichend. „Wir brauchen mehr Maschinen“, sagte Gouverneur Shah Waliullah Adeeb. Die Straßen in die Region sind aber für schweres Gerät nicht passierbar.



Foto: AP

Mehr Infos
auf krone.at

Die Schlammlawine verschüttete Teile des Dorfes Ab-e-Barik in der Provinz Badachschan an der Grenze zu Pakistan und China.



Er saß auf dem Heiligen Stuhl, als der Gletscher entdeckt wurde – daher auch der Name Pius XI.

Ein Gletscher, der wächst!

Von Mark Perry

Die meisten schrumpfen, nur einer nicht! Nach neuesten Messungen ist der patagonische Gletscher Pius XI. in den vergangenen 50 Jahren um mehr als zehn Kilometer gewachsen.

Die Chilenen nennen ihn einigermassen ehrfürchtig den „eisigen Papst“ oder auch den „ewigen Gletscher“. Und das mit gutem Grund.



Denn anders als etwa Österreichs größte Eiszunge, die Pasterze, die von ihren 30 Quadratkilometer Masse in 150 Jahren knapp die Hälfte an die Sonne verloren hat, macht Pius XI. im ewigen Wechselspiel von Erderwärmung und Eiszeit nicht mit. Im Gegenteil: In den vergangenen 50 Jahren hat er sich im Süden Patagoniens Meter für Meter vorgearbeitet. Und ein Ende ist nicht in Sicht. Denn seine gigantische Wand aus Eis rückt unaufhaltsam in einen der Hunderten Fjorde Patagoniens vor.

Forscher haben errechnet, dass sich der Unverwüsthliche selbst in seinen Ausläufern zu einem Giganten von 75 Meter Höhe aufgetürmt hat. Und das auf einer Breite von fünf Kilometern.

Eine kleine glazilogische Sensati-

on, die einen großen Namen trägt: „Meine Vorväter haben ihn nach Pius XI. benannt, weil dieser bei der Entdeckung unseres ‚supremo‘-Gletschers von 1922 bis 1939 in Rom Pontifex war“, lässt uns der chilenische Glaziologe Andrés Rivera vom Centro de Estudios Científicos in Valdivia wissen. Konkret war es Missionar Alberto de Agostini, dem die würdevolle Namensgebung zuteil wurde. Denn er war der Allererste, der 1931 eine Wanderung quer über den Eispanzer gewagt hatte. Vatikantreu, wie der Pater nun einmal war, benannte er die weiße Einsamkeit im Bernardo O’ Higgins National Park nach seinem Chef in Rom, eben Papst Pío XI.

Warum aber wächst der Gletscher am Süzipfel derart konstant und hartnäckig gegen den Trend? Das Klima dort ist durch extrem hohe Niederschläge gekennzeichnet, die auch im Sommer häufig als Schnee in Massen fallen. Und der wandelt sich eben dann in Milliarden und Abermilliarden Eiskristalle um. Ein Naturphänomen mit handfestem wissenschaftlich-meteorologischem Hintergrund. Und trotzdem ein kleines Wunder.



Unter der braunen Erdmasse wurden hunderte Häuser und mit ihnen hunderte Menschen lebendig begraben. Foto: Reuters

Berghang wurde für mehr als 300 Menschen zum Grab

Schlammlawine verschluckte in Afghanistan Teile eines Dorfes

KABUL. Ein ganzer Teil des Dorfes Aab Bareek im entlegenen Nordosten Afghanistans ist buchstäblich vom Erdboden verschluckt worden. Bei einem massiven Erdbeben in der Provinz Badachschan kamen am Freitag mindestens 300 Dorfbewohner ums Leben. Am Samstag stellten die Helfer die Suche nach Überlebenden ein. Bewohner hatten zunächst von bis zu 2500 Opfern berichtet.

Die UN-Mission in Afghanistan erklärte, die Helfer würden sich nun auf die Versorgung der 700 obdachlos gewordenen Familien konzentrieren. Die Suchaktion könne nicht weiter fortgesetzt werden, da die Häuser unter Me-

tern von Schlamm lägen, sagte der Gouverneur von Badachschan, Schah Waliullah Adeeb. Man würde für die Opfer beten und das Gebiet zu einem Massengrab erklären. Sein Stellvertreter Gul Mohammed Bedar fügte hinzu, die Opferzahl werde wohl nicht auf mehr als 500 steigen.

Es hatte tagelang geregnet

Viele der Dorfbewohner waren gerade beim Mittagsgebet, als ein Teil des Berghangs über dem Dorf abrutschte. Als die Überlebenden versuchten, den verschütteten Dorfbewohnern zu Hilfe zu kommen, wurden sie von einem zweiten Erdbeben getroffen. In den Ta-

gen zuvor hatte es in der Region stark geregnet. Laut dem Gouverneur wurden in der abgelegenen Bergregion 300 Häuser verschüttet. Nur wenige Tote konnten geborgen werden.

Rund 700 Familien verloren durch das Unglück ihr Zuhause oder mussten vorsichtshalber ihre Häuser verlassen. Es gab auch Meldungen, wonach eine ganze Hochzeitsgesellschaft von dem Erdbeben verschüttet worden sei. Rettungskräfte befürchteten, dass weitere Teile des instabilen Berghangs über dem Dorf abrutschen könnten. Am Wochenende trafen erste Hilfslieferungen mit Zelten, Essen und Wasser ein.

Aktuell

Eisschmelze droht

POTSDAM – Deutsche Forscher warnen vor einer großen Eisschmelze in der Ost-Antarktis. Durch das Verschwinden eines „Eispfropfens“ in Folge der Klimaerwärmung könnte sich eine riesige Eismasse im Wilkes-Land südlich von Australien in den Ozean ergießen und den Meeresspiegel dramatisch steigen lassen.

„Klassentreffen“ im geretteten Paradies

„Au-Legenden“

„Au-Hirsch“ Nennung weit nicht mehr unter ihnen, wohl aber die anderen „Geschöpfe“, die damals vor 30 Jahren das Konrad-Lorenz-Volksbegehren starteten und ein Kraftwerk bei Hainburg verhinderten. Jetzt formulierten u. a. Umweltdachverbands-Präsident Heilingbrunner und Bernd Lötsch neue Umweltforderungen.

Es war ein historischer Tag, dieser 7. Mai 1984. Denn damals hatten Legendenden wie Günther Nennung, Freda Meissner-Blau, aber

VON MARK PERRY

auch Josef Cap, Othmar Karas und eben Giefhard Heilingbrunner ein Öko-Blindenschwur: ein Kraftwerk in den unberührten Auen östlich von Wien zu verhindern. Aus diesem legendären Treffen der „Au-Tiere“ ging das Konrad-Lorenz-Volksbegehren hervor. Das Blindenmobilisierte in den kommenden Monaten mit Unterstützung der „Kronenzeitung“ Hunderttausende Naturschützer aus ganz Österreich. Der Widerstand

Ich sehe die Vielzahl der neuen Kraftwerk-Projekte sehr kritisch.

G. Heilingbrunner, Umweltdachverband

Die „Hainburg-Helden“ von damals stellen jetzt neue Umwelt-Forderungen

nach 30 Jahren wieder vereint!

die neuen Ziele: Der Nationalpark Donauauen hat die 1996 gesetzlich festgelegte Größe von 11.500 Hektar bis dato nicht erreicht. Derzeit sind nur 69% der Fläche Naturzone. Außerdem fehlt die Einbindung der March-Auen nach wie vor.

„Fortbestand der Reservate sichern“

Und Othmar Karas, heute Vizepräsident des EU-Parlamentes, fordert neue Initiativen: etwa den Umweltschutz für alle Gewässer und Wasser und Wald. Umweltdachverband-Präsident Heilingbrunner fordert außerdem „zur Sicherung des Fortbestandes der Schutzgebiete einen Biotop-Verband zwischen allen Reservaten“. Besonders kritisch sieht der Kämpfer von damals auch die Vielzahl der neu geplanten Kraftwerke.



Video auf kronen.at

Heilingbrunner, Meissner-Blau, Lötsch, Karas (von re. nach li.) und die Öko-Helden von damals beim „Klassentreffen“.

Szenen aus dem Jahr 1984: Die Besetzer der Au weigerten sich standhaft, der Polizei das Feld zu überlassen.



„Au-Hirsch“ Günther Nennung war einer der Vorkämpfer der ersten Stunden. Der frühere „Krone“-Kolumnist weiß leider nicht mehr unter uns.





Österreichs ÖKOPIONIERE

EINE UMWELTSERIE VON MARK PERRY

Engagierte Biologen hüten im „Unterwasserreich“ bei Schrems im Waldviertel (NÖ) eines der letzten Hochmoore der Heimat!



Samtig weich, voller Geheimnisse – das Hochmoor.

Unsere letzten Hochmoore

Wie Tränen des Himmels glitzern Millionen Tautropfen in den Tiefen des Waldviertler Hochmoores bei Schrems (NÖ), eines der letzten derartigen Biotope in ganz Österreich. Jenes hier im Waldviertel

ist aber besonders unergründlich und tief. Heimat der raren Gelbbauchunken, des wundersamen Sumpfporstes, aber auch eifriger Teichfrösche.

Besonderheit unter den Besonderheiten: der Son-

nentau, eine fleischfressende Pflanze! Ihr aller Paradies – ein Naturreiservat von fast 120 Hektar unberührter Urlandschaft, die auch von der „Himmelsleiter“, einer mehr als 20 Meter hohen, kühnen Holzkonstruktion, bewundert werden kann.

Herzstück dieses Reservats für die allerseltenste Flora und Fauna der Heimat ist aber das nahe Unterwasserreich, eine Forschungs-Erlebnisstätte für angehende Biologen im Kindesalter. Besondere Attraktion neben Fischotter-Findling Klara (das elternlose Baby wird hier liebe-

vollst aufgepäppelt): ein Wassergarten und dann – im Inneren des geheimnisvollen, österreichweit einzigartigen Öko-Reichs – ein Mikrotheater. „Zieralgen, Wasserfloh und Glockentierchen werden im Mikroskop aufgenommen und an die Wand projiziert.

So können unsere Besucher die kleinsten Plankton-Lebewesen ganz groß erleben. Ich bin selbst jedes Mal hellauf begeistert“, gesteht Unterwasserreich-Chefin Dr. Monika Hubik.

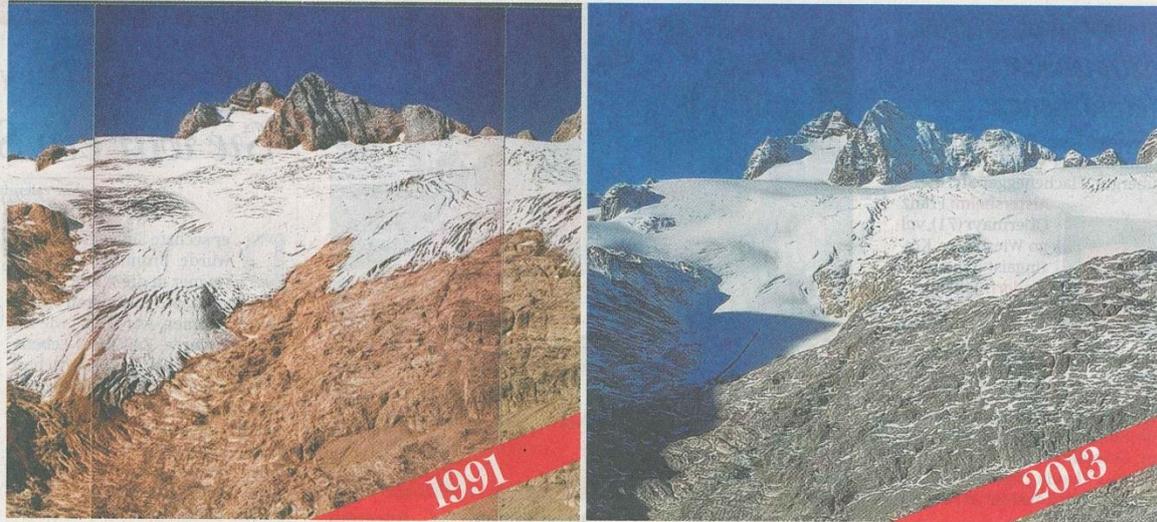
Die Öffnungszeiten: www.unterwasserreich.at, info@unterwasserreich.at oder ☎ 02853/763 34



Fotos: Gabriele Moser



Fischotter-Findling Klara hat bei „Moorfee“ Karin Theres Zuflucht im Unterwasserreich gefunden. Für Kinder ist das einzigartige Öko-Erlebniszentrum eine Forschungsstätte.



Da schmilzt der Hallstätter Gletscher dahin

22 Jahre liegen zwischen diesen beiden Aufnahmen des Hallstätter Gletschers. Vor allem ein Blick auf die Felsformationen im oberen Teil des Bildes verraten, wie sehr er in den vergangenen zwei Jahrzehnten gelitten hat. Während

1991 die Felsspitzen nur ein wenig aus dem Eis ragten, sah das im heurigen Winter schon ganz anders aus. Immerhin war der heurige Winter für den Gletscher fast eine Erholungsphase. Die starken Niederschläge, die im Flachland das

Hochwasser auslösten, legten sich in Form von drei Metern Schnee schützend über den Gletscher. Zwar schrumpfte die Eismasse auch im Vorjahr leicht, aber nur ein Sechstel so stark wie in den Jahren zuvor.

Dachsteingletscher schmolz weniger

Aber keine langfristige Erholung — Intensive Niederschlagsmengen 2013 verantwortlich

LINZ — Keine Trendwende, aber ein positives Ergebnis: 2013 war das Jahr mit dem geringsten Massenverlust am Dachsteingletscher seit langem. Über die gesamte Fläche von drei Quadratkilometern schmolz die Eisschicht im Messungszeitraum von Oktober 2012 bis September 2013 um 35 Zentimeter. Das entspricht jedoch immer noch einer Menge von 1,05 Mio. Kubikmeter Wasser. Trotzdem ein enormer Rückgang zum Rekordjahr 2011: Hier betrug der Verlust der Eisdecke mehr als zwei Meter, der Wasserverlust rund sechs Millionen Kubikmeter. Hauptverantwortlich für den Rückgang im vergangenen Jahr waren die intensiven Niederschläge, die in den Niederungen zur Hochwasserkatastrophe führten. In rund 2000 Metern Höhe sorgten sie für reichlich Neuschnee, wo-

durch der Gletscher vier Wochen länger schneebedeckt blieb als üblich. Seit 2006 untersucht BlueSky Wetteranalysen mit der Uni Innsbruck im Auftrag der Energie AG und des Landes OÖ die Veränderungen am Dachsteingletscher. Die Studien sollen Aufschluss über den veränderten Zustand unter den veränderten klimatischen Bedingungen geben. Denn, so die bisherigen Erkenntnisse, würde sich die Schmelze in diesem Tempo fortsetzen, würden große Teile vom „Ewigen Eis“ am Dachstein im Jahr 2035 verschwunden sein.

Hochwasserschutz an Änderungen anpassen

Mit weiteren Untersuchungen will Umweltlandesrat Rudi Anschober noch besser auf die Klimaveränderungen re-



Seit 2006 werden die Größenveränderungen am Dachsteingletscher genau beobachtet. Foto: APA/Energie AG

agieren können: „Es kommt zu unterschiedlichen Abflussmengen, wodurch auch der Hochwasserschutz angepasst werden muss. Dafür sind die Erkenntnisse unerlässlich.“ Nicht nur als Wasserspeicher

wichtig, „sondern auch als hydrologische Schlagader entlang der Traun, wo elf Kraftwerke das Wasser nutzen, um 550.000 Haushalte jährlich mit Strom zu versorgen“, so Energie AG-Generaldirektor Leo Windtner.



Die Grüne EU-Abgeordnete Ulrike Lunacek übt Kritik am Staudammprojekt Belo Monte in Brasilien. KIZ/HUBER

Kritik am Belo-Monte-Staudamm

Der Widerstand gegen Belo Monte, weltweit drittgrößter Staudamm, der in Amazonien am Fluss Xingú gebaut wird, hält weiter an. Eine Fläche von 600 km² soll geflutet werden. 40.000 Menschen sind bedroht, ihr Zuhause zu verlieren, werden zwangsumgesiedelt. Weiters wird im Bereich der „volta grande“ der Xingú durch Wasserableitung fast trockengelegt, weil man dort Gold vermutet. Die Existenz der Flussbewohner ist gefährdet. Der Bischof vom Xingú, Erwin Kräutler, kämpft seit vielen Jahren gegen das Staudammprojekt und für die Rechte der

indigenen Bevölkerung Amazoniens. Zu den Kritikern des Megaprojekts zählt u. a. Ulrike Lunacek, Vizepräsidentin und außenpolitische Sprecherin der Grünen im EU-Parlament und Spitzenkandidatin der österreichischen Grünen bei den EU-Wahlen. Sie lud nach einem Besuch der Baustelle im November 2013 zu einer Belo-Monte-Konferenz im EU-Parlament. Vertreter der Regierung, Aktivist/innen aus Brasilien und beteiligte Firmen wie der staatliche Energiekonzern Norte Energia tauschten dabei das erste Mal in einem öffentlichen Rahmen Meinungen

aus. Beim Pressegespräch von SEI SO FREI (entwicklungspolitische Aktion der Katholischen Männerbewegung) bekräftigte Lunacek vergangene Woche erneut ihre Forderung nach einem Baustopp. „Durch den begonnenen Bau gibt es bereits enorme Narben in der Landschaft. Das heißt, es geht jetzt darum, Druck auf Norte Energia und auf die brasilianische Regierung zu machen, die Auflagen der Umweltbehörde tatsächlich einzuhalten, die Rechte der betroffenen Bevölkerung zu wahren und weitere Staudamm-Bauten zu verbieten“, so Lunacek.

USA: Mehr Hurrikans und Hitze durch Klimawandel

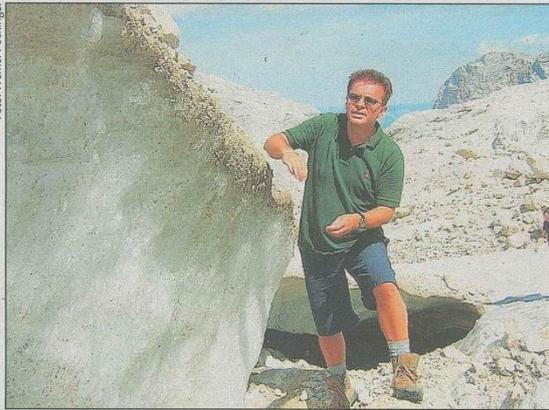
Washington. – Die US-Regierung veröffentlichte jetzt einen Bericht zu den dramatischen Folgen des Klimawandels und fordert „dringendes Handeln“. Demnach sind mehr Hitzewellen und Hurrikans sowie gefährlich steigende Meeresspiegel in weiten Teilen der USA zu erwarten.

Der Hallstätter Gletscher könnte schon in 20 bis 30 Jahren

Dachstein-Eisfeld rinnt

Oberösterreich ist dabei, einen für Hochwasserereignisse und Traunkraftwerke enorm wichtigen Wasserschlucker und -speicher zu verlieren: Der Hallstätter Gletscher ist auch im Beobachtungsjahr 2012/13, wenn auch gebremst, weiter geschrumpft. In 20 bis 30 Jahren könnte das Dachstein-Eisfeld ganz verschwunden sein.

Foto: Werner Pöchlinger



Landesrat Anschober vor Ort beim schmelzenden Gletscher

Etwas mehr als eine Million Kubikmeter Eis hat der Hallstätter Gletscher 2012/13 verloren. Das ist zwar der niedrigste Wert seit 2006/07, die Massenbilanz ist aber erneut negativ. Grund waren vor allem die Hitzewellen im Juli und August 2013, wo es auf 2250 Metern Seehöhe einige Tage mit 20 Grad gegeben hat.

„Es gibt leider keine Trendumkehr“, bedauert Klaus Reingruber von Blue Sky Wetteranalysen, der Leiter der Gletscheruntersuchungen mit der Uni Innsbruck, die von Energie AG und Land Oberösterreich unterstützt werden.

„Für unsere Stromerzeugung mit den Traunkraftwerken ist der Dachstein-Gletscher von enormer Bedeutung“, bekräftigt Energie-AG-General Leo Windtner. Er sagt auch, dass die

verschwinden sein:

davon!

Flut-Katastrophe des Vorjahres vom Gletscher als Niederschlagsspeicher gemildert worden sei.

„Umso mehr müssen wir um diesen Schutzmechanismus der Natur kämpfen“, betont Umweltlandesrat Rudi Anschober die Bedeutung des Klimaschutzes: „Die Aktionen müssen jetzt beginnen, bevor es zu spät ist“, sagt der Grünen-Politiker.

Aus der Stadt

● Müll tötet Tiere

Das Erscheinungsbild, vor allem aber vom Aussterben bedrohte Tier- und Pflanzenarten leiden unter illegalen Müllablagerungen in den Traunauen und sterben daran. Die Stadt fordert die Besucher auf, das Gebiet sauber zu halten. Sonst drohen Strafanzeigen.



Foto: Peter Tomschi

Stolze 117,4 Kilo Glas, Papier & Co. haben die Österreicher im letzten Jahr gesammelt – ein Spitzenwert in Europa. Rund 60% davon entfällt auf Altpapier. Die größte Steigerung gab es heuer mit 2% bei Altglas. 2015 drohen den Firmen wegen des neuen Abfallwirtschaftsgesetzes laut ARA aber um bis zu 20% höhere Tarife.

Die Eisschmelze in den Gletschern der westlichen Antarktis ist laut US-Forschern höchstwahrscheinlich unumkehrbar. Nach neuen Studien von

Meer steigt um 1,2 m an

Wissenschaftlern zweier US-Universitäten und der Jet Propulsion Laboratory der NASA wird die Eisschmelze den Meeresspiegel in den kommenden Jahrhunderten um 1,2 m steigen lassen – schmilzt die gesamte Eisdecke der Westantarktis, dann sogar um bis zu fünf Meter.

Mehr Infos
auf krone.at

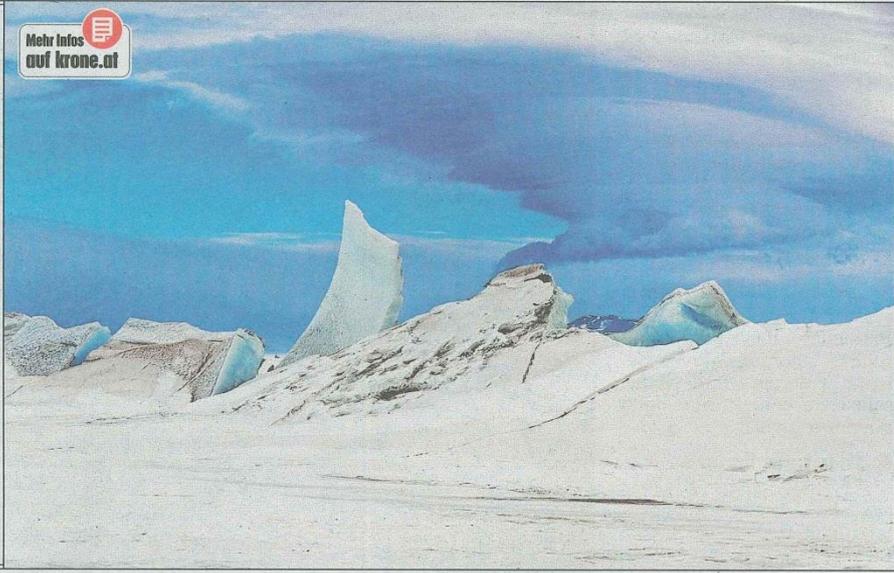


Foto: EPA

Müll gefährdet Natur

Immer wieder kommt es im Naturschutzgebiet Traun-Donau-Auen zu illegalen Müllablagerungen.

ES IST UNS NICHT EGAL

Was stört Sie in Ihrer Stadt?

linz.red@bezirksrundschau.com



● LINZ (red). Zahlreiche seltene und vom Aussterben bedrohte Tier- und Pflanzenarten im Naturschutzgebiet rund um die Traun-Donau-Auen sind durch illegale Müllablagerungen bedroht. „Das größte Problem sind nicht die Fischer, die uns in unserer Arbeit größtenteils unterstützen, sondern die Spaziergänger, Wanderer und Radler“, weiß Michael Janetzke, Obmann der Wasserschutzwacht

(WSW), und 2013 mit dem „Florian“, dem BezirksRundschau-Preis für Ehrenamt, ausgezeichnet. Zahlreiche Linzer nutzen die Traunauen als Naherholungsgebiet. Nicht alle nehmen ihren Müll wieder mit nach Hause. Bei seinen ehrenamtlichen Kontrollgängen findet WSW-Mitglied Stefan Leuko regelmäßig Jausensackerl, Getränkedosen, Gaskartuschen und mehr. „Größere illegale Ablagerungen, wo etwa jemand seinen Kühlschrank entsorgt, gibt es eher selten. Es ist jedoch eine Unart, dass viele Menschen ihren Mist einfach dort fallen lassen, wo sie gerade stehen“, so Umweltstadträtin Eva Schobesberger. Der Müll schafft Probleme für viele Tiere: Vögel etwa verheddern sich in weggeworfenen Anglerschnüren oder verschlucken Plastikmüll und kommen dadurch qualvoll zu Tode. „Einmal im Jahr wird



Bei ihren Kontrollen finden die Mitglieder der Wasserschutzwacht liegen gebliebene Dosen, Sackerl und mehr.

Foto: ÖWSW

die Au im Rahmen der Ferienaktion großflächig von Müll befreit, dazu finden Müllsammelaktionen statt. Um regelmäßig zu kontrollieren, fehlt es jedoch an Personal“, sagt Helmut Anzinger vom Tiefbau Linz. Alle Besucher sind daher aufgerufen, das Augebiet in Zukunft sauber zu halten.

STRAFEN

Sollten verstärkte Kontrollen nicht fruchten, ist künftig auch mit Strafanzeigen zu rechnen. Nach dem OÖ. Naturschutzgesetz beträgt die Höchststrafe für den Gewässerschutz 35.000 Euro, für den Pflanzen- und Tierschutz 2000 Euro. 947450



Miriam Lang und Energie-AG-Generaldirektor Leo Windtner gratulierten Sebastian Köck (RIKA Ofentechnik) zum Energy Globe.

Energy Globe-Gründer Wolfgang Neumann mit Arabella Kiesbauer in Linz. ▶

Es gibt so viele Projekte, die Nachhaltigkeit mitbringen und die Lebensqualität verbessern.

Wolfgang Neumann, Gründer



Fotos: Markus Wenzel

Unternehmer mit „grünem Herzen“

In mehr als 160 Ländern werden jährlich die Energy Globe Awards vergeben. Ins Leben gerufen wurde der Preis für Umweltvisionäre 1999 vom Oberösterreichischen Wolfgang Neumann, der natürlich bei der Verleihung der Austria Awards am Mittwoch in Linz nicht fehlen durfte. „Das sind Projekte, die die

VON SIMONE WALDL

Welt verändern können!“, lobten Neumann und Moderatorin Arabella Kiesbauer die Einreichungen.

Am Ende schafften es 16 Unternehmer mit „grünem Herzen“ bis zur Verleihung in den Power Tower der Energie AG in Linz. In der Kategorie „Erde“ konnte schließlich die

Da strahlten die Umweltpioniere übers ganze Gesicht: Fünf pfiffige Ideen aus Österreich erhielten am Mittwoch den Energy Globe Award!

Vorarlberger Planet Pure Produktions- und Handels GmbH für ihr Bio Waschmittel den begehrten Globe mitnehmen. Der Preis in der Kategorie „Feuer“ ging hingegen nach Oberösterreich an die RIKA Ofentechnik GmbH für die innovative Heiz-Technologie „Rikatronic“. Der innovative Kaminofen verbraucht um bis zu 50 Prozent weniger Holz und reduziert den Emissionsausstoß um bis zu 90 Prozent.

In der Kategorie „Was-

ser“ triumphierte die niederösterreichische Firma Rain-O-Tec mit dem Projekt „Abwasserentwärmung 2.0“, bei dem Abwasser als Wärmequelle genutzt wird. Die HTL Hallein aus Salzburg konnte hingegen in der Kategorie „Jugend“ mit dem digitalen elektronischen Finger-

abdruck, der teure Stromfresser im Haushalt aufzuspüren hilft, abräumen. Die Kategorie „Luft“ sowie den Gesamtpreis für ganz Österreich gewann die Kastner Großhandels GmbH aus Niederösterreich für die nachhaltige Führung des Waldviertler Lebensmittel-Unternehmens mit dem Ziel, dass alle sechs Firmenstandorte energieautark werden. Chef Christof Kastner strahlte übers ganze Gesicht: „Ich bin sehr stolz und widme diesen Preis meinem Vater, der unser Unternehmen auf diesen Weg gebracht hat!“

Kategoriensieger und Projekte

- **Feuer:** RIKA Innovative Ofentechnik GmbH aus Micheldorf, für die Scheitholzofentechnologie „Rikatronic“
- **Wasser:** RAIN-O-TEC für die Nutzung von Abwasser als Wärmequelle
- **Erde:** Planet Pure Produktions- und Handels-GmbH aus Vorarlberg für das Bio Wasch- und Reinigungsmittel unter sozialer Fertigung
- **Luft:** Kastner Großhandels GmbH aus Niederösterreich für die nachhaltige und engagierte Führung des Unternehmens
- **Jugend:** HTL Hallein in Salzburg für das Projekt „Digitaler elektronischer Fingerabdruck“ zur Suche von Stromfressern



Christof Kastner freute sich über den Gesamtpreis für ganz Österreich.



Silvio Perpmer von „Erde“-Sieger Planet Pure Produktions- und Handels-GmbH.



Heftigste Überschwemmungen seit 120 Jahren:

Katastrophale Fluten in Bosnien, Serbien, Ungarn

Belgrad. – Noch weit ärgere Schäden als in Österreich haben Sturm und Dauerregen in Bosnien, Serbien sowie im Osten Europas angerichtet. Mehr als 300.000 Menschen sind ohne Stromversorgung, Orte sind von der Umwelt abgeschlossen, es gab sogar Todesopfer.

In Bosnien und Herzegowina werden die schwersten Überschwemmungen seit 120 Jahren verzeichnet. Die

Donau bei Belgrad und viele andere Flüsse sind über ihre Ufer getreten. Freitag blieben die Schulen geschlossen, viele Verkehrswege sind unpassierbar. Auch Rumänien, Ungarn, Tschechien, die Slowakei und Polen leiden unter Überflutungen, es gab mindestens drei Todesopfer. Neben Soldaten ist auch das Rote Kreuz überall im Einsatz und bittet um Spenden (Kennwort Überflutungen Südosteuropa).



Foto: AP, REUTERS

Mehr Infos
auf krone.at

Die Zerstörungen bei Zenica (oben) und um Sarajevo (kl. Bild)

ORF & „Krone“ suchen die besten Ökoprojekte zur Bewahrung der Schöpfung:

Mutter Erde braucht uns alle

Dramatische Polschmelze, Bienensterben, Gentechnik-Gefahr aus den USA und massive Zerstörung heimischer Auen – unsere Mutter Erde blutet aus vielen Wunden! Ein wunderbares Öko-Bündnis von ORF, „Kronen Zeitung“, Billa und Umweltorganisationen unternimmt jetzt alles, um die Schöpfung zu bewahren.

„Passen wir auf unsere Gletscher und die kostbaren Ökosysteme an Nord- und Südpol auf“, appelliert Greenpeace. Stündlich schließen sich den Regenbo-

genkämpfern neue Verbündete an. Wie großartig das Bündnis unter Schirmherrschaft von ORF und „Krone“ ist, zeigte sich beim

auch jetzt aus ganzem grünen Herzen dabei.“

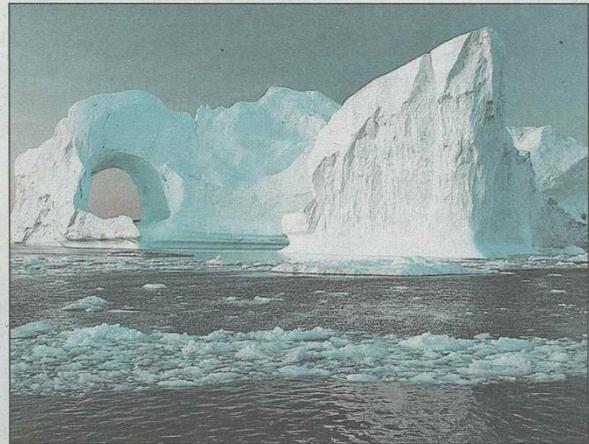
Ab sofort geht's also los mit der beherzten Rettung von Mutter Erde. „Wir fördern Projekte, welche die Natur in Österreich und auf der ganzen Welt schützen. Von Orang-Utan-Schutzgebieten bis hin zur Bewah-

rung des Lebensraums rarer heimischer Arten“, so Projektleiterin Gitsch Aichberger. Expertin Regina Hrbek (Naturfreunde) ermuntert alle, ihre Initiativen einzureichen. Sämtliche Bewerbings- und Einreichungskriterien ab sofort unter: www.muttererde.at/projekte.

VON MARK PERRY
UND CHRISTOPH MATZL

offiziellen Startschuss im Wiener „Haus des Meeres“.

Denn dort stellte sich auch Billa, Österreichs größter Lebensmittelhändler in den Dienst der bisher größten und wunderbarsten heimischen Ökokampagne. Mediaprint-Geschäftsführer Gerhard Riedler: „Die Krone hat als größtes Medium des Landes und erfolgreich gegen ein Kraftwerk bei Hainburg und auch für ein atomfreies Österreich gekämpft. Darum sind wir



Erst vor kurzem gab es neue Alarmmeldungen um die Polschmelze

Fotos: AP/Marital Trezzini, Klaus Kreuzer, Heinz Kottigasser

In Weyer gab's 160 Liter Niederschlag ● Dennoch nur lokale Überschwemmungen

Schon wieder kam das Wasser!

Mehr als 160 Liter Regen prasselten binnen weniger Stunden auf Weyer nieder – der Starkregen im Südosten Oberösterreichs wirkte sich vor allem auf Steyr aus. Ansonsten gab es vor allem lokale Überflutungen, keine großen Überschwemmungen.

Bereits gegen 4 Uhr früh heulten in Steyr die Sirenen, die Feuerwehr musste am Orts- und Ennskai abgestellte Autos abschleppen, und gleichzeitig wurden Hochwasserschutzwände aufgestellt. In Weyer im Bezirk

VON CHRISTOPH GANTNER

Steyr-Land hatte es bereits in der Nacht von Donnerstag auf Freitag 100 Liter pro Quadratmeter geregnet. Ein Wert, der gestern auf 160 Liter in die Höhe schnellte.

Feuerwehrkommandant Horst Maderthaler schilderte der „Krone“ die Situation: „Bei uns sind die Katzensteinermühle am Gafelnzbach im Ortsgebiet von Weyer und das Ennsmuseum an der Enns im Bereich der Einmündung des Gafelnzbaches überflutet.“ Seufzender Nachsatz: „Das eigentliche Problem ist aber das Grundwasser, das es bei vielen Privathäusern durch die Keller gedrückt hat, auch bei mir selbst daheim.“



Fotos: Jack Haller, FF Weyer

Auch Reinhard Enzenbner vom Hydrographischen Dienst des Landes bestätigt: „Die Enns ist schon ordentlich angestiegen. Auch die Traun ist zum Teil hoch.“

Bei der Donau gab's erst an der Ennsmündung bei Mauthausen einen starken Anstieg. Zum Glück konnten die Meteorologen Freitag Abend Entwarnung geben: „Samstag Mittag sollte der Regen vorbei sein“, so Alexander Ohms (ZAMG): „Es wird trockener.“



In Steyr war auch der Steyrfluss deutlich angeschwollen (o.). – Drastischer waren die Überflutungen in Weyer, wo die alte Katzensteinermühle (li.) unter Wasser stand.



Fotos: Gabriele Moser (2)

REWE holt für seine Ökoprojekte Experten wie Klaus Kastenhofer (li.) ins Boot

Österreichs grüne Achse

Es ist eine Konstellation, um die wir in Europa beneidet werden – denn nahezu perfekt arbeitet der rot-weißbrote Lebensmittelhandel mit heimischen Umweltorganisationen zusammen. Dieses einzigartige Umweltbündnis wurde jetzt beim ersten „Grüne Krone“-Talk noch gefestigt. Die hochkarätige Besetzung am runden Tisch: Umweltminister Andrä Rupprechter, GREENPEACE-Direktorin Hanna Simons sowie Mediaprint-Geschäftsführer

Beim hochkarätig besetzten Round Table der „Grünen Krone“ wurde das heimische Umwelt-Bündnis erneuert!

Gerhard Riedler. Quintessenz des Öko-Gipfeltreffens: Nur gemeinsam ist es zu schaffen, der Nachhaltigkeit zum Durchbruch zu verhelfen! Wie mehrmals berichtet, hat sich REWE dafür Ökoexperten wie den ehemaligen GLOBAL-2000-

Chef als Nachhaltigkeitsberater ins Boot geholt. Hanna Simons bestätigt den positiven Trend: „Umweltschutz und Wirtschaftlichkeit sind in Österreich längst keine Gegensätze mehr.“ Die von „Grüne Krone“-Erfinderin Monika Langthaler perfekt mode-

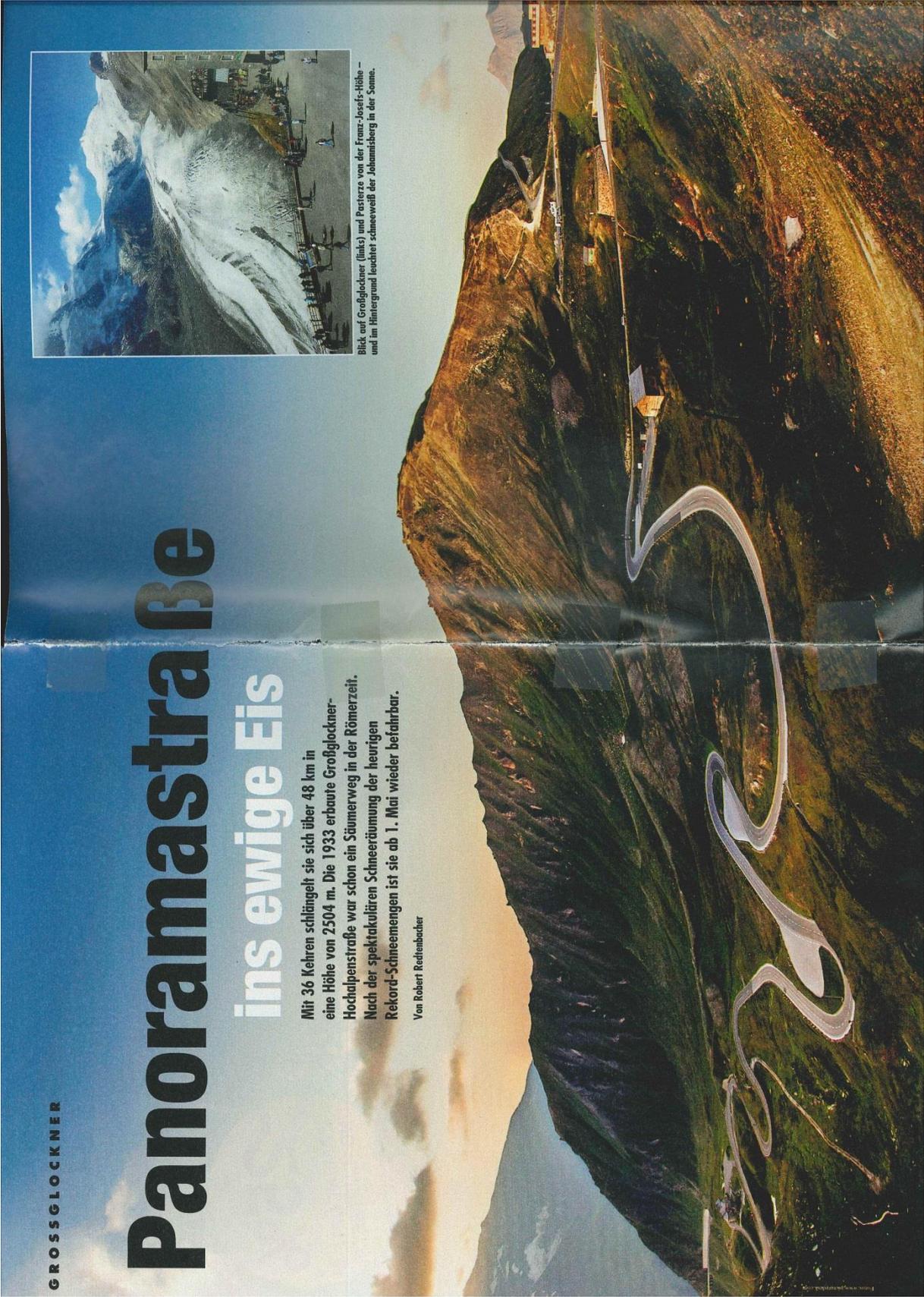
rierte Diskussion ist aber nur der Auftakt einer ganzen Reihe an Öko-Gipfeln. „Mit diesem neuen Veranstaltungsformat wollen wir der interessierten Fachöffentlichkeit ein hochwertiges Informationsforum anbieten. Wie auch in dem Magazin sollen verschiedene Aspekte des Themas Nachhaltigkeit im Fokus stehen und von hochkarätigen Teilnehmern diskutiert werden – von der Energiewende, über faires Shoppen bis hin zu sauberer Mobilität“, versichert Langthaler. Mediaprint-Geschäftsführer Gerhard Riedler pflichtet aus ganzem grünen Herzen bei: „Umweltschutz steht in der redaktionellen Agenda der ‚Kronen Zeitung‘ ganz oben. Es ist uns ein echtes Anliegen, einen Beitrag zu leisten. Denn es geht um die Erhaltung der ökologischen Grundlagen für künftige Generationen“. Und Minister Rupprechter: „Gemeinsam können wir es schaffen.“

Die nächste „Grüne Krone“ erscheint am 18. Juni.



Fotos: Christian Dusek

◀ Riedler, Langthaler, Rupprechter, Simons und REWE-Boss Hensel.



GROSSGLOCKNER

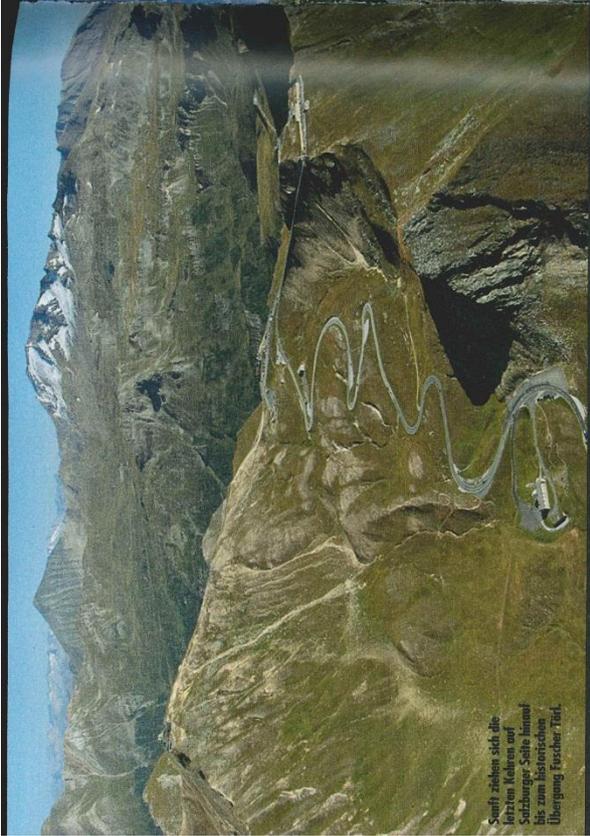
Panoramastraße ins ewige Eis

Mit 36 Kehren schlängelt sie sich über 48 km in eine Höhe von 2504 m. Die 1933 erbaute Großglockner-Hochalpenstraße war schon ein Stückerfolg in der Römerzeit. Nach der spektakulären Schneeräumung der heurigen Rekord-Schneemengen ist sie ab 1. Mai wieder befahrbar.

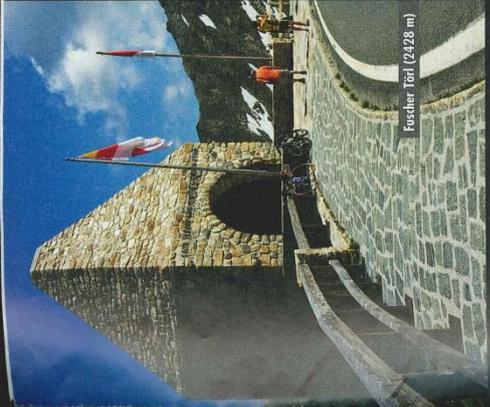
Von Robert Redtenbacher



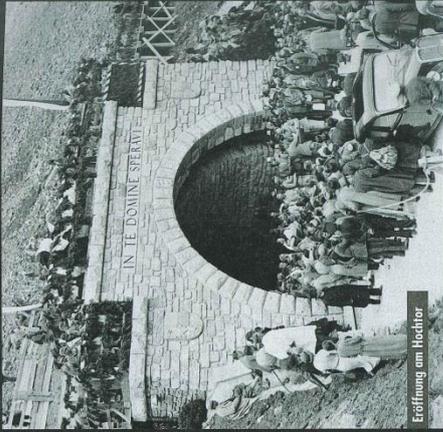
Blick auf Großglockner (links) und Festerze von der Franz-Josefs-Höhe – und im Hintergrund leuchtet Schneeweiß der Johannesberg in der Sonne.



South zogen sich die letzten Ketten auf Salzburger Seite hinauf bis zum historischen Übergang Fuschauer Torf.



Fuschauer Torf (2428 m)



Eröffnung am Hochtor

Der Bau unserer höchsten Straße – eine Meisterleistung

Dort oben sind sie“, ruft Peter Embacher. Die Hand des 54-Jährigen deutet auf das gleißende Schneefeld knapp unterm Fuschauer Torf. Auf 2400 Meter haben sich die noch Veteranen hochgekämpft. Ihre weißen Fontänen sind wirklich nicht zu übersehen: die 50 Meter hoch stehenden die beiden Maschinen den Schnee in die Höhe, 50 Meter weit fliegt er durch die letzten Ketten der Großglockner-Hochalpenstraße. Drei Dieselmotoren röhren im Heck der Spezialfräsen, jeder einzelne 125 PS stark. Einer treibt die Ketten an, der zweite fräst die weiße Frucht aus den Wechten, der dritte schleudert den Schnee weg von der Fahrbahn. „Rotationspflüge mit Raupenfahrgestell“ – so nennen Techniker diese 60 Jahre alten Maschinen, die über mehrere Wochen schichtweise die Schneemassen abtragen. Bis zu zehn Meter lag er heuer auf Kärrner Seite, wo der Winter kräftiger ausfiel als im Salzburgerischen, wo die Schneewände „nur“ sechs Meter aufragen. Im Rekordjahr 1975 waren es sogar 21 Meter. Geräumt wird von beiden Seiten.

Bis in die Frühen fünfziger Jahre war die Räumung beherrschende Knochenarbeit. 350 Schaulfer schufteten 70 Tage, um die Straße wenigstens ein-

sturig freizubekommen – die Maschinisten erledigen das in bloß zwei Wochen. Seit 1953 sind die Veteranen im Einsatz und sie funktionieren immer noch bestens.

Es sind Umarmungen an Schnee, die jeden Winter von der 47,8 Kilometer langen Straße mit ihrem 36 Kehren geräumt werden: 700.000 Kubikmeter dürfte es heuer sein – genug um einen Güterzug vollzuladen, der 190 Kilometer lang ist. Das entspricht etwa der Strecke von Wien bis Linz.

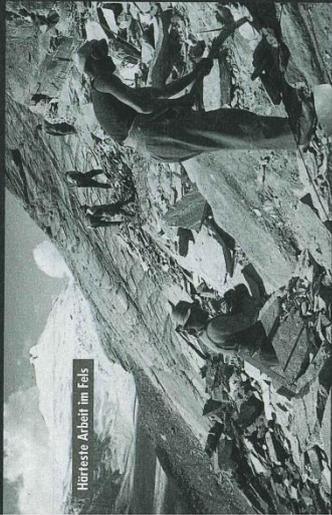
Entsprechend präzise läuft die Vorbereitung. Für heuer ist der „Durchschnitt“ am 29. April geplant, die Fräsen, die in Heiligenblut, Hochtor und Fuschauer Torf. „Das ist jedes Mal ein schöner Moment“, sagt Peter Embacher, „dem fiebert alle entgegen.“ Viel kann schiefgehen: Ein heftiger Winterbruch mit Sturmstößen macht oft wochenlange Arbeit in einer Nacht zum Tage. „Dann können wir von vorne anfangen, wenn Schnee zwei Meter flöhen liegt.“ Manchmal müssen Linien gesprengt werden. Das hat Embacher alles erlebt, der seit 35 Jahren am „Glockner“ ist. „Einmal sind wir eine Woche am Berg festgesessen, weil es uns eingeschneit hat.“ Die Männer



Damals war eine Gelände-Überquerung eine Prüfung fürs Auto.



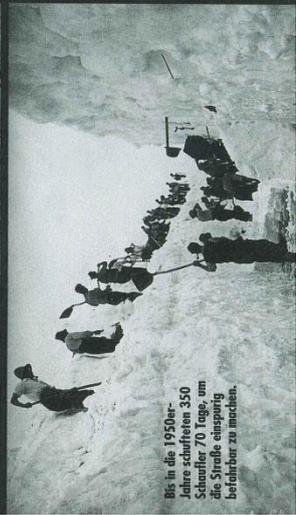
Ausgangspunkt auf Salzburger Seite, die Edelweißspitze.



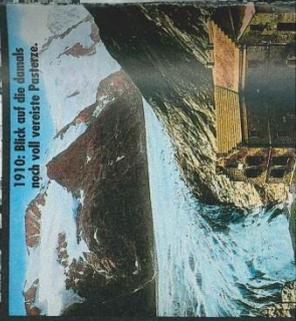
Härteste Arbeit im Fels



Loren zum Abtransport



Bis in die 1950er-Jahre schufteten 350 Schaulfer 70 Tage, um die Straße einspurig befahrbar zu machen.



1910: Blick auf die damals noch voll varietete Presterze.

Hochwasser: Angst vor Landminen

Aus dem Krieg liegen noch 120.000 Sprengkörper in Bosnien-Herzegowina

SARAJEWO/BELGRAD. In den Hochwassergebieten von Serbien, Bosnien und Kroatien ist keine Entspannung in Sicht. Nachdem die Überflutungen in den drei Ländern bereits mehr als 40 Tote gefordert haben, steigt nun die Gefahr durch Landminen, darüber hinaus droht der Ausbruch von Seuchen.

Gestern rief das Innenministerium in der serbischen Hauptstadt Belgrad dazu auf, Sandsäcke in das Sammelzentrum in Neu-Belgrad zu bringen. Freiwillige Helfer wurden dringend gesucht, um an der Mündung

der Save in die Donau Schutzdämme zu errichten.

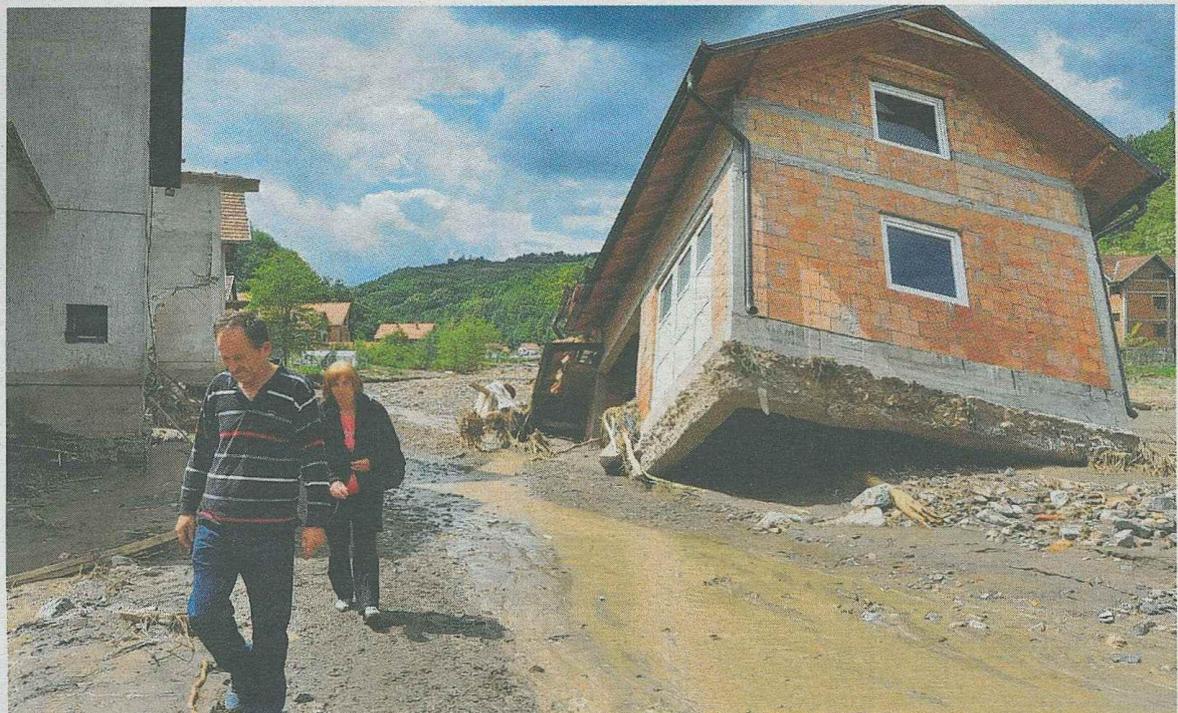
In Serbiens Hochwassergebieten geht unterdessen auch die Angst vor Plünderungen um. Innenminister Nebojsa Stefanovic kündigte ein rigoroses Vorgehen der Polizei an. Sondereinheiten sind bereits in der größtenteils unter Wasser stehenden Stadt Obrenovac unterwegs, um Plünderer zu fassen. Die Bewohner werden erst zurückkehren können, wenn Militär und Gesundheitsdienste die größte Desinfektion vorgenommen haben.

In Bosnien war die Lage in Orasje besorgniserregend. An der Save wurde ein Schutzdamm aus zwei Millionen Sandsäcken errichtet, meldeten Medien. Bei Zenica wurden unterdessen Dutzende Erdbeben registriert. Im Dorf Serici, das nur mit Hubschraubern erreichbar ist, wurden mehrere Häuser von Schlammmassen mitgerissen.

Die Minenaktionszentren (MAC) in Bosnien, Kroatien und Serbien stellten ein Team zusammen, das die Gefahr der Sprengkörper aus dem Krieg in den 1990er-Jahren einschätzen soll. „Es gibt keine nicht-tödliche Mine“, sagte Sasa Obradovic vom MAC in Sarajevo. Befürchtet wird, dass die Minen von Wasser und Schlamm weggeschwemmt werden könnten. Eine Mine sei auch nach Jahren noch eine tödliche Gefahr, selbst wenn der Zündmechanismus feucht geworden sei. Das Hochwasser habe auch Schilder zerstört, die vor den Sprengkörpern warnten. Aus dem Krieg zwischen Serben, Kroaten und Muslimen liegen laut MAC noch etwa 120.000 Landminen in Bosnien-Herzegowina.



■ Mehr auf Seite 23



Die Schäden, die das Hochwasser am Balkan angerichtet hat, sind enorm. Dazu kommt die Angst vor Seuchen, Minen und Plünderern.

Foto: epa/karadarevic

Nach Hochwasser: Angst vor Seuchen und Minen

In Bosnien sind eine Million Menschen ohne Trinkwasser
Paar wollte Haus wegen Plünderern nicht verlassen und ist ertrunken

SARAJEVO/BELGRAD — In den Hochwassergebieten von Serbien, Bosnien und Kroatien ist keine Entspannung in Sicht. Nachdem die Überflutungen in den drei Ländern bereits mehr als 40 Tote gefordert haben, steigt nun die Gefahr durch Landminen, darüber hinaus droht der Ausbruch von Seuchen. Von den Überschwemmungen besonders betroffen sind die Gebiete entlang der Save.

In Serbien sind gestern zwei weitere Menschen ums Leben gekommen. Sie

hatten sich nahe der Kleinstadt Savac geweigert, ihre Häuser zu verlassen. In den Hochwassergebieten geht die Angst vor Plünderungen um. Innenminister Nebojsa Stefanovic kündigte ein rigoroses Vorgehen der Polizei an, um derartige Vorkommnisse zu verhindern.

Eine andere Gefahr stellen Minen dar. Befürchtet wird, dass diese von Wasser und Schlamm weggeschwemmt werden könnten. Eine Mine sei auch nach Jahren noch eine tödliche Gefahr, selbst wenn

der Zündmechanismus feucht geworden sei, so Experten. Aus dem Krieg zwischen Serben, Kroaten und Muslimen liegen noch etwa 120.000 Landminen in Bosnien-Herzegowina. Im 4,3-Millionen-Einwohner-Staat Bosnien ist ein Viertel der Bevölkerung von den Überschwemmungen betroffen. Eine Million Menschen ist ohne Trinkwasser. An die 100.000 Häuser und 230 Schulen und Gesundheitseinrichtungen seien derzeit unbrauchbar, so Außenminister Zlatko Lagumdžija.



Interview

Der befristete Bau-
stopp in der „lila Zone“
steht in Feldkirchen/D.
vor der Abstimmung –
Bürgermeister Franz
Allerstorfer ist dafür.

Gesamtprojekt von Einzelnen gefährdet

*Der Beschluss des Neu-
planungsgebietes ist um-
stritten. Sie sind dafür.*

Weil sonst die Bundes-
und damit Landes-Förde-
rung groß angelegter
Schutzprojekte in Frage
steht, wenn sich ein Neu-
bau negativ aufs Hoch-
wasser auswirkt. Das
kann man nicht riskieren.

*Wie haben die Bürger
das bei der Info-Veranstal-
tung aufgenommen?*

Da es ein großes Gebiet
ist, sind viele betroffen,
die natürlich keine große
Freude damit haben. Vie-
le befürworten die Maß-
nahme aber, als Schutz
für alle. MS

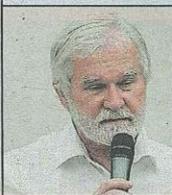


Foto: Markus Schütz

Feldkirchens
Bürgermeis-
ter Franz Al-
lerstorfer ist
fürs befristete
Bauverbot.

Maximal 4 Jahre soll „lila Zone“ Sperrgebiet sein

Baustopp im Hochwassergebiet bleibt in Gemeinden umstritten

Die „lila Zone“ im Efer-
dinger Becken bleibt eine
heiße Zone. Sie ist jener Teil
des Flutgebietes der Donau,
der nicht als Absiedelungs-
gebiet definiert ist – bis Ende
2015 entscheidet sich, ob
und wie es geschützt wird.
Die Gemeinden sollen hier
ein „Neuplanungsgebiet“
definieren, einen zweijähri-
gen Baustopp verhängen.
„Dieser kann dann um zwei
Jahre verlängert werden“,
sagt Feldkirchens Bürger-

meister Franz Allerstorfer,
der jetzt in einer Veranstal-
tung die Bürger informierte
– siehe auch Interview.

Während er hofft, dass der
Gemeinderat im Juni das
Neuplanungsgebiet be-
schließt, will sein Amtskol-
lege Johann Müllner im be-
nachbarten Goldwörth ohne
auskommen: „Bei uns wäre
der Ortskern betroffen. Neu-
bauten sind kein Thema,
aber hochwassersichere Aus-
bauten sollen möglich sein.“

Ob der Enns

Am einfachsten wäre es,
das gesamte Flutgebiet der
Donau einfach abzusiedeln
oder eben jeden Neubau zu
verbieten. Die „Objektfrei-
heit“ ist in der Absiede-

überspitzt sagt – auch
überall anders stehen kön-
nen. Es geht auch um Be-
triebe, die nicht einfach ver-
legt werden können. Land-
wirtschaften oder auch

Gießkannenprinzip versagt

lungszone auch das erklärte
Ziel des Landes OÖ.

Doch das Gießkannen-
prinzip stößt hier an seine
Grenzen. Denn es sind ja
nicht nur Privathäuser be-
troffen, die – wenn man es

ortsgebundene Betriebe,
wie am Freizeitgelände der
Badeseen Feldkirchen/D. –
Gasthaus, Tauchschiule usw.
können nicht einfach um-
siedeln. Hier müssen prak-
tikable Lösungen her. MS

Lenker warfen 1000 Tonnen Unrat einfach neben Fahrbahn:

Oberösterreichs Autobahnen sind wie Müll-Schnellstraßen

Erschreckende Zahlen über den herumliegenden Müll entlang Oberösterreichs Autobahnen verriet die Asfinag nun im Rahmen ihrer „Mach keinen Mist“-Kampagne der „Krone“: Beim Frühjahrsputz von nur einer der vier Autobahnmeistereien im Land fallen Müllberge an, die bis zu 1500 Säcke füllen können . . .

Dass auf Autobahnen Zigarettenstummel, Flaschen, Verpackungen, Dosen und Jausenreste herumliegen, wundert wahrscheinlich niemanden. Dass sich 120 Asfinag-Mitarbeiter bei ihren

doch rund 250 Tonnen Abfall werden einfach illegal neben Oberösterreichs Autobahnen entsorgt.

Bei Sammelaktionen der vier Autobahnmeistereien in Ansfelden, Wels, Seewalchen und Ried werden damit im Frühling um die 1500 Müllsäcke gefüllt. „Das Volumen dieses Abfalls entspricht 110 Lkw-Ladungen, weil der Müll ja nicht gepresst ist“, appelliert Asfinag-Sprecher Christoph Pollinger an die Vernunft der Straßenbenutzer. Die Entsorgung von 1000 Tonnen Müll im Jahr kostet immerhin 1,5 Millionen Euro.

VON SIMONE WALDL

Einsätzen auch mit Autoreifen, Einkaufswagenln, Kühlschränken oder sogar Schrott-Pkw herumschlagen müssen, hätten nur wenige für möglich gehalten. Fast 750 Tonnen Müll landen zwar jedes Jahr ordnungsgemäß in Behältern und Kübeln entlang der Straßen,

Knödel-Sepp



„Autobahnbenutzer hams guat: Wurst, wo's hinkemma, eana steht überall a Sondermüll-Deponie zur Verfügung.“



Asfinag-Mitarbeiter Gerhard Altreiter mit eingesammelten Reifen



Thomas Mitterndorfer mit Wagerl

Fotos: Horst Einöder



Das in bester Lage gelegene Kasernengelände könnte für die Entwicklung des Linzer Stadtteils Ebelsberg ein echter Gewinn sein.

Foto: Magistrat Linz

Ein Facelifting für den Linzer Stadtteil Ebelsberg

Linzer ÖVP hat große Pläne — Ehemaliges Kasernengelände soll Vorbildbezirk für urbanes Familienwohnen werden

LINZ — Ein Facelifting für den Stadtteil Ebelsberg hat der Linzer Gemeinderat vergangenen Donnerstag auf Antrag der ÖVP einstimmig beschlossen: Konkret wird nun ein Masterplan ausgearbeitet für die künftige Bebauung des frei werdenden Kasernenareals und der angrenzenden Grundstücke. „Wir wollen diesen neuen Wohnbereich zu einem Vorbildbezirk für urbanes Familienwohnen mit einer starken ökologischen Komponente machen.“

Im Sinne der integrierten Stadtplanung müssen daher alle Aspekte der Lebensqualität von Beginn weg mitgeplant werden — von Nahversorgung über Grün- und Freizeiträume bis hin zur Verkehrs- und Parkplatzinfrastruktur“, erklärt ÖVP-Klubobfrau Elisabeth Manhal. Dass von diesem stadtgestalterischen Impuls der gesamte Stadtteil Ebelsberg profitieren muss, sei aufgrund regionaler Umfrageresultate unabdingbar.

Die Einwohnerzahl von

Ebelsberg ist im Verlauf der vergangenen zehn Jahre nahezu konstant geblieben (-0,7 Prozent). Deutliche Veränderungen zeigen sich jedoch in der Zusammensetzung der Stadtteilbevölkerung: Die Zahl der in Ebelsberg lebenden Inländer ist um 8,2 Prozent gesunken, die Zahl der Ausländer dagegen um 56 Prozent gestiegen.

„Summa summarum braucht Ebelsberg also

einen positiven stadtgestalterischen Impuls Richtung Lebendigkeit und regionalem Selbstverständnis. Genau diesen Impuls wollen wir erreichen, indem die Bebauung des Kasernenareals auf urbane Bevölkerungsschichten, speziell auf junge Familien mit Kindern ausgerichtet wird“, betont Manhal, die auch die lokale Bevölkerung in den Gestaltungsprozess einbinden will.

Hofer und seine Kunden zeigen, wie man die Welt ein Stückchen besser machen kann, zum Beispiel für die Bienen.



Gemeinsam einfach besser leben

Bienen schützen, grünen Strom verwenden, gesünder leben: Ein Jahr gibt es das Projekt 2020 von Hofer.



Fotos: Joachim Haslinger, Vanessa Zipperitz



Unter dem Motto „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es“, startete Hofer vor einem Jahr das Projekt 2020. Seitdem hat sich zum Thema Nachhaltigkeit viel getan, sowohl im Unternehmen als auch bei den Kunden. Mittlerweile umkreisen zum Beispiel 100.000 Honigbienen, liebevoll „Hobees“ genannt, die Hofer-Zentrale im oberösterreichischen Sattledt. Alle Gebäude werden außerdem mit Grünstrom versorgt. Die Mitarbeiter erhalten Coachings für mehr Gesundheit und einen aktiven Lebensstil. Und eine eigene Abteilung arbeitet mit dem Hofer-Einkauf daran, die Produkte noch nachhaltiger zu machen.

2020 erfasst aber auch die Kunden: Mehr als 7000 Hofer-Kunden beziehen jetzt selbst Grünstrom, weil der Umstieg auf erneuerbare Energien einfach und günstig war. Gleichzeitig engagiert sich Hofer weiterhin für den Schutz der Bienen.

Bio-Lebensmittel sind für jedermann erschwinglich geworden. Und Kunden stoßen auch auf Produkte, die sie bei einem Lebensmittelhändler nicht unbedingt erwarten würden, wie Bio-Pferdedung oder spezielle Lebensmittel für Nahrungsmittelallergiker. All das zeigt, dass es Hofer mit seinem Projekt 2020 durchaus ernst ist.

„Nur gemeinsam lassen sich wirklich große Schritte in die richtige Richtung erzielen. Daher binden wir Kunden, Mitarbeiter und Geschäftspartner aktiv in unsere Nachhaltigkeitsinitiativen mit ein. Das macht Projekt 2020 so einzigartig“, sind die Hofer-Generaldirektoren Friedhelm Dold und Günther Helm überzeugt.

Nähere Informationen zu den vielen Nachhaltigkeitsinitiativen gibt es natürlich auch im Internet, und zwar unter: www.projekt2020.at

◀ Bei der laufenden Initiative von Projekt 2020 dreht sich alles um Gesundheit.



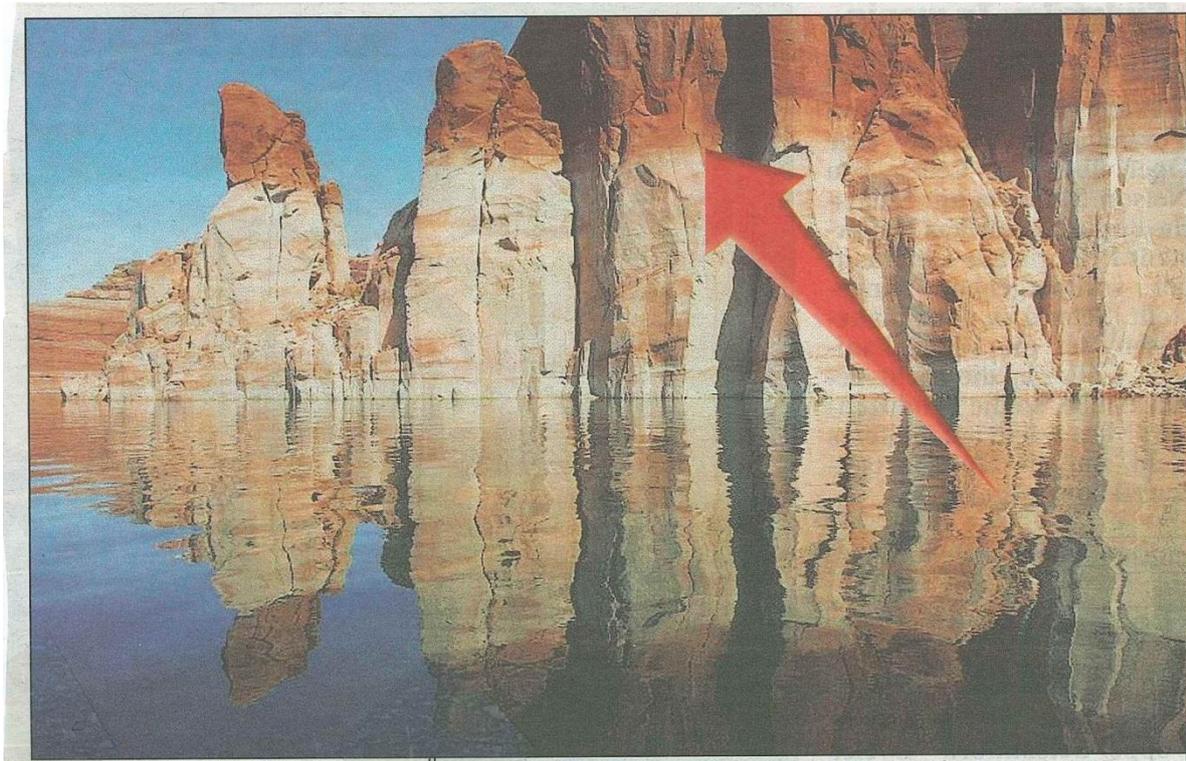


Foto: AFP

Halb leer ist der Riesenstausee Lake Powell im Grenzgebiet der US-Staaten Utah und Arizona. Grund: Im Westen und Südwesten der USA herrscht seit 14 Jahren eine rekordverdächtige Dürre. Dadurch ist der Wasserpegel des Stausees, der rund 20 Millionen Menschen mit Trinkwasser versorgt, seit dem Jahr 2000 erheblich gefallen. Ausgebleichtes Gestein zeigt, wo das Wasser früher einmal stand. Der Colorado River, von dem der Lake Powell gespeist wird, ist zum schlammigen Rinnsal verkümmert.

Dienstag wurde gemeinsame Erklärung zwischen Bayern und

OÖ unterschrieben

Flutschutz geht über die Grenze!

In wenigen Tagen jährt sich die Hochwasser-Katastrophe 2013. Damit eine solche Flut künftig verhindert wird, unterzeichneten OÖ und Bayern gestern einen Vertrag zur engen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Bisher wurden 35,7 Millionen € an heimische Hochwasseropfer ausbezahlt, 65 stehen zur Verfügung.

Bei der Veranstaltung „Hochwasser – aus der Katastrophe lernen“ diskutierten am Nachmittag Experten im Linzer Schlossmuseum über Optimierungen zwischen den Partnerstaaten und wichtige Schritte für die Zukunft. Nur eine enge Zusammenarbeit mit unserem

Nachbarn könne die Folgen solcher Katastrophen möglichst gering halten, verhindern könne man sie nie, so LH Josef Pühringer. Und Landesrat Rudi Anschöber ergänzte: „Einen 100-prozentigen Schutz wird es nie geben, aber wir kämpfen um

VON JOHANNES NÖBAUER

jeden Zentimeter.“ Erste Initiativen der Kooperation: eine Studie über Retentionspotenziale im Einzugsgebiet der Donau, regelmäßiger Info-Austausch über geplante Hochwasserschutz-Projekte in beiden Ländern, optimale Abstimmung und Kooperation zwischen den Behörden und den Einsatzkräften.

Laut LH Pühringer gingen bis gestern 3391 Anträge von Opfern des Vorjahrs-Hochwassers beim Land ein, 35,7 von 65 Millionen Euro aus dem Katastrophenfonds wurden ausbezahlt.

In diesem Zusammen-

hang warnen heimische Landschaftsplaner: Immer mehr Grünland verschwinde, und die Hochwassergefahr steige. Landschaftsarchitektin Olga Lackner: „Eine Koordinierung der Eingriffe in die Landschaft ist unbedingt erforderlich. Derzeit ist die Raumordnung aber vorrangig ein Bauland-Optimierungsprozess.“

” Wie viel Retentionsraum in Bayern da ist und auch erhalten wird, ist für unsere Sicherheit wichtig.

Landesrat Rudi Anschöber, Grüne

Atlantik-Regenwald wird immer kleiner

Rio de Janeiro. – Der bereits massiv abgeholzte Atlantische Regenwald in Brasilien wird kleiner. Von 2012 bis 2013 wurden in den 17 Bundesstaaten mit Restflächen der Mata Atlântica 239 Quadratkilometer abgeholzt und damit neun Prozent mehr als im Vergleichszeitraum 2011/12. Die Zahlen beruhen auf der Auswertung von Satellitenbildern.

Katastrophe vom Juni 2013 jetzt ein Buch vor und sagt zu den Schutzmaßnahmen:

100 Prozent vor Flut sicher sein

Foto: Markus Schütz



„Wir haben wochenlang gearbeitet, hatten 23 Helfer, das Haus war praktisch ein Rohbau, aber jetzt ist alles wieder hergerichtet. Für uns ist das Thema Hochwasser 2013 eigentlich erledigt“, sagt Tanja Grottenhaler – das Heim der Familie war völlig überflutet gewesen.

In Schärding ist man stolz, dass der Hochwasserschutz, in den bisher acht Millionen Euro flossen, die

VON MARKUS SCHÜTZ

Barockstadt nicht verschandelt hat: „Man sieht die Stahlbetonwände nicht, die hinter den Fassaden verbaut wurden“, erklärt Markus Furrner vom Stadtm. Die Tore, die von der Altstadt zum Inn führen, haben massive mobile Schutzvorrichtungen erhalten, die binnen Stunden stehen. Steigt das Wasser höher, dient die Stadtmauer als Schutz – und steigt es noch höher, gibt's Schutzrahmen, die insgesamt 40 Fenster wasserdicht machen. Die nächsten entlang der Prater werden vorbereitet.

„Unglaublich, wie hoch der Inn damals gewesen ist“, meinte auch Birgit Krüden aus dem deutschen Aachen (Foto oben), während sie jetzt vom Schlosspark in Schärding auf den Fluss und hinüber nach Bayern schaute und dabei Fotos der Jahrhundertflut (links) im Juni des Vorjahres betrachtete.



Ein Jahr nach dem Inn-Hochwasser • Bürgermeister stellte zur

„Schärding wird nie zu

Im Juni 2013 stieg der Inn in Schärding auf 10,57 Meter fast die halbe Stadt war überflutet. Schädigung: 25 Millionen €. Heute ist die Altstadt vor 30-jährigen Inn-Fluten gesichert. Ohne die Katastrophe wäre das Projekt erst 2018 fertig geworden.

Wo voriges Jahr Feuerwehrzügen unterwegs waren, um 195 Schädinger in Sicherheit zu bringen, flüchteten nun Touristen, die beim Hochwasserarmen besaßen. An die Jahrhundertflut erinnert fast nichts. 113 Wohnhäuser und 81 Betriebe waren betroffen, sagt Bürgermeister Franz Xaver Angerer. Er weiß, dass es für Schädling wohl nie einen hunderten Schutz gibt – sie



Emmi Huber (o. und re.) kann ihr Haus, in dem sie ein Antiquitätengeschäft betreibt, nur sehr langsam renovieren. „Das Geld vom Katastrophenfonds reicht nicht für viel. Im Wochbereich ist der Schimmel bei der Generalreinigung. Ich mir aber leider nicht leisten.“

Interview

„Schulkinder helfen mit Taschengeld“

Die Hilfsbereitschaft Franz X. Angerer, der ein Buch über Hochwasser in „seiner“ Stadt vorstellte, noch immer. Wie kamen Sie auf die Idee ein Buch zu machen? Weil viele Schädinger gar nicht mitbekommen haben, was rund um sie los ist. Sie waren mit der Beteiligung privater Schäden so beschäftigt, dass sie die Baustelle oft für Wochen kaum verlassen haben.

Ist Schädling nach dem Flutschutz jetzt sicher? Schädling wird nie zu 100 Prozent sicher sein. Wenn das Wasser wieder so kommt, wird es wieder so aussehen. So ehrlich muss man sein.

Die Hilfsbereitschaft Franz X. Angerer, der ein Buch über Hochwasser in „seiner“ Stadt vorstellte, noch immer. Wie kamen Sie auf die Idee ein Buch zu machen? Weil viele Schädinger gar nicht mitbekommen haben, was rund um sie los ist. Sie waren mit der Beteiligung privater Schäden so beschäftigt, dass sie die Baustelle oft für Wochen kaum verlassen haben.

man aber bedenkt, dass es sich die Kinder vom Taschengeld abgespart haben, ist es großartig.



Franz X. Angerer mit seinem Buch



MONIKA LANGTHALER

Unser Wasser

Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit: Wir trinken Wasserhahn auf und bekommen sauberes, gutes Trinkwasser. Dass das eigentlich der pure Luxus ist, ist uns in Österreich kaum bewusst. 135 Liter verbraucht jeder von uns durchschnittlich pro Tag, ohne einen Gedanken daran zu verschwenden, dass rund 770 Millionen Menschen weltweit derzeit keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben. Und auch in Europa sind jene Länder, in denen man bedenkenlos Wasser aus der Wasserleitung trinken kann, in der Minderheit.

Wasser ist überlebensnotwendig und wertvoll – deshalb rückt der ÖNÖ dieses Thema in den Mittelpunkt seiner neuen Spendeninitiative „Wasser Erlebt“, die er gemeinsam mit Österreichs führenden Umwelt- und Naturschutzorganisationen am Samstag startet. Dabei wird Wasser im Rahmen eines eigenen Schwerpunktprogramms aus allen möglichen Blickwinkeln betrachtet. Wasser ist ja nicht nur Lebensmittel, sondern wird auch – gerade in Österreich – zur Energieerzeugung genutzt. Flüsse, Bäche und Seen sind Lebensraum für zahlreiche Tiere und Pflanzen und machen Österreich als Tourismusland unschlagbar. Wasser hat aber ebenso ein bedrohliches Gesicht: Es kann zu einer unberechenbaren Naturgewalt werden, die Hochwasser und Überschwemmungen mit sich bringt.

Die vielen Facetten des Wassers können Sie übrigens auch in der „Kronen Zeitung“ nächste Woche begleitend zum ÖRF-Schwerpunkt nachlesen.

nachhaltig@kronenzeitung.at

HOCHWASSER 2013

Ein Jahr nach der Flut besuchten die OÖNachrichten erneut jene Landsleute, die damals fast alles verloren hatten

DIE KATASTROPHE



Evakuierungen retteten Leben. (vovve)

30. 5. **Warnung:** Die ZAMG gibt für große Teile Österreichs eine Regenwarnung heraus. Bis zu 200 Liter pro Quadratmeter sollen fallen.

1. 6. **Regen:** Es regnet un- vermehrt weiter. Es kommt zu ersten Überflutungen. Oberösterreich ist in Alarmbereitschaft.

3. 6. **Die Katastrophe:** Alle Prognosen erwiesen sich als zu optimistisch. Oberösterreich erlebt nach 2002 neuerlich ein Jahrhunderthochwasser. Alle Kräfte werden mobilisiert. Der Krisenstab tagt im Landhaus.



3. 6. **Schärding:** Hunderte Menschen müssen evakuiert werden. Die Pegel steigen.

4. 6. **Grein:** Zentimeter entschieden über das Schicksal. Sieben Zentimeter unterhalb der Dammkrone hörte das Wasser auf zu steigen.

4. 6. **Goldwörth:** Luftaufnahmen zeigen das Ausmaß der Katastrophe. In Goldwörth blieb fast kein Haus vom Wasser verschont. Den Ortsteil Hagenau erwischte es ganz besonders schwer.



5. 6. **Erleichterung:** Die Pegel besinnen vielerorts zu sinken. Das Aufräumen beginnt.

6. 6. **Hilfe:** Eine Welle der Hilfsbereitschaft rollt durch das Land. Tausende freiwillige Helfer beginnen in den betroffenen Gemeinden mit den Aufräumarbeiten. Auch die OÖNachrichten rufen eine Spendenaktion ins Leben, um den Opfern zu helfen.

Das Wasser ist weg, die Angst ist geblieben

■ **Verbund räumt erstmals Mitschuld an Schäden ein. Goldwörther wenden sich wegen Donauschlamm an Volksanwalt**

Von Philipp Hirsch

OÖN-SERIE
EIN JAHR NACH DER FLUT

HOCHWASSER 2013

LINZ, GOLDWÖRTH, KLOSTERNEUBURG. Kraftwerksbetreiber Verbund übernahm gestern zumindest teilweise die Verantwortung für die hohen Schäden des Hochwassers 2013. 40 Häuser zwischen Aschach und Wilhering seien durch verzögerte Schlamm-Baggerungen in der Donau, zu denen der Verbund verpflichtet gewesen wäre, vom Hochwasser schlimmer getroffen worden.

Verbund-Sprecher Florian Seidl kündigte Entschädigungen für die Betroffenen an. Bei Forderungen von anderen Gemeinden bleibt der Verbund jedoch hart. Prinzipiell sei man für eine Naturkatastrophe nicht verantwortlich, sagt Seidl.

Das sehen die Betroffenen im Ortsteil Hagenau anders. Die vergangenen Monate waren für Bürgermeister Johann Müllner (VP) schwierig. Das Juni-Hochwasser 2013 hat in seiner Gemeinde tiefe Spuren hinterlassen. Nicht nur äußerlich. Schlamm und Unrat sind zwar längst weg. Nur vereinzelt sind noch die Wasserstands-Marken an den Hausmauern zu erkennen. Aber in den Köpfen der Goldwörther ist die Katastrophe nach wie vor allgegenwärtig.

Die Zukunft der Gemeinde ist ungewiss. Der Ortsteil Hagenau wurde zur freiwilligen Absiedlungszone erklärt. Etwa 50 Familien sollen gegen eine Entschädigung ihre Häuser freiwillig verlas-

sen, um im Katastrophenfall zusätzlichen Retentionsraum für das Wasser zu haben.

„Ich kann nicht sagen, dass die Situation für die Menschen in den vergangenen Monaten einfacher geworden ist“, sagt Müllner. „Jeder Regenguss ist eine Belastung. Das Vertrauen in die Vorwarnsysteme ist bei vielen weg.“ Bis heute glauben viele Goldwörther, dass sie absichtlich geflutet wurden, um Linz vor einer Katastrophe zu bewahren. In der Nacht vom 3. auf 4. Juni stieg das Wasser abrupt um einen Meter an,

„Derjenige, der sich die besten Anwälte leisten kann, kann die Verordnungen zu seinen Gunsten auslegen.“

■ **Johann Müllner (VP),** Bürgermeister von Goldwörth

berichten die Betroffenen. Was diesen ominösen Pegel-Anstieg ausgelöst haben könnte, ist bis heute nicht geklärt. Beim Thema Donauschlamm hingegen, der große Schäden im Ort angerichtet hat, gibt sich Müllner kämpferisch. „Das Hochwasser hat 2,3 Millionen Kubikmeter Schlamm zusätzlich bei uns in den Stauraum geschwemmt. Dieser Schlamm ist ein Problem. Wir erwarten, dass der Verbund etwas



unternimmt. Wir wollen, dass gebaggert wird.“ Müllner betraute die Volksanwaltschaft in Wien mit dem Fall Goldwörth. Bei den dortigen Diskussionen mit Verbund-Vertretern habe er den Eindruck gewonnen, dass „es ja schon lange nicht mehr um die Frage geht, wer recht hat, sondern derjenige, der sich die besten Anwälte leisten kann, ist in der Lage, die Verordnungen zu seinen Gunsten auszulegen.“ Volksanwalt Peter Fichtenbauer wird Waffengleichheit herstellen, hofft der Bürgermeister.

In Klosterneuburg ist die Stadtverwaltung bereits einen Schritt weiter. Die Stadt klagt den Verbund, weil die Schlammbelastung

im Ortsteil Kritzendorf beim Hochwasser 2013 extrem hoch gewesen sei. Im Stadtrat ist man sicher: Das Kraftwerk Greifenstein war der Grund für die enormen Schlamm-Mengen. Schon früher sei es in Kritzendorf zu Überflutungen gekommen. Der Schlamm sei aber erst seit der Errichtung des Kraftwerkes ein Problem. Klosterneuburg fordert vom Verbund nun jene 550.000 Euro zurück, die von der Stadt für die Reinigung bezahlt werden mussten. Der Verbund verweist in diesem Fall auf Zeitungsartikel vom Jahrhundert-Hochwasser 1954. Bereits damals - viele Jahre bevor es die Kraftwerke gab - sei der Schlamm ein Problem gewesen.

Konsequenz der Flut: „Ich gehe nicht mehr wählen“

Zwei Alkovernerinnen fühlen sich von Politikern, Beamten und Experten im Stich gelassen

Von Friedrich M. Müller

ALKOVEN. Im Wohnhaus von Gerti und Walter Achleitner in Gstocket (Bez. Eferding) erinnert nichts mehr an das Hochwasser vor einem Jahr. In der Gefühlswelt der 53-jährigen, vierfachen Mutter ist aber nichts mehr so wie vor der Nacht zum 4. Juni 2013.

So wie sie ist auch ihre Freundin Renate Fenzl verärgert: „Es geht uns genauso wie nach dem Hochwasser 2002: Es sind die gleichen Politiker, die gleichen Experten am Werk, die die gleichen Versprechen geben - wir fühlen uns verlassen“, sagt die 58-jährige Pensionistin. „Uns wurden 2003 Projekte präsentiert: Alles sollte besser werden, ein Hochwasser wie 2002 nicht mehr vorkommen.“

Und ein Jahr danach? „Ständig wird die Wehrbetriebsordnung der

Kraftwerke verändert - ohne Information an Gemeinden und Bürger und immer zum Vorteil des Verbundes“, sagt Achleitner. Sie kritisiert, dass die Kompetenzen für den Hochwasserschutz zersplittert seien. Ihre Konsequenz: „Ich werde nicht mehr wählen gehen.“

Ob die Familie Achleitner absiedelt, ist noch offen: „Mein Mann ist hier aufgewachsen, er will nicht weg“, sagt die Frau. Das Zuwarten auf das Schätzgutachten wird zur Nervenprobe. „Im Jänner war der Sachverständige da. Das Gutachten sollte Ende Mai vorliegen, dann wurden wir auf Juni vertröstet, später auf September. Und jetzt soll es erst zum Jahresende vorliegen.“

SP-Bürgermeister Gabriel Schuhmann sagt, dass etwa 60 Gebäude geschätzt werden: „Es ist verständlich, dass alle die Info bald wollen. Die einzelnen Gutachten werden



Gerti Achleitner

Foto: Welhbold

aber erst zugestellt, wenn alle fertig sind: Sonst beginnt die Debatte, weshalb hat der das Gutachten schon und ich noch nicht.“

Am Absiedlungsprojekt kritisiert Renate Fenzl: „Unser Grund wird nicht abgelöst: Aber wir müssen unsere Häuser bis einen Meter unter Niveau schleifen - damit die Flächen tiefenflugtauglich sind. Es geht also um eine später industrielle, landwirtschaftliche Nutzung, obwohl ich das auf meinem Grund gar nicht will.“

Offiziellen Zusagen stehen beide kritisch gegenüber: „Meinem Opa wurde in den Sechzigerjahren erklärt, dass es durch das Kraftwerk Ottensheim kein Hochwasser mehr geben werde.“ Er verkaufte daraufhin Gründe. „Jetzt heißt es, Kraftwerke sind nicht zur Hochwasserregulierung geeignet“, ärgert sich Achleitner.



Die Katastrophe

■ Massive Regenfälle haben weite Teile des Landes unter Wasser gesetzt. Besonders betroffen sind die Bundesländer Salzburg,

- 1 Titelbild der OÖNachrichten am 3. Juni 2013.
- 2 In vielen Gemeinden waren Zilen die einzige Chance, die eingeschlossenen Menschen zu erreichen.
- 3 Spätestens bei den Aufräumarbeiten erreichten die Betroffenen ihre Belastungsgrenze.

Fotos: Weishold



„Früher war es einmal wie im Paradies hier“

Hagenau blickt in eine ungewisse Zukunft

GOLDWÖRTH. „Von hier muss mich die Polizei wegtragen“, sagte Robert Gruber wenige Tage nach dem Hochwasser auf die Frage, ob er sich vorstellen könne, abzusiedeln, zu den OÖNachrichten. Gruber wohnt in Hagenau. Kaum einen Ort hat die Flut so schwer erwischt wie den Goldwörther Ortsteil. Meterhoch stand das Wasser in manchen Häusern.

Gestern gab sich Gruber im Gespräch mit den OÖNachrichten weniger kämpferisch als noch vor einem Jahr. Sein Haus wurde inzwischen von einem Sachverständigen geschätzt. Irgendwann im Sommer wird er das Ergebnis erfahren. „Wenn das Angebot gut ist, werden wir wegziehen“, sagt er mit trauriger Stimme. Gruber will aber in der Nähe bleiben. „Walding oder Feldkirchen, das könnte ich mir vorstellen.“ Die Suche nach Grundstücken für die Absiedler gestaltet sich jedoch bisher schwierig.

Sein Haus hat er nach dem Hochwasser wieder mühevoll hergerichtet. In Eigenregie. Nur Material habe er gekauft. Neue Böden, neue Türstöcke und neue Wandfarbe. Alles richtete der gelernte Maler selbst her. „Wenn du hier wohnst, ist es besser, du kannst so etwas“, sagt er. Viele seiner Nachbarn hätten



Robert Gruber hat sein Haus in Eigenregie wieder instand gesetzt. (vowe)

ihre Häuser nur provisorisch wieder hergerichtet, weil die Zukunft ungewiss scheint. Christian Huber ist einer dieser Nachbarn. Er will aus Hagenau weg. „Ich hab das Wasser nach dem Regen jetzt schon wieder im Keller stehen. Ich mag einfach nicht mehr. Ich will lieber heute als morgen weg.“ Er hofft, dass die Ablöse dafür reicht, dass er sich wieder ein Haus bauen kann. „Es war einmal ein Paradies hier. Inzwischen schlaf ich kaum noch. Wenn der Regen kommt, kommen auch die Sorgen.“ (hip)

Hochwasser hat die Schärldinger noch mehr zusammengeschweißt

44 Prozent des Gemeindegebietes wurden 2013 überflutet

Von Thomas Streif

SCHÄRDING. „Ich habe in diesen Tagen viele Tränen gesehen und gebe zu, dass auch meine Augen nicht immer trocken geblieben sind“, erinnert sich Schärldings Bürgermeister Franz Angerer in einem Interview mit den OÖN an die katastrophale Flut vor einem Jahr. Die Hilfe und Herzlichkeit, die den Betroffenen entgegengebracht wurden, seien einzigartig gewesen, so der Stadtchef.

44 Prozent des Schärldinger Gemeindegebietes wurden vom Jahrhunderthoch-

wasser 2013 überflutet. Mit 10,57 Metern Höhe erreichte der Inn am 3. Juni 2013, 14.30 Uhr, seinen Höhepunkt. „So etwas habe ich überhaupt noch nicht erlebt“, sagte Schärldings Feuerwehr-Chef Michael Hutterer, der mit seinen Kollegen vor einem Jahr mehr als 200 Häuser evakuieren musste. Insgesamt standen in den schicksalhaften Tagen mehr als 3600 Helfer von 120 Feuerwehren und dem Bundesheer im Einsatz, 10.000 Sandsäcke wurden gefüllt.

Bei Klaus Angerer stand das Wasser 2,40 Meter im

Keller, 30 Zentimeter im Wohnbereich. „Wenn man in einem Hochwassergebiet wohnt, muss man immer damit rechnen, dass es einen erwischt“, sagte der Lehrer vor einem Jahr zu den OÖN. Nach vielen Monaten ist sein Keller endlich wieder trocken. „Eigentlich ist der Gedanke, das Hochwasser könnte wieder kommen, nicht allgegenwärtig. Nachdem ich zuletzt aber die Berichte über die katastrophale Flut in Serbien gesehen habe, fängt man dann doch wieder zum Überlegen an“, sagt Angerer.

Auf die Frage, ob er und seine Familie je daran gedacht hätten, wegzuziehen, antwortet der Schärldinger prompt: „Nein, die Lage hier ist perfekt. Wir leben mitten in der Natur und trotzdem gleich in unmittelbarer Stadtnähe, das Auto brauchen wir nur selten.“

„Gegenseitige Hilfe“

Noch mehr als die gigantischen Wassermassen der Flutkatastrophe hat sich in Angerers Kopf die Nachbarschaftshilfe eingepreßt. „Obwohl jeder selber massive Schäden zu beklagen hatte, haben wir uns immer gegenseitig geholfen. Das hat die Nachbarschaft noch mehr zusammengeschweißt.“



Klaus Angerer bei den Aufräumarbeiten im Juni 2013

Foto: Streif

Mach keinen Mist.



ASFINAG
GEMEINSAM SICHER ANKOMMEN



IHRE WEGBEREITER
FÜR SICHERE STRASSEN



Beim Kraftwerk Aschach (li.) stieg die Donau um ein paar Zentimeter zu hoch, weil im Stauraum noch zu viel Schotter lagert – Opfer bekommen Zusatzgeld. In Klosterneuburg (o.) klagten Flut-Opfer wegen des Schlammes.

Foto: Herr Endöber, Markus Schütz

Ein Jahr nach der

Erstes

„Wir haben das mitverursacht, dass Aschach an der Donau etwas mehr überschwemmt wurde – Betroffene werden deshalb von uns Entschädigungen bekommen.“ Dieses Zugeständnis kommt ein Jahr nach der Horrorflut von der Verbund AG.

Katastrophe • Verbund bezahlt, weil in Aschach zu langsam ausgebaggert wurde

Zugeständnis an Opfer der Flut

„Prinzipiell hat es sich in Oberösterreich um ein 300-jährliches Ereignis gehandelt, es war laut Lebensministerium unvermeidlich“, erklärt Verbundssprecher Florian Seidl gegenüber der „Krone“ – nachdem der Verbund in der ORF-Sendung „heute konkret“ (Montag bis Freitag um 18.30 Uhr) erstmals Versäumnisse eingestanden hatte und Entschädigungszahlungen an Flutopfer ankündigte.

„Nach der Flutkatastrophe im Sommer des Jahres 2002 wurden wir beauftragt, wegen Verhandlungen den Stauraum Aschach auszu-

VON JOHANN HAGINGER

baggern – wegen Umweltverfahren haben wir damit aber erst 2012 beginnen können, haben bis zum Jahr 2017 dafür Zeit. Doch dann ist uns im Vorjahr das Hochwasser dazwischengekom-

men“, erläutert Seidl. Zwei Tage vor der vorjährigen Flut habe man den Stauraum abgesenkt, doch an ein paar Zentimetern der Überflutung sei man schuldig, räumt Verbundssprecher Seidl ein. Deshalb sei man auch bereit, etwa vierzig davon betroffenen Opfern zwischen Aschach und Schlägner Schlinge Entschädigungen zu bezahlen. „Wem und in welcher Höhe, das muss erst durch gerichtliche

Schätzungsgutachten – deren Kosten natürlich wir übernehmen – festgestellt werden“, so Seidl zum Ablaufmodus. Insgesamt werden die Entschädigungen einige 100.000 Euro betragen.

Klosterneuburg klagt nun wegen Schlamm

Aber auch in Niederösterreich muss sich der Verbund mit Vorwürfen herumschlagen: Die Stadt Klosterneuburg klagt wegen der enormen Schlammbelastung bei der Hochwasserkatastrophe im Vorjahr – schuld sei das Verbund-Kraftwerk Greifenstein. Es habe zwar auch schon vor der Errichtung des Kraftwerkes Hochwasser gegeben, aber keine derartigen Schäden durch Schlamm. Deshalb wolle man 550.000 Euro als Schadensersatz.

Endlich – Trinkwasser für Opfer der Balkan-Flut!



0017D1N4

Foto: HBF/Prusch

Im Kampf gegen die Katastrophe auf dem Balkan konnten Österreichs Soldaten binnen kurzem einen Riesenerfolg erzielen: Sie errichteten bei Orasje (Bosnien) Wasseraufbereitungsanlagen und räumten die Entnahmestellen von „Wanderminen“. Am Freitag wurde dann an Flutopfer erstmals sauberes Trinkwasser ausgegeben. Pro Tag „reinigen“ unsere Soldaten 240.000 Liter Schmutzwasser.

Kronen Zeitung, 01.06.2014, S. 14.

Vulkanasche beeinträchtigte Samstag den Flugbetrieb im Norden Australiens: Der fast 2000 Meter hohe Sangeang Api auf der 1400 km entfernt gelegenen unbewohnten indonesischen Insel Sangeang hatte eine kilometerhohe Aschewolke in die Luft geschleudert, zahlreiche Menschen stellten Aufnahmen davon ins Internet.



Sie ist wieder da! Vor einem Jahr wurde in Obertraun die Köhlerbrücke von der Hochwasserflut völlig weggerissen und in den Hallstättersee gespült. Daraufhin wurden geplante Schutzmaßnahmen neu überarbeitet, der 525.000 Euro teure Neubau der Köhlerbrücke vorgezogen – kurz vor dem Jahrestag konnte sie nun freigegeben werden.

Trotz Entschädigungen könnte man von der Flut profitieren:

Hochwasser erspart Verbund die teure Donau-Ausbaggerung

War das Hochwasser gar ein „Geschäft“ für den Verbund? Diese böse Frage wird sich der Kraftwerksbetreiber wohl gefallen lassen müssen. Der Verbund zahlt jetzt, wie berichtet, zwar Entschädigungen an 40 Flutopfer oberhalb des Donau-Kraftwerks Aschach – erspart sich aber gleichzeitig eine teure Ausbaggerungsaktion.

Bekanntlich war der Verbund verpflichtet worden, bis 2017 etwa eine Million Kubikmeter Schotter oberhalb des Kraftwerks Aschach auszubaggern. Die Umsetzung des Projekts steckte

VON MARKUS SCHÜTZ

im Vorjahr noch am Anfang, als das Hochwasser kam. Deshalb stieg hier die Donau höher, als es bei bereits ausgebaggertem Schotter der Fall gewesen wäre – und es gab mehr Schäden. Dass es noch eine Frist bis 2017 gab, ist rechtlich irrele-

vant: „Hier wird eine verschuldensunabhängige Haftung schlagend“, weiß Florian Seidl vom Verbund – bis Ende des Jahres sollen alle Berechnungen für die Entschädigungen fertig sein.

Für die bedeutend zahlreicheren Flutopfer unterhalb des Kraftwerks – im Eferdinger Becken – hat Seidl aber schlechte Nachrichten: „Hier gab’s von uns keine Fehler, damit entfällt der Entschädigungs-Anspruch.“

Durchs Hochwasser dürfte sich der Verbund übrigens die geplante Ausbaggerung ersparen, da das Wasser neben Schlamm ja auch viel Schotter mitgerissen hat.

Wie die Flut in Linz wüthete, lesen und sehen Sie auf der folgenden Doppelseite.

ooe@kronenzeitung.at



Foto: Peter Perstl

Vor einem Jahr galt Hochwasser-Alarm in

„Sehe die Flut

Viele Oberösterreicher haben beim Dauerregen der letzten Tage wohl schlecht geschlafen – zu frisch sind die Erinnerungen an die Flut vor einem Jahr. „Ich sehe das Wasser noch vor mir, die Bilder haben sich eingebrannt“, sagt Marianne Schauerberg aus dem damals schwer getroffenen Linz – aber die Dämme hielten.

Die 52-Jährige war am Weg vom Zauberl-Eingang vor der Hochwasser-Absperrung gestanden und konnte kaum glauben, dass die B 129 nicht mehr da war, verschluckt von der Donau. Heute, ein Jahr danach, erinnern nur Schlammspuren an Bäumen oder Wäldern an Gebäuden die Flut. Doch Betroffene sehen das Wasser noch vor sich, und unser Foto hat sich an markante Punkte von damals begeben. Linz vor einem Jahr und heute – siehe unsere Bildpaare.



In der Nibelungenbrücken-Unterführung verdrängte das Hochwasser die Autos.

Von Wilhering aus wurden die Stadteinfahrt zu einem See.



Den Kunstwerken an der Donaulände – mit Blick auf Urfahr – konnten die Fluten nichts anhaben.

Linz, aber die Schutzdämme hielten Stand noch vor mir!

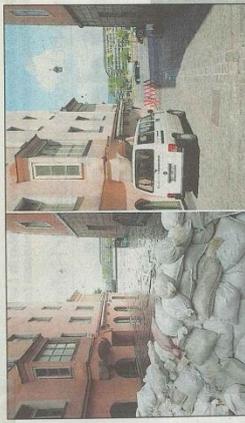
Vor genau einem Jahr steckte Linz in den Vorbereitungen zur Rekordflut: Am 4. Juni erreichte die Donau mit 9,3 Metern den Höchststand. Während die

VON MARKUS SCHÜTZ
Linzler versuchten, vor allem am rechten Donauufer mit 8500 Sandsäcken die Flut zu bändigen, bestand am gegenüberliegenden Ufer in Urfahr der mobile Hochwasserdamm seine Feuertaufe.

77 Dank der rechtzeitigen Vorbereitung konnten größere Schäden von Linz abgehalten werden.
Silvia Kremmer, Stadt Linz



Heute unvorstellbar: Profi-Kanutin Ana Lehaci konnte die Flut beim Zauberl-Eingang vom Boot aus erkunden.



Sandsäcke schirmten die Altstadt vor der großen Flut ab.



2013 und heute: die Eisenbahnbrücke.



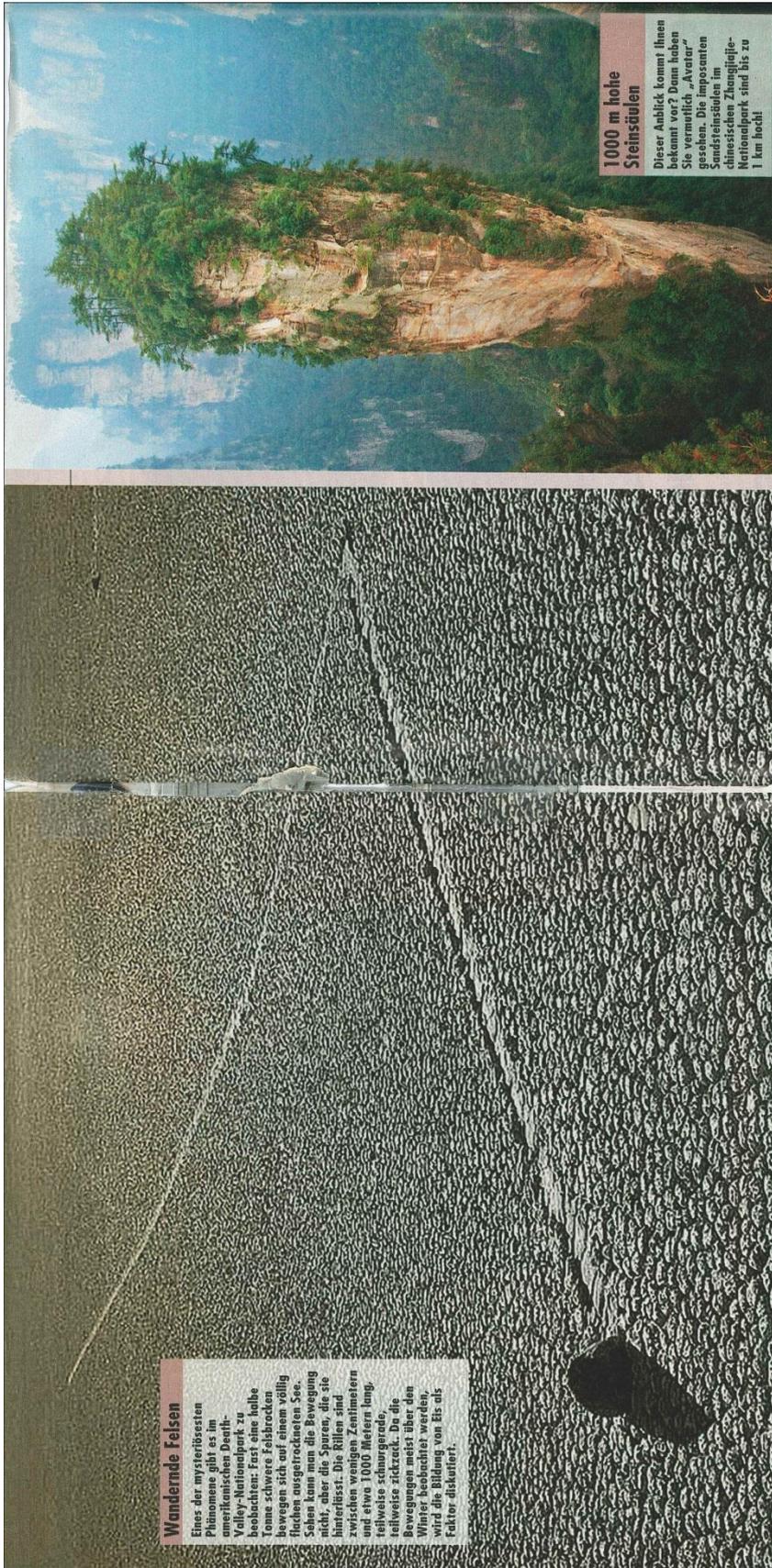
An der Donaulände konnten keine Schiffe anlegen – ein Jahr danach ist der Fluss friedlich.



Feuerwehrlinien an der Oberen Donaulände – jetzt erinnert nichts mehr an das Hochwasser.



Im Stadtteil St. Margarethen ging die wichtige Pendlerstraße B 129 in den Donaufuten unter.



Wandernde Felsen

Eines der mysteriösesten Phänomene gibt es im kalifornischen Death Valley: Hier beobachtet man eine halbe Tonne schwere Felsbrocken bewegen sich auf einem völlig flachen ausgetrockneten See. Schon kann man die Bewegung nicht, aber die Spuren, die sie hinterlässt. Die Rillen sind zwischen wenigen Zentimetern und etwa 1000 Metern lang, teilweise zickzack. Da die Bewegungen meist über den Winter beobachtet werden, wird die Bildung von Eis als Faktor diskutiert.

1000 m hohe Steinsäulen

Dieser Anblick kommt Ihnen bekannt vor? Dann haben Sie vermutlich „Avatar“ gesehen. Die imposanten Steinsäulen im chinesischen Zhangjiajie-Nationalpark sind bis zu 1 km hoch!

Atemberaubende Naturphänomene

Unsere Welt steckt voller Wunder! Riesengroße Felsblöcke rollen selbstständig durch die Wüste, ein See verfärbt sich blutrot, und in einer Höhle wachsen gigantische Riesenkrystalle 12 Meter in die Höhe ...

Von Sonja Jakubowicz

A. G. 20/14



Höhle der Riesenkristalle

Diese Sensation in der Nähe der mexikanischen Stadt Naica wurde erst im Jahr 2000 entdeckt! Einige der Selenit-Kristalle sind bis zu 12 m hoch. In der Höhle selbst hat es 60 °C!

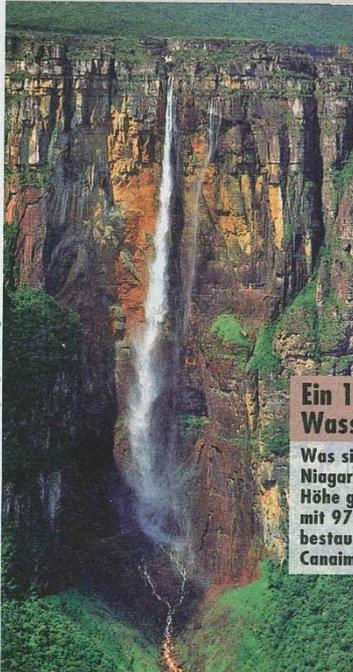


Foto: www.picturedesk.com (2), Getty Images, AP, Imago

Zwischen Wunder & Wissenschaft!

Fortsetzung von Seite 5

Nie wussten wir mehr über unseren Planeten als heute. Wissenschaftler geben uns auf vieles eine Antwort – und doch gibt es Dinge, die unerklärlich scheinen. So spektakulär manche Naturphänomene auch sein mögen, auf Menschen wirken sie oft bedrohlich und bedeuten sogar das Ende der Welt. Der See des San Angelo State Parks in Texas ist so ein Beispiel: Er verfärbte sich blutrot, Fische und Reptilien starben. Streng gläubige Christen sahen dies als Zeichen biblischer Prophezeiung. Prediger riefen dazu auf, sich taufen zu lassen und zu beten. Doch die Apokalypse blieb aus, denn die ei-

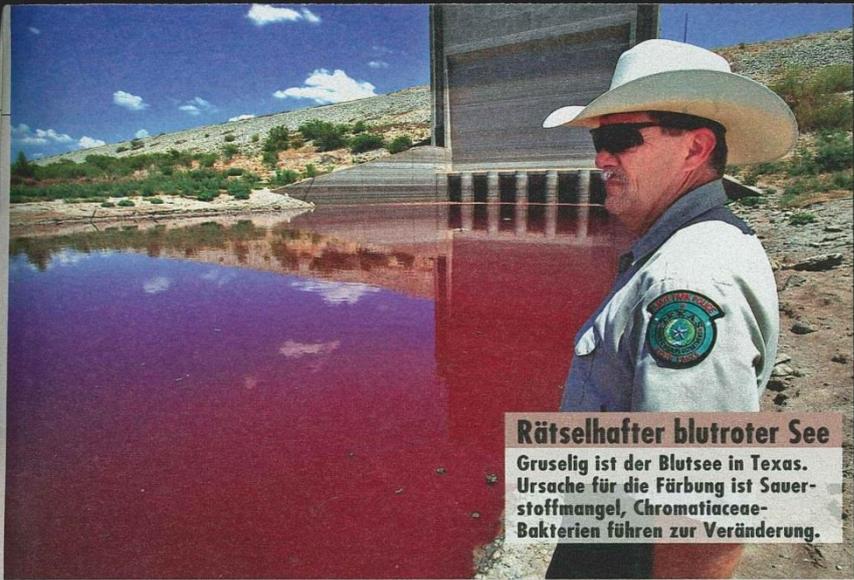
Ein 1 km hoher Wasserfall!

Was sind schon die Niagarafälle mit ihren 58 m Höhe gegen den Salto Angel mit 979 m Fallhöhe? Zu bestaunen im Nationalpark Canaima in Venezuela.

gentliche Ursache der Färbung war eine andere: Dürre führte zu Sauerstoffmangel, und die dadurch entstandenen Chromatiacea-Bakterien erzeugten den roten Farbstoff.

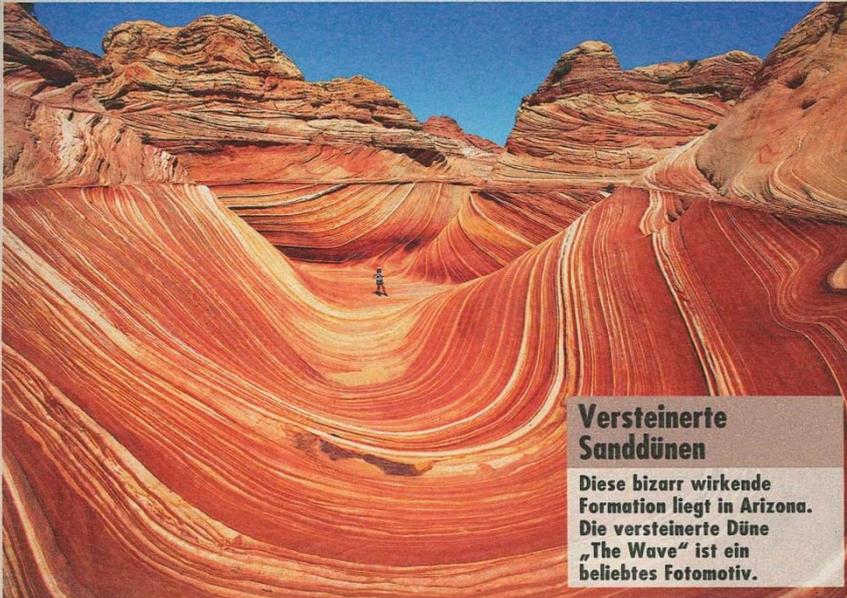
Ein gewaltiges Phänomen, das seit 100 Jahren die Forscher beschäftigt, zeigt sich im Death Valley, in Kalifornien. Mehr als 160 Steine wandern dort über den Wüstenboden. Bisher hat noch kein Mensch gesehen, wie die 350 kg schweren Kolosse das tun. Die einen spekulieren über Energiefelder, die anderen munkeln sogar, Aliens wären hier am Werk. Forscher meinen nun zu wissen: die Bewegungen werden durch Eisbildung und Wind verursacht. Die Wanderungen finden nämlich vorwiegend im Winter statt.

Und dennoch: Die Wunder der Natur wird die Wissenschaft nie ganz entzaubern können!



Rätselhafter blutroter See

Gruselig ist der Blutsee in Texas. Ursache für die Färbung ist Sauerstoffmangel, Chromatiaceae-Bakterien führen zur Veränderung.

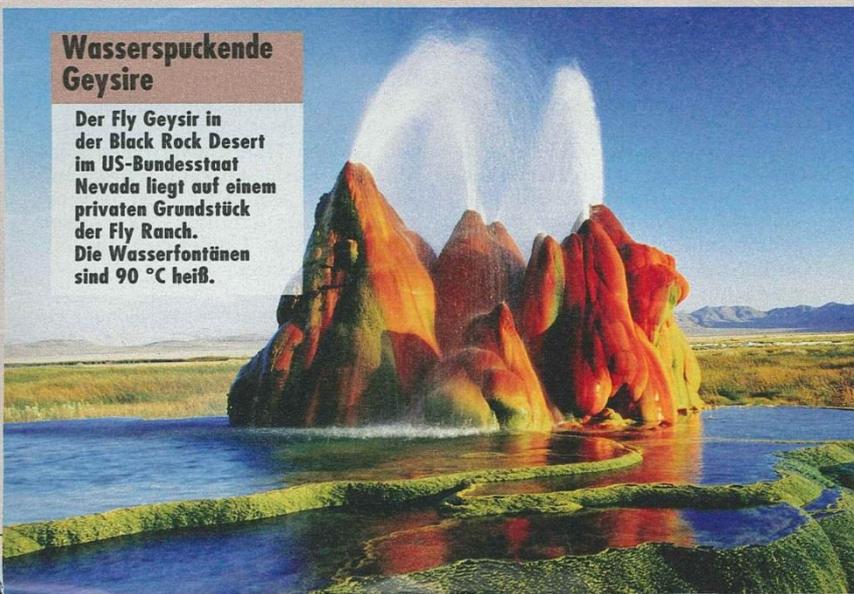


Versteinerte Sanddünen

Diese bizarr wirkende Formation liegt in Arizona. Die versteinerte Düne „The Wave“ ist ein beliebtes Fotomotiv.

Wasserspuckende Geysire

Der Fly Geysir in der Black Rock Desert im US-Bundesstaat Nevada liegt auf einem privaten Grundstück der Fly Ranch. Die Wasserfontänen sind 90 °C heiß.



Überschwemmungen noch verschlimmert?

Sprengung könnte Flut in Serbien ausgelöst haben

Belgrad. – Berichten der serbischen Zeitung „Blic“ zufolge haben falsche Entscheidungen der Behörden die katastrophalen Überschwemmungen der vergangenen Tage im Land noch verschlimmert: In der Kleinstadt Obrenovac bei Belgrad dürfte die

Sprengung einer Straße die Flut, bei der mindestens 20 Menschen ertranken, ausgelöst haben. Kritische Stimmen im Internet brachte die Regierung zwangsweise zum Schweigen, dafür veröffentlichten regimetreue Zeitungen übertriebenes Lob für das Krisenmanagement.



Die Flut 2013 beim Kraftwerk Ottenstein – Dämme waren zuvor erhöht worden.

Fluss-Experte untermauert nur, was die

Donauschlamm

Der Streit um den Donauschlamm und dessen Auswirkungen aufs Hochwasser geht in eine neue Runde. Denn ein Schweizer Fluss-Experte hat festgestellt, dass bei einem mit Sedimenten gefüllten Flussbett hinter einem Kraftwerk das Hochwasser ein bis zwei Meter höher steigt, als wenn der Schlamm nicht da wäre.

„Damit hätten dann auch Hochwasser mehr als einen Meter ansteigen lassen. Bei den Betroffenen im Eferdinger Becken traf er damit einen Nerv.“ Das Wasser stieg

Interview



Waldings Ex-Ordnungs- und Baupolizeidirektor Josef Eidenberger. Foto: Markus Schütz

Der SP-Landtagsabgeordnete hatte bekanntlich im Dezember des Vorjahres sein Bürgermeisteramt zurückgelegt, will das Hochwasser aber nicht einfach als böses Schicksal hinnehmen: „Es wäre nicht zu verhindern gewesen, aber die Auswirkungen hätten geringer sein können“, sagt Eidenberger – siehe Interview.

Der Schweizer Flussmorphologe Martin Jäggi hat festgestellt, dass nicht abgebaute Anlandungen in einem zehn bis zwanzig Kilometer langen Stauraum das

Opfer des Hochwassers im Vorjahr schon immer über Kraftwerke behauptet

verstärkte Auswirkung der Flut

zwischen einem und 1 1/2 Metern höher als prognostiziert.“ Dass der Verbund die Dämme hinter dem Kraftwerk Ottenstein in den vergangenen Jahren wegen des durch Schlammablagerungen gestiegenen Wasserspiegels um 80 Zentimeter erhöhen ließ, wird von Betroffenen so gewertet, dass man die Auswirkungen kannte.

„Wasserstand zum Ausputzen nutzen“

Der Waldinger Ex-Bürgermeister Josef Eidenberger hat die Aufarbeitung der Flut von 2013 zu seiner Lebensaufgabe gemacht.

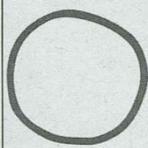
Dass der Verbund oberhalb des Kraftwerks Aschach etwa 40 Flutopfer einschätzt, ist für Eidenberger nicht nur ein Verlust, sondern auch ein Wasserauf Ihre Mühlen.

Weil bisher immer geleugnet wurde, dass man Einfluss auf das Hochwasser genommen hat, behauptet Eidenberger, dass auch im Stauraum Ottenstein weniger passiert wäre, hätte man das Sediment regelmäßig entfernt.

Was fordern Sie?

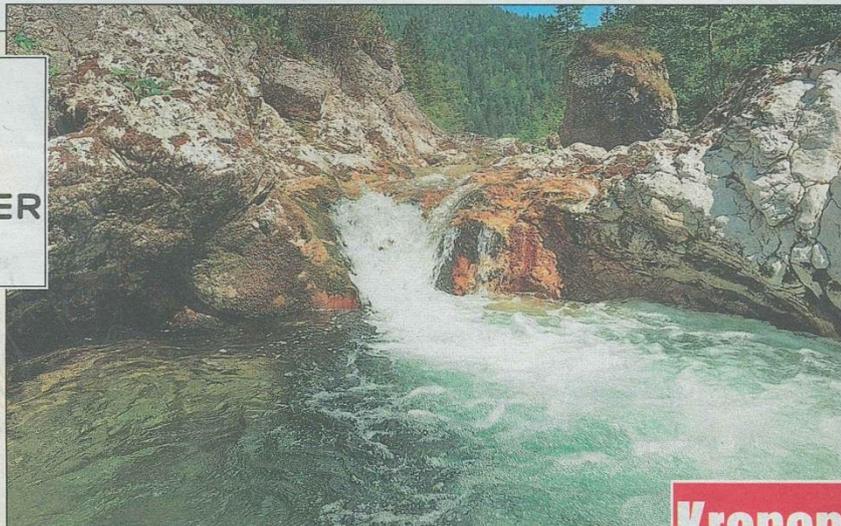
Dass die Änderung der Wehrbetriebsordnung beim Kraftwerk Asien, die einen um einen Meter höheren Anstau und damit höheren Rückstau nach Ottenstein erlaubt, zurückgenommen wird und man ein „Sediment-Management“ einführt. Höherer Wasserstand müsste zum Ausputzen der Stauräume genutzt werden. Sie bleiben hart.

Weil ich die Schicksale der Flutopfer kenne und das System einfach menschenverachtend ist. Auch die teilweise eher willkürlich bestimmte Absteckungszone sollte ganz neu überdacht werden. MS



MUTTER ERDE

Der ökologische Rückbau unserer Gewässer – das beste Mittel zum Schutz gegen drohende Fluten!



Naturbelassener Gebirgsbach! Doch an ihren Unterläufen brauchen Gewässer genügend Platz – der beste Schutz gegen Fluten.

Kronen Zeitung
www.krone.at
PRÄSENTIERT

Schutz vor der Flut

Es war die pure, die wilde Ursprünglichkeit – doch dann wurde mit einem Kraftwerksbau massiv in die Natur eingegriffen. Der „Amazonas“ des Alpenvorlandes wurde seiner Würde und Schönheit beraubt. Über Jahrzehnte floss die Traisen in ihrem Oberlauf in einem ökologisch toten Bett! Genau das aber wird sich ändern. Denn unsere Petrijünger haben gemeinsam mit dem VERBUND und der EU das größte Re-

vitalisierungsprojekt Österreichs gestartet. „Wir schaffen hier wieder jene Auen-Wildnis, durch die

VON MARK PERRY

unsere Ahnen vor Tausenden Jahren gestreift sind“, versichert Projektleiter Helmut Wimmer.

Ähnliches ist bei Serfaus und in der Milser Au am Inn in Tirol im Werden. Auch dort gilt mit Hilfe des WWF Revitalisierung als

Gebot der Stunde. Dort ist ebenfalls der Schutz vor kommenden Fluten eine der Antriebsfedern. Um Hochwasserkatastrophen zu verhindern (2005 war Innsbruck nur knapp an einer Wasserapokalypse vorbeigeschrammt) wird dem türkis-schönen Fluss im heiligen Land wieder Raum geschenkt. „Der Inn kann sich in naturnahen Flussabschnitten ausbreiten. So wird der Flut im Falle des Falles die Spitze

genommen. Siedlungen und Dörfer bleiben verschont“, schildert Arbeiterfischer-Präsident & Öko-Volksanwalt Günther Kräuter.

Geheimtipp des Tages: Von morgen, Dienstag, bis zum Donnerstag stellen die Arbeiter-Petrijünger sowie das Kuratorium für Fischerei und Gewässerschutz und die Fischereigesellschaft von 1880 am Linzer Hauptplatz das größte mobile Aquarium Europas auf: Mit Einblicken in die sonst verborgene Welt der Wasserlebewesen.

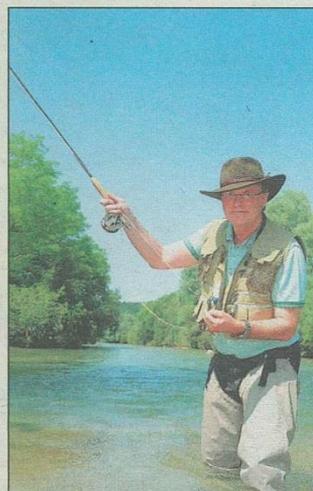
Der ORF widmet dem heißen Thema Wasser auch heute wieder einige Spezialsendungen.

Spendeninfos:
www.muttererde.at
oder ☎ 0800 400 002; per Erlagschein (erhältlich in allen Erste-Bank-Filialen Umweltinitiative Wir für die Welt) Erste Bank IBAN AT44 2011 1800 8008 8000, BIC GIBAATWWXXX



Fotos: Gabriele Moser

Die Traisen wird zum „Amazonas“ der Alpen zurück gebaut. Öko-Anwalt Kräuter (re.) begrüßt das von ganzem Herzen.



3.6.2014

Viele leben noch in Baustellen, sparen

Vor einem Jahr kam Warten zermürbt die

„Wir warten!“ Bei einem Lokalausgleich genau ein Jahr nach der Katastrophenflut herrscht im Eferdinger Becken Ruhe. Für viele Hochwasseropfer zu viel Ruhe. Sie wollen endlich eine Entscheidung treffen können: gehen oder bleiben. Doch die Schätzgutachten ihrer Häuser – wie auch ein Gesamtkonzept – fehlen noch.

„Ich glaube, dass keine fünf Leute bleiben wollen. Aber einen Ersatzgrund hat noch kaum jemand“, sagt Paul Missner (63), dessen Haus in der Goldwörther Ortschaft Hagenau bis zur Erdgeschoßdecke vollgelaufen war. Die meisten in der Nachbarschaft haben die

Schäden oberflächlich beseitigt, wollen nicht viel investieren – in Häuser, die vielleicht bald abgerissen werden. „Vermutlich wird sich viel in der nächsten Generation entscheiden, wenn die Jungen woanders bauen und die Eltern bleiben“, sagt Ingrid Plakolm, die mit ihrem



Foto: Markus Schütz



▲ Johann und Ingrid Plakolm haben ihr Heim renoviert, das im Vorjahr mitten in den Donaufloten stand (Bild o.).

Interview

„Wir wurden durch Flut bescheidener“

Der Hof von Ingrid und Johann Plakolm aus Walding liegt genau am Rand der Absiedlungszone. Ob sie gehen? Sie überlegen noch.

Das Erdgeschoß war geflutet, ist aber inzwischen wieder hergerichtet.

Mit Abstrichen, man wird bescheidener. Es müssen keine Einbaumöbel mehr sein, lieber etwas, das rasch abgebaut ist. Ohne unsere Freunde wäre es nicht gegangen.

Sie könnten absiedeln. Ist das ein Thema?

Es kommt darauf an, wie hoch das Ablöse-Angebot ist und wie das Gesamtkonzept aussieht. Wenn sie einen Damm bauen, und wir sitzen auf der falschen Seite...

Sie haben mit einem Bauern am Berg Grund getauscht – ein Notfallplan?

Es ist ein gutes Gefühl, eine Option zu haben. Vielleicht nicht mehr für uns, aber vielleicht für unsere Kinder. MS

S19

für einen Neustart die Donau: Flutopfer!

Ehemann Johann in Walding einen Bauernhof führt, der am Rande der Absiedlungszone liegt – siehe Interview. Wenige Kilometer entfernt, am Freizeitgelände

VON MARKUS SCHÜTZ

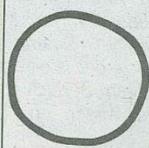
der Badeseen in Feldkirchen, wartet Restaurantbetreiber Robert Thalhammer auf eine Entscheidung: „Wir sind in der lila Zone, nicht im Absiedlungsbereich. Wir wollen jetzt hochwassersicher aus- und umbauen, doch es droht ein Bauverbot. Wir haben das Restaurant nach der Flut wieder soweit renoviert, dass der Betrieb funktioniert, mehr zu investieren, wäre nicht sinnvoll.“



Fotos: Markus Schütz



Zwischen diesen Bildern von der Zufahrtsstraße zu den Seen in Feldkirchen liegt genau ein Jahr. Hier ist keine Absiedlung geplant.



MUTTER
ERDE

Von Hainburg bis
zum Regenwald
der Österreicher
– das Engagement
Zehntausender
„Krone“-Leser!



Gerettete Hainburger Au – ein Verdienst der Krone-Leser, die sich damals zu Zehntausenden vor die anrückenden Bagger warfen

**Kronen
Zeitung**

www.krone.at
PRÄSENTIERT

Au als Lebensader

Ruhig liegt sie in der Frühlingssonne, – und nichts kann diese – nur durch das Schwirren von Libellen oder Summen von Wildbienen unterbrochene – Stille trüben. Und das wird eine kleine Ewigkeit so bleiben. Denn die „Lange Luss“ bei Hainburg wurde mit den Spenden der „Krone“-Leser freigekauft. Doch diese Rettungsaktion ist nur eine von vielen – der Naturschutzbund bewahrt auch andere Auen-Gebiete vor der Zerstörung.

„Wir stehen unserer Mutter Erde bei, wo immer wir können“, versichert Naturschutzbund-Lady Dagmar Breschar. Aktuell

VON MARK PERRY
UND LUKAS LUSETZKY

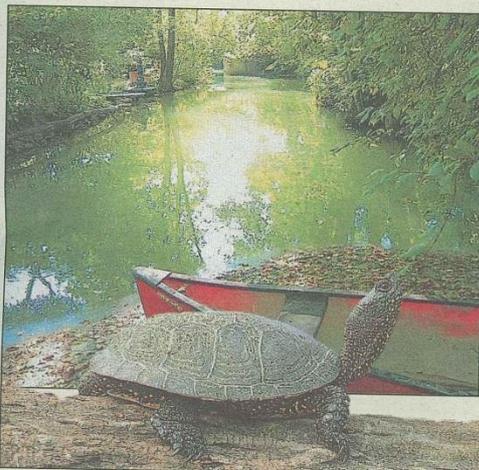
im Ökofokus der Umweltbewahrer mit Zentrale in Salzburg: Paradiese wie die Grenzmur, der Drauchentbach und die Trummerlahn in der Steiermark! Die Strategie für deren Rettung: Mit nur 10-Spenden-

Euro können 100 Quadratmeter Naturparadies aufgekauft werden. Infos: www.naturschutzbund.at

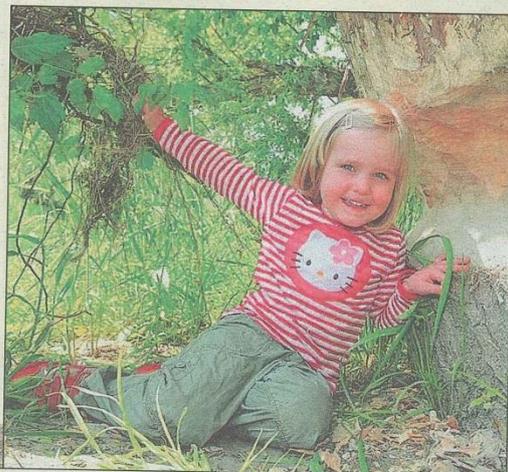
Für die raren Sumpfschildkröten, die akut vom Schrumpfen ihres Lebensraumes betroffen sind, wiederum engagieren sich die Ranger des Nationalparks Donau-Auen. Um einzelne Nester schützen zu können, suchen sie Paten für die kleinen Aubewohner. Mit dem Geld können dann sogar die Eier ausgebrütet werden.

Am anderen Ende von Mutter Erde, in Costa Rica, ist es der unverwüstliche „Robin Wood“ Michael Schnitzler, der mit Hilfe der „Krone“-Leser den „Regenwald der Österreicher“ (www.regenwald.at) gegen Holzfäller und Goldwäscher verteidigt.

Unter www.muttererde.at können im Rahmen unserer großen gemeinsamen Umweltaktion mit dem ORF ab sofort eigene Projekte eingereicht werden. Spendenteléfono: ☎ 0800 400 002



Auch die Grenzmur harrt ihrer Rettung. Mit Spenden der „Krone“-Leser können Europäische Sumpfschildkröten (li.) gerettet werden. Spuren an Bäumen zeugen von Biberbesiedlung (re.).



Fotos: Kurt Kracher (2), Gabriele Moser (2)

HOCHWASSER

Oberösterreich und Bayern kooperieren beim Schutz vor Donauhochwässern noch enger

LINZ. Vor genau einem Jahr hatte das Hochwasser Linz und weite Teile des Landes fest im Griff. Unter dem Eindruck der Überschwemmungen wurden Pläne für einen Ausbau der Schutzmaßnahmen und für eine intensivierte Zusammenarbeit mit den Nachbarn geschmiedet.

Der Bayrische Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz, Marcel Huber, war nach Linz gekommen, um sich mit Landeshauptmann Josef Pühringer und Umweltlandesrat Rudi Anschober auszutauschen und die Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit beim Hochwasserschutz in der Donauregion zu



In Linz bestanden die Schutzmaßnahmen im Vorjahr ihre Bewährungsprobe.

besiegeln. „Um bei gravierenden Hochwasserereignissen den Schutz der Bürger noch zu verbessern, setzen wir zukünftig verstärkt auf einen Rückhalt des Wassers in der Fläche“, erklärt Huber. Künftig soll dem Wasser also mehr Raum gegeben werden um sich auszubreiten, etwa in Auwäldern und Mooren. Bei der Suche nach geeigneten Flächen soll die Kooperation zwischen Bayern und Oberösterreich intensiviert werden, kündigt Landesrat Anschober an. Darüber hinaus soll

den künftig auch durch gesteuerte Flutpolder (eingedeichtes Gelände) gezielt Hochwasserspitzen reduziert werden. Als beim letzten Hochwasser durch Dammbüche einige Polder geflutet wurden, habe sich gezeigt, dass die Hochwasserspitzen dadurch merklich gesenkt wurden, so Huber. In Zukunft soll dies, durch eine ganze Kette von Überflutungsflächen entlang der Donau, gezielt zur Steuerung des Flutscheitels genutzt werden. Davon würde natürlich auch Oberösterreich im Fall einer Flut profitieren, da die aus Bayern eintreffenden Flutscheitel niedriger ausfallen würden. Derzeit ist man auf der Suche nach geeigneten Flächen. Eine erste Anlage befindet sich bereits in Bau. ■

ETECH

1000 Photovoltaik-Anlagen installiert

GRAMASTETTEN/WALDING. Die Bürgermeister Mag. Andreas Fazeni aus Gramastetten und Erich Haas aus Walding besichtigten mit Josef Schöffl das tausendste Photovoltaik-Kraftwerk von ETECH bei Familie Wolfmair aus Gramastetten.



Beim Besichtigen der Jubiläumsanlage (v. l.): Josef Schöffl, Familie Wolfmair sowie die Bürgermeister Andreas Fazeni und Erich Haas

Fotos: ETECH

Bereits seit 1987 plant und errichtet ETECH Schmid u. Pachler, das bekannte Familienunternehmen aus Linz, Photovoltaik-Anlagen. Von Beginn an waren die Qualität und Ausführung richtungweisend für den heutigen Standard. Die Möglichkeit Strom selbst zu erzeugen wird nun durch die günstige Preisentwicklung der Kompo-

nenten gefördert. Josef Schöffl, der Leiter der Abteilung Photovoltaik bei ETECH: „Die rasche Entwicklung neuer Regelungen und Speichersysteme begünstigt die Tatsache den erzeugten Strom selbst zu verbrauchen und damit die Amortisationszeit zu verkürzen.“ Nur durch den Einsatz ausgewählter Qualitätsprodukte wird ein maximaler Wirkungsgrad der Anlage erreicht. In Verbindung mit der professionellen Montage

wird dem Kunden eine langjährige Nutzung ermöglicht, erklärt Schöffl weiter.

Energie-Pionier

ETECH bringt nicht nur „Energie in Form“, sondern möchte auch Kunden durch Kompetenz und Service zum nächsten Schritt begeistern. Johann Wolfmair aus Gramastetten kann zu den Pionieren in Bezug auf alternative Energieerzeugung gezählt wer-

den. Die Kombination, Strom aus Sonne und Holz zu gewinnen und diese innovativ zu speichern, sollte ein energieautarkes Heim in naher Zukunft ermöglichen.

Als kleines Dankeschön übergab Josef Schöffl unter Beisein der dem Thema ebenfalls sehr aufgeschlossenen Bürgermeister aus Gramastetten und Walding, einen Gutschein an Familie Wolfmair. ■ Anzeige

KONTAKT
www.etch.at; pv@etch.at



1000. Photovoltaik-Anlage von ETECH

ETECH

Donaustrand kommt mit Sand- und Schatteninsel

LINZ — Nach der nötig gewordenen Überarbeitung des Donaustrand-Entwurfs soll dieser nun im Sommer 2014 mit einer Sandinsel und einem Beschattungselement kommen. Im kommenden Jahr ist eine Wassermulde in Elipsenform auf der Grünfläche zwischen Donau und Damm geplant. Bereits gestartet ist die Ausschreibung für die Gastronomiestände auf der Koref-Promenade. Bis 11. Juni läuft die Frist, danach soll das Genehmigungsverfahren möglichst rasch durchgeführt werden, um noch im Sommer in Betrieb gehen zu können.

Neue Strategien im Kampf gegen das Hochwasser

Die Devise lautet: „Rückhaltebecken statt Dammbau“
Heuer Baubeginn für 83 neue Projekte

LINZ — Vor einem Jahr setzte über Österreich der große Regen ein, und er hörte mehrere Tage hindurch nicht auf. In Oberösterreich wurden am Sonntag, dem 2. Juni 2013, in der Früh wegen des alarmierenden Wasserstandes der Salzach Hunderte Einwohner von Ettenau (Bezirk Braunau) evakuiert. In Ebensee waren zwei Ortsteile von der Außenwelt abgeschnitten, ganze Straßen wurden weggeschwemmt. Wenig später überflutete der Inn den Damm in Schärding. Überraschend stark brach das Wasser über das Eferdinger Becken herein: In Walding retteten sich Menschen auf Hausdächer, in Feldkirchen und Goldwörth wurden Gebäude geräumt. Obwohl die Wasserständen deutlich größer waren,

fiel der angerichtete Schaden im Vorjahr mit 230 Mio. Euro wesentlich geringer aus als 2002 (1,2 Mrd.), was vor allem eins zeigte: Die in den vergangenen Jahren vorgenommenen Schutzmaßnahmen haben sich bewährt.

Schon 535 Projekte seit 2005 realisiert

Insgesamt sind in Oberösterreich seit dem Jahr 2005 im größten Schutzprogramm der Landesgeschichte 535 Schutzprojekte realisiert worden. Auch heuer werden 83 Projekte begonnen, weitere 74 befinden sich bereits in Planung. Wobei laut Landesrat Rudi Anschober beim Kampf gegen die Fluten auf eine neue Strategie gesetzt wird. Wurde früher „linear“ gebaut, sprich Dämme errichtet, setzt

man jetzt zunehmend auf vorbeugende Maßnahmen, wie etwa auf Rückhaltebecken. Eines der größten dieser Art wird derzeit im Kremstal errichtet. Auf einer Fläche von rund 100 Hektar soll das Becken Krems-Au in den Gemeinden Nußbach und Wartberg/Krems nicht nur den Hochwasserschutz in den beiden Gemeinden signifikant verbessern, sondern auch am gesamten Unterlauf bis nach Ansfelden. Für Anschober zeigt sich an diesem Beispiel, dass beim Hochwasserschutz großräumig gedacht werden muss. Nicht immer zeigt sich die Wirksamkeit der Maßnahmen dort, wo sie errichtet werden. Leider fehle daher auch in einigen Fällen das Verständnis mancher Grundeigentümer, an deren Solidarität der Landesrat appellierte.

60 Pestizide in heimischen Flüssen

WIEN – In 22 von 42 stichprobenartig untersuchten Flüssen in Österreich wurden insgesamt 60 unterschiedliche Pestizide nachgewiesen. 15 davon gelten als hormonell wirksame Chemikalien, die mit Missbildungen bei Fischen und Amphibien in Zusammenhang gebracht werden. Das ist ein Ergebnis einer Reihe von Tests im Auftrag von Global 2000.

Treibhausgase reduziert

BRÜSSEL — Die Treibhausgase in der EU sind nach dem neuesten Jahresbericht der Europäischen Umweltagentur von 2011 auf 2012 um 1,3 Prozent von 4603 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalente auf 4544 Mio. Tonnen gesunken. In Österreich nahmen sie nach dem Bericht um 3,7 Prozent von 83 auf 80 Mio. Tonnen ab. Den höchsten Ausstoß wies Deutschland auf.



Foto: Markus Schütz

Eine Luftaufnahme vom 3. Juni 2013: Das Eferdinger Becken war damals zu großen Teilen überflutet

Bereits 535 Projekte wurden bei uns seit 2005 umgesetzt:

Sture Grundbesitzer bremsen Hochwasserschutz oftmals aus

Heute vor einem Jahr stand das halbe Land unter Wasser – der ideale Zeitpunkt für Landesrat Rudi Anschöber, um das Hochwasserschutz-Bauprogramm zu präsentieren. Dabei verrieten Gewässerbezirksleiter, dass sture Grundeigentümer oft die härtesten Nüsse sind, die teilweise Projekte um Jahre verzögern.

Seit dem Jahr 2005 wurden im größten Schutzprogramm der

Landesgeschichte um 672 Millionen Euro bereits 535 Hochwasserprojekte umgesetzt, heuer werden 83 Vorhaben gestartet, weitere 74 sind in Planung. Wilhelm Laimer, Gewässerbezirksleiter in Gmunden, schilderte

gesetzt hat, hat er endlich aufgegeben.“ Noch schlimmer ist es im Pramtal, wo seit 1997 die Verhandlungen für ein Rückhaltebecken laufen. Rudi Anschöber: „Leider nimmt die Solidarität mit dem Absinken des Flutpegels ab, das zeigt sich bei den Grundeinlösen.“

ooe@kronenzeitung.at

VON CHRISTOPH GANTNER

offenherzig, wie schwierig die Umsetzung teilweise ist: „So hat ein Grundbesitzer in Obertraun das Schutzprojekt um vier Jahre verzögert. Der Schutzdamm verläuft über sein Anwesen, das wollte er nicht und ging durch alle Instanzen bis zum Verwaltungsgerichtshof. Erst als das Hochwasser 2013 wieder den halben Ort unter Wasser

77 Der Flutschutz hat sich sehr verändert, heutzutage gibt man dem Wasser wieder mehr Raum.

Gerhard Fenzl, Leiter Gewässerwirtschaft



Foto: Markus Schütz

In Schärding sind Inn-Tore nun flutsicher

Prognosemodelle und Warnungen vor

Flutkatastrophe

Die Flutkatastrophe 2013 zeigte Schwächen bei Schutzvorkehrungen deutlich auf. Das darf nicht unter den Teppich gekehrt werden, sondern soll zu Verbesserungen führen, sagt der zuständige Landesrat Anschöber. So sollen künftig Pegel-Prognosen und Warnungen schneller und umfangreicher kommuniziert werden.

Eines stellt Rudi Anschöber klar: Viele Schutzbauten haben sich im Vorjahr bewährt und die Schäden mit 250 Millionen Euro ums Fünffache geringer gehalten als 2002: „Wir hatten deutlich mehr Wasser, aber weniger Schäden.“ Dennoch könne man nach solchen Katastrophen nicht zur Tagesordnung übergehen, man müsse Schwächen – wie auf der Info-Ebene oder beim Stauablassen – beheben.

Es gab damals immer wieder Kritik von Helfern: „Hätten wir das früher gewusst, dann hätten wir uns

Becken werden in die Homepage des Landes integriert. Künftig werden Hochwasserberichte alle drei Stunden

leichter getan.“ Daher wird das Hochwasservorhersagesystem mit den Daten von 2013 nachgecheckt, die Auswirkungen älterer Hoch-

VON JOHANNES NÖBAUER

wasser sowie Szenarien mit 50% höheren Niederschlägen werden analysiert. Der Pegel Steyr-Ortskai/Enns wird zum Vorhersagepegel ausgebaut, andere Pegeldaten wie aus dem Eferdinger Becken werden in die Home-

Hochwasser werden künftig schneller, besser und umfangreicher kommuniziert:

zeigte die Schwächen deutlich auf

77 Hochwasserberichte enthalten künftig auch eine genaue Einschätzung der meteorologischen Situation.

Landesrat Rudi Anschöber

(statt bisher alle sechs) aktualisiert. Wasserstandsvorhersagen gibt's für 48 statt 24 Stunden (dabei soll der Bezug zu den letzten Hochwassern dargestellt werden).

Weiters werden Internetauftritte neu gestaltet, verbessert und übersichtlicher, umfangreiche Flut-Warnungen und Prognosen über Radio, TV, ORF-Teletext oder Online-Ausgaben der Printmedien kommuniziert.

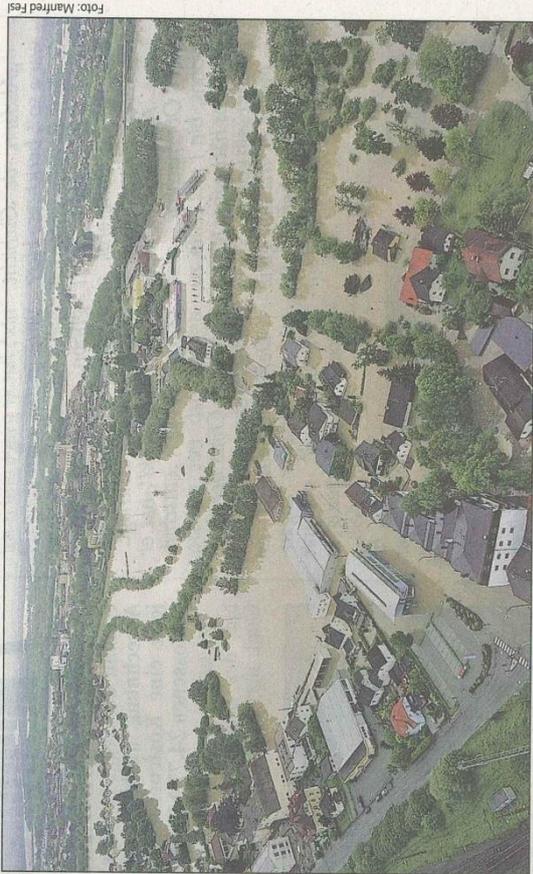
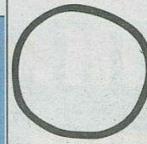


Foto: Manfred Fesl

Aus extremen Katastrophen wie 2013 in Schärding sollen Lehren für die Zukunft gezogen werden

Schützt unser ewiges Eis

SAVE THE
ARCTIC



MUTTER
ERDE

Unterstützt von

**Kronen
Zeitung**

www.krone.at



Fotos: Kate Davison

Greenpeace im Kampf für die Pinguine: Die letzten Wildnisgebiete von Mutter Erde sind akut von der Zerstörung bedroht! Denn hier drohen wie am Nordpol Ölbohrungen und industrielle Fischerei.

Seit 800.000 Jahren sind unsere Pole von Eis bedeckt. Jetzt aber sind die allerletzten Wildnisgebiete von Zerstörung bedroht!

Die Arktis ist eines der allerletzten intakten Ökosysteme dieser Erde. Hier leben indigene Völker in Harmonie mit der Schöpfung und einzigartigen Tieren wie Eisbär, Walross, Narwal und Belugawal. Doch

reflektiert Sonnenstrahlen ins All und kühlt als „Klimaanlage“ den Planeten. „Das Eis der Pole sorgt für stabile Wettersysteme, von denen unsere Ernten abhängig sind“, warnt die erfahrene Greenpeace-Aktivistin Melanie Aldrian.

VON M. PERRY & CHR. MATZL

Genau hier setzt die gemeinsame Kampagne von ORF und „Krone“ an. In der einzigartigen Mutter-Erde-Show am Freitag (20.15 Uhr auf ORF 1) werden verschiedene Projekte vorgestellt, an den Spendentelefonen sitzen viele Prominente. Es moderieren Tarek Leitner und Kati Bellowitsch. Alle Infos: www.muttererde.at

jetzt sind dieses Paradies auf Erden und auch sein Gegenpol im Süden bedroht. Hauptursache für das drohende Verschwinden des unersetzlichen Lebensraums: Der Klimawandel! In den letzten 30 Jahren sind drei Viertel der Eisdecke vom Nordpol verschwunden. Bald könnte die Arktis zum ersten Mal seit Menschengedenken eisfrei sein. Mit dramatischen Folgen für die ganze Welt: Denn das Eis

Genau hier setzt die gemeinsame Kampagne von ORF und „Krone“ an. In der einzigartigen Mutter-Erde-Show am Freitag (20.15 Uhr auf ORF 1) werden verschiedene Projekte vorgestellt, an den Spendentelefonen sitzen viele Prominente. Es moderieren Tarek Leitner und Kati Bellowitsch. Alle Infos: www.muttererde.at





Fotos: picturenews.at (2), Picturedesk

Daniela Fellner (35) beim Aufräumen der Hochwasser-Schäden 2014: Die Fellners vor ihrem Haus – sie überlegen abzusiedeln.

„Unser Leben nach der Flut“

„Wir waren am Boden zerstört. Mit dem enormen Anstieg des Wassers haben wir nicht gerechnet“, erinnert sich Markus Fellner (35) aus Gold-



Goldwörth war besonders stark betroffen.

wörth (Bez. Urfahr-Umgebung) an die Flut vor einem Jahr, bei der viele Familien in OÖ ihr Hab und Gut verloren haben.

So auch die Fellners. Bis zu 2,4 Meter hoch war der Hof und

Von Michael Prieschl

das gesamte Wohngebäude der vierköpfigen Familie überschwemmt. Das Hochwasser hat die Landwirtschaft samt Reitstall verwüstet. Gerade für

die Kinder Elias (11) und Laura (9) war es ein Horrorerlebnis. Fellner: „Immer wenn es regnet, werden wir daran erinnert.“

Auch wenn das Haus inzwischen in mühsamster Arbeit wieder saniert wurde, spielen die Fellners weiterhin mit dem Gedanken, aus dem Ort abzusiedeln. „Wir wollen aber erst einmal das Angebot des Landes abwarten. Danach treffen wir eine Entscheidung“, so Fellner ■

Foto: privat

Nach Hochwasser 2013 setzte Umdenken ein:

Neue Homepage bei Katastrophe

„So etwas darf uns nicht noch einmal passieren“ – LH Josef Pühringer und Landesrat Max Hiegelsberger zogen aus dem Informationschaos beim Hochwasser 2013 ihre Lehren: Das neue Krisen- und Katastrophenschutzportal auf www.land-oberoesterreich.gv.at/kkp des Landes soll einen klaren Überblick geben. Es soll über aktuelle

Gefahren und Ereignisse – wie zum Beispiel Straßensperren und Wasserpegel – genau informieren.

Zudem kann man sich auf der Homepage www.zivilschutz-ooe.at gratis für die Zusendung von Warn-SMS registrieren lassen. Und im Bezirk Perg wurden vorbildhaft die Notfallpläne auf Bezirks- und Gemeindeebene überarbeitet.

Kronen Zeitung, 14.06.2014, S. 8.

● **Grönlandeis schmilzt**

Grönlands Eisdecke verliert neuen Studien zufolge bis zu einem Meter Dicke jährlich, dadurch steigt der Meeresspiegel global spürbar.



Leo Windtner (li.) und Rudi Anschöber gestern am Dachstein.

Foto: Werner Pöchinger

Lokalausganschein „am Krankenbett“

Gletscher-Leid

Wer den Klimawandel aus erster Hand erleben will, sollte auf Gletscher steigen – wie es Energie-AG-Generaldirektor Leo Windtner und Umweltlandesrat Rudi Anschöber (Grüne) am Dienstag mit Experten und Journalisten machten. Die Schneelandschaft am Dachstein täuscht, denn immer mehr Felsen wachsen heraus.

Eis- und Schmelzwasserhaushalt sowie das Klima am Hallstätter Gletscher

„Brüchten einige starke Winter“

Seit 2006 beobachtet der Meteorologe Klaus Reingruber die Dachstein-Gletscher bei ihrem Wegschmelzen.

Wann war die beste Zeit der Dachstein-Gletscher? Um 1856 waren sie am Höhepunkt und 1982 war

den heißen Sommern aber wieder weg. Wir bräuchten einige starke Winter, damit die Gletscher wieder zulegen können. Aber der Temperaturtrend steigt leicht an, so wie in den Klimazonen.

Interview
Klimawandel
Beitrag



Foto: Werner Pöchinger

Gletscherkundler Klaus Reingruber.

5A

der schrumpfenden Dachstein-Eisriesen

im Klimawandel

Mitte Juni in einer Winterlandschaft, auf sieben Meter Schnee (davon sechs aus diesem Winter), und darunter 70 Meter Eis, das von vielen Spalten durchzogen ist.

Ein noch immer mächtiges, bis zu 120 Meter tiefes Eisschild – das aber unter den steigenden Temperaturen leidet: „2013 ist nur ein halber Meter verschwunden, 2011 waren es gleich zwei“, weiß Experte Reingruber.

Ob der Enns

„Jeder, der am Klimawandel zweifelt, sollte über die Gletscher gehen und selbst nachschauen“, sagt Energie-AG-General Leo Windtner. Und tatsächlich,

darüber lässt sich aufgrund der Weltklimaberichte kaum mehr streiten. Also ist Handeln angesagt. Doch da muss sich die Politik ganz oben (UNO,

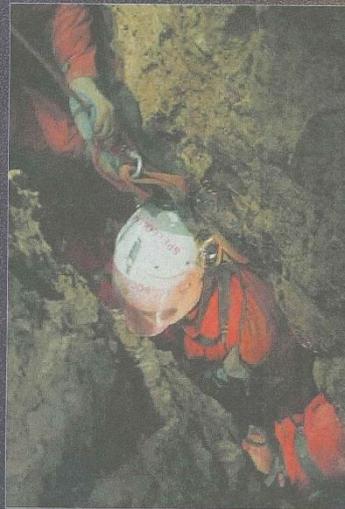
Handeln ist angesagt!

wer sich oben am Berg zeigen lässt, wie sich die Landschaft allmählich verändert, was Ernstes im Gange ist. Wie weit das von Menschenhand gemacht ist, kleine Welt verändern! pö



Die größte geschützte Meereszone der Welt will US-Präsident Barack Obama im Pazifischen Ozean einrichten: Per Dekret sollen Fischerei und Bohrungen jeweils 200 Seemeilen rund um sieben kleine Inseln, Atolle und Riffe zwischen Hawaii und Amerikanisch-Samoa – oben sind Korallen um das Palmyra-Atoll zu sehen – streng verboten werden.

- „Krone“ berichtet aus Berchtesgaden
- Millimeterarbeit in Unglücksschacht
- Zeigt sich Untertersberg noch gnädig?



Ausnahmezustand in der beschaulichen Kleinstadt Berchtesgaden. Hier ist die Kommandozentrale der Bergwacht Bayern – an diesem Ort laufen alle Fäden in puncto der spektakulären Bergung in der Riesending-Schachthöhle zusammen.

Jeden Moment kann einer der Einsatzkräfte vor die Tür treten und die erfassende Nachricht von der gezielten Rettung Johann Westhausers verkünden. Kein Wunder also, dass die Anzahl der Fernschichtteams aus aller Welt, Schachthöhle zusammen-



Der „Arzt aus Stahl“ Dr. Martin Göksu (Pfeil) beim Opfer in der Riesending-Höhle

Interview

Die Reportage
VON BRIGITTE BLASBREITER



„Krone“-Reporterin am Untertersberg

Warten auf erfahrenen Bergsteiger aus dem Umland, ist es auch, der der „Krone“ beim Lokalaufguss erklärt. Alois Huber, ein

Arzt aus Stahl: „Opfer in

Martin Göksu aus Stockerau (NO) war der Arzt, der Höhlenforscher Westhauser nach dem verheerenden Steinerschlag zu Gesicht bekommen hat. Jetzt erblickte der Mediziner wieder die „Krone“ seine Erlebnisse unter der Erde:

Mit einem unbehandelten Schädel-Hirn-Trauma lag Johann Westhauser in seinem Höhlen-Gefängnis, dann kamen Sie. Können Sie etwas aussprechen?

Das hoffe ich doch. Logisch. Unter normalen Umständen müsste man sofort einen Schädel-CT machen, um zu sehen, was der Stein wirk-

haben wir berechnigten Grund zu hoffen, dass dieses Höhlendrama glimpflich ausgeht. Schließlich ist das Team fast am Ziel. Aber: Kurz vor dem Ausgang ist einer der unberechenbarsten Schächte der Berge überhaupt...

Entscheiden 180 Meter über Leben und Tod? Habert erntet viel zustimmendes Nicken. Es stimmt was er sagt. Ausgerechnet die letzten 180 Meter vor der Ausstiegsstelle könnten noch über Leben und Tod entscheiden. Die Helfer müssen die Trage mit dem Verletzten durch einen extrem verwindelnden und verfallenen Bereich transportieren – schon der kleinste Fehler würde fatale Folgen nach sich ziehen.

In der Spitzhöhe Hellen im Bannberg für jede Baumartigkeit verpasst. Mittlerweile wurde ein 200m langer, 10cm weites



Die letzte Schlüsselstelle: Am Ende eines 180 m langen gewundenen Schachts wartet auf Johann Westhauser die Rettung.

das Höhlen-Wunder

von einem bereitgestellten Rettungshubschrauber in die nächstgelegene Spezial-Klinik gelogen.

Labyrinth mit Corifison versorgt“

die mich abgelöst haben (zuletzt waren kroatische Mediziner bei Westhauser, Anm. d. Red.), um noch einmal mehr stabilisieren konnten.

Wie sollte Opfer Westhauser nach seiner Befreiung aus dem Höhlen-Gefängnis versorgt werden?

Er muss so schnell wie möglich zu einem Neurochirurgen geflogen werden. Zu einem Gehirnspezialisten, der fähig ist, auch komplizierte Operationen durchzuführen. Werden Sie am Berg oben dabei sein, wenn die Trage ins Freie gehoben wird? Ja, Komme, was will.



Die Höhle im Untertersberg gilt bei vielen als verwunschener

Fotos: Markus Tschopp (1), EPA / Bildwulf Mountain Rescue (1), www.kronenzeitung.at

Anschober verlangt von EU Aus für Pflanzenschutzmittel Bentazon

Auch nach 20 Jahren gibt es noch Rückstände im öö. Wasser

LINZ — Das Land OÖ verstärkt den Schutz des Trink- und Grundwassers. Geplant sind neben einer Intensivierung der Grundwasserkontrolle verstärkte Beratungen in der Landwirtschaft, ein Ausbau von Schon- und Schutzgebieten sowie eine weitere Reduktion des Risikopestizids Bentazon durch ein EU-weites Verbot.

Das vor allem im Sojaanbau eingesetzte Herbizid überschreitet auch noch nach 20 Jahren vor allem in der Traun-Enns-Platte und im Ennstal den Vorsorgewert der EU. Umwelt-Landesrat Rudi Anschober fordert daher, dass die bis Ende 2015 befristete EU-Zulassung von Bentazon nicht mehr verlängert wird. „Sollte dies nicht erfolgen, müssten wir in unseren 29 Wasserschongebieten schrittweise Untersagungen erlassen“, so der Landesrat. In

Oberösterreich selbst setze man auf eine freiwillige Reduktion des Bentazon-Einsatzes durch die Bauern.

Wasserfest in Ottensheim

Mit einem Wasserfest in Ottensheim am 27. Juni will das Land OÖ mehr Bewusstsein und Aufmerksamkeit für das wichtigste Lebensmittel schaffen. Zwischen 13 und 22 Uhr gibt es nicht nur Informationen und Wissenswertes rund um das Thema, sondern auch ein buntes Unterhaltungsprogramm.

Einen Blick hinter die Kulissen ermöglichen elf Wassergenossenschaften am 5. Juli beim Tag der offenen Tür. So versorgen sich in Oberösterreich 19 Prozent der Bevölkerung bzw. 260.00 Einwohner über Hausbrunnen oder Hausquellen mit Trinkwasser.

hw

Kostbare Landschaften

OTTENSHEIM — Mit den „Kostbaren Landschaften“ soll in Ottensheim ein einzigartiges Projekt entstehen, bei dem auch Erfahrungen für andere Gemeinden gemacht werden. Die Flut hat dort heuer Uferflächen und angrenzende Bereiche weitgehend zerstört. Auf den Brachen und Überschwemmungsflächen (z. B. am Rodlspitz) werden offene Gärten wie „Naschgärten“, „Nachbarschaftsgärten“ sowie „Naturerlebnisräume“ für alle zur „Selbsternte“ entstehen. Die Umsetzung soll unter Einbindung der Bürger passieren — 1. Treffen: 4. Juli, 16.31 Uhr im Gemeindesaal.



Foto: AP

Dieses knapp unter der Wasseroberfläche aufgenommene Bild aus der Hanauma-Bucht auf Hawaii zeigt den traurigen Zustand großer Teile der Weltmeere: Müll und sehr viele winzige Plastikteilchen.

88 Prozent der Oberfläche betroffen: **35.000 Tonnen Plastik auf den Weltmeeren**

Madrid. – 35.000 Tonnen Plastikmüll treiben auf den Weltmeeren, 88 Prozent der Ozeanoberfläche sind betroffen: Diese erschreckenden Daten erhob das spanische Forschungsschiff „Malaspina“ bei seiner neunmonatigen Weltumrundung. An 141 Orten wurden Proben entnommen und in Labors genau analysiert.

Hunderte Wissenschaftler unter der Leitung von Professor Andres Cozar von der Universität Cadíz stellten

fest, dass deutlich weniger kleinteiliges Plastik als erwartet – Schätzungen waren von bis zu einer Million Tonnen ausgegangen – auf der Meeresoberfläche zu finden war.

Das ist allerdings keine wirklich gute Nachricht: Viele dieser Mikropartikel dürften von Fischen gefressen worden sein und dadurch Auswirkungen auf die Gesundheit von Meerestieren, aber auch Menschen haben; andere sanken auf den Meeresboden. In die Ozeane gelangtes Plastik wird durch die Sonneneinstrahlung auf der Oberfläche in immer kleinere Teilchen „zerbröseln“, bleibt aber über Jahrhunderte bestehen.



Ein Bild, das in schrecklicher Weise zeigt, wie sehr unsere Meere mit Plastik verschmutzt sind – hier ist dringender Handlungsbedarf! Jeder kann beitragen, indem er Müll vermeidet.

Plastikmüll in den Meeren

Hallo lieber Mark Perry, hallo GLOBAL 2000, hallo Greenpeace, nach TTIP und TiSA gilt es, jetzt eine neue Baustelle zu eröffnen: Und zwar die, den Plastikverpackungswahn der Industrie zu bekämpfen. Hier haben die Lobbyisten anscheinend wieder einmal ganze Arbeit geleistet.

Nach meinem Einkauf ist der halbe Müllimer voll mit Verpackungen. Was nur möglich ist, wird in Plastik verpackt! Zum Beispiel wird in den Supermärkten alles, auch Produkte, die man waschen kann, wie zum Beispiel Apfel oder Melanzani, aber sogar Gurken (!), in Plastik verpackt. Es herrscht der pure Wahnsinn! Es gibt alternative Materialien, und die müssen jetzt ganz einfach durchgesetzt werden. Freiwilligkeit nützt hier anscheinend nicht mehr.

Sonst können wir zusehen, wie die Meere im Plastik im wahrsten Sinn des Wortes ersticken!

Und nicht nur die Meere und Ozeane. Der Mensch nimmt es letztendlich in der Nahrungskette zu sich und tut sich damit ganz gewiss nichts Gutes an.

Sie haben größte Reichweiten, ich denke, eine Petition wäre das Sinnvollste. Lebensministerium einschalten, und los geht's.

Wie gesagt, nach unserem Kampf gegen

TTIP und TiSA, der sicher noch „hartes Brot“ wird. Aber Gott sei Dank sind wir viele.

Auch in Deutschland setzt sich zum Beispiel Campact mit Aktionen und Petitionen gegen TTIP und TiSA ein.

Eva Krammer,
Wien

Die größte Müllkippe der Welt ist das Meer ...

Etwa 70 Prozent der Oberfläche der Erde sind von Wasser bedeckt. Um die 100.000 Tonnen Plastik schwimmen auf der Oberfläche unserer Ozeane. Im Nordpazifik treibt seit Jahrzehnten ein Müllstrudel, der mittlerweile so groß ist wie Zentraleuropa. Drei Viertel des Meeressmülls besteht aus Plastik.

Das kann kein Meer mehr schlucken: Unsere Ozeane versinken im Plastikmüll. Seevögel verenden qualvoll an Handyteilen in ihrem Magen, Schildkröten halten Plastiktüten für Quallen, und Fische verwechseln winzige Plastikteile mit Plankton. Meerestiere halten das blinkende Zeug für Nahrung und verhungern mit vollem Magen. Wie kann man diesen Abfall von Plastikmüll im Meer effizient und schonend einsammeln, Ansätze, die Ozeane vom Müll zu befreien, gibt es viele. Doch das Problem ist zu groß.

Plastikmüll in den Ozeanen ist ein internationales Umweltproblem.

Wolfgang Gottinger,
Graz

2,8 Millionen Menschen im Senegal unterernährt

Neue Hungerkatastrophe droht

Dakar. – Den Menschen in der westafrikanischen Sahelzone droht die dritte Hungersnot innerhalb weniger Jahre. Allein im Senegal sind rund 650.000 Menschen, darunter viele Kinder, akut vom Hungertod be-

droht. Dort liegt der Anteil der unterernährten Bevölkerung bei 22% – das sind rund 2,8 Millionen. 27% aller Kinder sind chronisch unterernährt und damit stark gefährdet, noch vor ihrem 5. Geburtstag zu sterben.

Flutschutz: OÖ setzt auf Tirol, Salzburg, Bayern

Anschober: Geplante Retentionsflächen an Donau, Inn und Salzach sollen die Folgen künftiger Hochwasserereignisse abfedern

LINZ — Das Land Oberösterreich setzt beim Hochwasserschutz auf eine enge Zusammenarbeit mit Bayern, Tirol und Salzburg. So wurde am Dienstagabend in München eine gemeinsame Erklärung der drei Bundesländer mit Deutschland und Österreich unterzeichnet, die einen rechtzeitigen Informationsaustausch, die Zusammenarbeit bei den Hochwasserprognosen sowie die Suche und Umsetzung von Retentionsräumen, in die Wasser gezielt eingeleitet werden kann, vereinbart. Weiters fixierten die Partner, dass technische Projekte in einer Region keine Verschlechterung für die Nachbarregion bringen dürfen.

„Große Retentionsflächen an den Oberläufen von Donau, Inn und Salzach

werden die Gefährdung unseres Bundeslandes an der Donau zwar nicht mit einem Schlag lösen, aber sie können einen wichtigen Beitrag im Kampf um jeden Zentimeter Hochwasserschutz leisten“, sagte gestern Umwelt-Landesrat Rudi Anschober.

Bayern plant Flutpolder für 135 Mio. m³

So plant etwa Bayern die Errichtung von elf möglichen Flutpolder-Standorten mit einem Fassungsvermögen von 135 Millionen Kubikmetern Wasser. Durch das gezielte Steuern dieser Polder soll vermieden werden, dass sich die Wellen von Inn und Donau wie im Juni 2013 übereinander legen und etwa im Eferdinger Becken große Schäden anrichten.

Noch wichtiger sind aber für Anschober Projekte am Inn, da dieser mehr Wasser als die Donau bringt und schneller sowie dynamischer ist. Konkret soll im Herbst eine Studie ausgeschrieben werden, die unter anderem die Schaffung von Retentionsräumen am Inn klären soll. Untersuchungsgegenstand sind weiters Maßnahmen gegen das Sedi-mentproblem sowie eine Kooperation bei der Wellensteuerung. Ergebnisse der Studie, an der sich Oberösterreich beteiligen wird, erwartet der Landesrat im Jahr 2016.

Auch das Bundesland Salzburg hat laut Anschober zugesagt, derartige Flächen — im Gespräch ist die Antheringer Au mit rund 500 Hektar Gesamtfläche — zu suchen. hw

In Krenglbach wird individuelle Mobilität gemeinschaftlich erleichtert

Auch das Klima wird es danken

Ein Privatauto steht durchschnittlich 23 Stunden am Tag, nur eine Stunde wird es genutzt. – Diese Tatsache, eine starke Verbundenheit mit der Gemeinde und eine ökologische Grundeinstellung ließen eine Gruppe innovative Mobilitätsangebote für Krenglbach entwickeln.

ERNST GANSINGER

Gefördert vom Klima- und Energiefonds sowie dem Land Oberösterreich wurde in Krenglbach im Herbst 2013 das Projekt gestartet. Es hat derzeit zwei Standbeine: den Anrufsammelbus KRAXI und Carsharing mit zwei Elektroautos. Mag. Norbert Rainer, Regionalstellenleiter von „Klimabündnis Oberösterreich“, gehört zu den Gründern des Vereins „Mobilcard Krenglbach“, der das Projekt betreut. Er nennt als Ziele dieser gemeinschaftlichen Unterstützung individueller Mobilität: Jung und Alt sind innerhalb der Gemeinde günstig und umweltfreundlich mobil, was sowohl die Gemeinschaft als auch die Wirtschaft im Ort stärkt.

Sammeltaxi. Der intensivste Nutzungsmonat für den Sammelbus KRAXI war bisher der März 2014. Etwa 400 Personen wurden in diesem Monat transportiert. Nicht der Verein betreibt den Bus sondern ein örtliches Taxiunternehmen im Auftrag des Vereins. Auf Anruf ist der Bus im Halbstunden-Takt von Montag bis Freitag von halb sieben in der Früh bis halb acht am Abend unterwegs, bringt die Fahrgäste ins Ortszentrum und von dort hinaus bis an die Gemeindegrenzen. An Samstagen ist zwischen halb acht und halb ein

Uhr Mittag Fahrbetrieb. Vereinsmitglieder fahren gratis; erwachsene Nicht-Mitglieder zahlen für eine Fahrt 2,10 Euro, Kinder 1,40 Euro. Der Mitgliedsbeitrag beträgt für Einzelpersonen 132 Euro im Jahr, wenn sowohl die Leistung Sammelbus wie auch die E-Mobilität mit Carsharing genutzt wird. Wenn sich eine Familie für das Gesamtpaket entschließt, zahlt sie 264 Euro im Jahr. Die Kinder können das Angebot nutzen, solange für sie Familienbeihilfe bezogen wird.

Carsharing mit Elektro-Autos. Carsharing bedeutet, dass sich mehrere Personen ein Auto teilen. Das gibt es im privaten Bereich und auf Vereinsbasis. In Krenglbach kommt ein besonderes Merkmal dazu: Die beiden Vereinsautos sind Elektro-Autos. Sie werden mit zertifiziertem Ökostrom „getankt“. Mehr als 40 Krenglbacherinnen und Krenglbacher sind Auto-Teiler, manche von ihnen sogar sehr regelmäßig.

Dabei sein können. Der Verein Mobilcard Krenglbach hat derzeit 66 Mitglieder. Da darunter auch Firmen und Familien sind, nutzen die Leistungen des Vereins mehr als 100 Personen zu Mitglieds-Bedingungen. „Der Sommer wird jetzt spannend“, sagt Norbert Rainer. Spannend, wie sich die Urlaubs- und Ferienzeit vor allem auf die Nutzung des Sammelbusses auswirkt. Denn während der Schulzeit fällt ein guter Teil seiner Fahrten durch Kinder- bzw. Jugendlichen-Transporte an – Freunde besuchen, am Vereinsleben teilnehmen. Der Sammelbus stärkt die Teilhabe am Leben in der Gemeinde.

www.mobilcard.at



Die beiden E-Autos, die hier an der Strom-Ladestelle der Gemeinde „tanken“, sind wie der Sammelbus KRAXI ein Angebot des Vereins Mobilcard Krenglbach

MOBILCARD

Rekord-UV-Strahlung in Anden gemessen

La Paz. – Die höchste je auf der Erdoberfläche registrierte UV-Strahlung maßen Forscher in den bolivianischen Anden. Sie stellten im Dezember 2013 – während des Sommers auf der Südhalbkugel – einen UV-Index von 43,3 fest. In unseren Breiten gilt bei einem Index von 8 große Sonnenbrand-Gefahr.

Welser Heide könnte bald Naturschutzgebiet sein

WELS. Freude bei den Naturschutzverbänden in Oberösterreich: Der Beschluss der oberösterreichischen Landesregierung, wonach der Flugplatz Welser Heide der EU-Kommission als EU-Vogelschutzgebiet gemeldet wird, ist ein großer Schritt einer langen Forderung. Allerdings fehlt noch eine Entscheidung: Um das Hauptziel dieses neuen Europaschutzgebietes, den langfristigen Schutz der Brutlebensräume des Großen Brachvogels und die Erhaltung des letzten Stücks Welser Heide, zu erreichen, ist es noch notwendig, dass die Republik Österreich ihre Flächen vollständig umwidmet.



Der Große Brachvogel

Foto: privat



Tokio bleibt das weltgrößte Siedlungsgebiet – die Bevölkerungszahl sinkt aber in 15 Jahren leicht auf noch immer gigantische 37,2 Millionen.

Foto: epa

Zwei Drittel der Menschheit werden im Jahr 2050 in den Städten leben

Zahl der Megacitys steigt von 28 auf 41 – Neue Nummer eins wird Tokio

NEW YORK. Im Jahr 2050 werden laut einer UNO-Studie zwei von drei Menschen weltweit in Städten leben. 100 Jahre zuvor, 1950, waren es nur 30 Prozent, berichteten die Vereinten Nationen in New York. Derzeit beträgt der Anteil der Stadtbewohner 54 Prozent.

Der Trend zur Urbanisierung hält laut dem jährlichen Weltbevölkerungsbericht unvermindert an, insbesondere in Asien. Größtes Siedlungsgebiet wird Tokio bleiben. Die Megacity Mexiko-Stadt soll hingegen von mehreren asiatischen Städten überholt werden.

Allerdings wird die Zahl der Menschen, die im Raum Tokio leben, der Studie zufolge in den nächsten 15 Jahren sogar leicht sinken, von 37,8 auf 37,2 Millionen. Dafür holt Neu-Delhi, schon jetzt die Nummer zwei, kräftig von 24,9 auf 36 Millionen im Jahr 2030 auf. Drittgrößte Metropolregion bleibe Schanghai mit jetzt 23

und dann 30,7 Millionen. Mexiko-Stadt soll „nur“ um drei Millionen auf 23,9 Millionen wachsen.

Der urbanste Teil der Erde ist Nordamerika. 82 Prozent aller Bürger dort leben in Städten. Lateinamerika folgt mit 80, Europa mit 73 Prozent. In Afrika sind es hingegen gerade einmal 40 und in

Asien auch nur 48 Prozent. Bis 2050 sollen es aber 56 Prozent in Afrika und 64 in Asien sein.

Allerdings lebt nur jeder achte Städter in einer der 28 Megacitys mit mehr als zehn Millionen Einwohnern. Typischer seien Städte mit weniger als einer halben Million Einwohnern. 2030 soll es 41

Megastädte geben. 37 Prozent des Städtewachstums kommt aus drei Ländern: Indien, China, Nigeria.

Europa-Wachstum durch Zuzug

Europas Bevölkerung wächst derzeit noch. Bis Jahresanfang stieg die Bevölkerung in den 28 EU-Staaten auf mehr als 507 Millionen an. Treibende Kraft des Anstiegs ist nach Angaben der EU-Statistikbehörde Eurostat die Migration. Im Vorjahr gab es in Europa um 650.000 mehr Ein- als Auswanderer. In einer knappen Mehrheit von 15 der 28 EU-Staaten ist 2013 die Zahl der Einwohner gestiegen. Österreich liegt beim Anstieg auf Platz drei. Ebenfalls deutlich mehr Ein- als Auswanderer verzeichnen Luxemburg, Malta und Schweden. Eine große Abwanderung verzeichnen hingegen die baltischen Staaten Lettland und Litauen sowie Zypern, Irland, Spanien und Griechenland.

WACHSTUM DER WELTBEVÖLKERUNG

7,2 Milliarden Menschen leben auf der Erde. Laut den zum gestrigen Weltbevölkerungstag von der UN vorgelegten Prognosen könnten es bis 2050 schon 9,6 Milliarden und bis 2100 bereits 10,9 Milliarden sein. Dabei ist die Entwicklung höchst unterschiedlich. Europa soll bis zur nächsten Jahrhundertwende 14 Prozent verlieren, von 742 auf 639 Millionen Menschen.

Die Zahl der Afrikaner soll sich dagegen auf 4,2 Milliarden fast vervierfachen.

Schon in 15 Jahren soll Indien China als bevölkerungsreichstes Land bei etwa 1,45 Milliarden Einwohnern überholen. In Indien soll die Bevölkerungszahl nach einer Spitze von 1,6 auf 1,5 Milliarden bis 2100 sinken. China soll zum selben Zeitpunkt nur noch 1,1 Milliarden Einwohner haben.

Dramatische Überfischung

Mittelmeer: Wissenschaftler schlagen Alarm

ATHEN. Während sich die Staaten Europas noch uneinig darüber sind, wie sie mit dem Flüchtlingsansturm über das Mittelmeer umgehen sollen, schlagen griechische Wissenschaftler wegen der Überfischung Alarm. Die Fischbestände würden seit mehr als zwei Jahrzehnten dramatisch schrumpfen.

Seit 1990 werden immer mehr und vor allem junge Fische aus dem Mittelmeer geholt, belegt die Studie unter Leitung des Meeresbiologen Paraskevas Vasilakopoulos vom Hellenic Center für Marine Research in Griechenland. Für die im Fachmedium „Current Biology“ veröffentlichte Studie wurden Daten von 1990 bis 2010 von insgesamt 42 Beständen von neun Fischarten wie Seehecht, Meerbarbe, Sardellen und Sardinen ausgewertet. Darüber hinaus halten die Wissenschaftler auch die Bestände zahlrei-



Überfischung im Mittelmeer (Reuters)

cher weiterer Fischarten im Mittelmeer für gefährdet.

2010 sei erstmals bei allen Arten der höchstmögliche Dauerertrag überschritten worden. Darunter versteht man die maximale Fangmenge, die gefischt werden darf, ohne den Bestand der Art zu gefährden. 96 Prozent der bodennahen Arten im Mittelmeer seien überstrapaziert, befand Ende Juni auch die EU-Kommission.

Brone 5617, 12.7.2014

Europas Küste in 200 Jahren

So sehen Europas Küsten aus, wenn sich der Meeresspiegel nach einem Anstieg um 1,2 Meter in den nächsten 200 Jahren in den Kontinent hineinfrisst. Laut alarmierender Studien der Universitäten von Kalifornien und von Washington ist der Klimawandel nicht mehr aufzu-

halten und damit auch die Konsequenzen für die Küsten der Kontinente. Ursache: Der Nordpol schmilzt ab, und jetzt haben die Satelliten der NASA auch einen beginnenden Abbruch des westlichen Teils des Eisschirms des Südpols festgestellt. Wird genug Zeit bleiben, um Europas Küstenstädte mit Dämmen zu umgeben oder gleich auf einen anderen Platz zu ver-



Oberösterreich baut Klimaschutz- und Energieprogramm

heuer weiter aus:

„Förder-Turbo“ für die Umwelt

Mit 22 Prozent aller geförderten Umweltprojekte Österreichs liegt nach der langjährigen Berechnung im Umweltförderungsbericht des Bundes Oberösterreich an der Spitze, dennoch zündet Landesrat Rudi Anschober einen „Förder-Turbo“: In der soeben gestarteten neuen Förderperiode gibt es zusätzliche Schwerpunkte.

Seit 2010 haben die Oberösterreicher in Klimaschutz, Energieeffizienz und erneuerbare Energien 143 Millionen Euro investiert. 18,5 Millionen an Förderungen schoss das Land zu. Drei Millionen Tonnen CO₂ wurden dadurch eingespart.

Wurden bisher vor allem Maßnahmen im Wohnbereich gefördert, so nimmt das Land ab jetzt verstärkt auch Betriebe ins Visier. Sie standen bisher oft vor dem Problem, dass kleine Energiesparmaßnahmen, die erst in Summe relevante Auswir-

kungen haben, nach den Förderkriterien des Bundes durch den Rost fallen. Ein kombiniertes Beratungs- und Umsetzungsprogramm mit Landesförderung schließt nun diese Lücke.

Eine weitere gab es bei energiesparenden Zubauten. Nur komplette Neubauten werden vom Bund gefördert, das Land unterstützt nun auch energieeffiziente Neubauten oder neue Etagen.

Viel verspricht sich Anschober auch von einer neu-

en Förderung für Fernkälte: „Gebäudekühlung ist sehr energieintensiv, die Fernversorgung wie bei der Fernwärme ist eine interessante Alternative.“ Oberösterreich steht dabei aber noch am Anfang. Derzeit gibt es erst einige Leitungen in Linz.

Eine Anschlussförderung zusätzlich zum Bund gibt es für Betriebe, die ein Rohstoffmanagement einführen. Auch wer schon vor der EU-Frist einen Euro 6-Lkw anschafft, wird gefördert.



Säure ausgetreten Bei einer Spedition in Hörsching (Bez. Linz-Land) sind gestern Vormittag 25 Liter Salpetersäure aus einem beschädigten Kanister ausgetreten. Die Feuerwehrler von Hörsching, Breitbrunn und Traun mussten Schutzanzüge verwenden. Zwei Mitarbeiter der Firma,

ein Lkw-Fahrer (24) aus Mauthausen und ein Arbeitskollege (39) aus Traun, erlitten Verätzungen der Atemwege, auch eine Feuerwehrfrau musste mit Atembeschwerden ins Spital gebracht werden. Unmittelbare Gefahr für Umwelt und andere Personen bestand nicht. Foto: Lauber



Die Sicherheitsanzüge wurden nach dem Einsatz in Hörsching von geschützten Feuerwehrleuten gewaschen



Der Behälter mit Salpetersäure in einem Lkw in Hörsching war undicht geworden

Feuerwehren bei Gefahrgut-Unfällen in Bad Ischl und Hörsching im Einsatz:

Drei Verletzte bei Säure-Austritt

Gefahrgut-Alarm! Drei derartige Einsätze beschäftigten die Feuerwehren in Oberösterreich: In Hörsching gab es bei einem Salpetersäure-Austritt drei Verletzte, in Bad Ischl mussten die Florianijünger erst ungelöschten Kalk und später gefährliches Chlorgas entfernen. Gute Notfall-Schulung machte sich da bezahlt . . .

15 Liter ätzende Salpetersäure flossen in einem Lkw am Gelände der Firma Schenker aus einem undichten Behälter. Die beiden Lkw-Lenker, die auf die

Flüssigkeit aufmerksam wurden, mussten mit Atemwegsverätzungen ins Spital gebracht werden. Feuerwehrleute banden in Schutzanzügen den gefährlichen Stoff: „Das ist eine sehr anstrengende Arbeit, da es im Inneren der Anzüge sehr

heiß wird“, weiß Feuerwehr-Einsatzleiter Gernot Wölfl aus Hörsching. Auch eine Feuerwehrfrau klagte später über Atembeschwerden und kam ins Krankenhaus.

Gleich zwei Mal hintereinander mussten die Florianis in Bad Ischl zu einem Gefahrgutaustritt fahren: Erst galt es, bei der AVE einen Container zu löschen, in dem ungelöschter Kalk starken Rauch produziert hatte. Kurz danach gab es Alarm im Ischler Parkbad – Chlor-

gasaustritt! Im Vorjahr musste bei einem ähnlichen Alarm ein Teil der Stadt evakuiert werden, diesmal konnte der Austritt einer

VON JASMIN GADERER

Chlorgaswolke verhindert werden: „Anrainer wurden aufgefordert, Fenster zu schließen, im Haus zu bleiben. Wir konnten das Gas neutralisieren, rasch Entwarnung geben“, so Einsatzleiter Christian Pernecker.

Das tägliche
Krone-Quiz

Bedenken gegen Spritzmittel haben EU einlenken lassen:

Gute Chance gegen Bentazon

Im Kampf gegen das Spritzmittel Bentazon, das im Raum Enns das Grundwasser verunreinigt hat, stehen die Chancen für Oberösterreich gut:

Die EU-Erlaubnis für das Pflanzenschutzmittel läuft heuer aus und müsste von der Lebensmittelbehörde EFSA verlängert werden. „Normalerweise

Nachdem auch die Republik sowie Dänemark, Deutschland und Großbritannien bei der EU Bedenken deponiert haben, wackelt die weitere Zulassung.

geht so etwas problemlos“, weiß Landesrat Rudi Anschöber, hat nun aber von der EFSA ein Schreiben bekommen, wonach die EU-Kommission das Verfahren aufgeschoben und ihr die Anweisung erteilt hat, Expertengutachten einzuholen.

Womit die Tage für das Spritzmittel gezählt sind, meint Anschöber: Bei Menschen verursacht Bentazon Augen- und Lungenreizungen, bei Versuchstieren wurden Störungen der Blutgerinnung festgestellt.

„Bedenken deswegen, noch dazu von großen Agrarländern wie Deutschland, können nicht ignoriert werden“, prophezeit Anschöber.

Jeder darf Forstgebiet zum Relaxen nutzen • Trotzdem Vorsicht – es gibt wichtige

Was ist im Wald eigentlich alles

Wald und Flur bilden gerade in der Ferienzeit einen wichtigen Bereich der Freizeitznutzung für die Oberösterreicher. Doch nicht alle Freizeitaktivitäten sind auch tatsächlich erlaubt: Um ein gutes und auf den Bergen nichts mit Respekt begegnen, steht der Erholung im Wald



Spazieren, Wandern und Joggen im Wald ist überall erlaubt

Regeln zu beachten

erlaubt?

Wer jedoch mit dem Fahrrad – oder auch mit einem Pferd – im Wald oder auf einer Forststraße unterwegs sein möchte, benötigt die Zustimmung des Waldeigentümers oder des Erhaltens der Forststraße. „Die

Strafe bei Verwaltungsübertretungen mit dem Rad beträgt bis zu mehreren Hundert Euro“, warnt Forstreferent Christian Rottensteiner – siehe auch unser Interview. Gewisse Verhaltensregeln (siehe auch Kästen links) müssen aber unbedingt eingehalten werden, um das Risiko eines Übergriffes durch Tiere oder auch die Gefahr eines Unfalles durch Holzschlägerarbeiten zu verringern. Warnschilder und Hinweistafeln nicht von Landwirten nicht grundlos aufgestellt, sondern um die eigenen Tiere und die Wanderer vor gefährlichen Situationen zu schützen. „Wenn wir bei der Nutzung achten, dass die Interessen aller Beteiligten in den Platz finden, ist eine erholsame Urlaubszeit in unserer vielfältigen Landschaft garantiert“, so Reisecker.



Spazieren, Wandern und Joggen im Wald ist überall erlaubt



Malerisch spiegeln sich die Quellwolken bei der Mündung des Rindbachs in den Traunsee im Wasser.

Donnerstag, 17. Juli



Noch ein bisschen unbeständig, aber bereits wieder sommerliche 28 Grad warm.

Freitag, 18. Juli



Großteils sollte es im Land trocken bleiben, dazu die 30 Grad geknackt werden.

Samstag, 19. Juli



Mit bis zu 33 Grad nachher und nicht sonderlich viel Sonne, aber ein leichtes Badewetter.

Sonntag, 20. Juli



Nach einer etwas spärlichen Nacht mit leichtem Regen.

Langes, heißes Wochenende steht bevor Endlich wieder ein kräftiges Lebenzeichen vom Sommer

Wann wird es endlich Sommer? Zumindest ein langes Wochenende von Donnerstag bis Sonntag, gibt er endlich ein Lebenszeichen, kündigt ZAMG-Meteorologe Bernhard Niedermoser an: bis zu 35 Grad! Spätestens nachts zum Montag kommt allerdings die nächste Kaltfront heran.

Paradox: Den Oberösterreichern kommt der Sommer bisher ziemlich verpatzt, nass und recht kühl vor, doch das stimmt nicht. Niedermoser: „Wir hatten heuer schon 26 Sommertage mit über 25 Grad und acht heiße mit 30 Grad und mehr. Das ist deutlich mehr als in anderen Jahren.“



Christian Rottensteiner

Das hat haftungstechnische Gründe. Wie hoch ist die Strafe für Radfahren im Wald? 150 Euro, außer das be-
„Die Strafen können teuer werden!“
fahrene Gebiet war gesperrt, dann 730 Euro. Mir selbst sind schon einmal welche nachgelassen, weil ich dachte, Kühe können nicht so schnell laufen und wegramen. Am besten Rulle bewahren. SD



Knödel-Sepp

Wie verbringen Sie privat Ihre Freizeit im Wald? Ich gehe gerne wandern und spazieren und war auch schon Fahrradfahrer auf Mountainbikestrecken. Warum ist Radfahren prinzipiell nicht erlaubt?

Zündein im Wald wird net gern gesehn. Es sei denn, der Waldbesitzer hätt eh a Brandrodung vorhabt.

Jeder darf Forstgebiet zum Relaxen nutzen • Trotzdem Vorsicht – es gibt wichtige

Was ist im Wald eigentlich alles

Wald und Flur bilden gerade in der Ferienzeit einen wichtigen Bereich der Freizeitznutzung für die Oberösterreicher. Doch nicht alle Freizeitaktivitäten sind auch tatsächlich erlaubt: Um ein gutes und auf den Bergen nichts mit Respekt begegnen, steht der Erholung im Wald



Spazieren, Wandern und Joggen im Wald ist überall erlaubt

Wandern

Jeder darf den Wald zum spazieren, wandern und joggen betreten. Achtsam sollten Waldbenutzer dann sein, wenn ein Waldgebiet als „befristetes forstliches Sperrgebiet“ gekennzeichnet ist. Dort finden Holzschlägerarbeiten statt, was für unvorsichtige Wanderer sehr gefährlich sein kann.

Hunde

Wer einen Hund dabei hat, muss diesen im Wald nicht notwendig wegführen. Jedoch ist jeder Hund von seinem Besitzer so zu führen, dass weder Menschen noch Tiere durch diesen gefährdet werden. Er sollte also beherrschbar sein und jederzeit auf Kommando hören.

Rad und Pferd

Wer mit dem Fahrrad im Wald oder auf einer Forststraße unterwegs sein möchte, benötigt die Zustimmung des Waldeigentümers oder des Erhaltens der Forststraße. Genauso ist das bei einem Reihausflug, Radstrecken und Reitwege im Oberösterreich mit Hinweistafeln gut beschildert.



▲ Hunde dürfen sogar freiherrumlaufen, solange niemand dadurch gefährdet wird.
◀ Mountainbiken ist nur auf eigenen dafür errichteten „MTB-Strecken“ gestattet.

„Lagern“

Beim Zelten und Campieren im Wald ist die Erlaubnis des Waldbesitzers notwendig. An manchen Stellen gibt es allerdings eigene Zelt- und Lagerplätze wie beispielsweise im Nationalpark Kalkalpen. Pflücken ist gleichzustellen mit „lagern“ – und das ist zumindest bei Dunkelheit verboten.

Hunde

Wer einen Hund dabei hat, muss diesen im Wald nicht notwendig wegführen. Jedoch ist jeder Hund von seinem Besitzer so zu führen, dass weder Menschen noch Tiere durch diesen gefährdet werden. Er sollte also beherrschbar sein und jederzeit auf Kommando hören.

Sammeln

Beesen und Pilze sind im Eigentum des Waldbesitzers. Wenn dieser das Sammeln aber nicht ausdrücklich untersagt, sondern stillschweigend duldet, ist seine Zustimmung anzunehmen. Unabhängig davon dürfen pro Person am Tag aber nicht mehr als zwei Kilogramm gesammelt werden.

Feuer

Das Feuermachen im Wald ist verboten. Erholungssuchende dürfen ein Lagerfeuer nur mit Erlaubnis des Waldbesitzers entzünden. Unbefugte erwartete Strafe bis zu 3630 Euro. Von April bis Oktober gilt aufgrund der Waldbrandgefahr sogar ein Feuerverbot für die Waldeigentümer selbst.

Verwaltungsgericht kippt Bescheid des

Landes ● Kein Schotterabbau in Pichling:

Streit um Grube

ist nun beendet

Im jahrelangen Streit um die Errichtung einer Schottergrube im Linzer Stadtteil und Naherholungsgebiet Pichling dürfte jetzt das letzte Wort gesprochen sein: Der Verfassungsgerichtshof in Wien hob einen Bescheid des Landes Oberösterreich auf, der den Abbau von 120.000 Tonnen Schotter pro Jahr erlaubt hätte.

Bekanntlich wird seit zehn Jahren über die Schottergrube diskutiert, die nur knapp 200 Meter vom Pichlingersee entfernt ausgehoben hätte werden sollen. Bürgerinitiativen liefen gegen das Mega-Projekt Sturm, Unterstützung bekamen sie dabei

auch von der Stadt Linz. Die hatte formell zwar keine Möglichkeit, den Abbau zu verbieten, Gutachten konnte sie aber in Auftrag geben.

Zuständig für die Erlaubnis des Abbaus war und ist das Land Oberösterreich – und von dem gab es zuletzt

auch grünes Licht. In den vergangenen Monaten beschäftigte sich allerdings auch der Verwaltungsgerichtshof in Wien mit dem Problem – und seit kurzem liegt die Entscheidung vor: Dieses hob den Bewilligungsbescheid des Landes Oberösterreich wieder auf.

Im Wesentlichen geht es in der 42 Seiten langen und der „Krone“ vorliegenden Erkenntnis darum, dass die Voraussetzung für ein taugliches und auch zu bewilli-

gendes Verkehrskonzept nicht vorliegt. Geplant war, wie ausführlich berichtet, dass pro Jahr bis zu 120.000 Tonnen Schotter abgebaut und per Lkw weggebracht werden. Eine riesige Belastung durch Staub und Lärm wäre die Folge gewesen.

Bürgermeister Klaus Luger (SP) glaubt, dass die Entscheidung hält: „Ich bin ausgesprochen optimistisch, dass damit das Thema Schottergrube in Pichling vom Tisch ist“, so Luger.



Freiwillige und Mitglieder der offiziellen Hilfsmannschaften reinigen den Strand von El Cabrón auf der spanischen Ferieninsel Gran Canaria, nachdem ein Ölteppich die

Küste erreicht hat. Die Untersuchung der Proben des Öls lässt darauf schließen, dass ein vorbeifahrendes Schiff unerlaubterweise seine Tanks gesäubert hat.

1 Euro Kosten, 3 Cent Nutzen

Klimaschutz ist nötig, die bisherige Klimapolitik ein Desaster

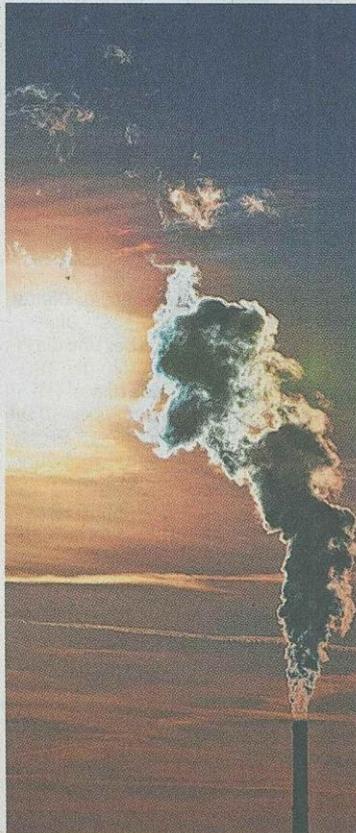
Eine Steuer auf den Ausstoß von Kohlendioxid: Sie gilt als das effizienteste und daher klügste Mittel zum Klimaschutz. Das mag der Grund sein, dass nur wenige Länder sie bisher eingeführt haben. Australien hat seit 2012 eine solche CO₂-Steuer von den 350 größten Luftverschmutzern kassiert, 16,50 Euro pro Tonne. Der konservative Wahlsieger Tony Abbott hat sie diese Woche, wie im Wahlkampf versprochen, abgeschafft. Gründe: Sie schade der

Wirtschaft, koste Arbeitsplätze, bringe nichts – und müsse letztlich von den Konsumenten bezahlt werden. Dabei hat Australien pro Einwohner nach den USA den höchsten Ausstoß an Klimagasen. Es ist massiv betroffen von Dürren und Katastrophen, die von vielen Wissenschaftlern dem Klimawandel zugeschrieben werden.

Die australische Niederlage

Die Entscheidung in Canberra ist jedenfalls die schlimmste Niederlage für den internationalen Klimaschutz seit dem Debakel beim Weltgipfel im Vorjahr in Warschau. Obendrein wurde diese Woche ein Strategiepapier der EU-Kommission bekannt, dass die Gemeinschaft die Treibhausgasemissionen bis 2030 um weniger als die häufig proklamierten 30 Prozent senken werde. Alles darüber vertreibe die energieintensive Industrie in Länder mit den schlimmsten Umweltstandards, heißt es (Fachbegriff dafür: Carbon Leakage).

Der neue EU-Kommissionspräsident, Jean-Claude Juncker, hatte allerdings am Dienstag im EU-Parlament versprochen: Er erwarte ein verbindliches Ziel von mindestens minus 30 Prozent. Damit will die EU in den alles entscheidenden Klimagipfel gehen, der im September 2015 in Paris eine wirkungs-



CO₂-Ausstoß muss runter. (Wodicka)

volle Nachfolge für das Kyoto-Protokoll verabschieden muss.

Auf der anderen Seite steht die deklarierte EU-Strategie, den Anteil der Industrie an der Wirtschaftsleistung wieder auf 20 Prozent zu steigern. Er ist auf 15 Prozent gesunken (Österreich: 18).

Re-Industrialisierung Europas

Nur auf Dienstleistung zu setzen, habe sich als Irrweg herausgestellt, Arbeitsplätze, Kompetenz und Wachstum gekostet, heißt es. Auch Österreichs Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner proklamiert seit Monaten eine „Re-Industrialisierung Europas“. In welchem Ausmaß das die Pläne zum Energiesparen und zum Senken der Luftschadstoffe konterkarieren würde, wird sich zeigen.

Nicht nur in Wirtschaftskreisen wird seit Monaten heftiger denn je die Sinnhaftigkeit der bisherigen

Klimapolitik angezweifelt. Der dänische Umweltwissenschaftler Björn Lomborg hatte nach Publikationen des UNO-Weltklimaberichts im Oktober 2013 erklärt, das Kyoto-Protokoll sei gescheitert. Er sagt: „Wenn die Maßnahmen gegen Klimawandel nicht ökonomisch effizient sind, werden sie nicht nachhaltig sein, weil um ihren Aufstieg kämpfende Länder wie China und Indien sich ihnen nicht anschließen werden.“

Billionen Euro, null Effekt

Was bisher getan und geplant worden ist, sei ein Debakel, hat der britische Klimaökonom Richard Tol hochgerechnet: Bereits die EU-Strategie 2020 koste 185 Milliarden Euro jährlich. Bis ans Ende dieses Jahrhunderts wären das Kosten von 15 Billionen Euro. Damit würde der globale Temperaturanstieg laut UNO-Klimarat IPCC um 0,05 Grad gesenkt. Für jeden Euro, den die EU in den Klimaschutz stecke, vermeide sie drei Cent Schäden durch den Klimawandel, schreibt Lomborg: „Das ist keine rationale Politik!“

Selbstredend, dass Experten wie Tol und Lomborg in der Gemeinde der Klimaschützer als Büttel der Industrie- und Ölkonzerne abgestempelt sind. Dabei vertreten auch sie die Meinung, dass der Energieverbrauch und die Umweltbelastung gesenkt gehörten, jedoch eben mit Kosten-Nutzen-Denken. Die Folgen des Klimawandels seien zwar nicht zu leugnen, würden jedoch vom IPCC drastisch überschätzt. Tol wirft den Klimaforschern vor, „verbittert und politisiert“ zu agieren.

Oberösterreichs Umwelt-Landesrat Rudi Anschöber sieht die Klimapolitik trotz der Rückschläge auf einem guten Weg: „Für den Gipfel in Paris zeichnet sich ab, dass es zu einem Kyoto-Nachfolger kommt. Sowohl US-Präsident Obama als auch China sind bereit, große Sprünge zu tun und sich zu massiven Reduktionszielen zu verpflichten.“



Flammenwalze zerstörte schon 100 Häuser

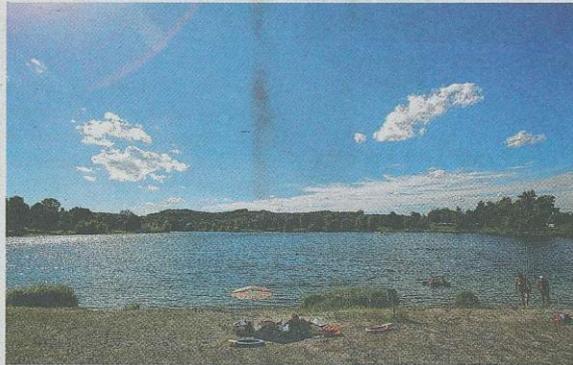
Schweren Waldbränden sind im Nordwesten des US-Staats Washington bereits mehr als 100 Häuser zum Opfer gefallen. Derzeit stehen in Washington mehr als 670 km² in Flammen. Bewohner von knapp 900 Häusern wurden zur Evakuierung aufgefordert – darunter auch in Pateros, wo das Feuer der Ortschaft schon gefährlich nahe ist. Dank dem Einsatz der Feuerwehr gibt es bislang weder Verletzte noch Tote.

ENTSCHEIDUNG

Keine Schottergrube beim Naherholungsgebiet Pichlingersee

LINZ/PICHLING. Im mittlerweile zehnjährigen Rechtsstreit um die Bewilligung einer Schottergrube nahe dem Pichlingersee kann die Bevölkerung aufatmen. Der Genehmigungsbescheid ist laut Verwaltungsgerichtshof rechtswidrig.

Badegäste und Anwohner freuen sich über die neueste Entscheidung. 180 Meter vom Pichlingersee entfernt sollte eine Schottergrube entstehen, bei der pro Jahr 120.000 Tonnen Schotter abgebaut werden sollten. Viele befürchteten massive Umweltbelastungen durch Lärm und Staub direkt in einem der wichtigsten Linzer Naherholungsgebiete. Allen voran demonstriert die Plattform „Rettet den Pichlingersee“ seit vier Jahren ihren Protest. Nicht nur über 6000 Unterschriften wurden gesammelt, sondern die Plattform trat auch in der ORF-Sendung „Bürgeranwalt“ auf und pochte dort auf ihr Recht. Und auch die Stadt Linz hat sich von Anfang an gegen



Pichlingersee bleibt Erholungszone für Linzer Bevölkerung

Foto: Weibold



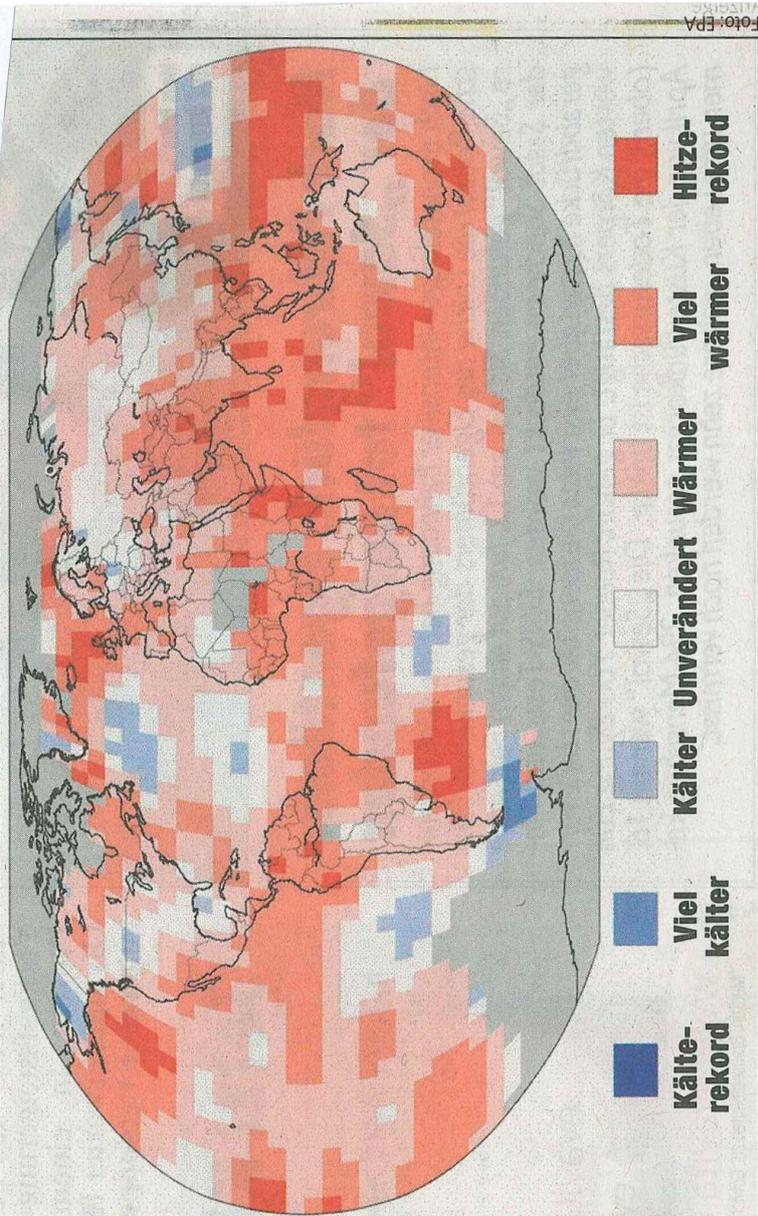
Auf der Landstraße gab es zwei Protestmärsche gegen die Schottergrube

Foto: Schramböck

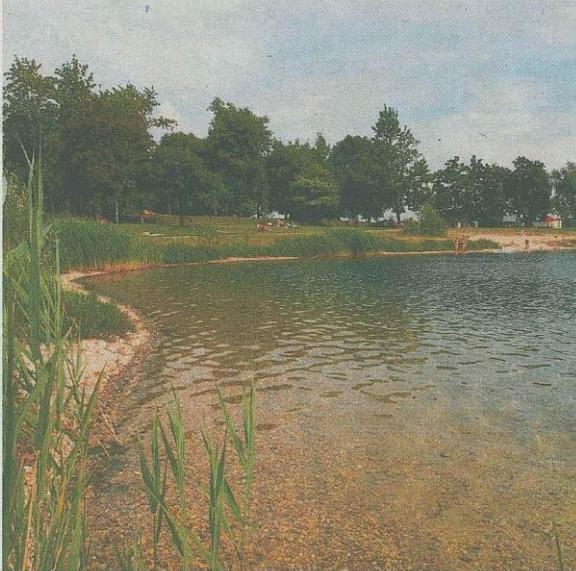
dieses Projekt ausgesprochen, weil es starke Belastungen für die Linzer in Pichling zur Folge gehabt hätte. Nun hat der Verwaltungsgerichtshof der Beschwerde der Stadt Linz Folge gegeben und entschieden, dass der Genehmigungsbescheid für den Schotterabbau aufgrund der Beschwerde der Stadt Linz wegen Rechtswidrigkeit aufgehoben wird. Für den Schotterabbau wurde kein taugliches Verkehrskonzept vorgelegt und auch der im Mineralrohstoffgesetz geforderten Interessenabwägung wurde nicht ausreichend Rechnung getragen. „Ich bin ausgesprochen optimistisch, dass damit das Thema Schottergrube in Pichling vom Tisch ist“, sagt Bürgermeister Klaus Luger (SP). „Ich freue mich sehr, dass der Verwaltungsgerichtshof der Argumentation der Stadt gefolgt ist und das Gebiet Pichlingersee wohl so erhalten bleibt wie es ist und weitere Lärm- und Luftbelastungen für die Stadt abgewendet werden können“, betont Umweltstadträtin Eva Schobesberger (Die Grünen). ■

Weltweit wärmster Juni seit 1880!

Nach dem weltweit wärmsten Monat Mai seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 1880 wurde jetzt auch der wärmste Juni verzeichnet: Die Durchschnittstemperatur betrug der US-Klimabehörde NOAA zufolge 16,22 Grad Celsius – im Vorjahr waren es 15,5 Grad. Der bisherige Rekord-Juni 1998 wurde um 0,03 Grad übertroffen. Neun der zehn wärmsten Juni-Monate lagen im 21. Jahrhundert – für die nächsten Jahre sind Experten zufolge wegen des fortschreitenden Klimawandels weitere Rekorde zu erwarten. Die Grafik zeigt die Juni-Temperaturen 2014 im Vergleich zum Durchschnitt.



Schottergrube abgelehnt



Die Idylle am Pichlinger See bleibt ungetrübt: Die Schottergrube dürfte mit dem Entscheid vom Tisch sein.

Foto: Linz AG

Stark gesunken sind die Chancen, dass neben dem Pichlinger See ein Schotterwerk entsteht.

● LINZ (red). Nur 180 Meter vom Pichlinger See entfernt sollte eine Schottergrube für eine Betriebsdauer von zumindest zehn Jahren bewilligt werden. 120.000 Tonnen Schotter sollten pro Jahr dort abgebaut werden. Ein Großteil der Bevölkerung von Pichling befürchtete in einem der wichtigsten Naherholungsgebiete der Stadt massive Umweltbelastungen durch Lärm und Staub.

Bescheid abgelehnt

Nun können Bewohner und Badegäste aufatmen. Im mittlerweile zehn Jahre andauernden Rechtsstreit um die Bewilli-

gung hat das Höchstgericht in Wien vorerst einen Schlusstrich zugunsten der Bevölkerung gezogen. Der Bewilligungsbescheid des Landes Oberösterreich wurde aufgehoben. Im Wesentlichen teilt der Verwaltungsgerichtshof die Auffassung der Stadt Linz, dass die Bewilligungsvoraussetzung eines tauglichen Verkehrskonzepts nicht vorliegt. „Durch den jahrelangen Rechtsstreit wurde das Projekt von vielen Gutachtern in den verschiedensten Instanzen geprüft und bewertet. Ich kann mir daher nicht vorstellen, dass das Land Oberösterreich im Falle einer neuerlichen Beantragung zu einer anderen Entscheidung kommt. Ich bin ausgesprochen optimistisch, dass damit das Thema Schottergrube in Pichling vom Tisch ist“, freut sich Bürgermeister Klaus Luger über die Entscheidung. 1021370



Gewaltige Spalten haben sich am Dachstein-Gletscher aufgetan — Die Bergrettung warnt dabei eindringlich vor ungesicherten Touren.

Foto: Bergrettung Hallstatt

Tüchtiger Schutzengel verhinderte Berg-Drama

Ungesicherte Bergsteigerin kam ins Rutschen und schlitterte in Gletscherspalte — Neuschnee bremste Absturz – Bergrettung warnt

HALLSTATT — Großes Glück hatte eine 45-jährige Bergsteigerin aus St. Ulrich bei Steyr bei einem Spaltensturz am Hallstätter Gletscher nahe des Hohen Dachsteins (2995 m). Sie konnte sich selbst befreien und blieb nahezu unverletzt.

Der Unfall ereignete sich laut Bergrettung am so genannten „Randklufthanstieg“ auf den Hohen Dachstein auf einer Seehöhe von etwa 2800 Metern. Dieser Weg wird während des ganzen Jahres begangen. Allerdings wurde das Gelände durch das Abschmelzen des Gletschers in diesem Bereich immer steiler. In den Sommermonaten schmilzt die Schneeauflage am Eis und gewaltige Spalten öffnen sich. Die Bergsteigerin dürfte dies unterschätzt haben und war ungesichert unterwegs. Sie rutschte aus und schlitterte nach unten in eine offene Spalte. Dabei hatte sie offenbar einen tüchtigen Schutzengel an der Seite. Denn ihr Sturz wurde vom im Winter eingewehten

Schnee jäh gestoppt. Ansonsten wäre der Unfall mit Sicherheit nicht so glimpflich ausgefallen. Der 45-Jährigen gelang es, sich aus eigener Kraft in der Spalte höher zu arbeiten. Das letzte Stück half ihr ein bislang unbekannter Bergführer. Dieser brachte die Frau danach in Sicherheit. Sie wurde mit einem Skidoo zur Bergstation gebracht und von dort mit dem Rettungshubschrauber zur Beobach-

tung in das Krankenhaus Schladming geflogen.

Aus diesem Anlass rät die Bergrettung zu höchster Vorsicht: „Eine Dachsteinbesteigung über den Randklufthanstieg ist derzeit ohne Seilsicherung und Gletscherausrüstung höchst riskant“, so Christoph Preimesberger von der Bergrettung Hallstatt: „Wer hier unsicher ist, sollte den Schulteranstieg wählen, oder sich an einen Bergführer wenden.“





Foto: EPA

Märchenhaft wirken die Waldbrände im kalifornischen Yosemite-Nationalpark auf diesem mit einer langen Belichtungszeit gemachten Foto. Tatsächlich haben die Flammen mehr als tausend Hektar Land vernichtet, mehrere Gemeinden mussten evakuiert

werden. Drei Campingplätze wurden geschlossen, einige Zufahrtsstraßen gesperrt. Das Tal mit seinen hohen Wasserfällen und steilen Granitfelsen war für Besucher zugänglich, allerdings hing dichter Rauch in der Bergregion. 700 Feuerwehrleute sind im Einsatz.

Artenvielfalt in der Landeshauptstadt

LINZ — Oberösterreichs Landeshauptstadt ist alles andere als artenarm, das beweisen zahlreiche Erhebungen der Naturkundlichen Station. Neben der allbekannten Taubenpopulation haben es sich insgesamt 122 Vogelarten heimisch gemacht. Aber auch ungewöhnlichere Tiere bevölkern die Stadt: An den Gewässern konnten bisher 22 Biberreviere festgestellt werden, im Stadtgebiet leben elf Fledermausarten. Als wahrer „Hotspot“ der Artenvielfalt erweisen sich die Traun-Donau-Auen, dort tummeln sich gleich 39 der 50 in Linz heimischen Libellenarten.

Ökologische Musterstadt

Die Landeshauptstadt zählt zu den ökologischen Musterstädten. 2006 erhielt sie im Rahmen eines österreichweiten Wettbewerbs die Auszeichnung als „Naturfreundlichste Gemeinde Österreichs“. Bereits seit 35 Jahren setzt sich die Naturkundliche Station für stadtökologische Forschung, Natur- und Artenschutzprojekte ein, um den Bürgern weiterhin eine funktionierende Stadtnatur und damit saubere Luft und reines Trinkwasser zu bieten — denn dies sind Grundvoraussetzungen für eine gute Lebensqualität.

Salzachfluten bedrohten Salzburg und sorgten dann im Inn für Angst in Schärding

Feuertaufe für Hochwasserdamm

Seine Feuertaufe musste der mobile Flutschutz in Schärding bestehen: Die Inn-Fluten, die auch jene Wassermassen mitführten, die zuerst die Stadt Salzburg bedrohten, konnten im Zaum gehalten, die Altstadt gerettet werden. Auch an der Donau gibt's erste Flutwarnungen.

In der Nacht zum heutigen Freitag sollte laut Prognosen des hydrographischen Dienstes des Landes OÖ der Höchstpegel des

VON MARKUS SCHÜTZ

Inns in Schärding mit 6,5 Metern überschritten werden. Der Hochwasserschutz, mit dem etwa die drei Stadttore zum Inn hin verschlossen werden können, war – wie berichtet – erst vor zwei Monaten fertig gestellt worden und ist dafür ausgerichtet. Die Innlande wurde zwar schon am Donnerstag-Vormittag überflutet, größere Schäden blieben aus.

„Dieses kleinere Flutereignis ist die Feuertaufe für den Schutzdamm der Schäringer Altstadt.“

Rudi Ansober, Wasser-Landesrat



Fotos: EPA/JFK, Daniel Schüringer

„Mobile Hochwasserschutz-Elemente liegen für den Notfall bereit“, gibt sich Einsatzleiter Markus Furtner optimistisch, dass diese Flut erfolgreich abgewehrt werden kann.

Die Salzach, die bekanntlich in den Inn mündet, hatte nach einem Starkregen im Land Salzburg großflächige Überflutungen ausgelöst. Der Pinzgau war teils abgeschnitten, die Mozartstadt wurde „dichtgemacht“. „Am Schluss fehlten nur 30 Zentimeter und der mobile Damm wäre überflutet wor-

den. Aber es ist sich ausgegangen“, kam Donnerstag Abend die Entwarnung.

Die Flutwelle wanderte weiter Richtung Inn, in Ostermiething trat die Salzach auch aus ihrem Bett, die Et-

tenauer Landesstraße musste gesperrt werden. Die Donau, die ab Passau die Fluten aufnimmt, wird die Warn Grenzen erreichen, großflächige Ausuferungen sollten uns in OÖ erspart bleiben.



▲ Dramatische Bilder aus Mittersill. Die Salzach wütete in halb Salzburg.

◀ Blick von der Innlande in Schärding nach Bayern – der Flutschutz hielt.



Das Bild von der Staustufe Ranshofen zeigt die gewaltigen Wassermassen, die am Donnerstag den Inn hinunter schossen. Foto: Fest

Schärding: Damm hat Feuertaufe bestanden

Projekt „Altstadt“ war erst im Juni fertig gestellt worden
Nur kleinere Anpassungen sind noch notwendig

SCHÄRDING — Eben erst im Juni fertig gestellt, hat der Hochwasserschutz in der Schärddinger Altstadt seine erste Feuertaufe erfolgreich bestanden. „Damit konnten größere Schäden verhindert werden“, berichtete der technische Einsatzleiter der Feuerwehr, Markus Furtner. Wichtig für die Stadt wäre es aber, dass der Bau des dritten Teils des Hochwasserschutzes rasch in Angriff genommen werde.

Das Schutzprojekt „Altstadt“ wurde von der Stadtgemeinde von 2010 bis 2014 mit Gesamtkosten von neun Millionen Euro umgesetzt. Aufgrund der Gegebenheiten kann dieses Projekt nur vor 30-jährlichen Hochwässern schützen. Das vorgestrige Hochwasser war ein erster Test. Ein positives Resümee zog



Die mobilen Dämme wurden rechtzeitig errichtet und hielten dem Test stand.

Foto: FF Schärding

gestern Landesrat Rudi Anschöber. Der Ablauf habe sehr gut funktioniert, es seien lediglich geringfügige Anpassungen notwendig. Ebenso erfreulich: Auch die Prognosen des Hydrografischen Dienstes des Landes OÖ waren nahezu punktgenau. Bereits um 12 Uhr mittags wurde der Hochwasserscheitel

von 6,5 Metern für 1 Uhr in der Früh vorhergesagt. Die Uhrzeit stimmte tatsächlich genau, der Höchststand lag bei 6,41 Meter. Gestern früh hat sich die Hochwassersituation dann rasch entspannt. Im Lauf des Vormittags durchlief die Hochwasserwelle die Donau, Schäden gab es dabei nicht.

Widmungsverbote und mehr Platz für die Fließgewässer:

Flutkatastrophe wird die neue Raumordnung im Land prägen

Die Arbeit am neuen Raumordnungsgesetz im Land zieht sich, vor allem, weil Umweltlandesrat Rudi Anschober (Grüne) darin auch – gesetzgeberisch oft schwierige – Konsequenzen aus der Flutkatastrophe vom Juni 2013 ziehen will: „Kein Mensch würde verstehen, wenn wir das nicht tun“, so Anschober.

Dreifach soll sich die Flut niederschlagen, plant Anschober – Gespräche mit VP-Politiker Michael Strugl darüber laufen.

Erstens: „In besonders gefährlichen Bereichen, also wo im Hochwasserfall das Wasser sehr hoch oder sehr schnell ist, wird es ein Widmungsverbot (für Bau-

land, etc.) geben“, so Anschober. Zweitens geht es darum, welche Widmungen künftig hinter Dämmen und unter Rückhaltebecken möglich sind. Die könnten ja auch überschwemmt werden. Dieses Restrisiko bei besonderen Flutkatastrophen müsse man auch berücksichtigen,

und zwar durch Widmungseinschränkungen.

Der dritte große Bereich ist noch sehr offen: Da geht es um den Schutz von natürlichen Überschwemmungsgebieten („Retentionsräume“ in der Fachsprache) vor Bebauung: „Man wird schauen müssen, unter welchen Kriterien und mit welchen Verwaltungsverfahren das geht“, erklärt Anschober: „Wichtig ist, dass diese Flächen auch rasch in den Flächenwidmungsplänen ersichtlich werden.“

Erdrutsch bei Fest: 4 Tote

Heftige Niederschläge überraschten nahe Treviso die 100 Besucher

TREVISIO — Bei heftigen Unwettern nahe der norditalienischen Stadt Treviso sind vier Personen ums Leben gekommen. Mindestens 20 Menschen wurden verletzt. Zwei Verletzte befinden sich in kritischem Zustand im Krankenhaus. Kurz vor Mitternacht war am Samstag über die Gemeinde Refrontolo ein Starkregen hereingebrochen. Das heftige Gewitter überraschte rund 100 Teilnehmer eines Dorffestes unter einem großen Zelt. Von einem nahen Hügel löste sich eine Masse aus Schlamm, Wasser und Geröll. Diese erfasste Festteilnehmer und riss sie bis zu einem Bach mit. Dutzende Menschen versuchten sich an Bäumen festzuhalten, um dem Sog zu entkommen. Drei Männer und eine Frau ertranken. Das Zelt, Tische und Autos wurden von den Schlammmassen mitgerissen. „Es war wie eine Wasserbombe. Ich habe in meinem Leben noch nie so viel Wasser auf einmal er-

lebt“, berichtete ein Überlebender. „In dieser Gegend ist noch nie so etwas passiert. 300 Mitglieder von Rettungsmannschaften benötigten Stunden, um die Leichen zu bergen. In der Umgebung von Treviso kam es abgesehen davon auch zu weiteren Erdrutschen. Einige Hotels und Restaurants wurden vom Rest der Welt abgeschnitten, die Rettungs-

mannschaften mussten eingreifen, um die Gäste in Sicherheit zu bringen. Mehrere Personen, die sich in ihren Ferienwohnungen befanden, wurden evakuiert. In Cison di Valmarino bei Treviso waren mehrere Straßen wegen Erdrutschen gesperrt. Über 100 Personen saßen in Restaurants der Gegend fest, bis die Straßen befreit werden konnten.

Aus aller Welt 13

Aktuell

Dörfer verschüttet

KATHMANDU — Bei einem gewaltigen Erdrutsch im Nordosten Nepals sind ganze Dörfer verwüstet worden. Die Behörden sprachen von bis zu 150 Vermissten, wobei Retter gestern ausschlossen, dass unter den Erdmassen jemand überlebt haben könnte. Schlamm und Steine führten zudem in Indien zu einem Wasserrückstau, vor dem Zehntausende flohen.

400.000 ohne Wasser

TOLEDO — Die Behörden der Stadt Toledo im US-Bundesstaat Ohio haben wegen einer erhöhten Algenkonzentration im Leitungswasser Alarm geschlagen. Rund 400.000 Menschen wurden aufgerufen, vorerst kein Leitungswasser zu trinken. Für drei Countys wurde der Notstand ausgerufen, Trinkwasser in Flaschen an die Bewohner verteilt.

Flucht vor steigendem Meeresspiegel

Neuseeland gewährt erstmals Klima-Asyl

Wellington. – Erstmals hat Neuseeland beim Antrag einer Familie auf Bleiberecht den Klimawandel als Gefahr berücksichtigt. Sigeo Alesana, seine Frau und die beiden Kinder stammen aus Tuvalu. Der Pazifik-Inselstaat gilt seit langem als besonders anfällig für Naturkatastrophen.

Besonders die beiden drei- bzw. fünfjährigen Kinder seien wegen ihres Alters besonders

stark durch Naturkatastrophen und die Folgen des Klimawandels gefährdet, urteilte nun das Einwanderungs-tribunal in Neuseeland. Viele Bewohner der Inselstaaten im Pazifik leben gerade einmal einen Meter über dem Meeresspiegel. Lässt der Klimawandel diesen weiter steigen, sind sie die Ersten, die die Auswirkungen der globalen Erwärmung spüren. Die Familie Alesana auszuweisen wäre „ungerecht und über die Maße hart“, erklärt das Gericht.

Das Asyl wird dadurch bekräftigt, dass bereits die ganze Verwandtschaft der Familie in Neuseeland lebt.



Foto: Epa/Berglund Sveden out

Großbrand in Schweden erreicht extreme Ausmaße

Einsatzleiter spricht von absolut größtem Waldbrand der modernen Zeitrechnung des Landes — Seit gestern erster Toter zu beklagen

STOCKHOLM — Eine Fläche von mehr als 100 Quadratkilometer in Flammen, Wetterbedingungen, die die Löscharbeiten erschweren und seit gestern auch das erste Todesopfer zu beklagen. Angesichts des großen Waldbrands in der schwedischen Region Västmanland bleiben auch dem Einsatzleiter der Katastrophenbereitschaft, Jan Wilsen, nur mehr drastische Worte, um die Lage zu beschreiben. Als den „wohl absolut größten Waldbrand der modernen Zeitrechnung des Landes“

bezeichnete er das seit mehr als sechs Tage lodernde Feuer. Der Rauch ist auch 50 Kilometer weiter noch zu vernehmen, empfindliche Personen sollen daher die Fenster geschlossen halten.

Hunderte Freiwillige und 13 Helikopter im Einsatz

Hunderte Freiwillige beteiligen sich an den Löscharbeiten, 13 Helikopter standen gestern im Einsatz. Vier zusätzliche Brandbekämpfungsflugzeuge aus Italien und Frankreich wa-

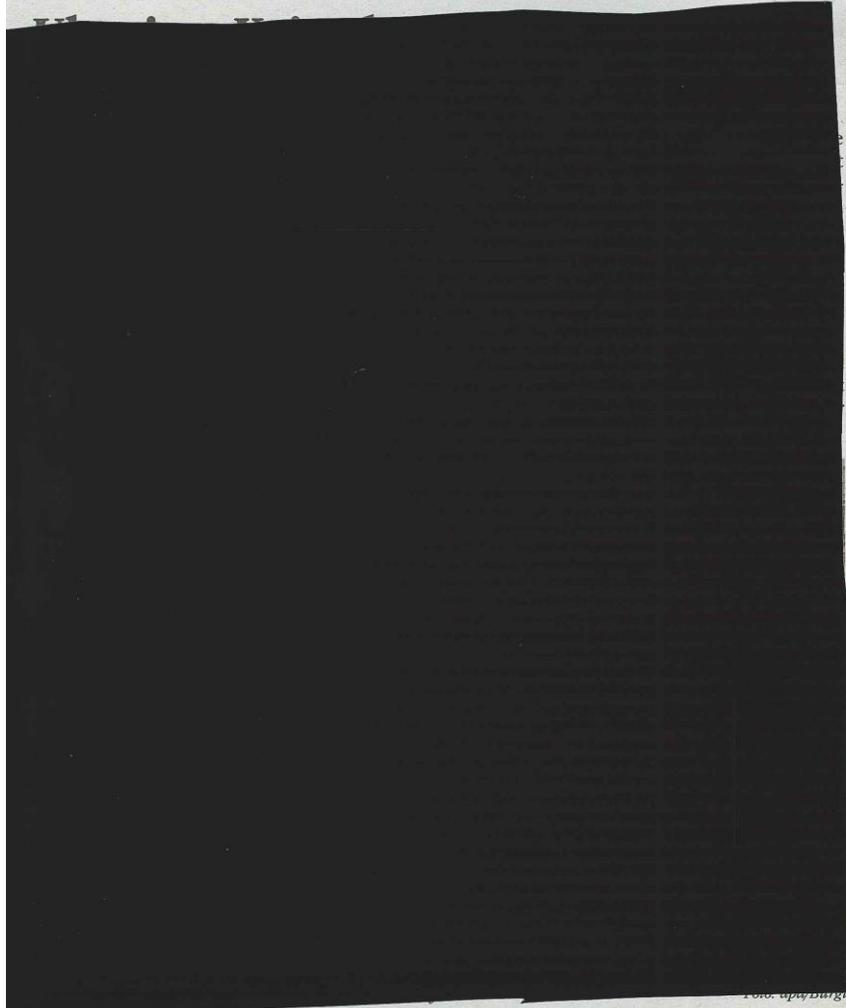
ren zur Unterstützung auf dem Weg. Auch das erste Todesopfer ist seit gestern zu beklagen. Ein 30-jähriger Mann wurde völlig verkohlt aufgefunden und konnte nur mehr dank seiner ebenfalls gefundenen ID-Karte identifiziert werden. Die weiteren Löscharbeiten könnten noch Wochen andauern, denn die Wetterprognosen sind ungünstig. Regen sei nicht in Sicht, hieß es von Meteorologen. Als möglicher Auslöser des Flammeninfernos wurde eine defekte Forstmaschine ausgemacht.

Gewagtes Unterfangen der Armee in Nepal. Da nach einem gewaltigen Erdbeben Geröllmassen ein ganzes Himalaya-Tal blockieren und den Fluss Sunkoshi zu einem kilometerlangen See aufstauen, sollen Löcher in den bis zu 90 Meter hohen Damm aus Erdrück gesprengt werden. Ob durch den Einsatz von Sprengstoff eine Flutwelle verursacht werde, wisse er nicht, sagte der Dist-

Nepals Armee will Damm sprengen

riktchef Gopal Parajuli zu dem Vorhaben. Der Plan sei, dass die Sprengungen kleine Löcher reißen, so dass der See nach und nach abfließt. Der durch den Erdbeben entstandene Stausee und ein möglicher Dammbrech halten seit Tagen die Menschen in der Region in Atem. Aufgrund

der unsicheren Lage wurden im benachbarten Indien bereits 70.000 Menschen evakuiert. Anrainer flussabwärts des Damms sollen in höher gelegene Regionen fliehen, hieß es. Bei den Rettungsarbeiten nach dem Erdbeben vergangene Woche wurden 33 Leichen aus den Erdmassen geborgen, den noch rund 140 Vermissten wird keine Überlebenschance mehr eingeräumt.



Kommentar

Lena Johanna Landeck

Was in den Vereinigten Staaten von Amerika bereits gang und gäbe ist, ist innerhalb der Europäischen Union zum Politikum mutiert: Die Rede ist von Fracking. Gerade in Zeiten, in denen der Ruf nach der Unabhängigkeit von Energieimporten aus poli-

Risiko

tisch schwierigen Regionen wie Russland immer lauter wird, wiegt das Argument, Fracking als effiziente, nachhaltige und kostengünstige Fördermethode auch hierzulande einzusetzen, immer schwerer. Schließlich sind die Gaspreise in den USA infolge dessen bereits kräftig gepurzelt. Als Mensch, der in der westlichen Welt groß geworden ist, ist man den Wohlstand, überall und jederzeit über warmes Wasser und Strom verfügen zu können, zum Glück gewohnt. Und es gibt wohl nur wenige, die auf eben jenen Luxus im Zuge einer etwaigen Energieknappheit gern verzichten würden. Die Frage ist allerdings, ob eine Selbstversorgung mit Energie nicht auch auf anderen Wegen und ohne höchst umstrittene Methoden erreicht werden kann, deren Langzeitfolgen für Tier, Mensch und Umwelt (nebenbei bemerkt) noch nicht einmal bekannt sind. Dass Innsbrucker Forscher nun herausgefunden haben, dass beim Fracking gesundheitsgefährdende Gase in die Erdatmosphäre gelangen, sollte der EU-Kommission jedenfalls zu denken geben. Denn nur von Wohlstand allein kann der Mensch nicht leben — am Ende ist dafür im hohen Maße bekanntlich auch die Gesundheit verantwortlich.

j.landeck@volksblatt.at

Fracking belastet die Atmosphäre

Wissenschaftler der Uni Innsbruck weisen gesundheitsschädliche Gase nach

In den USA erlebt die Methode, Schiefergas und -öl über Gesteinsbohrungen zu fördern, dieser Tage einen wahren Boom. In Europa — und nicht zuletzt hierzulande — ist das sogenannte Fracking hingegen höchst umstritten. Die EU-Kommission spricht sich nicht explizit gegen Fracking aus, pocht aber auf einen „angemessenen Umwelt- und Gesundheitsschutz“. Wissenschaftler der Universität Innsbruck haben nun herausgefunden, dass

Fracking tatsächlich die Atmosphäre mit klima- und gesundheitsschädlichen Gasen belastet.

Giftig und krebserregend

Sie fanden unter anderem krebserregendes Benzol, giftigen Schwefelwasserstoff und Vorläufersubstanzen für Ozon. „Bei der Förderung, Aufbereitung und Verteilung gelangen über zahllose Lecks klima- und gesundheitsschädliche Gase in die Atmosphäre“, bestätigt Armin Wisthaler

vom Institut für Ionen- und Angewandte Physik der Uni Innsbruck. Das österreichische Team beteiligte sich im Rahmen ihrer Forschungsarbeit an einem Projekt, das die US-amerikanische Luft- und Raumfahrtbehörde NASA derzeit im Bundesstaat Colorado durchführt. Die eingesetzte, hochsensible Messtechnik wurde von den Wissenschaftlern gemeinsam mit der Tiroler Hightech-Firma Ionicon Analytik GmbH entwickelt.

14 Monate nach Hochwasserkatastrophe legte Ministerium

Donau erreichte bei Flut

Die Folgen der Jahrhundertflut im Vorjahr sind noch immer spürbar: Dutzende Oberösterreicher wollen oder müssen vor allem im Eferdinger Becken ihre Häuser verlassen, weil sie in ständiger Angst vor den Wassermassen leben. Eine Untersuchung zeigt jetzt, dass die Donau 2013 ihren historischen Höchststand erreichte.

Mehrere Monate lang haben Fachleute aus allen Bereichen untersucht, warum Anfang Juni 2013 gewaltige Wassermassen unser Land überfluteten. Kernaussage der Expertise aus dem Umweltministerium: Seit es Aufzeichnungen gibt, hatte die Donau noch nie einen

gleich: Beim ebenfalls katastrophalen Hochwasser im Jahr 2002 waren es 6493 Kubikmeter pro Sekunde – also deutlich weniger.

„Das Hauptproblem damals war der hohe Wasserstand des Inns“, zitiert Umweltlandesrat Rudi Anschob-

er (Grüne) aus der Expertise. Der viel kleinere Fluss habe die Donau oberhalb von Passau aufgestaut. „Dadurch haben sich gewaltige Massen gebildet, die sich dann zu einer historisch gesehen noch nie dagewesenen Welle vereint haben“, erklärt Anschobner. Dazu kamen noch 100- bis 500-jährliche Niederschläge, die die Flut in Richtung Osten begleiteten – und das ihre dazu beitrugen. Endergebnis: „Die Flut war eine Naturka-

VON ROBERT LOY

derart hohen Wasserstand. Konkreter: Noch nie seit 1820 (seit diesem Jahr gibt es Aufzeichnungen) wälzte sich eine derart große Flut durch das Becken des größten österreichischen Flusses.

Untermauert wird das mit vielen Zahlen: So betrug die Durchflussmenge am 3. Juni in Engelhartzell bei einem Wasserstand von 1061 Zentimetern 9800 Kubikmeter pro Sekunde. Zum Ver-

Foto: FF Schärding



Markus Furtner mit Gemeinde-Sekretärin Rosemarie Kaufmann in der Schärdinger FW-Zentrale beim Verschicken der Info-SMS.

Interview

„Bewohner konnten beruhigt schlafen!“

„Wir konnten unsere Bewohner bei jüngster Bedrohung beruhigen“, lobt Markus Furtner aus Schärding das Zivilschutz-SMS-Service.

Sie sind zweiter Kommandant-Stellvertreter der FF Schärding, arbeiten in der Bauabteilung und haben das Zivilschutz-SMS-Alarmssystem jetzt praxisnah getestet.

Wir haben uns sehr bald für das System interessiert – und bei uns haben

sich bisher schon 117 Bewohner angemeldet. Bei der jüngsten Hochwassergefahr haben wir diese Bürger per SMS über den Wasserstand informiert.

Das kam gut an? In der Folge haben sich gleich zehn weitere Bewohner bei uns angemeldet. Sie haben über Mundpropaganda davon erfahren, haben von Bekannten gehört, dass die dank der raschen und genauen SMS-Informationen beruhigt schlafen konnten.

Auch die Entwarnung erfolgte per SMS.

Die haben wir kurz nach Mitternacht geschickt – da-

mit niemand unnötig wach bleibt, wenn die Gefahr nicht mehr gegeben ist.

Das SMS-Service erlaubt ja regionale, zielgenaue Information.

Wir haben die bisher angemeldeten Personen nicht in Gruppen unterteilt, wollen immer alle informieren, da ja Interessen auch außerhalb der Wohnadresse liegen können.

SMS-Infos wird's aber nicht nur bei steigendem Inn-Wasser geben.

Nein, auch bei Trinkwasserproblemen, Vogelgrippe, Bahn- oder Verkehrsunfällen und ähnlichem.

Interview: Johann Haginger

Ergebnisse seiner Untersuchungen vor:

Wasser-Rekord

tastrophe, die durch menschliche Hand nicht zu verhindern gewesen wäre“, fasst Anschobner zusammen.

Widerlegt sei auch die Kritik an den Mitarbeitern des hydrographischen Dienstes, wonach diese zu spät informiert hätten. Und:

„Die Prüfer halten auch fest, dass es keine absichtlichen Flutungen gab“, erklärt der Umweltlandesrat.

Bewährt hat sich indes das neue Zivilschutz-SMS-System bei jüngsten Flutbedrohungen in Schärding – siehe dazu unser Interview.

Ob der Enns

Die Expertise aus dem Wiener Umweltministerium zeigt es Schwarz auf Weiß: Niemand konnte damit rechnen, dass binnen kürzester Zeit so gewaltige

menschliche Hand hilflos. Der Verdacht, dass einzelne Gebiete absichtlich geflutet wurden, bleibt aber trotzdem. Warum?

Die Aussagen von techni-

Warum Zweifel bleiben

Wassermassen über unser Land schießen, dabei alles links und rechts der großen Flüsse überschwemmten.

Es hat einfach binnen kürzester Zeit unaufhörlich geregnet. Da ist auch jede

schen Experten und Politikern kurz nach der Katastrophe waren für alle verwirrend. Keiner wusste, was stimmte und was nicht. Das ist auch der Grund, warum Zweifel bleiben. RL

Dunkle Wolken über geplantem Bio-Solardorf

Mühlviertler Ortschaft steht Projekt mit 40 Objekten skeptisch gegenüber — Land OÖ prüft beantragte Umwidmung in Bauland

Von Heinz Wernitznig

RAINBACH — Nicht nur die geplante Umfahrung von Rainbach im Bezirk Freistadt (West-Trasse) sorgt derzeit in der Mühlviertler Gemeinde für Aufregung. Ein Dorn im Auge ist etlichen Bewohnern der Ortschaft Sonnberg ein im Anschluss an den Ort geplantes Bio-Solardorf mit 40 Häusern, das vor allem in ökologischer Hinsicht mit einem eigenen Energie- und Abfallkonzept neue Maßstäbe setzen will. Wie sich kürzlich bei der öffentlichen Präsentation des Projektes durch die Betreiber zeigte, stoßen sich viele Sonnberger nicht nur an der bislang fehlenden Information und fühlen sich von den Initiatoren übergangen, wofür

sich die Verantwortlichen auch entschuldigten, sondern auch an einem fehlenden Verkehrskonzept. Viele Bewohner halten das Bio-Solardorf zwar für ein interessantes Projekt, halten aber eine Quasi-Verdoppelung der Einwohnerzahl binnen lediglich drei Jahren für eine bedenkliche Entwicklung.

Nun sind die Experten am Zug

Wie es mit dem Bio-Solardorf — dieses soll unter anderem über einen technischen Experten in Form eines „Dorfmeisters“, einen Fischteich, einen Spielplatz, eine Kapelle und ein Glashaus für alle Bewohner verfügen — weitergeht, wird vor allem von den diversen Gutachten

der Experten des Landes OÖ abhängen. Derzeit läuft bei der Gemeinde die beantragte Änderung des Flächenwidmungsplanes. Konkret ist für das Projekt eine Fläche im Ausmaß von fünf Hektar auf beiden Seiten der Durchzugsstraße nach Rainbach vorgesehen. Im Herbst wird sich der Bauausschuss nochmals mit den Ergebnissen der Stellungnahmen der Fachabteilungen des Landes befassen. Ob danach im Gemeinderat die Umwidmung wie geplant beschlossen wird, steht aus heutiger Sicht in den Sternen. Zumal bei der öffentlichen Präsentation Gemeindevertreter aller Fraktionen betonten, dem Bio-Solardorf nicht gegen den Widerstand der Sonnberger zustimmen zu wollen.

10 Tonnen schwerer

Eine Verletzte bei Naturereignis in Obertraun — „Pkw-großer“

OBERTRAUN — Zu einem spektakulären Naturereignis ist es gestern knapp nach Mitternacht in Obertraun (Bezirk Gmunden) gekommen. Aus dem Wehrkogel löste sich nach einem Bericht der Polizei ein ungefähr „Pkw-großer“ Fels und stürzte auf ein Mehrparteienhaus. Eine 38-jährige Bewohnerin wurde dabei verletzt und in ein Krankenhaus eingeliefert, alle anderen Hausbewohner blieben unver-

Zutritt zum Gebäude wurde untersagt

Der Zutritt zum schwerbeschädigten Gebäude wurde behördlich untersagt. Für die Bewohner wurden Ausweichquartiere gesucht, Experten nahmen das Gebäude unter die Lupe. Er sei froh, dass nicht mehr passiert ist, so Bürgermeister Egon Höll: „Das ist höhere Gewalt.“

Erst vor rund zwei Monaten sei die betroffene Felswand untersucht und loses Gestein sowie Bäume entfernt worden, berichtete der Bürgermeister. Zwischenfälle wie den aktuellen habe es aber bisher nicht gegeben. Man unternehme jedenfalls alles Menschenmögliche, um Katastrophen zu verhindern. Ein Restrisiko bleibe aber, da der Dachsteinkalk porös sei.

Felsbrocken zertrümmert Haus

Fels löste sich nach Mitternacht vom Wehrkogel — Gebäude musste evakuiert werden



Das schwer beschädigte Haus wurde umgehend geräumt, Statiker müssen die Sicherheit überprüfen. Die Höhe des angerichteten Sachschadens war zunächst noch unklar.



Auch zwei Pkw wurden bei dem Felssturz schwer beschädigt. Foto: APA/Selzer/Philipp Waischku

10 Tonnen schwerer Fels

- **Von 8 Mietern wurde nur eine Frau verletzt**
- **Gebäude in Obertraun schwer beschädigt**
- **Der Steilhang wurde kurz zuvor kontrolliert**

Es war ein Riesenumsturz! Kurz nach Mitternacht löste sich ein zehn Tonnen schwerer Felsbrocken von einem Hang in Obertraun, donnerte ins darunterliegende, 300 Jahre alte Wohnhaus und krachte durch ein Schlafzimmer! Die Mieterin (38) kam ver-

letzt ins Spital. Sechs weitere Bewohner und ein Baby blieben aber unverletzt.

„Es ist ein Riesenglück, dass es keine Toten und Schwerverletzten gegeben hat. Das war einfach höhere Gewalt. Einen 100-prozentigen Schutz kann es leider nie geben“, ist Egon Höll, Bür-

germeister der Salzkammergutgemeinde Obertraun, noch sichtlich betroffen, als er die Unfallstelle besichtigt. Der etwa zehn Tonnen schwere „Fels-Turm“ hatte sich vom Wehrkogel oberhalb des Gebäudes gelöst. Der gewaltige Brocken, der ungefähr die Größe eines

Kleinwagens hatte, donnerte aus fünf Metern Höhe hinab, durchschlug das Dach sowie einen Wohnraum und ein Schlafzimmer und kam schließlich auf der Sonnenterrasse zum Stillstand. Es befanden sich sieben Erwachsene und ein Baby in dem Haus, verletzt wurde wie durch ein Wunder nur

VON CHRISTOPH GANTNER

die 38-Jährige. Sie wurde ins Krankenhaus nach Bad Ischl eingeliefert. Laut Polizei ist sie unbestimmten Grades verletzt worden. Bei sämtlichen Bewohnern handelt es sich um Ausländer, die als Saisonkräfte in der Tourismusgemeinde arbeiten. Für alle hat man sofort nach der Evakuierung Notquartiere gesucht. Zwei geparkte Autos wurden bei dem Felssturz leicht, ein weiterer Pkw schwer beschädigt.

Besitzerin Melanie Köberl aus Wels hatte erst wenige Stunden zuvor mit ihrem Lebensgefährten Mario Groissmair den Zweitwohnsitz verlassen: „Der materielle Schaden ist egal, wichtig

Das tägliche „Krone“-Quiz

„Worum handelt es sich bei ‚Tokajer‘?“

- a) EDV-Schadprogramm
- b) Region in Mittel-Italien
- c) Wein
- d) Gipfel in den Dolomiten

Auflösung im Anzeigenteil
Mehr Fragen: www.krone.at/itest



Rettungskräfte suchten nachts nach eventuellen Verschütteten

Foto: satzi.at

ooe@kronenzeitung.at

Die Besitzerin des Hauses, Melanie Köberl, ist dem Unglück nur deshalb knapp entkommen, weil sie heim nach Wels gefahren war. Weil es keine Toten gab, sieht sie die Zerstörungen relativ gelassen.

Das Unglück hat Sie gerade nicht erwischt.

Ja, um Haaresbreite. Wir sind am Montag heim nach Wels gefahren. Dort haben wir unseren Hauptwohnsitz. Ein paar Stunden später, um 6.30 Uhr früh, ist mein Lebensgefährte informiert worden, dass in der Nacht der Fels heruntergestürzt ist.

Interview

„Früher hat man so nah am Hang gebaut“

Sie haben mit Ihrem Lebensgefährten gerade einiges ins Gebäude investiert.

Ich habe das Anwesen 2011 von meinen Eltern übernommen. Eigentlich sind es ja zwei Häuser. Das neue, das erst 1986 erbaut worden ist, ist heil geblieben. Aber das zweite, das schon 300 Jahre alt ist, hat es ganz schön erwischt. Wir haben gerade das Dach und die Fenster erneuert.

Es gab aber laut Gemeinde vorher nie Probleme mit der nahen Felswand. Die Hangzone gilt laut den Geologen eigentlich als sehr stabil.

Kein Mensch kann sich daran erinnern, dass irgendwann einmal etwas runtergekommen ist. Und das seit 300 Jahren nicht. Früher hat man eben so nahe an den Hang hergebaut.

Sie wollen im Oktober den Bund fürs Leben schließen.

Melanie Köberl war am Dienstag noch sichtlich geschockt.

Das war schon lange geplant. Ich bin mit meinem Partner schon seit elf Jahren zusammen. CG



Foto: Marion Hörmandinger

stürzte in Schlafzimmer

Bürgermeister Egon Höll und das Wohnhaus in Obertraun, wo der gewaltige Felsbrocken eingeschlagen ist.



Fotomontage/Fotos: Marion Hörmandinger

ist nur, dass alle Mieter leben“ – mehr im Interview.

Geologen entscheiden, wie es weitergeht

Fraglich ist freilich, ob und wann das Anwesen wieder freigegeben werden kann. Geologe Michael Schiffer von der Wildbachverbauung: „Wir haben das Areal vor ein paar Wochen kontrolliert, das Hauptaugenmerk dabei aber auf die Baumbewachung gelegt. Die Sicherung des Felsbrockens war als weiterführende Maßnahme geplant, aber die Natur war schneller. Im

Salzkammergut gibt es allerdings kilometerweit solche exponierten Hanglagen. Gerade die betreffende Felsformation galt eigentlich als stabil und sehr sicher.“

Schiffer hat auch eine Erklärung zur Hand, warum sich der Felsen ausgerechnet jetzt gelöst hat: „Schuld ist sicher auch der viele Regen. Das Wasser sickert in die Felsklüfte ein, dadurch entsteht so viel Druck, dass der Stein irgendwann nachgibt.“

Das spektakuläre Unglück zog zahlreiche Schaulustige an, auch Musiker Hubert von Goisern machte sich vor Ort ein Bild.

Felsstürze kommen im Salzkammergut oft vor

Fast auf den Tag genau vor drei Jahren war in Bad Ischl ebenfalls nach heftigen Regengüssen ein acht Tonnen schwerer Felsen gegen ein Haus gerutscht. Der Sanierungsaufwand war enorm, es dauerte Monate, bis das Haus geschützt war.

Der Schreck sitzt ihnen noch deutlich in den Knochen: Das Mieter-Ehepaar Dragan und Jelena Scrobic wurde durch den Lärm des Anpralls wach.

„ Wir haben einen fürchterlichen Krach gehört und sind in Panik durch das Fenster geflüchtet.

Die Mieter Dragan und Jelena Scrobic



Foto: Marion Hörmandinger

EUROMILLIONEN

ZIEHUNG VOM 12.08.2014

7 16 19 22 33

* 2 * 5 Alle Angaben ohne Gewähr

Wasser-Landesrat und Experten bei Lokalaugenschein entlang der Donau nach der

Computermodell soll Bewohner

Auf die Spuren des Hochwassers 2013 entlang der Donau in Oberösterreich begaben sich nun Landesrat Rudi Anschöber und eine Expertenrunde. Eine wichtige Erkenntnis: Dank eines speziellen Computermodells soll die Bevölkerung künftig exakt vor Überflutungen gewarnt und in Sicherheit gebracht werden können.

Natürlich schützte es in Strömen, als der Landesrat Dienstag früh mit einigen Wasserexperten zu seiner Hochwasser-Tour aufbrach. „Ich habe den Regen aber nicht extra bestellt“, stellte der Grün-Politiker klar. Was auch für die Beteiligten galt, wie an ihren sommerlichen Schuhen zu erkennen war. An der ersten Station wurde der neu ins Internet aufgenommene Pegel Wilhering unter die Lupe genommen. Wobei DI Markus Haider vom Hydrographischen Dienst des Landes OÖ auch auf frühere Probleme bei Blitzschlägen eingieng: „Es kam öfter vor, dass da-



▲ Rudi Anschöber zeigt den Pegelstand in Ottenstein vom Juni 2013.



DI Peter Kickingger beim Pegel Wilhering.

77 Wenn der Strom ausfallen sollte, sorgt ein zusätzliches Solarisystem für die Übertragung der Daten.



DI Markus Haider vom Hydrographischen Dienst des Landes OÖ



3. 6. 2013



So toben die Wassermassen bei der Hochwasserkatastrophe im Juni 2013

13. 8. 2014

Hochwasserkatastrophe vom Juni 2013

vor Flut schützen

siehe dazu unser Interview. Dabei wird exakt veranschaulicht, wie Wasserstand in wie vielen Stunden zu erwarten sein wird. Zuerst sollen die Einsatzkräfte Zugang zur Flut-Prognose haben, damit sie genau wissen, welche Gebiete zu evakuieren und wo Anrainer vor den Wassermassen in Sicherheit gebracht werden müssen. Zuvor werden sie natürlich noch in das System eingeschult, das bis Mitte 2015 fertig sein soll.



13. 8. 2014



5. 6. 2013

VON JOHANNES NÖBBAUER

ach und bei den Überströmen entlang der Donau gab's vor allem für die betroffenen Flutopfer eine gute Nachricht für die Zukunft: „Eine Katastrophe kann zwar nie verhindert werden, doch die Sicherheit der Bewohner wird künftig stark verbessert“, so Rudi Anschöber. Neben schnellen Warnungen per Internet, Smartphone oder Medien steht dabei vor allem die Lamellen-Prognose im Mittelpunkt des exakten Warnsystems. Diese soll im Katastrophenfall die für alle Anrainer existenziellen Fragen beantworten: „Wie hoch steigt das Wasser bei meinem Wohnhaus? Wann kommt das Wasser? Die Prognose über den Verlauf des Hochwassers kann künftig übers Internet abgerufen werden“, so Mag. Felix Weingraber vom Land OÖ.

Völlig zerstört wurde beim Hochwasser 2013 der Donauhof von Brigitte und Wolfram Gottl in Ottenstein (fl.). Keller, Eiferm Gottl zeigt die Wasserlinie (oben).

Interview

Bestenskräfte werden eingesetzt

Wie Landsleute und ihr Hab und Gut künftig besser bei Hochwasser geschützt werden können, weiß Felix Weingraber vom Land OÖ.

Die Prognose über das Hochwasser erhalten künftig nur die Einsatzkräfte? Zur Zeit ist es einmal so geplant. Es muss erst gesichert werden, ob es auch laienmännlich ist. Denn man muss den Übersetzungsschlüssel genau kennen. Dafür müssen auch

Die Bedienung des Schubers ist bei einem Kraftwerk eine verantwortungsvolle Aufgabe.



DI Richard Krammer, Leiter der Kraftwerksgruppe Obere Donau

Die Einsatzkräfte genau von uns geschult werden. Damit es keine Missverständnisse geben kann. Ja, es geht ja um wichtige Entscheidungen bei den Einsatzplänen. Und man kann auch nur eine Tendenz ablesen, was in sechs, zwölf oder auch 24 Stunden passieren wird. Wie exakt ist das? Die Sechs-Stunden-Prognose ist sehr genau. Wann ist das Modell denn fertig? Wir haben das Eifermacker Becken schon gemacht. Bis Jahresende



Felix Weingraber mit dem Prognose-Modell

kommen noch die St. Georgener Buch, Enns und Ennsbagen dazu. Und bis Mitte 2015 soll das ganze Land erfasst sein. Wie sieht's mit den Umsiedlungen aus? Insgesamt geht's um 150 Objekte, bis 2022 sollte eigentlich alles handlich abgeschlossen sein. Aber die letzte Entscheidung liegt bei den Gemeinden. noch



Weiterhin gesperrt bleibt das Gebäude in Obertraun, das in der Nacht auf gestern durch einen Felssturz schwer in Mitleidenschaft gezogen worden ist. Die Behörde hat ein Betretungs- und Benützungsverbot über das gesamte Wohnhaus verhängt. Die Bewohner, für die mittlerweile Ersatzunterkünfte gefunden worden

sind, durften gestern noch die dringend benötigten Gegenstände des täglichen Bedarfs aus ihren Wohnungen holen. Statiker und Geologen überprüfen jetzt Haus und Hang, in der Folge soll die Wildbach- und Lawinenverbauung die Maßnahmen festlegen, die nötig sind, um das Gebäude zu sichern.

Foto: Perstl





oto: dpa

Meteorologen in Island warnen vor verstärkter Aktivität des Vulkans Bárðabunga. Die zweithöchste Warnstufe „Orange“ wurde ausgerufen. Bei einer Eruption könnte Asche in die Atmosphäre geschleudert werden und den Flugverkehr behindern. 2010 hatte ein Ausbruch des isländischen Gletschervulkans Eyjafjallajökull den Flugverkehr in weiten Teilen Europas tagelang lahmgelegt.



Bei Erdbeben nach tagelangen Regenfällen sind im Westen Japans mindestens 36 Menschen getötet worden, sieben werden noch vermisst. Eine riesige Schlammlawine (oben) hat in der Stadt Hiroshima Dutzende Häuser zerstört (links). Unter den Toten ist auch ein Helfer, der fünf Menschen aus dem Schlamm befreit hatte und dann selbst bei einer neuerlichen Mure ums Leben kam. 500 Personen mussten in Notunterkünften Zuflucht suchen. Meteorologen warnen vor neuen Niederschlägen, Überschwemmungen und Erdbeben.

Foto: AP, AFP



Aus Sorge vor einem möglichen Vulkanausbruch haben die Behörden in Island am Bardarbunga Evakuierungsmaßnahmen angeordnet. Wegen der verstärkten seismischen Aktivität wurde das Gebiet nördlich des Gletschervulkans am Vatan-

jökull gesperrt und geräumt. Dort befanden sich bis zuletzt rund 150 Touristen. Gefahr drohte u. a. durch mögliche Gletscherfluten bei einem Ausbruch. Für den internationalen Flugverkehr gilt die zweithöchste Vorwarnstufe. Foto: epa/Olaf

Aktuell

Dutzende Tote

HIROSHIMA – Nach tagelangem Regen gingen mehrere Erdstöße auf die westjapanische Stadt Hiroshima nieder, Dutzende Häuser wurden zerstört und mindestens 36 Menschen getötet. Sieben Einwohner werden noch vermisst. Die Erdstöße überraschten die Bewohner der Randgebiete mitten in der Nacht. Sie hinterließen auf 20 Kilometern eine Spur der Verwüstung.

Linz wächst und wächst

Die Landeshauptstadt verzeichnet ein Bevölkerungswachstum von mehr als 2300 Personen.

■ LINZ (red). „Städte sind wieder cool und sexy“, sagt Bürgermeister Klaus Luger. Das spiegelt sich auch in den aktuellen Bevölkerungszahlen für die Stadt Linz wider. Laut Statistik Austria verfügt die Landeshauptstadt mit Stand 1. Jänner 2014 über 193.814 Einwohner. Das entspricht einem Zuwachs von 2313 Personen gegenüber dem Vorjahr und damit einer Steigerung von 1,2 Prozent. Es ist der größte Bevölkerungszuwachs seit über zehn Jahren. „Linz ist als Lebensstadt offenbar ungebrochen attraktiv und bietet auch in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten Sicherheit“, meint Luger. FPÖ-Stadt-



Immer mehr Menschen sind Linzer. Hauptverantwortlich dafür sind die Nebenwohnsitzaktion sowie der Kinderzuwachs. Foto: Fotolia/bob

rat Detlef Wimmer sieht auch die von seiner Partei angeregte Aktion, wonach Menschen mit Nebenwohnsitz in Linz diesen in ihren Hauptwohnsitz umwandeln, als wichtigen Schritt. „Rund 450 Menschen haben das bereits gemacht“, sagt Wimmer.

Weiterer Zuwachs erwartet

Ein Ende des Zulaufs ist nicht in Sicht. Ganz im Gegenteil: Alleine im ersten Halbjahr 2014 wurde ein Zuwachs von 1700 Personen verzeichnet. Mit ein Grund ist das höchste Geburtenplus seit vier Jahrzehnten. Zuletzt waren 1972 mehr Kinder auf die Welt gekommen. „Das hat auch auf die Infrastruktur der Stadt enorme Auswirkungen“, sagt Luger, der auf den erhöhten Bedarf an Kinderbetreuungs- und Pflegeeinrichtungen sowie Wohnungen verweist.

104781

Die Ölpest am San-Juan-Fluss im nordmexikanischen Bundesstaat Nuevo Leon nimmt, wie das Foto des völlig verschmutzten Vogels rechts zeigt, immer dramatischere Formen an. Die Reinigungsarbeiten werden mehrere Monate in Anspruch nehmen. Die Umweltkatastrophe entstand, als Diebe Öl von einer Pipeline abzapfen wollten und diese dabei zerstörten.



Foto: REUTERS

Evakuierungen um den Bárðarbunga

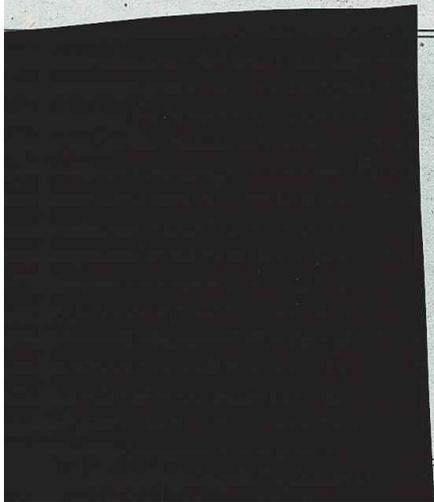
Island: Anzeichen für Vulkanausbruch

Reykjavík. – Nach einem heftigen Erdbeben der Stärke 5,3 wird ein Ausbruch des isländischen Vulkans Bárðarbunga immer wahrscheinlicher: Die Behörden haben die Warnstufe Orange ausgerufen, es gab am Wochenende stundenlang ein Flugverbot in der Region.

2010 hatte ein Ausbruch des kleineren isländischen Vulkans Eyjafjallajökull den Flugverkehr im Großteil Eu-

ropas lahmgelegt, etwa acht Millionen Reisende saßen fest. Deshalb arbeitet das Beratungszentrum für Vulkanasche in London jetzt auf Hochtouren.

Die höchste Alarmstufe, Rot, wurde auf Orange zurückgestuft: Kontrollflüge fanden keine Anzeichen von Aktivität auf der Oberfläche des die Spitze bedeckenden Vatnajökull-Gletschers. 200 Touristen mussten gefährdete Gebiete nördlich des Gletschers verlassen, Anrainer müssen ihre Mobiltelefone eingeschaltet lassen.





Durch den Anstieg von Treibhausgasen und die damit verbundene Erderwärmung schmelzen unsere Gletscher . . .

Gletscherschmelze

Nun wurde es erneut bestätigt: Der Mensch ist schuld am Schmelzen der Gletscher. Das haben Wissenschaftler der Universität Innsbruck herausgefunden. Von 1851 bis 2010 war der Mensch zu einem Viertel dafür verantwortlich, von 1991 bis 2010 bereits für zwei Drittel.

Seit dem Beginn der Industrialisierung um 1850 stieg der Ausstoß des Treibhausgases CO₂ von 342 Millionen Tonnen auf über 24 Milliarden Tonnen pro Jahr. Damit ist eine globale Er-

wärmung nicht mehr aufzuhalten – schon gar nicht durch halberzige Maßnahmen. Der Flug- und Autoverkehr wird nicht maßgeblich eingeschränkt und auch nicht die Emissionen aus fossilen Brennstoffen.

Wir hätten es in der Hand, doch wir sind offenbar nicht fähig, einschneidende Maßnahmen gegen unser umweltschädigendes und letztlich uns selbst gefährdendes Verhalten zu treffen. Eine düstere Zukunft steht uns daher bevor.

Walter Hain,
Wien



Foto: epta/Novais

Alleine beim Dorf Pampilhosa da Serra waren 500 Feuerwehrleute im Einsatz.

800 Einsatzkräfte gegen Feuerwalzen

Zwei Waldbrände im Zentrum Portugals unter Kontrolle — Dorf musste evakuiert werden — Wind erschwerte Arbeit der Löschteams

LISSABON — Mehrere hundert Feuerwehrleute haben zwei große Waldbrände im Zentrum Portugals unter Kontrolle gebracht. Die beiden Brände bei Pampilhosa da Serra und Montalvao, die sich am Montag von heftigen Winden angefacht rasch ausgebreitet und auch mehrere Siedlungen bedroht hatten, konnten bis gestern früh eingedämmt

werden. Die Einsatzkräfte blieben jedoch weiter in Alarmbereitschaft. Allein in Pampilhosa da Serra nahe der Stadt Coimbra waren mehr als 500 Feuerwehrleute im Einsatz. Das Dorf Foz do Ribeiro wurde vorsichtshalber geräumt. Ein weiteres Feuer bedrohte die Ortschaft Montalvao in der Region Portalegre. Mehr als 300 Feuerwehrleute schützten dort bei

starkem Wind die Häuser vor den Flammen. In diesem Sommer blieb Portugal von Waldbränden bisher weitgehend verschont. 2013 waren von Jänner bis Ende August bei Bränden mehr als 94.000 Hektar Wald zerstört worden.

Pelepones-Brand unter Kontrolle

Mit dem Einsatz von Löschflugzeugen hat die Feuerwehr einen großen Brand auf der griechischen Halbinsel Peloponnes unter Kontrolle gebracht. „Wir hoffen, ihn heute völlig zu löschen“, sagte ein Sprecher der griechischen Feuerwehr. Der Brand war am Montag in der Region der Kleinstadt Messini ausgebrochen. Rund 200 Hektar Wald und Olivenbäume wurden zerstört.

Wegen starker Rauchbildung verließen die Einwohner von drei Ortschaften ihre Häuser für einige Stunden. In Griechenland herrschen derzeit Temperaturen um die 38 Grad.

Flüge über Island gefährdet

Vulkan Bárðarbunga: Wieder Alarmstufe Rot

Reykjavík. – Nach mehreren Erdbeben ist Islands größter Vulkan Bárðarbunga in der Nacht auf Freitag neuerlich ausgebrochen, der Luftraum über seiner Umgebung wurde geschlossen. Für den internationalen Flugverkehr gilt zum zweiten Mal binnen zehn Tagen Alarmstufe Rot – Instrumentenflüge sind nicht erlaubt. Im April 2010 hatte ein Ausbruch des isländischen Vulkans Eyjafjallajökull einen Monat lang den Flugverkehr in Europa lahmgelegt.

Foto: AP

Einsatz für den Schutzwald

Im Urgraben wird eine 100-Meter-Schneise wieder aufgeforstet



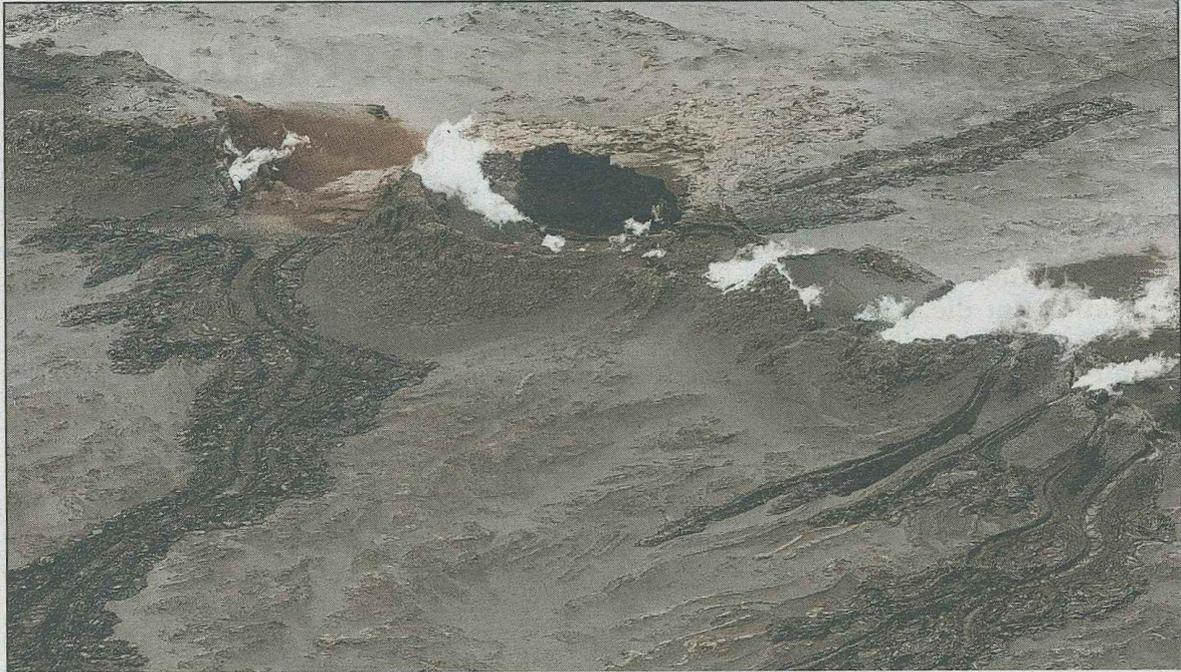
Der Hubschrauber bringt das Holz für Dreibeinböcke in das unwegsame Gelände.

LINZ — „Wenn der heimische Schutzwald durch Naturereignisse wie Lawinen, Steinschlag, Muren oder Überalterung seine wichtige Aufgabe nicht mehr erfüllen kann, braucht er unsere Hilfe“, betont Agrar-Landesrat Max Hiegelsberger. Dann wird ein Sanierungsprojekt erstellt und durchgeführt. Wie derzeit im Urgraben in der Marktgemeinde Weyer, wo der gesamte Waldbestand in

einer Breite bis 100 Meter durch eine Lawine mitgerissen worden war. Das Schutzwaldsanierungsprojekt „Urgraben III“ erstreckt sich zwischen 840 und 1280 Meter Seehöhe am durchschnittlich 70 Prozent steilen Nordabhang des 1415 Meter hohen „Kühberges“. Hauptaufgabe der Schutzwaldsanierung ist eine stufenweise, von oben beginnende Wiederaufforstung des Hanges. Dazu müssen 80

Dreibein-Böcke aus Holz gegen den Gleitschnee errichtet werden. Der Transport des Holzes erfolgt aus Kostengründen mit dem Helikopter. Die Gesamtkosten des Aufforstungsprojekts betragen 46.000 Euro, 90 Prozent werden über Fördergelder – Land, Bund und EU – aufgebracht. OÖ hat 72.000 Hektar Schutzwald, das ist 30 Mal die Fläche des Traunsees.

Foto: Landesforstdienst



Vulkanausbruch Der Vulkan Bardarbunga auf Island ist ausgebrochen. In der Nacht auf gestern spuckte der Berg erstmals seit Beginn seismischer Aktivitäten vor zwei Wochen Lava aus. Isländische Meteorologen entdeckten nördlich des Gletschers Vatnajökull einen 900 Meter

langen Riss, an dem Magma an die Oberfläche trat. Größere Aschemengen in der Luft wurden nicht registriert, so dass der Flugverkehr weitgehend unbeeinträchtigt blieb. Direkt über dem Vulkan gab es gestern jedoch ein Flugverbot, zwischenzeitlich galt Alarmstufe Rot. Foto: epa/Gunnarsson

Auf Island brodeln es wieder – Vulkan Bardarbunga ausgebrochen

Bisher waren es nur leichte Eruptionen – Der Magmastrom im Untergrund soll allerdings enorme 40 Kilometer lang sein

REYKJAVIK. Der Vulkan Bardarbunga auf Island ist ausgebrochen. In der Nacht auf gestern spuckte der Berg wohl zum ersten Mal seit Beginn seismischer Aktivitäten vor zwei Wochen Lava aus. Isländische Meteorologen entdeckten nördlich des Gletschers Vatnajökull einen 900 Meter langen Riss, an dem das brodelnde Magma an die Oberfläche trat. Größere Aschemengen in der Luft wurden nicht registriert.

„Bei einem Vulkan kann man nie vorhersehen, was passiert“, sagte eine Sprecherin des Zivilschutzes. Wenige Stunden nach den Eruptionen nahm die Aktivität offenbar ab. Das Icelandic Met Office (IMO)

hatte zunächst die höchste Alarmstufe Rot ausgelöst, was bedeutet: Ein Vulkanausbruch steht unmittelbar bevor oder ist im Gange und ein enormer Ascheausstoß ist zu erwarten. Im Laufe des Tages wurde der Alarm auf Orange gesenkt.

Ein Ausbruch des Vulkans Bardarbunga könnte weitreichende Folgen haben. Auf dem Berg befindet sich der bei Touristen beliebte Gletscher Vatnajökull. Tritt die Lava unter dem Eis hervor, könnte sie das Eis zum Schmelzen bringen und schwere Überschwemmungen auslösen.

Schon am Sonntag schien der große Knall bevorzustehen. Starke

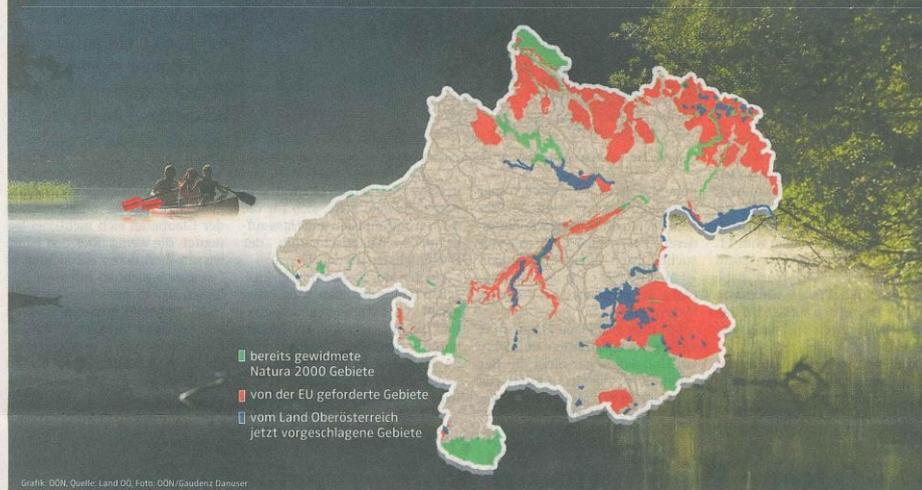
Beben hatten den isländischen Vulkan Bardarbunga erschüttert.

GPS-Sensoren zeigen, dass der Strom im Untergrund den Vulkan ausbeult. Die Daten ließen vermuten, dass mittlerweile mehr als 350 Millionen Kubikmeter geschmolzenes Gestein durch den Fels drängen, berichtet das IMO – die Menge könnte mehr als 3500 olympische Schwimmbecken füllen. Der Magmastrom scheint mittlerweile 40 Kilometer lang zu sein. „Ich habe in 32 Jahren in Island noch keinen solch kräftigen Magmaeinstrom gesehen“, staunt der Vulkanforscher Dave McGarvie von der Open University in Edinburgh.



Blick auf den isländischen Vulkan Bardarbunga und den Vatnajökull-Gletscher. (dpa)

NATURA 2000 GEBIETE IN OBERÖSTERREICH



Grafik: OÖN, Quelle: Land OÖ, Foto: OÖN/Gaudenz Bammer

Natura 2000: So will das Land den Millionenforderungen der EU entgehen

6715 statt der geforderten 200.000 Hektar will das Land Oberösterreich der EU als neue Schutzflächen anbieten. Für Umweltanwalt Donat ist der Vorschlag „eine Pflanzerei“

Von Renate Stockinger

OBERÖSTERREICH. Die Ansage war so deutlich wie für das Land Oberösterreich offenbar überraschend: Es drohen Strafzahlungen in Millionenhöhe, wenn nicht möglichst rasch 200.000 Hektar zusätzliche Natura-2000-Gebiete nachgereicht würden, ließ die EU bereits im Frühjahr wissen. Ebenso wie alle anderen Bundesländer auch war Oberösterreich beim Ausbau dieser Schutzgebiete für Tiere und Pflanzen in Rückstand geraten.

Beträchtliche Differenz

20.000 Hektar wolle man nominieren, hieß es daraufhin aus der Naturschutzabteilung des Landes. So sollten Sanktionen umgangen werden.

Einige Monate und etliche Informationsveranstaltungen mit Gemeinden, Interessensvertretungen und Grundeigentümern später liegt nun ein Vorschlag des Landes vor. 6715 Hektar Fläche haben die Beamten als neu zu no-

„Wir sind das Organ, das vollzieht. Aus fachlicher Sicht haben wir nominieren, was zu nominieren ist. Wir werden sehen, was die Beamten in Brüssel dazu sagen.“

■ **Andreas Steindl**, Pressesprecher von Naturschutz-Landesrat Manfred Haimbuchner (FP)

minierende Schutzgebiete vorbereitet. Sie sollen demnächst im Landtag zum Beschluss eingebracht werden. „Wie Brüssel reagiert, können wir eh noch nicht abschätzen“, erklärt ein Mitarbeiter der Naturschutzabteilung die doch beträchtliche Differenz zu den von der EU geforderten Flächen.

„Ja, es ist viel weniger, als gefordert – aber das können wir argumentieren“, so Andreas Steindl, Pressesprecher von Naturschutz-Landesrat Manfred Haimbuchner

„Was jetzt passiert, ist eine Pflanzerei. Was wir derzeit haben, schaut auf der Karte eher aus wie Windpocken als ein Schutzgebietsnetzwerk.“

■ **Martin Donat**, Umweltanwalt, gehen die Vorschläge des Landes nicht weit genug.

(FP). Aus fachlicher Sicht sei nominieren worden, was zu nominieren sei, betont er. Und das sind nun insgesamt 16 Gebiete mit in Summe 6715 Hektar. Davon 4689 Hektar Neuzugang. 2026 Hektar weisen bereits Schutzstatus auf – beispielsweise als Europa- oder Naturschutzgebiet.

Mösl im Ebenthal, Planwiesen, Schluchtwälder der Steyr- und Ennstaler Voralpen, Salzachauen, Leithenbach, Unteres Steyr- und Ennstal, Machland Nord: Unter anderem diese Gebiete sollen der EU

nun als neue Natura-2000-Flächen schmackhaft gemacht werden.

Nicht genug für Oberösterreichs Umweltanwalt Martin Donat. „Das ist eine Pflanzerei“, sagt er. Es gehe hier nicht nur um Zahlen, es gehe um drei große Bereiche, die außerdem miteinander verbunden werden sollten: das „Grüne Band“ mit dem Böhmerwald im Norden, das „Blaue Band“ entlang der Donau und den Alpenbogen mit dem Nationalpark Kalkalpen, den Haller Mauern, Warscheneck und Totem Gebirge bis hin zum Dachstein. Von einer Verbindung der Gebiete sei man derzeit weit entfernt, so der Umweltanwalt.

„Jubeln tun die wenigsten“

Ob die Reduzierung der Flächen mit Widerstand aus der Bevölkerung zusammenhängt, wollte niemand bestätigen. „Es gibt zum Teil Informationsdefizite. Aber die konnten wir ausräumen“, sagt ein Mitarbeiter der Naturschutzabteilung. Nachsatz: „Aber natürlich – jubeln tun die wenigsten.“

3 Fragen an...

MARTIN DONAT
Umweltanwalt



Foto: Wakolbinger

Als „Anwalt“ vertritt Martin Donat auch in der Diskussion rund um die Natura-2000-Erweiterung die Interessen von Flora und Fauna.

1 Herr Donat, warum brauchen wir weitere Natura-2000-Gebiete in Oberösterreich?

Weil zur Lebensqualität nicht nur die Wirtschaft und Soziales gehören, sondern auch ein guter Gegenpol – gesunde Natur, eine starke Grün-Infrastruktur.

2 Natura 2000 – was erwartet die Grundbesitzer, deren Flächen es betrifft?

Es bedeutet, mit der Natur zu wirtschaften. Im Forst beispielsweise Verjüngung und vernünftige Durchmischung. Die meisten Wälder sind aber sowieso bereits zertifiziert, da gibt es schon Vorgaben. Wenn sich jemand an diese Vorgaben hält, hat er mit Natura 2000 kein Problem.

3 Können Sie verstehen, dass bei Grundbesitzern auch Ängste auftauchen?

Freilich, das verstehe ich. Angst habe ich vor etwas, das ich nicht kenne. Deshalb ist es wichtig, mit den Leuten zu reden und sie zu informieren. Man sollte auch die Chancen zeigen – etwa bei den Förderungen. Und wichtig: Natura 2000 ist kein Naturschutzgebiet und keine Käseglocke. Es heißt nicht, dass man dort nichts mehr tun darf.

NATURA 2000

Als Natura-2000-Gebiete werden Schutzgebiete innerhalb der Europäischen Union bezeichnet, die nach der etwas sperrig klingenden Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie errichtet wurden. Zweck ist ein länderübergreifender Schutz gefährdeter wildlebender Pflanzen- und Tierarten und deren natürlicher Lebensräume. In Oberösterreich sind bisher 70.000 Hektar als Natura-2000-Gebiete ausgewiesen. Weitere 200.000 Hektar fordert die EU nun – für Österreich insgesamt 800.000 Hektar.

56

ALARMSTUFE ROT haben die isländischen Behörden am Sonntag nach einer neuen Eruption am Bárðarbunga ausgerufen. Für ein kleines Gebiet rund um den Vulkan wurde ein Flugverbot verhängt.

to: REUTERS





Österreichs ÖKOPIONIERE

EINE UMWELTSERIE VON MARK PERRY

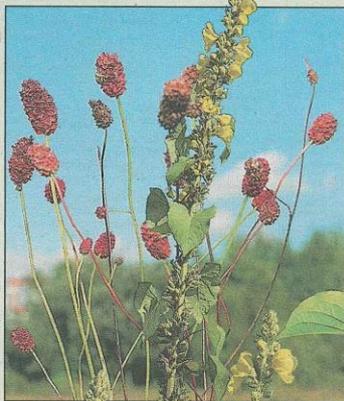


Blau wie der Himmel steckt der Natternkopf seine kräftigen Blüten über die Wildnis der Kraftwerkswiesen. Der Feld-Mannstreu mit seinen stacheligen Ästen gibt dem Areal rund um Zwentendorf wiederum steppenartigen Charakter. Da ist auch noch das kräftige Gelb der sanften Blüten der Nachtkerze. Wie kleine Sonnen leuchten sie im satten Grün. Besonders stolz ist der Ökologe Alexander Mrkvicka aber auf den großen Wiesenknopf: „Der ist ganz rar!“ Dem Natur-sensiblen EVN-Kommunikationschef Stefan Zach aber

Biologe Mag. Alexander Mrkvicka mit Feld-Mannstreu – nur eine von Hunderten Arten

In aller Stille erblühen Nachtkerzen, Bartgras und Wilde Karotten zwischen nie in Betrieb gegangenen Meilern . . .

Arche Noah in Zwentendorf



Großer Wiesenknopf (li.) Königs-kerze, Nachtkerze (Bild Mitte), Natternkopf (re.) und Flockenblume unten) erblühen auf den Kraftwerksarealen der EVN.

hat es die stattliche Königs-kerze angetan: „Wunderschön berührend.“

Doch all diese Pflanzen gemeinsam bilden auf den Arealen in Zwentendorf, das bekanntlich als Atomkraftwerk gedacht war, und im Kohlekraftwerk Dürnrohr eine kleine Schicksalsgemeinschaft. Freilich: Die Flora der Heimat darf sich dort frei entfalten. Zach: „Wir mähen nur behutsam, und auch Pestizide sind strikt verboten. Das wird eine kleine Ewigkeit auf Erden auch so bleiben.“ Die Natur darf sich auf den 130 Hektar also ungestört entwickeln. Still und heimlich sind sie gekommen und nehmen das Schöpfungsrefugium dankbar an. Denn ringsum – im Herzen des Tullnerfelds (NÖ) – breiten sich immer mehr Agrarsteppen aus.

Die blühende Vielfalt wird in diesen Stunden durch penible wissenschaftliche Untersuchungen nachgewiesen.

Fotos: Gabriele Moser



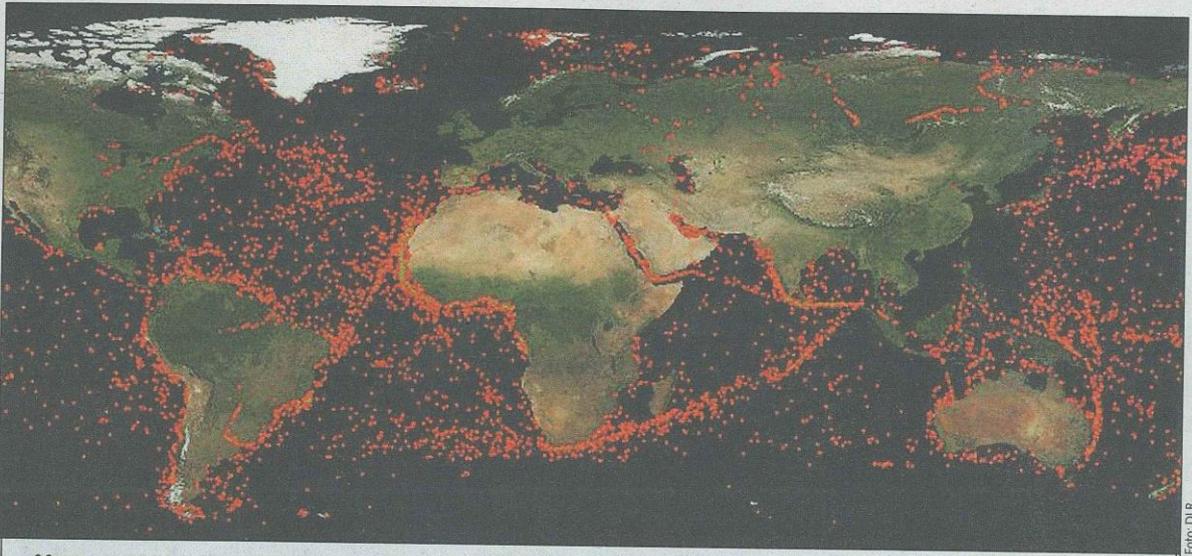


Foto: DLR

Überfordert sind herkömmliche Satelliten-Antennen vor allem in vielbefahrenen Gebieten wie der Deutschen Bucht und dem Mittelmeer sowie in großen Häfen, wenn sie Signale von Schiffen

52.000 Schiffssignale

erfassen und zuordnen sollen – deshalb ist das Bild oben etwas ganz Besonderes: Vom neuen, mit einer vier Meter langen spiralförmigen Helix-

Antenne ausgestatteten Satelliten AISat des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) konnten im ersten Monat schon 52.000 Schiffssignale

zugeordnet werden. Die beeindruckenden Daten aus dem All werden jetzt mit auf dem Boden gesammelten Informationen abgeglichen – sind sie identisch, wird das System in Zukunft öfter eingesetzt.

Belgien: Polioviren in Kläranlage und Fluss

Brüssel. – Südlich der belgischen Hauptstadt Brüssel sind 45 Liter mit Polioviren verseuchter Flüssigkeit durch einen Fehler beim Pharmakonzern GaxoSmithKline in eine Kläranlage und von dort aus in einen Fluss geraten. Den Behörden zufolge ist die Gefahr einer Verbreitung von Kinderlähmung dort dennoch äußerst gering.

„Bei Vernichtung landwirtschaftlicher Flächen ist Österreich Europameister“

Hagelversicherung sieht Sicherheit der Lebensmittelversorgung in Gefahr

Von Dietmar Mascher

LINZ. Die Verbauung landwirtschaftlicher Flächen nimmt in Österreich mittlerweile bedenkliche Ausmaße an. Der Vorstandschef der Österreichischen Hagelversicherung, Kurt Weinberger, fordert im Interview mit den OÖNachrichten Abgaben auf die Verbauung neuer Flächen.

■ OÖNachrichten: Die Verbauung landwirtschaftlicher Flächen ist eines Ihrer Hauptthemen. Kürzlich waren Sie sogar bei Prinz Charles in England eingeladen, um darüber zu diskutieren. Warum dieser Einsatz?

Weinberger: Wir beschäftigen uns schon seit Jahren mit diesem Thema und haben den Bodenverbrauch in Österreich mit jenem anderer Länder verglichen. Das hat gezeigt, dass Österreich Europameister bei der Vernichtung landwirtschaftlicher Flächen ist. Jedes Jahr werden es 0,5 Prozent weniger. In Bayern sind es 0,25 Prozent, in Tschechien 0,17 Prozent.

■ Sie haben auf Ihrer Homepage einen Ticker laufen, der veranschaulicht, wie schnell Flächen versiegelt werden.

Täglich verschwindet ein Bauernhof mit 22 Hektar. 350.000 Hektar haben wir schon versiegelt, das entspricht der gesamten Ackerfläche Oberösterreichs, in den nächsten 20 Jahren drohen weitere 160.000 Hektar dazuzukommen. Das entspricht der Agrarfläche des Burgenlands.

■ Was ist der wirtschaftliche Hintergrund für Ihren Einsatz? Dass



Kurt Weinberger, Vorstandschef der Österreichischen Hagelversicherung (Prinz)

Sie weniger Flächen versichern können?

Das könnte man natürlich meinen. Aber wir haben vor zehn Jahren schon unsere Antwort gefunden und versichern in Tschechien, der Slowakei, Ungarn, Slowenien und Rumänien. Aber mehr zubetonierte Flächen heißt, dass weniger Wasser und CO₂ im Boden gespeichert werden kann. Die Gefahr von

Hochwasser steigt. Dazu kommt die Gefahr, dass die Sicherheit der Lebensmittelversorgung sinkt.

■ Obwohl es zum Teil Überschüsse gibt?

Da gibt es einen falschen Eindruck. Jeder Österreicher bräuchte 3000 Quadratmeter Anbaufläche, damit die Produkte für seinen Bedarf erzeugt werden können.

Tatsächlich hat er in Österreich selbst nur 1600 Quadratmeter. Der Rest der Flächen liegt im Ausland, das diese Flächen selbst benötigt.

■ Was kann man tun, um die starke Vernichtung zu bremsen oder zu stoppen?

Österreich hat 1,75 Quadratmeter Supermarkt pro Person. So viel hat kein anderes Land. Wenn man nach Dänemark schaut, wäre es dort nicht möglich, dass die Supermarkt-Parkplätze auf die ebene Fläche im Anschluss kommen, sondern nur unter- oder oberhalb des Gebäudes. Dann stehen in Österreich 130.000 Quadratmeter Industriehallen leer. Die Firmen bauen lieber neu, als alte Hallen zu sanieren, weil etwa das Risiko einer Kontamination zu groß ist. Ich denke, es wäre klug, eine Abgabe für den Verbrauch bisher brachliegenden Bodens einzuheben und das Geld für die Sanierung bestehender Hallen zu verwenden. Außerdem sollte es mehr gemeindeübergreifende Gewerbeflächen geben. Das reduziert den Bodenverbrauch.

■ Was passiert, wenn nichts passiert?

Dann sind langfristig viele der 500.000 Jobs gefährdet, die es im Bereich der Lebensmittelerzeugung gibt. Abgesehen von den erwähnten Umweltproblemen. Dabei brauchen wir allein schon aufgrund der Bevölkerungsentwicklung landwirtschaftlichen Boden. Experten erwarten, dass in den nächsten 30 Jahren mehr Lebensmittel benötigt werden als in den vergangenen 8000 Jahren.

Meteorit schlug in Wald bei Managua ein

5,5 Meter tiefen Krater mit zwölf Metern Durchmesser hinterlassen
Verschreckte Anwohner befürchteten Explosion oder Erdbeben

MANAGUA — Ein mutmaßlicher Meteorit ist auf dem Gebiet der nicaraguanischen Hauptstadt Managua eingeschlagen und hat einen großen Krater hinterlassen. Wie durch ein Wunder wurde bei dem Vorfall gegen Mitternacht in der Nacht zum Sonntag nahe dem internationalen Flughafen der Millionenstadt niemand verletzt, wie Behördenvertreter sagten. Der Krater hat einen Durchmesser von zwölf Metern und 5,5 Meter Tiefe, wie Wilfredo Strauss von der Erdbebenwarte sagte. „Wir sind sicher, dass er von einem Meteori-

ten stammt“. Dieser sei demnach in einem 50-Grad-Winkel eingeschlagen. Es wurde keine Lichterscheinung beobachtet.

Es sei noch unklar, ob der Meteorit komplett verbrannt oder in den Boden eingedrungen sei, sagte ein weiterer Behördenvertreter. Die Regierung will sich mit US-Geologen über den Vorfall austauschen.

Anrainer am Einschlagort in einem Wald berichteten, sie hätten an eine Explosion geglaubt. Flüssigkeit, Sand und Staub seien in die Luft geschleudert worden, dann habe es nach etwas Verbranntem gero-

chen. Mehrere hundert Menschen verließen ihre Wohnungen in der Furcht, es handelte sich um ein Erdbeben. Angaben zu möglichen Verletzten gab es nicht.

Meteoriteneinschläge dieser Größe sind zum Glück eher eine Seltenheit: Zuletzt war im Februar 2013 im russischen Tscheljabinsk ein vergleichbarer Meteorit niedergegangen — er zerfiel jedoch noch in der Atmosphäre in kleine Bruchstücke. Ein 600 Kilogramm schweres Fragment wurde allerdings wenig später in einem See gefunden.

So viel Treibhausgase in der Atmosphäre wie nie

„Uns läuft die Zeit davon“, warnt die UNO – auch die Ozeane sind „beispiellos“ übersäuert

GENÈVE. Ob Kohlendioxid, Methan oder Stickstoffdioxid: Die Konzentration dieser Treibhausgase hat laut UNO-Angaben einen neuen Höchststand erreicht. Und auch die Ozeane sind von beispielloser Übersäuerung betroffen.

Der Bericht der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) kommt zu alarmierenden Ergebnissen: Die Konzentration klimaschädlicher Treibhausgase in der Erdatmosphäre hat im Jahr 2013 nicht nur einen neuen Höchststand erreicht. Seit 30 Jahren ist die Kohlendioxidkonzentration (CO₂) nicht mehr so stark angestiegen wie von 2012 auf 2013. Insgesamt liege die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre inzwischen um 142 Prozent über jener in der vorindustriellen Ära Ende des 18. Jahrhunderts. Bei Methan und Stickstoffdioxid seien es jeweils 253 und 121 Prozent. „Wir

wissen mit Gewissheit, dass sich das Klima wandelt und die meteorologischen Bedingungen wegen des menschlichen Verhaltens immer extremer werden“, sagt WMO-Generalsekretär Michel Jarraud. „Wir müssen den Trend stoppen, indem wir den Ausstoß von CO₂ und anderen Treibhausgasen zurückfahren. Uns läuft die Zeit davon.“

Zwar stagniert die Erwärmung der Luft seit Beginn des Jahrtausends, der Klimawandel setze sich jedoch fort, meinen Experten: Zusätzliche Wärme werde vermutlich in den Ozeanen gespeichert.

Auch in den Ozeanen drohe durch CO₂ eine Umweltkatastrophe, warnt die WMO: Die Meere seien von einer „beispiellosen“ Übersäuerung betroffen. Die Folgen für Organismen sind im Einzelnen unklar, es drohten ihnen jedoch er-



Die CO₂-Konzentration ist so stark gestiegen wie seit 30 Jahren nicht mehr. (epa)

hebliche Probleme. Täglich würden die Weltmeere pro Person rund vier Kilogramm CO₂ aufnehmen. Der Säuregehalt der Ozeane sei dadurch auf den höchsten Stand seit mindestens 300 Millionen Jahren gestiegen, erklärt die WMO.

„Der aktuelle UN-Bericht ist ein klarer internationaler Handlungs-

auftrag“, sagte Klima- und Energie-sprecher der österreichischen Umweltschutzorganisation GLOBAL 2000, Johannes Wahlmüller. Anstatt neue Kohlekraftwerke zu bauen, müsse der Ausstieg aus der fossilen Energie „kraftvoll und so rasch wie möglich“ auch in Österreich angegangen werden.

Greenpeace beurteilt den Bericht „als einen Warnschuss für die Weltgemeinschaft, sich jetzt für ambitionierte Ziele zur Reduktion von Treibhausgasemissionen einzusetzen“.

TREIBHAUSGASE

CO₂ entsteht bei der Verbrennung fossiler Energieträger wie Kohle, Erdöl oder Erdgas. Methan ist unter anderem ein Produkt der Land- und Forstwirtschaft. Beide Treibhausgase entstehen in großer Konzentration aber vor allem in der Industrie. Diese Gase absorbieren die Wärme der Sonnenstrahlen, geben diese an die Atmosphäre ab und tragen so zur Erderwärmung bei.



Der aufgrund des trockenen Klimas noch gut erhaltene „Barringer Meteor Crater“ in Arizona, USA, ist vor rund 10.000 Jahren entstanden. Der Kraterwall hat einen Umfang von rund vier km. Er erhebt sich 45 Meter über die Umgebung, der tiefste Punkt des Kraters liegt ca. 150 Meter unter dem Wall. Im Vordergrund sind Besucherzentrum und Zufahrtsstraße zu sehen. Der Krater wurde wegen seiner Ähnlichkeit mit den Mondkratern auch für das Training der Apollo Astronauten verwendet.

Foto: Wikimedia Commons

Steinerne Besucher aus dem Weltall

Pro Jahr werden etwa vier oder fünf „Meteoritenfälle“ beobachtet
Größter Krater befindet sich in den USA

Von Alois Regl

Ein Fünf Meter tiefes Loch mit einem Durchmesser von zwölf Metern in der Nähe von Nicaraguas Hauptstadt Managua gibt Rätsel auf. Obwohl die NASA daran zweifelt, sprechen die lokalen Behörden von einem Meteoriteneinschlag.

Meteoriteneinschläge können überall passieren, auch hierzulande. Allerdings sind Meteoriten dieser Größe extrem selten.

Pro Jahr werden etwa vier oder fünf „Meteoritenfälle“ beobachtet. Zusammen mit der recht hohen Dunkelziffer sind es vielleicht einer oder zwei pro Tag, die die Erde irgendwo erreichen. Die meisten verglühen gleich nach dem Eintritt in die Erdatmosphäre und sind als Sternschnuppen zu sehen.

Allzu sicher darf man sich dennoch nicht fühlen: 1954 durchschlug ein Meteorit in den USA ein Hausdach und traf die auf dem Sofa liegende Bewohnerin. Eine Kuh aus Venezuela wurde 1972 Opfer eines di-

rekten Meteoritentreffers. Einen ähnlichen Fall wie in Managua gab es im Februar 2013 in Tscheljabinsk, Russland. Der Meteorit hatte etwa dieselbe Größe, er zerfiel aber in der Atmosphäre in Tausende kleine Bruchstücke. Diese richteten keinen nennenswerten Schaden an, wenn man von vielen zersprungenen Fensterscheiben absieht.

Der größte noch heute klar sichtbare Einschlagkrater befindet sich in den USA, in der Nähe von Flagstaff, Arizona (siehe Foto).

1908 explodierte ein großer Meteorit etwa zehn km über der Erdoberfläche Russlands. Die entstehende Druckwelle machte 2000 km² Wald dem Erdboden gleich.

Zwischen München und Stuttgart liegt die Stadt Nördlingen in einer fast kreisrunden Senke von etwa 23 km Durchmesser. Auch diese Senke ist ein ehemaliger Einschlagkrater, aber heute nur noch auf Luftaufnahmen gut erkennbar. Ein Meteorit von 1,5 km Durchmesser hat das Nördlinger Ries vor 15

Millionen Jahren geschlagen.

Vor 65 Millionen Jahren schlug ein gewaltiger Meteorit in der Gegend der Halbinsel Yucatan ein. Die entstehende Staubwolke verdunkelte jahrzehntelang den Himmel und verursachte dadurch einen schlagartigen Klimawandel. Dieser Veränderung waren die damals noch lebenden Dinosaurier nicht gewachsen, sie starben aus.

NASA-Frühwarnsystem soll Himmelskörper aufspüren

Die NASA baut im Auftrag des amerikanischen Kongresses ein weltweites Frühwarnsystem auf, das größere Himmelskörper aufspüren soll, die sich auf Kollisionskurs mit der Erde befinden. Die Bewährungsprobe steht aber noch aus: Weder der Meteorit von Tscheljabinsk noch jener aus Managua wurden vorher gesichtet. Auch die Frage, wie ein solcher Himmelskörper abgelenkt werden soll, ist noch völlig ungeklärt.

Stichwort

Meteorit, Meteoroid

„Meteoroiden“ sind alle Himmelskörper, die aus dem Weltall auf die Erde stürzen. Erreichen sie die Erde und findet man sie dort, heißen sie „Meteorit“. Die Leuchtspuren, die sie beim Verglühen in der Atmosphäre hinterlassen, nennen wir „Meteore“. Meteoriten bestehen meist aus Eisen oder Gestein, es gibt aber auch andere Zusammensetzungen, z. B. Eis.

Frühe Fertigstellung von Machlanddamm war wichtig, aber teurer als geplant

Schützte Bevölkerung bereits bei Hochwasser 2013

LINZ — „Oberste Priorität hat der best- und schnellstmögliche Schutz unserer Bevölkerung“, so der einhellige Tenor der Beiratsmitglieder in ihren Reaktionen zum Prüfbericht des Landesrechnungshofes (LRH) zum Hochwasserschutz Machland Nord. In diesem hebt der LRH zwar ebenfalls die Entscheidung, den Damm um sechs Jahre früher als geplant fertigzustellen, als positiv hervor, übt allerdings auch Kritik an der Kostenerhöhung von 144,2 auf 182,6 Millionen Euro. Für die beschleunigte Umsetzung des Projekts seien geringe Mehrkosten in Kauf genommen worden, hieß es dazu in der Stellungnahme des Beirats. Die tatsächlich erfolgte Kostenüberschreitung sei zu einem Gutteil dem in der 15a-Vereinbarung über die Finanzierung nicht enthaltenen Baukostenindex ge-

schuldet, wie nun auch der LRH kritisierte. Über dieses Faktum waren Landtag und Öffentlichkeit jedoch schon 2012 informiert worden, der 15a-Vertrag enthalte vielmehr dezidiert die Preisbasis 2005. Die tatsächlich entstandenen Mehrkosten hätten sich auch beim Hochwasser 2013 bereits gerechnet, denn der Schutz habe gehalten und 22.400 Menschen in sieben Gemeinden vor großem Leid und Hunderten Mio. Euro an Schaden bewahrt. Die weiteren Kritikpunkte sowie Verbesserungs- und Optimierungsvorschläge des LRH sollen bei den nächsten Projekten, etwa dem Großprojekt „Hochwasserschutz im Eferdinger Becken“ bereits umgesetzt werden, so der mit Mitgliedern aus allen Landtagsfraktionen besetzte Beirat in seiner Erklärung.

Standpunkt

Die Festlegung von Natura-2000-Schutzflächen ist in der Tat eine heikle Angelegenheit. Dies nicht zuletzt deshalb, weil es im Fall der bäuerlichen Betriebe um existenzielle Fragen geht. Entsprechend bemüht gehen viele Verantwortliche mit dieser Frage um und es ist gut, dass im Zuge

Nichts zu bemerken

einer Nachfrist noch bis Ende Dezember allfällige Härtefälle vermieden werden können. Auffallend ist aber schon eines: Während viele Protagonisten versuchen, sich positiv einzubringen, war von Naturschutz-Landesrat Manfred Haimbuchner in dieser Causa zuletzt nichts zu hören. Er hat lediglich Beamte aus seinem Bereich entsandt. Und das, wo doch gerade seine Partei sonst immer ganz besonders laut nach Bürgernähe und Bürgerbeteiligung schreit. Im Fall der Natura-2000-Festlegungen ist bei ihm von dieser Bürgernähe nichts zu bemerken. **C. Haubner**

Oberösterreich ist verpflichtet, weitere Flächen als besonders schützenswerte Natura-2000-Gebiete in Brüssel nachzunominieren. Im Bezirk Freistadt regt sich nun Widerstand, dass trotz vier vorhandener Europaschutzgebiete im Ausmaß von 7520 Hektar weitere 620 Hektar als Schutzgebiete genannt werden sollen.

„Wir wollen eine Aussetzung der Nominierung neuer Flächen, bis alles geklärt ist“, betont Josef Mühlbacher, Obmann der Schutzgemeinschaft

Natura-2000 regt Freistädter auf

Natura 2000, im VOLKSBLATT-Gespräch. Denn es seien einige bäuerliche Betriebe großflächig betroffen, „und das in einem Bereich, in dem es ohnehin schon viele Natura-2000-Gebiete gibt.“ Mühlbacher plädiert dafür, die Bauern vielmehr dafür zu belohnen, dass sie ihre Gründe schon bislang derart geschützt haben: „Die betroffenen Gründe sollen ja deshalb unter Schutz ge-

stellt werden, weil die Eigentümer bisher bereits so gut auf sie geachtet haben, dass etwas Schützenswertes vorhanden ist.“ Der Naturschutz funktioniere nur mit und nicht gegen die Grundeigentümer.

Einen ersten Erfolg für die Anliegen der betroffenen Bauern im Mühlviertel gibt es bereits: So sollen die Flächen nicht schon kommende Woche, sondern erst Ende Dezember auf Landesebene beschlossen werden, hieß es auf VOLKSBLATT-Anfrage.

Bardarbunga spuckt größte Lavamenge in Geschichte Islands aus

Beißender Gasgeruch könnte Menschen belasten

REYKJAVIK – Nach dem Ausbruch des Vulkans Bardarbunga auf Island hat sich ein beißender Gasgeruch über den Ostfjorden der Insel ausgebreitet. Es sei Schwefeldioxid ausgetreten, dessen Konzentration derzeit steige, sagte eine Sprecherin des isländischen Krisenzentrums. Mehrere Dörfer mit jeweils einigen Hundert Menschen seien betroffen.

„Wir haben Menschen mit

Asthma und anderen Krankheiten gebeten, drinnen zu bleiben. Die Leute könnten Wunde Augen und Halsschmerzen bekommen.“ Laut Medienberichten reichte der Gasgeruch bis nach Nordschweden und Norwegen.

Am Bardarbunga brodelte es seit Mitte August, zweimal ist der Vulkan bisher ausgebrochen. Die derzeit ausgetretene Lavamenge ist nach Einschätzung des geologischen Dienstes in Reykjavik die größte auf der Insel verzeichnete seit dem 19. Jahrhundert und nährt Befürchtungen, dass eine große Eruption des Vulkans noch bevorstehen könnte.

UN: Umweltgesetze zeigen Wirkung

Bis 2050 hat sich Ozonschicht erholt

Genf. – Die weltweiten Maßnahmen zum Schutz der Ozonschicht zeigen tatsächlich Wirkung: Bis zum Jahr 2050 wird sich die Ozonschicht über der Erde in weiten Teilen der Welt regenerieren können. Gleichzeitig ruft die UN in ihrem dazugehörigen Bericht zu dringenden Maßnahmen gegen die Klimaerwärmung auf.

Der Erfolg beruht auf dem 1987 verfassten Protokoll von Montréal zum Schutz der Ozonschicht. Es ermöglichte ein schrittweises Verbot von Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW). Sie schädigen die Ozonschicht, die zwischen zehn und 50 Kilometer Höhe über der Erde liegt und UV-Strahlen abhält.

Dank dem Protokoll werden von heute bis zum Jahr 2030 jährlich zwei Millionen Hautkrebsfälle vermieden. Ohne den Kampf gegen

FCKW hätten sich die ozongefährdenden Stoffe bis 2050 verzehnfacht. Nun gehört das Horror-Szenario der Vergangenheit an. In den mittleren Breitengraden und in der Arktis sollte die Ozonschicht bis 2050 ihren Zustand aus den 80er-Jahren wieder erreicht haben, in der Antarktis etwas später. Das nächste Ziel ist der Kampf gegen den Klimawandel. Dazu lädt die UN am 23. September Staats- und Regierungschefs zu einer Konferenz in New York.



Die neue Eiszeit

Ein gewaltiger Eiszuwachs an den Polen überrascht Klimaforscher und wirft Fragen auf. Macht die Erderwärmung Pause? Auch die Sonnenaktivität hat empfindlich abgenommen.

Von Mark

gen Trend? Professor Anastasio Tsoumis von der Universität in Wisconsin hatte als Erster die Klimawandel-Atempause verkündet – führt eine Vielzahl an Faktoren ins Treffen: Strömungen, Winde, Niederschläge und vor allem der Austausch von höheren und tieferen Wasserschichten. Auch die Frage, warum es doch immer wieder eisfreie Zonen im hohen Norden und tiefen Süden gibt, wird wissenschaftlich neu beantwortet: Statt der großen Wärmeschmelze waren und sind oft heftigste Stürme schuld, die bisweilen Mega-Eisberge vom großen weißen Ganzen reißen und dadurch Lücken hinterließen.

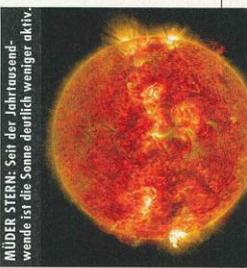
Einbruch der Sonnenaktivität seit dem Ende der kleinen Eiszeit

Und doch gibt es da auch noch die Möglichkeit, dass die Erderwärmung am Zuwachs mitwirkt. Denn abgeschmolzene Gletschermassen, die ins Meer rutschen, können die Eisdecke auf Jahre hinaus vergrößern. Ein weiteres Indiz für eine Erwärmungsgaube liefert jedoch die Sonne: Seit 2006/07 kann man regelmäßig einen Einbruch der Sonnenaktivität sprechen, wie sie seit dem Ende der kleinen Eiszeit noch nicht beobachtet wurde. Föhnwinden waren zuletzt kaum so schiffelnd zu beobachten. Kältere Winter, kühlere Sommer könnten künftig wie die Folge sein, sagen Max Planck-Forscher. Niemand weiß, ob die Aktivität in absehbarer Zeit wieder ähnliche Werte erreichen wird wie in den letzten Jahrzehnten. Wärmer oder doch kälter? Das bleibt offensichtlich sogar für die Wissenschaft weiter ein Mysterium.

gen des kühlen Sommers geschlossen und wird wohl nicht so rasch wieder aufbrechen. Die Forscher des National Snow and Ice Data Centres (NSIDC) der NASA müssen jedenfalls zugeben, dass statt einer globalen Erwärmung eher eine globale Abkühlung im Gange ist. Laut ihren neuesten Daten hat sich die kühle Nordkapregion in nur 12 Monaten um 1,4 Millionen Quadratkilometer vergrößert. Ein Zuwachs von satten 29 Prozent!

Diese Entwicklung scheint momentan die weltweite Klimaforschung auf den Kopf zu stellen. Denn alle bisherigen Computermodelle des Weltklimates besagen genau das Gegenteil. Ozeanographen wie Ian Eisenmann aus San Diego zweifeln die Richtigkeit der Messungen an. Ein Rechenirrtum bei der Aneinanderreihung der Satelliten-Messdaten sei schuld. Die NSIDC widerspricht prompt. Dieser Fehler in der Software wurde schon 2007 behoben, die letzten Zahlen stimmen. Am Zuwachs des antarktischen Eises ist nicht zu zweifeln, heißt es in einer offiziellen Stellungnahme der Gletschler der Polforschung.

Was ist also schuld am gegenläufigen



MÜDER STERN: Seit der Jahrtausendwende ist die Sonne deutlich weniger aktiv.

Für die Klimawandel-Propheten werfen die neuen Zahlen Fragen auf: Denn an den Polen von Mutter Erde herrscht ganz entgegen der Prognosen einer kompletten Polschmelze Eis-Zuwachs wie seit Jahrzehnten nicht. Allein der Zuwachs des Eisenspaars in der Antarktis, dem Lebensraum der Pinguine, beträgt im Durchschnitt jährlich etwa 16.500 Quadratkilometer! Das ist die dreifache Fläche im Vergleich zu den Messungen von 2007. Und Ende ist keines in Sicht. Die zugefrorene Fläche auf dem Meer rund um den antarktischen Kontinent hat derzeit die größte Ausdehnung seit 35 Jahren. Für Pinguine ist das übrigens ein Rieseproblem: Denn sie brauchen offenes Wasser wie einen Bissen Fisch zur Beutejagd. Ähnlich verhält es sich in der Arktis (siehe Fotos oben). Sogar die angese-

Antarktis hat sich heuer so weit ausgedehnt wie zuletzt vor 35 Jahren

heute BBC – in diesem Fall wohl zu recht auch „Alte Tanne“, genannt – hatte noch vor nicht allzu langer Zeit vorhergesagt, dass der Nordpol schon 2013 völlig eisfrei sein würde. Doch jetzt kommt alles anders: Noch bevor heuer da oben der Winter so richtig losgeht, erstreckt sich ein riesiger Panzer über den halben Nordpol – er reicht von den Inseln Kanadas bis zu den Nordküsten Russlands. Jagt-Abenteurer, die durch die Mel-dungen angespornt, erstmals durch die eisfreien Nordpolen sein wollten, mussten im Arktischen Bereich wieder halben Großes Europas – war auch we-

BUNDESMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT

WIR [BE-]SCHÜTZEN UNS.

HPV ist keine reine Mädchensache. Krebs geht alle an. IMPFEN SCHÜTZT.

Eine Infektion mit „Humanen Papillomaviren“ (HPV) kann bei Frauen UND Männern Krebs verursachen. Bei Jungen im Rücken- und Genitalbereich sowie Gebärmutterhalskrebs. Eine Impfung im Kindesalter kann schützen. Mädchen UND Buben im Rahmen des öffentlichen Impfprogrammes wird allen Kindern vom 9. bis zum 12. Geburtstag nun kostenfrei eine HPV-Impfung angeboten.

Informieren Sie sich auf www.bmg.gv.at/HPV und fordern Sie die Gratis-Broschüre an. Lassen Sie sich bei Ihrer Impfscheidung von Ihrer Ärztin/Ihrem Arzt oder in Ihrer Apotheke fachlich beraten.

www.bmg.gv.at/

Jeder zweite Vogel an Australiens Küsten hat Plastik im Magen

Schwimmende Müllhalde wird immer gefährlicher

SYDNEY — Vor Australiens Küsten schwimmende Abfälle wachsen sich zu einer immer größeren Bedrohung für das Ökosystem aus. Bei einer Untersuchung wurden im Körper von fast jedem zweiten Seevogel verschluckte Plastikteile gefunden, wie die Forschungsorganisation CSIRO gestern mitteilte.

Sie warnte davor, dass bei weiterhin steigender Kunststoffproduktion bis zum Jahr 2050 sogar 95

Prozent der in der Region lebenden Tiere ihren Magen mit Plastikmüll verderben und daran zugrunde gehen könnten. Drei Viertel des Treibmülls im Meer besteht aus schwer abbaubarem Plastik.

Idyllisch ist der Fujijama nur aus der Ferne: Japans heiliger Berg ist extrem verschmutzt, weil es zu wenige Toiletten gibt und viele der etwa 300.000 Wanderer im Juli und August ihr Geschäft einfach am Wegesrand verrichten.

Neue Überschwemmungen in Serbien: Todesopfer

Belgrad. – Vier Monate nach dem verheerenden Balkan-Hochwasser gibt es neue Überschwemmungen in Serbien. In Tekija an der Donau wurden 300 Menschen per Helikopter in Sicherheit gebracht, es gab mindestens ein Todesopfer. In Kroatien sind Karlovac und Sisac betroffen.



Foto: EPA

Klimawandel: Österreich ist besonders betroffen

Experten gehen ohne Gegenmaßnahmen von einem Temperaturanstieg bis zu 3,5 Grad bis zum Ende des 21. Jahrhunderts aus



V. l.: Minister Andrä Rupprechter, Ingmar Höbarth, Nebojsa Nakicenovic (Inst. for Applied Systems Analysis)

WIEN Österreich wird als alpines Land von der Klimaerwärmung besonders hart getroffen. Seit 1880 ist die Temperatur um nahezu zwei Grad gestiegen (Global: 0,85 Grad) – und ein weiterer Anstieg ist zu erwarten. Dies geht aus dem gestern präsentierten ersten österreichischen Klimawandel-Sachstandsbericht hervor. An dem Projekt haben 240 heimische Klimaforscher drei Jahre lang gearbeitet. „Es ist europaweit der erste nationale Sachstandsbericht“, betonte Ingmar Höbarth, Geschäftsführer des Österreichischen Klimafonds.

Grundsätzlich unterstreicht der Bericht, „dass der Klimawandel in Österreich durch Messungen und Beobachtungen belegt ist und rascher vor sich geht als im globalen Mittel“. Grund ist, dass der Alpenraum besonders empfindlich für Klimaveränderungen ist. Die Wissenschaftler gehen auch von einem weiteren Temperaturanstieg in Österreich aus: Ohne Gegenmaßnahmen rechnen sie

mit einem Plus von 3,5 Grad bis zum Ende des 21. Jahrhunderts. Durch den Klimawandel haben sich auch die Temperatur-extreme markant verändert, so sind etwa kalte Nächte seltener, heiße Tage aber häufiger geworden. „Als ich ein Kind war, hatten wir acht Hitzetage von über 30 Grad, heute sind es 30“, so der Forscher. Dieser Trend werde sich verschärfen.

Die Leidtragenden des Klimawandels sind in praktisch allen Bereichen zu finden, vor allem Land- und Forstwirtschaft, Öko-

systeme, aber auch Tourismus und das Gesundheitssystem. „Wir hatten alleine zwei Jahrhunderthochwasser in den vergangenen elf Jahren“, so Höbarth.

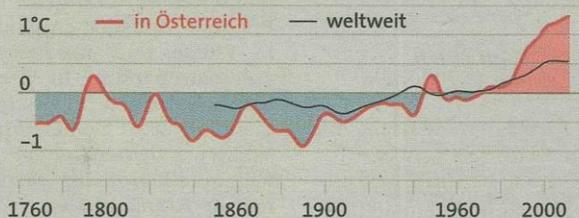
Rupprechter: Klimaziele werden Wirkung zeigen

Umweltminister Andrä Rupprechter unterstrich, dass der Klimawandel eine wissenschaftlich belegte Tatsache ist. Österreich reagiere mit einer zwei Eckpunkte umfassenden Strategie auf die Erwärmung: Einerseits durch aktive Klimaschutzmaßnahmen, andererseits mit einer Anpassung an den Klimawandel und dessen Auswirkungen wie etwa den vermehrten Hochwasserschutz. Insgesamt zeigte sich der Minister vorsichtig optimistisch, dass der Klimawandel auf internationaler Ebene mit neuen Klimazielen gebremst werden kann.

In einer Reaktion orte n Umweltschutzorganisationen dringenden Handlungsbedarf. „Angesichts der drohenden Folgen fordern wir Bundeskanzler Werner Faymann auf, sich beim kommenden EU-Rat für ein ambitioniertes Klima- und Energiepaket einzusetzen“, so Global 2000, Greenpeace und WWF.

Temperaturanstieg in Österreich

Abweichung der mittleren jährlichen Lufttemperatur vom langjährigen Mittel (1901-2000) in Grad Celsius



Grafik: © APA, Quelle: APA/Klimabericht



UN-Bericht: Im Jahr 2100 leben bis zu 12,3 Milliarden Menschen auf der Erde

Anhaltend hohe Geburtenraten in Afrika als Grund für enormes Bevölkerungswachstum

NEW YORK. Die Weltbevölkerung wächst weiterhin ungebremst: Am Ende dieses Jahrhunderts bevölkern mit hoher Wahrscheinlichkeit bis zu 12,3 Milliarden Menschen die Erde. Zu diesem Schluss kommt eine internationale Forschergruppe um Patrick Gerland von den Vereinten Nationen (UNO) in New York nach einer statistischen Auswertung von UNO-Daten aus dem Jahr 2012.

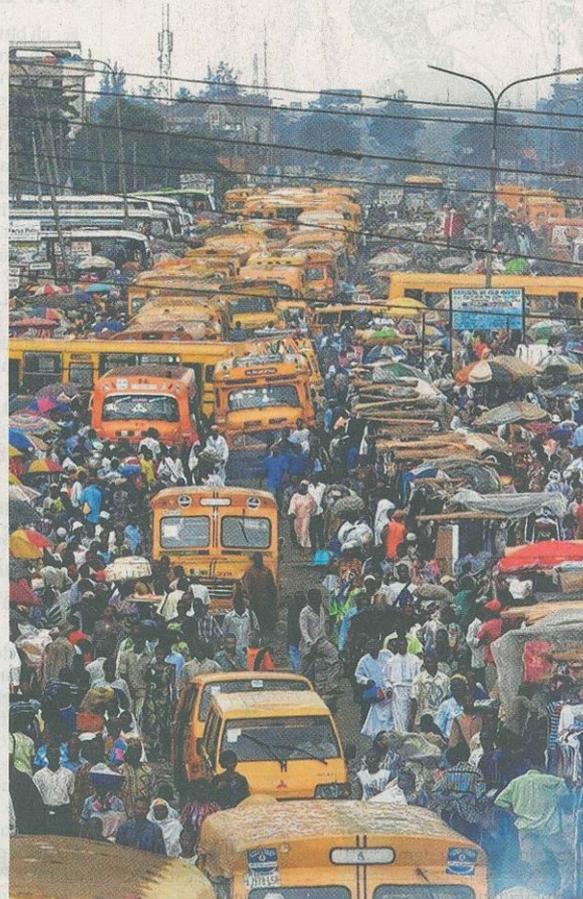
Die Weltbevölkerung werde mit 80-prozentiger Wahrscheinlichkeit von derzeit 7,2 Milliarden Menschen auf 9,6 bis 12,3 Milliarden 2100 wachsen, schrieb Gerland im Fachjournal „Science“. Der Hauptgrund dafür seien die hohen Geburtenraten in Afrika.

Die Wissenschaftler unterzogen UNO-Berechnungen neueren Methoden der Wahrscheinlichkeitsrechnung. Außerdem bezogen sie jüngere Daten zu Aids im südlichen Afrika mit ein. Auf diese Weise werde die Prognose genauer, so die Forscher. Sie haben berechnet, dass im Jahr 2100 zu 95 Prozent mindestens neun Milliarden Menschen auf der Erde leben.

Mehr als vier Milliarden Afrikaner

Die Wissenschaftler gehen davon aus, dass in Asien bereits zur Mitte des Jahrhunderts ein Höchststand erreicht sein wird. In Afrika soll sich die Bevölkerungszahl allerdings von heute rund einer Milliarde bis 2100 mehr als vervierfachen. Den Hauptgrund sehen die Forscher in der unverändert hohen Kinderzahl. Sie sei zwar bereits auf 4,6 Kinder pro Frau gesunken. Auf anderen Kontinenten ist der Rückgang aber schneller gewesen, wie die Wissenschaftler schrieben. Deshalb seien mehr Bildung für Frauen und mehr Verhütungsmittel nötig.

Das Verhältnis von Beschäftigten zu Pensionisten verschiebt sich laut Gerland und seinen Kol-



Die Zahl der Menschen in Afrika wird sich bis 2100 vervierfachen.

Foto: epa

legen in vielen Ländern in Richtung der Alten. Demnach finanzieren in Deutschland derzeit 2,9 Beschäftigte einen Rentner – 2100 werden es nur noch 1,4 sein.

Noch stärkere Rückgänge erwarten die Statistiker für die USA (von 4,6 auf 1,9), China (von 7,8 auf 1,8), Brasilien (von 8,6 auf 1,5) und Indien (von 10,9 auf 2,3). In Nigeria

soll die Quote von heute 15,8 auf 5,4 sinken.

Gefahr von Unruhen steigt

Ihre Ergebnisse legen den Forschern zufolge wichtige Konsequenzen für die Politik nahe. „Schnelles Bevölkerungswachstum in Ländern mit hoher Geburtenrate kann Herausforderungen

■ MENSCHHEIT WÄCHST WEITER



Grafik: OÖN, APA, Quelle: APA/UNO

■ WELTBEVÖLKERUNG

7,2 Milliarden Menschen leben laut Vereinten Nationen derzeit auf unserem Planeten. Die Sieben-Milliarden-Marke wurde laut UNO-Weltbevölkerungsbericht Ende Oktober 2011 überschritten. Aktuell wächst die Weltbevölkerung demnach um rund 79 Millionen im Jahr, also um 216.000 Menschen pro Tag, 9000 in der Stunde oder um 150 Menschen in der Minute.

hervorbringen“, schrieben sie in ihrem Bericht. So sei die Umwelt gefährdet, die wirtschaftlichen Bedingungen für die arbeitende Bevölkerung könnten schlechter werden und eine hohe Sterblichkeit von Müttern und Kindern sei wahrscheinlicher. Zudem bestehe die Gefahr aufkommender Unruhen und steigender Kriminalität.

„Klimaschutz beginnt bei uns selbst“

Wie gehen Bürger mit den Warnungen vor dem Klimawandel um? Das VOLKSBLATT fragte nach

LINZ — „Es ist leider eher schon 10 nach 12.“ Nicht nur Klimaschützer warnen vor den Folgen des Klimawandels in Oberösterreich, auch so mancher Mitbürger wie die Linzerin Brigitte Hinterhölzl sieht den Kampf gegen die Erderwärmung schon fast verloren. „Es ist der Egoismus der Menschen und die Gier, die uns so weit gebracht haben“, sieht sie jeden Einzelnen nun in der Pflicht, etwas für eine bessere Zukunft zu tun. Ein Ansatz, dem auch die weiteren Befragten an diesem Tag im Gespräch mit dem VOLKSBLATT viel abgewinnen konnten und auch gleich passende Tipps zur CO₂-Reduktion parat hatten. So sieht Anna Altmanninger sehr viel Einsparungspotenzial bei der Ernährung, bei der man mit bewusstem Einkauf der Lebensmittel schon viel richtig machen kann. Auch für den gebürtigen Steirer Stefan Graf muss das erste Umdenken im

privaten Umfeld stattfinden. Ein großes Anliegen ist ihm dabei, den Gebrauch von

Aluminium hintanzuhalten und auch Bekannte davon zu überzeugen. Als Dinge, die

jeder machen kann, sieht er etwa Öffis zu benutzen oder richtig Müll zu trennen. **cs**



Brigitte Hinterhölzl, Linz: „Mich beunruhigt der Klimawandel eigentlich schon, denn es ist sehr gut möglich, dass die Wetterkapriolen auch Regionen bei uns betreffen. Aber meiner Meinung nach ist es schon 10 nach 12, es hätte viel früher etwas gemacht werden müssen.“



Stefan Graf, Köflach: „Ich finde, jeder könnte in seinem persönlichen Umfeld mehr tun für den Klimaschutz. Sei es durch richtige Mülltrennung, die Benützung von öffentlichen Verkehrsmittel oder durch die Vermeidung von Aluminiumprodukten, die sehr schlecht sind.“



Anna Altmanninger, Laakirchen: „Ich würde am ehesten bei der Ernährung ansetzen, da kann jeder etwas tun. Ein Großteil der CO₂-Emissionen geht ja auf Ernährung und die Erzeugung davon zurück. Dinge selbst anpflanzen oder auf jeden Fall Bio einkaufen ist eine Lösung.“ **Fotos: Steiner**

RAUMORDNUNG Österreich ist Weltmeister im Betonieren, kaum Wertschätzung für den Boden

Tag für Tag wird in Österreich eine Fläche von 31 Fußballfeldern verbaut

Österreich ist Europameister, nicht im Fußball, aber bei den Handelsflächen pro Einwohner. Für 2015 hat die UNO das „Jahr gegen Landverbrauch“ ausgerufen.

Von Martin Dunst

LINZ. Laut einer market-Umfrage ärgern sich vier von fünf Österreichern über die Versiegelung und Verbauung der Landschaft. Kein Wunder. An den Stadträndern von Wels, Steyr, Vöcklabruck oder Traun reiht sich ein Geschäft in Form einer Schuhschachtel an das nächste. Auf dem Land scheinen viele Bürgermeister darum zu rittern, wer den größten Gewerbepark in die Landschaft pflanzt.

Ein Wildwuchs-Beispiel von vielen findet sich in Steyr. Seit Jahrzehnten modert im Stadtteil Taborn das Firmengelände der ehemaligen Brown-Boveri-Werke vor sich hin – ein Schandfleck. Nur einen Steinwurf von der Industrieruine entfernt entsteht auf dem ehemaligen Kasernenareal ein neues Fachmarktzentrum mit 13.500 Quadratmetern Verkaufsfläche. Obwohl in unmittelbarer Nachbarschaft zwei Großkaufhäuser um Kunden puhlen.

„Jeden Tag verschwindet in Österreich ein Bauernhof, werden 22 Hektar verbaut“, sagt Kurt Weinberger, Generaldirektor der Österreichischen Hagelversicherung, die nächstes Jahr noch stärker auf das Thema Bodenversiegelung aufmerksam machen möchte. „Wenn wir in diesem Tempo weitermachen, sind in 200 Jahren alle Agrarflächen verbaut.“ Mit 1,75 Quadratmeter Supermarktfäche pro Einwohner sei Österreich bereits jetzt Spitzenreiter in Europa. „Versiegelte Böden garantieren weder unsere Lebensmittelversorgung noch binden sie CO₂ oder speichern Wasser“, sagt Weinberger. Der Chef der Hagelversicherung kann sich vor-



In den vergangenen 60 Jahren wurden in Österreich sage und schreibe 350.000 Hektar Boden zubetoniert.

Foto: OÖN

„Die Gemeinden müssen in puncto Gewerbeflächen künftig noch viel stärker regional denken und dürfen nicht nur den eigenen Kirchturm im Blick haben.“



Foto: OÖN

Hans Hingsamer, Gemeindebundpräsident

stellen, so wie viele Experten das vorschlagen, mit einer höheren Abgabe bei Grundverkäufen künftig einen stärkeren Lenkungseffekt zu erzielen. „Aus diesen Einnahmen könnten leerstehende Industriehallen und Häuser wieder nutzbar gemacht werden.“

„Wir haben momentan kaum Steuerungsinstrumente“, bestätigt Gemeindebund-Präsident Johann Hingsamer. Variable Grundsteuer- und Fördersätze könnten in Hinkunft taugliche Instrumente sein. FP-Klubobmann Günther Steinkellner schreibt in der Landesbroschüre „Unser Oberösterreich“: „Wir werden uns für einen

Versiegelungsstopp einsetzen.“ „Extremismus ist bei diesem Thema fehl am Platz, wir brauchen auch in Hinkunft Industrieflächen, Arbeitsplätze und Bauparzellen“, sagt Agrarlandesrat Max Hiegelsberger (VP). Aber die Wertschätzung für den Boden fehle. „Es ist viel einfacher, auf der grünen Wiese neu zu bauen als brachliegende Flächen oder bestehende Objekte zu reaktivieren.“ Dieses gesellschaftspolitische Thema betreffe jeden. „Die Politik alleine kann weder Ortskerne noch Innenstädte wieder beleben.“ Dass es geht, dafür ist laut Hiegelsberger die Stadt Ried ein positives Beispiel.

Österreich verliert an Boden: „Langfristig großer Schaden“

Architekturkritiker Hagleitner fordert höhere Steuern auf Widmungsgewinne und strengere Förderregeln

Von Alexander Zens

LINZ. Der neue OÖN-Architekturkritiker Tobias Hagleitner kritisiert im Interview den hohen Flächenverbrauch und die Zersiedelung.

OÖNachrichten: Zehntausende Hektar Gewerbe- und Industrieflächen in Oberösterreich liegen brach. Dennoch gibt es immer neue Widmungen. Woran liegt das?

Hagleitner: Erstens weil es wirtschaftlich interessant und Grund zu billig ist. Gewidmetes Bauland wird gehortet. Das führt zu Verknappung. Zweitens gibt es festgefahrene Planungsmodelle: Ein Neubau ist einfacher zu konzipieren als die Umnutzung eines brachliegenden Areals. Drittens gehen Verkehr und Widmungen oft Hand in Hand. Grundstücke sind vergoldet, ehe die Umfahrringstraße errichtet wird.

Ist das gut für den Wirtschaftsstandort oder schlecht wegen Zersiedelung und teurer Infrastruktur? Aus Sicht des einzelnen Investors oder Eigentümers ist es kurzfristig



Tobias Hagleitner

Foto: privat

gut. Aber gesamtwirtschaftlich und langfristig entsteht großer Schaden. Zum Standort gehören auch Aspekte wie Lebensraumqualität.

Wie kann man das ändern?

Wir brauchen einen Bewusstseinswandel. Seit den 1950er-Jahren gab es Entballung, jetzt ist Zeit für Verdichtung. Das bedeutet nicht Käfighaltung oder Übereinanderstapeln

ZUR PERSON

Tobias Hagleitner ist ab Oktober der neue Architekturkritiker der OÖNachrichten. Der gebürtige Vorarlberger hat an der Kunstuniversität Linz Architektur studiert und lebt hier seit dem Jahr 2001. Hagleitner arbeitet als Autor, Ausstellungsmacher und Architekturvermittler. Der 33-Jährige ist unter anderem Mitbegründer und -gastgeber des Formats „Theorie im Keller“ im afo architekturforum oberösterreich.

Generell werden in Österreich täglich 22 Hektar Boden verbaut und versiegelt. Freut das die Architekten wegen der Bautätigkeit?

Nein, die Zahlen müssen jeden alarmieren. Architekten, Bauunternehmer, Politiker, Investoren sind Men-

schen, die auf ihre Ressourcen achten sollten. Leider herrscht der Massenbau vor. Nicht nur Fläche liegt brach, sondern auch geistiges Kapital der Architekten.

Wie soll man den Verbrauch landwirtschaftlicher Böden senken?

Es muss rentabel sein, Böden zu bewirtschaften. Regionale Nahrungsmittel müssen einen Wert haben. Außerdem braucht es höhere Steuern auf Widmungsgewinne. Und Einfamilienhäuser sollten weniger stark gefördert werden: Die Folgen eines Neubaus bei Energie, Raumordnung und Infrastruktur müssen berücksichtigt werden.

Derzeit wird auf Landesebene eine Raumordnungsnovelle verhandelt. Was erwarten Sie sich davon?

Dass Mängel behoben werden und der Flächenverbrauch sinkt. Ein Gesetz ist aber nicht alles. In Österreich gäbe es eines der strengsten Gesetze für den Einzelhandel, doch es scheitert an der Umsetzung. Bestehende Siedlungskerne sollten weiter entwickelt werden.

 **AUSLAND** 

Weltbevölkerung steigt auf 12,3 Milliarden

New York. – Bis zum Ende dieses Jahrhunderts wird die Weltbevölkerung mit 80% Wahrscheinlichkeit von heute 7,2 auf 9,6 bis 12,3 Milliarden Menschen wachsen. Zu diesem Schluss kommt eine internationale Forschergruppe um Patrick Gerland von den Vereinten Nationen in New York nach einer statistischen Auswertung von UN-Zahlen aus dem Jahr 2012. Hauptgrund dafür sind die hohen Geburtenraten in Afrika.



Der Umwelt zuliebe früher Feierabend machen – das fordern Soziologen

Weniger Berufsverkehr & Energieverbrauch:

30-Stunden-Woche soll Klimawandel stoppen!

Wo gearbeitet wird, da fallen Späne – und es wird Energie verbraucht. Was wiederum den Klimawandel – wie berichtet, hat es Österreich besonders hart getroffen – verstärkt. Deshalb spricht sich der Wiener Soziologe Hubert Eichmann für eine Arbeitszeitverkürzung aus. Um die heimische Umwelt zu schützen.

Drei Gründe sind für Hubert Eichmann ausschlaggebend, warum eine 30-Stunden-Woche (eine Idee, die

VON B. BLABSREITER

Uni-Professor Jörg Flecker ins Rollen brachte) die Umwelt schützen könnte: Erstens würde weniger produziert und so weniger verbraucht werden. Zweitens ginge der Berufsverkehr zurück, und drittens hätten die Bürger mehr Muße für umweltschonendes Verhalten. Eichmann: „Kochen statt Tiefkühlkost, Radfahren statt Autofahren oder den Müll trennen – das alles fällt leichter, wenn man weniger gestresst ist.“ Heißt Arbeitszeitreduktion nicht, das Wirtschaftswachstum bremsen? Der Experte: „Es heißt, darauf reagieren.“



77 Unsere Wirtschaft wächst ohnehin weniger. Darauf müssen wir reagieren.

Der Wiener Soziologe Hubert Eichmann



Grüne Mitte: Hier wird gleichzeitig gewohnt, gebaut und Spaten gestochen

Am Freitag wurde die neunte von elf Bauetappen am einstigen Frachtenbahnhof begonnen

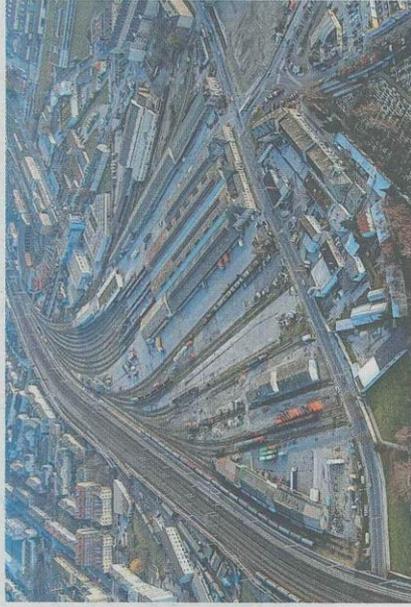
Von Helmut Atteneder

LINZ. Dort, wo in den 1990er Jahren noch der Linzer Frachtenbahnhof situiert war, wird heute gleichzeitig gebaut, gewohnt und „Spaten gestochen“. Am Freitag nämlich wurde die neunte Bauetappe zur neuen Wohnanlage mit dem Namen „Grüne Mitte“ in Angriff genommen. Bis 2016 baut die GWG hier 48 Wohnungen, bereits Anfang September 2015 wird ein Kindergarten samt Krabbelstube für 140 Kinder eröffnet.

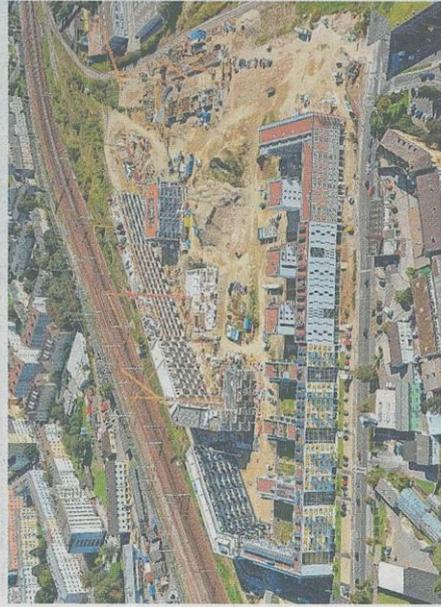
Platz für 2000 Menschen

In insgesamt elf Bauetappen werden auf dem 85.000 Quadratmeter großen Areal von sieben Wohnbauträgern bis Sommer 2017 exakt 804 Wohnungen in Niedrigstenergiebauweise entstehen. Auch betreutes Wohnen ist in dem Komplex - etwa in der geographischen Mitte der Landeshauptstadt - vorgesehen. Rund 2000 Menschen werden dann hier - entlang der Lastenstraße - wohnen. Anfang Juni dieses Jahres sind hier die ersten Bewohner (Miete, Mietkauf, Eigentum) eingezogen und sie fühlen sich offenbar - trotz des Baulärms in unmittelbarer Umgebung - recht wohl.

Vor allem das viele Grün - das Herzstück der Anlage - gefällt den Mietern. „Ich habe hier meinen eigenen kleinen Garten“, freut sich Enisa Hötzendorfer, die gerade



Der ehemalige Frachtenbahnhof von Linz wurde abgetragen und dekontaminiert.



Seit 14. Februar 2012 wird die „Grüne Mitte“ gebaut. (Stadtplanung Linz/Perthwieser)

WOHNEN IN GRÜNER MITTE



„Unsere Wohnung ist super, die Terrasse geräumig, der Spielplatz vor der Tür und rundum ist es grün. Hier passt alles.“

Thomas und Marcel Ramberger

„Wir fühlen uns hier sehr wohl, die Bahn hört man kaum und ich genieße den kleinen Garten.“

Enisa Hötzendorfer



„Die Wohnungen haben eine schöne Raumaufteilung, ich hätte mir etwas mehr Sonne erhofft.“

Wir fühlen uns wohl.“

Michael, Zoé und Linnéa Watzl



eine kleine Pause beim Blumenpflanzen eingelegt hat und einen Kaffee auf ihrer Terrasse genießt. Auch Jungfamilien kommen hier auf ihre Rechnung, schließlich sind zwischen den Häuserblocks Kinderspielflächen angelegt. „Du kannst deinen Kindern von der Terrasse oder vom Balkon aus beim Spielen zusehen, und auch die Nachbarn sind sehr nett“, fasst Thomas Ramberger zufrieden zusammen.

Michael Watzl, der nach rund sieben Jahren in Wien mit seiner Familie zurück nach Linz gezogen ist, hätte sich für seine Wohnung „ein wenig mehr Sonne“ gewünscht. Die Raumaufteilung der Wohnung, der gute Ausblick und die vielen Grünflächen (insgesamt 14.000 Quadratmeter) schätzen die Watzls dafür. Nur wenig ist von der direkt neben der Wohnanlage vorbeiführenden Westbahn-Strasse zu hören.

Areal kostete 7,65 Millionen

Die Stadt Linz hatte im Jahr 2005 den stillgelegten Frachtenbahnhof an der Lastenstraße um 7,65 Millionen Euro von den ÖBB gekauft. Ein Jahr später wurde das Gelände dekontaminiert. Im selben Jahr ging der deutsche Architekt Albert Blaumöser als Sieger des internationalen Wettbewerbs hervor.

Forscher entdeckten die Verbindung zwischen Bad Ischls Höhlensystemen

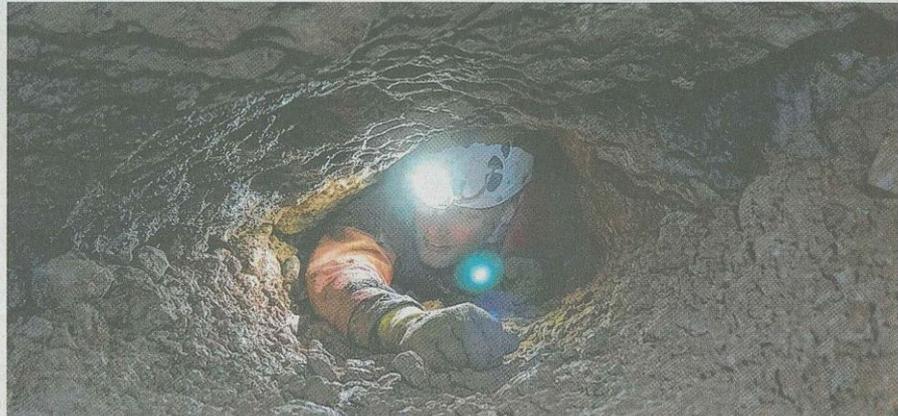
Durch die freigelegte Passage erreicht das unterirdische Labyrinth jetzt Rekordmaße

Von Alfons Kriegelsteiner

BAD ISCHL. Gerade einmal 30 Zentimeter misst der engste Durchschlupf, den Höhlenforscher Clemens Tenreiter (30) aus Bad Ischl mit seinen Kollegen Harald Zeitlhofer und Robert Wurzinger überwinden musste. Dann war es so weit: Anfang September hatten sie den 300 Meter langen Verbindungsschacht zwischen dem 5,5 Kilometer langen „Offenbarungssystem“ und der 1,1 Kilometer langen „Leichentuch“-Höhle (benannt nach den darin vorkommenden Tierskeletten) freigelegt. Nun sind die parallel verlaufenden Höhlensysteme westlich der Hinteralm in der Hohen Schrott bei Bad Ischl „zusammengewachsen“ und bilden mit 6647 Metern die längste Katakombe im Gemeindegebiet von Bad Ischl.

Zweimal im Rettungseinsatz

Clemens Tenreiter gilt als der „Extremkletterer“ unter Oberösterreichs Höhlenforschern. Ihm ist keine Kluft zu steil oder zu schmal. Die Technik beherrscht er als Mitglied der Bergrettung Bad Ischl perfekt. Oberirdisch genauso



Die Passage zwischen den Höhlensystemen auf der Hinteralm misst an der engsten Stelle nur 30 Zentimeter. Foto: Tenreiter

wie unterirdisch. Damit hat er heute schon zweimal Schlagzeilen gemacht: Ende Juni bei der Bergung eines verunglückten Höhlenforschers aus der Riesendinghöhle in Berchtesgaden und im August, als er einen polnischen Forscher aus einer Höhle im Tennengau holte.

Im Sommer 2014 waren Tenreiter, Zeitlhofer und Wurzinger tiefer in das „Offenbarungssystem“ bei Bad Ischl vorgedrungen und

hatten einen Höhlenbach entdeckt, der die Karstquelle des Jagling-Ursprungs speist. Im August forschten sie im „Leichentuch“ weiter nach Wasserquellen. Sie gelangten bis zu einem hohen, lotrechten Schlot und von dort zu einem mit Blöcken gefüllten Gang.

In harter Knochenarbeit schafften sie das Gestein beiseite, bis sie plötzlich einen starken Luftzug verspürten. Sie hatten das Offen-

barungssystem erreicht und die Verbindung zwischen beiden Höhlen gefunden. Der Anblick, der sich ihnen bot, war imposant: „Die Kluftflächen im Offenbarungssystem glitzerten von Kalzitkristallen und an den Wänden im ‚Leichentuch‘ haben eingewachsene Korallenstöcke fossile Spuren hinterlassen“, sagt Tenreiter. Im Herbst sind weitere Forschungstouren geplant.



Altbauer Hubert Bammer hat in der Vorwoche einen kleinen Riss im Gelände bemerkt. Mittlerweile ist daraus eine gigantische Lawine aus Bäumen, Schlamm und Geröll geworden, die sich unaufhaltsam ins Tal wälzt.

Fotos: Röbl

In Grünau rutscht ein Hang ins Tal

Riesige Geröllmassen drohen Bach zu verklausen — Gebäude vorerst nicht gefährdet

GRÜNAU — Beinahe still und heimlich hat sich in der Vorwoche in Grünau im Almtal (Bez. Gmunden) eine Naturkatastrophe ereignet, deren Ausmaß sich noch gar nicht abschätzen lässt. Ein ganzer Hang im Bereich der so genannten Grün rutscht auf einer Länge von mehr als 500 Metern und auf einer Breite von bis zu 100 Metern seit vergangener Montag unaufhaltsam talwärts. Hunderte Bäume, viele davon schon mehr als 200 Jahre alt, dazu gigantische Geröllmassen wälzen sich Richtung Stoßbach. Eine Forststraße sowie eine Brücke sind bereits verschüttet.

Gebäude und andere Objekte sind akut zwar nicht gefährdet, dennoch ist die Lage nicht ganz unbrisant. Laut Besitzer könnte es nämlich zu einer Verklausung kommen, die den Bach aufstaut. Was dies bedeuten würde, drückt Altbauer Hubert Bammer im Gespräch mit dem VOLKS-

BLATT so aus. „Dann wär auch eine Flutwelle möglich.“ Keine erfreuliche Perspektive für die Besitzer der Häuser, die sich entlang des Stoßbaches befinden.

Bammer selber, dessen Tochter und Schwiegersohn das betroffene Waldgebiet gehört, hat bereits in der Vorwoche die Behörden alarmiert. Damals war der Riss nur wenige Meter lang. Mittlerweile rutschen Hunderttausende m³. Landesgeologen und Experten der Wildbachverbauung haben umgehend die ersten Schritte eingeleitet. Mittels Lifтанlage, die am vergangenen Donnerstag installiert worden ist, werden Baumstämme aus den Geröllmassen gezogen und aufgearbeitet. Am Fuße des steilen Hangs versuchen Bagger zwischen Schlamm, Erdreich und Steine wegzubaggern. Eine wahre Sisypusarbeit, wenn man das Ausmaß des Rutsches sieht.

Im betroffenen Gebiet, das

etwa sechs Kilometer vom Ende der 90er-Jahre des letzten Grünauer Ortszentrum entfernt liegt, hat sich bereits ein ähnlicher Hangrutsch ereignet. rō



Ende der Forststraße: Diese wurde von den Massen bereits mitgerissen.



Fotos: REUTERS (3), AP

Abertausende Menschen, unter ihnen auch Hollywood-Star Leonardo di Caprio, demonstrierten in Manhattan.

Ziel ist ein Vertrag gegen die Erderwärmung, den 190 Staaten unterzeichnen sollen

UNO warnt vor Klima-Kollaps!

Aus den USA berichtet „Krone“-Redakteur KURT SEINITZ

New York. – In dramatischen Worten warnt die UNO anlässlich des jetzt in New York beginnenden Klimagipfels vor den drastischen Folgen der Erderwärmung. UNO-General Ban hofft bis 2015 auf einen Klimavertrag, den rund 190 Staaten unterzeichnen sollen.

Auch Bundespräsident Fischer und Umweltminister Rupprechter werden auf dem UNO-Klima-Gipfel mit dem jüngsten weltweiten Forschungsergebnis zur Erderwärmung konfrontiert. Die Nichtregierungsorganisationen klagen dort die Politiker an, doch diese haben einen schweren Stand. Die Hälfte der Amerikaner glaubt nach wie vor, dass der Klimawandel keine menschlichen Ursachen hat, und Millionen andere Menschen haben die Sorge, dass Umweltschutz der Wirtschaft schadet und Arbeitsplätze gefährdet.

Grüne Ökonomie schafft Arbeitsplätze

Diese Sorgen werden in dem jüngsten UNO-Bericht eindeutig entkräftet: Umweltschutz und Arbeitsplätze sind vereinbar; ja, mehr noch: Die grüne Kraft der Umwelttechnologie und Umweltökonomie bringt den stotternden Wirtschaftsmotor wieder zum Laufen. Die

Ansicht, Klimaschutz sei zu teuer, beruhe auf einem „fundamentalen Missverständnis“.

Naturkatastrophen vertreiben Millionen

Es besteht dringender Handlungsbedarf: Laut UNO haben Naturkatastrophen schon 22 Millionen Menschen vertrieben, doppelt so viele wie vor 40 Jahren. Die Experten rufen zu einer „grünen Revolution“ der Weltwirtschaft im Kampf gegen den Klimawandel auf.

Kissinger (91) begutachtet Außenminister Kurz (28)

Unterdessen beginnt der erste Aufenthalt von Sebastian Kurz als Außenminister in den USA gleich mit einer Art politischer Maturaprüfung: Der einflussreiche Publisher des Nachrichtenmagazins „US News And World Report“, Mortimer Zuckerman, lädt zum Abendessen in seiner Residenz an der 5th Avenue andere Strippenzie-



Auch Frankreichs Außenminister Fabius, die Affenforscherin Jane Goodall, Ex-US-Vize-Präsident Gore, New Yorks Bürgermeister De Blasio und UNO-General Ban nahmen an der Demo teil.

her wie Henry Kissinger oder Ex-Briten-Premier Blair.

Überraschend hat auch Sebastian Kurz eine Einladung erhalten. Dort werden die Herrschaften den Neuling begutachten, und Sebastian Kurz (28) bringt zum Krisenherd Ukraine aktuelles Wissen mit, von dem selbst die „Mutter aller Außenminister“, Henry Kissinger (91), nur profitieren kann.

tian Kurz (28) bringt zum Krisenherd Ukraine aktuelles Wissen mit, von dem selbst die „Mutter aller Außenminister“, Henry Kissinger (91), nur profitieren kann.

Besser abschneiden. Und fertig.

PREISSÄGE

24.09.

-15%* auf Zimmer- und Gartenpflanzen

*Nähere Infos im Markt.

baumax

Anzeige

Über die Gletscher Alaskas fliegt diese DHC-3 Otter, um im Auftrag der NASA den Einfluss der Treibhausgase und mögliche Auswirkungen einer eisfreie Wasseroberfläche sowie Wolken in der Region auf die Erderwärmung zu untersuchen.

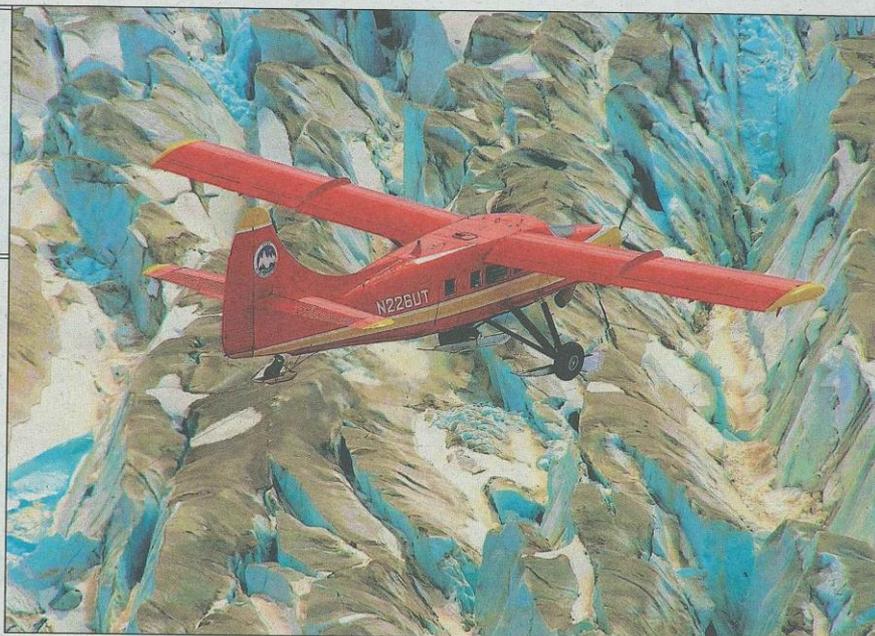


Foto: EPA

„Der Klimawandel ist die größte Gefahr für die Menschheit“, warnt die UNO

Beim Weltklimagipfel in New York wird nach konkreten Maßnahmen gesucht

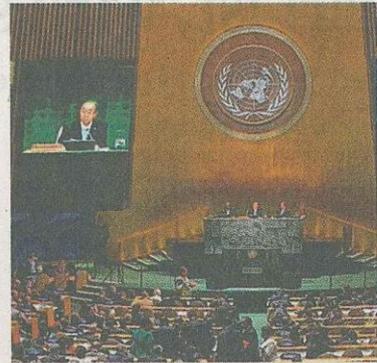
NEW YORK. Der Klimawandel ist nach den Worten von UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon die größte Gefahr in der Geschichte der Menschheit. „Wir haben uns noch nie solch einer Herausforderung gegenüber gesehen. Die menschlichen, ökonomischen und ökologischen Kosten des Klimawandels werden bald untragbar sein“, sagte Ban gestern zur Eröffnung des UNO-Klimagipfels in New York. „Der Klimawandel bedroht den so hart errungenen Frieden, unseren Wohlstand und die Chancen für Milliarden Menschen.“

Die Erwartungen an den Klimagipfel sind groß: Denn bei der größten Ansammlung an Staats- und Regierungschefs zum Thema Kli-

ma aller Zeiten sollen – nach den vielen enttäuschenden Klimagipfeln der letzten Jahre – endlich Fortschritte erzielt werden.

UNO-Generalsekretär Ban forderte daher alle Regierungen auf, bis zum Klimagipfel in Paris Ende des nächsten Jahres „ernsthafte Zusagen“ zur Reduzierung ihres CO₂-Ausstoßes zu machen. 2020 soll ein neuer Klimavertrag in Kraft treten. Auch die USA und China, die sich gegen verbindliche CO₂-Minderungsziele sperren, sollen dann mitmachen, damit das Ziel erreicht wird, die Erderwärmung auf zwei Grad gegenüber dem vorindustriellen Wert zu begrenzen.

Hollywood-Prominenz wird ebenso vertreten sein wie „die Men-



Ban Ki-moon mahnt zum Handeln. (rts)

schen, die an den Hebeln der Weltwirtschaft sitzen“. Österreich ist durch Bundespräsident Heinz Fischer und Umweltminister Andrä Rupprechter (ÖVP) vertreten.



Dass der bei den Linzern recht beliebte, allerdings vom letzten Hochwasser schwer in Mitleidenschaft gezogene Donaustrand in Alt-Urfahr endlich gesichert, saniert und erweitert wird, darf man den Nasen und Barben verdanken. Diese Fische zu schützen, ist eine der ökologischen Auflagen, der die für den Erhalt der Wasserstraße zuständige Gesellschaft viadonau nämlich ebenfalls nachkommen muss. Und

Strand für Nasen, Barben und Linzer

dazu zählt es auch, Laichräume für die Fische zu schaffen. Etwa durch die Schaffung von Schotterbänken.

Und davon profitieren spätestens ab der Badesaison 2016 auch die Bewohner der Landeshauptstadt. Denn die Aufschotterung soll bis dahin als großflächige, rund 500 Meter lan-

ge Erholungsfläche mit Neupflanzung von mehr als 50 Silberwaiden gestaltet werden.

Für die Planung hat die viadonau die Landschaftsplanerin Brigitte Hozang engagiert. Sie will in Zusammenarbeit mit Bewohnern und der zuständigen Stadträtin Eva Schobesberger eine naturnahe Uferzone herstellen und dabei vor allem eins vermeiden: „Wir wollen keinesfalls eine neue Partymeile schaffen.“ rö

Isländischer Vulkan lässt es bei uns stinken

Hohe Schwefeldioxid-Werte in Österreich gemessen

WIEN — Ungewöhnlich hohe Schwefeldioxid-Werte (SO₂) sind am Montag in einigen Regionen Österreichs gemessen worden. Nach Berechnungen der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik (ZAMG) wurde das SO₂ mit kräftigem Nordwestwind vom isländischen Vulkan Bardarbunga nach Mitteleuropa transportiert. Gesundheitsgefährdung besteht aber keine.

Zahlreiche Luftgüte-Messstellen in Österreich registrierten die stark erhöhten Schwefeldioxid-Werte (SO₂). Besonders hohe Konzentrationen wurden am Alpenostrand gemessen, wo zwei Messstellen in der nordöstlichen Steiermark — Masenberg mit maximal 247 Mikrogramm pro Kubikmeter und Hartberg mit maximal 229 Mikrogramm — den Grenzwert des Immissionsschutzgesetzes-Luft (mehr als drei Halbstundenmittelwerte pro Tag über 200 Mikrogramm pro Kubikmeter) überschritten. Kon-

zentrationen über 200 Mikrogramm pro Kubikmeter wurden auch im südöstlichen Niederösterreich (Messstellen Payerbach und Wiener Neustadt) und im Südburgenland (Obereschützen) gemessen, Konzentrationen über 100 Mikrogramm pro Kubikmeter wurden in der Steiermark sowie vereinzelt in Tirol (Brixlegg), Salzburg (Hallein) und Oberösterreich

(Zöbelboden im Reichraminger Hintergebirge) festgestellt.

Bei dieser Belastungsepisode handelte es sich um das erste in Österreich beobachtete Ereignis mit derartigen hohen SO₂-Belastungen aus natürlichen Quellen. Vergleichbare SO₂-Konzentrationen wurden in den vergangenen Jahren in der Nähe einzelner Industriebetriebe beobachtet.



DONAUSTRAND

Neue Schotterbank für Urfahr

LINZ. Die durch das Hochwasser 2013 stark in Mitleidschaft gezogenen Schotterstrukturen und Uferflächen im Bereich des Steinmetzplatzls in Alt-Urfahr werden von viadonau 2015 wiederhergestellt.

von JÜRGEN AFFENZELLER

Die 14.000 m³ große neue Schotterbank am Winterhafen-Areal begeistert die Linzer (Tips berichtete), bald ist es auch am Donaustrand in Alturfahr-West soweit: Für den Bereich Steinmetzplatzl und somit einer weiteren Schotterbank für Linz laufen derzeit die Planungen, die Umsetzung ist für 2015 vorgesehen. „Angefangen bei der Aufwertung des Landschaftsbildes, der Entstehung von attraktiven Angelplätzen bis hin zu Rastmöglich-



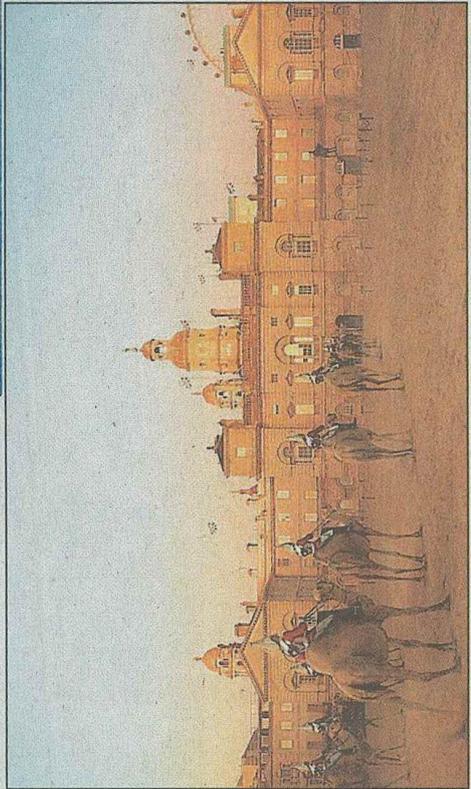
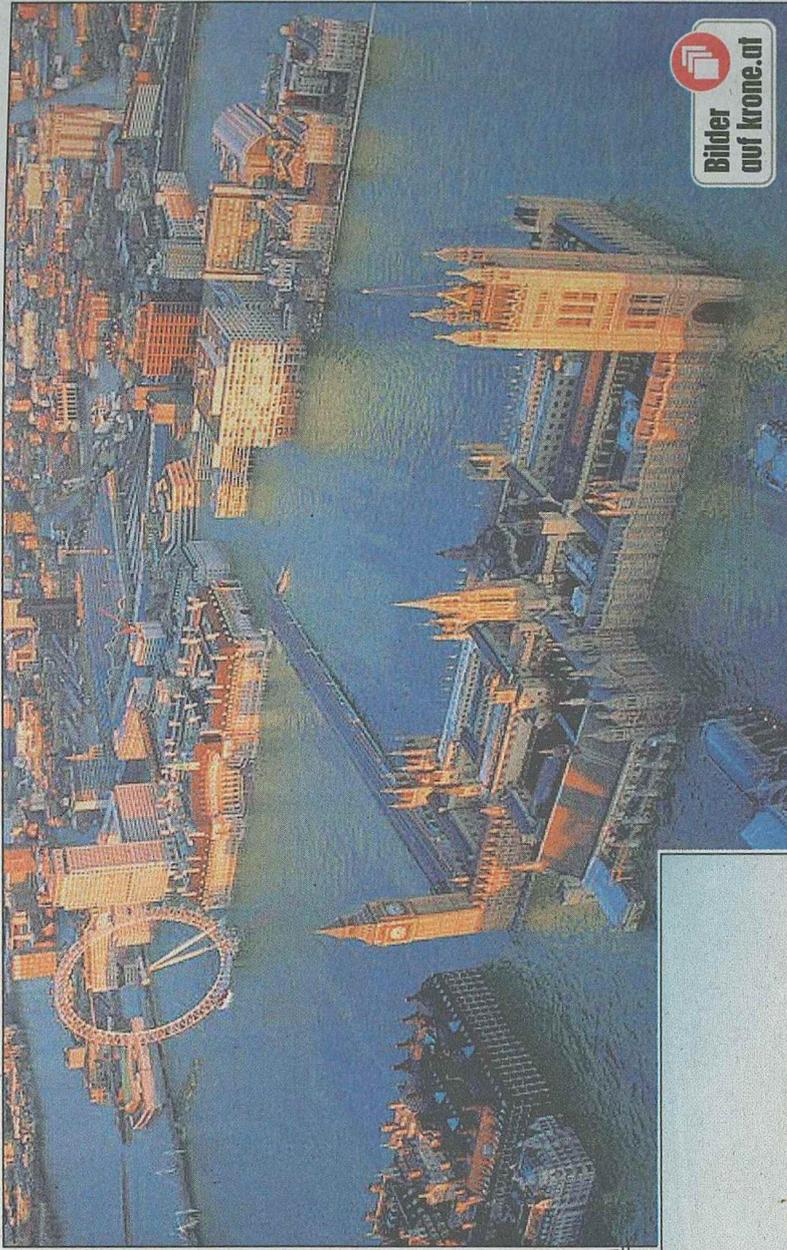
Ab 2015 entsteht ein neuer Erholungsraum in Alt-Urfahr West.

Foto: Weihbold

keiten für Wassersportler und Radfahrer entstehen vielfältige Nutzungsmöglichkeiten, die zu einer Erhöhung der Lebensqualität beitragen“, weiß Umweltstaträtin Eva Schobesberger (Grüne). Interessierte konnten sich dazu beim Spätsommerfest in Alt-Urfahr am vergangenen Samstag in-

formieren, aber auch ihre Ideen und Vorschläge einbringen. Der Projektleiter von viadonau hat das Vorhaben vorgestellt und stand den Bürgern für Fragen zur Verfügung. „Auch der gesunkene Fischbestand in der Donau wird durch diese Maßnahme wieder ansteigen“, weiß der Experte. ■

Seite 8



Bilder
auf
krone.at

London im Jahr 2100 zeigt eine Ausstellung dramatischer Fotomontagen im Wolkenkratzer The Shard: Wegen des Klimawandels wird der Grundwasserpegel dann deutlich gestiegen sein, die Innenstadt könnte durch heftige Überschwemmungen oft wie ein zweites Venedig wirken (Bild oben). Gleichzeitig müsste die königliche Garde wegen unerträglicher Hitze in den Sommermonaten eventuell von Pferden auf Kamel umsteigen (links). Die schockierende Zukunftsvision soll Besucher und Politiker zum Kampf gegen die globale Erwärmung bewegen.



Vor allem im Sommer sind die Schotterbänke in Alt-Urfahr ein beliebtes Naherholungsgebiet für die Linzer.

Foto: Stadt Linz

Donauufer in Alt-Urfahr wird neu gestaltet

■ LINZ-URFAHR (red). Durch das Hochwasser 2013 wurden die Uferflächen im Bereich des Steinmetzplatzls stark in Mitleidenschaft gezogen. Nun sollen sie von „viadonau“ wiederhergestellt werden. Ein ähnliches Projekt wurde kürzlich im Bereich Voestbrücke abgeschlossen. Dort wurden rund 14.000 Kubikmeter Donauschotter umweltfreundlich per Baggerschiff in der Strommitte entnommen und auf ei-

ner Länge von circa 350 Metern zu einer flachen Schotterbank ausgeformt. Ziel ist es, neue Lebensräume für Tiere, Pflanzen und Menschen zu schaffen. Die Schotterbänke werten das Landschaftsbild auf, bieten Angel- und Rastplätze, fördern aber auch den Fischnachwuchs. Derzeit läuft die gewässerökologisch-landschaftsplanerische Einreichplanung für die Neugestaltung des Donauufers in Alt-Urfahr.

1089951

83 Bäume in der Stadt müssen gefällt werden

● LINZ (red). „Schäden an den Pflanzen oder Krankheiten machen regelmäßig Verjüngungsmaßnahmen notwendig. Dazu gehört auch, manches Schadholz abzuschneiden oder einen Baum zu fällen, um die Sicherheit von Passanten zu gewährleisten“, sagt Barbara Veitl, Leiterin der Stadtgärten Linz. Betroffen sind heuer 83

schadhafte Bäume im ganzen Stadtgebiet. Jeder Baum, der am Ende seines Lebens angekommen ist, wird ersetzt. Ist dies am alten Standort nicht möglich, wird ein neuer Platz bestimmt. Alle Bäume werden mit einer Infoschleife gekennzeichnet. Nähere Infos erhalten Interessierte telefonisch unter **0732/7070 4200**

1090416



Baumfällungen sind für viele Linzer ein sehr emotionales Thema, manchmal jedoch leider unumgänglich.

Foto: Daniel Nimmervoll/Fotolia

Klimawandel schreitet auch in Österreich voran

■ (nat). Der Klimawandel ist endgültig angekommen und trifft Österreich besonders hart. Dieses ernüchternde Ergebnis zeigt der europaweit erste nationale Sachstandsbericht zum Klimawandel 2014 auf. Gefördert vom Klima- und Energiefonds haben mehr als 240 österreichische Klimaforscher den Bericht in dreijähriger Arbeit erstellt. Auswirkungen des Klimawandels und der notwendige Handlungsbedarf werden in ihrer ganzen Reichweite darin erfasst. Die Leidtragenden des Klimawandels sind in praktisch allen Bereichen zu finden, vor allem die Land- und

Forstwirtschaft, Ökosysteme, Biodiversität, aber auch der Tourismus und das Gesundheitssystem sind immer stärker betroffen.

„Wenn wir eine weitere Erderwärmung verhindern wollen, ist eine grundlegende Veränderung des Zusammenspiels zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt erforderlich – alle müssen aktiv werden. Der Bericht liefert eine fundierte Basis für dieses Vorhaben. Wir werden diese Erkenntnisse aufgreifen und für unsere Arbeit nutzen“, betont Bundesminister Andrä Rupprechter. Infos: www.apcc.ac.at.

1084902



Seit 1880 ist die Temperatur um nahezu zwei Grad gestiegen – ein weiterer Temperaturanstieg ist zu erwarten.

Foto: krasnajasapocka/Fotolia



Hier bricht gerade ein Vulkan aus!

Mit hohem Tempo rast hier eine gigantische Aschewolke auf eine Gruppe Wanderer zu. Sie hatten das schöne Wetter für einen Ausflug nahe dem 3067 m hohen Ontake genutzt, als der Vulkan plötzlich ausbrach. Ein Wanderer filmte die Szene mit (li.), bis die Asche auch ihn erreichte.

Tonnenweise Müll wird weltweit an den Küsten angeschwemmt. Jedes Jahr am „International Coastal Cleanup Day“ reinigen Freiwillige in aller Welt die Strände, hier bei Paranaque auf den Philippinen. Im Jahr 2013 kamen dabei 5,5 Millionen Tonnen Müll auf rund 20.000 Kilometer Küstenlinie zusammen.



Foto: EPA



Eine gut 20 Zentimeter hohe Ascheschicht bedeckt die Spitze des Vulkans, der ein beliebtes Ziel für Bergsteiger ist.

Mehr als 30 Tote bei Vulkanausbruch in Japan

Bergsteiger erlitten „Herzstillstand“ — Mehr als 40 Verletzte — Schwefelschwaden unterbrachen Rettungsarbeiten

OTAKI — Beim plötzlichen Ausbruch des japanischen Vulkans Ontakesan könnten Dutzende Menschen ums Leben gekommen sein. Bei 31 Menschen, die am Gipfel kollabierten, seien Herz- und Atemstillstände festgestellt worden, berichteten gestern japanische Fernsehsender.

Bisher habe man erst vier dieser 31 Opfer bergen können. Über ihren Zustand wurde zunächst nichts bekannt. Wegen starker Schwefelschwaden unterbrachen die Rettungskräfte in Japan ihren Bergungseinsatz am Gipfel des Vulkans.

Etwa 40 weitere Menschen hätten teils schwere Verletzungen erlitten, hieß es. Der rund 200 Kilometer westlich der Hauptstadt Tokio gelegene Vulkan war am Samstag plötzlich ausgebrochen. Etwa 250 Bergwanderer waren zum Zeitpunkt des Ausbruchs nahe dem Gipfel. Die meisten konnten noch am

selben Tag hinabsteigen. Wegen der Gefahr andauernder Eruptionen und giftiger Gase konnten mehrere Hundert Rettungskräfte ihren Einsatz erst gestern beginnen. Auch aus Tokio kam Verstärkung. Hubschrauber des Militärs brachten die ersten Wanderer von dem 3067 Meter

hohen Berg in Sicherheit. Weil die gefährlichen Eruptionen andauerten, hatten rund 40 Bergsteiger, darunter Verletzte, die Nacht auf Hütten verbringen müssen. Ein Opfer schilderte später, wie herabstürzende Felsbrocken eines der Dächer zertrümmerten.



Das Bild zeigt die gigantische Aschenwolke, die bei der Explosion frei wurde.

Fotos: epa/chubu/mayama



550 Soldaten, Polizisten und Feuerwehrleute beteiligen sich an der Rettungsaktion.

Ascheregen, Gerölllawinen, Schwefelgase:

Vulkan Ontake fordert mindestens 30 Tote

Tokio. – Bei dem überraschenden Ausbruch des Ontake starben in Japan mindestens 31 Menschen. An Abhängen des Vulkans gingen Gerölllawinen ab. Die genaue Opferzahl ist aber unklar. Giftige Gase erschweren die Rettungsarbeiten.

Hunderte Wanderer waren in der Region um den 3067 m hohen Berg unterwegs, als der Ontake plötzlich ausbrach. In der Nähe des Kraters fanden Rettungskräfte 31 tote Bergsteiger. Für sie gab es kein Entkommen. Mindestens weitere 42 Menschen wurden durch heiße Asche und herabfallende Steine verletzt. „Es donnerte, und der Himmel

verdunkelte sich durch den Rauch“, berichtet der Betreiber einer Berghütte. Eine andere Frau schildert: „Es machte Bumm, Bumm, und dann war alles dunkel.“ Wegen der noch immer andauernden Eruptionen und giftiger Gase müssen Rettungskräfte ihren Einsatz immer wieder abbrechen. Der letzte große Ausbruch war 1979.

Fotos: AFP, REUTERS



Mehr Infos auf krone.at

Samstagmittag brach der Vulkan Ontakes völlig überraschend aus

● Tote nach Unwettern

Bei Überschwemmungen und Erdbeben in Indien und Pakistan starben rund 200 Menschen.

● Herabfallende Steine



Das Klimabündnis wächst: Feierliche Aufnahme von 16 weiteren Betrieben



Beim Maurerwirt in Kirchschlag feierten 16 neue Betriebe der Region SternGartl-Gusental die Aufnahme ins Klimabündnis-Netzwerk. Diese Unternehmer engagieren sich besonders für den Klimaschutz.

Foto: Klimabündnis OÖ/Klaus Grininger

Das Klimabündnis-Netzwerk in der Region SternGartl-Gusental wächst weiter. Erst vor Kurzem wurden beim Maurerwirt in Kirchschlag 16 Betrieben die Beitritts-Urkunden überreicht.

Die Aufnahmekriterien für Klimabündnis-Betriebe sind relativ schnell erklärt: Sie müssen sich besonders umfassend für den Klimaschutz engagieren. Die Erzeugung von Strom mittels Photovoltaik, die Erzeugung von Raumwärme mittels Solarthermie, effiziente Heizsysteme gekoppelt mit Wärmedämmung der Gebäude, energiesparende Beleuchtung oder ein klimafreundlicher Fuhrpark sind nur einige wenige Beispiele für die umweltbewusste Ausrichtung der neuen Klimabündnis-Betriebe. Außerdem ist auch faire Beschaffung ebenso Thema wie die regionale, biologische Verpflegung der Mitarbeiter sowie deren Schulung in punkto Energieeffizienz und Klimaschutz.

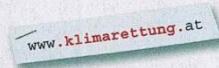
Klimabündnis – was ist das eigentlich?

Das Klimabündnis ist eine globale Partnerschaft zum Schutz des Weltklimas zwischen europäischen Städten und Gemeinden und den indigenen Völkern der Regenwälder Brasiliens. Ziele des Klimabündnisses sind die Verringerung von klimaschädlichen Emissionen und der Schutz des Regenwaldes. In Österreich haben sich alle Bundesländer, zahlreiche Städte und Gemeinden sowie Betriebe und Bildungseinrichtungen dem Klimabündnis angeschlossen. Alleine in Oberösterreich sind es mittlerweile über 280 Gemeinden, fast 500 Betriebe und über 140 Schulen und Kindergärten. Den Mitgliedern wird umfassende Beratung zu allen Klimaschutz-Themen geboten. In Schulen werden Workshops, Vorträge und Projekte organisiert. Den Betrieben, die dem Klimabündnis beitreten, wird unter anderem Beratung und Unterstützung bei der Analyse des Ist-Zustandes ihres Unternehmens geboten. Anschließend werden Verbesserungsmöglichkeiten aufgezeigt,

die für Kostenersparnis und mehr Klimaschutz sorgen.

Die neuen Mitglieder im Überblick

- Schütz-Technik GmbH, Sonnberg
- Technisches Büro Erich Stadler, Hellmonsödt
- Grininger Let's do it e.U., Hellmonsödt
- Gruppenpraxis Dr. Deim – Dr. Schütz OEG, Kirchschlag
- Ganglberger Installationen, Alberndorf
- RKP Elektrotechnik, Engerwitzdorf
- Adalbert Stifter-Volksschule, Kirchschlag
- Christa und Stefan Göweil, Kirchschlag
- Gemeindeamt Kirchschlag
- Kindergarten Kirchschlag
- Raiffeisenbank Hellmonsödt
- Paul Anzinger, Kirchschlag
- Göweil Maschinenbau GmbH, Kirchschlag
- Look Salon Cupak, Hellmonsödt
- Reiterhof Pelmborg, Hellmonsödt
- Roadlhof Familie Keck, Ottenschlag



Zwettl: „Bei Umfahrungsplanung sollen alle Beteiligten eingebunden werden“

Vor einem Jahr sind bei der Präsentation der geplanten Trasse für die Umfahrung Zwettl die Wogen hochgegangen. Der Widerstand gegen die von Straßenbau-Landesrat Franz Hiesl (ÖVP) vorgestellte Variante war groß. Jetzt heißt es noch einmal zurück an den Start. Der Zwettler Gemeinderat und Hiesl einigten sich auf eine Korridoruntersuchung, bei der alle möglichen Varianten einer Umfahrung geprüft werden sollen.

Angesichts von 9.500 Fahrzeugen pro Tag, die durch das Zentrum von Zwettl fahren, herrscht Einigkeit darüber, dass Zwettl eine Verkehrslösung benötigt. Das hat auch der Arbeitskreis „Umfahrung“ des Gemeinderats festgehalten. Fest steht aber auch, dass die vom Land Oberösterreich vorgeschlagene Variante 1 im Gemeinderat keine Mehrheit findet. Vor allem die zu erwartende Belastung bestehender Siedlungen ist den Gegnern ein Dorn im Auge.

Mehrere Varianten werden geprüft

Eine Delegation des Zwettler Gemeinderates unter der Führung von Bürgermeister Roland Maureder (ÖVP) hat sich jetzt mit Straßenbau-Landesrat Hiesl auf eine Korridoruntersuchung geeinigt. Dabei werden der gesamte im Vorfeld definierte Raum und die darin liegenden möglichen Varianten geprüft. Vier vom Land erarbeitete Varianten und eine von der Gemeinde vorgeschlagene Trassenführung werden dabei



Keine Umfahrung für Zwettl – zumindest vorläufig. In einer Korridoruntersuchung werden jetzt mehrere Trassenführungen geprüft.

Foto: GUUTE-Journal/Enzenhofer

im Detail angesehen. Das Ergebnis der Korridoruntersuchung ist offen. Es könnte auch sein, dass die bis jetzt von Landesrat Hiesl favorisierte Variante 1 als beste Lösung hervorgeht. Auf jeden Fall muss die Zwettler Bevölkerung noch etwas auf die Umfahrung warten: Bis zu drei Jahre kann eine solche Korridoruntersuchung in Anspruch nehmen.

Bürgermeister Maureder zeigt sich zufrieden: „Bis jetzt hatten wir als Gemeinde keine Möglichkeit, Informationen zu bekommen. Bei der Korridoruntersuchung wird auch die Gemeinde eingebunden, man

kann bis zu einem gewissen Grad auf den Prozess einwirken.“ Für Landesrat Hiesl sei das Ergebnis der Korridoruntersuchung bindend, wie er sagt. Auch Maureder will sich an das Ergebnis der Korridoruntersuchung halten. „Dann gibt es entweder die Trassenführung, die herauskommt oder gar keine“, stellt der Zwettler Bürgermeister klar.

Der Zwettler Gemeinderat hat mit großer Mehrheit für die Korridoruntersuchung gestimmt. Nur ein ÖVP-Mandatar hat sich der Stimme enthalten, ansonsten waren alle Gemeinderäte dafür.

„Wir können diesen Kurs des Verbetonierens nicht fortsetzen“

Anschober will Zuwachs an Flächenverbauung halbieren und wertvolle Böden schützen

LINZ. Täglich werden in Oberösterreich 2,12 Hektar Land – vier Fußballfelder – verbaut, 42 Prozent davon versiegelt (die OÖN berichteten). Diese Flächen seien aber wichtig für die Wasserwirtschaft, den Naturhaushalt und den Trinkwasserschutz, sagt Umwelt-Landesrat Rudi Anschober (Grüne), der Gegenmaßnahmen setzen will. Vor allem seien die Flächen wichtig zur Erzeugung von Nahrungsmitteln. „Wenn wir Ernährungssouverän werden wollen, brauchen wir die wertvollen Flächen. Wir können es uns schlichtweg nicht leisten, diesen Kurs des Verbetonierens fortzusetzen.“

Es sei ein realistisches Ziel, „dass Oberösterreich hergeht und sagt, in den nächsten fünf Jahren halbieren wir diesen Zuwachs an Flächenverbauung.“ Möglich machen sollen dies Anreize bei der Wohnbauförderung etwa für die Althausanierung oder die Anbindung an den öffentlichen Verkehr. Aber auch mehr in die Höhe oder Tiefe zu bauen: „Bei einem Supermarkt wird dann keine Riesenfäche in der Wiese für Parkplätze genehmigt, sondern die Auflage gemacht, sie auf dem Dach oder in der Tiefgarage zu machen.“

Wie wertvoll sind die Böden?

Dabei spiele auch die Differenzierung der Flächen eine wichtige Rolle. Renate Leitinger, Bodenschutzbeauftragte im Land OÖ, hat dazu eine „Bodenfunktionsbewertungskarte“ erstellt. „Es werden darauf die Leistungen von Böden dargestellt, wie Fruchtbarkeit, Abflussregulierung oder sauberes Trinkwasser, um diese als Bodenschutzzonen auszuweisen und zu erhalten“, sagt Leitinger. Drei Gemeinden haben bei einem Projekt freiwillig mitgemacht und nutzen die Informationen bei der Flächenwidmung. Dazu wird noch im Oktober ein Leitfaden an alle Kommunen geschickt. Jede Gemeinde



Parkplätze bei Supermärkten sollen künftig auf dem Dach oder in einer Tiefgarage gebaut werden.

(Weihbold)

habe das Ziel, Flächen für die Bebauung zu widmen. „Sie haben natürlich Probleme mit leerstehenden Gebäuden im Ortskern oder Betriebsbauten und wissen oft nicht, wie sie damit umgehen sollen“, sagt Leitinger. In den vergan-

gen Jahren haben 30 Gemeinden geförderte Projekte für die flächensparende Baulandentwicklung umgesetzt. „Denn eine Zersiedelung und ein Flächenverbrauch kosten den Gemeinden viel Geld.“ Die Expertin ist für eine hö-

here Förderung beim flächensparenden Bauen, denn „das schönste Passivhaus in der Pampa nützt nichts, wenn man zwei Autos braucht und lange Wege fahren muss, dann ist der Klimaschutzgedanke umsonst.“ (mpk/res)

MEINUNGEN

Herbert Brunsteiner



Foto: Privat

„Irgendwann kommt es so weit, dass wir leerstehende Hallen haben – und der Boden ist versiegelt“, sagt Vöcklabruckers Stadtchef Herbert Brunsteiner (VP). „Als Bürgermeister wäre man ungeschickt, wenn man einen Fachmarkt ablehnen würde – dann wandert er in die Nachbargemeinde. Dem müsste die übergeordnete Raumordnung einen Riegel vorschieben.“

Albert Ortig



(Stadtamt Ried)

Für den Rieder Bürgermeister Albert Ortig (VP) ist es „eine Katastrophe, dass auch baulich immer mehr Zukunftsressourcen vertan werden“. Mit Fachmärkten im Grünen würden gleichzeitig Probleme für die Ortskerne geschaffen. Durch Absiedelung aus den Zentren erhöhten sich auch die Infrastrukturkosten – „man muss ja auch Strom und Kanal hinbringen“.

Peter Koits



(Stadt Wels)

Schon Mitte der Neunzigerjahre habe die Stadt Wels Grenzen gezogen, sagt Bürgermeister Peter Koits (SP). Natürlich sei es bei einer wachsenden Stadt unabdingbar, auch die entsprechende Infrastruktur zu schaffen. „Man muss aber genau schauen, wo man es zulässt“, sagt der Stadtchef. Im Norden der Stadt werde besonders auf die Widmung geachtet.



Böden nicht so stark bebauen

Bauernbund will Schranken für den Verbrauch des oberösterreichischen Bodens

Die Reduktion des Bodenverbrauchs ist ein zentraler Schwerpunkt des Bauernbund-Wahlprogrammes für die anstehende Landwirtschaftskammerwahl am 25. Jänner 2015. Präsident Franz Reisecker, der auch Spitzenkandidat des Bauernbundes ist, macht deutlich, dass in Österreich täglich 22,4 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche verbaut werden. „Diese Flächen stehen künftig nicht mehr für die Produktion heimischer Lebensmittel bzw. als Naturraum zur Verfügung. Damit geht auch ein erhebliches Potenzial für die CO₂- und Wasserspeicherung unwie-

derbringlich verloren“, so Reisecker. In den vergangenen 60 Jahren wurden österreichweit ca. 350.000 Hektar Acker und Grünland verbaut.

OÖ Zentralraum besonders betroffen

In Oberösterreich ist besonders der Zentralraum von der Verbauung betroffen. Der Bauernbund hat daher für die heutige LK-Vollversammlung einen Resolutionsantrag eingebracht, mit dem das Land OÖ zu nachhaltig wirksamen Maßnahmen der Raumordnung zur Reduktion des Bodenverbrauches

und der Bodenversiegelung aufgefordert wird. Verlangt werden eine restriktivere Vorgangsweise bei der Genehmigung neuer Verkaufsflächen für den Handel sowie strengere Vorgaben für eine flächensparende Verbauung. Zusätzlich werden Vorgaben und Anreize zur Reaktivierung brachliegender Industrie- und Gewerbeflächen gefordert. „Mit derartigen Maßnahmen könnte in der Folge auch ein wesentlicher Beitrag zur Reduktion öffentlicher Infrastrukturkosten und damit zu Einsparungen in den Budgets geleistet werden“, so Reisecker. *Foto: BB*

„König Dachstein“ durchlebt schwere Zeiten

Der weltweite Klimawandel setzt ihm zu – Die Gletscherzungen werden in 15 Jahren verschwunden sein

Von Alfons Kriegelsteiner

GOSAU. Mit seiner schneeweiß schimmernden Krone, der prächtigen Schärpe aus Kalkwänden, den stäubenden Wasserfällen und alpinen Matten, die sich im Herbst mit dem Tiefblau des Enzians überziehen, ist der Dachstein der „König von Oberösterreich“. 2995 Meter hoch ragt sein Doppelgipfel in den Himmel. 17 Klettersteige erschließen seine Flanken durch Steighilfen und künstliche Trittbügel – ein Paradies für Bergsteiger, aber auch für Wanderer, Mountainbiker und Paragleiter.

Doch er ist ein König, dem der Klimawandel zusetzt. „Spätestens in 15 Jahren werden die Zungen des Hallstätter, des Großen Gosau- und des Schladminger Gletschers verschwunden sein“, sagt Klaus Reingruber (47). Gemeinsam mit Wolfgang Traummüller aus Wels ist der gebürtige Gmundner Geschäftsführer von „BlueSky Wetteranalysen“ in Attnang, die bei der Adamek-Hütte am Gosau-Gletscher mit Unterstützung von Vöcklabrucker Gymnasialisten einen Gletscherlehrweg angelegt haben.

Ein Standbein von „BlueSky“ ist die Gletscherforschung auf dem Dachstein. „Seit sieben Jahren be-

„Heuer sind die Dachstein-Gletscher dank des kühlen Sommers relativ stabil.“



Foto: Blue Sky

■ **K. Reingruber,** Geschäftsführer von Blue Sky

obachten wir die Entwicklung“, berichtet Reingruber. Standardmethode ist das Sondieren mit speziellen Messlaten. 17 Stück sind es, die acht Meter tief in die Eisdicke gebohrt werden. Nach der Schneeschmelze im Herbst kann man an den Pegelständen ablesen, ob das darunter liegende Eis geschrumpft oder gewachsen ist. Reingruber spricht von der „Massenbilanz“. Die Abschlussmessung für 2014 ist derzeit im Gang.

Gefrorene Wasserspeicher

Neue Methoden sind dazugekommen. Vor allem der Laserscan. Dabei wird alle fünf Jahre (zuletzt 2013) vom Flieger aus die Oberfläche des Eisfeldes engmaschig abgetastet. So lässt sich das exakte Höhenrelief des Gletschers abbil-

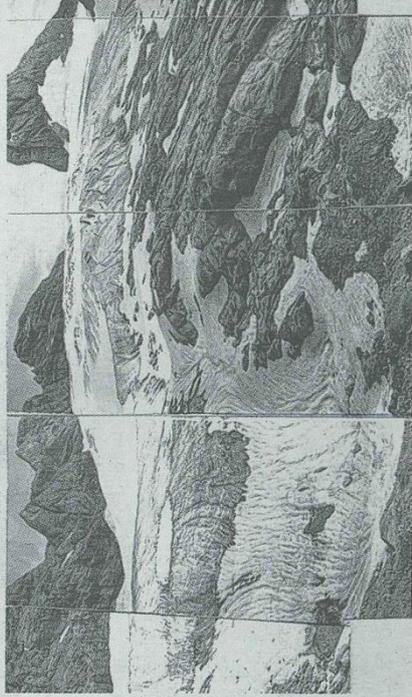
den. Die Massenbilanz ist seit dem letzten Vorstoß 1981 kontinuierlich zurückgegangen. Am meisten betroffen sind die Gletscherzungen in 2200 bis 2400 Metern Höhe. Gut getan hat den Dachsteingletschern aber der kühle, niederschlagsreiche Sommer 2014, der den Massenverlust gebremst hat.

Unterstützt wird die Forschungsarbeit vom Land OÖ. und der Energie AG. Letztere hat ein besonderes Interesse an den Ergebnissen. Denn die Dachstein-Eisfelder sind gefrorene Wasserspeicher, die im Sommer viel Wasser in die Traun abgeben und so den Flusskraftwerken die nötige „Power“ spenden.

MORGEN IN DEN OÖN

Hoamatland: Dem „Mythos Dachstein“ ist die morgige Ausgabe des „Hoamatland“ auf der Spur und wid-

met dem höchsten Berg Oberösterreichs einen Schwerenpunkt mit 15 Seiten.



Das Bild von 1974 zeigt die damaligen Dimensionen des Gosau-Gletschers.



Der Gosau-Gletscher 2008: Der Rückgang ist unübersehbar. (Gletscherarchiv Blue Sky)



Moderne **Auguren**: Schon im alten Rom las man aus dem Fischbeuschel. Heute macht das die Wissenschaft.

Klaus Buttinger, k.buttinger@nachrichten.at

Fische berichten, wie der Mensch seine Umwelt vergiftet

Biologe Günter Köck aus Gmunden und sein internationales High Arctic Team messen die Schwermetallbelastung von Saiblingen – aus Alpenseen und arktischen Gewässern

Als die Flüsse Ager und Traun noch vom Abwasser der Papier- und Zellstoffindustrie verschmutzt waren, sollte der Biologe Günter Köck Fische aus diesen Gewässern untersuchen. Für derartige Messungen braucht jedoch ein Referenzsystem. Deshalb wollte der Forscher von der Uni Innsbruck seine Fische mit jenen aus hoch gelegenen Alpenseen vergleichen. Letztere assoziiert man ja mit Reinheit und Naturbelastungslosigkeit. Überraschende Erkenntnis: In manchen Bergseen lag die Belastung der Fische mit Quecksilber und Cadmium höher als bei Fischen aus industriell belasteten Flüssen 3. Wie kam das?

Die Schadstoffe aus großen Industriegebieten, etwa der Po-Ebene, waren mit dem Wind in die Berge verfrachtet worden, kondensierten in der Kälte und lagerten sich im Schnee ab. Im Frühjahr gelangen die Schadstoffe mit dem Schmelzwasser in die Seen. Die Fische nahmen die Schwermetalle mit den Kiemen und über die Nahrung auf.

Relikte aus der Eiszeit

Damals reifte im Umwelttoxikologen Köck die Idee, Fische als Bioindikatoren zu etablieren; und zwar weltweit. 1997 unternahm er mit Kollegen eine erste Expedition in die kanadische Arktis mit dem Ziel, auch dort Fische zu fangen und zu untersuchen – genauer Seesablinge. Diese Art zählt zu den Salmoniden und lebt in den arktischen wie auch in den alpinen Seen. Die Tiere sind quasi Relikte der vergangenen Eiszeit. Als die Eisschilde abgetaut und die Verbindungen zum Meer gekappt waren, blieben die Saiblinge im Traun-, Hallstätter- oder Grundlsee gefangen, in höheren Bergseen wurden sie hingegenausgesetzt.



Biologe Günter Köck und Derek Muir (li.) bringen in einem See, 800 km südlich des Nordpols, Temperatursensoren aus – Saibling als Bioindikator. (High Arctic Team)



Heuer blickt Köck, Koordinator der internationalen Forschungsprogramme der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, auf 18 Expeditionen in den Norden zurück. Das Fazit seiner Langzeituntersuchung: „Je höher die Wassertemperatur, desto höher die Schwermetallbelastung der Saiblinge.“

Das klingt beim ersten Hören unspektakulär. Tatsächlich eröffnen sich hier Zusammenhänge mit der Klimaerwärmung: Die Sommer werden länger, der arktische Permafrostboden taut immer mehr auf, die darin befindlichen Schwermetalle werden zunehmend ausgeschwemmt und in den Seen von den Saiblingen über Nahrung (hauptsächlich Zuckmücken) und Kiemen aufgenommen.

Insbesondere Quecksilber (Hg) steht im Fokus der internationalen Gruppe um den gebürtigen Gmündner. Menschen und Tiere im Norden sind stark mit dem Umweltgift belastet, das ursprünglich aus den südlich gelegenen Industriezonen stammt und vom tauenden Permafrostboden nicht mehr

zurückgehalten wird. Köck und sein Kollege Derek Muir von der kanadischen Umweltbehörde sehen dadurch die Inuit größeren Gesundheitsgefahren ausgesetzt.

Hg ist das einzige Metall, das sich in der Nahrungskette unumkehrbar anreichert. In den Muskeln, im Körperfett, aber auch in den Nervenscheiden gespeichert, kann es bereits über die Muttermilch weitergegeben werden. Hg steht folglich im Verdacht, kognitive Defizite bei Babys auszulösen.

Köcks Fazit aus seinen bisherigen Expeditionen, denen noch weitere folgen sollen, lautet: „Wir müssen versuchen, unser Umweltbewusstsein zu schärfen, unsere Umwelt weniger zu belasten und nachhaltiger zu agieren.“

Unter dem antarktischen Eisschild gibt es Leben

Ökosystem unter 800 Meter Eis: Bakterien und Archaeen gedeihen im Wasser und im Sediment

Vermutet hat man es schon länger, seit kurzem liegt der Beweis vor: Hunderte Meter unter dem Eis der Antarktis gibt es funktionierende Ökosysteme aus zahlreichen Arten von Mikroorganismen.

Forscher der Louisiana State University in Baton Rouge bohrten laut dem Wissenschaftsmagazin „Nature“ höchst umsichtig durch eine 800 Meter dicke Eisschicht über dem Lake Whillans in der Westantarktis, um eindeutige Beweise für das Leben in Dunkelheit und bei Temperaturen unter null Grad Celsius zu finden. Vorherige Untersuchungen und Probeentnahmen wiesen zwar in diese Richtung, waren aber nicht hundertprozentig sauber erfolgt. Dieses Mal gingen die Forscher gründlich zu Werk.

Knapp eine Woche schmolzen sie mit heißem Wasser ein Loch durch den Eisschild. Sämtliche Werkzeuge, Leitungen und Rohre wurden mit verschiedenen Methoden, da-

runter UV-Bestrahlung, desinfiziert. Erst dann wurden Proben gezogen.

Die Proben wurden biochemisch analysiert und zeigten Bakterien

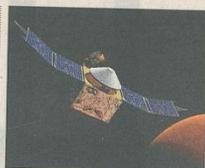
und Archaeen – einzellige Mikroorganismen, die im Wasser und den Sedimenten leben. Ihre Nahrung beziehen sie aus dem Gestein und den Sedimenten. Es gebe ein strenges Nährstoffrecycling unter den Organismen, berichten die Forscher.

Vermutlich beeinflusse dieses Ökosystem die chemische und biologische Situation im Ozean, der den eisbedeckten Kontinent umgibt. Denn der Lake Whillans ist Teil eines Seennetzes unter dem Eis, das mit dem Südlichen Ozean, der die Antarktis umgibt, in Verbindung steht.

Der Bericht über die gesteinfressenden Bakterien sei ein Meilenstein in der Polarforschung, urteilen Forschungskollegen.

■ GIBT ES AUCH AUF DEM MARS BAKTERIEN UNTERM EIS?

Marssonden: Zwei Marssonden haben jüngst den Roten Planeten erreicht; die NASA-Sonde „Maven“ und die indische „Mangalyaan“ (Hindi für „Mars-Gefährt“). Beide untersuchen Parameter, die mit Leben zu tun haben, zum Beispiel den Methangehalt in der Atmosphäre, der Hinweis auf (früheres) Leben geben könnte; ähnlich wie es unter der Antarktis existiert.



Maven auf der Suche Illustration: Nasa

Samstag, 4. Oktober 2014

Landesumweltprogramm nimmt Kurs auf Umwelt 2030

Sechs Themenfelder machen OÖ zu Modellregion

Das neue Landesprogramm „Kurs: Umwelt 2030“ will OÖ in den kommenden Jahren zu einer europäischen Modellregion in dem Bereich machen. Der „Ideen-Baukasten“, wie LABg. Jürgen Höckner (ÖVP) das Programm bezeichnet umfasst sechs Themenfelder: Den Erhalt einer lebenswerten Umwelt, verantwortungsvolles Wirtschaften und Konsumieren, eine ökologische und gesunde Ernährung, nachhaltiges Bauen und Wohnen, eine umweltverträgliche Gestaltung der Mobilität sowie eine umweltorientierte und krisenfeste Ausrichtung der Infrastruktur. Umwelt-Landesrat Rudi Anschöber bezeichnete das Maßnahmenbündel als eine Grundlage für künftige Gesetze und Arbeitsübereinkommen.

Wichtig für Höckner ist aber zu betonen, dass das Programm ein Rahmen ist, in dem man sich bewegen wird und nicht zu Arbeitsplatzgefährdenden Auflagen für Unternehmen führen wird. Trotz der Ablehnung durch die FPÖ, Klubobmann Günther Steinkellner sprach von „eindeutig grün gefärbten standort- und wirtschaftsfeindlichen Utopien“, gab sich Anschöber optimistisch, dass auch jene die nicht zugestimmt haben einen derartigen Beschluss akzeptieren. Das Thema Umwelt brenne allen auf der Seele, sagte SPÖ-LABg. Harald Baumgartner. Eine „Nagelprobe“ werde allerdings die Änderung des Raumordnungsgesetzes, bei der die Verringerung von Flächenversiegelungen ein Schwerpunkt sei.

Abiedelung • jene, die bleiben wollen, hätten dann aber wertlose Grundstücke:

setzt viele Flutopfer unter Druck

sagen die Flutopfer. Denn wer es sich dann leisten kann und weg will, kann nicht, so lange nicht umgewidmet ist – denn erst dann fließt auch die Ablöse von Land und Bund.

In Walding hat der Gemeinderat die Abstimmung wieder von der Tagesordnung genommen, weil hier 18 Einsprüche von Betroffenen vorliegen, die bleiben wollen und die Einschränkungen nicht akzeptieren. Am 20. Oktober sollten auch hier die Hausbesitzer ihre Angebote erhalten, es geht um etwa 25 von insgesamt 70 betroffenen Liegenschaften – die anderen sind Bauernhöfe. Sollten die meisten der Flutopfer weg wollen, kommt die Umwidmung am 6. November wieder in den Waldinger Gemeinderat.

Ohne Änderung der Gefahrenzonen gibt's kein Geld für eine

Umwidmungs-Hickhack

Bewegung kommt wieder in die Abstiegsdiskussion im Hochwassergebiet Eferdinger Becken. In den Gemeinden sind jetzt die Tage bekannt, an denen jene Flutopfer, deren Gebäude weniger

gewidmet, doch hier wohnt niemand in der „gelben Zone“. Ganz im Gegenteil zu Goldwörth, wo der Gemeinderat am 16. September die Umwidmung der Abstiegszone beschlossen hat. Morgen, Montag, wird der Beschluss in Linz zur Genehmigung eintreffen. Am 15. Oktober sollen die Goldwörther ihre Schätzgutachten in Händen haben. Einen Tag später ist Alkoven dran. Doch hier ist die Umwidmung noch kein Thema im Gemeinderat gewesen. Man hofft noch auf Verbesserungen für die Betroffenen. Der Bürgermeister hat schon überlegt, die drei Dutzend Flutopfer abstimmen zu lassen, ob überhaupt umgewidmet wird. „Spätestens wenn die Angebote da sind, wird der Druck kommen“.

Ob der Enns

„Die Leute gehen sich an die Gurgel.“ Ein tiefer Riss geht durch die Gemeinschaft der Flutopfer, die jetzt unterschiedliche Zukunftsvisionen trennen. zum Bleiben gezwungen, da die wenigsten ohne die Ablöse woanders neu anfangen können. Verbündete im Kampf gegen das Wasser sind Feinde geworden, die

Der Krieg beginnt am Zaun

jene, die bleiben wollen, nur der Gartenzaun trennt. Und die Ortspolitik sitzt zwischen den Fronten. Jetzt braucht's aber Mut zur Entschcheidung, bevor die Lage eskaliert und alle als Verlierer dastehen ... MS

UMWELTBELASTUNG

Attersee-Saiblinge auf Quecksilber untersucht

ATTERSEE. Laut der österreichischen Umweltschutzorganisation Global 2000, die heimischen Fisch auf Schadstoffe untersuchte, würden **Saiblinge** aus dem Attersee mit einer Belastung von 180 Mikrogramm Quecksilber pro Kilo Frischgewicht besonders hohe



Foto: ÖBF

Überschreitungen aufweisen. Diese Zahlen liegen allerdings noch deutlich unter den für Lebensmittel als gefährlich eingestuften Werten von 500 Mikrogramm pro Kilogramm Frischgewicht. Mehr dazu auf nachrichten.at/salzkammergut

Schutz vor Hochwasser durch Damm-Erweiterung

Umfangreiches Maßnahmenpaket für Aist-Damm beschert
Bevölkerung mehr Sicherheit — Fertigstellung für 2016 geplant

MAUTHAUSEN — „Die Stabilität des Aist-Dammes, der in den 1960er Jahren errichtet wurde, ist nicht mehr gegeben“, erklärt Straßenbaureferent LH-Stv. Franz Hiesl: „Im Zuge des Hochwassers 2013 ergaben sich größere Probleme und nur dank umfangreicher Damm-Verteidigungsmaßnahmen konnte er den Wassermassen noch standhalten.“

Um die Sicherheit der Bevölkerung weiter zu gewährleisten, wurde ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Instandhaltung des Damms geschnürt. Dies sieht u. a. eine zusätzliche Damm-Anlage, eine neue Abflussmulde und einen weiteren Durchlass vor. Auch eine Anpassung an das Schutzziel des Machland-Dammes durch eine Erhöhung der bestehenden Dämme wird umgesetzt.

„So soll sichergestellt werden, dass das Gebiet, das wir mit dem Machland-

damm schützen, nicht von hinten überflutet wird“, erklärt Hiesl.

Aist-Brücke wird komplett neu gebaut

Die beschlossenen Maßnahmen sehen auch die Errichtung einer neuen Aist-Brücke entlang der Naarner Landesstraße vor. Um

Projektstart

OBERTRAUN - In Obertraun erfolgte nun der Startschuss für einen drei Kilometer langen Damm, der die Dachsteingemeinde vor künftigen Hochwässern der Traun schützen soll. Die Gesamtkosten des Projektes, das in drei Jahresetappen umgesetzt werden soll, belaufen sich auf 5,2 Mio. Euro. Geplant ist auch die Errichtung eines Ausschoterungsbeckens.

ein vorgeschriebenes Freibord — der Abstand zwischen Wasserspiegel und Oberkante des Damms — von einem Meter über HQ 100 (Jahrhunderthochwasser) zu erreichen, sei aus wirtschaftlichen Gründen ein Neubau die beste Lösung, so Hiesl.

Insgesamt werden 10,5 Millionen Euro investiert, wobei der Eigentümer des Damms, die Verbund Hydro Power GmbH, vier Millionen übernimmt und der Rest zwischen Bund, Land und den drei beteiligten Gemeinden Naarn, Mauthausen und Schwertberg aufgeteilt wird. „Wir nehmen die Verantwortung wahr und beteiligen uns an dem Projekt ‚Aist-Damm-Anlage‘ um zukünftig die Anwohner entlang der Aist bestmöglich vor einem Hochwasser schützen zu können.“

Die Arbeiten an dem Projekt starten im Herbst diesen Jahres und werden 2016 fertig gestellt. *mmo*

Experten untersuchen gefährlichen Gas-Zwischenfall mit Holzpellets

Einsatz der Feuerwehr dauerte rund zehn Stunden – 9,5 Tonnen Material aus Keller geholt

Von Gerhard Lukesch und Alfons Kriegelsteiner

PLESCHING/LINZ. „Wir haben dank dem Rauchfängermeister Jürgen Schonka aus Steyregg und dem Fachmann der Linz AG-Gas, Klaus Wimmer, offenbar wirklich großes Glück gehabt“, sagte gestern Doris K. aus Plesching den OÖNachrichten.

Wie exklusiv berichtet, hatte sich in den vergangenen Tagen im Keller der Familie durch Holzpellets lebensgefährliches Kohlenmonoxid (CO) gebildet. Die Einsatzkräfte der Feuerwehr Steyregg räumten unter schwerem Atemschutz bis Mittwoch kurz vor Mitternacht das Pelletslager. Jetzt soll von Experten untersucht werden, wie es zu dem gefährlichen Zwischenfall kommen konnte.

Die Familie K. hatte sich in ihrem Haus eine neue Heizung installieren lassen und sich für eine Holzpelletsheizung entschieden. „Uns ist bereits länger ein zuerst unangenehmer Geruch aufgefallen, als wir die 9,5 Tonnen Holzpellets erhalten und eingelagert haben“, sagte Doris K. „Immer wenn wir in den Keller gingen, wurde uns schwindlig und übel.“

Alarmierender Wert im Vorraum
Dann verständigte die Familie den Rauchfängermeister Jürgen Schonka. Er überprüfte umgehend den Kohlenmonoxidgehalt im Vorraum. „Mir wurde bereits im Vorraum ein bedrohlicher Wert an Kohlenmonoxid angezeigt. Bei diesem Wert gibt es die Vorschrift, den Bereich umgehend zu räumen“, sagte Schonka. Der Rauchfänger meldete den Wert der Landeswarnzentrale. Der Notfalleinsatz mit Feuerwehr und Rettungsteams lief an.

„Die Gefahr durch frische Pellets ist Experten bereits länger bekannt, leider hat sich dies noch nicht in der Bevölkerung herum-



Stundenlanger Einsatz in dem Wohnhaus in Plesching.

Foto: FF Steyregg

ERSTE TODESOPFER IN SCHIFFEN

Holzpellets als erneuerbare Energiequelle gelten als nachhaltiger, klimaneutraler Brennstoff für Heizanlagen und Öfen. Allerdings werden bereits bei ihrer Herstellung, vor allem beim Zerkleinern und Trocknen des Holzes, chemische Prozesse in Gang gesetzt. Während der Lagerung entweicht zu Beginn kontinuierlich Kohlenmonoxid (CO). Dieses Gas kann sich in geschlossenen Räumen, sogenannten „Pellets-bunkern“, anreichern und zu lebensgefährlichen oder tödlichen Vergiftungen führen.

Die ersten Toten durch Kohlenmonoxid, das von frischen Holzpellets ausging, waren Seemänner auf Schiffstransporten. In einem Hafen in England lagen bei-



Foto: dpa

spielsweise drei tote Seefahrer in einem Schiffsfrachter, der Pellets transportiert hatte. Mittlerweile wurden europaweit 14 Todesopfer durch Pelletslager, die unterschiedlichen Größen hatten, registriert. „Die Dunkelziffer von CO-Toten durch diese Problematik ist sicher höher“, sind sich internationale Experten einig.

„Wenn Holzpellets trocken sind, ist die Gefahr durch Kohlenmonoxid ausgeschlossen. Ich empfehle aber doch Warngeräte.“

■ Klaus Wimmer, Linz-AG-Gas

gesprochen“, sagt dazu Experte Klaus Wimmer. „Die wesentlichen Faktoren von der Bildung durch Kohlenmonoxid sind der natürliche Abbauprozess, die sogenannte Ausgasung sowie die Verbindung der Harze mit Sauerstoff“, sagt Wimmer.

Ursache wird jetzt geklärt

„Jetzt schon jemandem eine Schuld zuzuweisen, halte ich für völlig verfrüht. Es müssen viele Faktoren geprüft werden“, sagte Doris K. gestern. Sie war über zahlreiche Spekulationen, die gestern plötzlich in verschiedenen Medien kursierten empört: „Ich weiß nicht, woher diese stammen.“ Die betroffene Familie möchte den Einsatzkräften aber noch einmal höchstes Lob aussprechen: „Der Rauchfänger, die Linz-AG-Gas und die Feuerwehr haben wirklich hervorragende Arbeit geleistet.“

„Wenn Pellets bereits längere Zeit lagern und trocken sind, besteht keine Gefahr mehr“, sagt Klaus Wimmer, der sich dem Thema auch in speziellen Vorträgen widmet.

3 Fragen an...

JÜRGEN SCHONKA

Rauchfängermeister

Der 44-Jährige ist Bezirksrauchfängermeister in Urfahr-Umgebung, Mitglied des Innungsausschusses und zuständig für die Lehrlingsausbildung in OÖ. Er bewahrte eine Familie in Plesching vor einer lebensbedrohlichen Kohlenmonoxidvergiftung.



Foto: privat

1 Die Familie hat Sie telefonisch um Überprüfung der neuen Heizung gebeten. Was hat Sie dabei stutzig gemacht?

Jürgen Schonka: Die Hausbesitzerin hat gesagt, dass die Pellets einen penetranten Geruch verströmen, und dass ihr im Keller regelmäßig schwindlig wird. Man habe ihr aber gesagt, das würde sich mit der Zeit legen. Da wurde ich hellhörig, weil das Anzeichen für Sauerstoffmangel sein konnten. Ich habe zur Sicherheit mein CO-Warngerät mitgenommen, wie es von der Innung allen Mitgliedern empfohlen wird.

2 Was ist Ihnen aufgefallen, als Sie dann in den Heizraum kamen?

Zuerst der intensive Holzgeruch. Die Brandschutztür zum Lageraum mit den Pellets war zu und mit Klebebandern versiegelt. Kohlenmonoxid kann aber trotzdem durch. Ich habe mein Messgerät in Armhöhe gehalten, da zeigte es 54 ppm von dem geruchlosen Gas an. Schon ab 30 wird's gefährlich. Ich hab sofort die Feuerwehr und die Linz-AG-Gas alarmiert. Die Feuerwehr hat dann im Lagerraum 450 ppm gemessen. Ein tödlicher Wert.

3 Auch ein Notarzt- und ein Samariter-Rettungsteam waren im Einsatz. Brauchen Sie deren Hilfe?

Ich wurde so oft gefragt, ob mir schwindlig ist, bis ich mich tatsächlich schwindlig gefühlt habe. Im Blut wurde eine minimale CO-Belastung festgestellt. Aber ernsthafte Auswirkungen hatte die Sache zum Glück nicht.

Pellets lösten CO-Alarm aus

Belüftung des Lagerraums ist wichtig – Vorfall in Steyregg bereits der Zweite heuer



Einsatzleiter Manfred Rachinger von der FF Steyregg nahm eine Kontrollmessung vor.

Foto: : BFK UU / FF Steyregg

Von Michaela Ecklbauer

STEYREGG – Bereits zum zweiten Mal kam es heuer in Oberösterreich in Zusammenhang mit Holzpellets zu einer gefährlichen Situation. Nur knapp entging zuletzt Mittwochabend eine Familie in Steyregg einer Kohlenmonoxid-Vergiftung. Bei der Abnahme der nagelneuen Heizung maß Rauchfängerlehrer Jürgen Schonka einen CO-Wert von 54 ppm, der knapp unter dem zweiten Alarmwert von 60 ppm lag, bei dem die Evakuierung des Hauses vorgeschrieben ist. Er setzte sofort die Rettungskette in Gang. Eine Bewohnerin, die bereits über Kopfschmerzen klagte, musste dann doch nicht ins Spital gebracht werden. Vom Landesfeuerwehrverband wurde Klaus Wimmer, CO-Experte der Linz AG, gerufen, der direkt beim so genannten Storzdeckel – über den die Pellets in den Lagerraum geblasen werden – bereits 450 ppm maß. Dieser Wert ist der Gesundheit mehr als abträglich. Eine Stunde lang musste das Haus von der Feuerwehr Steyregg

mit einem Ventilator belüftet werden, ehe der CO-Wert auf null sank und Entwarnung gegeben werden konnte. Danach wurden die Pellets, die zudem etwas feucht waren, aus dem Lagerraum wieder abgesaugt. Denn das Ausschaufeln der 9,5 Tonnen hätte wie ein ähnlicher Vorfall in Gänserdorf (NÖ) zeigte, mindestens einen halben Tag gedauert. Auch so war der FF-Einsatz erst gegen Mitternacht beendet.

Anlage war nicht ordnungsgemäß errichtet

Herausgestellt hat sich, letztlich dass der Storzdeckel nicht vorschriftsgemäß ins Freie eingebaut war, sondern in den Heizraum. Hinzu kam, dass sich in der Nähe der Heizraum-Tür ein Schmutzwäscheschacht befand. Bei proPellets Austria ist man sich der CO-Entwicklung bei der Produktion der Pellets mittlerweile bewusst und hat auch bereits Forschungen durchführen lassen, erläutert Christian Rakos, pro-Pellets-Geschäftsführer, im VOLKSBLATT-Gespräch. Daher wird nun geraten keine

dichten, sondern luftdurchlässige Deckel zu verwenden.

Gerhard Dell, Energiebeauftragter des Landes, warnt angesichts von 25.000 Pelletsheizungen in OÖ vor zu großer Aufregung. Wichtig sei es jedoch genormte Pellets zu verwenden, den Heizraum von Profissionisten errichten und bei jedem Rauchfängerbesuch eine Messung vornehmen zu lassen.

Expertenvortrag

Nicht nur bei der Pelletlagerung kann es zu einer Kohlenmonoxid-Vergiftung kommen, viel häufiger geht die Gefahr von Thermen aus. Jedes Jahr kommt es allein in Linz zu rund zwölf bis 15 CO-Unfällen mit schlecht gewarteten bzw. defekten Thermen. Für „Gesunde Gemeinden“, Einsatzkräfte und Wohnbaugenossenschaften hält CO-Experte Klaus Wimmer einschlägige Vorträge. Infos: wimmer.david@a1.net

10.10.2014

Grusliges Szenario auf dem Sinabung

An Szenen aus der Filmreihe „Herr der Ringe“ erinnert dieses Foto. Es ist der Vulkan Sinabung in Indonesien, der wieder ausgebrochen ist. Der 2600 Meter hohe Berg auf Sumatra schleudert Asche in die Luft, während Lava die Hänge hinabfließt.

Foto: REUTERS



● **Peking: Smog-Alarm**

In Peking haben die Behörden seit zwei Tagen die Smog-Alarmstufe Orange für 20 Millionen Einwohner ausgerufen – so viel Feinstaub gab es dort zuletzt im Februar.

Allerhand

Verstrahlte Rentiere

OLSO/TSCHERNOBYL — Noch 28 Jahre nach dem Atomunglück von Tschernobyl sind die Rentiere in Norwegen wegen der hohen atomaren Verstrahlung nicht zum Verzehr geeignet. Die aktuellen Verstrahlungswerte liegen weit über den für den Abschluss festgelegten Grenzwerten. Die erhöhte Belastung der Rentiere wird darauf zurückgeführt, dass die Tiere gerne Pilze fressen, in denen sich die Verstrahlung anreichert.

Atemlos in Peking

PEKING — Der schlimmste Smog seit acht Monaten raubt den Pekingern den Atem. Die Behörden riefen gestern den zweiten Tag in Folge die zweithöchste Alarmstufe orange für die 20 Millionen Einwohner der chinesischen Hauptstadt aus. Die Konzentration des besonders gefährlichen Feinstaubs übersteigt seit Mittwoch schon das 15-Fache des Grenzwertes der WHO. Die Menschen wurden aufgefordert, die Fenster zu schließen und draußen Atemschutzmasken zu tragen.



In Schärding wurde der Hochwasser-Ernstfall geprobt. Foto: Stadtgem. Schärding

Im Zwang des Klimawandels

Bericht: In 150 Jahren erhöhte sich die Temperatur in den Alpen um zwei Grad

WIEN. Der Klimawandel zwingt immer mehr Regionen in Europa zu Anpassungsmaßnahmen wie etwa verstärktem Hochwasserschutz. Dies geht aus dem ersten Bericht der Europäischen Umweltagentur (EUA) über den Stand der Klimawandelanpassung hervor, der gestern in Wien präsentiert worden ist. Besonders betroffen von den Veränderungen ist der Alpenraum durch sein fragiles Klima.

Wie stark der Klimawandel in Europa zu spüren ist, zeigen die Indikatoren der Europäischen Umweltagentur: steigende Hochwasserfälle und Meeresspiegel, Trockenperioden und Hitzewellen. Dennoch hätten erst 21 der 33 EUA-Mitgliedsländer nationale Anpassungsstrategien entwickelt. Nur 13 Staa-

ten, darunter Österreich, haben begonnen, die Maßnahmen auch umzusetzen. Ein genanntes „Hindernis“: Unsicherheit über das tatsächliche Ausmaß des Klimawandels.

Österreich zählt bei der Umsetzung zu den Vorreitern. In den jüngsten 150 Jahren hat sich die Temperatur in der Region um zwei Grad erhöht - mehr als doppelt so viel wie das globale Mittel. Der Ernstfall wird auch in Oberösterreich geprobt: Nachdem im Juni der Hochwasserschutz in der Schärddinger Altstadt fertig gestellt wurde, hielt die Stadt eine Hochwasserschutzübung ab. „Die betroffene Bevölkerung kann sich sicher sein, dass die Abläufe bestens funktionieren“, sagte Bürgermeister Franz Angerer (ÖVP).

Erfolgreicher Klimaschutz

Seit 2005 sind die CO₂-Werte deutlich gesunken

LINZ. Die CO₂-Werte sind in Oberösterreich von 2005 bis 2012 um 8,5 Prozent gesunken. Das belegt die oberösterreichische Klimabilanz 2014. „Verantwortlich dafür sind die vielen kleinen Klimaschutzmaßnahmen, die wir in den vergangenen Jahren umgesetzt haben“, sagt Umweltlandesrat Rudi Anschöber (Grüne). Vor allem die Emissionsabnahme der Raumwärme um ein Drittel und bei der Energieversorgung um ein Viertel tragen zu

dieser Senkung bei. Bis 2030 sollen die CO₂-Emissionen um bis zu 65 Prozent gesenkt werden. Mit dem Energiekonzept „Energiezukunft 2030“ soll dieses Ziel in den nächsten 15 Jahren erreicht werden. Oberösterreich zeige, wie man den Klimaschutz auch als wirtschaftlichen Motor nutzt und dabei wirtschaftliche Erfolge, grüne Jobs und effizienten Klimaschutz vereint, lobt Anschöber die Arbeit von Land und Gemeinden.

Neuer Anlauf für Bulgariplatz-Hochhaus Bau soll zehn Meter niedriger werden

Nun 66 statt 76 Meter geplant – Bürgermeister Klaus Luger (SP) verteidigt Hochhaus-Idee

Von Erhard Gstöttner

LINZ. 76 Meter hoch werden sollte ein Büro-Hochhaus am Südrand des Bulgariplatzes in Linz. Doch das Projekt scheiterte bisher, weil es im Gemeinderat keine politische Mehrheit für das Riesengebäude gab. Der Bauherr probiert es aber erneut und will nun die politische Zustimmung für ein zehn Meter weniger hohes Haus erreichen.

Im vergangenen Herbst sollte der Gemeinderat den Bebauungsplan für das von einer Bürgerinitiative heftig bekämpfte Projekt beschließen. Als der damals noch amtierende Bürgermeister Franz Dobusch bemerkte, dass seine SP keine Mehrheit für das Hochhaus bekommen würde, ließ Dobusch den Tagesordnungspunkt absetzen.

Schon zwei Mal durchgefallen

Dann sollte das Stadtparlament im heurigen Mai den Bebauungsplan für das 76-Meter-Hochhaus beschließen. Als der mittlerweile amtierende Bürgermeister Klaus Luger (SP) erkannte, dass es erneut keine Mehrheit geben würde, ließ er wie sein Vorgänger Dobusch den Antrag von der Tagesordnung streichen. Dienstagabend erklärte Bürgermeister Luger beim Bulgariplatz-Bürgerforum der SP, dass weiterhin ein Hochhaus geplant sei: „An diesem Platz kann man durchaus höher bauen. Das nun geplante Hochhaus wird aber zehn Meter niedriger sein.“



26 Meter hoch sind ringsum die Häuser am Bulgariplatz, das Hochhaus soll 66 Meter in die Höhe ragen.

Bild: OÖN-Grafik

Um dieses Projekt verwirklichen zu können, werde man erneut versuchen, den Bebauungsplan zu ändern, so Stadtchef Luger: „Wenn es eine Mehrheit im Gemeinderat gibt, dann kommt das Hochhaus. Gibt es aber auch dann

keine Mehrheit, dann gibt es keine weiteren Umplanungen.“ Demnach würde der bestehende Bebauungsplan in Kraft bleiben, der eine Bebauung mit einer maximalen Höhe von 26 Metern vorsieht. Auf die Einhaltung dieses Plans drängt die Bulgariplatz-Bürgerinitiative.

Anrainer hatten sich zuletzt gewundert, dass sie keine Information über das neue Hochhaus-Projekt und keine Möglichkeit für eine

Stellungnahme zur Planänderung erhalten haben. „Als ich am Magistrat nachfragte, erfuhr ich dort, dass die Einspruchsfrist bereits vorbei sei“, sagt Walter Mayer, der Sprecher der Bulgariplatz-Bürgerinitiative.

Bürgermeister Luger wandte sich gegen Gerüchte, wonach Hochhaus-Gegner absichtlich nicht eingeladen worden seien: „Das wäre ja Amtsmissbrauch. Ich werde mir das anschauen.“



Rückgang Wegen des teils nassen und kühlen Sommers sind die Gletscherverluste 2014 geringer als in den vergangenen Jahren ausgefallen. Vor allem in den Hohen Tauern sind die von der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik

(ZAMG) vermessenen Gletscher weniger stark geschmolzen als im langjährigen Mittel. Kleinere Gletscher in höheren Lagen konnten sogar leicht an Masse gewinnen. Im Bild: Das Goldbergkees im Sommer 2012 (l.) und 2014 (r.). Foto: APA/ZAMG

Katastrophe in der Stadt

Das Symposium „Superstadt!“ steht heuer am 23. Oktober ganz im Zeichen der Katastrophe.

■ LINZ (red). Hochwasser, Tsunamis, Kriege – Katastrophen brechen ohne Vorwarnung und mit unbeeinflussbarer Gewalt über uns herein. Oder? „Mein Standpunkt ist, dass die Planenden sehr wohl etwas damit zu tun haben. Architekten tragen eine Verantwortung für die Umwelt und die Gesellschaft“, sagt Sabine Pollak. Die Leiterin

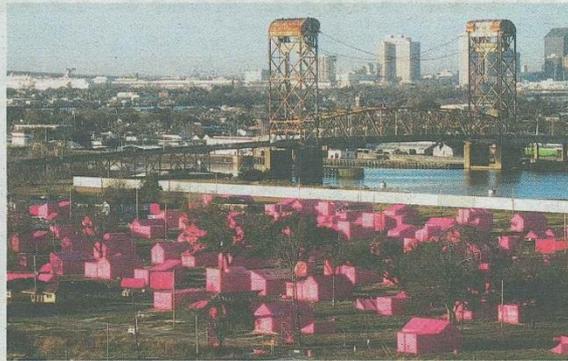


„Architekten tragen eine Verantwortung für die Umwelt und die Gesellschaft.“

SABINE POLLAK

Foto: BRS

der Abteilung Architektur | Urbanistik an der Kunstuniversität Linz kuratiert gemeinsam mit Architekt Matthias Böttger „Superstadt!“, ein Symposium



150 pinke Zelte – jedes symbolisiert ein Haus, das nach der Zerstörung durch einen Hurrikan wieder aufgebaut werden muss. Foto: Stefan Beese

zur Zukunft der Stadt. Es findet am 23. Oktober von 10 bis 19 Uhr an der Kunstuni statt und steht ganz im Zeichen von Katastrophen. „Das Thema ist aus den Ereignissen im Vorjahr entstanden. Das Hochwasser liefert einen sehr regionalen Bezug, zudem sind Katastrophen ein hochaktuelles Thema“, so Pollak. „Superstadt 2014, die Katastrophe!“ stellt künstlerisch-wissenschaftliche

Arbeiten, Methoden und Projekte zur Diskussion, die sich mit den räumlichen Bedingungen vor, während und nach Katastrophen befassen. „Neue Ideen zu entwickeln und diese zu vermitteln ist die Aufgabe einer Universität. Zu Gast ist etwa Wolfram Putz vom Architektenbüro GRAFT. Er ist Mitbegründer der ‚Make it Right Foundation‘ von Schauspieler Brad Pitt, die zur Rekonstruk-

tion in New Orleans nach der Zerstörung durch Hurrikan Katrina ins Leben gerufen wurde. Dazu gehört auch die Installation ‚The Pink Project‘. Im Viertel ‚Lower Ninth Ward‘ wurden 150 pinke Zelte aufgestellt. Jedes symbolisiert ein Haus, das noch zu bauen wäre. Jedes Mal, wenn ein Haus fertiggestellt wird, verschwindet ein Zelt.“

Diskussion ermöglichen

Pollak hofft auf viele Besucher: „Themen wie die Zersiedelung oder die zunehmende Versiegelung des Bodens betreffen uns alle. Man muss darüber diskutieren, was man in der Planung besser machen kann.“ Möglich macht das neben den Vorträgen eine Diskussionsrunde mit Experten aus Politik, Raumplanung und Stadtforschung. Das Publikum ist aufgefordert, die richtigen Fragen zu stellen. Zudem erwarten die Besucher erstmals Performances von Kunstuni-Studierenden und eine After-Show-Party. Mehr Infos im Internet unter: www.superstadt.at 111748



Mit Armeehubschraubern wurden Verletzte ins Spital gebracht

Mindestens 60 Tote durch frühe Schneestürme

Dutzende Trekking-Urlauber am Annapurna vermisst

Kathmandu. – Ein plötzlicher verfrühter Wintereinbruch mit Schneestürmen dürfte am Annapurna in Nepal weit mehr als die bisher geborgenen 29 Todesopfer – Nepalesen, Polen, Israelis, Slowenen, Kanadier und ein Inder – gefordert haben. Dutzende Trekkingtouristen werden auf der beliebten, keine großen bergsteigerischen Kenntnisse erfordernden Route noch ver-

misst. Beim Thorung-La-Pass, dem mit 5416 m höchsten Punkt der Tour, haben Armeehubschrauber 23 Verletzte, unter ihnen zwei Touristen aus Hongkong und zwölf aus Israel, geborgen und nach Kathmandu ins Spital geflogen. Andere Geborgene werden in Jomsom behandelt. Zum Zeitpunkt des Wetterumschwungs waren insgesamt 168 Wanderer in Passnähe.

Alpenverein: Warschenek ist tabu

Verbindungstunnel würde laut Verein gegen Alpenkonvention verstoßen

LINZ — „Wir sind keine Verhinderer, sondern Bewahrer der Natur“, sagte gestern Andreas Ermacora, Präsident des fast 500.000 Mitglieder zählenden Österreichischen Alpenvereins anlässlich der Hauptversammlung in Linz. Allerdings drohe die alpine Landschaft durch weitere Tourismus- und Kraftwerksprojekt unter die Räder zu kommen.

vestiert werden. Der Alpenverein, der in Österreich 184 Hütten betreibt, setzt auf den sanften Tourismus etwa in Form von Bergsteigerdörfern.

Wurzeralm-Ausbau wäre sinnvoller

Als Tabubruch bezeichnete Ermacora angebliche Pläne, die Skigebiete Höss in Hinterstoder und Wurzeralm bei Spital am Pyhrn durch einen etwa fünf Kilometer langen Tunnel unter dem unter Naturschutz stehendem Warschenek zu verbinden. Ein solches Projekt wäre mit einem massiven Eingriff in die Natur verbunden und würde auch gegen die Alpenkonvention verstoßen. Nach Ansicht des Alpenvereins sollte das dafür geplante Geld besser in eine Attraktivierung des Skigebiets Wurzeralm in-

Vor Gipfel: Kaum Einigkeit unter den Mitgliedsländern ● Polen

EU-Streit um Schutz des

Brüssel/Wien (d.v.). – Der EU-Klimagipfel steht unter keinem guten Stern. Schon im Vorfeld ist klar: Unter den Mitgliedsstaaten herrscht kaum Einigkeit, ambitionierte Ziele scheinen in weiter Ferne zu sein.

Die Treibhausgase um 40 Prozent reduzieren, den Anteil der Öko-Energien auf 27 Prozent ausbauen und den Energieverbrauch um 30 Prozent senken. So lautet der Vorschlag der EU-Kommission. Beim morgen be-

ginnenden Gipfel steht ein zähes Ringen bevor. Polen steht bei jeglichem Klimaschutz voll auf der Bremse, Deutschland pocht auf weit strengere Vorgaben, und Großbritannien setzt auf Atomkraft.

Die heimische Industrie warnt vor neuen Klimazielen,

voll auf der Bremse

Klimas

diese würden Betriebe vertreiben. Bundeskanzler Faymann unterstützt den Vorstoß der EU-Kommission. Deutschlands Kanzlerin Merkel hat die Erwartungen auf eine Einigung beim Gipfel jedoch bereits gedämpft.

Österreich will sein Handelsvolumen auf 20 Mrd. € verdoppeln

Mitterlehner: Grüne Technologie hilft gegen Chinas Mega-Smog

Die heimische Delegation in China begleitet GEORG WAILAND

Peking. – Der Dauer-Smog in Peking ist inzwischen „weltberühmt“, daher hat Vizekanzler Reinhold Mitterlehner bei der China-Reise der heimischen Wirtschaftsdelegation einen Vorstoß für „grüne Technologie“ aus Österreich gemacht. Was durchaus auf Interesse gestoßen ist.



Auf 6-tägigem Arbeitsbesuch im „Reich der Mitte“ (von li.): Christoph Leitl, Andrä Rupprechter, Reinhold Mitterlehner, Sebastian Kurz.

Wirtschaftsminister Mitterlehner: „Alle Gesprächspartner hier sind offen für umweltverbessernde Maßnahmen. Und Österreichs Unternehmen sind führend, wenn es um erneuerbare Energie geht.“

Innerhalb weniger Jahre will Österreich das Handelsvolumen mit China von zehn auf zwanzig Milliarden Euro verdoppeln. Wirtschaftskammer-Präsident Leitl präzisiert: „Österreichs Exporte wachsen heuer vielleicht um 1,5 Prozent, die Exporte nach China jedoch um gut zehn Prozent. Wenn wir unseren Wohlstand halten wollen, müssen wir zunehmend Ausfuhren in Nicht-EU-Länder forcieren, denn dort findet das Wachstum statt.“ Ganz konkret: China wird heuer um gut sieben Prozent zulegen, in Österreich erwartet man eine Wachstumsrate unter einem Prozent.

Außenminister Sebastian Kurz ergänzt: „China will bis 2018 die größte Volkswirtschaft der Welt sein. Uns ist es durch die massive Präsenz bei dieser Reise gelungen, viele hochkarätige Termine zu bekommen, obwohl gleichzeitig das Zentralkomitee getagelt hat.“ Und Leitl formulierte pointiert: „China ist zweimal größer als die EU, hat dreimal mehr Einwohner und zehnmal so viel Wirtschaftswachstum

Ehrlich gesagt

Hannes Kartnigs Opernbesuch sorgt für Unruhe. Ein Reisebüro fürchtet, er könnte eine für kommende Woche gebuchte Fußfessel-Kreuzfahrt stornieren.



Herr Nimmerwurscht

EU-Klimadeal: Reiche Länder zahlen drei Milliarden Euro

Oststaaten profitieren und stimmen dafür strengeren Umweltauflagen zu

Brüssel/Wien – Kein Geschäft ohne Gegengeschäft: Um das in der Europäischen Union umstrittene Klima- und Energie-Paket doch noch festzurren zu können, versucht man offenbar, die widerpenstigen Oststaaten mittels Geldgeschenken ins Boot zu holen. Es geht um rund drei Milliarden Euro, die ab 2021 Jahr für Jahr mit abnehmender Tendenz von den reichen zu den ärmeren Ländern fließen sollen.

„Der Deal ist so gut wie fix“, sagte ein Insider dem STANDARD. „Damit will man die Voraussetzung schaffen, um beim Weltklimagipfel 2015 in Paris glaubwürdig für international verbindliche Klimaschutzziele eintreten zu können.“

Die reicheren EU-Länder, also auch Österreich, sollen 2021 bis 2030 wie schon bisher Verschmutzungsrechte an Unternehmen verkaufen, aber nur 90 Prozent der Auktionserlöse behalten. Die restlichen zehn Prozent sollen den ärmeren Ländern in Osteuropa zufließen, die das Geld in den eigenen kohlenstoffarmen Energiemix investieren können.

„Das ist Geld, das unseren Betrieben, die in den vergangenen Jahren massiv in Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und CO₂-Vermeidung investiert haben, letztlich abgeht,“ bedauert Stephan Schwarzer von der Wirtschaftskammer. Er schätzt den Transfer sogar auf fünf Milliarden Euro. (red)

THEMA Seite 2

HEUTE MIT **tele**

Kopf des Tages

Der kongolesische Frauenarzt **Denis Mukwege** erhält für seinen Einsatz für vergewaltigte Frauen den Sacharow-Preis 2014. **Seite 36**

Die Größe zählt

Immer mehr Skigebiete planen, sich mit benachbarten Resorts zu verbinden. Touristiker sind dafür,

Klimaschutz-Einigung soll erkauf werden



Kohlekraftwerk des deutschen Energieriesen RWE mit Rheinspiegelung: Das Klima- und Energie-Paket, das in Brüssel festgezurr werden soll, birgt manche Überraschung.

Foto: Reuters / Ina Fiedler

Die Positionen der EU-Länder in Sachen Klimaschutz sind zum Teil konträr – und gefährden das Klima- und Energie-Paket, das die Staats- und Regierungschefs schnüren wollen. Ein Kuhhandel soll den Durchbruch bringen.

Günther Strobl

Gibst du mir, geb ich dir: Nach dieser Devisen soll auf dem Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs heute, Donnerstag und morgen, Freitag in Brüssel vorgegangen werden, um doch noch ein Klima- und Energie-Paket festzurufen zu können.

Es geht um die neuen Zielwerte für die Reduktion des Klimakillers CO₂, um den Ausbau erneuerbarer und damit gekoppelt das Zurückdrängen fossiler Energien sowie mehr Effizienz beim Einsatz derselben. Und es wird teuer. Denn

die ärmeren Länder in der EU, deren Energieerzeugung noch immer stark kohlelastig ist, wollen sich ihre Zustimmung zum Vorschlag der EU-Kommission für neue statt der bestehenden 20-20-20-Ziele möglichst teuer abkaufen lassen. Es geht um Transferzahlungen in Milliardenhöhe.

Geplant ist laut STANDARD-Informationen ein Verzicht der reicheren Länder, also auch Österreichs, auf zehn Prozent der ihnen zustehenden CO₂-Quote. Der Auktionserlös daraus soll den sogenannten Visegrád-Staaten zufließen, das sind neben Polen auch noch

Ungarn, Tschechien und die Slowakei. Damit will sich diese Ländergruppe ihre Zustimmung zu den ambitionierteren Zielen, die EU-weit bis 2030 erreicht werden sollen, abkaufen lassen. Es geht in Summe um drei bis fünf Milliarden Euro, die auf diese Weise in der Union umverteilt würden – stark abhängig vom Preis je Tonne CO₂, am Ende der dritten Emissionshandelsrunde 2013 bis 2020 und von der Anzahl an Gratiszertifikaten, die es noch geben wird.

„Österreich muss kräftig mitzahlen“, sagte Stephan Schwarzer, Leiter der Abteilung Umwelt- und Energiepolitik in der Wirtschaftskammer Österreich, dem STANDARD. „Das ist Geld, das unseren Betrieben, die in den vergangenen Jahren massiv in Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und der CO₂-Vermeidung investiert haben, letztlich abgeht.“

Neben Gratiszertifikaten, die es auch in Zukunft geben wird,

(wenn auch in geringerem Umfang) werden in der vierten Emissionshandelsrunde 2021 bis 2030 erneut Verschmutzungsrechte ausgegeben, deren Zahl Jahr für Jahr sinkt. Sie werden an Unternehmen verkauft, die mehr CO₂ in die Luft blasen, als sie dürfen.

Geld ohne Auflagen

Die reicheren EU-Länder, die meist auch einen ausgewogenen Energiemix haben, sollen weiterhin 100 Prozent der ihnen zugeordneten Zertifikate auktionieren, aber nur 90 Prozent des Geldes einkassieren. Die restlichen zehn Prozent sollen den ärmeren Ländern zufließen – so der Deal, der im Vorfeld des Gipfels bereits als gegessen bezeichnet wurde.

Die begünstigten Länder können das Geld aus dem Verkauf dieser Quoten für Investitionen in ihren eigenen kohlenstoffarmen Energiemix nutzen, müssen aber nicht. „Es gibt keine Auflagen“,

sagte ein Insider, der nicht genannt werden wollte.

Angela Köppl, die im Wirtschaftsforschungsinstitut die Themenfelder Umwelt, Energie und Landwirtschaft beackert, fände das nicht gut. „Möglicherweise wird die Sonderbehandlung des Stromsektors, die es in einigen Ländern noch gibt, einkassiert“, sagte Köppl. Anders als in der Rest-EU profitieren Energiewerter etwa in Polen noch immer von Gratiszertifikaten. Köppl relativiert aber: „Das mit der Streichung der Ausnahme ist nur eine Vermutung.“

Fix dürfte sein, dass das CO₂-Reduktionsziel von derzeit 20 (bis 2020) auf 40 Prozent in der nächsten Periode bis 2030 erhöht wird – verbindlich. Der Anteil der Erneuerbaren am Gesamtenergiemix soll von 20 auf 27 Prozent, die Energieeffizienz auf 30 Prozent gegenüber 1990 erhöht werden, allerdings unverbindlich.



Wandel in der Klimapolitik der Europäischen Union: weniger Emissionen, aber die erneuerbaren Energiequellen werden keinen Durchbruch erzielen. Foto: Wodicka

Die EU will Großbritannien erlauben, Atomstrom auf 35 Jahre mit 11 Cent je Kilowattstunde zu fördern. Wir bekommen nur 3,40 Cent.“ Das warf der Präsident des Verbands der Kleinwasserkraft Österreich, der Mühlviertler Christoph Wagner, diese Woche Rudi Anschober vor.

WIRTSCHAFT
ANALYSE
VON
JOSEF LEHNER

Der Energie-Landesrat hatte Oberösterreichs Erneuerbare-Energie-Branche zum Gespräch geladen und bekam die Unzufriedenheit mit der EU-Politik zu hören.

Die Stimmung vor dem EU-Gipfel, der bis Freitag die Klimaziele der Gemeinschaft für das Jahr 2030 festlegen wird, ist nicht erst seit der Subventionsentscheidung für die geplante britische Atomanlage Hinkley Point getrübt. „Es ist zu befürchten, dass damit der Subventionskreislauf weitergeht“, sagt Anschober. Dabei sollten jetzt grundsätzliche, langfristige Weichenstellungen erfolgen.

Klimaschutz bringt Arbeit

Der Vorschlag der EU-Kommission (siehe Kasten rechts) wird als zu wenig ambitioniert kritisiert. „Erneuerbare Energie Österreich“, die Interessenvertretung von mehr als 2000 Unternehmen der Branche, kritisiert das Ziel von nur 27 Prozent regenerativer Energie: Schon 30 Prozent würden in den nächsten 15 Jahren 568.000 weitere Arbeitsplätze in der EU schaf-

Beim Klimaschutz spielt die EU ein Wunschkonzert

Die EU-Regierungschefs wollen heute und morgen die Ziele in der Klimaschutz- und Energiepolitik bis 2030 absegnen.

40

Prozent sinken soll in der Europäischen Union bis zum Jahr 2030 der Ausstoß von Klimagasen. Basisjahr ist 1990. Das Ziel für 2020 lautet auf minus 20 Prozent.

27

Prozent soll der Anteil der erneuerbaren Energieträger im Jahr 2030 erreichen. Auch hier ist die Zielsetzung 2020 20 Prozent. Österreich liegt bereits über 30 Prozent.

fen und Importe fossiler Energie um 260 Milliarden Euro senken, heißt es. Dabei handle es sich um eine Folgenabschätzung der Kommission selbst.

Die EU ist gelähmt von Arbeitslosigkeit und Wachstumsschwäche; sie will sich nicht zur Offensive durchringen. Es wird Verteidigung betrieben, seit die energiein-

30

Prozent verbessern soll sich laut dem Vorschlag der EU-Kommission die Energieeffizienz. Die Vorgabe soll allerdings nicht auf die Mitgliedsländer umgelegt werden, sondern eine Latte für die EU darstellen. Das ist auch ein Modell für den Anteil der erneuerbaren Quellen.

tensive Industrie (Stahl-, Beton- und Papiererzeuger) aufzeigt, wie strenge Klimaziele die wichtige Industrie aus Europa vertreiben (Fachbegriff: Carbon Leakage). Es wird ein Kompromiss angestrebt, wonach die Betreiber der modernsten, also umweltfreundlichsten Anlagen im Emissionshandel gegenüber den wahren Stinkern

bevorzogen werden. Ein Wegbereiter für diesen Paradigmenwechsel ist voestalpine-Chef Wolfgang Eder.

In der Not ist Pragmatismus angesagt: Die EU verursacht nur zehn Prozent der weltweiten Klimagase; China und die USA seien am Zug, die für 40 Prozent stünden. Ihr Verhalten sei entscheidend für den Klimaschutz.

Die EU-Kommission spielt ein Wunschkonzert und will allen ein wenig Erfolg bieten. Das Vermeidungsziel von 40 Prozent, das offensichtlich bereits akkordiert ist, ist doppelt so hoch wie im jetzt auslaufenden Programm 2020. In bescheidenerem Ausmaß sind die beiden anderen Ziele angelegt, jene für Effizienz und erneuerbare Energie. Hier könnte deutlich mehr wirtschaftliche Dynamik entfaltet werden.

Nur noch fünf Jahre Förderung?

Doch die Umsetzung ist umstritten. Österreichs Energiemarkt-Regulator Walter Boltz warnte gestern wieder davor, dass die Förderung von Öko-Strom die Haushalte finanziell zu stark belastet. Die Einsparung von Energie müsse gefördert werden.

Die Unternehmen der grünen Energiebranche brauchen vor allem verlässliche Bedingungen, sagt Rudi Anschober. Förderungen sollten nicht laufend geändert werden. Das bremse Investitionen und Innovationen. „Wir brauchen auf vier bis fünf Jahre ein Konstanzmodell – dann muss es mit Förderungen ohnehin vorbei sein, auch für fossile Energie.“

Umwelt & Klima zuliebe

Johann Zauner holt nach Regionalitätspreis den oö. Umweltschutzpreis und ist Finalist beim Klimaschutzpreis.

PREIS FÜR REGIONALITÄT

Eine Aktion der BezirksRundschau www.bezirksrundschau.com/regionalitaetspreis



Der Biobauer leitet ehrenamtlich die Brennholzbörse in der Energiemodellregion Urfahr West. Mit einem Kollegen bastelte er eine mobile Holzofensauna aus einem ausgedienten Miststreuer, wodurch ein „Sauna-Sharing“ entstand.

Derzeit testet er mit seinem Berufskollegen August Helm den angefertigten E-Motor in einem Traktor mit Motorschaden, um in Zukunft ein solches E-Traktormodell mit Nachbarn zu teilen (Sharing) beziehungsweise über den Maschinenring überbetrieblich zu nutzen.

WALDING (fog). Sein unermüdlicher Einsatz für die effiziente Nutzung von erneuerbarer Energie und die sparsame Verwendung von Ressourcen bescherte Johann Zauner den Sieg beim BezirksRundschau-Regionalitätspreis in der Kategorie Mobilität. Viele seiner Ideen hat er verwirklicht: Ein Carsharing-Elektroauto wird mit Strom aus der eigenen Photovoltaikanlage aufgeladen und von zwölf Personen genutzt.



Der Waldinger Biobauer Johann Zauner (r.) entwickelt mit August Helm (l.) ein Elektrotraktor-Sharing-Prinzip.

Foto: Zauner

wird mit der eigenen PV-Anlage und dem Ökostrom des Rodl-Kleinkraftwerks „KARL Strom“ aufgeladen. Zauner verwaltet die Benutzung für die Mitglieder und stellt seine Garage kostenlos zur Verfügung. So teilen sich derzeit gefahrene 8300 Kilometer auf zwölf Benutzer auf. Er will auch helfen, ein weiteres Carsharing-

auto im Ortskern zu etablieren. Nachdem Zauner kürzlich den Landesumweltschutzpreis für seine Ideen und Leistungen erhielt, steht er im Finale des österreichweiten Klimaschutzpreises. Noch bis 28. Oktober kann im Internet auf www.klimaschutzpreis.at für den Waldinger ge-

117451

Naturparadieses Campus

Für Fische, Wasservögel und sogar Schildkröten ist der Teich am Uni-Campus ein wahres Paradies.

JKU (red). Für Taucher ist er mit 1,20 Meter Tiefe eher ungeeignet. Für Enten, Trappen und Schildkröten hingegen ist der Campus-Teich der Johannes Kepler Universität aber ein wahres Paradies. Und auch die Linzer wissen den Teich und die Parkanlage als Naherholungsgebiet zu schätzen.



Das bei vielen Linzern beliebte Entenfüttern sollte man besser unterlassen.



Der riesige Teich mitten am Universitäts-Campus ist nicht nur im Sommer ein Paradies für Tiere und Menschen.

Fotos: JKU

Stabiles Gleichgewicht

Bei dem rund 180 Meter langen Gewässer handelt es sich um ein reines Biotop. „Da regelt sich alles von allein. Wir lassen der Natur ihren Lauf“, sagt Amtsdirektor Reinhard Pirklbauer von der Abteilung für Gebäude und Technik. Sei-

den Ursprung hat der Teich als Fischwasser. Seit der Renaturierung in den 80er-Jahren wurde das Biotop zur Heimat unzähliger Wasservögel und Fische. „Die haben wir übrigens gar nicht eingesetzt. Enten haben den Laich eingeschleppt,

seither haben sich die Fische stark vermehrt. Bei der letzten Teichleerung brachten die Fische insgesamt zehn Tonnen auf die Waage“, so Pirklbauer. Auf der Insel in der Mitte des Teichs leben sogar wilde Schildkröten. Die Natur sorgt

für ein stabiles Gleichgewicht, das jedoch vor allem vom Menschen empfindlich gestört werden kann: „Das Füttern der Enten ist eine enorme Gefahr für das Gleichgewicht des Ökosystems. Damit gefährdet man Enten und Fische!“

11737

Freitag, 24. Oktober 2014

Werbdi., S/16

NEUES Volksblatt

Ringen um EU-Klimaziele in der finalen Phase

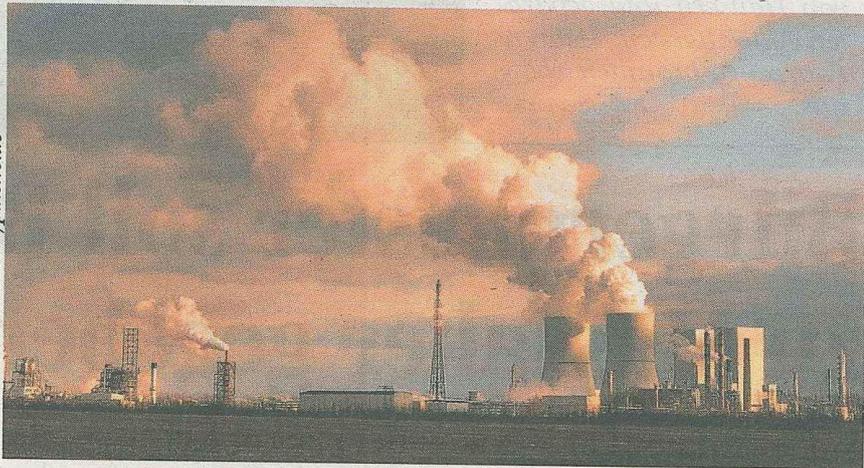
Mitgliedsstaaten im Vorfeld uneins über Klimapolitik: Briten fordern Abmilderung, während Deutschland ambitioniertere Vorgaben wünscht

Beim Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs in Brüssel, das noch bis morgen andauert, soll eine Einigung über die Klima- und Energieziele erreicht werden. Vor Beginn der Sitzung zeigte sich Noch-Ratspräsident Herman van Rompuy optimistisch, dass ein Kompromiss zustande kommen könnte. Bis zum Jahr 2030 soll nicht nur der CO₂-Ausstoß um 40 Prozent verglichen mit dem Wert von 1990 reduziert werden, sondern auch die Energieeffizienz ebenso wie der Anteil Erneuerbarer Energien auf 27 Prozent erhöht werden. Bis zuletzt waren die EU-Staaten uneins in ihrer Haltung gegenüber den angestrebten

Klimazielen. Großbritannien beispielsweise fordert eine Abmilderung der Ziele, während sich Deutschland noch ambitioniertere Vorgaben vorstellen kann. Bis Redaktionsschluss blieb unklar, ob es eine Einigung gibt, beziehungsweise ob nationalstaatliche Verpflichtungen zur Ein-

haltung der vereinbarten Ziele erwägt werden sollen. Kritiker sehen anders keine Möglichkeit, um die EU-Länder zur Umsetzung der Vorgaben zu bewegen. Bis zuletzt galt als schwierig, eine ambitionierte EU-Klimapolitik mit den Interessen der Industrie zu vereinen.

Foto: Marco Barnebeck/pixelto.de



Der unterschiedliche Energiemix in den EU-Ländern macht es schwierig einen Konsens zur Energie- und Klimapolitik zu finden. Während Frankreich auf Atomkraft setzt, kommt Deutschland von diesem Weg gerade ab und fördert Erneuerbare Energien.

Sorge um Wachstum verdrängt Klimaziele

EU-Gipfel suchte Kompromiss in Energiepolitik, Streit um Ankurbelung der Wirtschaft

Thomas Mayer aus Brüssel

„Ich gehe davon aus, dass ein Kompromiss erreicht wird, es muss bei den Klimazielen etwas erreicht werden“, sagte Bundeskanzler Werner Faymann am Donnerstag zum Auftakt des zweitägigen EU-Gipfels in Brüssel. Das Treffen der Staats- und Regierungschefs der Union im Oktober ist traditionell Wirtschaftsthemen gewidmet. Auf Vorschlag der EU-Kommission soll das Klimaziel der EU für die Verhandlungen in Lima im Dezember und im kommenden Jahr in Paris möglichst anspruchsvoll festgesetzt werden.

Es sollte die Formel 40/30/30 angewendet werden, der CO₂-Ausstoß würde so bis 2030 um 40 Prozent reduziert, der Anteil der erneuerbaren Energie und die Energieeinsparungen um jeweils 30 Prozent erhöht. Die „alten“ Ziele stammten noch aus dem Jahr 2009

und legten eine Formel 20/20/20 fest, daneben den Handel mit Klimazertifikaten. Großbritannien machte sich nun bis zur letzten Minute stark dafür, die neuen Zielgrößen zur Reduktion bei den Energieeinsparungen auf 27 Prozent zu senken.

Zudem fordern mehrere osteuropäische Länder, die ihren Energiebedarf unter anderem stark mit Kohlekraftwerken abdecken, Ausgleichszahlungen von den Partnern, damit sie ihre Klimaziele durch einen ehrgeizigen Umbau ihrer Strukturen leichter erreichen können.

Darüber zeichnete sich ein Feilschen bis in die Nacht ab. Am Ziel der Senkung der Treibhausgase um vierzig Prozent dürfte nicht gerüttelt werden, es hat hohen symbolischen Wert bei den Verhandlungen auf der globalen Bühne. Bei den beiden anderen Zielen könnte es nach den Worten des

finnischen Premierministers Alexander Stubb „Nachbesserungen“ nach unten geben.

Neben dem Thema Klimaschutz wird das Treffen aber wohl ganz im Banne der anhaltenden Wirtschaftskrise stehen. Seit dem letzten Gipfel sind die Wachstumsaussichten – auch im bisher unumstrittenen Deutschland – deutlich zurückgenommen worden. Dazu kommen die Haushaltsprobleme der zweit- und drittgrößten Volkswirtschaften in der Union, Frankreich und Italien (siehe Bericht links).

Faymann nennt keine Zahlen

Damit wird sich ein eigener Eurogipfel heute, Freitag, beschäftigen. Kanzler Faymann bestätigte, dass Österreich einen blauen Brief von der Kommission bekommen habe, weil im Budgetpfad die Sanierungsziele nicht erreicht werden – so wie berichtet. „Wir werden nicht die Vorzugsschüler sein“, erklärte er, aber „wie ordentliche Schüler unseren Standpunkt verteidigen“. Der Brief aus Brüssel sei durchaus „freundlich“ formuliert. Zu Zahlen, wonach die Regierung aufgefordert werde, 3,3 Milliarden Euro nachzubessern, wollte der Kanzler sich nicht äußern, sondern verwies auf Finanzminister Hans Jörg Schelling: „Ich bitte Sie, das ihn sagen zu lassen“, sagte Faymann.

Neben Wirtschaftsthemen stehen beim Gipfel die Krise in der Ukraine, die Lage in Syrien, und die Maßnahmen zur Bekämpfung der Ebola-Seuche auf dem Programm. Für Kommissionspräsident José Manuel Barroso und den ständigen Ratspräsidenten Herman Van Rompuy sollte dies der letzte EU-Gipfel sein.

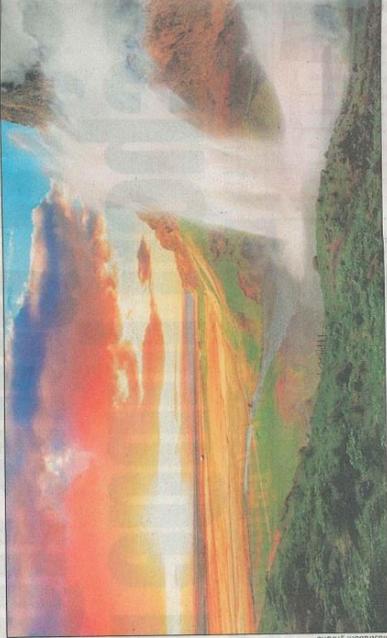


Foto: EPA / Olivier Hoslet

Letzter Gipfel: Es heißt Abschied nehmen für Kommissionspräsident José Manuel Barroso und Ratspräsident Herman Van Rompuy.

Widerspenstige Mitgliedsländer wollen sich Verringerung der

EU ringt in der Krise um



Aus Brüssel berichtet
DORIS VETTERMANN

Brüssel. – EU-Klimaschutzgipfel unter dem Zeichen der Wirtschaftskrise: Seit Donnerstagsmorgen beraten Europas Staats- und Regierungschefs über die neuen Klimaziele bis 2030. Widerstandspolitiker wollen sich die Reduktion der Treibhausgase teurer abkaufen lassen.

Die Energie- und Klimapolitik der vergangenen Jahre sah meist so aus: Viele Staaten drängten auf stren-

Frage des Tages

Fürchten Sie einen Terroranschlag in Österreich?

JA: 27,7%
NEIN: 72,3%

2466 Teilnehmer

Treibhausgase bei Regierungschef-Gipfel teuer abkaufen lassen

Lösung für Klimaschutz



EU-Regierungschefs im Gipfel-Dilemma: Intakte Umwelt durch einen strengen Klimaschutz oder eine international konkurrenzfähige Industrie?

gere Vorgaben, Polen – gefolgt von so manchen anderen Ländern im Osten – sagte stets strikt Nein. Um die Widerspenstigen nun ins Boot zu holen, könnte es einen milliardenschweren Kohlehandel bei der Reform des Geschäfts mit den Emissionsrechten geben.

Reiche sollen schwächere EU-Staaten entlasten

Die EU plant, den ärmeren Ländern, deren Energiegewinnung immer noch stark auf Kohle aufgebaut ist, mit Subventionen und Gratis-Zertifikaten entgegenzukommen. Die reichen Länder, also auch Österreich, sollen auf zehn Prozent der ihnen zustehenden Einnahmen aus dem Verkauf von Verschmutzungsrechten verzichten und sie weitergeben. Insgesamt geht es dabei um drei bis fünf Milliarden Euro.

Der Emissionshandel ist das zentrale europäische Instrument für die Verringerung von Treibhausgasen. Die Staaten versteigern Verschmutzungsrechte an Unternehmen, die diesen langfristig teurer kommen sollen als Investitionen in den Kl-

maschutz. Allerdings nur rein theoretisch, denn die CO₂-Zertifikate sind derzeit weit billiger als gedacht.

Weiters soll eine neue Reserve der Klimazertifikate – die Rede ist von ein bis zwei Prozent – künftig den ärmsten EU-Staaten zukommen.

Briten-Premier Cameron setzt auf die Atomkraft

Nicht nur Polen, sondern auch Briten-Premier Cameron hat mit Öko-Energie nichts am Hut. Er pocht leidgefährdet auf die CO₂-Reduktion und setzt auf Atomkraft. Erst unlängst bekamen die Briten grünes Licht, um das AKW Hinkley Point subventionieren zu können. Bundeskanzler Faymann unterstützt hingegen den Plan der EU-Kommission.

Schon rasch zeichnete sich am Donnerstag ab, dass die Klimaziele nicht so ambitionierter ausfallen werden, wie eigentlich geplant. Nach rund zwei Stunden wurde der Gipfel unterbrochen.

Deutschland und Polen zogen sich zu bilateralen Gesprächen zurück. Immer öfter war auch von einem möglichen Scheitern der Verhandlungen zu hören.

EU-Budgetträger: „Nicht Vorzugsstühle“

Vor dem Gipfel hat Kanzler Faymann bestätigt, dass Österreich eine Rüge der EU für sein Budget bekommen hat. „Wir werden nicht die Vorzugsstühle sein“, so Faymann. Finanzminister Scheuing sieht in dem Brief eine „Einladung zum Dialog“.

Ehrlich gesagt
Claudia Bandion-Ortner
Aussagen könnten sie den Job kosten. Aber nicht heute: Denn im König-Abdullah-Zentrum wird nicht jeden Freitag gekündigt.

Herr Nimmerwurscht



Thema des Tages
VON CLAUDIUS PÄNDL

Versuch und Irrtum
Einen schlechteren Zeitpunkt hätten sich die EU-Staats- und Regierungschefs gar nicht aussuchen können, um über die europäischen Klimaziele zu beraten. Kein Institut, keine Organisation von Rang und Glaubwürdigkeit hat in den vergangenen Tagen irgendeinen Zweifel daran gelassen, dass die Konkurrenz einbricht – und weit und breit keine Besserung in Sicht ist.

Von wegen „sicher durch die Krise“. Dass Österreich nicht so schlecht dasteht wie andere Länder, ist teuer erkaufte worden. Jahrelange Schuldenpolitik und die Folgen der Finanzkrise haben die letzten Reserven dahinmelzen lassen. Für weitläufige Rettungsprogramme gezarte Abenteuerer fehlt jetzt schlicht das Geld.

Schon während der Krise handelte der neue EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker als Chef der Euro-Gruppe nach dem Motto „Trial and Error“, also „Versuch und Irrtum“.

Jetzt ist von einem eigenständigen EU-Investitionsprogramm die Rede. Fix ist da nur die Summe von 300 Milliarden Euro. Was genau in dem Paket steckt, will Juncker noch nicht verraten. Aber weil sich Europas Industrie nicht auf Überraschungen verlassen, sondern produzieren will und damit Arbeitsplätze sichert, stoben strengere Klimaschutzziele auf Ablehnung. Da geht es nicht nur um Verteilungskämpfe innerhalb Europas, sondern auch zwischen der EU und etwa China.

Wenn man es ernst meint mit der Rettung der Umwelt, sucht man sich nicht eine Zeit großer Unsicherheit. Das sollten Europas Regierungschefs eigentlich wissen.

claus.pandl@kronenzeitung.at

In Tirol höchste CO₂-Emissionen

Verkehr ist größtes Klimaschutzproblem

Der Verkehr ist das größte Klimaschutzproblem in Österreich. Das zeigte ein Vergleich des VCO mit den anderen EU-Mitgliedern. Österreich hat mit 2445 Kilogramm CO₂ pro Kopf die dritthöchsten Treibhausgas-Emissionen. Am ärgsten ist die Situation durch den großen Lkw-Transit in Tirol.

Nachdem Diesel in Österreich billiger als in den Nachbarstaaten ist, tanken viele Transit-Lkw bei uns. „Rund 80,4 Mil-

VON ERICH SCHÖNAUER

lionen Tonnen Treibhausgase hat Österreich im Vorjahr verursacht. Eine Analyse zeigte, dass wir aber im Energiebereich und bei der Abfallwirtschaft gut platziert sind“, stellte VCO-Expertin Ulla Rasmussen fest. Seit 2005 sind die Treibhausgas-Emissionen in Österreich um 12,5% gesunken.



Foto: www.VIENNAREPORT.at/Volkmar Schulz

Der Verkehr verursacht 80,4 Millionen Tonnen Treibhausgase



Es hagelt Kritik von allen Seiten: EU-Klimaziele bleiben unverbindlich

Die Union fährt mit einem Minimalkompromiss zum UN-Klimagipfel 2015 nach Paris

Von Stephanie Pack aus Brüssel

Viel Kritik ernten die EU-Regierungschefs für das Klimaschutzpaket, das sie in der Nacht zum Freitag beschlossen haben. Die Einwände erfolgen aus unterschiedlichen Gründen.

Das erste umstrittene Ziel: Bis 2030 sollen die CO₂-Emissionen in der EU um 40 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 reduziert werden. Die Anstrengungen werden in zwei Bereichen erfolgen: Die vom Emissionshandel erfassten Sektoren müssen den Ausstoß um 43 Prozent reduzieren, die übrigen um 30 Prozent (beides im Vergleich zu 2005). In den zweiten Bereich fallen Haushalte, Verkehr und Landwirtschaft. Detailvorschläge wird noch die Kommission bringen.

Umweltorganisationen halten das Reduktionsziel für zu wenig ambitioniert. Die Emissionen würden auch ohne zusätzliche Maßnahmen um mehr als 30 Prozent sinken. Der Wirtschaft ist das Reduktionsziel freilich zu hoch. Im

Gipfeltext heißt es, es sollten „den effizientesten Anlagen keine unangemessenen CO₂-Kosten entstehen, die zu Verlagerungen von CO₂-Emissionen führen.“ Details sollen erst bei der Reform des Emissionshandels folgen. Fix ist, dass wirtschaftlich schwächere, also östliche Mitgliedsstaaten ihrem Energiesektor auch nach 2030 kostenlose Emissionszertifikate gewähren dürfen.

Unverbindlich blieben die Staats- und Regierungschefs beim Ausbau erneuerbarer Energie, nämlich bis 2030 auf mindestens 27 Prozent. Das Ziel ist auf EU-Ebene verbindlich; da sie nicht national umgelegt werden, wird der Erfolg fraglich sein. Ähnlich ist es bei der Steigerung der Energieeffizienz, ebenfalls um 27 Prozent.

„Wir mussten etwas zustandebringen“, sagte Bundeskanzler Werner Faymann pragmatisch. Ein Kompromiss sei keine Schande. Nach der Klimakonferenz in Paris will die EU das Ergebnis neu bewerten. Die Ziele sollen aber keinesfalls verschärft werden.



„Die Mechanismen, mit denen die Europäische Union das Abwandern der Industrie verhindern will, sind unverbindlich und sehr vage beschrieben.“

Christoph Leitl, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich, kritisiert das Klimapaket

Foto: APA

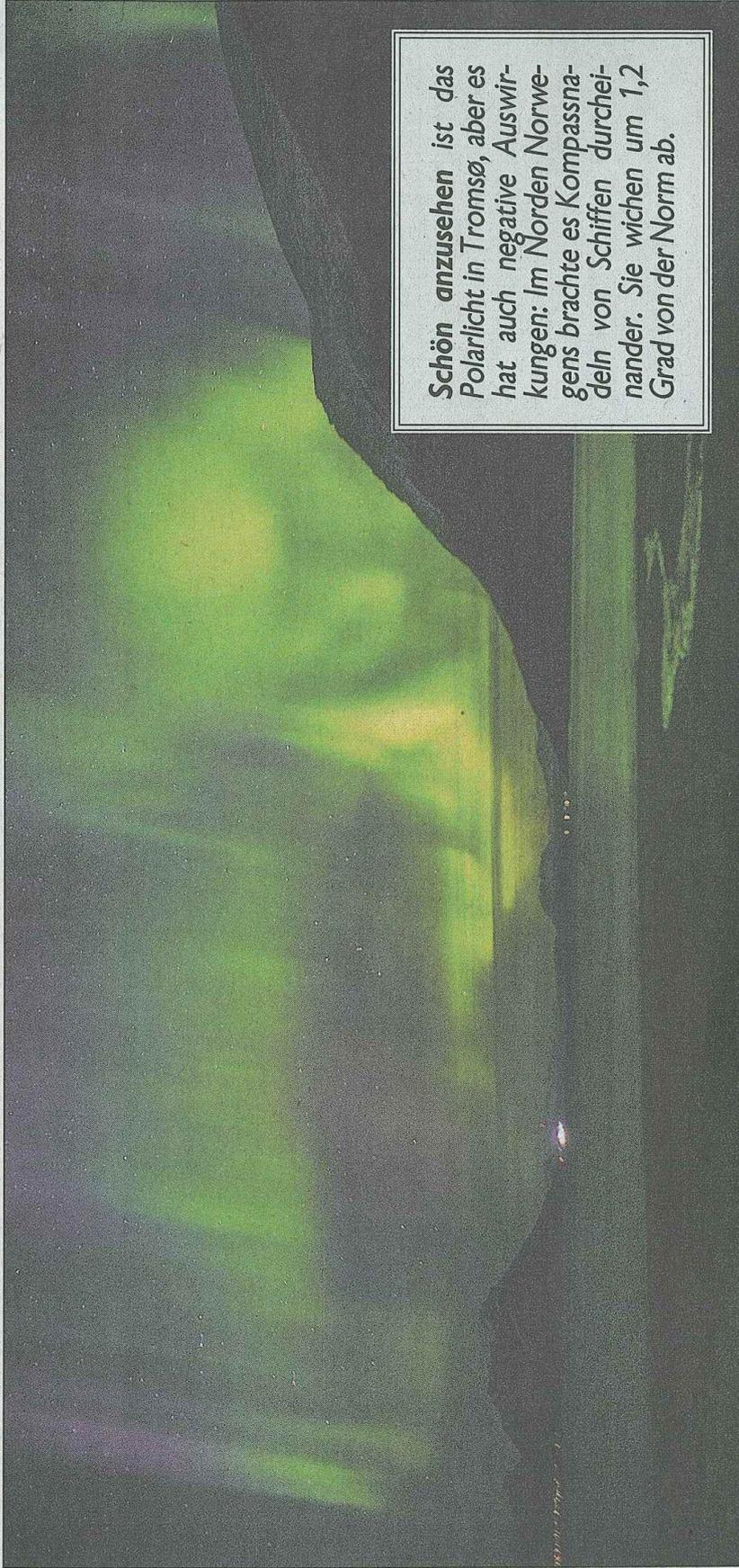
DER RUF NACH INVESTITIONEN WIRD IN DER EU LAUTER

Der EU-Gipfel beriet auch dringliche Wirtschaftsthemen:

Die obersten Prioritäten der Staats- und Regierungschefs bleiben unverändert das Ankurbeln der Wirtschaft und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Das bestätigten die Staatenlenker beim gestrigen EU-Gipfel. „Ohne Verzögerung“ müssen Kommission und Staaten umsetzen, was als Lösung für das Problem identifiziert wurde: Strukturformen und das Ankurbeln von Investitionen. Das Investi-

tionspaket von Jean-Claude Juncker, das dieser vor Weihnachten präsentieren wird, solle unterstützt werden. Das Wachstum der europäischen Wirtschaft sei „enttäuschend“, heißt es.

Großbritanniens Regierungschef David Cameron beklagte beim Gipfel: Dass die EU-Wirtschaft nicht wachse, habe negative Auswirkungen auf sein Land. Andere Mitgliedsstaaten sollten Strukturformen machen, wie Großbritannien das getan hätte.



Schön anzusehen ist das Polarlicht in Tromsø, aber es hat auch negative Auswirkungen: Im Norden Norwegens brachte es Kompassnadeln von Schiffen durcheinander. Sie wichen um 1,2 Grad von der Norm ab.

Ein Kompromiss, der spaltet

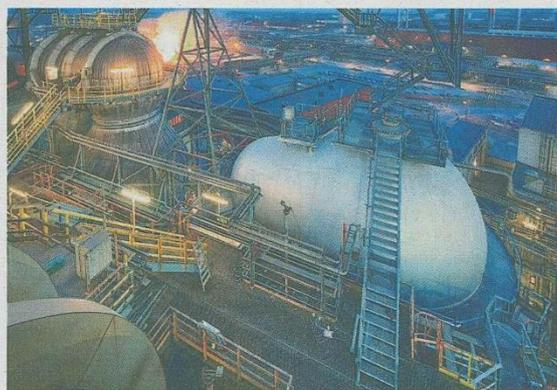
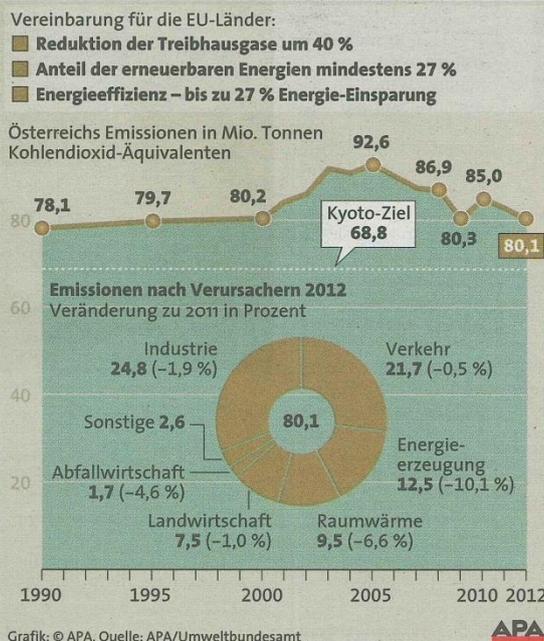
EU einigt sich bei Gipfel auf verbindliche Klimaziele bis 2030 und erntet gemischte Reaktionen

Einen guten Kompromiss zeichnet bekanntlich aus, dass keine Seite gänzlich zufrieden ist. So gesehen ist das Klimapaket, auf das sich die EU-Staaten am Brüsseler Gipfel nach stundenlangen Verhandlungen in der Nacht auf gestern geeinigt haben, eindeutig ein solcher. Die Reaktionen reichen von „ein gutes Zeichen“ (Kanzler Faymann) über „vernünftig und machbar“ (heimische E-Wirtschaft) bis hin zu „eine schwere Niederlage für den Klimaschutz“ (Dachverband Erneuerbare Energie Österreich).

Zentraler Punkt der Einigung: Der Ausstoß des Treibhausgases CO₂ soll, verglichen mit 1990, bis zum Jahr 2030 um mindestens 40 Prozent sinken (siehe Grafik). Damit verdoppele Europa seine Anstrengungen, betonte der scheidende Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso. Zudem wurde festgelegt, dass der Anteil der Erneuerbaren Energien auf mindestens 27 Prozent steigen soll. Die Zielmarke für Energieeffizienz wurde auf Druck Großbritanniens und Polens abgeschwächt: Statt der geplanten 30 Prozent Einsparung bis 2030 werden nun mindestens 27 Prozent angestrebt. „Es war nicht einfach, aber wir haben es geschafft, zu einer fairen Einigung zu kommen“, sagte Gipfelchef Herman Van Rompuy nach dem Treffen. „Mit dem Kompromiss wird Europa ein entscheidender Spieler“, meinte die deutsche Kanzlerin Angela Merkel.

Ausgleich für Osteuropa und „saubere“ Betriebe

Für wirtschaftlich benachteiligte Staaten sehen die Klimabeschlüsse einige Ausgleichsmechanismen vor, die sie beim Abbau ihrer Treibhausgase unterstützen sollen. So dürfen EU-Staaten mit einem Pro-Kopf-BIP unter 60 Prozent des EU-Durchschnitts ihrem Energiesektor bis 2030 weiterhin Gratiszertifikate für



Energieintensive Betriebe wie die Voest sind Hauptbetroffene des EU-Klimapakets. Abwanderungsdrohungen stehen im Raum.

den Emissionshandel gewähren. Das betrifft laut dem Statistiker Eurostat neun osteuropäische Staaten. Weiters gibt es für diese Länder finanzielle Mittel zur Verbesserung der Energieeffizienz und zur Modernisierung veralteter Kraftwerke. Das Geld soll aus der Versteigerung von Zertifikaten kommen. Wirtschaftsminister Reinhold

Mitterlehner bezeichnete die Klimaziele in einer ersten Reaktion als „ambitioniert“, sprach aber von einem „ausgewogenen Kompromiss“. Bei der CO₂-Quote sehe er eine Verbindung mit industriepolitischen Zielen, indem jene Betriebe belohnt würden, die besonders umweltorientiert agieren, wie etwa die Linzer voestalpine. Diese

würden ab 2020 „positiv berücksichtigt“, wie das auch Wirtschaftslandesrat Michael Strugl zuletzt gefordert hatte. Zudem handle es sich um ein europäisches Ziel, wie Mitterlehner betont, nicht um eines einzelner Nationalstaaten.

Voest abwartend, harsche Kritik von Leitl

Die Voest selbst wollte gestern keine Stellungnahme zum Klimapaket abgeben. Man müsse sich die Einigung zunächst im Detail ansehen, sagte Konzernsprecher Peter Felsbach im Gespräch mit dem VOLKSBLATT. Kritik kommt indes von Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl: Die Mechanismen zur Verhinderung einer Abwanderung der energieintensiven Industrie seien „nur unverbindlich und vage“ ausgefallen, wie er moniert. „Ohne eine klare Standortgarantie in Form von bis zu 100 Prozent Gratiszuteilung an CO₂-Zertifikaten für die umweltfreundlichsten Betriebe werden dringend notwendige Investitionen ausbleiben“, warnt der Kammerchef. Damit habe die EU die Chance, Wachstum und Beschäftigung sicherzustellen, vertan. Ins selbe Horn stößt die Industriellenvereinigung: Sie sieht die Reindustrialisierung Europas in Frage gestellt, Wirtschaftsstandort und Arbeitsplätze würden gefährdet.

Umweltminister Andrä Rupprechter wiederum gehen die Ziele nicht weit genug. „Ich hätte mir mehr erwartet“, meinte Rupprechter gestern in einer Aussendung. Als „gangbaren Kompromiss“ bezeichnen die VP-EU-Abgeordneten Elisabeth Köstinger und Paul Rübiger die Einigung: Trotz wirtschaftlich schwieriger Zeiten könne Europa damit eine internationale Vorreiterrolle behalten. Die nun erreichte Klima-Einigung galt als Voraussetzung für einen Erfolg des Weltklimagipfels Ende 2015 in Paris.



„Hainburg brachte die große Wende in der Haltung gegenüber unserer Umwelt. Vor vielen anderen Staaten hatte man bei uns erkannt, dass der Mensch sich zum Parasiten entwickelt, der die Natur, in der er lebt, zu zerstören begann. Die ‚Krone‘ unterstützte Umweltschützer in der Kälte der Au.“ (Zitat aus „Im Vorhof der Macht“ von Hans Dichand) Das war 1984 – doch wie geht es weiter – setzen wir unsere Umweltstandards nicht durch TTIP und CETA aufs Spiel, meint unser Leser Dr. Karl Hunna aus Wien.

Foto: Martin A. Jöchl

Erinnerung an die Rettung der Aulandschaft bei Hainburg

Man soll die Umstände bei der Rettung der Aulandschaft bei Hainburg nicht vergessen. Es war eine alle Parteigrenzen überschreitende Bewegung des Volkes gegen die Verweigerung der Umsetzung des mehrheitlich demokratischen Willens der Bürger durch die herrschenden demokratischen Parteien im Parlament und Regierung. Es war eine nationale österreichische Situation, welche im Kleinen die Zerstörung der Umwelt verhinderte, welche derzeit im Großen durch transatlantische Verträge (TTIP, CETA...) Europa EU-weit droht. Ohne die Völker einer Befragung, geschweige denn einer demokra-

tischen Abstimmung mit verbindlichem Entscheid zu unterziehen, werden europäische Umweltstandards und damit die Volksgesundheit europäischer Völker gefährdet.

Jenseits des Atlantiks werden die hohen europäischen Umweltstandards bei Weitem nicht erreicht. Um dadurch keinen wesentlichen Wettbewerbsnachteil zu erleiden, müssen die europäischen Standards entsprechend dem Inkrafttreten der transatlantischen Verträge gesenkt werden, die Umwelt und somit die Volksgesundheit der europäischen Nationen sollen der gewinnoptimierenden Konkurrenz genmanipulierender Me-

thoden u. a. ausgesetzt und möglicherweise sogar ganz geopfert werden.

Es fehlt die Macht der direkten Einwirkung des demokratischen Mehrheitswillens der Nationen bei Parteigrenzen überschreitenden Sachfragen durch gemeinsame verbindliche Volksabstimmungen der europäischen Nationen (Staatsvölker).

Werden Unterschriftenaktionen reichen, um den gemeinsamen demokratischen Mehrheitswillen der EU-Völker nicht nur zu erkunden und kundzutun, sondern auch durchzusetzen?

Dr. Karl Hunna,
Wien

Die Leserbriefे der „Krone“ jetzt online unter www.krone.at/dasfreiewort

EIN LAVASTROM vom Vulkan Kilauea hält derzeit Hawaii in Atem. Er bewegt sich mit 16 Kilometern pro Stunde auf den Ort Pahoa zu, die Bewohner wurden aufgefordert, sich bereitzuhalten, ihre Häuser in den kommenden Tagen zu verlassen.



Foto: EPA

Europa friert wegen Schmelze in Arktis

Tokio. – Japanische Klimaforscher der Universität in Tokio haben eine meteorologische Fernwirkung entdeckt: Schmilzt in der Arktis mehr Eis, verschieben sich auch Luftströmungen stärker. Das führe aber nicht nur in Asien zu strengeren Wintern, sondern auch in Europa, erklären die Forscher.

David M. Leike S 20

„Das Land geht beim Hochwasserschutz einen einfachen und grausamen Weg“

Bürger-Initiative möchte die Planung für den Hochwasserschutz im Eferdinger Becken neu beginnen. Absiedelungen sollen nur der letzte Ausweg und nicht die Generallösung sein

Von Philipp Hirsch

GOLDWÖRTH/LINZ. Zwei Farben bestimmen das Leben vieler Menschen im Eferdinger Becken seit Monaten. Gelb und Lila. Es sind die Farben, mit denen auf einer Landkarte über Schicksale entschieden wurde. Bürger, die in der gelben Zone wohnen, sollen aus dem Eferdinger Becken absiedeln. Ihre Häuser sollen geschleift und ihre Gründe zu Überflutungszonen werden. Was in der Lila-Zone passieren wird, muss erst noch entschieden werden. Die meisten Betroffenen wissen inzwischen, wie hoch die Entschädigung, die sie für ihre Häuser erhalten, ausfallen würde. Mit den Beträgen sind sie alles andere als zufrieden. „Frei-

Die gelbe Zone ist willkürlich gesetzt worden. Sie hat mit der Ausbreitung des Hochwassers nichts zu tun.“



Foto: privat

Gerald Zincke,
Sprecher der Initiative

willige Absiedelungen“ nennt das Land die Pläne im Eferdinger Becken. Für viele der Hochwasseropfer bleibt aber der Beigeschmack einer Enteignung.

„Eine Familie mit einem Haus und 800 Quadratmetern Grund, die das Angebot annimmt, verliert 130.000 Euro. Absiedelungen sollten nur der letzte Ausweg sein, wenn gar nichts anderes mehr geht. Der Weg, den das Land da einschlägt, ist ein einfacher und grausamer“, sagt Gerald Zincke, Sprecher der Initiative Hochwasserschutz Eferdinger Becken. Viele Be-



Betroffene wehren sich gegen die „freiwilligen Absiedelungen“.

(wodicka)

troffene hätten sich in den vergangenen Wochen über die Höhe der Schätzgutachten „sehr enttäuscht und verärgert“ gezeigt, sagt Zincke. Vor allem, dass nur ein Teil des Zeitwertes der Häuser, nicht aber der Wert der Grundstücke entschädigt werden soll, stört viele Betroffene. „Die Entschädigungen sind dafür gedacht, den Menschen bei einem Neuanfang zu helfen. Sie sollen nicht die vollen Kosten abdecken. Die Entscheidung, Menschen abzusiedeln, haben wir uns bestimmt nicht leicht gemacht“, sagt Umweltlandesrat Rudi Anschöber (Grüne).

Aber nicht nur die Entschädigungen lassen die Gemüter hochgehen. Viele der Hochwasseropfer zeigen sich mit den geplanten Schutzbauten für das Eferdinger Becken unzufrieden. Das beginnt bereits bei der Definition der Absiedelungszonen. Diese seien willkürlich gesetzt worden und hätten mit der tatsächlichen Ausbreitung des Hochwassers nichts zu tun, sagt Zincke. „Vergleicht man die Karte der Absiedelungszonen mit der Ausbreitung des Hochwassers im Vorjahr, zeigen sich signifikante Unterschiede.“

Mit den geplanten großflächigen

HOCHWASSERSCHUTZ

250 Millionen Euro wird der Hochwasserschutz im Eferdinger Becken kosten. Die Finanzierung wurde im Dezember 2013 mit einem Staatsvertrag zwischen Bund und Land abgesichert.

612 Gebäude im Eferdinger Becken sollen den Bulldozern weichen. Bis Ende des kommenden Jahres werden die Besitzer Zeit haben, um zu entscheiden, ob sie das Absiedelungsangebot annehmen wollen.

130.000 Euro verliert nach Berechnungen der Initiative Hochwasserschutz Eferdinger Becken eine Familie mit einem 150 Quadratmeter großen Haus und 800 Quadratmetern Grund, wenn sie das Entschädigungsangebot annimmt. Vor allem, dass die Grundstücke nicht mit entschädigt werden erzürnt viele Betroffene.

Überflutungszonen will man sich im Eferdinger Becken ebenfalls nicht abfinden. Sogenannte Flutpolder seien die sinnvollere Lösung, heißt es in dem von der Initiative ausgearbeiteten „Masterplan“. Solche Flutpolder könnten im Katastrophenfall mittels Ventile besser gesteuert werden, um die Flutwellen des Hochwassers abzdämpfen.

Inzwischen hat Landeshauptmann Josef Pühringer (VP) der Initiative Unterstützung zugesichert. Er kündigt in einem Schreiben eine Gesprächsrunde mit allen politischen Verantwortlichen an.

Der Beitrag des Landes zur Flut-Katastrophe

Viele Grundstücke an der Donau hätten niemals bebaut werden dürfen. Die Behörden schauten aber lieber weg

Johann Müllner (VP) erlebt als Bürgermeister von Goldwörth eine schwierige Amtsperiode. Zuerst die Hochwasserkatastrophe im Vorjahr, jetzt sollen viele Goldwörther aus dem Überschwemmungsgebiet absiedeln. Müllner macht seine Sache gut. Er vermittelt, er hört zu und er tröstet. Die Bürger loben seinen Einsatz für die Gemeinde. Müllner ist unschuldig in diese missliche Lage geraten. Lange bevor er das Amt des Bürgermeisters übernommen hat, wurden im Goldwörther Gemeinderat Entscheidungen getroffen, die nun viel menschliches Leid auslösen.

LAND&LEUTE
ANALYSE
VON
PHILIPP HIRSCH



Auswirkungen waren bekannt

Während der 70er Jahre begannen zwei Landwirte, die Umwidmung ihrer Felder in Bauparzellen zu beantragen. Sie machten das Stück für Stück. Alle paar Jahre wurden ein oder zwei Baugründe vom Gemeinderat neu gewidmet. Die Flächen fanden Käufer. Langsam wuchs die Siedlung Hagenau, die durch dramatische Evakuierungen während des Hochwassers 2013 traurige Berühmtheit erlangte.

Hagenau liegt mitten in der Überflutungszone. Wenn die Donau Hochwasser führt, geht Hagenau unter. Das war schon immer so.

Bevor das Kraftwerk Ottensheim-Wilhering 1974 in Betrieb ging, wurden alle Bürgermeister

Der Goldwörther Ortsteil Hagenau konnte nur deshalb entstehen, weil bei den Widmungen für Baugründe Warnungen ignoriert wurden. (Weinbold)

der umliegenden Gemeinden zu Modellversuchen eingeladen, die die Auswirkungen des Kraftwerks im Hochwasserfall darstellten. Schon damals stellten die Kraftwerksbetreiber klar, dass die Stauwerke ein Hochwasser nicht verhindern könnten. Diese Warnungen wurden jedoch ignoriert. Ende der Siebzigerjahre brachte ein Goldwörther Gemeinderatsmitglied eine Resolution ein, die Umwidmungen zu stoppen, weil die Gründe „nicht hochwassersicher“ seien. Seine Eingabe wurde abgelehnt.

Munter wurden in den folgenden Jahren Baugründe gewidmet und verkauft. Die Käufer warnte man

nicht. Das Land Oberösterreich, das die Gemeinden bei den Widmungen kontrollieren sollte, winkte diesen Wildwuchs durch.

Hagenau ist dabei kein Einzelfall. Auch in anderen Gemeindegebieten mit dem Segen der Landesbehörden zu Bauland. „Natürlich gibt es auf Landesebene (bei Widmungen, Anm.) die Tendenz, den Wünschen der Lokalpolitiker nachzukommen“, sagte Landeshauptmann Josef Pühringer (VP) wenige Wochen nach dem Hochwasser 2013 auf einem eigens einberufenen Hochwassergipfel. Die Leidtragenden dieser Widmungspolitik

sollen nun absiedeln. Sie werden dabei auf einem großen Teil der Kosten sitzenbleiben.

Betroffene nicht gewarnt

Das Haus von Familie Obermayr ist eines der letzten, das in Hagenau gebaut wurde. Im Jahr 2001 kaufte sie den Baugrund. Ein Jahr später kam das Wasser zum ersten Mal. Beim „Jahrhunderthochwasser“ im Jahr 2002 stand ihr Grundstück 70 Zentimeter unter Wasser. „Da sind bei uns alle Alarmglocken angegangen und wir haben uns umgehört“, sagt Anneliese Obermayr. Im Gemeindeamt habe man ihnen jedoch versichert, dass das Wasser

niemals höher steigen wird als im Jahr 2002. Ein Amtssachverständiger des Landes machte sie ebenfalls nicht auf die Überflutungszone aufmerksam. Familie Obermayr war beruhigt: „Wir hatten keinen Grund zu glauben, dass man uns Informationen vorenthält.“ Sicherheitshalber schütteten sie für ihr Haus einen 1,4 Meter hohen Erdhügel auf. Alle Vorsicht nutzte nichts. Fast drei Meter hoch stand das Wasser am 3. Juni 2013 in ihrem Haus in Hagenau. Nun sollen die Obermayrs ihr Zuhause aufgeben. Das Land legte nach dem Hochwasser Absiedelungszonen fest. Davon betroffen: ganz Hagenau.

Leerstehend, marod und meist teuer: Viele Firmengebäude suchen Käufer

130.000 Quadratmeter Verkaufsflächen stehen in Oberösterreich schon leer – Innenstädten und Ortskernen droht auf lange Sicht Verödung und „Verslumung“

Von Alfons Kriegelsteiner

LINZ. 3.470.000 Euro. So viel muss auslegen, wer das riesige verwaiste Firmengebäude des in Konkurs gegangenen Photovoltaik-Unternehmens „Bull Holding AG“ nahe der A1-Abfahrt Schörfling auf Lenzing Gemeindegebiet erstehen möchte. Der Vöcklabrucker Masserverwalter hat den angestrebten Verkaufspreis ins Internet gestellt. Nach wie vor hat sich kein Käufer gefunden. Kein Einzelfall, denn ausrangierte gewerbliche Liegenschaften halten mittlerweile in vielen Gemeinden Oberösterreichs einen „Dornröschenschlaf“. Einige Beispiele:

1 Wels: Noch kein Interessent hat sich für das ehemalige Strel-Werk gefunden. Gegenüber liegt die frühere Frauenklinik der GESPAG, in der lange Zeit die Psychiatrie untergebracht war. Vergangenen Donnerstag wurde die neue Psychiatrie-Abteilung im Klinikum Wels eröffnet, ab dieser Woche steht die alte Frauenklinik leer. Landeshauptmann Josef Pühringer hat seine Bereitschaft signalisiert, dort Asylwerber unterzubringen. „Ob dazu eine Umwidmung nötig ist, muss noch geprüft werden“, sagt der Welsler Baudirektor Karl Pany.

2 Eferding: Nach dem Wegzug des Modehauses Stöcker an die Peripherie fehlt ein Frequenzbringer. Die Schlecker-Filiale steht leer. Georg Spiegelfeld plant, den alten Saal durch ein Wohn- und Bürogebäude zu ersetzen.

3 Linz: An größeren „Leerständen“ in der Innenstadt sind derzeit die alte Fleischmarkthalle in der Holzstraße und das ehemalige Postverteilzentrum beim Hauptbahnhof zu nennen. Die Post hat dafür bei einem Immobilienentwickler eine Studie über künftige Verwertungsmöglichkeiten in Auftrag gegeben.

4 Vöcklabruck: Hier gibt es zwei große Leerflächen, wobei für



- 1 Die Firmengebäude von „Bull“ und „Funworld“ in Lenzing stehen zum Verkauf.
- 2 Die alte Fleischmarkthalle in der Linzer Holzstraße steht leer.
- 3 Das marode Gelände der Firma „Walther Glas“ in Braunau.
- 4 Zugesperrt: Traditionsgasthaus „Hacklwirt“ in Gmunden.

Fotos: gary (2), vowe, ho

Der Ortsentwicklung täte gut, wenn Gastronomen oder Handwerker in eigenen ‚Grätzeln‘ beisammen wären.“

Karl Zuser, Stadtmarketing Ried/1.

die ehemalige Libro-Filiale bereits der Umbau in ein Café fixiert ist. In der Vorstadt ist das Geschäftslokal, in dem sich bis vor kurzem eine Marionnaud-Filiale befunden hat, noch leer. Die Filiale wurde in die Burgstall-Passage verlegt.

5 Gmunden: In der Innenstadt finden sich vier markante verwaiste Häuser: der „Hacklwirt“, Gmunden traditionsreichstes Stadtwirtshaus, das frühere Mobitipp (eine Art Verkehrsbüro), das berühmte Schleisshaus, das bis zu seiner Schließung eine Spielhölle beherbergte, und Libro.

6 Braunau: Auf dem Stadtplatz stehen derzeit drei Geschäfte leer (Niedermeyer, Sport Hangöbl, Smile&Style), dazu einige in der Linzer Straße und in der Altstadt. Vor sich hinrottet das Areal der insolventen Firma Walther Glas im Industriegebiet.

Dass die „Leerstände“ vor allem in den Ortskernen allgemein zu-

nehmen, bestätigt Hans Hingsamer, Präsident des öö. Gemeindebundes. Denn für Gewerbebetriebe und Handelsketten sei es rentabler, an verkehrsmäßig gut erschlossenen Ortsrändern neu zu bauen, als die alten Niederlassungen in den Ortszentren zu sanieren. Der Einfluss der Kommunen sei in dieser Hinsicht beschränkt.

Hingsamer nennt ein Beispiel aus Münzkirchen. Dort hat der Unimarkt bei einem neuen Kreisverkehr am Ortsrand eine Filiale eröffnet: „Das hat der Sparmarkt im Zentrum bald zu spüren bekommen.“ Jetzt will auch der Sparmarkt zur Baustelle am Ortsrand übersiedeln. „Wenn das die Gemeinde verweigert, droht er mit dem Zusperrern“, sagt Hingsamer.

3 Fragen an...



Entwicklungsexperte Murauer Foto: CIMA

ROLAND MURAUER

Stadtenwickler

Der 47-jährige Innviertler ist geschäftsführender Gesellschafter der auf professionelle Stadtentwicklung spezialisierten Beratungs- und Managementfirma CIMA in Ried/1.

1 Wie viele Verkaufsflächen in Oberösterreich stehen leer und was sind die Gründe?

Roland Murauer: Derzeit gibt es 130.000 Quadratmeter leerstehender Flächen, überwiegend in den Orts- und Stadtkernen. Die Gründe liegen in den Rahmenbedingungen: im intensiven Wettbewerb, den unzeitgemäßen, schwer vermarktbareren (Klein-)Flächen und vor allem in wenig effizienten Leerflächenstrategien. Oft wurden Leerflächen katalogisiert und auf die Homepage gestellt, Interessenten sahen dann nur leere Flächen. Das war kein Anreiz, sich anzusiedeln.

2 Welchen Rat geben Sie den Kommunen, um die Entwicklung zu verbessern?

Das Wichtigste ist ein klares Signal für die Innenstädte. Dazu gehören verkehrstechnische Maßnahmen, gute Raumplanungspolitik und ein Masterplan. Man muss in Zukunft Leitimmobilien anbieten, ein Ärztehaus, eine City-Passage, ein Museum oder eine Schule. So wird die Besucherfrequenz von vornherein erhöht. Und man muss eine kleinräumige Filialisierung anstreben und nicht 500 Briefe an expansive Großunternehmen schreiben.

3 Was droht, wenn die Belegung der Innenstädte nicht gelingt?

Wenn mehr als zehn Prozent der Geschäfte leer stehen, sollten bei Kommunalpolitikern die Alarmglocken schrillen. Weil dann die Entwicklung in Richtung Verödung und „Verslumung“ mit all den sozialen und ökonomischen Problemen vorgezeichnet ist.

Unbekannte fällten wiederholt Bäume, um bessere Aussicht auf Linz zu haben

Besitzer des Waldes am Steyregger Pfenningberg erstattete Anzeige bei der Polizei

Von Christopher Buzas

STEYREGG. Dass nicht alle Wanderer und Mountainbiker, die sich in der Natur aufhalten, diese auch zu schätzen wissen, zeigte sich jüngst wieder in einem Waldgebiet am Pfenningberg. Unbekannte schnitten vor wenigen Tagen Jungbäume ab, „damit die Besucher des Gipfelkreuzes eine bessere Aussicht auf Linz haben“, sagt Niklas Salm-Reifferscheidt, Besitzer eines 350 Hektar großen Waldgrundstückes auf dem höchsten Berg rund um das Linzer Becken.

Bei den gefällten Bäumen handelt es sich um die verschiedensten Arten, darunter auch Tannen. „Wir haben uns jahrelang bemüht, dass wieder Tannen im Wald wachsen.

„Kaum haben wir es geschafft, dass wieder Tannen bei uns im Wald wachsen, werden die Bäume von Unbekannten zerstört. Das tut weh.“

■ Niklas Salm-Reifferscheidt, Großgrundbesitzer

Kaum haben wir das geschafft, werden die Bäume zerstört. Das tut weh“, sagt Salm-Reifferscheidt, der die Vorfälle bei der Polizei angezeigt hat. Die Chancen, den oder die Täter auszuforschen, gelten aber als äußerst gering.

Begrenzt sind auch die Möglichkeiten, Ausflüger an der Zerstörung der Natur künftig zu hindern. So ist es zum Beispiel nicht gestattet, der Öffentlichkeit bei Tageslicht das Betreten des Waldstückes zu verbieten. „Das verbietet das Waldöffnungsgesetz aus dem Jahr 1976“, sagt Salm-Reifferscheidt.

Seit langem im Familienbesitz

Der Großgrundbesitzer möchte stattdessen durch Aufklärung versuchen, dass künftig keine Pflanzen in seinem Wald mehr von Erholungssuchenden geschädigt werden. „Es geht schließlich um die Natur.“ Der Steyregger warnt aber davor, alle Ausflüger in einen Topf zu werfen. Schließlich gebe

es genug, die die Natur respektieren und sich dementsprechend verhalten.

Das betroffene Waldstück steht bereits seit Generationen im Besitz der Familie Salm-Reifferscheidt. Seit Jahren laufen die Arbeiten, um das Kronendach des Waldes zu schließen und dadurch dem Wind und der Erosion Einhalt zu gebieten. Schließlich wurde der Baumbestand durch die im Zweiten Weltkrieg über dem Pfenningberg abgeworfenen Bomben dezimiert.

Dazu kamen Stürme und Schneebrüche in den 1960er, 1970er und 1980er Jahren und die Schädigung der Natur durch die jahrzehntelange schlechte Luft im Linzer Stadtgebiet.



Ein Abwassersee nahe der Teersandproduktion von Syncrude in der Nähe von Fort McMurray in Alberta. Bei der Teersandproduktion fallen täglich rund 500 Millionen Liter Giftbrühe an, die in künstlich angelegte und ungesicherte Seen abgeleitet wird.



KURZ GEMELDET

Neue Förderschienen für Schutz vor Fischottern

Eisenstadt – Im Burgenland hat sich der in den 1980er-Jahren geschrumpfte Bestand an Fischottern wieder erholt. Mit zunehmender Verbreitung der Tiere häufen sich aber Klagen von Teichbesitzern über Schäden an den Fischbeständen. Das Land stellt nun ab Juli 2015 insgesamt 25.000 Euro Förderung zur Errichtung von Zäunen zum Schutz der Fischbestände zur Verfügung. Im Burgenland gibt es derzeit schätzungsweise 120 bis 160 erwachsene Fischotter. Die Förderung beträgt zwei Euro pro Laufmeter bei neu errichteten Zäunen. Zusatzinvestitionen zu bestehenden Einrichtungen können unter Umständen ganz abgegolten werden. Anträge nimmt die Landwirtschaftskammer entgegen. (APA, frei)

Online-Voting für die „greenstar“-Start-ups

Wien – Ab sofort kann jeder mitentscheiden, wer „greenstar 2014“ wird. Der Klima- und Energiefonds kürt mit diesem Wettbewerb das beste und aussichtsreichste nachhaltig orientierte Start-up-Unternehmen: Die drei Gewinner bekommen je 15.000 Euro, und die Initiativen werden in der Folge über einen längeren Zeitraum hinweg gezielt begleitet und qualifiziert. Die Entscheidung fällt zu 50 Prozent durch eine Fachjury – die andere Entscheidungshälfte wird über ein Online-Voting ermittelt. Das Ergebnis wird am 20. Jänner 2015 bei einer großen greenstart-Preisgala präsentiert. (frei) www.greenstart.at/voting

Öl aus Teersand: Schwenk der EU

Jubel in Kanada: Die EU-Kommission will Ölsande künftig doch wie alle anderen Mineralöle behandeln. EU-Parlament und EU-Rat müssen aber erst zustimmen. Hintergrund könnte die Verunsicherung durch die Spannungen mit Russland sein.

Bernadette Calonego aus Vancouver

In Kanada herrscht Freude. Der Wind gegen die Förderung der Ölsande hat sich in der Europäischen Union (EU) gedreht: Die EU-Kommission will nun doch nicht das Öl aus den Teersanden im Norden der kanadischen Provinz Alberta als besonders schmutziges Produkt bestrafen. Ursprünglich hatte die EU-Kommission die europäischen Importeure in einer neuen Treibstoffregelung für die größere negative Klimawirkung von Teersandöl haftbar machen wollen. Das wäre ein riesiges Hin-

dernis für solche Einfuhren aus Kanada gewesen. Die kanadische Regierung hatte in den vergangenen fünf Jahren in Brüssel gegen diese Diskriminierung der Ölsande heftig lobbyiert. Jetzt ist die EU-Kommission zurückgerudert: In der „Treibstoffqualitätsrichtlinie“, die die Kommission am 7. Oktober verabschiedet hat, wird das Öl aus den Teersanden wie alle anderen Mineralöle behandelt. Noch wird diese neue Entwicklung von den Kanadiern aber nicht voll als Triumph ausgekostet; EU-Parlament und Europäischer Rat müssen die Richtlinie noch genehmigen.

Europäische Umweltorganisationen hatten postuliert, dass bei der Produktion in den Ölsanden rund 25 Prozent mehr Treibhausgas als bei herkömmlichem Erdöl entstünden und dass es deswegen Sanktionen geben müsse. Die Förderung in den Teersanden verbrauche auch mehr Wasser und Energie als die normale Erdölproduktion. Aber laut (Noch-)EU-Klimakommissarin Connie Hedegaard konnte sich der ursprüngliche Vorschlag, aufgrund des Widerstands einiger Mitgliedstaaten nicht durchsetzen.

„Eine begehrte Option“

Die kanadischen Medien sehen die Spannungen zwischen der EU und Russland und die damit verbundene Unsicherheit um die russischen Energieexporte als Ursache für den Richtungswechsel. „Kanas Ölsande sind eine begehrte Option geworden“,

schrub die Zeitung *National Post*. Einigen EU-Mitgliedsländern war zudem ein Handelsabkommen mit Kanada sehr wichtig. Seit Jahren preist sich Kanada als verlässlicher und verantwortungsbewusster Energieproduzent mit politisch stabilen Verhältnissen. Noch wird sehr wenig Rohöl aus den Teersanden nach Europa exportiert. Der kanadische Energiekonzern Suncor Energy verschifft vor kurzem seine erste Ladung verdünntes Bitumen nach Europa vom Hafen der kanadischen Stadt Montreal aus. Von der US-Golfküste sandte die spanische Firma Repsol einen Tanker mit Teersandöl zu ihrer Raffinerie in Bilbao. Rohöl aus den kanadischen Teersanden wird auch von Europäern wie den britisch-holländischen Ölsandpartnern BP Royal Dutch Shell oder der französischen Total SA gefördert.

Wenn Reis und Cornflakes in die Dose rieseln

Ein Supermarkt in Berlin-Kreuzberg bietet seine Produkte ohne Verpackung an

Birgit Baumann aus Berlin

Tja, wo ist jetzt der gerohelte Majoran? Susanne schaut ein wenig ratlos auf die wuchtigen Regale. Auf diesen reihst sich Glasbehälter an Glasbehälter. Ah hier ist er. Nein, doch nicht, das ist der Oregon. „Grundsätzlich gefällt mir dieses System hier ja sehr gut“, sagt die 34-jährige Berlinerin. „aber anfangs ist es ein bisschen mühsam, sich zurechtzufinden.“ Sie steht mit einigen anderen Kunden in der Wiener Straße in Berlin-Kreuzberg. Dort gibt es seit kurzem einen Supermarkt, der es bereits zu einiger Bekanntheit gebracht hat. „original unverpackt“ heißt er, und damit ist auch das Konzept schon klar. Egal ob Reis, Nüsse, Mais, Gummibären, Nudeln, Hirse, Mehl oder eben Majoran – was man hier erwirbt, gibt es ohne Verpackung. Wobei die Bezeichnung „Supermarkt“ für den Laden etwas zu hochgegriffen ist. Er sieht eher aus wie eine große Greißlerei. Es ist auch nicht so, dass einen das Warenangebot zu erschlagen droht. Weniger ist hier mehr, das gilt nicht nur für die Verpackung. Aber es ist alles zu finden, was man an Grundversorgung braucht, auch Haarshampoo und

Duschgel, das in großen silbrig-glänzenden Gefäßen auf Kundenschaft wartet. Oder etwa Cornflakes. Kauft man diese im normalen Supermarkt, dann sind sie gleich doppelt verpackt: zuerst in einem Plastiksack, der noch einmal in einem Karton steckt. In Berlin-Kreuzberg bekommt man sie pur. Wie auch Reis oder Nüsse befinden sich die Cornflakes in großen durchsichtigen Behältern an der Wand. Jeder kann selbst hingehen und seine Menge nehmen. Erfahrene Kunden wie Jan, der gleich um die Ecke wohnt, sind schon routiniert. Jan hat für den Reis eine rosarote Plastikdose mitgebracht. Diese wiegt er zunächst an der Waage ab, damit er später nicht das Gewicht der Dose mitbezahlt. Das funktioniert wie im Erdbeerland, wo man vor dem Plücken am Feld ja auch den Behälter abwiegen lässt. „Uns ist egal, welche Behälter die Kunden mitbringen, da ist eigentlich alles erlaubt“, sagt einer der beiden Verkäufer, die hinter dem Ladentisch stehen und die Waren entgegennehmen. Es wird auch auf Schildern darauf hingewiesen, dass man die Lebensmit-

tel nicht in Behältnisse füllen soll, in denen sich zuvor Putzmittel befanden. Aber auf diese Idee wäre auch ohne den Hinweis vermutlich keiner gekommen. Wer ohne eigenes Gefäß zu „original unverpackt“ kommt, muss auch nicht mit leeren Händen nach Hause gehen, es gibt Dosen zu kaufen. „Einkaufen ohne Verpackung, das kann eine Massenbewegung werden“, sagt Milena Glimbovski selbstbewusst. Sie hat gemeinsam mit Sara Wolf den Laden gegründet. Die Idee kam den beiden jungen Frauen, als sie mitsammen kochten und sich danach über den vielen Verpackungsmüll ärgerten. Also entwickelten sie einen Businessplan für ein alternatives Geschäft und sammelten Geld per Crowdfunding. 20.000 Euro waren nötig, und diese hatten sie schon nach wenigen Stunden beisammen. Nach Ende der Frist von 40 Tagen waren sogar 115.000 Euro an Startkapital verfügbar. Der Laden in Kreuzberg soll nur der Anfang sein, jetzt wird ein Franchisesystem für andere Städte entwickelt. In der Wiener Heintzelestraße bietet seit Jänner dieses Jahres Lunzer Maß-Greißlerei Verpackungssloses an (DER STANDARD berichtet) mass-greisslerei.at

UMWELTBUCH

Öko-Diät nach Punkten

Das das Abnehmen über Punkte zählen funktionieren kann, kennen wir von den Weight Watchers. Dass das beim Abnehmen des persönlichen Ressourcenverbrauches auch möglich ist, regt der Journalist und *Biorama*-Herausgeber Thomas Weber an. *Ein guter Tag hat 100 Punkte* lautet der Titel seines am Dienstagabend präsentierten Buches – und der ist bereits das komplette Programm. Entwickelt hat dieses Konzept das Unternehmen Kairos auf Basis einer einfachen Überlegung: 6,8 Kilo pro Tag – das ist die Grenze. Mehr CO₂ sollte jeder Einzelne nicht verbrauchen, um klimafreundlich unterwegs zu sein. Nur: „Kein Mensch denkt in Kohlendioxidwölkchen“, erläutert Weber. Also was heißt das jetzt wirklich? Wie viel verpufft etwa bei einer Autofahrt? Was entweicht, wenn wir shoppen? Daher gilt nun: 6,8 Kilo sind 100 Punkte. Und dann wurde umgerechnet: Zehn Kilometer im SUV kosten etwa 53 Punkte. Einen Liter im Wasserkocher erhitzen: 0,2 Punkte. Eine Wegwerfwindel: zwei Punkte. 100 Gramm Tiefkühlpizza: sieben Punkte. 100 Gramm Erdäpfel: 0,2 Punkte. Und so weiter. Weber übersetzt dieses System nun für das täg-

liche Leben – gibt Tipps und präsentiert Angebote und Initiativen, die das Punktesparen erleichtern. Vom Naschkisterl bis zum Autofasten. Vom Gemeinschaftsbüro bis zur Initiative Radle zur Arbeit. Es wäre aber auch nicht Thomas Weber, wenn nicht auch ein bisschen Provokation dabei wäre. Wenn er etwa den Tipp gibt: „Iss bedrohte Tiere.“ Und nein: Er rät nicht, Pandas und Tiger zu essen, wie bereits vor der Präsentation kolportiert wurde. Im Kern geht es um bedrohte Nutztierarten. „Ein guter Tag ...“ erinnert natürlich sofort an Grassers „... beginnt mit einem ausgeglichene Budget“. Und da drängt sich schon die Frage auf, wie groß die Gefahr denn sei, dass man sich mit diesem Punktesystem auch in den Sack lügen könnte: dass man auf der einen Seite brav spart – aber andernorts fröhlich die Ökosau rauslässt. Aber auch diese Schummelgefahr kennen wir von den Weight Watchers. Bewusstseinskosten und angenehmen undogmatisch-angenehm ist das System allemal. Roman David-Freihst Thomas Weber, „Ein guter Tag hat 100 Punkte“, € 18,- / 216 Seiten, Residenz-Verlag, Wien 2014 eingutertag.org



Donnerstag, 30. Oktober 2014

AUSLAND

Donnerstag, 30. Oktober 2014

Der rotglühende Lavastrom des Mount Kilauea hat den Rand des Ortes Pahoa auf Hawaii erreicht. Er bewegt sich mit fünf bis neun m pro Stunde vorwärts und bedroht mehrere Häuser. Einige der 950 Einwohner mussten ihr Heim bereits verlassen. Der über 1200 m hohe Kilauea liegt auf Big Island und ist einer der aktivsten Vulkane der Erde.

Mehr als 300 Vermisste nach Schlammlawine auf Sri Lanka

Colombo. – Nach heftigen Monsunregen hat eine Schlammlawine auf Sri Lanka Teile eines Dorfes unter sich begraben. Mehrere Tote wurden geborgen, mehr als 300 Einwohner werden noch vermisst. „Ich war unter Schutt begraben, dann haben ein paar Leute mich rausgeholt. Meine Mutter und meine Tante sind gestorben“, berichtete eine verletzte Frau.



Video auf  krone.at

Foto: AP

Roms zweiter Niedergang

Verkehrschaos, Kriminalität, wachsende Armut und ein riesiger Schuldenberg: Die Ewige Stadt verwahrlost. Mittlerweile müssen private Mäzene aushelfen, um die zahlreichen Kulturgüter vor dem Verfall zu retten.

REPORTAGE: Gerhard Mumelter

Seit 79 Jahren war der monumentale Bau geschlossen. Am 19. August sollte das Mausoleum des Augustus dann kurz geöffnet werden – zum 2000. Todestag des glanzvollen römischen Kaisers. Hundert Personen gelang es, sich für die drei Führungen anzumelden, bevor das riesige Rundgrab wegen Restaurierung erneut geschlossen wurde, bis 2017. Den Besuchern bot sich ein schockierender Anblick: Das Mausoleum stand unter Wasser.

Was Medien als posthume Geste des Imperators gegen die Verwahrlosung der einst prächtigen Stadt deuteten, war lediglich einem Rohrbruch zuzuschreiben. Augenfalliger freilich hätte der nachlässige Umgang der Metropole mit ihrer historischen Größe kaum demonstriert werden können. Zuvor hatte der *Corriere della Sera* den desolaten Zustand des Mausoleums dokumentiert: Abfälle zieren die Stätte, Obdachlose schlafen im Zypressenhain. 1500 Jahre nach dem Ende des Römischen Reiches erlebt die Ewige Stadt ihren zweiten Niedergang.

Die Kapitale ächzt unter einem riesigen Schuldenberg, leidet unter Korruption, Misswirtschaft und aufgeblähter Bürokratie. Die Kriminalität wächst ebenso rasch wie die Zahl der Obdachlosen und das Verkehrsgewühl. Die Müllabfuhr ist überfordert. In Rom kommen 970 Autos auf 1000 Einwohner – das Doppelte von Paris.

Obwohl das Stadtgebiet Mailands wesentlich kleiner ist, verfügt die lombardische Finanzmetropole mit 84 Kilometern U-Bahn über ein doppelt so langes Streckennetz. In Rom hingegen müssen die Arbeiter an der dritten U-Bahn-Linie wegen Geldmangels immer wieder eingestell werden.

Jährlich 660 Kilo Müll pro Bürger

Als „sporca, caotica, insicura“ schildert der *Corriere della Sera* die Ewige Stadt – schmutzig, chaotisch und unsicher. „Die Infrastruktur funktioniert schlechter als unter Augustus“, spottet der *Tagesanzeiger*. Eine Rekordmenge von 660 Kilo Müll produziert jeder Römer pro Jahr – 200 mehr als der durchschnittliche Triester. Ist der Container voll, deponieren viele Bewohner ihren Abfall auf dem Gehsteig. Kühlschränke oder Bauschutt werden häufig nachts über die Böschung der Ausfallstraßen gekippt. Da die längst ausgelastete Deponie gesperrt wurde, muss die Stadt ihren Abfall nach Norditalien karren – für zehn Millionen Euro pro Jahr.

62.000 Personen stehen auf den Gehaltslisten der Gemeinde – gut das Doppelte des größten italienischen Autokonzerns Fiat. Die defizitären Verkehrsbetriebe haben in den letzten Jahren drei Milliarden Euro verschlungen. Doch 600 der 2200 Busse stehen defekt in den Depots, während sich in den funktionierenden Bussen die Fahrgäste drängen. Im Haushalt klappt ein Loch von 1,2 Milliarden Euro. Sogar die kommunalen Apotheken erwirtschaften jährlich ein Defizit von 15 Millionen Euro. Nur ein von der Regierung widerwillig genehmigtes Rettungspaket von 750 Millionen Euro sicherte Rom vorerst das finanzielle Überleben.

Der glücklos agierende Bürgermeister Ignazio Marino weiß nicht, wie er die Löcher stopfen soll. Markenzeichen des aus den USA zurückgekehrten Transplantationschirurgen ist sein Fahrrad, mit dem er in seinen Amtssitz auf dem Kapitol radelt. Doch gegen Korruption, Schlendrian, Misswirtschaft und Mafia vermag der 58-Jährige mit dem spröden Charisma wenig auszurichten.

Pizzakette in Mafia-Hand

„Die Mafia hat in Rom ein neues Gesicht und ist Teil des Wirtschaftssystems“, so der Staatsanwalt Giancarlo Capaldo. Autor des Buchs *Roma mafiosa*. Im Februar wurden über 90 Camorra-Verdächtige verhaftet, 385 Bankkonten gesperrt, 28 Immobilien und 91 Firmen wurden konfisziert – darunter die 23 Pizzerien der Ciro-Kette, zu deren Besuchern Matteo Renzi und Romano Prodi gehörten. Unter den Verhafteten befanden sich Bankdirektoren, Notare, Wirtschaftsberater und ein Vizepräsident. Ein Unternehmer entzog sich durch einen Sprung aus dem vierten Stock der Festnahme. 70 Prozent aller Lokale in der Altstadt sind in den Händen der Mafia“, versichert die Präsidentin der Bezirksvertretung, Sabrina Alfonsi. Am deutlichsten macht sich der Niedergang der Stadt



Im Juni begann die Restaurierung des Trevi-Brunnens. Financier ist die Fendi-Gruppe. Länger eingerüstet ist das Kolosseum. Dass Diego Della Valle, Chef von Tod's, für den Großteil der Kosten aufkommt, löste in der Stadt Kontroversen aus. Kein Mäzen hat sich bisher für die maroden römischen Verkehrsbetriebe gefunden: überfluteter Abgang zu einer U-Bahn-Station.

Fotos: APA/Caroni, Heribert Cora, APA/Mantani, APA/Percossi, privat

in der tristen Peripherie bemerkbar. Im Viertel San Basilio traut sich bei Dunkelheit kaum jemand auf die von Dealern bevölkerten Straßen. Im zehnten Stockwerke hohen und einen Kilometer langen Wohnblock Corviale im Südwesten müssen sich die 8000 Bewohner nachts verbarrikadieren.

Nur auf der Touristenmeile zwischen Vatikan und Kolosseum zeigt sich Rom im gewohnten Glanz. Mülltonnen werden pünktlich geleert, in den Kaffeehäusern der Piazza Navona entfernte Stadtverwaltung sogar einige Hundert Tische, die ohne Genehmigung platziert worden waren. Da der Stadt die Mittel zur Erhaltung ihrer Kunstdenkmäler fehlen, springen private Sponsoren ein. So wird die Restaurierung der Fontana di Trevi vom Modehaus Fendi finanziert. Auch das Kolosseum wird von seiner dunklen Patina befreit – mit einer 26-Millionen-Spende von Tod's-Luxusartikelhersteller Diego Della Valle.

Wer beim Amphitheater in die U-Bahn steigt, wird dann im verwahrlosten Bahnhof Termini mit den täglichen Problemen der Römer konfrontiert. Häufig inszenieren Jugendliche kurz vor Abfahrt der Züge ein Gedränge, um die Hände in die Taschen der Passagiere gleiten zu lassen. Der Bus der Linie 64 von Termini zum Vatikan gilt als bevorzugter Arbeitsplatz für Taschendiebe, vor denen sogar der Papst öffentlich warnte: „Wer im Bus das Evangelium liest, sollte auf seine Tasche achten.“

Warnung vor Taschendieben

Das Londoner Foreign Office hat britische Touristen letzthin offiziell vor den Taschendieben in Roms Verkehrsmitteln und Bahnhöfen gewarnt. Die Stadt sei „zu einem wahren Inferno für die Touristen verkommen“, klagt auch die Hoteliervereinigung. Dennoch wächst die mittlerweile auf zwölf Millionen gestiegene Besucherzahl Jahr für Jahr.

Ständig vergrößert auch der unaufhaltsame Migrantstrom das Heer der illegalen Verkäufer von Blumen und gefälschten Markenartikeln. Schon dienen Kirchen wie die Basilika Santa Maria Maggiore als Notunterkünfte, die Menschen verzeichnen steigenden Zustrom von Obdachlosen. Das Durchschnittseinkommen ist in fünf Jahren um 15 Prozent gesunken, die Jugendarbeitslosigkeit auf 46 Prozent gestiegen.

Wachsende Armut paart sich in der Sehnsuchtsstadt vieler Reisender mit schillerndem Reichtum: Die in Monte Carlo ansässige römische Unternehmerin Angiola Armelini wurde letzthin verhaftet, weil sie für ihre 1234 Wohnungen keine Immobiliensteuer bezahlt hatte. Dem Glanz der privaten Palazzi und Fünf-Sterne-Hotels steht die Verwahrlosung öffentlichen Besitzes entgegen. Antike Stätten bröckeln, viele Straßen sind mit Schlaglöchern übersät, Grünanlagen zu illegalen Zeltlagern degradiert.

Jeder größere Wolkenbruch stürzt Rom ins Chaos. Die Stadt, die sich einst mit dem stolzen Beinamen „Caput mundi“ schmückte, lebt von der Vergangenheit. Die „Kapitale der Welt“ verschlafft die Zukunft. Ihre Altlasten werden auf rund 13 Milliarden Euro veranschlagt. Obwohl 250.000 Wohnungen leerstehen, fressen sich hässliche Wohnblöcke in den Grüngürtel der Stadt. 20 Prozent davon werden illegal errichtet. Jeder der 1650 „Immobilienkönige“ der Hauptstadt besitzt über 500 Wohnungen.

In den Gemeindestuben können sich in diesen 150.000 Gesuche um Sanierung von Bausünden. In der Rangliste der sichersten Provinzmetropolen Italiens liegt Rom unter 110 Städten auf Platz 101. Das *Wall Street Journal* resümierte: „Rom steht wie Detroit am Rande des Bankrotts.“



Über 15 Jahre lang hat Gerhard Mumelter, 67, in erstklassiger Weise für den STANDARD aus Rom über Politik, Land und Leute berichtet. Nun übergibt er die Agenda an Dominik Straub, 53, bleibt uns aber als Korrespondent für Südtirol erhalten. Arrivederci, Gerhard, e grazie mille!

Die Redaktion

Hochwasserschutz: Diskussion um Maßnahmen im Eferdinger Becken

FELDKIRCHEN. GOLDWÖRTH, OTTENSHEIM, WALDING. Der Plan des Landes, einen Hochwasserschutzdamm im Eferdinger Becken ähnlich dem Machlanddamm zu errichten, stößt bei der „Initiative Hochwasserschutz Eferdinger Becken“ auf Widerstand. Schutzdämme für Siedlungen sollen errichtet werden, und nicht Landstriche entvölkert werden, lautet das wichtigste Gegenargument.

Dicht verbaute Ortschaften sollen durch Ring-Dämme, Einzelbauten und kleine Häusergruppen durch mobile Bauten geschützt werden. Für trockene Häuser bei einem 100-jährigem Hochwasser genügen laut der Initiative an den meisten Stellen bis zu eineinhalb Meter hohe Schutzbauten. Das ist eine der Forderungen aus dem Masterplan der Initiative, die deren Sprecher Gerald Zincke aus Goldwörth den Ministern Andrä Rupprechter (zuständig für Land- und Forstwirtschaft sowie für Umwelt- und Wasserwirtschaft) und Infrastrukturminister Alois Stöger, der in Feldkirchen lebt, sowie an Mitglieder der oberösterreichischen Landesregierung übergeben hat.

Rund 130 Häuser betroffen

Rund 130 Häuser sollen südlich und nördlich der Donau wegen des 250 Millionen teuren Damms abgesiedelt werden. Dieser Damm kostet dem Steuerzahler viel zu viel Geld und treibt viele Absiedler in den Ruin, unkt dagegen die Initiative. Zum Bündel von Forderungen im Masterplan für besseren Hochwasserschutz gehört das regelmäßige Ausbaggern oder Absaugen der Ablagerungen (Sedimente) aus den Stauräumen der Kraftwerke.

Eine weitere Forderung sind das Anlegen von Flusspoldern in der Au. Dabei handelt es sich um Auwald und landwirtschaftliche Flächen, die mit Dämmen gegen das Umland abgegrenzt sind. Diese Becken können bei Hochwasser gezielt über ein Einlaufwerk geflutet und dann wieder kontrolliert entleert werden. Das Hochwasser würde dann nicht mehr große Flächen „entwässern“ – allein in den vier Gemeinden waren es 2013 mehr als 20 Quadratkilometer. Sicherlich rächt es sich jetzt, dass viele ehemalige Donauarme und natürliche Wasser-Rückhaltebecken in den vergangenen Jahrzehnten sukzessive aufgefüllt wurden. Es gibt aber auch kein Gesetz, das diese Maßnahmen untersagt hätte

– außer den Gesetzen der Vernunft und Erfahrung. Das heißeste Eisen derzeit ist die Wehrbetriebsordnung, das Öffnen der Schleusentore der Kraftwerke im Fall eines Hochwassers. Die Verbund AG will für die Kraftwerke Wallsee-Mitterkirchen, Abwinden-Asten, Ottensheim und Aschach „Anpassungen der Wehrbetriebsordnung“ erreichen. Der Antragstellerin will tatsächlich einen „vorübergehendes Verlassen der vorgegebenen Toleranzgrenzen für den Oberwasserspiegel“ in den vier Kraftwerksräumen. Diese „Abweichungen“ seien schwer einzuschätzen und lassen nicht kalkulierbare Folgen für die Gemeindebewohner befürchten, wertet der Feldkirchner Bürgermeister Franz Allerstorfer (SP) dagegen.

triebsordnungen für die Kraftwerke Abwinden/Asten und Ottensheim von 2008 aufgehoben werden. Das Anheben des Wasserspiegels im Stauraum Abwinden/Asten habe beim Hochwasser 2013 zu einem erhöhten Wasserstand in Ottensheim und da zu einem Rückstau geführt. Nur die Fließrichtung des Wassers im Nebenfluter, in der Rodl, im Pesenbach hat sich sogar umgekehrt. Also kann man örtlich von einem „doppelten Hochwasser“ sprechen. Vorwürfe.

Kritik hagelte es seitens der Bürgermeister, weil die beiden für Mitte November geplanten Info-Veranstaltungen in Alkoven und in Feldkirchen vom Land abgesagt worden sind. Umwelt-Landesrat Rudi Anschöber argumentierte die Absage so:



Pläne, aus dem Eferdinger Becken Häuser wegen eines Hochwasserschutzdamms abzusiedeln, stoßen auch auf Widerstand.

Foto: rubra

Die Schlammablagerungen in den Stauräumen und Vorflutern der Donau lassen die Annahme zu, dass es im Bereich der Landshaager Überströmstrecke zu einem Hochwasser mit noch katastrophaleren Folgen kommen könne. Die Problematik der Sedimente sei im Verbund-Antrag praktisch ignoriert worden, lautet der bittere Vorwurf des Bürgermeisters. „Bei der wasserrechtlichen Verhandlung im Linzer Design-Center wurden die Einwendungen und Befürchtungen der Bürgermeister vom Sachverständigen abgewimmelt. Ich bin schon auf das Protokoll gespannt“, zog Allerstorfer bittere Bilanz. Dass die Ängste der Bewohner in Hochwasserzonen beim Sachverständigen nicht ernst genommen worden sind, tut auch Goldwörths Bürgermeister Johann Müllner (VP) weh. Die Initiative Hochwasserschutz Eferdinger Becken fordert generell, dass die Wehrbe-

„Nach den Schätzigutachten für mögliche Umsiedler hat es einige Enttäuschung gegeben. Das ist aber die entscheidende Frage für viele, ob sie sich ein Umsiedeln leisten können. Daher wollen wir diese Kritik ernst nehmen. Allen Betroffenen wird das eigene Gutachten offengelegt. Gibt es massive Einwände, so hat der Finanzminister zugesagt, diese Gutachten nochmals zu überprüfen. Die beiden Info-Veranstaltungen werden stattfinden, sobald alle Informationen vorliegen.“

Zur Initiative Hochwasserschutz Eferdinger Becken sagte Anschöber, er begrüße die Vorschläge aus der Region. „Das Problem ist, dass die Betroffenen extrem versichert werden. Tatsache ist, dass eine Absiedlung für die Betroffenen die einzige hundertprozentige sichere Schutzmaßnahme vor Hochwässern ist“, sagt Anschöber.

Wolfgang Reisinger

Treibhausgase: Ausstoß bis 2100 auf null senken, fordert der Weltklimarat

Treibhausgas-Konzentration in der Atmosphäre auf höchstem Stand seit 800.000 Jahren

KOPENHAGEN. Der Weltklimarat (IPCC) hat in seinem Abschlussbericht zum sofortigen Handeln aufgerufen, um die Erderwärmung auf unter zwei Grad zu begrenzen. Wenn nicht rasch Schritte zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen unternommen würden, drohten tiefgreifende und irreversible Veränderungen des Weltklimas, warnte das Expertengremium gestern in Kopenhagen.

Der sogenannte Synthesebericht des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) fasst die Ergebnisse der drei vorherigen Teilberichte, die von September 2013 bis zum April dieses Jahres nach und nach vorgestellt wurden, nun noch einmal zusammen.

Notwendig sei demnach die Reduzierung des Ausstoßes der Treibhausgase um 40 bis 70 Prozent bis 2050 und auf null bis 2100. Dafür müsse von fossilen Energiequellen wie Öl, Gas und Kohle auf Energie aus erneuerbaren Quellen wie Sonne, Wind und Wasser umgestellt und der Energieverbrauch deutlich reduziert werden. Sollte der Ausstoß der klimaschädlichen Gase nicht drastisch verringert werden, drohe eine Erwärmung um bis zu vier Grad und die Zunahme extremer Wetterphänomene wie Stürme, Hitze und Überschwemmungen.



Eine der Forderungen des Weltklimarates: rascher Verzicht auf fossile Brennstoffe wie Kohle.

Foto: epa

Seit 1950 wurde laut dem IPCC eine kontinuierliche Erwärmung der Atmosphäre und der Ozeane registriert, während die Eismassen und Gletscher zurückgingen. Zugleich wurden ein Anstieg des Meeresspiegels und eine zunehmende Versäuerung der Ozeane gemessen. Der Zeitraum von 1983 bis 2012 war wahrscheinlich die wärmste 30-Jahres-Periode der vergangenen 1400 Jahre. Die Konzentration der Treibhausgase in

der Atmosphäre sei auf dem höchsten Stand seit mindestens 800.000 Jahren, warnte der IPCC.

Dänemark verzichtet auf Kohle

Dänemark will als Antwort auf den aktuellen Weltklimabericht schon in gut zehn Jahren auf Kohle als Brennstoff verzichten. „Dieser Report hat mich überzeugt, dass wir fossile Brennstoffe früher als gedacht auslaufen lassen müssen“, sagte Klimaminister Rasmus Hel-

veg Petersen. „In Dänemark haben wir gelernt, dass die Energiewende das Wirtschaftswachstum nicht begrenzen muss. Unser Bruttoinlandsprodukt ist gestiegen, während unsere CO₂-Emissionen gesunken sind.“

Der Bericht „muss ein Weckruf für die internationale Klimapolitik sein“, forderte Grünen-Chefin Eva Glawischning. Sie verlangte einen global verbindlichen Vertrag bei der Klimakonferenz 2015.

WELTKLIMABERICHT

Klimaermüdung

Eric Frey

Der Weltklimarat (IPCC) hat seinen jüngsten Weltklimabericht in drei Teilen veröffentlicht und nun in einem vierten Teil eine Zusammenfassung geliefert. Mit dieser PR-Politik will das Gremium seine dramatische Botschaft – dass die Welt einer Katastrophe entgegensteuert, wenn sie die Emission von Treibhausgasen nicht rasch und radikal reduziert – weiter verstärken. Aber bei aller Qualität der Forschung, die in den Bericht eingeflossen ist, droht dessen Wirkung zunehmend zu verpuffen.

Die Warnungen der Klimaforscher sind inzwischen gut bekannt und erregen immer weniger Aufmerksamkeit. Obwohl sich der Klimawandel Jahr für Jahr im täglichen Leben stärker bemerkbar macht – durch Dürre, Stürme, Überschwemmungen und Gletscherschmelze –, ist in den Industriestaaten die Bereitschaft zu handeln eher gesunken als gestiegen. In Zeiten der Wirtschaftskrise haben andere Sorgen wie fallende Einkommen und Arbeitslosigkeit Vorrang. Auch die geopolitischen Spannungen in Osteuropa und im Nahen Osten tragen dazu bei, dass die Erderwärmung weniger wichtig genommen wird, als sie sollte. Kein Politiker muss um seine Wiederwahl fürchten, weil der CO₂-Ausstoß im Land nicht wie versprochen zurückgeht.

Die Verantwortung liegt bei der Politik. Aber auch der Weltklimarat und seine Mitkämpfer müssen sich überlegen, wie sie ihre Botschaft besser hinüberbringen können. Cassandra hat zwar recht gehabt, aber Troja nicht gerettet.

Klimarat fordert globale Kur gegen Erderwärmung

Damit die Welt einer Klimakatastrophe entgeht, fordert der Weltklimarat, dass Öl und Kohle bis Ende des Jahrhunderts ausgedient haben sollen. „Jeder Mensch kann helfen“, sagt Uno-Chef Ban Ki-moon.

Jan Dirk Herbermann aus Genf

Der Weltklimarat schlägt wieder Alarm: Die Erderwärmung werde keinen „Teil der Welt unberührt lassen“, warnte der Vorsitzende des Uno-Gremiums, Rajendra Pachauri, am Sonntag in Kopenhagen. Das Gesicht der Welt drohe sich für immer zu verändern. Pachauri veröffentlichte einen neuen Bericht seines Rates über die Erderwärmung.

Uno-Generalsekretär Ban Ki-moon rief bei der Präsentation die Weltgemeinschaft zum entschlossenen Kampf auf. „Massive und sofortige“ Anstrengungen seien nötig, um die Welt vor einer aufziehenden Klimakatastrophe zu bewahren, sagte Ban. „Die Zeit ist nicht auf unserer Seite“, warnte er. Wenn ein Kind an Fieber leide,

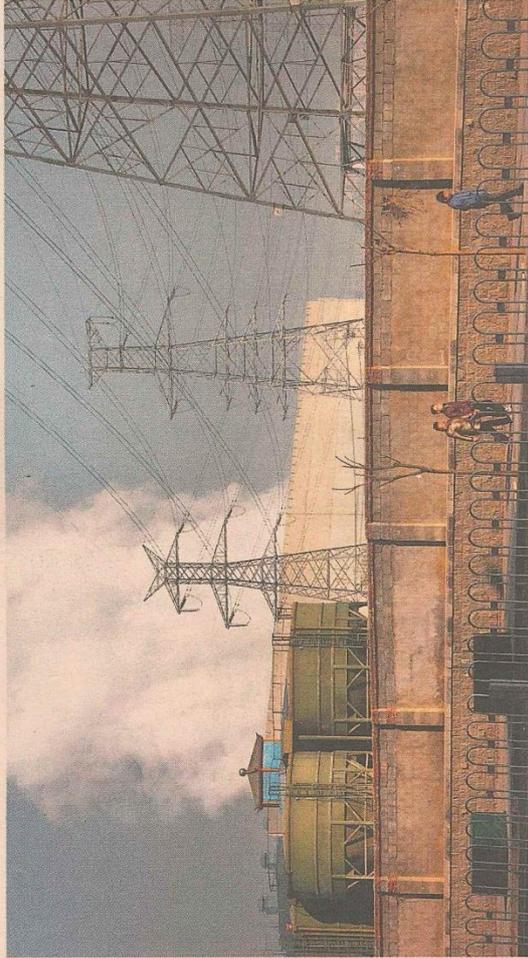


Foto: Reuters / David Gray

Kohlendioxid und der Ausstoß von Treibhausgasen müssen laut Weltklimarat rasch reduziert werden.

würden die Eltern handeln. Genauso müsste die Menschheit handeln, da die Temperaturen auf der Welt unaufhörlich in eine Richtung gingen: nach oben.

Jeder Mensch könne zum Kampf gegen den Klimawandel beitragen – etwa durch sparsamen Energieverbrauch. Ban drängte die Politiker, ein ambitioniertes Klimaabkommen bis Ende 2015

zu verabschieden. Der Vertrag müsse die Welt in eine klimafreundliche Zukunft führen.

Pachauri stellte klar: Der Mensch ist die „dominante Kraft“ für das Klimasystem. Er verlangte, den Ausstoß der gefährlichen Treibhausgase bis zur Jahrhundertmitte um 40 bis 70 Prozent zu drosseln. Bis zum Ende des Jahrhunderts dürften keine Emissio-

nen mehr stattfinden. „Nullmission“ sei das Ziel. Doch das Zeitfester schließe sich immer schneller, erklärte der Inder. Deshalb sei eine Politik des „Weiter so wie bisher“ nicht mehr zu verantworten. Der Verbrauch fossiler Energieträger wie Öl und Kohle müsse so schnell wie möglich heruntergefahren werden. Die Zukunft gehöre den erneuerbaren Energien.

Der Bericht hält fest, dass die Erderwärmung bereits zu Veränderungen wie Eisschmelze führte, die beispielsweise für „jährzehnte bis Jahrtausende“ sind. Die Konzentration des klimaschädlichen Kohlendioxids hat demnach den höchsten Stand seit mindestens 800.000 Jahren erreicht.

Ein fortschreitender Klimawandel werde „schwere, permanente und irreversible“ Folgen für Menschen und Ökosystem haben. Lasse man die Erderwärmung unkontrolliert treiben, würde der Meeresspiegel weiter ansteigen, Gletscher würden für immer verschwinden, extreme Wettersituationen würden sich häufen. Armut würde zunehmen, viele Menschen müssten ihre Heimat verlassen, weil die Erderwärmung ein Leben dort nicht mehr zuließe.

Der Report ist die Zusammenfassung des fünften Sachstandsberichtes des Klimarates, zu dem 800 Wissenschaftler beigetragen haben. Der „Synthese-Bericht“ bündelt bereits drei veröffentlichte Teilberichte. In den vergangenen Jahren präsentierte der Weltklimarat eine Reihe von düsteren Berichten über die Erderwärmung – der lose Zusammenschluss von Wissenschaftlern erhielt für seine Arbeiten 2007 den Friedensnobelpreis.

Kommentar Seite 20

Weltklimarat mahnt zur Eile

Globale Maßnahmen gegen Klimawandel müssten nun rasch erfolgen

Das Weltklima befindet sich in einem alarmierenden Zustand. Noch sei es aber nicht zu spät, um mit einigermaßen begrenzten Kosten Gegenmaßnahmen einzuleiten — vorausgesetzt, es werde sofort damit begonnen. So lassen sich die Ergebnisse der Zusammenfassung dreier Berichte des Weltklimarates

auf den Punkt bringen. Ohne sofortiges entschlossenes Handeln würden demnach tiefgreifende und irreversible Veränderungen des Weltklimas drohen.

Die Konzentration der Treibhausgase in der Atmosphäre ist den Experten zufolge auf dem höchsten Stand seit gut 800.000 Jahren. Die weltweite

Oberflächentemperatur sei zwischen 1880 und 2012 um 0,85 Grad gestiegen, der Meeresspiegel sei zwischen 1901 und 2010 um 19 Zentimeter nach oben geklettert. Um eine Erwärmung von über zwei Grad Celsius zu verhindern, sei nun eine globale Reduzierung der CO₂-Emissionen nötig.

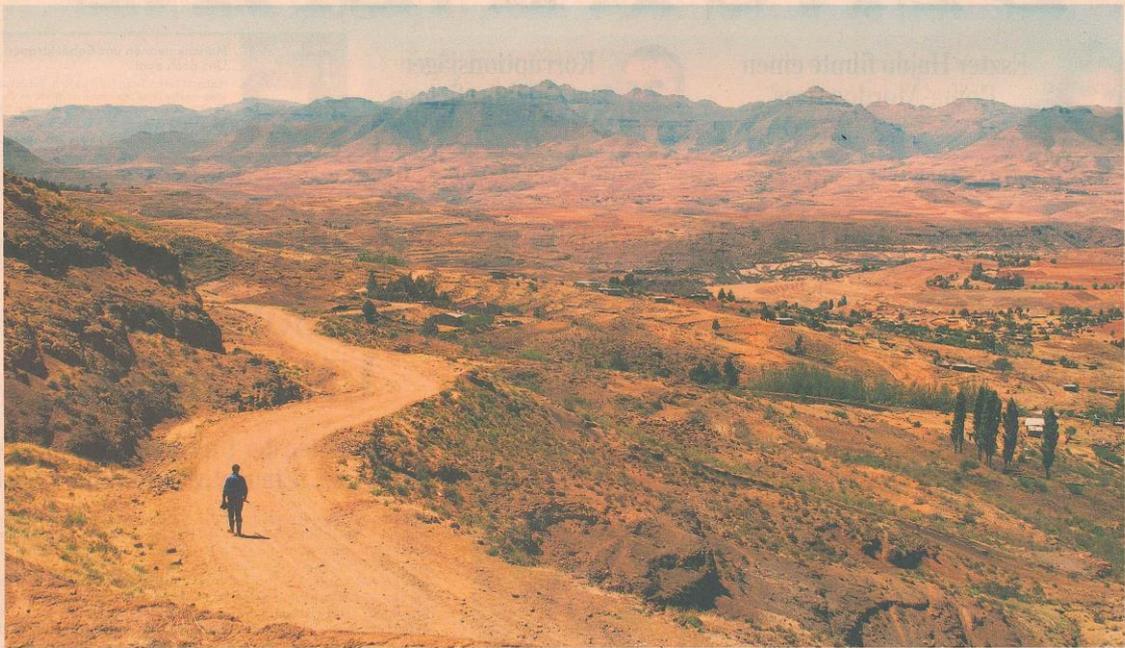


Foto: AP / Chris Terzola

Binnenentwicklungsländer wie Lesotho haben mit hohen Kosten für Handel, langen Transportwegen und mangelnder Infrastruktur zu kämpfen. Das behindert ihr Wachstum.

„Ein Meilenstein“ für benachteiligte Länder

Die größte Wiener UN-Konferenz seit zehn Jahren soll Binnenentwicklungsländern einen Wachstumsschub verschaffen. Hinter den Kulissen geht es aber auch darum, was im nächsten Jahr den Millenniumszielen folgen soll.

Julia Raabe

Robert Mugabe hat sich etwas verspätet. Der österreichische Außenminister Sebastian Kurz, Bundespräsident Heinz Fischer und UN-Generalsekretär Ban Ki-moon sitzen am Montag bereits auf dem Podium im großen Konferenzsaal der Wiener UN-City, als sich eine Seitentür öffnet und das umstrittene Staatsoberhaupt Simbabwes samt seiner Sicherheitsleute quer durch den Saal marschiert, um am Tisch seiner Delegation Platz zu nehmen. Simbabwe ist eines von 32 Entwicklungsländern, um die es geht bei der größten Wiener UN-Konferenz seit 10 Jahren: Im Fokus ste-

hen Entwicklungsländer ohne Meereszugang, kurz LLDCs (siehe Wissen). Über 1000 Diplomaten, Wirtschaftsvertreter und NGO-Aktivistinnen sind angereist aus über 90 Ländern, darunter eben auch Staatschefs wie Mugabe oder Bolivians Evo Morales (s. unten). UN-Chef Ban spricht vor Journalisten von einem „Meilenstein“.

Die LLDCs gelten als besonders benachteiligt: Weil über drei Viertel des Welthandels über den Seeweg laufen, ist der Zugang zu den Weltmärkten für diese Länder viel schwieriger und teurer. Es gibt komplizierte Transit-Regelungen, oft fehlt außerdem die Infrastruktur. Ein Aktionsplan am Ende der dreitägigen Konferenz soll des-

halb Maßnahmen für die nächsten zehn Jahre festlegen, um den LLDCs in ihrer Entwicklung zu helfen: Handels- und Transiterleichterungen, der Ausbau von Infrastruktur, regionale Integration. „Kein Land darf zurückbleiben“, sagt Generalsekretär Ban.

Doch im Hintergrund geht es um noch viel mehr – deshalb sind die Verhandlungen über den Aktionsplan auch nicht ohne Konflikte abgelaufen: 2015 ist das Jahr, in dem sich die UN-Mitgliedstaaten auf ein Nachfolgeprogramm für die Uno-Millenniumsziele einigen wollen. Im September 2015 sollen sie verabschiedet werden.

Dieser Katalog muss erst noch ausverhandelt werden. Dokumente wie der geplante Aktionsplan und die Abschlusserklärung der LLDC-Konferenz sind für die Entwicklungsländer auch Gelegen-

heiten zu versuchen, den Industriestaaten schon jetzt Zugeständnisse abzurufen, auf die sie in den Verhandlungen über die Post-2015-Agenda verweisen können – vor allem finanzieller Natur. „Sie versuchen eine Art Präventivschlag“, sagt ein Diplomat.



Kam zur Konferenz über LLDCs in Wien: Mugabe. Foto: APA/Schlager

Derzeit hat die Staatengemeinschaft 17 Themenbereiche identifiziert, die den acht Millenniumszielen nachfolgen sollen. Sie gliedern sich in fast 200 Unterziele – viel zu viel, heißt es in westlichen diplomatischen Kreisen. „Das ist nicht mehr kommunizierbar.“ Aber weil so viele Akteure beteiligt sind für alle Staaten universell und die neue Agenda universell für alle Staaten gelten soll, ist die Liste so lang geworden. Jetzt warten die Staaten auf einen Bericht des Generalsekretärs, der alles zusammenfasst und, den Blick in die Zukunft weist“, wie es heißt.

Als Präsident der Uno-Generalversammlung kommt in diesen Verhandlungen auch Sam Kutesa eine wichtige Rolle zu, dem bisherigen Außenminister Ugandas. Die Kritik, dass die Post-2015-Agenda zu ambitioniert ausfallen könnte, lässt er nicht gelten. „Die Ziele sind notwendigerweise ambitioniert – wir sprechen hier von einer Agenda, die die Welt verändern soll“, sagt er im Gespräch mit dem STANDARD. Das übergeordnete Ziel bleibe: „Die Armut abschaffen und nachhaltiges Wachstum zu erreichen.“

Anfang nächsten Jahres sollen die Verhandlungen beginnen. Besonders wichtig sei für die Entwicklungsländer die Schaffung von Infrastruktur – Straßen, Schienen, Informationstechnik, Energie. Auch deshalb sei die Wiener Konferenz so wichtig. Aber: „Die Ziele zu setzen ist eine Sache – sie zu finanzieren eine andere.“ Die öffentliche Entwicklungshilfe reiche dazu nicht aus. Deshalb sei in Zukunft auch vor allem der Privatsektor gefragt.

„Bolivien ist eigentlich kein Binnenland“

Präsident Morales hofft im Streit um Pazifikzugang auf Hilfe durch den Internationalen Gerichtshof

Bert Eder

Über eine Stunde ließ Evo Morales am Montag die versammelte Presse warten. Bolivians soeben wiedergewählter Präsident weilt derzeit in Wien, um die 2. UN-Konferenz der Binnenentwicklungsländer zu besuchen, an der Vertreter von 32 Staaten teilnehmen.

Dort erklärte er, dass Bolivien eigentlich kein Binnenland sei, sondern lediglich „vorübergehend seines Meereszugangs beraubt“ worden sei. Das südamerikanische Land verklagte 2013

seinen Nachbarn Chile vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag, um den im Salpeterkrieg (1897-1884) verlorenen Zugang zum Pazifik wiederzuerlangen.



Evo Morales hatte kaum Zeit für die Presse. Foto: Bert Eder

Man hoffe, dass das Den Haager Gericht Chile zur Wiederaufnahme von Verhandlungen zwingen werde, erklärte Bolivians Ex-Präsident Eduardo Rodriguez, der Morales auf einer Reise begleitet.

Wie der angestrebte Meereszugang Bolivians konkret aussehen könne, wollte Morales nicht ausführen: Dies sei Gegenstand aktuel-

ler Verhandlungen, es gebe viele Möglichkeiten.

Morales beklagte bei der Pressekonferenz, dass ihm gegenüber mehrere chilenische Staatsoberhäupter ihre Bereitschaft zu einer friedlichen Lösung des Konflikts beteuert hätten, am Ende aber weder von Präsidentin Michelle Bachelet noch von deren Vorgänger und Nachfolger Sebastián Piñera konkrete Vorschläge gekommen seien.

Gaskonflikt mit Brasilien

„Das Problem liegt nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen den Regierungen“, erklärte Morales. Bei seinen Besuchen im Nachbarland habe er mehrmals festgestellt, dass im Gegensatz zu den Politikern Chiles soziale Be-

wegungen Bolivians Anliegen unterstützen.

Wenig kompromissbereit gab sich Präsident Morales im Gaskonflikt mit Brasilien: Die während seiner Amtszeit verstaatlichte Pipeline, durch die Erdgas in das Nachbarland transportiert wird, sei Eigentum des bolivianischen Volkes, die enteignete Betreibergesellschaft habe Umsturzpläne gegen seine Regierung unterstützt.

Ausländische Gasunternehmen seien nunmehr lediglich „Partner Bolivians“. Er habe kürzlich Verhandlungen mit dem spanischen Gas- und Erdölkonzern Repsol geführt, dessen Vorstand großes Interesse an einer langfristigen Zusammenarbeit mit Bolivien gezeigt habe.

WISSEN

Die Länder ohne Meereszugang

Die Binnenentwicklungsländer (Landlocked Developing Countries) wurden 2003 bei einer Konferenz im kasachischen Almaty als Gruppe anerkannt. Sie umfassen: Mazedonien, Moldawien, Bolivien, Paraguay, Afghanistan, Armenien, Aserbaidschan, Bhutan, Kasachstan, Kirgistan, Laos, Mongolei, Nepal, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan, Äthiopien, Botswana, Burkina Faso, Burundi, Lesotho, Malawi, Mali, Niger, Ruanda, Sambia, Simbabwe, Südsudan, Swasiland, Tschad, Uganda, Zentralafrika. Außenminister Sebastian Kurz wurde zum Präsidenten der Konferenz in Wien gewählt. (raa)

Wasserkraft: Naturschützer klagen gegen Verordnung

Tiroler Kraftwerke weiterhin Streitthema

Innsbruck – Der Ausbau der Wasserkraft im Tiroler Oberland steht nun unter „öffentlichem Interesse“. Das Umweltministerium hat am Montag eine Verordnung erlassen, die dies bestätigt. Es würden jedoch keine einzelnen Projekte bewertet, sondern generelle Empfehlungen und Vorgaben auf Basis des Rahmenplanes der Tiroler Landesregierung gegeben.

Die Umweltverbände zeigen sich erneut alarmiert. Dem „größten Anschlag auf die Tiroler Natur seit Jahrzehnten“ sei der Weg geebnet worden. Die Organisationen wollen gegen die Verordnung beim Verfassungsgerichtshof klagen und eine Beschwerde bei der Europäischen Kommission vorbereiten.

Auch die Tiroler Grünen sind verärgert. Die Position der Landesregierung habe nicht vollständig Eingang in den Rahmenplan des Umweltministers gefunden – zwei Bäche seien nicht als Tabustrecke ausgewiesen worden, moniert Klubchef Gebi Mair. Das Ministerium weist darauf hin, dass die Vorgaben bindend seien, bei den Empfehlungen „der Ball“ jedoch bei der Landesregierung liege. Außerdem würde die Verordnung nicht die Umweltverträglichkeitsprüfung ersetzen. Laut Landeshauptmann Günther Platter (ÖVP) schafft die Verordnung Rechtssicherheit, Grünen-Bundessprecherin Eva Glawischnig zeigte sich enttäuscht von Rupprechter. (mika, APA)

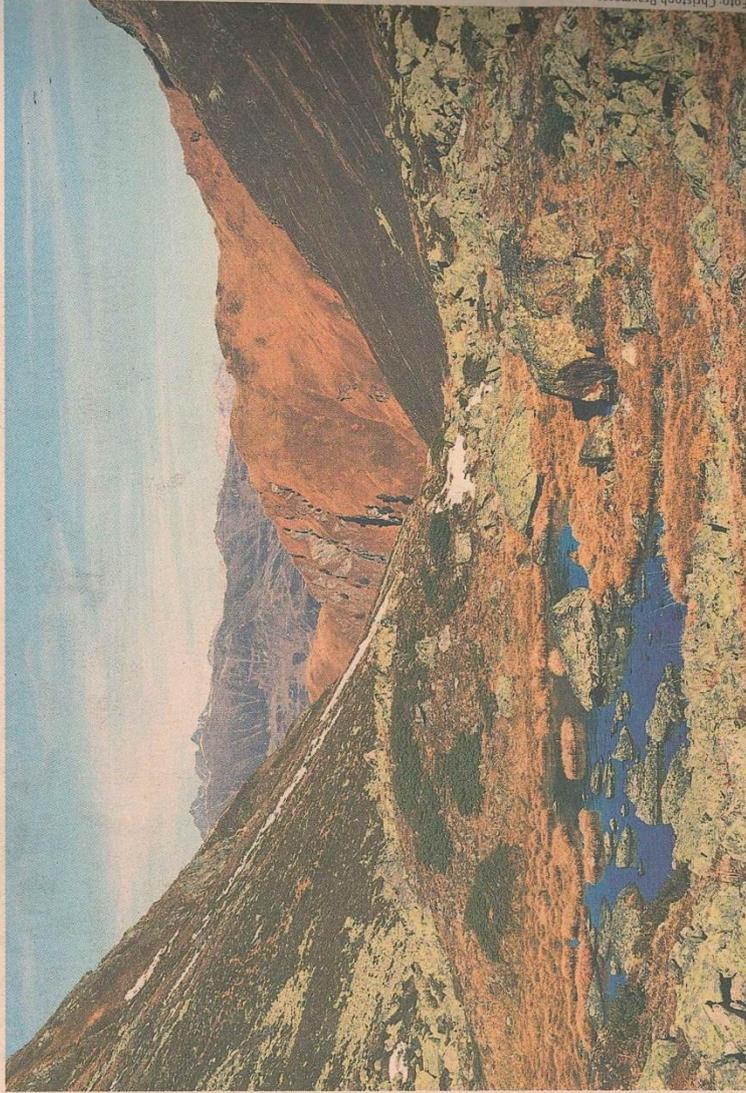


Foto: Christoph Fraxmayer

Der Ausbau der Wasserkraft ist in Tirol umstritten. Eine Verordnung des Umweltministeriums heizt die Diskussion erneut an.

Naturschutz-Proteste in Tirol ● Strombojen-Energieevolution in der Wachau:

Öko-Wirbel um neue Kraftwerke

Massiver Aufschrei von Umweltschützern gegen die „Flut an Wasserkraftwerken“ in Tirol! Denn Minister Andrä Rupprechter hat grünes Licht für mehrere Großprojekte in seinem Heimatbundesland gegeben. Ungeteilte Zustimmung findet hingegen die europaweit einzigartige Installation von Strombojen in der Wachau!

Ausgerechnet die von Rupprechter mit Wohlwollen aus der Taufe gehobene

77 450 Kilometer Flusstrecken

sind jetzt Tabuzonen.

Von 16 möglichen

Standorten sind nur

fünf in der

Verordnung

drinnen.

Der Tiroler Umweltminister Andrä Rupprechter



Fotos: Gabriele Moser, EXPA/Michael Gruber

Umweltpionier & Ökogärtner Stefan Hick vor mächtiger Turbine

der Natur verbinden.“ Auch in der Wachau (NÖ) gehen die Wogen hoch! Aber im positiven Sinne. In der Donau werden neun Strombojen des Erfinders Fritz

Mondl versenkt. Angetrieben werden diese einzigartigen Unterwasser-Windräder rein mit Fließkraft. Die EVN plant den Einsatz bei Spitz.

VON M. PERRY & L. LUSZKY

vorsieht. Dessen Geschäftsführer Thomas Alge bezeichnet Rupprechters Rahmenplan als „größten Anschlag auf die Natur seit Jahrzehnten“.

Rupprechter versteht die Aufregung nicht: „Wir haben abgewogen und werden die Wende hin zu den Erneuerbaren und den Schutz

Dienstag, 4. November 2014

0.0.

SLH

Volksblatt

Pestizide illegal auf Deponie abgeladen

Grundwasser in Ohlsdorf mit Pflanzenschutzmittel kontaminiert

OHLSDORF — Monatelang hat die Suche nach dem Verursacher des verunreinigten Grundwassers in Ohlsdorf (Bez. Gmunden) gedauert. Wie berichtet, wurde das für das Grundwasser zuständige Land OÖ in einer Baurestdeponie an der Traun fündig. Das bestätigte gestern auch der zuständige Landesrat Rudi Anschöber.

Der Verlauf der Grundwasserströme erschwerte die Eingrenzung des betroffenen Gebietes, erklärt Alfred Nadlinger von der Abteilung für Grund- und Trinkwasserwirtschaft des Landes OÖ: „Wenn man eine Stelle untersucht, und keine Belastung findet, kann das zehn Meter weiter ganz anders aussehen.“ Einen extrem hohen Wert an dem Pestizid Clopyralid fand man dann bei einer Sonde mitten in der Deponie, die 2007 vom Land genehmigt worden ist. Damals zeigten alle Untersu-

chungen, dass die Grundwasserströme nicht mit dem Gebiet verbunden waren — mit dieser Annahme lag man falsch, wie sich nun herausstellte.

Durch die illegale Ablagerung des Pestizides gegen Disteln in der Deponie kam es zur Verunreinigung des Grundwassers, das Sickerwasser ist noch höher verseucht. „Die großen Trinkwasserversorger der Gemeinde waren jedoch nie betroffen“, so Anschöber. Zu keiner Zeit bestand für die Bevölkerung eine Gesundheitsgefährdung.

„Keine Lkw-Ladung voll“

Wann das Pflanzenschutzmittel illegalerweise auf die Deponie gebracht wurde, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden, aber man geht von einem Zeitraum von einem Jahr aus. Auch die Menge an Clopyralid, die das Grundwasser kontaminiert hat, konnte

noch nicht eruiert werden. „Wir sprechen aber nicht von einer Lkw-Ladung voll“, so Nadlinger.

Sicherheitsmaßnahmen seien bereits in die Wege geleitet worden, betont Anschöber, auch der Betreiber müsse Schritte setzen. Ein ebenfalls stark erhöhter Wert ist bei der Kiesabbaugrube in Ohlsdorf gemessen worden.

Die Umweltkripo arbeitet nun daran, die Verursacher der Verschmutzung ausfindig zu machen.

Keine Gefahr durch Keime

Dass am Wochenende die Bevölkerung mit Gratis-Tafelwasser versorgt wurde, hatte einen ganz anderen Grund. Die Verunreinigung des Trinkwassers von Ohlsdorf mit Enterokokken sei ein Zufall, betont Anschöber. Nach der Ursache wird noch gesucht, inzwischen ist das Wasser wieder trinkbar. *mmo*

**Rückblick:
Extreme Winter
in Oberösterreich**

1941/1942 war, seit die Schneehöhe-Daten in der Messstelle Kremsmünster aufgezeichnet wurden (seit 1917), jener Winter, der uns die maximale Schneehöhe bescherte, forschte Josef Haslhofer von der ZAMG nach. **1,05 Meter** betrug sie in Kremsmünster auf nur 380 m Seehöhe.



Als besonders kalt wird der Winter **1995/1996** in Erinnerung bleiben. **126 Tage mit Frost** (die tiefste Tagestemperatur liegt dabei unter 0 Grad Celsius) wurden in Kremsmünster gemessen.

Schneeloch Oberösterreich: Klimawandel macht's möglich

- Skiregionen in der Pyhrn-Priel-Region und am Dachstein sind die großen Nutznießer
- Schon ab 1100 Meter fallen Winterniederschläge zu mehr als 90 Prozent als Schnee

Von Alfons Kriegsteiner

LINZ/WIEN. Der Schnee von morgen liegt in Oberösterreich. Diese Kernaussage einer Studie über die „tourismuselevante Entwicklung des oberösterreichischen Klimas“, die das Umweltressort des Landes und der OÖ. Tourismus bei Herbert Formayer und Helga Kromp-Kolb am Institut für Meteorologie der Universität für Bodenkultur in Wien 2009 in Auftrag gegeben haben, gilt auch fünf Jahre später noch. Denn seither hat sich am generellen Trend nichts geändert.

Und der besagt: Im Bereich des Dachsteins und in der Pyhrn-Priel-Region nehmen die Niederschläge in der Wintersaison zu. Und weil sie von kalten Luftmassen aus dem Nordseeraum zu uns verfrachtet werden, gehen sie hier ab 1100 Metern Seehöhe zu mindestens 90 Prozent als Schnee nieder.



Langlaufen auf der Hutterer Höss bei Hinterstoder (li.) oder mit Pisten-schwung auf dem Hochficht unterwegs (oben): Laut Klimaforscher können Oberösterreichs Wintersportregionen mit Schneesicherheit punkten. Fotos: OÖN, rubra

Schnee steckt im Nordstau

Da können die Skidorados in anderen Bundesländern nicht mithalten. In Vorarlberg, Tirol und Salzburg wird ein solcher Schneedeckenaufbau laut Studie erst ab 1300 Metern erreicht, in den südlichen Bundesländern sogar erst ab 1600 Metern. „Das bedeutet, dass die Winterniederschläge in den Nordstaulagen Oberösterreichs bei Temperaturen fallen, die um mehr als ein Grad kühler sind als in Westösterreich und um mehr als drei Grad im Vergleich zu Südösterreich“, sagt Formayer.

Herbert Gösweiner, Vorsitzender des Tourismusverbandes Pyhrn-Priel in Windischgarsten, weiß aus eigener Beobachtung: „Wenn im Winter eine Westfront vom Atlantik kommt, bleiben die warmen Luftmassen in Westösterreich hängen, während bei uns bodennahe Kaltluft aus Niederösterreich oft bis in die Tallagen viel Schnee bringt, der bis um 300 Meter tiefer fällt als etwa in Vorarlberg.“ Dieser Trend dürfte sich verstärken: „Oberhalb von 1000 Metern können wir auch künftig sicher mit Schnee rechnen.“ Bis

„Aufgrund der Prognose, dass bei uns auf längere Zeit eine gesicherte Schneedecke gewährleistet ist als etwa in Kärnten, sollten unsere Skigebiete möglichst attraktiv gestaltet werden.“

■ Michael Strugl, Landesrat

„mäßigen Wintern“ könne man ja immer noch auf Kunstschnee zurückgreifen.

Ist ab 2050 Schluss mit Skispaß?

Doch bei ungebremster Klimaerwärmung werden sich die Verhältnisse ab 2050 drastisch verschlechtern, warnt Jürgen Schmude, Wirtschaftsgeograph an der Universität München. Bis zu 30 Pistentage pro Jahr könnten Österreichs Skigebiete bis dahin einbüßen, falls die Durchschnittstemperaturen tatsächlich um zwei Grad zulegen. Vor allem kleinere, niedriger gelegene Destinationen würden dann „aus dem Markt ausscheiden“. Und der aktuelle Klimavorteil für Oberösterreich wäre auch Schnee von gestern.

2020 werde sich an dieser Situation, von der Oberösterreichs „Schneelöcher“ profitieren, nichts ändern, sagt Formayer. Bis herunter auf 700 Meter sollten die Bedingungen noch 20 Jahre lang schneetauglich bleiben. Und in

WERBUNG
die uns am Montag, 3. November 2014 in Der Trauergottesdienst findet am Samstag, Kematen/Krems statt. Anschließend begleitet Wir beten für sie am Freitag, 7. November

Peter und Maria Ri
im Namen aller Verwandt

Winter kommt früher und wird stabiler

Nordwestströmungen dürften in Oberösterreich an Dominanz gewinnen

WIEN. Eigentlich klingt es paradox: Die Klimaerwärmung könnte Oberösterreich schneereichere, kältere Winter bringen. Doch seit 2007 beobachten die Klimaforscher einen Trend, der dafür die Erklärung liefert, sagt der Boku-Meteorologe Herbert Formayer.

Drei der vergangenen fünf Jahre zeichneten sich demnach bei uns durch einen frühen Wintereinbruch aus. Die Ursache liegt im hohen Norden. Weil es wärmer wird, friert das arktische Eis später im Jahr zu und taut im Sommer immer weiter auf. „Und das offene Meer setzt entsprechend mehr Wärme frei“, sagt Formayer.

Dadurch dürften sich die großräumigen Druckverhältnisse der



Arktisches Eis wird dünner. Foto: SPNS

nördlichen Hemisphäre ändern. Bleibt das Meer länger eisfrei, bilden sich über Grönland stabile Tiefdruckgebiete, an deren Rand kalte Nordwestströmungen nach Mitteleuropa gedrängt werden.

Das hat zur Folge, dass der Winter bei uns früher Einzug hält. Die kalten Strömungen reichern sich über dem Nordatlantik mit feuchter Luft an. Diese staut sich am Nordrand der Alpen und bringt dort reichlich Niederschläge in Form von Schnee.

Der Frühwinter dürfte also auch künftig oft kalt und schneetrüchtig ausfallen. Und weil die Wetterlagen generell anhaltender werden, dürften diese für Oberösterreichs Skiregionen günstigen Verhältnisse bis in den Hochwinter hinein relativ konstant bleiben, sagt Formayer: Weil die schwache Sonneneinstrahlung und die im Schnitt niedrigen Temperaturen der Schneedecke kaum zusetzen sollten. (krt)

Gemessene Höchststände: Mit den Schneemaschinen hoch hinaus ging es im Winter 2005/06 in **Windischgarsten** mit **1,80 Metern**, auf dem **Feuerkogel** auf einer Seehöhe von 1618 m anno 1943/44 mit **5,5 Metern**, auf dem **Krippenstein** (Höhe 2050 m) 1987/88 mit **5,55 Metern**.



Der **schneereichste Winter** mit **116 Tagen** (mit einer Schneedecke von mindestens einem Zentimeter) brach **2005/06** über uns herein. Im Folgejahr erwartete uns der **schneeärmste Winter** mit nur **neun Tagen** (2006/07). „So schnell kann es gehen“, merkt Haslhofer an.



Der Winter 2013/14 war in den Bergen der **drittwärmste** seit 1820. Um 3,4 Grad lag die Temperatur über dem Mittel. Dafür **stiegen die Niederschläge** am Alpennordrand um **91 Prozent**.



Hinterstoder Das Wintersportgebiet im Nordstauereich der Alpen wird in den kommenden Jahren vom Klimawandel deutlich profitieren.



Wurzeralm Auch für das Skigebiet bei Spital am Pyhrn prognostizieren die Meteorologen in den kommenden zwei Dekaden gute Bedingungen.

3 Fragen an...

HERBERT GÖSWEINER

Touristiker

Der 40-Jährige ist Vorsitzender des Tourismusverbandes Pyhrn-Priel, der die Erweiterung des Skigebietes Hinterstoder, Wurzeralm und Vorderstoder anstrebt.

1 Welche Schlüsse ziehen Sie aus der Klimastudie der Wiener Meteorologen?

Ich schließe daraus, dass bei uns auf absehbare Zeit ein vergleichsweise gutes Klima für den Skitourismus herrschen wird. Das bestärkt uns in den Plänen für ein zusammenhängendes Skigebiet. Bis 2015 werden wir den Masterplan fertig haben, dabei werden wir nicht nur klimatologische, sondern auch regionalwirtschaftliche und Naturschutzaspekte berücksichtigen.

2 Warum halten Sie den Ausbau der Skiregion für notwendig?

Allein schon deshalb, weil mehr als 3000 Jobs davon abhängen. Wir wollen unseren Gästen künftig 80 zusammenhängende Pistenkilometer anbieten. So wollen wir vor allem die stagnierenden Zahlen bei den Mehrtagesgästen wieder erhöhen. Sie bringen pro Tag 125 Euro Wertschöpfung in die Region, viel mehr als die reinen Tagesgäste. Gewinnen kann man sie aber nur, wenn man ihnen Abwechslung bietet. Dazu brauchen wir Pistenkilometer.

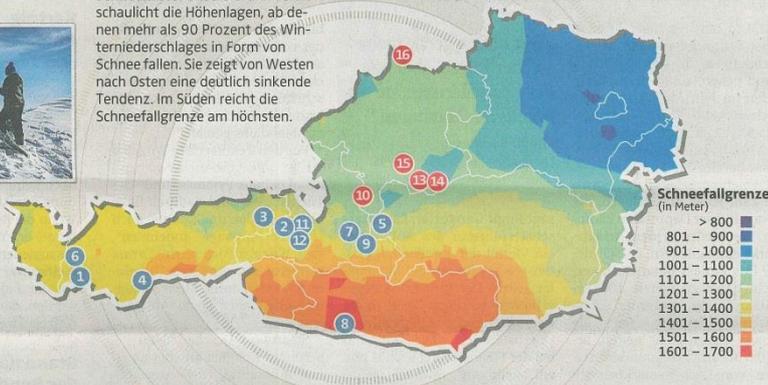
3 Sehen Sie sich durch die Entwicklung in anderen Skiregionen bestärkt?

Ja, denn dort wird massiv investiert. Etwa in Schladming oder in Sölden. Dort habe ich schon zehnmal Winterurlaub gemacht, aber nur einmal konnte man auf Naturschnee fahren, sonst war es dafür zu warm oder zu trocken. Da sind wir im Vorteil.

Schneekarte: Unsere Grafik veranschaulicht die Höhenlagen, ab denen mehr als 90 Prozent des Winterniederschlags in Form von Schnee fallen. Sie zeigt von Westen nach Osten eine deutlich sinkende Tendenz. Im Süden reicht die Schneefallgrenze am höchsten.



Sölden Das Ötztal Skigebiet im Grenzbereich zwischen warmer Luft vom Westatlantik und kühler Nordwestluft hat keine so guten „Karten“.



SKIREGIONEN IM ÜBERBLICK

- Ischgl/Silvretta 1377m (Talstation)
- Saalbach/Hinterglemm 840 m
- Kitzbühel 800 m
- Sölden 1350 m
- Schladming 745 m
- St. Anton am Arlberg 1304 m
- Flachau 740 m
- Nassfeld/Hermagor 600 m
- Obertauern 1630 m
- Dachstein-West/Gosau 780 m
- Zell am See 750 m
- Kaprun/Kitzsteinhorn 1978 m
- Hinterstoder/Hörs 600 m
- Spital/Wurzeralm 810 m
- Grünau/Krsberg 620 m
- Hochficht 933 m



Nassfeld In dem Kärntner Skigebiet bei Hermagor wird in naher Zukunft häufiger mit feuchtwarmer Winterluft vom Mittelmeer zu rechnen sein.

Fotos: Privat, ÖGN, Erber, Ötztal-Tourismus

Donnerstag, 6. November 2014

**Nach
haltig**



MONIKA LANGTHALER

Wachrütteln

Letzten Sonntag hat der Weltklimarat seinen Abschlussbericht vorgestellt. Hunderte Wissenschaftler warnen zum wiederholten Male vor den Folgen des von uns Menschen verursachten Klimawandels. Die Konzentration der Treibhausgase in unserer Atmosphäre ist auf dem höchsten Stand seit mindestens 800.000 Jahren. Sollte es nicht gelingen, die globale Erderwärmung bei plus 2 Grad zu stabilisieren, dann drohen, so die Wissenschaftler, tiefgreifende und unumkehrbare Folgen: Überschwemmungen, Dürre, Stürme, Klimaflüchtlingsbewegungen, ökonomische und soziale Spannungen und vieles mehr. Doch – so die gute Nachricht: Es wäre nach wie vor Zeit, dies zu vermeiden. Nur müssten wir dann bis 2050 die Treibhausgase um 70 Prozent vermindern, und bis 2100 sollte der CO₂ Ausstoß überhaupt auf null sinken – klingt utopisch.

Nun gibt es viele technische Antworten und Lösungen, um unser Klima zu schützen. Doch das Hauptproblem kann auch diese erneute Warnung nicht lösen: Wie kann es gelingen, die Entscheidungsträger, aber auch die vielen anderen, an dem Thema uninteressierten Menschen wachzurütteln? Wie kann es gelingen, die Köpfe und Herzen für eine Veränderung unseres Konsumverhaltens endlich zu gewinnen? Wie können wir die Ängste davor nehmen und davon überzeugen, dass damit kein großer Verlust unseres Wohlstandes und keine Verminderung unserer Lebensqualität einhergehen? Solange diese Fragen nicht gelöst sind, wird wohl auch der nächste Klimabericht wenig verändern.

nachhaltig@kronenzeitung.at

Jahrestag „Haiyan“: 36 Quadratmeter neues Glück

Ein Jahr ist es her, dass der Taifun Haiyan über die Philippinen fegte und Millionen Menschen obdachlos machte. Nur wenige Aufbauprojekte wurden bisher fertiggestellt, viele warten noch auf eine neue Bleibe.

REPORTAGE: Ingrid Müller aus Salcedo

Inzwischen zählen sie die Tage bis zum Umzug. Anne Rose und Rogie Lacabe mit ihrer anderthalb Monate alten Tochter ebenso wie Johnjohn Abriol mit seiner Familie. Die Dörfer auf den Philippinen, in denen sie wohnen, wurden vor einem Jahr von Supertaifun Haiyan in weiten Teilen zerstört.

Der Taifun, der damals mit rund 315 Stundenkilometern und meterhohen tsunamiantigen Wellen zuerst die Ost-Samar traf, tötete mehrere Tausend Menschen und zerstörte Millionen Häuser.

Die ersten Familien sollten an diesem Samstag, dem Jahrestag des Katastrophensturms, in die Neubaugebiete von Asgad und Jagnaya in der Gemeinde Salcedo ziehen. Aber die Grundstücksfragen zu regeln war von Anfang an nicht einfach. Die Bauarbeiter konnten dort erst im Mai und September anfangen.

„Bis Dezember werden wir fertig sein, die Leute müssen endlich aus ihren alten Behausungen raus“, sagt Ingenieur Glenn Lebrilla. Er ist nicht froh darüber, dass einige Familien ihre Häuser bereits einrichten, obwohl sie noch nicht ganz fertig sind. Aber wer die drei mal vier Meter messende windschiefe Hütte der Lacabes und das Übergangsquartier der Abriols sieht, kann es verstehen.

„Es war ein Albtraum, hier zu arbeiten“, stöhnt Glenn Lebrilla über die Baustellen auf ehemaligen Kokospflanzungen. An vielen Stellen stießen sie direkt auf Felsen, die Strünke der abgestorbenen Palmen mussten sie von Hand roden. Dagegen waren die Häuser im Dorfkern ein Spaziergang.

Der philippinische Ingenieur heuerte nach dem Taifun bei Kurt Behringer an, dessen Organisation Anurt im Auftrag der Duisburger Kindernothilfe Schulen, Kindergärten und Häuser in Ost-Samar baut. Inzwischen nennen sie Kurt Behringer in der Gemeinde „Superman“, denn seine Schul- und Kindergartenprojekte sind – anders als viele Pläne der Regierung – fast alle fertig, und die letzten Häuser sollen zum Jahresende übergeben sein.

Sogar der etwas windige Schulrat der Provinz, Bernardo Adina, preist – wohl nicht ganz uneigennützig – Kurt Behringers Arbeit. Dass seine Verwaltung in der ganzen Provinz nur 116 Schulräume, Kurt Behringers Truppe aber 228 gebaut haben, lastet Adina der Zentralregierung in Manila und den zu starren Gesetzen an. Allerdings dauert es auf offiziellen Wegen nicht nur länger: Die Hälfte des Geldes, schätzen Experten, verschwindet in privaten Taschen.

Zeitdruck bis Weihnachten

Es wird wohl ein schwerer Abschied für Behringer, wenn er bald weiterzieht und nur noch alle paar Monate in der Region vorbeischauen wird. Dieser Tage aber rotieren Behringer und seine Ingenieure, um die neuen Häuser vor Weihnachten übergeben zu können. 36 Quadratmeter inklusive innen liegender Toilette in zwei Varianten, die Familien durften wählen, ob sie die Küche drinnen oder draußen haben wollen, alle haben ein orange, blau oder inkgold gestrichenes und isoliertes Blechdach. Die Häuser sind besser als das, was sie vorher hatten.

In einem langen Verfahren suchten die Dörfer aus, wessen Haus repariert wird, wer ein neues bekommt, die Parzellen wurden per Los verteilt. Trotzdem gibt es erste Neider. Sie melden sich nicht offen, sondern tratschen hinter dem Rücken, sagt Anna Rose (20), während sie Tochter Roanne stillt. „Die Nachbarn sagen: Schön, dass ihr ein Haus bekommt. Aber wir kriegen keines.“

Kurt Behringers Team hat dauerhafte Häuser gebaut. Diese kosten zwar je rund 7000 Euro, „bleiben aber bei jedem Taifun stehen. Ich könnte nicht schlafen, wenn ich immer daran denken müsste, ob meine Häuser noch stehen“, sagt er.

Johnjohn Abriol und Rogie Lacabe verdingen sich derzeit als



Genau vor einem Jahr hinterließ der Taifun Haiyan eine Spur der Verwüstung auf den Philippinen. Diese Aufnahmen zeigen den Zustand der Stadt Tacloban damals (oben) und ein Jahr später. Etwa 8000 Menschen kamen ums Leben, und rund vier Millionen Menschen verloren ihr Dach über dem Kopf. Der Aufbau dauert, es gibt aber schon erste große Erfolge.

Foto: EPA/Sabangan

Bauarbeiter bei dem Kindernothilfefprojekt. Zeitweise hatten 400 Leute dort Arbeit. Lacabe will danach, wie so viele, einen kleinen Shop aufmachen, in Jagnaya wird er kaum einen Job finden.

Glenn Lebrilla hofft darauf, dass er noch einige Zeit in Salcedo arbeiten kann, die Schäden sind auch hier noch längst nicht alle behoben, die eine oder andere Umsiedlung aus der Bauverbotszone steht an. Danach aber will er sich selbstständig machen, in Tacloban auf der Nachbarinsel Leyte, da hat er auch studiert. Er will mit Frau und Kind zurück in die Großstadt.

Verkaufsverbot

Erst einmal aber wird er die Häuser fertigbauen, und Behringer wird mit dem vor Tatkraft wie Stolz bebenden Bürgermeister von Salcedo, Melchor Mergal, die Eigentumstitel für die Familien vertraglich klären.

Viele hatten Häuser direkt am Wasser, wo Bauen nun verboten ist, andere hatten größere Grundstücke als die 140 Quadratmeter, auf denen ihre neuen Häuser stehen – die sie allerdings geschenkt bekommen.

Bis zu fünf Jahre dürfen sie nicht verkaufen. Mancher spekuliert vielleicht darauf, dass das Bauverbot in ein paar Jahren nicht mehr so strikt gehandhabt wird. Dann könnte das bisherige Land ein Vielfaches wert sein.

Schließlich will Bürgermeister Mergal auch den Tourismus fördern. Vielleicht entsteht in ein

paar Jahren an Yolanda Beach – so nennen sie den erst durch den Taifun angespülten weißen Sandstrand im Stadtteil Jagnaya – doch noch ein Hotel. Das ist der Kampf, den Kurt Behringer noch nicht gewonnen hat. Er will dort zum Schutz gegen hohe Wellen Mangroven pflanzen, „aber dann verlieren sie ihren Strand“.

00. Nachrichten

Us. 10.11.14

Wassermangel in Steyregger Ortsteil Bewohner fühlen sich im Stich gelassen

In Obernbergen am Pfenningberg fürchten viele Bewohner, dass sie im Winter aus ihren Häusern ausziehen zu müssen – Bürgermeister weist Kritik der Betroffenen zurück

STEYREGG. Immer prekärer wird die Situation für die Bewohner von elf Häusern des Ortsteiles Obernbergen am Pfenningberg. Wie berichtet, leiden sie seit Monaten unter Wasserknappheit. „Wir gehen zum Duschen mittlerweile in öffentliche Schwimmbäder, um so Wasser zu sparen“, sagt Klaus Pichler, Sprecher der betroffenen Bewohner.

Damit die Bürger nicht gänzlich auf dem Trockenen sitzen, füllt die Freiwillige Feuerwehr Steyregg immer wieder das betroffene Speicherbecken auf. Grund ist, dass die Siedlung nicht an das öffentliche Wassernetz angeschlossen ist. Derzeit werden die Häuser über eine Brunnenanlage samt Speicherbecken und eine Anspeisungsleitung mit Nutzwasser aus dem Pfenningberg-Gebiet versorgt. Dieses ist teilweise mit Ko-

libakterien und Enterokokken belastet. Durch den niederschlagsarmen Winter und das trockene Frühjahr sei die Wasserversorgung nun praktisch zusammengebrochen, so die Betroffenen.

Verschärft würde die Situation durch Schneefälle in den kommenden Wochen. Dann kann die Feuerwehr den Wasserspeicher nicht mehr auffüllen, da der Weg dorthin bei Schnee und Eis nicht mehr befahrbar ist. „Tritt der Fall ein, müssen wir aus unseren Häusern ausziehen“, sagt Pichler.

Um dieses Szenario zu verhindern, haben die Bewohner einen Lösungsvorschlag ausgearbeitet und der Stadt übergeben. Dieser sieht eine Leitung zwischen dem Wasserhochbehälter in Obernbergen und dem Übergabeschacht der Siedlungswasserleitung vor. Somit wäre der Ortsteil an das öf-

„Wir gehen zum Duschen in öffentliche Schwimmbäder, um dadurch Wasser zu sparen.“

■ Klaus Pichler, Sprecher der betroffenen Bewohner



Foto: cb

Geld würden die Bewohner aufbringen. Die Stadt müsste rund 30.000 Euro für eine Drucksteigerungsbox beisteuern. Die Idee diskutierte der Gemeinderat in seiner jüngsten Sitzung. Eine Mehrheit dafür fand sich nicht.

Bürgermeister Johann Würzburger (Bürgerliste SBU) will den Vorschlag genau prüfen. „Die Experten, die ich beigezogen habe, glauben, dass die Kosten höher ausfallen. Ich brauche eine Aussage von Fachleuten, dass der Vorschlag umsetzbar ist“, sagt er.

Darüber sind die Bewohner erzürt. „Das ist eine Verzögerungstaktik, wir fühlen uns im Stich gelassen.“ Würzburger wirft den Betroffenen vor, an keiner anderen Lösung interessiert zu sein und die Situation zu dramatisieren. Er möchte diese Woche alle Beteiligten zu Gesprächen einladen. (cb)

fentliche Wassernetz angeschlossen und die Probleme wären Vergangenheit.

Verlegt werden würde die Leitung auf Privatgrund, die Zustimmung der Eigentümer ist laut Pichler vorhanden. Die Kosten dafür belaufen sich laut Vorschlag der Firma Rabmer auf rund 47.000 Euro (ohne Umsatzsteuer). Das

Ein Lavastrom vom Vulkan Kilauea auf Hawaii wälzt seit Wochen auf die kleine Ortschaft Pahoa zu. Jetzt hat die tausend Grad heiße Lava das erste Haus eingeschert (u.). Die bereits im Oktober evakuierten Bewohner mussten aus sicherem Abstand zusehen, wie ihr Zuhause von der Lava verschluckt wurde.



Klosterneuburg klagt den Verbund auf Kostenersatz

Das Urteil des Wiener Landesgerichts wird auch für viele oberösterreichische Gemeinden richtungsweisend sein

Von Philipp Hirsch

KLOSTERNEUBURG. Die Verhandlung, die gestern im Landesgericht Wien begann, wird für viele oberösterreichische Gemeinden ein wichtiges Urteil bringen.

Die Stadtgemeinde Klosterneuburg fordert vom Verbund 550.000 Euro Kostenersatz. So viel gab die Stadt nach dem Hochwasser im Juni 2013 für die Reinigung der Katastralgemeinde Kritzenndorf aus. „Noch niemals hat es soviel Schlamm nach einem Hochwasser gegeben. Einhalb Meter hoch lag er auf den Grundstücken. Wir gehen davon aus, dass diese Schlammmengen mit dem Kraftwerk Greifenstein zu tun haben“, sagt Klosterneuburgs Bürgermeister Stefan Schmuckenschlager (VP). Die Beseitigung der Sedimente erwies sich damals als logistische Mammutaufgabe. Soldaten und Freiwillige bewegten bis zu 8000 Kubikmeter pro Tag. Radlader, Lkw, Bagger, Traktoren und Raupen standen tagelang im Einsatz.

Sollte Klosterneuburg den geforderten Kostenersatz vom Gericht zugesprochen bekommen, muss sich der Verbund wohl auf eine Flut von Klagen aus vielen Gemeinden einstellen. „Natürlich beobachten wir den Prozess genau. Die Entscheidung des Gerichts wird richtungsweisend. Wenn die Sache für Klosterneuburg gut ausgeht, werden wohl viele Gemeinden über eine Klage nachdenken“, sagt Franz Allerstorfer (SP), Bürgermeister von Feldkirchen an der Donau.



Bürgermeister Franz Allerstorfer begutachtete nach dem Hochwasser 2013 die Schäden entlang des Donauufers in Feldkirchen.

Foto: hip

„Wir beobachten den Prozess genau. Die Entscheidung des Gerichts wird richtungsweisend sein. Wenn die Sache für Klosterneuburg gut ausgeht, werden wohl viele Gemeinden über eine Klage nachdenken.“

■ Franz Allerstorfer (SP), Bürgermeister Feldkirchen an der Donau

tionen: „Im Wasserrecht gilt das Verursacher-Prinzip. Der Betreiber einer Anlage ist auch für Schäden verantwortlich, an die bei der Erteilung der Bewilligung nicht oder nicht in ausreichendem Umfang gedacht wurde.“

Der Verursacher der Schäden steht für die Anwälte eindeutig fest. „Hochwasser gab es in Kritzenndorf bereits vor der Errichtung des Kraftwerkes Greifenstein, aber keinen Schlamm.“

Mit einem raschen Urteil rechnet keine der Prozessparteien. „Es bleibt abzuwarten, ob das Gericht noch weitere Gutachten einfordern wird“, sagt Seidl. Mit einer Entscheidung rechnet er erst in mehreren Monaten.

Der Verursacher der Schäden steht für die Anwälte eindeutig fest. „Hochwasser gab es in Kritzenndorf bereits vor der Errichtung des Kraftwerkes Greifenstein, aber keinen Schlamm.“

Der Verursacher der Schäden steht für die Anwälte eindeutig fest. „Hochwasser gab es in Kritzenndorf bereits vor der Errichtung des Kraftwerkes Greifenstein, aber keinen Schlamm.“

Beim Verbund erkennt man hingegen keinen Zusammenhang zwischen den Schlammmassen und

Die beiden größten Luftverschmutzer einigen sich auf einen Klima-Pakt

USA und China wollen sich zu Maßnahmen zur Senkung des CO₂-Ausstoßes verpflichten

Die beiden größten CO₂-Emittenten der Welt, die USA und die Volksrepublik China, haben sich überraschend zu ehrgeizigen Klimazielen verpflichtet.

US-Präsident Barack Obama und sein chinesischer Gastgeber Xi Jinping traten gemeinsam vor die Presse. „Ich bin stolz, dass wir eine historische Vereinbarung verkünden können“, erklärte Obama, dessen Unterhändler über neun Monate lang vertraulich mit der chinesischen Seite um den Durchbruch bei den Klimazielen gerungen hatten. Der chinesische Staatschef lobte die Ergebnisse der Geheim-Verhandlungen als „Vertiefung unserer praktischen Zusammenarbeit bei sauberer Energie und Umweltschutz“.

Obama hat der Volksrepublik erstmals in der Geschichte verbindliche Emissionsobergrenzen abgerungen. Im Gegenzug verpflichten sich die USA, ihre Bemühungen zum Abbau des CO₂-Ausstoßes deutlich zu beschleunigen.

China verspricht, seine rasant wachsenden Emissionen spätestens 2030 zu deckeln; sofern möglich, bereits früher. Gleichzeitig soll die Energiewirtschaft bis dahin umgebaut werden. Während zurzeit noch alle ein bis zwei Wochen ein Kohlekraftwerk in Betrieb genommen wird, verspricht Peking, bis 2030 ein Fünftel seines Energiebedarfs aus erneuerbaren Quellen zu produzieren.

Die USA geloben, die CO₂-Emissionen bis 2025 auf bis zu 28 Prozent unter das Niveau von 2005 abzusenken. Die Zusage Präsident Obamas geht deutlich über die bisher angestrebten 17 Prozent bis 2020 hinaus.

Der Leiter des Energieinstituts an der Universität Linz, Friedrich Schneider, sieht in der Einigung einen großen und wichtigen Schritt der beiden Länder, die für 45 Prozent der Emissionen weltweit verantwortlich sind. In drei Wochen wird in Lima (Peru) weiter über die Klimapolitik verhandelt, 2015 soll es in Paris ein vorläufiges Ergebnis geben. (spang/dm)



Barack Obama und Xi Jinping haben sich auf ambitionierte Klimapläne geeinigt.

Fotos: Reuters 2, Weibold, Werk



Stahlindustrie: Der im Oktober zum Präsident des Weltstahl-Verbandes gewählte **Wolfgang Eder**, Generaldirektor der voestalpine, sagte kürzlich zu den CO₂-Emissionen, dass es erstaunlich schnell gegangen sei, wie rasch das Thema nicht nur die europäischen Erzeuger, sondern auch jene in anderen Teilen der Welt plötzlich beschäftige. „Endlich ist das nicht mehr ein rein europäisches Thema.“ Vor diesem Hintergrund schließe er nicht mehr aus, dass es nächstes Jahr bei der Weltklimakonferenz in Paris substanzielle Ergebnisse gebe.



Wettbewerb: Die Absichtserklärungen seien sehr langfristig orientiert, die Ziele nicht so ambitioniert wie in Europa, sagt **Mark Lunabba**, Geschäftsführer von Heinzl Paper, der früheren SCA Laakirchen. „Die EU ist nicht besonders freundlich uns Energieintensiven gegenüber.“ Dabei wären gleiche Spielregeln so wichtig. China werde bei den CO₂-Emissionen weiter wachsen. „Wenn der Höhepunkt erst 2030 erreicht wird, dauert das noch viel zu lange. Das bringt ihnen Vorteile im Wettbewerb, das bei niedrigeren Stromkosten.“



Emissionshandel: Die „Absichtserklärungen“ Chinas und der USA seien zwar ein „positives Signal“, sagt **Martin Leitl**, Techniksprecher des Fachverbands der Stein- und keramischen Industrie in Österreich: „Es wird sich aber erst zeigen, wie verbindlich die Ziele sind.“ Er frage sich, warum sich die beiden Wirtschaftsmächte nicht dem in Europa eingeführten Emissionshandel für CO₂-Zertifikate unterwerfen. „Erst wenn sie beim Emissionshandel mitmachen, gibt es weltweit gleiche Wettbewerbsbedingungen, was unbedingt notwendig ist.“

Studie der Universität von Kalifornien:

Erderwärmung lässt es häufiger blitzen

Los Angeles. – Der Klimawandel lässt es in den USA häufiger blitzen. Mit jedem Grad der globalen Erwärmung steigt die Zahl der Blitze dort im Durchschnitt um zwölf Prozent, so eine Studie der Universität von Kalifornien.

Insgesamt werden Blitze über den Vereinigten Staaten im 21. Jahrhundert den Experten zufolge um etwa 50% häufiger. Die gegenwärtig rund 25 Millionen Blitze pro Jahr seien die Hauptauslöser für Wald- und Steppenbrände in den USA, so die Wissenschaftler. Daher habe die erwartete Zunahme auch Auswirkungen auf die Entwicklung betroffener Ökosysteme und die dort lebenden Arten.

Zwei Tote bei Erdbeben: Verwüstung und Chaos nach Unwetter in Norditalien

Premierminister Matteo Renzi kritisierte die Umweltpolitik der Regionen

GENUA. Die schweren Unwetter, die seit Tagen in Norditalien wüten, lösten Chaos aus – und haben enorme Verwüstungen hinterlassen. Zwei Menschen sind im lombardischen Cerro di Laveno unweit vom Lago Maggiore unter den Trümmern ihres Hauses ums Leben gekommen, das von einem Erdbeben erfasst wurde, berichteten italienische Medien.

Bei den Opfern handelt es sich um eine 16-Jährige, die im Krankenhaus ihren schweren Verletzungen erlag, und um einen 70-jährigen Angehörigen des Mädchens, der unter den Trümmern starb. Drei Personen konnten sich retten. Häuser in der nächsten Umgebung mussten aus Sicherheitsgründen geräumt werden.

Besonders schwierig ist die Lage in Ligurien, wo ein Vermisster gemeldet wurde. Der Mann war nahe der Stadt Genua mit seinem Fahrzeug unterwegs und wurde von einem Fluss mitgerissen, der über



Sicherheitskräfte suchten gestern nahe Genua nach einem Vermissten (epa)

die Ufer getreten war. Die Suche lief gestern auf Hochtouren.

Genuas Bürgermeister, Marco Doria, rief die Bewohner auf, ihre Wohnungen nicht zu verlassen, um die Arbeit der Rettungsmannschaften nicht zu erschweren. Beim Autobahnverkehr Richtung Genua kam es am Wochenende zu erheblichen Problemen, einige Abschnitte mussten gesperrt werden.

Der Bahnverkehr zwischen Mailand, Turin und Genua war am Wo-

chenende zum Erliegen gekommen. Wegen der Erdbeben war auch die Bahnlinie zwischen Savona und Ventimiglia nahe der französischen Grenze gesperrt.

Italiens Premier Matteo Renzi kritisierte die Umweltpolitik der Regionen. Sie hätten in den vergangenen 20 Jahren zu wenig für die Stabilisierung des Bodens und zur Vorbeugung von Unwetterkatastrophen unternommen.

Sieben Tote seit Mitte Oktober

Auch für die nächsten Tage werden weitere Niederschläge erwartet. Seit den schweren Unwettern Mitte Oktober kamen sieben Menschen ums Leben. Das Land wird immer wieder von heftigen Unwettern heimgesucht. Kleine Flüsse verwandeln sich dabei in kurzer Zeit in reißende Ströme und werden oft zur tödlichen Falle.

! Eine Bildergalerie finden Sie auf www.nachrichten.at

Aschewolke über Vulkan in Alaska

Anchorage. – Der Vulkan Pavlof im nördlichsten US-Bundesstaat Alaska ist nach mehrmonatiger Pause wieder aktiv und hat eine mehr als 9000 m hohe Aschewolke ausgestoßen. Der mehr als 2500 m hohe Vulkan liegt 50 km vom nächsten Ort Cold Bay entfernt, er ist nicht gefährdet.

DIE LAVA des Vulkans Kilauea auf Hawaii breitet sich langsam, aber unaufhaltsam aus. Sie frisst sich durch Zäune, zerstört Häuser und Straßen. Dieses Foto zeigt bereits abgekühlte Lava, die schon am 27. Juni ausgeflossen war.



Verseuchtes Grundwasser: Kam das Pestizid aus Niederösterreich?

Ein Entsorgungsunternehmen, das die Deponie benutzt, nahm mit Clopyralid versetztes Wasser in Niederösterreich entgegen

OHLSDORF. Das Ohlsdorfer Grundwasser wird die Behörden noch länger beschäftigen. Wie berichtet, wurden in einem Grundwasserstrom der Traun große Mengen des Pestizids Clopyralid nachgewiesen. Nun gibt es erste Hinweise darauf, wie die Verschmutzung zustande gekommen sein könnte.

Das niederösterreichische Unternehmen Kwizda Agro GmbH, das für die Clopyralid-Verschmutzung des Korneuburger Grundwassers im Jahr 2012 die Verantwortung übernahm, hat mit Clopyralid versetztes Wasser zur Entsorgung an Unternehmen übergeben, die unter anderem auch die Bau-

schnitt-Deponie in Ohlsdorf anführen. Das gehe aus den Unterlagen der Deponie hervor, bestätigte gestern Herbert Rössler, Abteilungsleiter für Wasserrecht beim Land Oberösterreich.

Für Vorverurteilungen sei es aber noch zu früh, betont der zuständige Umweltlandesrat Rudi Anschöber (Grüne). Die Ermittlungen der Kriminalpolizei sind noch nicht abgeschlossen.

In den vergangenen Tagen wurden die Untersuchungen auf der Deponie intensiviert. Proben wurden aus verschiedenen Schichten entnommen. Vor allem in einer Tiefe von zwei Metern stießen die Prü-

fer auf eine starke Clopyralid-Kontamination. Dadurch lässt sich nun auch der Zeitraum, in dem das Pestizid in Ohlsdorf abgeladen worden sein muss, besser einschränken. Mindestens ein halbes Jahr soll es her sein, dass das Clopyralid in Ohlsdorf gelandet ist, meinen Experten.

In den kommenden Wochen sollen noch mehr Proben aus der Deponie entnommen werden, um ein noch genaueres Bild von der Verschmutzung zu bekommen.

Bereits vergangene Woche gingen zwei Aktivkohleanlagen in Betrieb. Sie sollen das Pestizid herausfiltern. Der Plan sieht vor, das



Foto: Spitzbart
Abgedeckte Deponie

gereinigte Wasser später in die Traun einzuleiten.

Bis auf Weiteres bleibt die Deponie geschlossen. Sie wurde mit Plastikplanen abgedeckt, um zu verhindern, dass noch mehr Wasser versickert. Sickerwasser, das trotzdem anfällt, wird in zusätzlichen Speichern aufgefangen. Die Deponiebetreiber werden ein Sauerstoffkonzept vorlegen müssen.

Für den Verursacher wird - sollte er gefunden werden - die Kontamination eine teure Angelegenheit werden. Ein Landwirt in Enns musste in einem vergleichbaren Fall eine Million Euro zahlen. (hip)

0-0. Wunders,
Land m. deude 523, 19.11.2014

Mittwoch, 19. November 2014

59

 AUSL

Rekord bei Oberflächentemperaturen

Ozeane heuer so warm wie noch nie

Honolulu. – In diesem Sommer stellten Wissenschaftler an der Meeresoberfläche die bisher höchsten Temperaturen seit Beginn der Messungen Ende des 19. Jahrhunderts fest. Sie sind sogar höher als 1998, als ein extrem starker El Niño den Pazifik aufgeheizt hatte.

Ozeane gelten als guter Indikator für die Klimaerwärmung. In ihren obersten drei Metern halten sie so viel Wärme wie die gesamte Lufthülle der Erde. Von 2000 bis 2013 hatte der Temperaturanstieg der Ozeane pausiert, nun geht die Erwärmung offenbar weiter, wie die Analyse von Axel Timmermann von der University of Hawaii zeigt.

„Die hohen Temperaturen gehen hauptsächlich auf den Nordpazifik zurück, der sich weit über die bisherigen Höchstwerte erwärmt hat“, so Timmermann. Zuletzt lag

die Temperatur im September um 0,8 Grad über dem Mittelwert, alle Ozeane zusammen waren an der Oberfläche 0,6 Grad wärmer.

19.11.2014

Minister spricht bei heißem Öko-Thema ein Machtwort: **Stahlschlacken dürfen jetzt im Straßenbau verwendet werden**

Ministerielles Machtwort aus Wien zum lange schwelenden Streit über die Verwendung von Stahlschlacken der Voest: Die ist nämlich nach einer Entscheidung von Umweltpolitiker Rupprechter künftig bei Straßenbau erlaubt.

Vor allem der Umweltdachverband mit seinem Präsidenten Dr. Gerhard Heilingbrunner hatte die

VON MARK PERRY
UND CHRISTOPH BUDIN



Foto: dpa/Oliver Berg

Ministeriell unbedenklich – Schlacken aus den Voest-Hochöfen

Ausbringung von Stahlschlacke aus den Voest-Hochöfen (im Jahr bis zu 800.000 Tonnen) heftig bekämpft. Für seine damalige Behauptung, die Rückstände seien gesundheitsschädlich, handelte sich der tapfere Ökokämpfer eine Millionenklage ein. Wie berichtet, kam es schließlich zu einem Vergleich. Weil auch Greenpeace und das

Umweltbundesamt keine Einwände haben, gaben jetzt Rupprechters Experten unter strengen Auflagen grünes Licht.

Der Reststoff darf aber nur auf Bundesstraßen und Autobahnen. Heilingbrunner bleibt weiterhin massiv kritisch: „Erstmals in der 2. Republik werden Schadstoffgrenzen angehoben.“

EUROMILLIONEN

ZIEHUNG VOM 18.11.2014

2 3 17 36 38

* 4 * 11 Alle Angaben ohne Gewähr



Fotomontage/Fotos: AFP, EXPA/PHIT/Kon Sachs

Stolz präsentierte US-Vizepräsident Joe Biden vor wenigen Stunden die Klimaschutzmobilisierung der Vereinigten Staaten. Die Amerikaner bedienen sich für ihre Öko-Offensive der bahnbre-

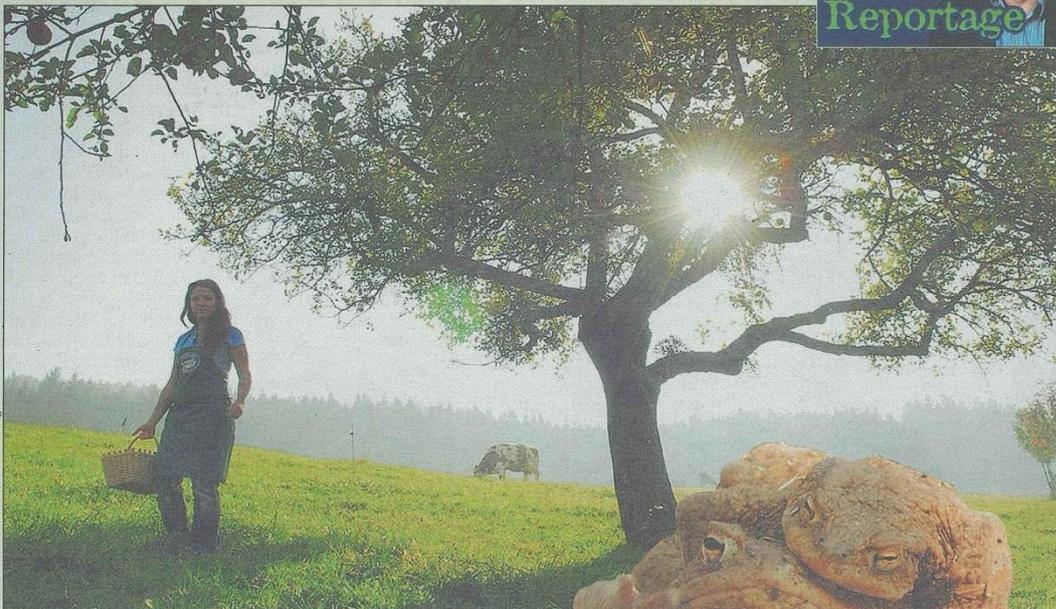
US-Klimastrategie mit Austro-Technik

chenden Technologien des Wiener Unternehmens weblizard. „Unser Beitrag ist die Web-In-

telligence für das öffentlich zugängliche Portal. Künftig werden Millionen US-Bürger darauf zurückgreifen“, sagt der Firmengründer, Universitätsprofessor Dr. Arno Scharf stolz.

Rettet die Heimat!

MARK PERRY Die Umwelt-Reportage



Fotos: Gabriele Moser (2), Kurt Weinberger

Rasend schnell verschwinden unsere Grünflächen unter Asphalt – dagegen kämpft jetzt die Hagelversicherung!

Es sind zutiefst besorgniserregende Zahlen, die Dr. Kurt Weinberger – international anerkannter Bodenexperte – jetzt vorlegt. „Täglich verschwinden in Österreich 31 Fußballfelder für immer unter Asphalt und Beton.

Pro Tag ‚stirbt‘ in unserer Heimat ein Bauernhof durch Flächenversiegelung“, schlägt der Direktor der heimischen Hagelversicherung neuerlich Alarm. Und tatsächlich ist die Entwicklung mehr als dramatisch: Denn al-



Naturlandschaft bei Klöb (NÖ) – andere Paradiese kommen zusehends unter die Räder.



Dr. Kurt Weinberger mit US-Agrarminister Tom Vilsack.

lein von 1963 bis 2013 gingen 300.000 Hektar für immer verloren. In 200 Jahren wird es dann gar keine Ackerflächen in Österreich geben. Dr. Weinberger: „Was diesen sorglosen Umgang mit den Grünressourcen betrifft, sind wir weltweit Spitzenreiter. Denn während Kanada etwa umgerechnet 12.600 Quadratmeter Ackergrund pro Kopf aufweisen kann, sind es bei uns nur 1600! Und es wird munter weitergebaut.“ Die schicksalshafte Spirale dreht sich immer weiter: Denn mit der Verbauung sinkt auch der Grad an Selbstversorgung mit landwirtschaftlichen Produk-

ten. Experten haben außerdem errechnet, dass als Konsequenz 500.000 Arbeitsplätze gefährdet sind. Auch Naturkatastrophen gelten als vorprogrammiert: Versiegelter Boden kann bei Unwettern immer weniger Wasser aufnehmen! Weil die Böden als Klimaschutz-Co-Speicher fehlen, sind wir Wetterextremen hilflos ausgeliefert. Schließlich leidet auch der Tourismus unter dieser ökologisch fatalen Entwicklung. Beinahe händeringend appelliert Weinberger an die heimische Politik, endlich zu handeln! Und das letzte Grün der Heimat zu retten.

Bevölkerungsprognose: Wien wächst am stärksten, Oberösterreich relativ wenig

Ohne Immigration würde die Einwohnerzahl drastisch schrumpfen und ohne Zuzug auch der Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter entscheidend zurückgehen

WIEN/LINZ. Wir Österreicher werden immer mehr und vergreisen zugleich: Auf diese einfache Formel lässt sich eine Prognose bringen, die die Statistik Austria gestern veröffentlicht hat.

1 Neun Millionen Österreicher: Von aktuell 8,5 Millionen Menschen wird die Bevölkerung zunächst auf mehr als neun Millionen im Jahr 2030 und schließlich auf 9,4 Millionen im Jahr 2060 anwachsen. Dank der Zuwanderung wächst die Bevölkerung stärker als erwartet, ohne Immigration würde sie jedoch schrumpfen. Am stärksten wirkt sich der Zuzug in Wien aus, das zum Ende der 2020er-Jahre von mehr als zwei Millionen Menschen bevölkert sein wird.

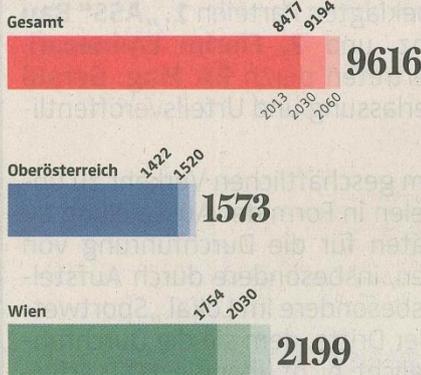
2 Durch Wanderungsgewinne ist bereits von 2013 auf 2014 die Einwohnerzahl in Österreich von 8,452 auf 8,508 Millionen Menschen, das ist ein Plus von 56.000, gestiegen. Bis 2040 steigt die Einwohnerzahl sogar auf 9,41 Millionen (plus 11,0 Prozent). In Österreich leben derzeit 1,37 Millionen zugewanderte Menschen, das sind 16 Prozent der Bevölkerung. Im Jahr 2030 wird ihre Zahl laut Prognose der Statistik Austria 1,99 Millionen (plus 44 Prozent) betragen, 2060 bereits 2,47 Millionen (plus 80 Prozent). Der Anteil der im Ausland geborenen Einwohner nimmt damit auf 22 Prozent bis zum Jahr 2030 bzw. 26 Prozent bis 2060 zu. Der Großteil von ihnen stammt aus der EU.

3 Zwanzig Prozent der Gesamtbevölkerung in Österreich waren im Jahr 2013 Kinder und Jugendliche unter 20 Jahren. Das sind 1,69 Millionen. Bis zum Jahr 2015 dürfte diese Zahl laut Prognose auf 1,68 Millionen zurückgehen, anschließend durch Zuwanderung wieder leicht steigen. Langfristig sinkt der Anteil der unter 20-Jährigen jedoch auf 19 Prozent ab dem Jahr 2020. Nach einem Zwischentief wird die Zahl der Kinder zwischen zehn und 13 Jahren 2030 mit 348.000 gleich hoch sein wie aktuell.



ÖSTERREICHS BEVÖLKERUNG – ENTWICKLUNG BIS 2060

Einwohner in Tausend (2013)
Prognosen 2030, 2060



Alter 65 Jahre und älter

Gesamt



Oberösterreich



Wien



Im Ausland geborene Bevölkerung

Gesamt



Oberösterreich



Wien



Anteil in Prozent

Grafik: OÖN, Foto: Weibold, Quelle: APA/Statistik Austria

„Es gibt leichte Änderungen in der Prognose für Oberösterreich, weil mit höheren Zuwanderungszahlen für unser Bundesland gerechnet werden muss.“

Ernst Fürst,
Leiter der Abteilung Statistik
des Landes Oberösterreich

4 Die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter zwischen dem 20. und 65. Lebensjahr wird sich bis 2020 leicht auf 5,31 Millionen (plus drei Prozent) erhöhen. Danach werden deutlich mehr Menschen ins Pensionsalter übertreten, als Jugendliche aus der Ausbildung bzw. Zugewanderte hinzukommen. Die Zahl der Erwerbstätigen sinkt dadurch bis 2030 auf das derzeitige Niveau und wird danach nur knapp über fünf Millionen liegen.

5 In Oberösterreich wird nicht mit einer massiven Zunahme der Bevölkerungszahl gerechnet: Derzeit leben in unserem Bundesland 1,422 Millionen Menschen, 2025 werden es rund 1,5 Millionen und im Jahr 2030 laut Prognose 1,52 Millionen sein. Wien wird infolge der Zuwanderung das mit Abstand stärkste Bevölkerungswachstum aller neun Bundesländer verzeichnen: Dort wird es ein Plus von rund 250.000 Menschen geben.

Land u. Leute S 25, 21.11.2014



Foto: REUTERS

Riesige, kreisrunde Krater geben in Sibirien seit Jahren Rätsel auf, jetzt wird erstmals einer von ihnen – wahrscheinlich durch Methanaustritt entstanden – erforscht. Ein Team des russischen Zentrums für Arktisforschung kletterte bei minus elf Grad Celsius in das gut zehn Meter tiefe Loch auf der Halbinsel Jamal, nahm Proben und führte Messungen durch.

Aus aller Welt 13

Aktuell

Asbest-Gefahr

PARIS — In Frankreich sind Tausende ehemalige Schüler dreier neben einer Asbestfabrik gelegener Schulen aufgerufen, sich einer Gesundheitsprüfung zu unterziehen. Knapp 13.000 Menschen, die zwischen 1938 und 1975 die drei Schulen in Aulnay-sous-Bois nahe Paris besuchten, werden in den kommenden Monaten kontaktiert.



Die Ärmsten werden die stärksten Klimafolgen zu spüren bekommen. Foto: epa

Klimawandel betrifft arme Regionen besonders stark

Weltbank-Studie: Wetterextreme werden Normalität

POTSDAM. Sintflutartige Regenfälle inklusive großflächiger Überschwemmungen, wochenlange Hitzeperioden oder verheerende Orkane: Extreme Klimaphänomene, die bis dato vielleicht nur alle 100 Jahre auftreten, könnten die „neue Klimanormalität“ werden, warnt die Weltbank in ihrem aktuellen Klimabericht, der vom „Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung“ (PIK) erstellt wurde.

All diese Wetterextreme würden auch dann Normalität, wenn die Regierungen schnell genug handeln würden, sagte Weltbank-Präsident Jim Yong Kim. Die Folgen des Klimawandels sind schon heute spürbar und werden selbst dann weiter zunehmen, wenn die globale Erwärmung auf zwei Grad Celsius begrenzt werden kann. „Eine ungebremste Erwärmung auf wahrscheinlich vier Grad noch in diesem Jahrhundert würde diese Folgen drastisch zunehmen lassen.“

„Die Folgen für die Regionen sind extrem unterschiedlich, zwei Dinge sind im Bericht jedoch sehr klar geworden: Kaum eine Region ist von den Folgen des Klimawandels ausgenommen, und das Risiko

für die Menschen ist dort am größten, wo mehrere Klimafolgen zusammenwirken“, sagte Christopher Reyer vom PIK. „In den Anden könnten die Menschen etwa saisonaler Wasserknappheit ausgesetzt sein, während gleichzeitig die Lebensmittelpreise ansteigen und Wetterextreme zusätzliche Belastungen mit sich bringen“, so Reyer.

Tropen besonders gefährdet

„Dem Klimawandel zu begegnen ist eine Frage der Vernunft, aber auch eine Frage der Gerechtigkeit“, sagte PIK-Direktor Hans Joachim Schellnhuber. „Die Folgen der globalen Erwärmung werden in den nächsten Jahrzehnten wahrscheinlich vor allem die treffen, die am wenigsten zum Anstieg der Treibhausgas-Emissionen beigetragen haben: die Armen der Welt.“ Vor allem Entwicklungsländer werden die stärksten Klimafolgen zu spüren bekommen, besonders in den Tropen; und gerade ihnen fehlen die Mittel, sich darauf einzustellen.

i Den gesamten Bericht (in englischer Sprache) können Sie auf www.nachrichten.at herunterladen

Klimawandel Gefahr für die Ärmsten

Berlin. – Der Klimawandel hat in den ärmsten Ländern der Welt, die besonders anfällig für zusätzliche Belastungen sind, verheerende Folgen, ist ein steigendes Risiko für den Entwicklungsprozess und unterminiert den Kampf gegen die globale Armut: Das erklärte Weltbank-Chef Jim Yong Kim zum neuen Report des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung.

Verseuchtes Wasser in Korneuburg

KORNEUBURG. Undichte Rohre des Kanalsystems im Werk des Pflanzenschutzmittelherstellers Kwizda Agro waren schuld, dass das Grundwasser im Raum Klosterneuburg mit dem Pestizid Clopyralid verseucht wurde. Massive Sanierungsmaßnahmen, für die das Unternehmen bisher mehr als elf Millionen Euro aufwendete, waren nötig.

Gestern begann im Landesgericht Korneuburg der Prozess gegen fünf leitende Kwizda-Mitarbeiter. Sie müssen sich wegen vorsätzlicher Beeinträchtigung der Umwelt verantworten. Richter Rainer Klebermaß kritisierte Kwizda gestern dafür, die Behörden nicht ausreichend informiert zu haben.

Umweltgift in Kärntner Milch

KLAGENFURT. Das weltweit verbotene Umweltgift Hexachlorbenzol (HCB) ist in Kärnten in Milch und Futtermittel von Betrieben im Kärntner Görtschitztal festgestellt worden. Grenzwerte wurden um 400 Prozent überschritten. „Die kontaminierte Milch ist aber nicht in Umlauf gekommen“, sagte gestern eine Sprecherin der Landesregierung in einer ersten Stellungnahme. HCB wurde bis zu seinem Verbot im Jahr 2001 als Mittel zur Bekämpfung von Pilzbefall bei Getreide eingesetzt.

OÖNachrichten DONNERSTAG, 27. NOVEMBER 2014

Einwände gegen geplantes Hochhaus Stadt Linz: „Nicht berücksichtigen“

Amt der Landesregierung: Bulgaripplatz sehr stark durch Feinstaub und Stickoxid belastet

Von Erhard Gstöttner

LINZ. Einen dritten Anlauf macht nun der für die Stadtplanung verantwortliche Linzer Bürgermeister Klaus Luger (SP), damit am Bulgaripplatz doch ein Büro-Hochhaus errichtet werden kann. Jetzt gibt es einen neuen Amtsbericht an den Gemeinderat, auf dessen Basis das Stadtparlament dem Bau des 66 Meter hohen Gebäudes zustimmen soll. Darin enthalten sind 49 Einwendungen und Fragen von Anrainern und Interessenten.

Mehr oder weniger ausführlich beschäftigt sich ein Mitarbeiter des städtischen Anlagen- und Bauamtes in dem vertraulichen Schriftstück, das den OÖNachrichten vorliegt, mit den Einwendungen und Fragen. Egal, ob es um die Auswirkungen auf den Verkehr oder die Luftqualität (z. B. durch die Tiefgarage) geht, heißt es schließlich zu allen Einwendungen und Fragen immer wieder: „... konnten aus den angeführten Gründen nicht berücksichtigt werden.“

Brisante Stellungnahme

Besonders brisant ist eine Stellungnahme der Abteilung Umwelt, Bau- und Anlagentechnik des Amtes der Landesregierung. Die Fachleute des Landes erheben darin die



Im dritten Anlauf soll im Gemeinderat eine Mehrheit für das Bulgaripplatz-Hochhaus gefunden werden. Foto: OÖN-Grafik

Forderung, eine zusätzliche Wohnnutzung auszuschießen. Begründung: der Bulgaripplatz liegt in einem mit Feinstaub sehr stark belasteten Gebiet. Die gesetzlich verankerten Grenzwerte zum Schutz der Menschen würden dort laut Schreiben der Fachleute des Landes „wiederholt und auf längere Zeit“ überschritten. Zudem liegt das Gebiet nahe der Stadttauto-

bahn A7, so dass es zu einer hohen Belastung durch das für Menschen ebenfalls schädliche Stickstoffdioxid komme. Im Anlagen- und Bauamt der Stadt Linz lässt man diese Einwendungen auch nicht gelten, sondern bezieht sich auf die Flächenwidmung. Die lautet auf „Kerngebiet“ und somit sei auch eine Wohnnutzung zulässig. Weiters heißt es im städ-

tischen Amtsbericht: „Zudem legt das städtische Umwelt- und Technik-Center nachvollziehbar und schlüssig dar, dass die Luftsituation im Bereich des Bulgaripplatzes nicht schlechter als in der Linzer Innenstadt ist.“ Somit könne für den Bulgaripplatz „kein Ablehnungsgrund für zusätzliche Wohnnutzungen abgeleitet werden“.

Tunneleinbruch: „Wenn ich da mit dem Traktor fahre, wäre ich weg gewesen“

Landwirt fürchtet nach Malheur bei Bauarbeiten an Umfahrung Lambach um Sicherheit

Von Alfons Krieglsteiner

LAMBACH/LINZ. Acht Meter breit und bis zu acht Meter tief war das Loch, das sich vergangenen Freitag gegen 4 Uhr früh plötzlich auf einer Pferdekoppel in Hagenberg, einem Ortsteil von Edt bei Lambach, aufgetan hat. Auf einer Länge von 150 Metern unter der Erde wird hier der Straßentunnel für die Umfahrung Lambach in den weichen, zerklüfteten Schlier getrieben. „In dem Bereich befinden wir uns in einer geologisch heiklen Zone“, heißt es aus dem Büro von Straßenbaureferent LH-Stv. Franz Hiesl (ÖVP). An einer Stelle, an der die Bohrung dicht an die Oberfläche reicht, gab der Boden am Freitag nach und stürzte ein.

Bohrungen wurden verlangsamt

Eine halbe Stunde später läutete es an der Tür des Grundbesitzers: „Ein Arbeiter der Baufirma hat mir berichtet, dass die beiden vordersten Ringschwellen, die den Deckenfirst stützen, nachgegeben haben und in die Erde gedrückt wurden.“ Er habe sich nur gedacht: „Zum Glück ist es nicht zu einer Zeit passiert ist, wo ich gerade mit dem Traktor Dünger ausbringe – wenn ich da in dem Loch versinke, bin ich weg.“ Nach wie vor habe er ein ungutes Gefühl, auch wenn die Baufirma in einer „Horuck-Aktion“ das Loch sofort zugeschüttet habe: „Die haben Tag und Nacht gewerkt, dann wurden rundherum Pfosten mit Sensoren angebracht, die weitere Erdbewegungen sofort melden.“

Am 14. August haben die Bauarbeiten an dem 912 Meter langen



Das acht mal acht Meter große Loch auf der Pferdekoppel in Edt wurde mittlerweile zugeschüttet.

Foto: Lauber

„Es hat einen Flurschaden gegeben, Gefahr für Personen hat aber zum Glück nicht bestanden.“

Christine Oberndorfer, Bürgermeisterin von Lambach

Straßentunnel begonnen. 2016 soll er fertig sein. 65.000 Kubikmeter Erdmaterial werden bis dahin vom 35 Tonnen schweren Tunnelbagger herausgebrochen und auf einer Deponie gelagert. „50

Kubikmeter sind am Freitag heruntergekommen“, heißt es aus dem Büro des Straßenbaureferenten. Das sind acht Lkw-Fuhren. Sechs Arbeiter hätten sich zu dem Zeitpunkt im Tunnel aufgehalten, „sie standen aber nicht in unmittelbarer Nähe, niemand ist zu Schaden gekommen, auch die Baumaschinen sind heil geblieben“.

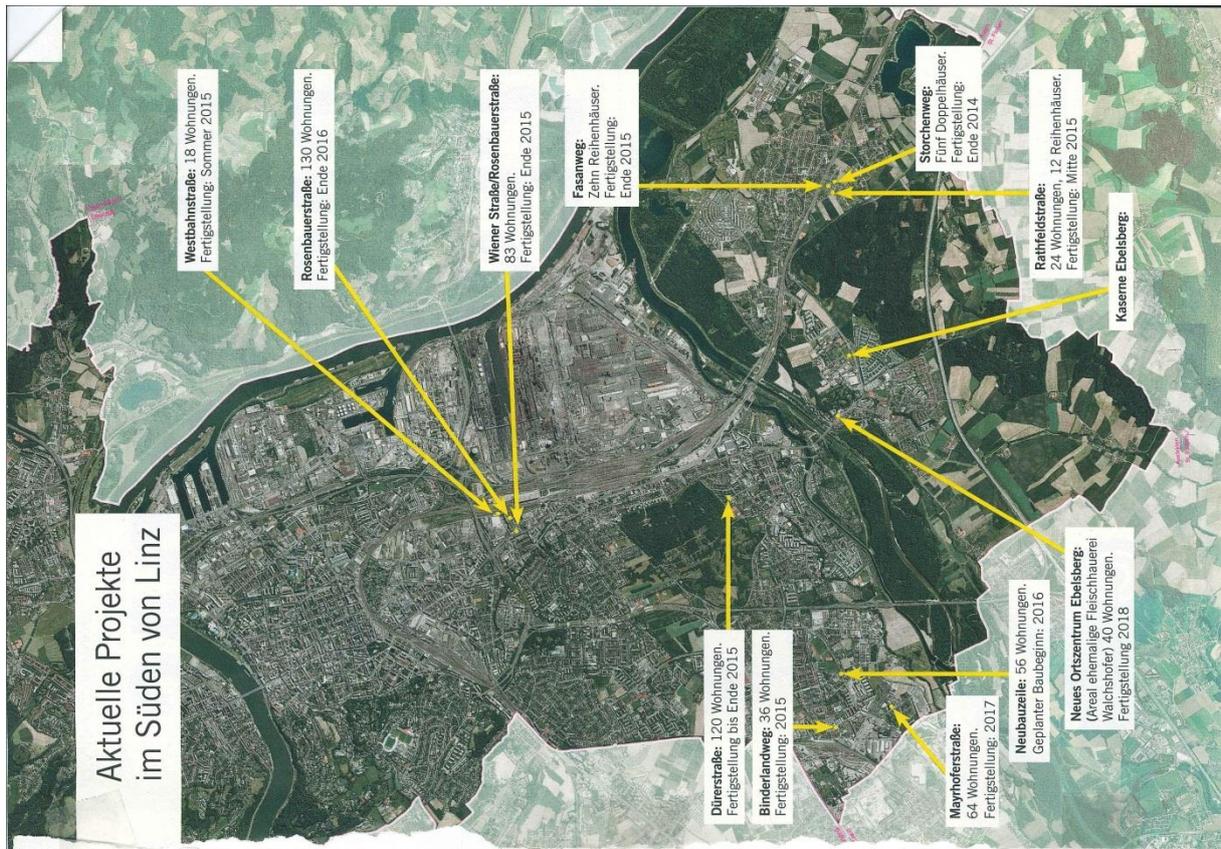
Der Vortrieb läuft seither im reduzierten Tempo und „stückelweise“. Statt bisher 1,5 Meter pro Tag sind es nur noch 1,3 Meter – damit für die Absicherungsmaßnahmen genug Zeit bleibt. Es bestehe keine Gefahr, „dass noch

einmal etwas herunterbrechen könnte“, lautet die amtliche Auskunft. 40 Quadratmeter misst derzeit der Querschnitt der Tunnelröhre, im Endausbau werden es 70 Quadratmeter sein. Für die Pferde auf seiner Koppel sieht der betroffene Grundbesitzer, der anonym bleiben möchte, dann schwere Zeiten voraus: „Weil sie auf Bodenerschütterungen durch den unterirdisch verlaufenden Straßenverkehr sensibel reagieren.“ 7000 Euro Abfertigung habe er vom Land bekommen: „Das war lächerlich wenig, aber sonst wäre die Entscheidung im Raum gestanden.“

Kronen Zeitung, 29.11.2014, S. 11.

● **Vulkanausbruch**

Auf der Kap-Verden-Insel Fogo ist der gleichnamige Vulkan ausgebrochen und bedroht 1000 Bewohner der Umgebung.



Fotos: Stadt Linz, Geo-Datenbank

Als Wohngebiet groß im Kommen

Linzler Süden wächst dynamisch

Ausgedehnte Naherholungsgebiete, die gute Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln und eine überaus rege Wohnbautätigkeit – der Linzler Süden erlebt derzeit eine dynamische Stadtentwicklung mit interessanten Zukunftsperspektiven.

Einat zog es die Linznerinnen an Wochenenden in den Süden der Stadt. Sie gingen damals wie heute gerne in den Traunauen oder am Pichlinger-See spazieren, der als größter Linzler Badesee seit den 1950er-Jahren nichts von seiner Anziehungskraft verloren hat. Die Straßenbahn fuhr bis Ende 1973 bis zum Ebelberger Fadingerplatz. Zum selben Zeitpunkt wurde auch die Florienerbahn eingestellt. Als Ersatz für die Straßenbahn verkehrte die Autobuslinie 11 zwischen der Spinnererstraße und der Hillerstraße in Ebelenberg.

AUFTAKT IN DEN 1980ER-JAHREN

Am Anfang der 1980er-Jahre errichtete die städtische Wohnungsgesellschaft GWG in Auwiesen einen neuen Stadtteil mit zirka 2.500 Wohnungen. Seit 1985 ist er mit der verlängerten Straßenbahnlinie 1 erreichbar. In Ebelenberg waren die Wohnbauten am Panholzerweg und die Verbauung der Kastgründe der Auftaktemerregten Bautätigkeit, die bis zum Jahr 2000 auf dem Ernstfeld fortgesetzt wurde. Zwischen 2001 und 2005 entstand die solarCity Pichling mit etwa 1.300 Einheiten. Die neue Straßenbahnlinie 2 verkehrte ab 2002 zunächst bis zur

Hillerstraße in Ebelenberg und fährt seit 2005 bis zur solarCity. Seit Herbst 2005 hat der Süden ein Realgymnasium. Die Stadt Linz hatte jahrelang die AHS im Schulzentrum der solarCity gefordert und schließlich gemeinsam mit dem Bund gegründet. Zunächst war sie eine städtische Privatschule mit Öffentlichkeitsrecht. 2009 übernahm sie der Bund. Das Realgymnasium erspart den vor allem in Pichling, Ebelberg und Kleinmünchen wohnenden SchülerInnen einen langen Schulweg.

KASERNE EBELBERG

Die Kaserne Ebelberg und die nördlich angrenzenden landwirtschaftlichen Flächen sind mit knapp 28 Hektar die größten Stadtentwicklungsflächen und im örtlichen Entwicklungskonzept Linz Nr. 2 erfasst. Das Kasernenareal soll für Wohnungen genutzt werden, wenn das Bundesheer das Gelände spätestens Ende 2015 aufgibt. Am 22. Mai 2014 beschloss der Linzer Gemeinderat einen „Masterplan für ein familienfreundliches, sozial und ökologisch ausgewogenes Stadtquartier beim Kasernenareal Ebelberg“ zu erstellen.

CHRISTIAN FREIWILLER

BEHÜRT UND NOTIERT



Kurt Gross (71),
Pensionist



Lukas Schmalzer, (16)
Schüler



Rosemarie Luger, (58)
Pensionistin

„Das Kasernenareal in Ebelberg eignet sich hervorragend für die Stadtentwicklung und bietet die Möglichkeit, attraktive Wohnbauten zu errichten. Ich wohne bereits seit 1987 am Panholzerweg und schätze die Wohn- und Lebensqualität hier sehr. Mit der Straßenbahn-Linie 2 ist der Stadtteil Ebelberg optimal mit der Linzner Innenstadt verbunden, die somit rasch und ohne großen Aufwand erreichbar ist.“

„Mir gefällt es in Ebelberg sehr gut. Einesseits hat man hier am Stadtrand mit dem Schillenberg und dem Pichlingersee viel Natur vor der Haustüre, das vor allem für die unterschiedlichsten Sportarten toll ist. Andererseits ist man mit Bus, Bim oder Zug schnell in der Stadt und kommt auch ohne eigenes Auto überall rasch hin. Im Sommer bin ich mit Freunden am liebsten an der Traun, wo es tolle Plätze gibt.“

„Ich liebe seit etwa acht Jahren in Ebelberg und schätze hier besonders die Naherholungsgebiete wie den renaturierten Warmbach oder die große Parkanlage beim Schloss. Die Infrastruktur für den täglichen Bedarf sowie die Verkehrsanbindung sind sehr gut. Ich freue mich auf die Ortskernerneuerung im kommenden Jahr, die Planungen zur Ostumfahrung im Stadtteil betrachte ich allerdings mit großer Sorge.“

Der Standard

HERAUSGEBER

STADTENTWICKLUNG

WWW.EIGENESZUHAUSE.AT

DEZEMBER 2014 · 11

Media planet

Nachhaltige Entwicklung für die Stadt von morgen

Bereits heute lebt jeder Zweite in urbanen Räumen – Tendenz steigend. Die Planung des Zusammenlebens in der Stadt von morgen stellt daher eine der großen Zukunftsherausforderungen dar. Konzepte gibt es viele, verstärkt wird dabei auch auf das Thema Nachhaltigkeit Wert gelegt.

Es gibt vielerlei Gründe, warum Menschen in Städte ziehen: Der größere Bedarf an Arbeitskräften, mehr Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten, eine bessere medizinische Versorgung, ein breiteres Kultur- und Freizeitangebot sowie Mobilitätsvorteile sind nur einige Faktoren. Insgesamt haben sich die Erwartungen an die Stadt als Lebensraum in den letzten Jahrzehnten stark verändert. Steigende Bevölkerungszahlen und der ungebremste Zustrom in die Städte verlangen nach Konzepten für die Zukunft urbaner Räume. Den Ideen der Stadtentwicklung und Stadtplanung wird in diesem Zusammenhang eine tragende Rolle zuteil. Dabei ist es wichtig, Entwürfe an die jeweiligen Regionen und Bedürfnisse der Bevölkerung anzupassen. So vielfältig wie die einzelnen Städte sind auch die Vorstellungen über die ideale Stadt von morgen. In Zeiten von Ressourcenknappheit, steigendem

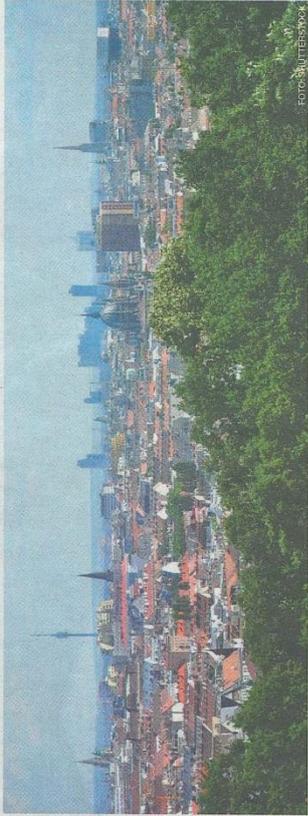


Foto: Shutterstock

schonende Mobilitätskonzepte und der Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel zur Vermeidung von Stau durch Straus beitragen. Durch Recycling brachliegender innerstädtischer Flächen, wie sie etwa durch ungenutzte Bahnhöfe oder Gewerbeflächen entstehen, können neue Siedlungsgebiete nachhaltig zur Zersiedelung der Städte beitragen. In Wien Aspern entsteht derzeit mit der „Seestadt“ ein völlig neuer Stadtteil, der in Zukunft für 20.000 Menschen Lebens- und Arbeitsmittelpunkt sein wird. Die Seestadt ist eines der größten Stadtentwicklungsprojekte Europas, welches durch nachhaltige Entwicklung ein attraktives Angebot für Leben im urbanen Raum schaffen möchte. Dies soll mit einer Kombination aus generationenübergreifendem Wohnen und Arbeiten, lebendiger Nahversorgung sowie Bildungseinrichtungen gelingen. Neben Kultur- und Freizeiteinrichtungen will die Seestadt auch durch die schnelle, umweltfreundliche und öffentliche Anbindung an das Stadtzentrum, an Bahnhöfe und Flughäfen punkten. Zusätzlich soll mit gebäudeübergreifender Energieversorgung ökologisches Wohnen auch leistungsfähig sein und dadurch eine hohe Lebensqualität gewährleisten.

Verkehrsaufkommen und Umweltbelastung sowie sozialer Diversifizierung rücken nachhaltige Stadtentwicklungskonzepte verstärkt in das Blickfeld von Städteplanerinnen.

Zukunftsmodell Nachhaltigkeit

Den Kern nachhaltiger Stadtentwicklung bildet die ausgewogene Verknüpfung ökonomischer, ökologischer und sozialer Aspekte. Mit diesem Leitgedanken sollen Städte über Generationen hinweg einen attraktiven Lebens-, Wirtschafts- und Kulturraum darstellen und so eine hohe Lebensqualität sichern. Zentrale Elemente nachhaltiger Stadtentwicklung sind dabei unter anderem die vernünftige Nutzung von zur Verfügung stehendem Raum, ökonomi-

die sich auch in den Bereichen Wasserverbrauch, Recycling und nachhaltiger Mobilität verdient gemacht hat, 2012 den Titel der „Europäischen Umwelthauptstadt“ einbrachte. In diesem Jahr erhielt diese Auszeichnung die dänische Hauptstadt Kopenhagen, die mit dem Ziel, 2025 die erste kohlendioxidneutrale Hauptstadt der Welt zu werden, vor allem umweltfreundliche Wirtschaft renabel werden lässt.

Seestadt – neues Konzept für Wien

Auch innerhalb Österreichs versuchen Städte verstärkt auf nachhaltige Stadtentwicklungskonzepte zu setzen. Dies kann und soll auf verschiedenen Ebenen geplant werden. So können beispielsweise umwelt-

MICHAEL
redaktion.at@mediaplanet

Polit-Wachablöse: Gumpenberger neuer Feldkirchner Vizebürgermeister

FELDKIRCHEN. Eine „zukunftsorientierte Weichenstellung“ ist der Wechsel des ersten Vizebürgermeisters: Johann Loizenbauer (68) legte seine Funktion nach elf Jahren zurück. Zum Nachfolger wählte die SP-Fraktion einstimmig Ing. Robert Gumpenberger (45), der 2009 in die Gemeindepolitik eingestiegen ist und gleich zum Vorstandsmitglied avancierte. Loizenbauer behält weiter alle seine politischen Funktionen und bleibt auch im Gemeindevorstand.

„Ich gehe offen auf die Gemeindebürger zu, ich will mit ihnen viel für Feldkirchen erreichen“, sagte der „g’standene“ Feldkirchner in seiner Antrittsrede. Nach der Matura am Gymnasium wechselte Gumpenberger ins HTL-Kolleg und schloss es auch mit der Matura ab. 22 Jahre arbeitete er bei der Firma Motoren Rotax, zuletzt als Freizeit-, dann als Motorsport-Event-Manager. „Mir war klar, dass ich in meinem Leben noch etwas anderes mache“, sagt der verheiratete Vater von zwei Kindern. Aber damit meinte er nicht so sehr die Politik, sondern den Berufswechsel: Seit Herbst studiert er an der Pädagogischen Hochschule in Linz-Kaplanhofstraße Mathematik und Biologie: Gumpenberger will Lehrer für Neue Mittelschulen werden.

Zukunftshoffnung der SPÖ

Bürgermeister Franz Allerstorfer, der seinen zukünftigen ersten Stellvertreter für die Politik „entdeckte“, hält große Stücke von seinem neuen Vize: „Sicherlich, Robert Gumpenberger gehört aus Sicht der SP die Zukunft!“ Bewährt habe sich Gumpenberger als Obmann des Planungsausschusses – die Neuauflage des Flächenwidmungsplanes ist abgeschlossen – sowie als Mitorganisator des Feldkirchner Straßenspektakels im August, das nach einer größeren Wiederholung geradezu schreit: 2015 soll das Straßenspektakel noch wesentlich umfangreicher stattfinden.

Für seinen langjährigen Weggefährten Johann Loizenbauer sprach Allerstorfer Worte des Dankes und der Anerkennung: „Hans war ein loyaler Mitstreiter von der ersten Minute an, als ich 2003 von der Bevölkerung zum Bürgermeister gewählt worden bin und ist mit mir durch dick und dünn gegangen.“ Das inzwischen stark veränderte Bild von Feldkirchen trage auch Loizenbauers Handschrift, denn er



Johann Loizenbauer (rechts) gratuliert seinem neugewählten Nachfolger Ing. Robert Gumpenberger zur einstimmigen Wahl zum Feldkirchner Vizebürgermeister. Links: Bezirkshauptmann Paul Gruber, der die Angelobung vornahm, in der Bildmitte Bürgermeister Franz Allerstorfer.

Foto: Reisinger

habe mit seiner Erfahrung als Obmann des Bauausschusses viel zum Gelingen beigetragen.

Johann Loizenbauer ist mit 30 Jahren Dienst als Gemeindevorstand derzeit am zweitlängsten Volksvertreter in der Marktgemeinde. Am längsten „dient“ Erich Wurzinger (BZÖ), der seit 42(!) Jahren im Gemeinderat mitarbeitet und auch schon

Vizebürgermeister und Gemeindevorstandsmitglied war. Mit seinem großartigen Wissen hat der umgängliche Politiker schon oftmals „Wissenslücken“ gestopft. Fast bei jeder Sitzung ertönt einmal der Hilferuf eines der (jüngeren) Gemeinderäte, wenn es um Themen geht, die schon vor 30, 40 Jahren diskutiert wurden: „Erich, wie war doch das damals?“ -w.r.-

Hochwasserschutz: Zeitplan ist deutlich aus den Fugen geraten

FELDKIRCHEN, GOLDWÖRTH, OTTENSHEIM, WALDING. Landesrat Rudi Anschöber musste eingestehen, dass es beim Hochwasserschutz im Eferdinger Becken zu Verzögerungen kommt.

Das Gutachten der Universität Kassel zu den Anlandungen durch Sedimente in der Donau und die Auswirkungen der Wehrbetriebsordnung beim Hochwasser im Juni 2013 werden erst Mitte April 2015 erwartet. Für den Umgang mit dem zukünftigen Hochwasser und den möglichen Überflutungsgebieten soll es bis Jahresende erste Werkzeuge für die Einsatzkräfte geben; diese Versuche wurden in Kassel vorgezogen. Mit Erfolg beansprucht haben Firmen beim Landesverwaltungsgericht die Vergabe der Planung für den Hochwasserschutzdamm im Eferdinger Becken. Im Jänner kommt es zur Neuvergabe. Die Planungen verzögern sich daher um fünf Monate auf Mai 2016(!). Op-

timistisch ist Landesrat Anschöber, dass im ersten Quartal die ersten Raten an freiwillige Umsiedler ausbezahlt werden können. Das Raumordnungsverfahren für die Umwidmung der Häuser in der „gelben Zone“ in Absiedelungsgebiet ist in allen acht betroffenen Gemeinden – davon vier südlich der Donau – im Gange. In Aschach, Hartkirchen, Walding, Goldwörth und Ottensheim sind Neuplanungsgebiete („lila Zone“) bereits verordnet. Dadurch sollen Fördermittel für den Hochwasserdamm gesichert werden. Bauprojekte sind dort nicht möglich.

Gerade jetzt, da es zu Verzögerungen komme, sollte die Landespolitik mehr auf die Wünsche der Bürger eingehen und auch einen ernsthaften Dialog mit der Initiative Hochwasserschutz Eferdinger Becken aufnehmen, die sich gegen Damm und Absiedelung ausspricht und in einem Masterplan Alternativen aufzeigt, lautet der Tenor einiger Bürgermeister. -w.r.-

Ganzjährige Öffnung: Niemand will für Kraftwerksbenutzung haftbar sein



Foto: rubra

Die Donaukraftwerke sind nur von April bis Oktober für Radfahrer und Fußgänger geöffnet. Von 1. November bis Ende März gilt eine Wintersperre. Eine Initiative fordert die ganzjährige Öffnung, es will jedoch niemand die Haftung übernehmen.

Eine Bürgerinitiative fordert die ganzjährige Öffnung der Donaukraftwerke Abwinden/Asten und Ottensheim/Wilhering für Fußgänger und Radfahrer. Ottensheims Bürgermeisterin Ulli Böker ist prinzipiell dafür – die Gemeinde will aber keine Haftung übernehmen. Der Verbund hat Sicherheitsbedenken.

Es gibt eine Vereinbarung zwischen dem Land Oberösterreich, dem Oberösterreich Tourismus und dem Verbund als Besitzer der Kraftwerke, die vorsieht, dass zwischen dem 1. April und dem 31. Oktober die Kraftwerke als Donauübergänge für Radfahrer und Fußgänger zwischen 6.00 Uhr morgens und 22.00 Uhr abends benutzt werden dürfen. Wolfgang Schmidt, dem Sprecher der Initiative für die ganzjährige Öffnung der Kraftwerke, geht das nicht weit genug: „Wir treten dafür ein, dass auch in den Wintermonaten unsere Bewegungsfreiheit nicht eingegrenzt wird.“ Auch an milden Wintertagen würden viele Menschen das Rad benutzen, um in die Arbeit zu fahren. Diese würden aber vor verschlossenen Toren stehen und müssten dann oft weite Umwege in Kauf nehmen, um an ihren Arbeitsplatz zu gelangen. Schmidt verweist auf die niederösterreichischen Kraftwerke Altenwörth und Greifenstein, die ganzjährig für Fußgänger und Radfahrer geöffnet sind. Auch diese beiden Kraftwerke sind im Besitz des Verbunds.

Dass es nicht nur eine Handvoll Radfahrer seien, die sich an der Wintersperre stoßen, würden die Mitgliederzahlen beweisen, meint Wolfgang Schmidt. Knapp 1.000 Unterstützer hätte die Initiative für die ganzjährige Öffnung der Kraftwerke mittlerweile. Eine Online-Petition ist in Vorbereitung.

Böker: „Übernehmen keine Haftung“

Ulli Böker, Bürgermeisterin von Ottensheim, steht prinzipiell voll und ganz hinter dem Anliegen der Bürgerinitiative und kann sich auch vorstellen, dass die Gemeinden für die Schneerräumung sorgen. Die Haftung für Unfälle will man als Gemeinde aber keinesfalls übernehmen: „Als Gemeinde können wir auch nicht immer mehr und mehr übernehmen, schon gar nicht für einen Bereich, der dem Verbund gehört.“ Böker möchte sich mit dem Land und dem Verbund an einen Tisch setzen, um eine Lösung zu finden. In der Zwischenzeit plädiert sie für einen Kompromiss: „Wenn es die Witterung zulässt, sollten die Kraftwerke für Radfahrer und Fußgänger geöffnet werden. Wenn es kalt und winterlich ist, kann man als Alternative auch die Überführung von Ottensheim nach Wilhering benutzen.“ Böker verweist auch auf das Verkehrskonzept für den Großraum Linz, das auch jene Menschen miteinbezieht, die mit dem Fahrrad zum Arbeitsplatz fahren. Die Sperre der Kraftwerke habe große Auswirkungen auf diese Menschen.

„Kraftwerk ist kein Freizeitareal“

Sicherheitsbedenken sind für den Verbund der maßgebliche Grund dafür, dass man die Kraftwerke im Winter für Radfahrer und Fußgänger sperrt. „Wir führen in der kalten Jahreszeit immer Revisionsarbeiten durch. Dabei schweben oft tonnenschwere Gegenstände über jenen Wegen, die Radfahrer und Fußgänger benützen“, erklärt Verbund-Sprecherin Eveline Fitzinger. Das Kraftwerk sei kein Freizeitareal, sondern ein Werksgelände.

Außerdem will man auch beim Verbund keine Haftung für eventuelle Unfälle übernehmen. „Von April bis Oktober übernehmen das Land und der Oberösterreich Tourismus die Haftung. Bei den niederösterreichischen Kraftwerken Altenwörth und Greifenstein haben die Gemeinden die Haftung übernommen, deshalb ist dort eine ganzjährige Nutzung möglich“, erklärt Fitzinger. Schilder anzubringen, die auf die Benützung „Auf eigene Gefahr“ hinweisen, würde auch nichts bringen: „Beim Verbund sind wir schon wegen Lappalien verklagt worden. Da helfen solche Schilder nichts.“ Auch der Vorschlag, dass man ja an milden Wintertagen die Kraftwerke öffnen könnte, sei nicht ganz so leicht in die Realität umzusetzen, sagt Fitzinger: „Die Kraftwerke sind ja nicht rund um die Uhr besetzt. Wie soll jemand in Wien wissen, ob Fußgänger und Radfahrer gefahrlos die Kraftwerke in Oberösterreich passieren können?“ Michael Enzenhofer

US-Meteorologen schon vor Silvester sicher:

2014 wird das heißeste Jahr der Geschichte

Washington. – Das Jahr 2014 wird als weltweit heißestes Jahr seit Beginn genauer Aufzeichnungen vor etwa 130 Jahren in die Geschichte eingehen: Davon sind Experten der US-Wetterbehörde NOAA überzeugt, obwohl es erst Daten für die ersten zehn Monate

dieses Jahres gibt. Von Jänner bis Oktober war es weltweit durchschnittlich um 0,68 Grad wärmer als die durchschnittliche Temperatur von 14,1 Grad im 20. Jahrhundert. Auf jedem Kontinent der Erde wurden heuer Temperaturrekorde erreicht.

● **Gasleck in Bhopal**

30 Jahre nach der Chemiekatastrophe von Bhopal mit 20.000 Toten ist aus einer Fabrik bei der indischen Stadt giftiges Gas ausgeströmt. Mindestens 41 Menschen mussten in Spitaler.



**Der Ausbruch
des Vulkans
Fogo auf der
gleichnamigen
Insel der Kap
Verden vor
Afrikas West-
küste faszi-
niert Bewoh-
ner und Tou-
risten gleicher-
maßen: Nach
mehreren riesi-
gen Gas- und
Aschewolken
ist jetzt ein et-
wa einen Kilo-
meter breiter
Lavastrom zu
beobachten.
Ein ganzes
Dorf in Krater-
nähe musste
schon evaku-
iert werden.**

Foto: EPA-

Natura 2000: Oberösterreich stellt 16 neue Zonen unter Schutz

Umweltdachverband: Andere Bundesländer müssen nachziehen

LINZ. Um Strafzahlungen Österreichs an die EU in Millionenhöhe zu verhindern, hat die Oberösterreichische Landesregierung 16 Regionen als Natura-2000-Schutzgebiet nachnominiert. Ausgewiesen als Schutzzonen sind laut Umweltdachverband nun auch Flächen im nördlichen Machland und im unter-

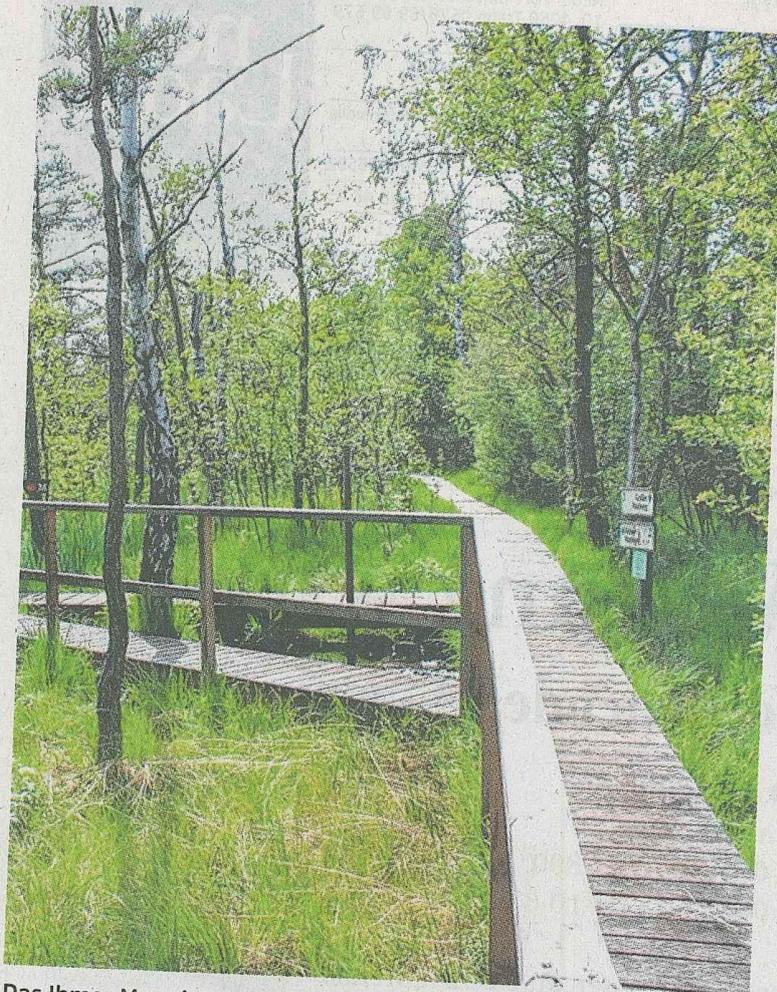
ren Enns- und Steyrtal, Bäche und Schluchtwälder in den Voralpen des Steyr- und Ennstales sowie Teile des Eferdinger Beckens, der Leitenbach im Innviertel, das Gerlhamer Moor in Seewalchen am Attersee und Wiesen im Mühlviertel. Weil in Österreich der Anteil der Natura-2000-Gebiete an der Ge-

samtfläche gemessen nur 15 Prozent beträgt, während der EU-Schnitt bei 18 Prozent liegt, leitete die EU 2013 ein Vertragsverletzungsverfahren ein. „Dass Oberösterreich nun Gebiete nachnominiert, ist ein erster Schritt in die richtige Richtung“, lobt Franz Maier, der Präsident des Umweltdachverbandes.

Kritik an „Fleckerlteppich“

Maier sieht den Vorstoß Oberösterreichs „als Signal für andere Bundesländer, die säumig sind, endlich zu handeln.“ Denn Brüssel habe bereits ein Mahnverfahren gegen Österreich angestrengt. Im März 2015 sollen Experten den Ausweisungsstand der Natura-2000-Gebiete prüfen. Doch auch bei den nachnominierten Flächen in Oberösterreich würden wichtige Schutzzonen für Luchse, Fledermäuse und für Bergmähwiesen noch fehlen.

„Größere, zusammenhängende Gebiete sind besser als ein Fleckerlteppich“, sagt der Präsident des Umweltdachverbandes. Außerdem sei das hochwertigste Gebiet Oberösterreichs, das Warscheneck, noch nicht als Natura-2000-Gebiet ausgewiesen. Auf Natura-2000-Flächen sind Bauvorhaben nur eingeschränkt möglich.



Das Ibmer Moor ist ein Natura-2000-Schutzgebiet.

Foto: privat

Umweltanwalt läuft gegen 190 Meter hohe Windräder im Mühlviertel Sturm

Gemeinde gab trotz negativer Naturschutz-Gutachten grünes Licht für neuen Windpark

SCHENKENFELDEN. Mitsamt den Rotorblättern sollen die 135 Meter hohen Windräder im Miesenwald zwischen Schenkenfelden und Bad Leonfelden fast 200 Meter in den Himmel ragen. Die geplanten fünf Bauwerke, die umweltfreundlichen Strom liefern sollen, sind damit fast vier Mal so groß wie die Pfarrkirche in Schenkenfelden. Kritik am neuen Windpark, es wäre bereits die zweite Anlage in der Gemeinde, üben die betroffenen Anrainer der Ortschaft Königschlag.

„Wir sind sicher keine Berufsdemostranten“, sagt der Königsschlagler Biobauer Josef Enzenhofer. „Aber das konkrete Projekt lehnen wir von der Höhe her ab. Auch wie im Vorfeld versucht worden ist, Unterschriften der Grundeigentümer zu ergattern, gibt uns zu denken.“ Unterstützt werden die lokalen Gegner der Windkraftanlage nun auch von Oberösterreichs Umweltanwalt Martin Donat: „Die Gemeinde hat die negativen Gutachten im Raumordnungsverfahren einfach ignoriert.“

„Negativ für Wildtiere“

Ende Oktober hat der Gemeinderat die Änderungen im Flächenwidmungsplan für den „Windpark am Steinberg“ beschlossen. Ein deutsches Unternehmen ist Projektwerber und will auch die zweite Anlage bauen. Die beiden bereits existierenden Windräder sind nur rund 80 Meter hoch. „Die



In Schenkenfelden sollen fünf weitere Windräder gebaut werden. Foto: vovae

Anlage würde das Landschaftsbild massiv überformen und sich auf Zugvögel und Wildtiere, wie etwa Luchse, negativ auswirken“, sagt Donat. Außerdem befinden sich die künftigen Windräder nur etwa acht Kilometer entfernt vom Windpark Sternwind in Vorderweißbach, dem größten Windpark Oberösterreichs. „Es liegt

nun an der Raumordnungsabteilung des Landes Oberösterreich als Aufsichtsbehörde zu verhindern, dass die Flächenumwidmung rechtskräftig wird.“ Es gebe ein „strikt negatives“ Gutachten der Landes-Naturschutzabteilung und „Bedenken“ der Abteilung Grund- und Trinkwasserwirtschaft, sagt Donat. Auch Anrainer

„Der Gemeinderat von Schenkenfelden hat die negativen Fachgutachten im Raumordnungsverfahren und die Vorgaben des Wind-Masterplanes einfach ignoriert.“



Martin Donat, der oberösterreichische Umweltanwalt

befürchten, dass Getriebe- oder Kühlfüssigkeiten aus der Windkraftanlage ins Grundwasser gelangen könnten. Außerdem liege die vorgesehene Fläche in Schenkenfelden laut dem „Wind-Masterplan Oberösterreich“ in einer „roten“ Negativzone, kritisiert der Umweltanwalt. Doch dieses Argument dürfte raumordnungsrechtlich kaum eine Rolle spielen, weil der „Wind-Masterplan“ bloß eine unverbindliche Empfehlung ist.

„Negative Stimmen sind nicht neu, es gibt halt Skeptiker“, sagt Schenkenfeldens Bürgermeister Karl Winkler (ÖVP). Angesichts der kritischen Umwelt-Gutachten hält er sich bedeckt. „Der Ball liegt jetzt beim Land. Wir werden sehen, wie die Aufsichtsbehörde entscheiden wird.“ Eine Entscheidung sollte im neuen Jahr fallen. (stara)

Eferdinger Becken: Nur jeder Zweite möchte absiedeln

Hochwasser-Gutachten der Uni Kassel und Planung der Schutzprojekte verzögern sich um einige Monate

LINZ. Umfragen des Landes Oberösterreich in den Absiedelungsgebieten im Eferdinger Becken zeigen: Bei Weitem nicht alle Betroffenen wollen weg. „Derzeit ist der Trend, dass jeder Zweite das Absiedelungsangebot annehmen möchte“, sagt Landesrat Rudi Anschöber (Grüne). Er hoffe jedoch, dass sich diese Zahl in den kommenden Monaten noch erhöhen wird. „Wir sind uns aber bewusst, dass manche ihr Haus keinesfalls verlassen wollen“, sagt der Landesrat.

Die Planung des Hochwasserschutzes für das Eferdinger Becken wird länger dauern als gedacht. Das Landesverwaltungsgericht hat – wie berichtet – einer Beschwerde gegen die Vergabekriterien Recht gegeben. Die Pläne für das Projekt werden frühestens im Mai 2016 fertig sein. Ursprünglich sah der Zeitplan vor, dass sie Ende 2015 auf dem Tisch liegen.

Auch bei den Gutachten der Universität Kassel kommt es zu Verzögerungen. Die Experten der Uni-

versität brauchen mehr Grundlagen als angenommen. Ein aufwendiges 2D-Modell muss angefertigt werden. Mitte April des kommenden Jahres werden die Expertisen aber fertig sein, verspricht Anschöber.

Auswirkungen der Sedimente

Auf ihrer Grundlage sollen die Vorschriften zum Betrieb der Donaukraftwerke (Wehrbetriebsordnungen), die bereits vor einigen Wochen vom Lebensministerium ab-

geändert wurden, neuerlich überarbeitet werden. Außerdem sollen die deutschen Experten klären, ob die Sedimente in der Donau die Flutkatastrophe im Sommer 2013 verschlimmert haben.

Für die von der freiwilligen Absiedelung betroffenen Menschen, gibt es aber auch erfreuliche Neuigkeiten. Erste Ersatzgrundstücke sind gefunden worden. „Bei der ersten Prüfung durch die Fachabteilung wurden insgesamt 16 Hektar für grundsätzlich genehm-

gungsfähig befunden“, sagt Landesrat Michael Strugl (VP). In Walding wurde bereits ein Widmungsverfahren eingeleitet. Neun bis zehn Bauparzellen werden hier für die Absiedler entstehen.

Für weite Regionen des Eferdinger Beckens bleibt es aber weiterhin unklar, wie der Hochwasserschutz aussehen wird. Anschöber schließt nicht aus, dass es auch in diesen sogenannten „lla Zonen“ zu weiteren freiwilligen Absiedelungen kommen wird. (hip)



Heftige Regenfälle sorgten im Juni 2013 für schwere Überschwemmungen im Eferdinger Becken. Im Bild: das überflutete Walding. Foto: APA/Rubra

Eferding: Erste Angebote für Aussiedler im Jänner

Neue Bauland-Gebiete werden zur Verfügung gestellt — Hälfte der Bewohner unentschlossen — Hochwasserschutzprojekt verzögert sich

EFERDING — Rund 50 Familien aus dem vom Hochwasser betroffenen Aussiedlungsgebiet im Eferdinger Becken haben bislang entschieden, ein Umsiedlungsangebot annehmen zu wollen. In diesen Fällen will das Land OÖ nun auf das Gaspedal drücken. Nach den abgeschlossenen Schätzgutachten sollen den Familien laut Landesrat Rudi Anschober im Jänner verbindliche Angebote vorgelegt werden. In den Folgewochen soll bereits eine erste Rate von 80 Prozent ausbezahlt werden.

Derzeit wird daran gearbeitet, den Aussiedlern neues Bauland zur Verfügung zu stellen. 16 Hektar wurden bislang für genehmigungsfähig befunden, in der Gemeinde Walding ist ein Widmungsverfahren im Gange. Danach sollen neun bis zehn Bau-Parzellen verfügbar sein. „Diese sind reserviert für die Aussiedler. Auch künftig wird die Raumordnungs-Abtei-

lung des Landes bei der Vorlage weiterer Flächen eine rasche Vorbegutachtung durchführen und sämtliche Widmungsverfahren in kürzestmöglicher Zeit abwickeln“, sagt LR Michael Strugl.

Raumordnungsverfahren wurden eingeleitet

Während sich rund 20 Prozent der betroffenen Bewohner für einen Verbleib ausgesprochen haben, ist beinahe die Hälfte noch unentschlossen. Oberste Priorität hätten nun laut NR-Abg. Roman Haider jene Familien, die ein Absiedlungsangebot annehmen wollen. „Sie brauchen Sicherheit und eine zügige Auszahlung der Ablössummen.“ Bevor die Angebote abgegeben werden können, ist zunächst in den acht Gemeinden aber ein Raumordnungsverfahren zur Festlegung von Schutzzonen notwendig. In Hartkirchen, Popping und

Goldwörth sei diese Widmung bereits erfolgt, so Strugl. In den restlichen fünf Gemeinden seien die Verfahren eingeleitet.

Leichte Verzögerungen bei Hochwasserschutzprojekt

Die Umsetzung des Hochwasserschutzprojektes selbst verzögert sich indes einige Monate. Zum einen dauert das externe Gutachten der Universität Kassel hinsichtlich der Sedimentfrage oder der Wehrbetriebsordnungen länger als vorgesehen. Zum anderen wurde dem Einspruch von zwei unterlegenen Bietern bei der europaweiten Ausschreibung des Projekts stattgegeben. Derzeit werden die Kritikpunkte adaptiert, der frühestmögliche Beauftragungstermin eines Unternehmens fällt auf den 19. Jänner. Die Fertigstellung des Dammes ist für Mai 2016 vorgesehen. „Das Projekt ist aber auf Kurs“, betont Anschober. cg

Für 150 Flutopfer gibt's Ersatzgründe:

Absiedelungszone dürfte größer werden

Jeder zweite Bewohner in der Absiedelungszone im Eferdinger Becken weiß noch nicht, wie er sich entscheiden soll: 30 Prozent davon wollen gehen, 20 Prozent im Donau-Flutgebiet bleiben. Inzwischen wurden für Aussiedler etwa 150 Ersatzparzellen gefunden, aber die gelbe Absiedelungszone wird vermutlich größer.

Gebäude in der lila Zone teuer renovieren – davon rät FP-Nationalrat und Beiratsmitglied Roman Haider aus Aschach ab. Denn bis spätestens Mai 2016 wird in manchen Teilen des Eferdinger Beckens noch unsicher sein, ob die Absiedelungszone nicht doch ausgeweitet wird. Da der Landesverwaltungsgerichtshof die Vergabe des „Generalplans“ zum Hochwasserschutz gekippt hat, verzögert sich der Zeitplan – laut Umweltlan-

desrat Rudi Anschober „in erträglichem Rahmen“.

Dafür wird bei jenen, die sicher gehen wollen, jetzt aufs Tempo gedrückt: „Wir haben etwa 16 Hektar Ersatzgrundstücke in drei Gemeinden“, sagt Raumplanungs-Landesrat Michael Strugl, und die Ablöse-Auszahlungen sollen im Jänner starten. Zumindest in Hartkirchen, Goldwörth, Walding und Popping, wo dann die Umwidmung der gelben Zone schon fertig sein wird.

Weltbodentag – Stopp dem Bodenverbrauch

Am 5. Dezember startet das Internationale Jahr des Bodens 2015. Die Böden sind unsere Lebensgrundlage.



Mit dem Internationalen Jahr des Bodens will die UNO Aufmerksamkeit auf unsere Böden als für das Ökosystem und die Landwirtschaft so wichtige und rare Ressource schaffen. Gleichzeitig soll das Bewusstsein für die Folgewirkungen der Flächenversiegelung gestärkt und Lösungsansätze aufgezeigt werden. Alleine in Österreich werden täglich 22,4 Hektar wertvolle Wiesen und Äcker für Straßen, Siedlungen, Shopping-Center oder Industriehallen verbaut, das entspricht der durchschnittlichen landwirtschaftlichen Fläche eines Bauernhofes oder 31 Fußballfeldern. Diese Flächen stehen den nachfolgenden Generationen für die Produktion von heimischen, regionalen Lebensmitteln und daher als unsere Lebensgrundlage nicht mehr zur Verfügung. Österreich steuert mit dieser Bodenpolitik auf eine Katastrophe hin. „Dieser sorglose Umgang mit unserer

Lebensgrundlage hat dramatische Auswirkungen auf die Lebensmittelautarkie, denn wir beanspruchen bereits jetzt die doppelte Agrarfläche Österreichs im Ausland. Zudem verliert versiegelter Boden die Fähigkeit Wasser zu speichern und zurückzuhalten, was bei extremen Niederschlägen und Unwettern zunehmend zu Überschwemmungs- und Hochwasserschäden führt“, weist Dr. Kurt Weinberger, Vorstandsvorsitzender der Österreichischen Hagelversicherung und Präsident der weltweiten Vereinigung der Agrarversicherer (AIAG), auf die besorgniserregende Entwicklung hin.

Folgen der Verbauung

Die Folgen des Verbrauchs von Agrarflächen sind weitreichend: Je mehr landwirtschaftliche Nutzflächen verbaut werden, desto gefährdeter ist die Versorgung mit regionalen Lebensmitteln. Das Risiko von

Versorgungsabhängigkeit durch notwendige Importe steigt. Aber auch zwischen dem Klimawandel und dem zunehmenden Bodenverbrauch kann eine unmittelbare Verbindung festgestellt werden: Unsere Ackerflächen dienen als Wasser- und CO₂-Speicher und sind entscheidend für eine funktionierende Umwelt. Schreitet diese Entwicklung weiter so voran, verschwindet in Österreich langfristig die Landwirtschaft und damit sind 500.000 Arbeitsplätze gefährdet. Zudem ist eine derart verbaute Landschaft auch für den Tourismus nicht sehr attraktiv. „Unser Ziel ist es, auf nationaler Ebene unseren Beitrag zu leisten, um ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass der Boden die Basis für unser Leben ist. Deswegen ist es wichtig, diese wertvolle Ressource durch eine bodenschonende Raum- und Verkehrsplanung zu schützen“, resümiert Weinberger.

Privatinitiative hatte Ideen vorgestellt:

Wien erteilt „Masterplan“ für Flutschutz eine Abfuhr

Eine glatte Abfuhr bekommt der „Masterplan“ der „Initiative Hochwasserschutz Eferdinger Becken“ aus Wien. Während das Verkehrsministerium das Konzept noch in seiner Gesamtheit prüfen will, heißt es aus dem Lebensministerium, dass die Kraftwerke die Hochwassersituation nicht verschlechtert haben – im Gegenteil.

Das Gutachten war auch von Landesrat Rudi Anschober in Wien angefordert worden, jetzt kam eine erste Antwort. Darin ist zu lesen, dass die Kraftwerke im „natürlichen Retentionsraum

Ausbaggerung der Sedimente wird vom Ministerium verworfen, ebenso die geforderte Errichtung von Flutpoldern, da entlang der Donau und auch am Zubringer Inn kein Platz dafür sei.

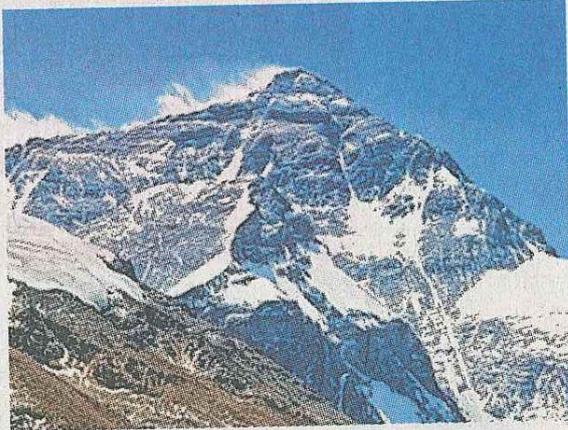
VON MARKUS SCHÜTZ

Eferdinger Becken“ die Hochwassersituation „deutlich verbessert“ hätten. Auch die Änderung der Wehrbetriebsordnung im Jahr 2008 hätte – laut Expertenmeinung – keine Verschärfung der Situation gebracht. Im „Masterplan“ war bekanntlich die Rücknahme der Änderungen gefordert worden. Sogar die

Umweltkatastrophe

JERUSALEM — Millionen Liter Rohöl sind aus einem Pipeline-Leck im Süden Israels ausgelaufen und verseuchten kilometerweit die Landschaft. Auch ein Naturschutzgebiet ist betroffen. Ein Sprecher des Umweltschutzministeriums bezeichnete den Vorfall als eine der schlimmsten Umweltkatastrophen des Landes.

Wissen kompakt



Zum Vergleich: Mount Everest Foto: OÖN

Eis verschwindet schnell

Das Tempo der Gletscherschmelze in der Antarktis hat sich im vergangenen Jahrzehnt enorm beschleunigt, besagt eine Studie der kalifornischen Universität Irvine und des NASA-Labors JPL. Demnach schmolzen seit 1992 zunächst jährlich 6,1 Milliarden Tonnen Eis an den Küsten der Amundsen-See; von 2003 bis 2009 erhöhte sich der jährliche Eisverlust jedoch auf 16,3 Milliarden Tonnen. In der gesamten Antarktis schmolzen seit 1992 jedes Jahr durchschnittlich 83 Milliarden Tonnen Eis. Das heißt, alle zwei Jahre verschwindet eine Gletschermasse im Volumen des Mount Everest. Die Studie fußt auf der Zusammenfassung von vier unterschiedlichen Messmethoden.

Experten vermessen gerade den auf 5240 m Höhe gelegenen Pastoruri-Gletscher in Peru. Er ist in weniger als 20 Jahren um die Hälfte geschrumpft. 70% der peruanischen Bevölkerung brauchen das Gletscherwasser zur Bewässerung und für die Stromerzeugung.

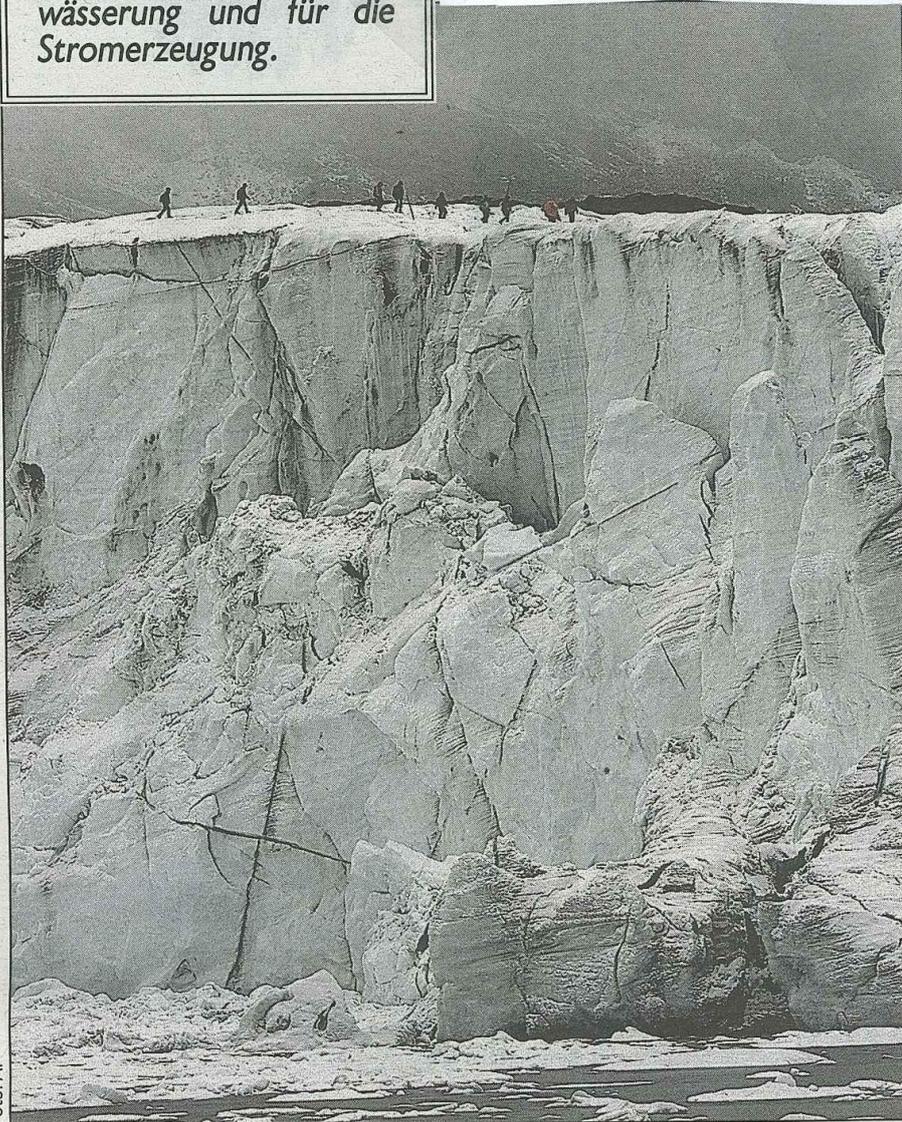


Foto: AP



Die Rettung der Au

Im Herbst 1984 begann in Hainburg die Rodung der Au. Naturschützer besetzten diese daraufhin und verhinderten mit Unterstützung der „Krone“ die Zerstörung. Der Beginn einer starken Umweltbewegung!

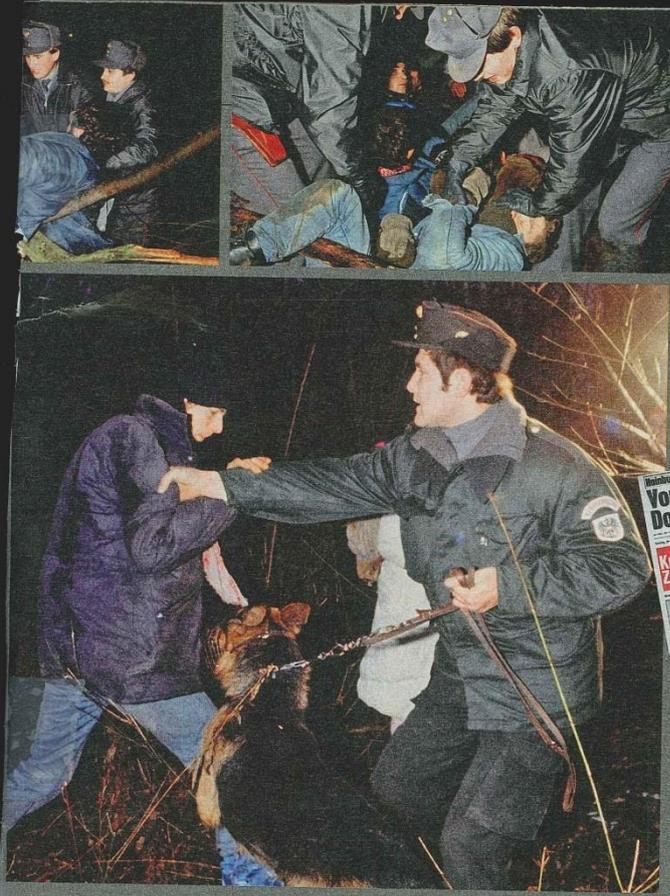
30 JAHRE HAINBURG

Von Mark Perry



Au-Erinnerungen von „Krone“-Redakteur Perry





Knapp vor Einbruch der Dunkelheit waren wir bei Stopfenreuth in die bedrohte Wildnis gelangt. Wir konnten das Widerstandslager aber nur über verschlungene Pfade erreichen, denn längst hatte die Exekutive die Au abgeriegelt. „Von der Donaubrücke runter – und dann rasch nach rechts ins Gebüsch. Und nur kein Licht oder Laut“, zischelte mir einer der – freilich friedlichen – „Ökopartisanen“ ins Ohr. Also ducken, unter den Lichtkegeln vorbei und dann laufen. Stolpernd gelangten wir in das grüne Herz der Hainburg-Bewegung, nämlich in jenes Lager, das im Falle der Erstür-

mung die letzte Widerstandsbastion sein sollte. Wir waren nicht die Ersten, aber auch nicht die Letzten! Mit einem klapprigen Suzuki war ich aus Lilienfeld im Alpenvorland nach Hainburg gezuckelt. Unterwegs, schon knapp vor dem Ziel, pilgerten Hunderte, ja Tausende in die Au. Per Autostopp und trotz bitterer Kälte auch zu Fuß. Wir schrieben Anfang Dezember. Der Exekutiv-Sturm auf die Umwelt-Bastille war für irgendwann in den kommenden Tagen geplant. Die Nächte davor – so still, dass man buchstäblich Schneeflocken hätte fallen hören können. Ab und zu ein

Rascheln im Gebüsch – wir schreckten in unseren dünnen Zelten hoch! Doch das waren keine Gendarmen, sondern bloß wieder eine der uralten Weiden in unserem Camp, die sich von ihrer Schneelast befreit hatte. Dazwischen wie Leuchtfeuer der Hoffnung – Lagerfeuer. Irgendwo stimmte einer das Lied „We Shall Overcome“ an. Rasch fanden die einzelnen Stimmen einen ganzen Chor, der einstimmte. Von irgendwoher klang leise eine Mundharmonika. Und irgendjemand begann, eine Gitarre zu zupfen. Noch ehe wir ermattet und zitternd vor Kälte in einen unruhigen Schlaf

PROMINENTE DEMONSTRANTEN VON DAMALS ERINNERN SICH



FREDA MEISSNER-BLAU
Ich erinnere mich an den Schwedater Pfarrer, der eine Messe mitten in der Au gelesen hat und eine so schöne Predigt über die Natur gehalten hat.



ANDR RUPPRECHTER
Ich hab dort in einem Zelt übernachtet. Die Kälte war prägend. Aber die menschliche Nähe der vielen Aussch tzer gab uns Kraft zum Widerstand.



JOSEF CAP
Ich konnte zwar nicht in der Au übernachten, habe mich aber voll ins innerparteiliche Getümmel gestürzt und vehement die Aubesetzer unterstützt.



Freda Meissner-Blau und Günther Nennung führten den Protest an.

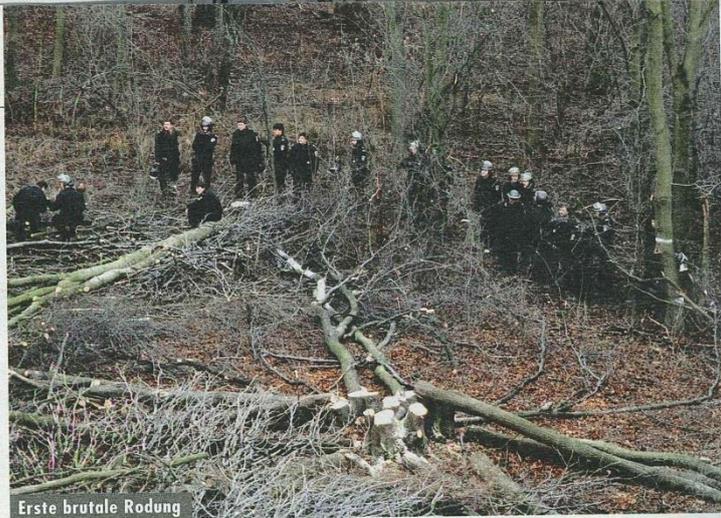
Fortsetzung von Seite 37

versinken konnten, gab es beinahe täglich Fehlalarm. Und den gab es meist um drei Uhr Früh. Nicht weit von uns – das Prominentenlager. Dort entwarfen bekannte Gesichter aus Kultur und Politik – von Günther Nennung, Bernd Löttsch über Freda Meissner-Blau, Jörg Mauthe bis hin zu Hundertwasser und Arik Brauer – Schlachtpläne und Strategien gegen die Mächtigen im Bundeskanzleramt und den Schaltzentralen des Gewerkschaftsbundes, die ein Kraftwerk mitten in der Au unbedingt durchsetzen wollten. Vier Hektar sollten als Erstes

800 schwer bewaffnete Polizisten und Gendarmen erstürmten die Au

fallen – sie waren zum Sperrgebiet erklärt worden. Mannshohe Barrikaden aus Stämmen und Banner, auf denen Namen wie Ghandi, Leopold Figl oder Viktor Adler prangten, sollten uns vor der Übermacht schützen. Eine trügerische Ruhe, obwohl längst einzelne Eschen und Pappeln gefällt worden waren. Doch sonst waren die Schlägertrupps zuvor nie an uns herangerückt.

Schließlich aber war er da, der Schicksalstag, der 19. Dezember. Im Dunkeln rückten die ersten Holzfällertrupps an. Heerscharen an grau bebrockten Beamten begleiteten sie. Die Schlacht um Hainburg hatte begonnen. 800 Gendarmen und Polizisten – Männer, mit denen wir am Abend zuvor noch an den Barrikaden unseren Tee oder das Brot geteilt hatten –



Erste brutale Rodung

Fotos: V. Vannierport (2), www.pictures.com

stürmten, mit Gummiknüppeln bewaffnet, nach Stopfenreuth. „In den Notbehausungen hatten die Leute noch vor sich hingedöst. Die Stimmung war ruhig. Kaum ein Wort fiel, und doch war bei allen die Angst spürbar. Als plötzlich einer Alarm schrie, ging's los“, berichtete „Krone“-Redakteur Erich Schönauer aus der Au, damals noch nicht Kollege, weil ich noch in Niederösterreich tätig war.

Von einer Sekunde auf die andere war das Inferno ausgebrochen. Brutal wurden junge, alte und auch gebrechliche Hainburgverteidiger aus ihren dünnwandigen Zelten gerissen. Wer flüchten wollte, wurde von Exekutiv-Beamten daran gehindert und blutig geprügelt. Innerhalb von wenigen Minuten hatte sich die bis dahin friedlich im Winternebel versunkene Au in einen Hexenkessel verwandelt. Immer wieder sausten die Schlagstöcke der Einsatzkommandos auf friedliche Demonstranten nieder. Parallel dazu heulten die Motorsägen auf, ein Baum hätte beinahe mehrere Beamte erschlagen. Doch die Widerstandskette der 3000 Besetzer hielt. Friedlich die Bundeshymne singend, stellten sich die Demonstranten immer wieder den Wellen der Prügeltrupps entgegen. Sirenen von Rettungsautos heulten auf. Hunderte Wiener Taxler brachten

aber immer wieder neue Naturschützer kostenlos in die Au. Der Kampf um die Bäume mit 19 Verletzten tobte stundenlang. Mehrere Hektar wurden vor unseren Augen kahl geschlagen – bis Idealismus über die Staatsgewalt siegte. Abends dann in Wien der zweite Akt des Widerstands, der uns hier in der Au unglaublich viel Kraft gab: 40.000 Menschen zogen in einer spontanen Solidaritätsbekundung mit uns über den Ring. Die Wende! Am 21. Dezember verhängte die Regierung einen Rodungsstopp. Tags darauf verkündete der Kanzler Fred Sinowatz einen Weihnachtsfrieden. Die Besetzung wurde aber erst beendet, als das Höchstgericht Anfang Jänner 1985 weitere Rodungen bis zum Abschluss des laufenden Beschwerdeverfahrens verbot.

Öko-Grand-Dame Freda Meissner-Blau erinnert sich noch genau an die schicksalhaften Weihnachten vor 30 Jahren: „Ich hab den Heiligen Abend in der Au gefeiert. Neben mir sind zwei Punks mit Fackeln in der Hand zur Waldmesse gegangen. Sie gestanden mir, dass das das schönste Weihnachten ihres Lebens gewesen sei. Ein weiteres kleines Mosaiksteinchen des großen Wunders von Hainburg...“ Und der Beginn einer erstzunehmenden Umweltbewegung.

FREDA MEISSNER-BLAU: „ICH HABE DEN HEILIGEN ABEND DRAUSSEN IN DER AU GEFEIERT“



G. HEILINGBRUNNER

Der friedvolle Protest und auch Glück waren die Erfolgsgeheimnisse. Diesen positiven Ökogeist von Hainburg bräuchten wir auch heute wieder.



BERND LÖTTSCH

Das Wunder von Hainburg war, dass bei der Besetzung der Au Altersunterschiede oder sozialer Status keine Rolle mehr spielten.



PETER PILZ

Ich war damals einer von vielen. Wir alle aber spürten, dass hier in der Au nach Zwentendorf die zweite grüne Wende gelingen könnte.

HCB in Kärntner Milch und Futter: Regierung informiert Bürgermeister

Bevölkerung kann sich ab dieser Woche freiwillig auf HCB-Belastung im Blut testen lassen

KLAGENFURT. Nach einer Sondersitzung stellte sich die Kärntner Landesregierung Montagnachmittag der Öffentlichkeit. Geladen waren die Bürgermeister und Amtsleiter der von der Versuchsung mit Hexachlorbenzol (HCB) betroffenen Gemeinden im Görtschitztal. Die Regierungsmitglieder und Fachbeamten präsentierten die bisher durchgeführten Maßnahmen, aber neue Untersuchungsergebnisse gab es am Feiertag nicht.

Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) betonte, es würden alle Ergebnisse publik gemacht, die als gesichert angesehen werden könnten. Er umriss noch einmal den Ablauf der Ereignisse seit Anfang November, als er „zwischen Tür und Angel“ erfahren habe, dass es mit dem Zementwerk der



Die Landesregierung lud Bürgermeister, Amtsleiter und Presse zu Info-Veranstaltung.

Foto: Kleine Zeitung/Weichselbraun

„Wir werden die ganze Wahrheit auf den Tisch legen, sie muss uns aber auch bekannt sein.“

Peter Kaiser, SP-Landeshauptmann zu den HCB-Ergebnissen

Wiersdorfer ein Problem gebe. Seit 7. November sei die Verwertung von Blaukalk aus der Deposition der Donauchemie in Brückl verboten, inzwischen würden Ermittlungen unter die Lupe genommen. Kaiser kündigte zudem zwei Informationsveranstaltungen für die betroffene Bevölkerung an. Und es werde laut Krisenkoordin-

nator Albert Kreiner nach weiteren HCB-Quellen gesucht: „Wir haben unzählige Proben genommen, von denen aber noch nicht alle ausgewertet sind.“

Die Abteilung Landwirtschaft habe von April bis November 66 Futtermittelproben und 18 Bodenmittelproben von vier Bauernhöfen habe es Überschreitungen beim HCB-Grenzwert gegeben, das Futter werde entsorgt. Umweltmedizinerin Barbara Kohlweg wiederholte gestern die Warnung, vorsichtshalber keine Lebensmittel aus dem Görtschitztal zu es-

sen, bis eine Gefährdung für die Gesundheit ausgeschlossen werden kann. Noch in dieser Woche soll der Bevölkerung – speziell Landwirten und ihren Familien – die Möglichkeit geboten werden, Blut bzw. Muttermilch auf HCB-Belastung anonym untersuchen zu lassen.

Landesrat Gerhard Kofer vom Team Stronach lud gestern zu einer Pressekonferenz: Er übte heftige Kritik an der Regierung, der er erneut chaotisches Krisenmanagement vorwarf. Bereits am Samstag hat Landwirtschaftsminister Andrä Rupprechter (VP) Kritik am

schlechten Kärntner Krisenmanagement geübt. Die Landesregierung hatte im Vorfeld behauptet, dass keine verunreinigten Milchprodukte in den Handel gelangt seien. Greenpeace widerlegte diese Behauptung, jedoch mit Proben bei Testkäufen.

Rupprechter forderte eine „Auflistung aller bisher gesetzten Maßnahmen“ von der Landesregierung. Bei der Sondersitzung wurde von der rot-schwarz-grünen Koalition der geforderte mehr als 100-seitige Bericht beschlossen, der dem Ministerbüro heute früh vorliegen werde.

3 Fragen an...

PETER KAISER

Kärntner Landeshauptmann (SP)



Foto: APA

1 Warum hat es vergangene

Woche Greenpeace gebraucht, um die Bevölkerung zu warnen, dass HCB-belastete Lebensmittel aus dem Görtschitztal doch in den Handel gekommen sind. Wäre das nicht Pflicht der Kärntner Behörden gewesen?

Bei der Charge an Milch, die Greenpeace in einem Laden in Friesach entdeckt und beprobt hat, hat die Molkerei Sonnenalm am Wochenende den Fehler bei sich eingestanden und gesagt, dass das ihrem Kontrollsystem entgangen sei.

2 Aber wäre nicht genau das Aufgabe der Landesbehörden: Zu kontrollieren, ob tatsächlich keine belasteten Lebensmittel in den Handel kommen?

Wir haben geschaut, dass wir innerhalb kürzester Zeit alles beproben. Aber offensichtlich wurden auch Produkte gegen die behördlichen Anweisungen in Verkehr gebracht.

3 Sehen Sie keine Fehler bei den Kärntner Behörden?

Optimales Handeln sieht sicher anders aus. Es hätte schon das Frühwarnsystem besser funktionieren müssen. Erste Informationen wurden der Lebensmittelaufsicht schon im April bekannt. Die Politik erfolgen müssen. Wir werden unsere internen Abläufe alle untersuchen und auf ein Niveau bringen, das der Zeit entspricht. Absolute Priorität hat jetzt aber, dass die Gesundheit der Bevölkerung nicht gefährdet ist. (mst)

„Mutter Natur braucht mehr Schutz denn je“

30 Jahre nach Hainburg: Klimaziele rasch erfüllen!

Es war ebenso trüb, aber viel kälter, als sich genau vor 30 Jahren Aktivisten der Umweltbewegung in Stopfenreuth (NÖ) versammelten – der Sternemarsch vom 8. Dezember 1984 markierte den Beginn des erfolgreichen Widerstands gegen das Kraftwerk.

Zum Jubiläum packten
Bernd Löttsch, Gerhard
Heilingbrunner (damals
Chef des Konrad-Lorenz-
Volksbegehrens) sowie die
Öko-Kämpfer Doris Hol-
ler-Bruckner und Wolf-
gang Rehm die „Hainbur-
ger Erklärung“ wieder aus.
Aber: „Auch nach 30 Jah-
ren liegt vieles im Argen.
Mutter Natur braucht heu-
te mehr Schutz denn je“,
brachte es Heilingbrunner,
damals treibende Kraft des
von der „Krone“ initiierten
Volksbegehrens, am Mon-
tag im Stopfenreuther
Forsthaus auf den Punkt.
Nur eine fehlte – Grünen-
Urgestein Freda Meissner-
Blau musste die Veranstal-

M. Perry/L. Lusetzky

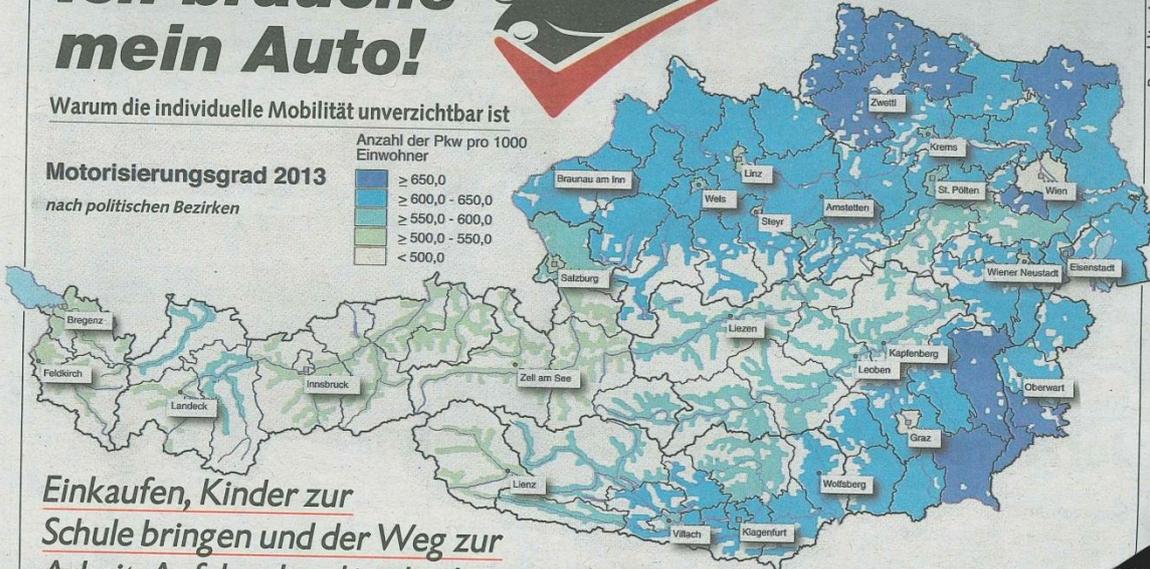
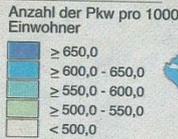


Ich brauche mein Auto!



Warum die individuelle Mobilität unverzichtbar ist

Motorisierungsgrad 2013
nach politischen Bezirken



Einkaufen, Kinder zur Schule bringen und der Weg zur

Arbeit: Auf dem Land ist das Auto unverzichtbar. Das zeigt auch die Statistik

Wie soll ich sonst von A nach B?

2 Ein Führerschein mit 18, spätestens 19 Jahren? Für jene, die auf dem Land aufwachsen, ist das auch heute eine Selbstverständlichkeit – auch wenn sie anfangs noch oft das Auto der Eltern lenken. Doch zwei, drei Jahre später steht das eigene Auto vor der Tür.

Warum Pkw? Weil es gar nicht anders geht!

Machen wir einen Blick nach Rappottenstein im niederösterreichischen Bezirk Zwettl: 23 Ortschaften, 1722 Einwohner. Zum Vergleich: Allein im Karl-Marx-Hof in Wien leben etwa dreimal so viele Menschen. Aber mitten im Waldviertel ist man ohne Auto „verloren“. Zwar hat die Marktgemeinde Kindergarten, Volksschule,

Neue Mittelschule und praktische Ärzte. Doch wer in die Bezirksstadt Zwettl (zum Facharzt oder zu einem Amt) will und den Postbus um 7.26 Uhr verlässt, muss bis 12.18 Uhr warten, ehe der nächste Bus kommt. Kein Wunder, dass im Bezirk Zwettl im Jahr 2013 laut Statistik Austria 671,8 Pkw pro 1000 Einwohner zugelassen waren. Nur im Bezirk Waidhofen an der Thaya gibt es noch mehr, nämlich 687,6. Wohlgermerkt: Auch Kinder und Babys sind da mitgerechnet! Auch die Bezirke Horn (662,0), Gmünd (658,5) und Mistelbach (657,0) sind ähnlich stark motorisiert.

Das heißt: So ziemlich jeder Erwachsene hat in dieser Gegend ein eigenes Auto – auch wenn es (weil es das Familieneinkommen nicht anders zulässt) meist

nicht das modernste ist. Genau diese Menschen werden durch jede Erhöhung der Steuer auf Diesel und Benzin oder der motorbezogenen Versicherungssteuer doppelt bestraft. Weil sie gar nicht anders können, als mit dem Auto zu fahren – in den Supermarkt, zum Friseur, zur Post oder zum Fußballtraining mit ihren Kindern.

Das Waldviertel ist keine Ausnahme

Wer glaubt, dass das Waldviertel eine Ausnahme ist, muss sich nur die Grafik anschauen: je blauer die Farbe, desto mehr Pkw sind zugelassen. Nehmen wir zum Beispiel die Steiermark: Hier „führt“ der Bezirk Hartberg/Fürstenfeld mit 660,4 Pkw je 1000 Einwohner. In Kärnten liegt Klagenfurt-Land (645,5) voran, in Oberösterreich

der Bezirk Grieskirchen (641,4). Ein spezieller Fall ist das Burgenland: Waren 1971 erst 36.000 Pkw zugelassen, so stieg deren Zahl binnen vier Jahrzehnten auf 169.000. Kein Wunder, dass das Burgenland mit 609 Autos je 1000 Einwohner den höchsten Motorisierungsgrad aller Bundesländer aufweist. An der Spitze stehen – wen wundert's – die entlegenen Bezirke Güssing und Jennersdorf mit 656,5 bzw. 656,4 Pkw.

Und Wien? Zu Beginn der 1970er Jahre noch führend im Bundesländer-Ranking, liegt die Bundeshauptstadt heute bei der Zahl der Pkw je 1000 Einwohner mit 394 an letzter Stelle.

MORGEN LESEN SIE: Die Illusion der autofreien Stadt

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

www.wir-autofahrer.at



Bezahlte Anzeige

Ich brauche mein Auto!



Warum die individuelle Mobilität unverzichtbar ist

3 Waren Sie je auf der Pariser Stadtautobahn unterwegs? Mussten Sie sich durch die Straßen Londons quälen? Oder haben Sie gar den Moskauer Verkehr erlebt, wo oft gar nichts mehr geht? Ja? Dann wissen Sie, was ein „echter“ Stau ist.

Es ist gut, wenn man in Wien Verhältnisse wie in

Mariahilfer Straße neu: Das Queren der stark frequentierten Einkaufsstraße mit dem Pkw wird immer schwieriger.



Foto: Klemens Groß

Autofreie Stadt – eine Illusion!

diesen drei Städten verhindern will. Denn selbst wenn es auf der Tangente und an anderen neuralgischen Punkten immer wieder Staus gibt, funktioniert der Autoverkehr in Wien noch immer relativ gut.

Fast ein Drittel aller Wege mit dem Pkw

Und doch geistern seit einigen Jahren immer wieder Meldungen durch die Medien: Das Schlagwort von der „autofreien Stadt“ ist eines davon. Wie bitte?

Beginnen wir mit ein paar Zahlen: 28 Prozent aller Wege wurden in Wien 2013 mit dem Pkw zurückgelegt, 20 Jahre zuvor waren es noch 40 Prozent. Hingegen ist der Anteil von Bim, Bus und Bahn in diesen zwei Jahrzehnten von 29 auf 39 Prozent gestiegen. Fast gleich geblieben ist mit 28 bzw. 27 Prozent der Anteil der Fußwege, während sich der Radverkehr von 1993 bis heute von 3 auf 6 Prozent verdoppelt hat.

Wer glaubt, dass die Stadtplaner mit dieser Entwicklung zufrieden sind, irrt: In zehn Jah-

Die Stadtpolitiker wollen den Pkw-Verkehr in Wien weiter einschränken. Das kann unerwünschte Folgen haben

ren sollen nur noch 20 Prozent aller Wege in Wien mit Pkw zurückgelegt werden, 2030 sollen es gar nur 15% sein. Wie man es schaffen will, deutlich mehr Menschen in die ohnedies oft überfüllten Busse, Straßen- und U-Bahnen zu stecken, bleibt ein Rätsel. Immerhin wird Wien ja auch weiter wachsen: Von derzeit 1,766.000 Menschen auf 1,964.000 im Jahr 2025

und 2,014.000 fünf Jahre später.

Ohne Auto geht es nicht – schon gar nicht am Stadtrand: Im 23. Bezirk sind derzeit 494,5 Pkw pro 1000 Einwohner zugelassen, deutlich mehr als der Wiener Durchschnitt (394). Auch im 13. und 22. Bezirk sind mit 451,1 bzw. 435,2 Pkw deutlich mehr Autos unterwegs als etwa im 5. (311,8) oder 7. Bezirk

(357,3). Ein Sonderfall ist die Innere Stadt, in der wegen vieler großer Firmen 1051,5 Pkw je 1000 Bewohner angemeldet sind.

Schikanen, um auf das Auto zu verzichten

Schlimm ist es, wenn die Autofahrer durch Schikanen in Wien und anderen Städten gezwungen werden, auf ihr Auto zu verzichten: etwa durch immer mehr Kurzparkzonen selbst in Gegenden, wo es unnötig ist. Oder durch die Mega-Fußgängerzone Mariahilfer Straße, wo das Queren vom 6. in den 7. Bezirk nahezu unmöglich ist. Selbst Fahrer der Rettung und der Feuerwehr klagen schon, dass ihre Arbeit durch viele gegenläufige Einbahnen immer schwieriger wird.

All diesen Schikanen zum Trotz werden jene, die an die Idee von der „autofreien Stadt“ glauben, erkennen müssen: Es ist eine Illusion – und wird eine solche bleiben.

MORGEN LESEN SIE: Die technischen Fortschritte bei modernen Pkw



Foto: Peter Tomtschi

Mahü alt: Die Wirtschaft war mit ihr nicht unzufrieden



Sagen Sie uns Ihre Meinung!

www.wir-autofahrer.at

Bezahlte Anzeige

Vulkanausbruch zerstört zwei Dörfer

Praia. – Lavaströme nach dem Vulkanausbruch auf der Kap-Verde-Insel Fogo haben zwei Dörfer im Talkessel Chã das Caldeiras und das einzige Weinanbaugebiet zerstört. Die 1500 Bewohner waren rechtzeitig in Sicherheit gebracht worden. Nun bedroht die Lava Mosteiros, die zweitgrößte Gemeinde der Insel.

Weitere Lebensmittel mit Umweltgift HCB verseucht

Grenzwertüberschreitung bei Butter eines Direktvermarkters festgestellt
Blutuntersuchungen für Bevölkerung ab kommender Woche

KLAGENFURT — Weiter keine Entwarnung in Sicht ist im Fall der mit dem Umweltgift Hexachlorbenzol (HCB) belasteten Lebensmittel im Kärntner Görtschitztal. Gestern wurde ein neuer Fall bekannt, bei einer Butter eines Direktvermarkters wurde eine Grenzwertüberschreitung festgestellt. Während der betroffene Bauer derzeit seine Stammkunden kontaktiert, würden die Milchprodukte allesamt vernichtet und die Lieferungen eingestellt, berichtet Albert Kreiner, Krisenkoordinator des Landes. Unterdessen sind ab der kommenden Woche Blutuntersuchungen bei der betroffenen Bevölkerung geplant. Ab heute werden dazu Beratungsgespräche angeboten. Die Auswertung der erhobenen Werte sei allerdings schwierig zu interpretieren, erklärt Umweltmediziner Michael

Kundi. Unbedenklich sei laut Gesundheitsmedizinerin Barbara Kohlweg für eine Person mit 60 Kilogramm der Konsum von einem Liter Milch, die mit dem Grenzwert von 0,01 Milligramm belastet ist. Eine Dosis von einmalig 50 Litern Milch mit einer Belastung von 0,04 Milligramm könnten jedoch zu unmittelbaren gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen, so Kundi.

Umweltbeschwerde wird eingereicht

Derzeit werden umfassende Proben von Lebensmitteln, Milch, Futtermitteln oder Böden durchgeführt. Weiters wurde bekannt, dass der vom Kärntner Landtag eingesetzte Untersuchungsausschuss am 16. Dezember mit der Arbeit beginnen wird. Kritik kommt von den Umweltschutzorganisationen Öko-

büro und Global 2000, die eine Umweltbeschwerde angekündigt. Sie bemängeln vor allem das späte Informieren der Betroffenen. In Salzburg konnte unterdessen nach einer Bodenprobe vorerst Entwarnung gegeben werden.

Donnerstag, 11. Dezember 2014

POLITIK

55



Fast könnte man glauben, sie seien Freunde und keine Rivalen: Barack Obama, Xi Jinping in Peking

Ehrgeizige Ziele der beiden größten Umweltverschmutzer

China und die USA schließen überraschenden Klimapakt

Peking. – Bislang galten die USA und China als Bremser beim Klimaschutz. Jetzt wollen die beiden größten Umweltverschmutzer der Welt gemeinsam den Klimaschutz vorantreiben.

US-Präsident Obama und Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping einigten sich beim Gipfeltreffen in Peking auf neue Klimaziele. „Das ist ein Meilenstein in den Beziehungen“, sagte Obama. Die beiden größten Volkswirtschaften der Welt produzieren zusammen fast so viel klimaschädliches CO₂ wie der Rest der Welt zusammen.

Zum Abschluss ihrer zweitägigen Gespräche gaben Obama und Xi eine gemeinsame Erklärung zum Klimawandel ab und kündigten eine Zusammenarbeit bei erneuerbaren Energien an. Der US-Präsident verordnete seinem Land strengere Klimavorgaben. Die USA sollen bis 2025 den Ausstoß von Treibhausgasen um 26 bis 28 Prozent im Vergleich zu 2005 reduzieren.

Xi Jinping kündigte für

sein Land zum ersten Mal ein Datum an, von dem an der Ausstoß von Kohlendioxid zurückgefahren werden soll. Spätestens im Jahr 2030 soll der Höhepunkt des CO₂-Ausstoßes in China erreicht sein und danach zurückgehen.

Die EU verspricht noch viel mehr . . .

Konkrete Reduktionsziele formulierte Xi jedoch nicht. Allerdings kündigte er an, ebenfalls bis zum Jahr 2030 den Anteil erneuerbarer Energien auf etwa 20 Prozent zu steigern. Bislang hatte China stets argumentiert, als Entwicklungsland dürfe es zum Schutz seiner Wirtschaft nicht zu strenge Klimavorgaben machen.

Im Oktober hatte sich auch die Europäische Union neue Klimaziele gesetzt. Die 28 EU-Staaten einigten sich

darauf, den Kohlendioxid-Ausstoß bis zum Jahr 2030 im Vergleich zu 1990 verbindlich um mindestens 40 Prozent zu senken.

Greenpeace: Erster Schritt in die richtige Richtung

Die Umweltorganisation Greenpeace wertete die Ankündigung Chinas und der USA als ersten Schritt in die richtige Richtung. „Es gibt die klare Erwartung an die beiden Wirtschaftsmächte, großen Ehrgeiz zu zeigen“, sagte Li Shuo, Klimaexperte von Greenpeace. Die Einigung zwischen Obama und Xi dürfe nur ein Mindestmaß an Klimazielen darstellen und nicht das Maximum.

Vorsicht vor Zahlen aus dem Traumbüchlein! Sie könnten als Seifenblasen platzen wie viele Klimaversprechungen vorher. Keine der Regierungen sagt uns, wie sie das Wunder wirklich erreichen will – ohne dass die Menschen ihre Lebensweise völlig umkrempeln müssten.

Kurt Seinitz

1. Ausgabe d. Nr. 50

uns Probleme“

Mülltrennung etwas außer Acht gelassen wird. Auch viel Altpapier findet sich zu dieser Zeit wegen der Geschenkverpackungen im Müll.

Gutscheine statt Verpackung
Aber: Geschenkpapier ist nicht gleich Geschenkpapier. „Aufwendige Verpackungen erschweren das Recycling. Ich finde deshalb den Trend zu Gutscheinen gar nicht schlecht“, sagt Schobesberger. Ähnlich problematisch wie Verpackungen ist auch das Lametta auf Weihnachtsbäumen. Die Linz AG Abfall kümmert sich wie jedes Jahr um die richtige Entsorgung und Wiederverwertung der Christbäume im Stadtgebiet von Linz. Aus den gehäckselten Christbäumen wird Kompost. „Wichtig ist aber, dass der Baum vorher abgeschmückt wird. Lametta ist in der Verwertung ein Problem“, sagt Glasner.



Zwischen den Weihnachtsfeiertagen werden mehr als 200 Tonnen Müll pro Tag in der Landeshauptstadt abgeholt. Foto: Maurer/Fotolia

52

„Lametta macht

berger, Stadträtin und Obfrau des Bezirksabfallverbandes. Nicht zu vergessen: Das Mehr an Drucksorten vor Weihnachtsfeiertagen, weil Magazine und Zeitungen aufgrund der Werbung dicker sind. „Für die Mitarbeiter der Linz AG Abfall zählen die Tage um Weihnachten zu den absolut stressigsten im Jahr“, sagt Glasner. Der Abholplan für den Rest- und Biomüll wird auf die Feiertage abgestimmt und optimiert. So sind in der Weihnachtswoche drei zusätzliche Fahrzeuge und bis zu zehn zusätzliche Mitarbeiter als Verstärkung im Einsatz.

47 Tonnen pro Stunde
Der Restmüll aus den Linzer Haushalten landet in der 2012 eröffneten Reststoffaufbereitungsanlage (RABA). Metallteile wie Eisen, Kupfer oder Aluminium werden für die Wiederverwertung aussortiert. Der Rest wird ther-

misch aufbereitet. Bis zu 47 Tonnen pro Stunde werden hier zu Strom für 37.000 und Wärme für 11.000 Haushalte umgewandelt. Deponien gibt es nur mehr für Erdaushub, Bauschutt, Reststoffe und Industrieabfälle. Die Aufbereitungsanlage ist allerdings kein Freifahrtschein, um auf Mülltrennung zu verzichten. „Die größten Probleme in der RABA entstehen, wenn Biomüll in den Restmüll kommt“, sagt Glasner. Murwillige Müllablagerungen bei Standplätzen habe sich in den letzten Jahren etwas verringert. „Hier sind vereinzelt schwarze Schafe am Werk. In Ballungszentren ist das leider oft nicht zu vermeiden“, sagt Schobesberger. „Wir haben deshalb extra drei Fahrzeuge abgestellt, die sich um die Standplatzreinigung kümmern“, sagt Glasner. Beim Restmüll merke man, dass zur Weihnachtszeit die

OÖN (Wochenende Magazin), 13.12.2014, S. 1-4.

Geistesgaben: Welche Bücher Kulturschaffende unter den Weihnachtsbaum legen »Seite 9

Soko Christbaum: Schauspieler Ferry Öllinger hilft dem Bruder »Seite 5



OÖNachrichten

Wochenende

SAMSTAG, 13. DEZEMBER 2014

MAGAZIN

Die Wellen des Todes

Zum zehnten Mal jährt sich am 26. Dezember die Tsunami-Katastrophe mit mehr als 230.000 Toten. Helfer und Überlebende erinnern sich.

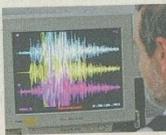
»Seite 2 bis 4



Foto: Reuters

ahnen zu
leben und
Tsunami in
Asien 2004

9,1 Magnitude: Das Seebeben vom 26. Dezember 2004 vor der Insel Sumatra erreichte die Stärke von 9,1 auf der Richterskala. Es war damit das drittstärkste bekannte Beben aller Zeiten.



10 Minuten: Die Dauer des Bebens im Indischen Ozean – auch Sumatra-Andamanen-Beben genannt – wurde von den Experten mit zirka zehn Minuten angegeben. Das war die längste jemals beobachtete Dauer.

6,8 Mikrosekunden: Experten glauben, dass durch die verheerenden Erdstöße die Erdentage um 6,8 Mikrosekunden kürzer geworden sind und die Erdoberfläche um rund sieben Zentimeter verschoben wurde. Die freigeordnete Energie soll 23.000 Hiroshima-Bomben entsprechen haben.



„Das stellt man sich sehr idealistisch vor“

Andreas Reisinger verteilte Hilfsgütern im Katastrophengebiet

Der Gramastettner Andreas Reisinger (45) managt zurzeit den weltweiten Fuhrpark des UN-Flüchtlingshochkommissariats (UNHCR) von Budapest aus. Mit 6200 Fahrzeugen ist es die größte humanitäre Flotte der Welt. Vor zehn Jahren dirigierte er die mehr als 350 Fahrzeuge der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften in der Provinz Aceh (Indonesien).

ÖÖN: Wann und wie sind Sie ins Katastrophengebiet gekommen?
Reisinger: Fünf Wochen nach dem Tsunami bin ich in Banda Aceh mit einem Cargoflugzeug gelandet. Ich bin über die Heckklappe des Flugzeugs ausgestiegen und es war keiner da, der mich abgeholt hätte. In der Luft sechs, sieben Hubschrauber und Transportflugzeuge, ein Chaos, das aussah, als wäre man im Vietnamkrieg gelandet. Nach zwei Stunden hat mich ein Rotkreuzfahrer zur Einsatzzentrale gebracht.

Wie gestaltete sich Ihr Kontakt mit den Opfern?

Allein in Indonesien sind 180.000 Menschen gestorben, aber ich habe keine Toten gesehen, aber Verwüstung Ende nie. Um die Leichenbergung hatten sich Hundertschaften junger Freiwilliger des Roten Kreuzes aus Java und Jakarta gekümmert. Dafür habe ich Lkw und Fahrer zur Verfügung gestellt. Selbst bin ich nie zu dieser Frontlinie gekommen. Monate nach der Katastrophe fand ich am Strand manchmal menschliche Knochen.

Wie viel von den Spenden ist bei den Opfern angekommen?

Natürlich kam die Hilfe an. Doch das stellt man sich sehr idealistisch vor. Die Tsunami-Operation war eine riesige logistische Herausforderung, die sie teuer machte. Denn die 280 km lange Westküste von Aceh war komplett zerstört, Dörfer und Städte verschwanden, da war nichts mehr, auch keine Straßen. Wir waren die einzigen, deren Lkw so halbwegs durchgekommen sind.

Was wurde verteilt?

Zuerst Zelte, Essen, Hygieneartikel, später 6000 transportable Häuser. Die waren so gut, dass die meisten heute noch stehen. (but)



„Flottengeneral“ Andreas Reisinger mit Fahrer in der Provinz Aceh Foto: ÖÖN



Ein Bild der Verwüstung: die Provinz Aceh auf Sumatra in Indonesien. (Reuters)



Alleine in diesem vom Tsunami aus den Gleisen gerissenen Zug in Sri Lanka kamen 11

Das Weltbeben und seine Todeswellen

Am 26. Dezember jährt sich das Jahrhundert-Beben mit anschließendem Tsunami zum zehnten Mal. Mehr als 230.000 Menschen starben. Von Eike-Clemens Kullmann

Heftiges Erdbeben in Indonesien.“ So lapidar lautete die erste Meldung, die am 26. Dezember 2004 um 3.36 Uhr in Österreich über die Nachrichtenticker lief. Das wahre Ausmaß der Katastrophe ließ sie ebenso wenig erahnen wie der Zusatz: „Größere Schäden an Gebäuden, keine Berichte über Opfer.“ Was zu diesem Zeitpunkt in Österreich niemand wissen konnte: Seit mehr als einer Stunde rollten die todbringenden Wellen eines Tsunami auf die Küsten mehrerer asiatischer Länder zu und vernichteten ganze Küstenabschnitte, aber auch Urlaubsparadiese beziehungsweise hatten diese bereits dem Erdboden gleich gemacht.

Lediglich eine Viertelstunde hatten die zwei bis sechs Riesenwellen benötigt, um nach dem Seebeben der Stärke 9,1 im Indischen Ozean die ersten Küsten zu erreichen. Das Epizentrum lag vor der indonesischen Insel Sumatra. Am stärksten von den bis zu zehn Meter hohen Wellen betroffen war dann auch die Provinz Aceh in Nordsumatra.

167.736 Menschen wurden in dieser ohnedies von einem heftigen Bürgerkrieg massiv gezeichneten Region innerhalb kürzester Zeit in den Tod gerissen. Wie Kartenhäuser stürzten die Gebäude in den mit voller Wucht bis weit ins

Landesinnere vordringenden Fluten in sich zusammen.

Eine Stunde nach den schlimmsten Erdstößen seit 40 Jahren erreichte der gewaltige Tsunami die Insel Phuket in Süd-Thailand. Hier wurde vor allem der Tourismus schwer getroffen. Betroffenen davon war übrigens auch Österreich. 85 der insgesamt 86 getöteten Österreicher starben in den Urlaubsparadiesen Phuket, Khao Lak und auf den Phi Phi Inseln. Insgesamt waren in Thailand nach offiziellen Angaben 8212 Todesopfer zu beklagen.

Sri Lanka schwer betroffen

Eine weitere Stunde nach dem Aufprall der Riesenwellen in Thailand verwüsteten diese die Ostküste Sri Lankas. Besonders groß waren die Zerstörungen um die Stadt Galle im Süden des ebenfalls von Bürgerkrieg gezeichneten Landes. Hierher kam schon wenige Tage später Hilfe aus Österreich. Konkret durch das Bundesheer, das mit 90 Soldatinnen und Soldaten rund sechs Wochen lang Trinkwasser aufbereitete. 1,2 Millionen Liter wurden in dieser Zeit für die Menschen produziert.

In Sri Lanka fielen dem Tsunami insgesamt 35.322 Menschen zum Opfer – das Land war damit nach Indonesien am stärksten von der Katastrophe betroffen.

Der Tsunami ist eine beispiellose globale Katastrophe.“

Kofi Annan, UNO-Generalsekretär

Mit voller Wucht rasten die Boten des Todes weiter durch den Indischen Ozean und verwüsteten die Küstengebiete Südiindiens, vor allem im Unionsstaat Tamil Nadu mit seiner Metropole Chennai sowie die Inselgruppe der Andamanen und Nikobaren.

Obwohl die Flutwellen bis zu den Küsten von Tamil Nadu rund drei Stunden benötigten und bis zum Aufprall auf die Inseln noch rund zwei weitere Stunden vergingen, starben in Indien 18.045 Menschen. Opfer waren darüber hinaus auf den Malediven, in Burma und in Malaysia zu beklagen.

Dass die Wellen sogar noch die weit entfernten Küsten Ostafrikas erreichen würden, lag damals wohl jenseits der Vorstellungsga-

be der Betroffenen. Am Horn von Afrika, in Somalia, versanken Teile der flach an den Strand geschmiegt Küstengebiete in der Flut. Rund 300 Menschen kamen dabei ums Leben.

Die Bilanz der Jahrhundertkatastrophe: mehr als 230.000 Todesopfer, mehr als 1,7 Millionen Obdachlose und ein gigantischer Schaden von 14 Milliarden Dollar (umgerechnet 11,3 Milliarden Euro). Der damalige UNO-Generalsekretär Kofi Annan sprach von einer „beispiellosen globalen Katastrophe.“

Frühwarnsystem fehlte

Experten sind sich sicher: Ein Tsunami-Frühwarnsystem hätte Tausenden dieser Opfer das Leben retten können – doch es existierte damals noch nicht. So half es leider nicht, dass das pazifische Tsunami-Warnzentrum auf Hawaii bereits Minuten nach dem Beben eine Flutwelle voraussagte. In den Ländern fehlten sowohl mögliche Ansprechpartner als auch Kommunikationsinfrastrukturen.

Nach dem Tsunami wurde eine bis dahin beispiellose Hilfsaktion gestartet. Laut OECD wurden den betroffenen Staaten von EU und 22 im Hilfskomitee der OECD sitzenden Mitgliedsländern 13,6 Milliarden Dollar (damals 9,22 Milliarden Euro) zugesagt.

8000 Todesopfer: Bei dem verheerenden Tsunami nach dem Seebeben vor Sumatra kamen insgesamt mehr als 230.000 Menschen ums Leben. 8000 davon stammten auch aus Ländern, die nicht von den Todeswellen verwüstet worden waren. Unter den Opfern befanden sich zudem 86 Österreicher, die in Thailand beziehungsweise Sri Lanka starben.

Opfer der Tsunamikatastrophe nach Ländern

	Tote u. Vermisste	Obdachlose		Tote u. Vermisste	Obdachlose		Tote u. Vermisste	Obdachlose
1 Indonesien	167.736	>500.000	6 Somalia	289	5000	11 Seychellen	3	o. A.
2 Sri Lanka	35.322	516.150	7 Madagaskar	>200	1000	12 Bangladesch	2	o. A.
3 Indien	18.045	647.599	8 Malediven	108	>15.000	13 Südafrika	2	o. A.
4 Thailand	8212	7000	9 Malaysiaen	75	o. A.	14 Kenia	1	o. A.
5 Myanmar	500	3200	10 Tansania	13	200	Gesamt	=230.000	=1.690.000



chen ums Leben. Foto: epa



Der Traum Phi Phi Island wurde für viele zum Altraum.



Satellitenfotos von Banda Aceh vor und nach dem Tsunami.



Ein Bild des Überlebens inmitten von Trümmern. (Reuters, epa)



Der Tsunami
Die Aufwölbung des Meeresbodens verdrängte rund 30 Kubikkilometer Wasser und führte zu einer Serie tödlicher Wellen mit bis zu 30 Meter Höhe

Bruch: 30km unter dem Meeresgrund wurden 1200km der Indischen Platte bis zu 20 Meter unter die Burma-Platte geschoben, der Meeresboden hob sich um einige Meter

Hilfe mit 1,2 Millionen Liter Trinkwasser

90 Soldaten des Bundesheeres unterstützten die Bevölkerung in Sri Lanka

Dieser Auslandseinsatz war zwar zeitlich der kürzeste, aber dafür ganz sicher der heftigste, ist Oberstleutnant Reinhard Bacher überzeugt. Die Erinnerung an die Hilfe, die das Bundesheer Anfang 2005 Tausenden von der Katastrophe in Sri Lanka betroffenen Menschen in Form von Trinkwasseraufbereitung leisten konnte, sei auch heute noch präsent.

„Wir wurden am Sonntag über diesen Einsatz informiert und schon am Dienstag ging es los“, sagt Bacher, der damals bei der ABC-Abwehrkompanie in Hörching stationiert war. 90 Soldatinnen und Soldaten waren bei dieser Hilfsmission dabei. Der Autor dieser Zeilen konnte übrigens eine Woche lang aus dem Katastrophengebiet über die Leistung des Heeres und die enorme Dankbarkeit der Bevölkerung berichten.

Das AFDRU-Kontingent (Austrian Forces Disaster Relief Unit) musste zuerst 90 Tonnen Gerät durch zerstörtes Gebiet 120 Kilometer in den Süden transportieren. Außerhalb von Galle wurde der Hyare-See genutzt, der lange das

Wasserreservoir der Stadt war. Innerhalb weniger Stunden konnte das Süßwasser – chemisch behandelt – trinkbar gemacht werden.

In den folgenden sechs Wochen wurden bis zu 4000 Liter Trinkwasser pro Stunde produziert. Insgesamt lieferte das Heer 1,2 Millionen Liter an die Bevölkerung aus. „Die Dankbarkeit war unbeschreiblich –

ein tolles Gefühl für meine Kameraden und mich“, sagt Bacher.

Faszinierend empfand der Kommandant dieses Hilfseinsatzes die Mentalität der Bevölkerung – „der Glaube der Hindus an die Wiedergeburt stützte sie auch in der größten Not“. Ebenso unvergesslich bleibt für Bacher jener Zug, den die Todeswellen bei Peraliya aus den Gleisen ins Hinterland gespült hatten. 1800 Menschen kamen alleine darin ums Leben. Der süßliche Leichengeruch sei für ihn bis heute präsent, sagt Bacher.

16 Familienmitglieder begraben

Er ist sich darin mit dem für die Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Oberst Norbert Schartner aus Bad Ischl einig. Dieser erinnert sich zudem an ein besonderes Erlebnis. „Ich nehme von jedem Einsatz ein bisschen Erde oder Sand mit. Als ich das am Strand von Galle erdigen wollte, redete mich ein etwa 60-jähriger Mann an. Er bat mich ganz gefasst, nicht hier zu graben. Denn genau an dieser Stelle habe er 16 Mitglieder seiner Familie nach dem Tsunami begraben müssen.“ (eku)



Reinhard Bacher 2005 in Sri Lanka (eku)

Die Katastrophe in den OÖNachrichten

OÖN-BERICHTE
OÖNachrichten vom 27. Dezember 2004: Am Tag danach war das ganze Ausmaß der Katastrophe noch längst nicht absehbar. Im Bericht auf der OÖN-Titelseite gingen die Experten erst von 10.200 Todesopfern aus.



Die Flut kam ohne Vorwarnung „An der Küste ist alles zerstört“

OÖN-BERICHTE
OÖNachrichten vom 7. Jänner 2005: Erstmals wurde die Zahl der Todesopfer der Tsunami-Katastrophe mit mehr als 200.000 geschätzt. In der OÖN-Titelgeschichte war zudem die Rede von zwei Millionen Menschen, die dringend auf Hilfe warteten.

Zwei Millionen haben alles verloren und warten auf Hilfe



„Die Einheimischen gaben ihr letztes Hemd“

Mit knapper Not konnte Cindy Leberfinger vor 10 Jahren gemeinsam mit ihrem Vater vor dem Tsunami flüchten. *Von Martin Dunst*

Cindy Leberfinger aus Hörching hat vor zehn Jahren gar nicht begriffen, dass sie mitten in einer Riesen-Katastrophe steckt.

„Water come! Water come!“, riefen die Menschen auf Phuket in Thailand am Vormittag des 26. Dezember 2004 in Panik. „Manche trug die Flut auf ihren Rattanmöbeln sitzend fort. Wir dachten an einen Wasserrohrbruch in einem großen Hotel“, erzählt die gelernte Malerin und Unternehmerin. Dann sei alles ganz schnell gegangen. „Binnen fünf Sekunden ist das Wasser um drei Meter angestiegen.“ Cindy Leberfinger und ihr Vater Werner führen der Urgewalt in Gestalt einer alles verschlingenden Wasserwand in letzter Sekunde auf ihren Mopeds davon.

Kein Strom und keine Ahnung

Die beiden konnten sich auf einen Berg retten, haben von dort das Ausmaß der Zerstörung gesehen: „Der bekannte Patong-Beach war wie leergefegt, wie wenn es nie Liegen, Sonnenschirme und Bars gegeben hätte. Schiffe strandeten in Hotelanlagen, viele tote Büffel und Hunde lagen im Wasser, eine Schule in Strandnähe wurde völlig zerstört“, erinnert sich die Obersterreicherin an den Tag des Tsunamis vor fast zehn Jahren. „Das werde ich nie vergessen, dieses Datum ist mein zweiter Geburtstag.“

Die Augenzeugin sagt: „Wäre die Welle nicht an einem Sonntagvormittag gekommen, wären in diesem Gebiet noch viel mehr Opfer zu beklagen gewesen.“ Der Thailandurlaub gemeinsam mit dem

„Ich schaue instinktiv auf das Meer. Wenn ich es rauschen höre, weiß ich, dass alles in Ordnung ist.“

■ Cindy Leberfinger aus Hörching, Tsunami-Augenzeugin

Vater und Bekannten war die erste Fernreise für die damals 21-Jährige. Zu Weihnachten planschte die Gruppe aus Oberösterreich noch vergnügt mit Zippelmützen auf dem Kopf im Pool. Am Stefani-Tag wollte Cindy Leberfinger nur noch nach Hause. Doch das war nicht sofort möglich.

„Bereits wenige Stunden nach der Hauptwelle hat sich überall ein furchtbarer Gestank breit gemacht. Es gab keinen Strom, niemand wusste, was los war. Die Angst vor einer möglichen nächsten Welle war groß.“

Bis zum Abend war klar, dass sich alle Mitglieder von Leberfingers Reisegruppe retten konnten, auch telefonischer Kontakt in die Heimat nach Österreich war möglich. „Auf CNN haben wir das erste Mal von ei-

nem Tsunami gehört und das ganze Ausmaß der Flut gesehen.“

Spätestens zu diesem Zeitpunkt wurde Vater und Tochter bewusst, wie viel Glück sie gehabt hatten. „Wäre ich am Strand gewesen, wäre ich bestimmt auch, wie viele andere, hinausgelaufen, als sich das Meer zurückgezogen hat.“

Überrascht war Cindy Leberfinger, wie die Thais mit der Ausnahme-situation umgegangen sind: „Viele haben Angehörige, Hab und Gut verloren.“ Dennoch hätten die Einheimischen ihren Lebensmut behalten und wären überaus hilfsbereit gewesen. „Viele Betroffene haben ihr letztes Hemd mit den Nachbarn geteilt und auch den Touristen weitergeholfen.“

Rückkehr ein Jahr danach

Doch Familie Leberfinger sollte Thailand nicht für immer den Rücken kehren. „Ich bin bereits 2005 wieder hingeflogen.“ Sie schätze das angenehme Klima, das Essen und die Lebenseinstellung der Menschen. „Es war schon ein mulmiges Gefühl dabei, aber zwölf Monate nach der Katastrophe war vieles wieder aufgebaut.“

Fünf Mal war Cindy Leberfinger seither in Thailand. Ihr Vater Werner ist mit Pensionsantritt sogar in das Urlaubsparadies ausgewandert. Er hat mittlerweile eine Thai geheiratet, fühlt sich laut seiner Tochter pudelwohl. Werner Leberfinger wohnt allerdings nicht am Strand, verzichtet auf Meerblick. Wenn ihn seine Tochter besucht, hat auch sie das Meer immer im Blick. „Wenn ich es rauschen höre, weiß ich, es ist alles in Ordnung.“



Cindy Leberfinger und ihr Lebensgefährte Sascha Moser sind Thailandfans. (dmt)



Der Tsunami traf Einheimische wie Touristen völlig überraschend. Fotoprivat

„Warum hab' ich überlebt und er nicht?“

Schriftsteller Josef Haslinger über die Tsunami-Katastrophe, die er auf Phi Phi Islands er- und überlebte. *Von Barbara Buchegger*

Die Hälfte der Gäste des Hotels, in dem Schriftsteller Josef Haslinger auf Phi Phi Islands gewohnt hat, ist bei dem Tsunami 2004 ums Leben gekommen. „Damals hab' ich mir die Frage gestellt, warum hat man selbst überlebt und er nicht. Das hat mich verfolgt“, sagte der Schriftsteller, der vor zehn Jahren mit seiner Familie die Katastrophe auf der thailändischen Insel knapp überlebt hat.

„Man hat Entscheidungen getroffen, ohne die Tragweite zu kennen, die sich aber als lebensrettend herausstellten“, sagt Haslinger heute. „Es findet sich kein Sinn dahinter. Dabei hätte ich doch gerne, dass das Leben ein bisschen mehr ist als Zufall.“ Haslinger hat mit seiner Familie 2004 den Weihnachts-



Autor Josef Haslinger

Foto: dpa

urlaub auf der Insel Ko Phi Phi Don verbracht. 850 Menschen starben, als die Wellen das Paradies zerstörten, darunter viele Touristen. Haslinger, seine Frau und seine beiden Kinder konnten sich mit letzter Kraft auf ein Hoteldach retten.

Einige Jahre später hat der 59-Jährige seine Erlebnisse in einem Buch verarbeitet. Auch dort stellte er sich mehrfach die Frage nach dem Warum: „Vor allem kann ich mir keine Vorstellung davon machen, welche Umstände uns das Leben gerettet haben. Das ist eine Frage, die mich über all die Monate hinweg nicht losgelassen hat. Warum bin ich noch am Leben?“, schilderte der Österreicher in „Phi Phi Islands. Ein Bericht“. Das Buch wurde durchgehend in Kleinschrei-

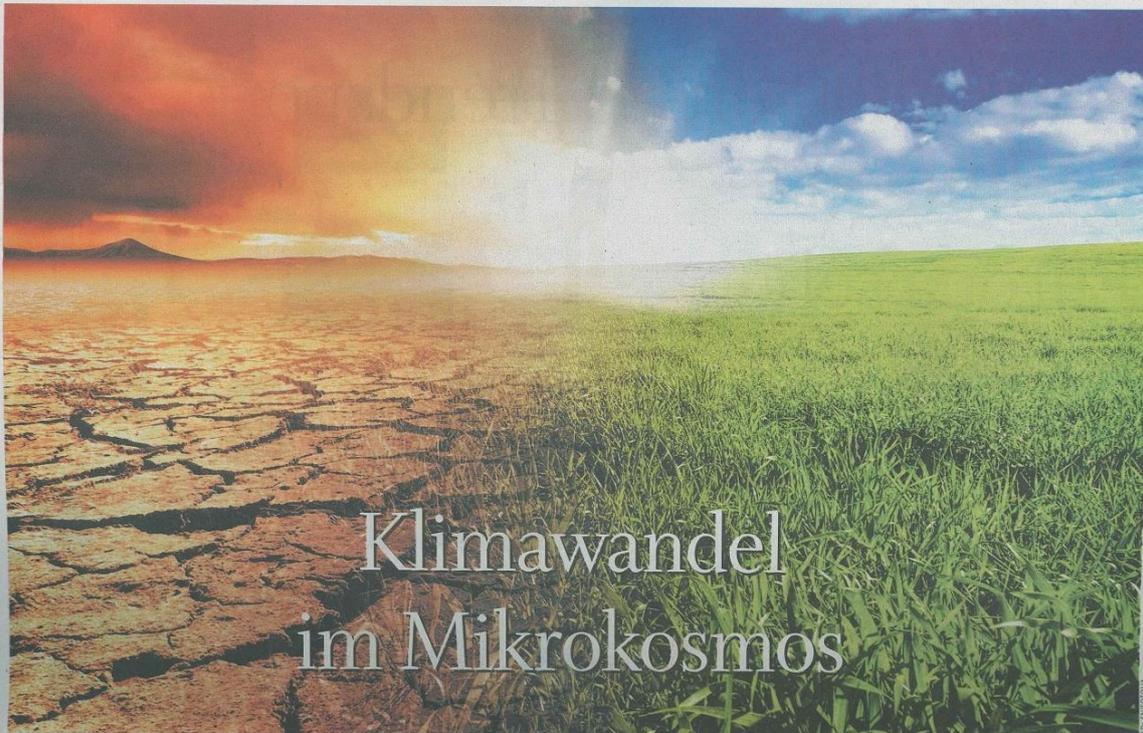
bung geschrieben, weil Haslinger durch den beim Tsunami verletzten kleinen Finger der linken Hand nicht mehr die Umschalttaste bedienen kann.

„Da konnte ich nicht ausweichen“

Ein Jahr lang konnte er nicht aus seinem Buch vorlesen, „ohne dass es mir die Tränen rausgedrückt hätte“. Erst als die dänische Übersetzung auf den Markt kam, flog er zur Präsentation nach Kopenhagen. „Ich musste daraus vorlesen, da konnte ich nicht ausweichen“, habe er sich damals gedacht. „Doch siehe da, es ging. Doch es wird immer anders sein, als wenn ich aus einem meiner anderen Bücher vorlese“, so der Autor von „Opernball“ und „Das Vaterspiel“.

Das Aufschreiben seiner Erlebnisse „war eine Art von Aufbereitung“, sich den Geschehnissen stellen. „Ausweichen kann man dem eh nicht. Das Schreiben hat geholfen.“ Ein Jahr nach der Katastrophe kehrte er mit seiner Frau nach Phi Phi Islands zurück, die Kinder wollten nicht mit. „Der Hauptzweck war, um das Buch zu schreiben, um mich wieder richtig zu erinnern.“

Anlässlich des zehnten Jahrestages hatte der Schriftsteller eine Einladung zu einer Gedenkfeier auf Phi Phi Islands bekommen. Das hat Haslinger abgelehnt. „Ich habe nicht das Bedürfnis wiederzukommen. Es ist vielleicht etwas anderes, wenn man jemanden dort verloren hat, wenn man ein unsichtbares Grab eines Angehörigen hat.“



Klimawandel im Mikrokosmos

Die Salzburger Biologin Romana Limberger fand heraus, dass eine Erwärmung des Klimas den Artenreichtum verringert und auch wärmeliebende Arten nicht vor dem Aussterben sicher sind. Das zugrunde liegende Experiment stellte den Klimawandel im Labor nach.

ANDREA WINTERSTELLER

Der Wandel des Klimas bringt Veränderungen von zahlreichen Umweltfaktoren mit sich. Regionale Unterschiede zwischen Lebensräumen und unterschiedliche Empfindlichkeit von Arten gegenüber Erwärmung machen den Wandel des Klimas zu einem komplexen Problem. Anhand von zehn verschiedenen Algenarten untersuchte die Salzburger Biologin Romana Limberger die Wirkung von Temperaturerhöhung auf die Biodiversität, die biologische Vielfalt. „Einige Algen haben wir bei einer Algenkultursammlung bestellt, teilweise haben wir aber auch Algen aus Salzburger Gewässern gesammelt“, erläutert die Forscherin. Die zehn Arten wurden im Mikrokosmos – in diesem Fall in kleinen Kulturflaschen aus Glas – kultiviert. Die Ergebnisse des Mikrokosmos-Experiments, das Romana Limberger an der McGill University in Montreal (Kanada) mit Unterstützung des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) durchführte, wurden im Fachjournal „Proceedings of the Royal Society B“ vom 3. September 2014 veröffentlicht.

Die erste Phase des Experiments sollte Antwort auf die Frage geben, ob der Effekt des Klimawandels auf die Artenvielfalt von den Eigenschaften des Lebensraums abhängt. „Also ob die Auswirkungen einer Erwärmung von der Geschwindigkeit der Temperaturerhöhung, von der Ausgangstemperatur, von der Verbindung von Lebensräumen durch Wanderung und von der Heterogenität der Landschaft abhängen. Wir nahmen zunächst an, dass eine schnellere Erhöhung der Temperatur einen stärkeren Effekt auf den Artenreichtum hat als eine langsamere und dass wärmere Lebensräume von einer Temperaturerhöhung stärker betroffen sind als kühlere. Außerdem

haben wir erwartet, dass Wanderung zwischen kühlen und warmen Lebensräumen den negativen Effekt von Temperaturerhöhung mildern kann“, sagt Limberger. Um dies herauszufinden, wurde die Ausgangstemperatur der Kulturen zunächst auf 20 bzw. 25 Grad Celsius eingestellt. „Bei einigen Flaschen blieb die Temperatur konstant, in anderen erhöhten wir sie graduell um fünf Grad, und zwar täglich um 0,2 Grad. Die dritte Gruppe wurde einer abrupten Erhöhung um fünf Grad ausgesetzt. Zusätzlich simulierten wir eine Wanderung zwischen den Lebensräumen, indem wir einen Teil der Gemeinschaften ausgetauscht haben. So konnten wir ‚verbundene‘ und ‚isolierte‘ Landschaften vergleichen“, verdeutlicht die Forscherin. Das Ergebnis zeigt

Wechselwirkungen der Arten können Effekt von Klimawandel verstärken.

Romana Limberger, Biologin

te, dass langsamere Erwärmung den negativen Effekt von Temperaturerhöhung nicht abmildert und auch Wanderung den Effekt nicht abschwächt. Entscheidend war die Temperatur, die am Ende erreicht wurde: Je wärmer der Lebensraum, desto weniger Arten konnten überleben. Sowohl in kühlen als auch warmen Lebensräumen führte eine Erwärmung zu einer Verringerung des Artenreichtums. Umgelegt auf den realen Klimawandel wären also die Bewohner kühlerer Regionen genauso gefährdet wie jene wärmerer Gebiete.

In einer zweiten Phase wollte die Forscherin herausfinden, ob die Temperatur-

vorlieben der zehn Arten Rückschlüsse auf ihr Verhalten innerhalb einer Gemeinschaft von mehreren Arten erlauben. Dazu wurden alle Arten einzeln kultiviert, ihr Wachstum wurde bei 20, 25 und 30 Grad gemessen. Das Forscherteam nahm ursprünglich an, dass bei einer Temperaturerhöhung jene Arten in den Gemeinschaften aussterben, die niedrigere Temperaturen bevorzugen. „Das Experiment hat jedoch gezeigt, dass manche Arten in Einzelkultur bei höheren Temperaturen besser wachsen als bei niedrigeren. Sobald sie aber gemeinsam mit anderen Arten leben müssen, wachsen sie bei niedrigeren Temperaturen besser. Gewisse Arten sterben also bei Erwärmung nicht deshalb aus, weil sie die Temperaturen nicht aushalten, sondern weil die Konkurrenz zu groß ist. Deshalb muss Interaktionen zwischen den Arten große Beachtung geschenkt werden, also wie sie in der Artengemeinschaft auf eine Erhöhung der Temperatur reagieren“, verdeutlicht die Biologin der Universität Salzburg.

Diese Interaktionen von Arten, die sich bei Erwärmung entwickeln, erschweren korrekte Vorhersagen über den Effekt von Klimawandel auf die Artenvielfalt. „Die meisten Vorhersagen auf Lebensgemeinschaften von Organismen gehen vom Verhalten einzelner Arten aus, ohne die Interaktionen zwischen Arten zu beachten. Unser Experiment hat aber gezeigt, dass die Wechselwirkungen zwischen Arten unbedingt berücksichtigt werden müssen, da sie den Effekt von Klimawandel noch verstärken können.“

Die Wirkung des Klimawandels zu erforschen sei dennoch sehr schwer, sagt Limberger. „Weil sich Lebensräume durch zahlreiche Faktoren wie klimatische Bedingungen, Geschwindigkeit und Ausmaß der Veränderungen sowie Heterogenität der Landschaft unterscheiden, ist es generell sehr schwierig, Auswirkungen des Klimawandels auf lokale Lebensräume vorherzu-

sagen.“ Die Zerteilung von Lebensräumen in kleinere Fragmente durch Veränderungen in der Landnutzung könnte den negativen Effekt von Klimawandel auf den Artenreichtum noch verschärfen. Viele Organismen reagieren auf Erwärmung mit Wanderung in höhere Lagen und Breiten. Eine Verringerung der Wandermöglichkeiten durch Fragmentierung von Lebensräumen könnte es jedoch für manche Organismen schwierig machen, den Veränderungen des Klimas nachzuwandern. Als Alternative bleibt dann nur noch Anpassung an die geänderten Bedingungen. „Inwieweit Organismen tatsächlich in der Lage sind, sich an den Wandel des Klimas anzupassen, ist noch ungeklärt. Die gleichzeitige Veränderung von mehreren Umweltfaktoren und die komplexen Veränderungen der Interaktionen zwischen Arten könnten es für viele Organismen schwierig machen, mit den neuen Bedingungen zurechtzukommen“, ist die Forscherin überzeugt.

Im aktuellen Experiment, das die Biologin nun am Fachbereich für Organismische Biologie der Universität Salzburg durchführt, erforscht Romana Limberger den Effekt einer pH-Abnahme auf die Artenvielfalt von Bakterien, Algen und Kleinkrebsen. Dafür wechselt sie von Mikro- zu Mesokosmen, also größeren Behältern. „In Regentonnen mit jeweils 300 Litern Fassungsvermögen simuliere ich außerdem eine Verbindung mit Teichgemeinschaften im Raum Salzburg. Proben, die alle drei Wochen getestet werden, sollen zeigen, ob die Abminderung an einen regionalen Artenpool den negativen Effekt von Veränderungen der Umwelt auf die Artenvielfalt mindert“, erklärt Limberger.

Publikation: Romana Limberger, Etienne Low-Décarie, Gregor F. Fussmann: Final thermal conditions override the effects of temperature history and dispersal in experimental communities.



“ Wir müssen unbedingt mit ganzer Kraft dannach trachten, China, Russland und die USA ins Boot zu holen. Sonst droht eine massive Temperaturerhöhung.

Österreichs Umweltminister Andrä Rupprechter

Mit bitterer Ironie nahmen Umweltschützer in Lima die Mächtigen dieser Welt aufs Korn – diese bleiben unbeeindruckt.

Trotz viel heißer Luft auch Erfolg in Peru: 8,1 Milliarden Euro für globalen Klimafonds

Bis zur letzten Minute wurde in Lima (Peru) um einen Kompromiss zur Rettung der Erde gerungen. Ein Erfolg wurde schon vorher erzielt: In den Topf des globalen grünen Klimafonds, mit dem die ärmeren Länder der Welt bei der Bewältigung des Klimawandels unterstützt werden sollen, werden 8,1 Milliarden Euro einbezahlt.

„Wir müssen die Erderwärmung auf zwei Grad begrenzen. Denn ohne die entsprechenden Maßnahmen droht eine Temperaturerhöhung von 3,6 Grad Celsius – mit katastrophalen Folgen für die Menschheit“, warnte

noch eine letzte Anstrengung.“ Ein Erfolg stand dennoch fest: Der „Green Climate Fund“ ist offenbar prall gefüllt. Österreich hat sich verpflichtet, mehr als 20 Millionen Euro für Ökoprojekte einzuzahlen.

VON MARK PERRY
UND FLORIAN HITZ

Österreichs Umweltminister Andrä Rupprechter, noch während die Verhandlungen liefen.

Da war die UNO-Klimakonferenz in Lima in der Nacht auf Samstag aber bereits in die Verlängerung gegangen. Wie berichtet, sollte auf dem Weltklimagipfel in Peru das Gerüst für ein neues internationales Klimaschutzabkommen fertig werden. „Wir haben es fast geschafft“, gab sich der peruanische Umweltminister Manuel Pulgar Vidal Samstagnachmittag optimistisch: „Wir brauchen

GIFT-SKANDAL

Falsch verbrannt:
Im Zementwerk
wurde das Gift
ein zweites Mal
freigesetzt.



CHRONOLOGIE DES UMWELT-SKANDALS

25. März 2014

In Käse aus dem Görtschitztal werden erhöhte Werte an Hexachlorbenzol festgestellt. Als Verursacher werden Beizmittel vermutet, die früher in Österreich verwendet worden sind.

April bis Oktober

Tierfutter wird untersucht. Noch ist völlig unklar, woher das Umweltgift kommt.

10. Oktober

Anrainer beschwerten sich beim Zementwerk über Probleme. Die Betreiber nehmen mit der Umweltaufsicht Kontakt auf.

7. November

Im Zementwerk wird die Verwendung des kontaminierten Blaukalks gestoppt.

26. November

Grenzwerte werden erneut überschritten. Kärntens Agrarreferent schlägt Alarm.

5. Dezember

Greenpeace findet mit HCB belastete Milchprodukte im Supermarkt. Das Land Kärnten warnt danach vor dem Verzehr von allen Lebensmitteln, die aus der Region Görtschitztal stammen.

„Für uns ist das eine Katastrophe“

Altlasten als tickende Bombe: Umweltgifte aus scheinbar längst vergangenen Zeiten belasten das Kärntner Görtschitztal. Das Vertrauen der Menschen ins Öko-Zeitalter ist erschüttert.

Vierzig Jahre in der Fabrik in Wiertersdorf haben ihre Spuren hinterlassen. Täglich hatte ein heute 70-jähriger Görtschitztaler mit der „Wunderfaser“ gearbeitet; ohne Atemschutz – denn dass Asbest gefährlich sein könnte, daran hatte damals niemand gedacht. „Jetzt wissen wir es besser. Ich leide heute schwer unter den Folgen. Und jetzt gibt es wieder ein Problem mit der Umwelt“, stöhnt der geplagte Mann aus Klein St. Paul. Viele Freunde und Kollegen hat er sterben sehen. Dass nun erneut ein Umweltgift freigesetzt worden ist, lässt nicht nur bei ihm böse Erinnerungen wach werden. Der „HCB-Skandal“ hält das ganze Tal in Geiselschaft.

HCB steht für das krebserregende Umweltgift „Hexachlorbenzol“, das zum „Dreckigen Dutzend“ zählt – den gefährlichsten und daher weltweit verbotenen Giftstoffen. Früher wurde dieses Nebenprodukt der chemischen Industrie im Pflanzenschutz, etwa als Beizmittel, eingesetzt; auf allen Kon-

tinenten. Das ist mit die Ursache dafür, dass HCB heute nahezu überall nachgewiesen werden kann – meist in unbedenklichen, extrem kleinen Dosen, in manchen Tälern, oder sogar anderen Bundesländern wie etwa der Steiermark, aber sogar in teils noch viel höherer Konzentration als im

Sabine Berner, Kitzschdorf

„Woher soll ich wissen, ob auch mein selbst angebautes Gemüse etwas von diesem Gift enthält? Am Anfang wusste ja niemand im Tal etwas von diesem Umweltskandal. Meine Sorge ist wirklich groß.“

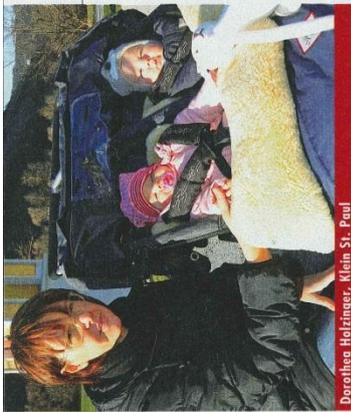


Von Thomas Leitner (Text) und Uta Rojšek-Wiedergut (Fotos)

Görtschitztaler Boden. Doch dort tickt diese Umweltbombe so massiv wie nirgendwo sonst: 230.000 Kubikmeter umfassen nämlich die höchst gefährlichen Abfälle, die bis in die Achtzigerjahre einfach auf der Deponie des Chemiewerkes in Brückl „endgelagert“ wurden.

Anstatt die Umweltsünden von damals unter der Erde zu begraben, startete 2011 die „Sanierung“ der Altlast. Der Plan klang vielversprechend: Damit das Gift nicht weiter vordringt, sollte der mit HCB vergiftete Deponiekalk im nahen Zementwerk bei 1000 Grad verbrannt und für alle Ewigkeit un-

14. 12. 2014



Dorothea Holzinger, Klein St. Paul

„Ich bin mit meiner Familie aufs Land gezogen, damit ich nicht die Tomaten aus Spanien kaufen muss. Wir haben alles selbst an Gemüse, das wir jetzt nicht mehr essen dürfen, da es vielleicht verseucht ist. Ich lasse das Blut meiner Kinder testen.“



Replisel Pflimtscher, Eberstein

„Unser Hof ist seit 1926 in Familienbesitz, ich habe 22 Mutterkühe. Plötzlich war die Nachricht im Postkasten, dass es Untersuchungen gibt. Rinder mussten entsorgt werden. Jetzt heißt es durchhalten. Wir werden sehen, wie schlimm es wirklich ist. Viele haben Angst.“

Ein ökologischer Totalschaden für die Region

Fortsetzung von Seite 15

zer kontaminierte Milch sogar im Supermarkt entdeckt hatten, wurde Verzehr von Lebensmitteln aus der gesamten Region gewarnt. Die Umweltschadung damals hat das Tal einholt. „Das ist der größte Umwelt- und Gesundheits-skandal der vergangenen 20 Jahre in Österreich“, wittert Greenpeace-Chef Herwig Schuster.

Bluttest für ein ganzes Tal, neue „alte“ Gifte lauern
Der Volksanwalt will wissen, wie ein so gefährliches Umweltgift ein zweites Mal freigesetzt werden konnte.

Einer der Verursacher steht für die Behörden fest: Im Wietersdorfer Zementwerk wurden 95.000 (!) Tonnen des Deponie-Kalks mit zu geringer Temperatur sozusagen am Bescheid der Behörde „vorbeiverbrannt“ – das Umweltgift gelangte in die Luft, in den



Karl Wachsmig, vulgo Rattenberger

„Für mich ist das eine Katastrophe. Wir sind mit Liebe und Ehrlichkeit schon einen Lebensstil erreicht, der sich nicht verwerfen und die Milch muss vernichtet werden.“

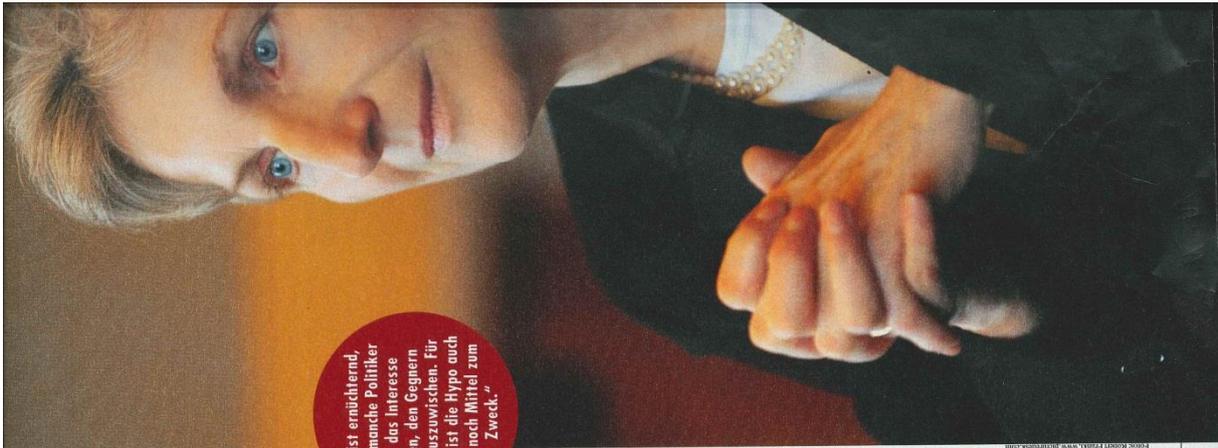
Glaubwürdigkeit als Pioniere im schonenden Umgang mit den Ressourcen. Hinzu kommt der wirtschaftliche Schaden; und der psychologische. Viele fühlen sich von den Behörden im Stich gelassen, hintergangen. Zu lange wurde zu viel geheim gehalten.

Das Tal aufgeben will niemand. „Wir müssen zusammenhalten und nach vorne blicken“, schöpft Raphael Pflimtscher Mut. Um das Vertrauen wieder herzustellen, bietet das Land Beratungen und Bluttests für alle Menschen im Tal. Und insgesamt schwingt die Hoffnung mit, dass es am Ende doch nicht so schlimm ist, wie befürchtet.



WIE WIRKT HCB?

Hexachlorbenzol kann durch Verschlucken, über die Haut und die Atmung (nur über Dämpfe im direkten Umgang mit der Kleinkinder sind besonders sensibel, Schwangere und Stillende sollten auf den Verzehr von Obst und Gemüse, aber auch pflanzlichen Produkten aus der Gegend verzichten).



„Es ist enttäuschend, dass manche Politiker nur das Interesse haben, den Gegnern eins auszuwaschen. Für einige ist die Hypo auch jetzt noch Mittel zum Zweck.“

rade unterbrochen. Und ihre Vorträge an der Uni über „Internet und Medienrecht“ geben ebenfalls in die Sommerferien. Dass sie nebenbei die Ukraine bei der Reform des Obersten Gerichtshofs berät, würde sie nie von sich aus erwähnen. Dies sei „nichts Großes“, stattdessen: „Privat ist die Sternin, die eigentlich Lehrerin hätte werden wollen, aber am Vorsingen scheiterte, mit dem renommierten Anwalt Gunter Griss verheiratet. Auch er hat als Aufsichtsrat der „Stiermärkischen Sparkasse“ oder des „Bankhauses Krenschker“ Bankenerfahrung. Mit ihm hat sie zwei erwachsene Söhne und wird demnächst zum zweiten Mal Großmutter. Beim Babyschaucken und Waagegeborene allerdings schwer vorstellen. Und am Lächeln kann man erkennen, dass man damit vermutlich nicht ganz so falsch liegt. Wenn sie in Graz ist, geht sie „gelegentlich fast jeden Tag laufen“, oder sie liest. Auf Homestories, Adaber-Auftritte oder private Fotos wird man bei ihr vergeblich warten.

Welche Lösung des Hypo-Debakels nun die beste für die Steuerzahler wäre? Schließlich kennt sie die Causa besser als jeder andere. Sie hält sich zurück und sagt nur: „Wichtig ist, dass diesmal wirklich alle Fragen gestellt und Szenarien durchgespielt werden. Und dass endlich entschieden wird. Das dauernde Aufschieben ist das Schlimmste!“ Und: „So arg habe ich mir die Sache echt nicht vorgestellt.“ Ein persönliches Resümee sei bei aller Abgeklärtheit dennoch erlaubt: „Es ist enttäuschend, dass manche Politiker auch jetzt nichts ableiten wollen, sondern nur das Interesse haben, den Gegnern eins auszuwaschen. Für einige ist die Hypo auch jetzt noch Mittel zum Zweck.“

ÖKOLOGIE

Verdämmt nochmal!
Eine Fassadensanierung amortisiert sich erst nach 51 Jahren. Ist Styropor das neue Asbest?

Die von der EU als effektive Waffe gegen den Klimawandel angepriesene Wärmedämmung aus Styropor bewirkt genau das Gegenteil! Und ist wegen der aggressiven Chemie gefährlich für Babys.

Von Mark Perry

Die EU im ökologisch fragwürdigen Regulierungswahn: Erst vor wenigen Tagen hat Brüssel das Plastiksackerverbot über uns verhängt, jetzt decken Konsumentenschützer schon den nächsten, um vieles gefährlicheren Unfug auf: das mit dem Wohlwollen der EU hierzulande stark geförderte Dämmen als Klimaschutz.

Denn umweltfreundlich ist an der – vom deutschen Nachrichtenmagazin SPIEGEL treffend mit „Volksverdämmung“ – bezeichneten Maßnahme fast gar unverblümt vom „Dämmstoffwahn“ und Propaganda: „Da steckt eine milliardenschwere Industrie mit entsprechenden Lobbyisten in Brüssel dahinter.“

Zu den Bauherren: Sie handeln sich bei der Wärmedämmung Risiken ein, an die sie vorher nicht im Traum gedacht hätten. Vom harmlosen Specht, der in der Mauer nistet, über Pestizide, die aus der Fassade ausgeschwemmt werden und somit oft im eigenen Garten bei spielenden Kindern landen. Der Haken beginnt schon bei der Herstellung: Denn eingesetzt wird nichts als pure Chemie – das Styropor besteht nämlich aus expandiertem Polystyrolschaum. Und Grundlage des Werkstoffes ist ein Kunststoff, der als Erdöl-Raffinerie-Produkt gewonnen wird. „Wer dämmt, fördert auch die Ausbeutung fossiler Ressourcen, die ja nicht unbedingt umweltfreundlich erfolgt“, sagt ein heimischer Experte. Der Energiebedarf für die Herstellung von EPS-Dämmung ist also äußerst hoch, zudem werden jede Menge klimaschädlicher Stoffe emittiert.

Doch klebt der angebliche Umwelt-Wunderstoff ein

WÄRMEDÄMMUNG

Fortsetzung von Seite 35

mal an den Wänden, fangen die Gefahren erst an. Etwa, wenn das verdämmte Gebäude zu brennen beginnt: Zwar ist der Dämmstoff offiziell „schwer entflammbar“, kommt es allerdings doch zum Brand, dann entsteht starker Qualm, und es werden giftige Gase frei. Gegen die Brandgefahr wird daher ein Gift ins Styropor gemischt. Es trägt den Namen Hexabromocyclododecan, kurz HBCD. Das Mittel wird von der Baustoffindustrie als Wunderwaffe der Chemie angepriesen, lässt aber Wissenschaftler aus

Das Anti-Brandmittel HBCD im Styropor steht auf der Verbotliste

aller Welt Alarm schlagen. Der Stoff gilt als hochgradig toxisch. Die Liste der schädlichen Wirkungen ist lang und besorgniserregend: Die Substanz kann Babys über die Muttermilch schädigen, beeinträchtigt die Fruchtbarkeit und ist giftig für alle Wasserorganismen. Sie ist so beständig, dass Partikel sogar in der Arktis gefunden wurden.

Laut Greenpeace hat die Stockholm-Konvention der Vereinten Nationen HBCD auf die Liste der verbotenen Chemikalien gesetzt. Ab August kommenden Jahres darf es in der EU nicht mehr verbaut werden. Ganze vier Jahre, nachdem es als besorgniserregend eingestuft wurde. Eine lange Zeit! Doch einigen der größten Hersteller dennoch nicht ausreichend. Sie wehren sich gegen das Verbot und wollen eine Fristverlängerung bis 2019 erwirken. Im nächsten Jahr will die EU-Kommission über den Antrag entscheiden.

Seit mehr als 30 Jahren wird HBCD in der Dämmstoffindustrie verwendet. Mittlerweile stecken Zehntausende Tonnen in heimischen Fassaden. Noch völlig ungeklärt ist, wie das Material einmal entsorgt werden soll, wenn die Dämmstoffe ihr physikalisches Lebensende erreicht haben. Der angesehene deutsche Architekt und Professor für Bauökologie Bert Bielefeld zieht einen drastischen Vergleich: „In den Sechzigerjahren wurde Asbest als Superbaustoff angepriesen. Über die langfristige Wirkung hat dabei keiner nachgedacht. Heute wissen wir, dass gerade

Herkömmliches Dämmmaterial ist oft belastet. Experten plädieren für Öko-Alternativen.



dieses Material hoch krebserregend und kaum zu entsorgen ist. Wie vielleicht bei Styropor.“

Dabei gibt es bereits Alternativen, die ohne Zerstörung der Umwelt angewandt werden könnten. Der heimische Klimafonds mit seinem Geschäftsführer Ingmar Höbarth nennt als umweltfreundliche Dämmstoffe Lehm, Kokosfasern, Schafwolle oder auch Hanf. „Wir versuchen innovative Technologien wie sogar Lehm zu fördern“, versichert der Experte.

Abgesehen von der Chemiegefahr, lauern an den Hausmauern auch andere Probleme: Denn das Styropor ist alles andere als UV-beständig, die Oberfläche vergilbt und versprödet bei länger andauernder Sonneneinstrahlung. Was dann äußerst hässlich

In Innenräumen bilden sich giftige Kondensate und Schimmelpilze

anzusehen ist. Im Vergleich zu anderen Dämmstoffen ist das Material diffusionsticht, dies kann giftige Kondensationen und Schimmelpilzbildung in Innenräumen fördern.

Durch Schrumpfung der Platten können zudem Fugen entstehen, die die Dämmwirkung beeinträchtigen und allerlei Getier anlocken – von Ameisen, anderen Insekten und auch Säugetieren. Oft kommt es dann vor, dass Vögel wie etwa Spechte Löcher in die angeblichen Ökofassaden ha-

cken oder sich Nagegetier in den Hauswänden einnistet. Was die Dämmung erst recht löchrig macht.

In Summe braucht eine Styropordämmung bis zu 51 Jahre, bis sich ihre Anschaffung für den Haus- oder Wohnungsbesitzer rechnet.

Eine Fassadensanierung braucht 51 Jahre, bis sie sich rechnet

Dennoch wird in Österreich auf „Ökoteufel“ komm raus gedämmt. Dabei kommt es zu sanftem Druck der Behörden: Vorgeschrieben wird bei der geförderten Sanierung ein bestimmter Wärmedämmwert, der sich kostengünstig eigentlich nur mit großflächigem lückenlosen Aufbringen von Styropor erzielen lässt. „Dabei wissen wir nicht, wie sich dieses Material in einigen Jahrzehnten verhält. Möglicherweise löst es sich ja auf oder bröseln von den Wänden“, gesteht ein renommierter Wiener Immobilienmakler und Besitzer eines Innenstadtbauwerks der „Krone“. Der Hausbesitzer will aus naheliegenden Gründen anonym bleiben.

Für uns hierzulande ist Natur- und Klimaschutz ein bekannt hoher Wert, für den wir oft hohe Kosten in Kauf nehmen. Aber wir wollen ihn mit Herz, Hirn und Verantwortung. Und nicht um jeden Preis, wie er uns von der EU-Politik in Brüssel oft widersinnig verordnet wird.

Klimagipfel endet mit Kompromiss

195 Länder einigten sich auf 37 Seiten starken Text als Basis für Weltklimavertrag

LIMA – Kurz vor einem möglichen Scheitern ist es in der Nacht auf gestern beim Weltklimagipfel in der peruanischen Hauptstadt Lima doch noch zu

einer Einigung gekommen – allerdings auf einen Minimalkonsens. Aufgrund von Differenzen war der Gipfel am Samstag verlängert worden. Streitpunkt war die Lastenverteilung zwischen Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern bei der Reduktion der CO₂-Emissionen.

Nach zwei Wochen langem Ringen wurde von den 195 Ländern ein 37 Seiten umfassender Textentwurf beschlossen, der als Grundlage für die Verhandlungen dienen soll, die beim UN-Klimagipfel in Paris im Dezember 2015 zum Abschluss eines neuen verbindlichen Klimaabkommens führen sollen, das 2020 in Kraft treten soll.

Erwärmung soll auf zwei Grad begrenzt werden

Das übergreifende Ziel ist es, die Erderwärmung zu begrenzen. Nach Studien des Weltklimarates müss-

ten die Emissionen weltweit um 40 bis 70 Prozent bis 2050 reduziert werden – und auf nahezu null bis Ende des Jahrhunderts –, damit der Anstieg der Erderwärmung nicht höher als zwei Grad ausfällt.

Österreichs Umweltminister Andrä Rupprechter (ÖVP) zog ein positives Resümee. Es sei eine tragfähige Basis für die Erarbeitung eines globalen Klimavertrages geschaffen worden. „Alle müssen an einem Strang ziehen. Dabei setzen wir alles daran, auch die USA, China und Russland mit ins Boot zu holen“, so Rupprechter. Für den Minister konnte zudem ein Erfolg bei der internationalen Klimafinanzierung erzielt werden. So wollen die teilnehmenden Staaten über den „Green Climate Fund“ Klimaschutzprojekte finanzieren. Die Grünen bezeichneten das Ergebnis als „besorgniserregend schwach“.

Kommentar

Von Clemens Schuhmann



Alternativlos

Im November noch war der Optimismus groß, schließlich hatten die beiden weltweit schlimmsten Klimasünder - China und die USA - ihre gemeinsame Klimaschutz-Initiative präsentiert. Entsprechend hoch waren die Erwartungen an die UNO-Klimakonferenz in Lima.

Der Kompromiss, der in der peruanischen Hauptstadt trotz der Verlängerung des Treffens erzielt wurde, ist ein minimaler. Aber er ist besser als gar keiner.

Auch wenn wenig dabei herauskommt, Klimakonferenzen sind wichtig.

Jetzt könnte man hergehen und grundsätzlich jede Klimakonferenz für unnötig erklären. Schließlich haben 20 Gipfeltreffen unter UNO-Schirmherrschaft noch keine verbindlichen Beschlüsse gebracht, die notwendig wären, um die Welt zu retten. „Lima war eine Verschwendung von Zeit und Energie“, schimpfte etwa gestern eine Mitarbeiterin der Naturschutzorganisation WWF (World Wide Fund For Nature).

Doch eine überzeugende Alternative hat die WWF-Aktivistin ebenso wenig aufgezeigt wie all die anderen Kritiker. Denn Fakt ist: Ein schwacher Beschluss von immerhin 195 Staaten ist besser als gar keiner. Und die Konferenzen haben mit Sicherheit auch dazu beigetragen, dass sich manche Länder überhaupt erst mit dem Thema Klimaschutz beschäftigen und -ziele formulieren.

c.schuhmann@nachrichten.at

„Gefährlich schwacher Text“: Kritik an Minimalkonsens der Klimakonferenz

Der Beschluss definiert nur vage Schritte zur Eindämmung der Treibhausgas-Emissionen

LIMA. Die UNO-Klimakonferenz in der peruanischen Hauptstadt Lima, die nicht nur einmal vor dem Scheitern stand und schließlich um mehr als 30 Stunden verlängert werden musste, endete gestern mit einem Minimal-Kompromiss. Die 195 teilnehmenden Staaten einigten sich in der Abschluss-Erklärung auf eine Lastenteilung bei der CO₂-Reduktion zwischen Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern.

Zudem wurde ein allgemeiner Zeitplan für weitere Verhandlungen verabschiedet. Ziel ist, dass beim UNO-Klimagipfel in Paris im Dezember 2015 ein neues verbindliches Klimaabkommen verabschiedet wird, das dann im Jahr 2020 in Kraft treten soll.

Die Schritte zur Eindämmung der Treibhausgas-Emissionen sind im Abschlussdokument jedoch recht vage definiert (siehe auch Kasten rechts): Die Regierungen müssen bis zu einer informellen Frist am 31. März Programme zur Reduzierung der Treibhausgase vorlegen, die dann bis zur nächsten großen Klimakonferenz in Paris durch das UNO-Klimasekretariat zu einem Paket geschnürt werden sollen.

Verpflichtungen für alle Länder

In der französischen Hauptstadt soll in einem Jahr schließlich ein gemeinsames Vorgehen im Kampf gegen die Erderwärmung für die kommenden Jahrzehnte beschlossen werden, das erstmals allen Ländern Verpflichtungen auferlegt. Das Kyoto-Protokoll aus dem Jahr 1997 verpflichtete nur die Industriestaaten zur Reduktion klimaschädigender Gase.

Die Verpflichtungen der Mitgliedsstaaten sollen es ermöglichen, die weltweiten Treibhausgasemissionen bis 2050 um 40 bis 70 Prozent zu senken. Dies gilt als notwendig, um die Erderwärmung auf zwei Grad Celsius zu begrenzen. Bei einer stärkeren Erwärmung der Erde gilt der Klimawandel als nicht mehr beherrschbar.

Während etwa die EU die Einigung von Lima als „Schritt voran“ auf dem Weg zu einem verbindlichen Klimaschutzabkommen begrüßt, sprachen Umweltverbände von einem „gefährlich schwachen



Der Verkehr – hier eine Szene aus Peking – gilt als großer CO₂-Verursacher. (epa)



Erschöpfte Teilnehmer: Der Gipfel dauerte zwei Tage länger als geplant. (Reuters)



Der Klimawandel betrifft arme Regionen, wie hier in Thailand, stark. Foto: epa

Text“, Geteilte Reaktionen gibt es auch in Österreich: Laut Umweltminister André Rupprecher (VP) wurde beim Gipfel „eine tragfähige Basis für die Erarbeitung eines globalen Klimavertrages geschaffen“. Alle müssten an einem Strang ziehen. Rupprecher weiter: „Dabei setzen wir alles daran, auch die USA, China und Russland mit ins Boot zu holen. Es steht uns

ein intensives Verhandlungsjahr bevor.“

„Das sind nur Babyschritte“

Die Grünen haben das Ergebnis hingegen als „besorgniserregend schwach“ kritisiert. „Es sind nur Babyschritte in Richtung eines Weltklimavertrages gemacht worden“, sagte Umweltsprecherin Christiane Brunner. „Um Paris er-

KOMPROMISS VON LIMA

Die wichtigsten Punkte des Kompromisses von Lima:

Die Zusage der Länder zur Minderung der CO₂-Emissionen sollen möglichst bis kommenden März, spätestens aber bis zur nächsten UN-Klimakonferenz Ende 2015 in Paris vorgelegt werden.

Die ärmsten Länder und kleine Inselstaaten sind davon ausgenommen, können aber freiwillig Strategien zur Emissionsreduzierung vorlegen.

Die Staaten legen ihre Ziele individuell fest, sie dürfen dabei aber nicht hinter bereits gemachte Zusagen zurückfallen.

Die Regierungen können die zugrundeliegenden Vergleichsjahre, einen Zeitplan sowie Methoden zur Erhebung der Zahlen angeben, verpflichtend ist dies allerdings nicht.

Das UN-Sekretariat der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) erarbeitet bis November 2015 einen Bericht, der zeigen soll, in welchem Maße die internationalen Zusagen zu dem Ziel beitragen, die Erderwärmung auf zwei Grad Celsius zu begrenzen.

In dem Text werden zwar finanzielle Hilfen für ärmere Länder angemahnt, um sie bei der Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen. Den Industrieländern werden in diesem Punkt aber keine klaren Vorgaben gemacht.

folgreich abschließen zu können, müssen wichtige Verhandlungsschritte gesetzt werden“, sagte die Nationalratsabgeordnete.

„In Lima sollten die Fundamente für den Weltklimavertrag gelegt werden, doch es wurde nicht einmal die Baugrube fertiggestellt“, sagte Martin Kaiser, Leiter des internationalen Klimateams von Greenpeace.



Versperrt präsentierte sich gestern der Zugang zum schönsten Ausblick auf die Landeshauptstadt. Vizebürgermeister Bernhard Baier sorgte im Gespräch mit dem Anrainer dafür, dass die Plattform wieder geöffnet werden kann. Foto: Röbl

Freier Blick auf Linz: Die Sperre kommt wieder weg!

Aussichtsplattform am Pöstlingberg musste geschlossen werden, weil manche Besucher ihren Müll beim Nachbarn entsorgt hatten

LINZ — Vor zwei Tagen ist der schönste Ausblick auf die Landeshauptstadt mit einem massiven Metallgitter abgeriegelt worden. Die Aussichtsplattform am Pöstlingberg musste gesperrt werden, weil immer wieder Besucher ihren Müll am darunter liegenden Nachbargrundstück entsorgt hatten. Bis es dem Besitzer reichte und er vor Gericht zog. Die Folge war ein jahrelanger Rechtsstreit, der schließlich vor dem Obersten Gerichtshof landete. Und dieser gab dem Kläger — eine Privatstiftung des Elektronikhändlers Robert Hartlauer — Recht. Die Folge war, dass die Stadt Linz am Dienstag den Zugang sperren musste.

Vizebürgermeister einigt sich am Telefon

Was einen gewaltigen Aufschrei und Diskussionen ausgelöst hat. Doch tatsächlich schien sich gestern bereits eine Lösung abzuzeichnen: Was Juristen und Beamte jahrelang

nicht zustande brachten, gelang dem Linzer Vizebürgermeister Bernhard Baier am Telefon. Im Gespräch mit Hartlauer zeigten sich beide Seiten an einer raschen Lösung interessiert.

Anrainer verzichtet auf exekutive Maßnahmen

Hartlauer erklärte sich im Gespräch mit Baier bereit, vorerst auf „exekutive Maßnahmen“ zu verzichten, womit einer Wiedereröffnung nichts mehr im Wege stehen sollte. Im neuen Jahr soll dann die weitere Vorgangsweise abgeklärt werden, die eine

langfristige Lösung des Müllproblems sicherstellen soll.

Baier, der auch Linzer Tourismusreferent ist, zeigte sich erleichtert, dass es so rasch eine Lösung gegeben habe: „Mir ist unerklärlich, wie es überhaupt soweit kommen konnte, ich selber habe erst jetzt davon erfahren.“

Der Pöstlingberg habe für den Tourismus in Linz eine enorme Bedeutung, was auch Hartlauer so sehen würde. Dieser wolle nur sicherstellen, dass keine Gegenstände wie Flaschen und Ähnliches auf sein Grundstück fliegen, so Baier. rö

Mikrowelle von Aussichtswarte geworfen

ST. ULRICH/STEYR — Unbekannte Vandalen haben in der Gemeinde St. Ulrich bei Steyr einen Mikrowellenherd von der Dambergwarte geworfen. Eine neben der Warte stehende Tischgarnitur aus Holz wurde dabei stark beschädigt. Der Schaden beläuft sich auf rund 700 Euro. Der Vorfall dürfte sich zwischen Montagabend und Dienstagmittag ereignet haben. Die Polizei ersucht um Hinweise unter der Telefonnummer: 059133-4150.

Standpunkt

Dass der schönste Ausblick auf die Landeshauptstadt wegen ein paar Zeitgenossen (der Ausdruck „Schweinderln“ wäre unhöflich gegenüber den Paarhufern), die ihren Dreck ungeniert entsorgen, gesperrt werden soll, hat gestern einen Aufschrei im ganzen Land ausgelöst. Schön, dass sich eine

Müllsteuer

Lösung abzuzeichnen scheint. Aber egal, wie die Sache ausgeht: Das grundsätzliche Problem betrifft viele öffentliche Plätze. Überall gibt es Menschen, die nichts dabei finden, wenn sich die Gegend hinter ihnen in eine Müllhalde verwandelt. Weil eh gerade fieberhaft nach Steuereinnahmen gesucht wird: Hier würde sich eine geradezu aufdrängen. Gegen deftige Strafen für das Versauen der Umwelt hätte wohl niemand etwas einzuwenden: Das Schöne an einer solchen „Müllsteuer“: Jeder kann sie sich leicht mit seinem Verhalten ersparen. Andreas Röbl

Umfahrung Rainbach: Bürger arbeiten mit

RAINBACH/MKR. — Ein Arbeitskreis, bestehend aus interessierten Gemeindebürgern und Gemeindevertretern, wird die Planungsarbeiten der Asfinag für die 8,5 km lange Umfahrung von Rainbach (Bez. Freistadt) als Teil der Mühlviertler Schnellstraße S10 begleiten. Die erste Sitzung findet am 29. Jänner 2015 statt. „Ich sehe darin eine wertvolle Einrichtung, weil die hier wohnenden Menschen über Kenntnisse verfügen, die eine bereichernde Ergänzung für das Planungsteam darstellen“, so Bürgermeister Friedrich Stockinger. Er sei optimistisch, gemeinsam eine Lösung erzielen zu können, die die Bevölkerung zufriedenstellen werde.

Bulgariplatz-Hochhaus: Bau rückt in greifbare Nähe

FP stimmt Projekt zu, somit ist nötige politische Mehrheit gegeben

Von Christopher Buzas

LINZ. Das Hin und Her um die mögliche Errichtung eines Hochhauses auf dem Linzer Bulgariplatz nähert sich einem Ende. Gestern gab die FP bekannt, den Plänen zuzustimmen. Da sich auch die SP für den Bau des Gebäudes ausspricht, ist somit die politische Mehrheit für die notwendige Abänderung des Bebauungsplanes gegeben.

Dieser Schritt ist deshalb nötig, da der derzeit gültige Plan eine Maximalhöhe der Gebäude von 26 Metern vorsieht. Das umstrittene Hochhaus soll nach mehreren Umplanungen der Linzer Architekturbüros Kneidinger und Stög Müller 66 Meter hoch werden. Ursprünglich waren 88, später 76 Meter geplant.

Beschluss bereits im Jänner?

„Wir haben eine Reduktion von 25 Prozent erreicht. Damit wird jenen Bürgern Rechnung getragen, die ein zu großes Bauwerk als unpassend empfinden und sich beeinträchtigt fühlen“, sagt Gemeinderat Werner Pfeffer (FP). Darum werde seine Fraktion nun zustimmen.

Erfreut darüber zeigt sich Bürgermeister Klaus Luger (SP): „Wir bringen dadurch am Bulgariplatz etwas weiter. Wir können nun

„

Den Bürgern, die ein zu großes Bauwerk als unpassend empfinden, wird Rechnung getragen.“

■ Werner Pfeffer, Gemeinderat der Linzer FP

auch ein zusätzliches Parkplatzangebot schaffen“, sagt der Stadtchef. Genau wie die Vertreter der FP und die Architekten beurteilt die SP das Projekt als Aufwertung für die Wiener Straße. Luger möchte die Abänderung des Bebauungsplanes in der kommenden Gemeinderatssitzung am 22. Jänner beschließen lassen.

Keine Freude mit dem Projekt haben betroffene Anrainer sowie die Vertreter von VP und der Grünen. Auch wenn die Größe des Bauwerkes redimensioniert worden sei, „Hochhaus bleibt Hochhaus“, sagt Vizebürgermeister

Bernhard Baier (VP). Er fürchtet, dass sich das Verkehrsaufkommen erhöhen und sich damit zusammenhängend die ohnehin nicht besonders gute Luftqualität weiter verschlechtern werde. Das sehen auch die Grünen so. „Die angespannte Situation wird sich weiter verschärfen“, sagt Gemeinderat Markus Pühringer.

49 Einwendungen erhoben

Als „Katastrophe“ bezeichnet August Kürmayr, der die Anrainer unterstützt, die jüngste Entwicklung in der Causa. Um das vorliegende Projekt zu verhindern, haben Betroffene und Interessenten 49 Einwendungen erhoben und Fragen gestellt. Diese wurden, wie berichtet, im Bericht des Anlagen- und Bauamtes als „nicht zu berücksichtigen“ gewertet.

Somit dürften die Planer des Hochhauses, in dem vor allem Büros, eventuell aber auch Wohnungen, untergebracht werden sollen, im dritten Anlauf Erfolg mit ihrem Projekt haben. Bereits im vergangenen Herbst wollte der damalige Bürgermeister Franz Dobusch (SP) die Änderung des Bebauungsplanes im Gemeinderat beschließen lassen. Als er merkte, dass es dafür keine Mehrheit gab, ließ er den Tagesordnungspunkt absetzen. Im Mai dieses Jahres wiederholte sich das Spiel.

19.12.2014

Wir werden immer älter. Männer bereits 78,5 Jahre, Frauen bringen es auf 83,6 Jahre – seit 1990 ein Lebenszeitgewinn von über sechs Jahren. Damit explodieren aber chronische Krankheiten und Demenz. Dafür sank in den vergangenen Jahrzehnten die Zahl der Verkehrstoten um 56 Prozent. Herzinfarkt und Schlaganfall führen weiterhin die „Hitliste“ der häufigsten Todesursachen an. Chronische Nierenprobleme und Alzheimer holen allerdings in der Platzierung deutlich auf – die Sterblichkeitsrate stieg innerhalb der vergangenen 24 Jahre sogar um bis zu 180 Prozent!



Vor 30 Jahren hat eine Schöpfungs-, Natur- und Demokratieschutzbewegung Großes zu Stande gebracht

Hainburgs „Hirten“ haben den Weihnachtsfrieden ersessen

Die Tage vor Weihnachten vor 30 Jahren. Österreich schaut gebannt nach Hainburg in die dortige Au. Naturschützer/innen und Polizisten stehen einander gegenüber. Es kommt zu einem gewaltsamen Polizeieinsatz, weil dem Recht, dem Beton, zum Durchbruch verholfen werden muss. Doch dann ist plötzlich Weihnachtsfriede. Tiefer Weihnachtsfriede.

ERNST GANSINGER

„Es geht längst nicht mehr nur um Umweltschutz und Arbeitsplätze. Es geht auch darum, welche Chancen hat der Bürger, gehört zu werden? Wie demokratisch ist unsere Demokratie?“ – So leitete die KirchenZeitung die große Reportage zu den Vorgängen in der Hainburger Au im Dezember 1984 ein. Im Text kommen dann vier „Kirchliche“ zu Wort, die damals mit den tausenden Menschen die Au vor den Baggern schützten: Pfarrer Blasche von Schwechat, der die erste Messe in der Au gefeiert hat. Zwei Franziskaner-Patres, die ihre Sympathie für die Aubesetzer/innen durch etliche Tage Au-Anwesenheit bekundeten. Und Käthe Recheis, die bekannte Kinderbuchautorin und Aktivistin für die Rechte indigener Völker.

Das Dass. Käthe Recheis empfängt mich zum Hainburger Erinnerungsgespräch in ihrer Wiener Wohnung. Wie es sich für eine Ur-Umweltschützerin gehört, bei sparsam angedrehtem Licht, auch wenn es draußen schon fortgeschritten dämmt. Es ist ein Dezember-Abend, vielleicht sogar auf den Tag genau 30 Jahre nach ihrer ersten Au-Protest-Nacht. Tagebuch-Aufzeichnungen über die Geschehnisse damals hat sie nicht; in der Erinnerung sind ein paar Tage Ungenauigkeit nicht wichtig. Das Dass ist wichtig: Dass sich damals diese Bewegung gebildet hat. Dass Junge und Ältere zusammen den Protest getragen haben. Dass sich der Gedanke, die Schöpfung braucht Schutz, so eine Gasse durch die Beton-Logik gebahnt hat, wonach den ins Treffen geführten wirtschaftlichen Notwendigkeiten nicht zu widersprechen sei.

Das Wie. Käthe Recheis kommt ins Schwärmen: Natürlich auch, dass das Engagement in der Au so kurz vor Weihnachten 1984 nachhaltige Früchte getragen hat, weil es gelang, ein Stückchen Fluss und Au zu retten. Aber ihr Schwärmen gilt genauso dem Wie: „Es war ein unglaubliches Gemeinschaftserlebnis. Die Atmosphäre war so friedlich. Alle haben zusammengewöhnt. Als wir, Friedl Hofbauer (die Kinderlyrik-Staatspreisträgerin ist heuer im März 90-jährig gestorben, Anm. d. Red.) und ich mit einem der Autobusse zum zweiten Mal in die Au gefahren sind, hat die Polizei die Autobusse schon weit vor dem Ziel aufgehalten. Da hieß es, entweder zurück nach

Wien fahren oder zu Fuß weitergehen. Wir sind natürlich weitergegangen. Aber die Bauern der Umgebung sind uns zu Hilfe gekommen.“ Die Au wurde schließlich mit Traktoren erreicht. Schon als Käthe Recheis und ihre Freundin Friedl Hofbauer das erste Mal, es war ein finsterner Abend, in die Au wollten, hatten sie ein besonderes Erlebnis. Für die damals 56-jährige Recheis und die 60-jährige Hofbauer war am Zaun Schluss. Sie konnten nicht wie die Jungen einfach drüberklettern. So suchten sie am Zaun entlang nach einem Durchschlupf und wurden plötzlich von Polizisten mit Taschenlampen angeleuchtet. Die Polizisten waren verblüfft, als sie in die freundlichen Gesichter der Damen blickten. Einer von ihnen meinte staunend: „Sogar biedere Hausfrauen demonstrieren!“

Das Deswegen. Sogar die biederen Hausfrauen! – Darüber muss Käthe Recheis heute noch schmunzeln. „Man konnte gar nicht anders, irgendwie hatte man das Gefühl, da muss man dabei sein. Man darf die jungen Leute nicht allein lassen“, erinnert sich Recheis. Die „biederen Hausfrauen“ wollten dabei sein, „damit unsere Enkel auch noch einen fließenden Fluss ohne Verbau erleben können“. Und die „biederen Hausfrauen“ haben sich wie die Jungen benommen, wobei allen die Friedlichkeit ihrer Aktionen ein höchstes Prinzip war. „Einmal kamen Cobra-Polizisten, ausgerüstet mit Schildern und Hunden, auf uns zu“, erzählt Recheis. Wir sind weitergegangen und haben begonnen, die österreichische Bundeshymne zu singen. Da sind die Polizisten zur Seite gegangen und haben



Käthe Recheis (Foto von der Solidaritätspreis-Verleihung an sie im Mai 2013) war im Dezember 1984 unter den Tausenden Hainburger-Au-Beschützer/innen. KIZ/ARCHIV



Sitzstreik anno 1984 zugunsten der Hainburger Au – ein Stück österreichischer Zeitgeschichte. ERWIN SCHUH / PICTUREDESK.COM

uns durchgelassen.“ Diese Wirkung der Friedlichkeit hat Käthe Recheis wohl am stärksten im Gedächtnis behalten.

Das Dahinter. „Unsere Erziehung war geprägt von der Ehrfurcht vor der Schöpfung. Es war undenkbar, dass wir als Kinder in eine blühende Wiese laufen, denn die Blüten und die Insekten waren zu schützen. Im Wald waren wir leise. Auf die Berge gingen wir staunend.“ Als sie, von diesem Geist geprägt, viel später einmal, als sie mit Freunden in ihrem Hörschinger Garten saß, bedauerte, dass es kaum noch Frösche im Garten gebe, erntete sie Unverständnis wegen soviel Tier-Bezug: „Der Mensch ist doch wichtig!“

Das Danach. Natürlich ist der Mensch wichtig. Aber er muss im Einklang mit der Schöpfung leben. Man könnte das ein Glaubensbekenntnis von Käthe Recheis nennen. „Mit unserem ausschließlichen Wirtschaftsdenken zerstören wir so viel Schönheit, dazu sind wir nicht berechtigt. Wir nehmen es den Menschen nach uns und sägen an unserem ei-

genen Ast.“ So war die Ausgangslage für das Engagement der vielen und gerade auch von Käthe Recheis damals vor 30 Jahren in der Hainburger Au. Ein Engagement, das sehr viel in Kauf genommen hat und sich lieber schlagen und anzeigen ließ, als schutzbedürftige Natur Baggern zu überlassen.

Als dann am 22. Dezember 1984 die Regierung einen Weihnachtsfrieden verkündete, war bei den Hirten auf dem Felde, nein in der Au, ein großes Fest, ein großes Hallo, ein Halleluja, das Joop Roeland in die Weihnachtsmette in der Au einband.

Die einfachen Menschen, die Hirten in der Hainburger Au, haben als Erste die Frohe Botschaft der friedlichen Weihnacht erfahren. Und auf dieser Botschaft wuchs, was 1996 schließlich in die Einbindung der Hainburger Au in den Nationalpark Donau-Auen mündete, münden konnte, weil kein Kraftwerk gebaut wurde.

Die Lehre. Das kann ein Vorbild auch heute sein: Aktiver, friedlicher Widerstand kann Erfolg haben. Er ist Demokratie-wichtig.

IM ZEITRAFFER

Geschichte eines Widerstands

■ **Anfang Dezember 1984:** Positiver Abschluss des stark kritisierten behördlichen Verfahrens für die Errichtung eines Wasserkraftwerkes in der Hainburger Au.

■ **8. Dezember:** Die Österreichische Hochschülerschaft ruft zum Sternmarsch in die Au auf. 8000 Menschen nehmen teil. Einige hundert bleiben in der Au und erzwingen die Einstellung der Rodung. Die Au wird zum Sperrgebiet erklärt, doch hunderte Ausschützer/innen bleiben, Auch Priester wie Schwechats Pfarrer Blasche sind an der Seite der Au-Aktivist/innen.

■ **16. Dezember, Abend:** Etwa 4000 Menschen feiern in der Au Gottesdienst.

■ **19. Dezember:** Die Regierung gibt den Befehl zum Polizeieinsatz. Etwa 800 Polizisten gehen teilweise mit Schlagstöcken und Hunden gegen 3000 Aubesetzer vor. Am Abend dieses Tages demonstrieren dagegen in Wien 30.000 bis 40.000 Menschen.

■ **21. Dezember:** Nach Protesten stoppt die Regierung die Rodung.

■ **22. Dezember:** Bundeskanzler Fred Sinowatz verkündet einen Weihnachtsfrieden. Tausende Menschen verbringen die Weihnachtsfeiertage in der Au.

■ **24. Dezember:** Der Hochschulseelsorger Joop Roeland feiert mit tausenden Menschen in der Au die Mitternachtsmette.

■ **29. Dezember:** Die Regierung sagt, weiterhin auf Rodungsarbeiten verzichten zu wollen.

■ **Jänner 1985:** Der Verwaltungsgerichtshof verbietet bis auf weiteres die Rodung. Die Bundesregierung verordnet sich eine Nachdenkpause.

■ **Seit 1996** ist die Hainburger Au Teil des Nationalparks Donau-Auen.



Hunderte beleuchtete Laternen wurde gestern zum 10. Jahrestag an thailändischen Stränden in den Nachthimmel geschickt. Auch Blumen im Meer sollten an die Opfer erinnern.

Fotos: epa/Walton



Tränen für 250.000 Tsunami-Opfer

Trauerfeiern und Gedenkveranstaltungen zum zehnten Jahrestag rund um den Indischen Ozean

BANDA ACEH/PHUKET/COLOMBO — Mit Trauer und Schmerz haben die Menschen weltweit am zweiten Weihnachtstag der Opfer des verheerenden Tsunamis vor zehn Jahren gedacht. Bis zu einer Viertelmillion Menschen kamen damals in 14 Ländern ums Leben, Zehntausende wurden verletzt, Millionen verloren ihr gesamtes Hab und Gut. Am stärksten betroffen war die Provinz Banda Aceh in Indonesien.

Viele Teilnehmer äußerten bei den Gedenkveranstaltungen und Zeremonien rund um den Indischen Ozean

aber auch Dankbarkeit. Der Dank ging vor allem an die unzähligen Helfer, die damals in Indonesien, Thailand, Indien, Sri Lanka und anderen Ländern rasch vor Ort waren. In der Touristenregion von Khao Lak in Südthailand beteten deutsche Seelsorger am Strand mit mehr als 100 Angehörigen von Opfern und Überlebenden. „Viele Wunden sind verheilt, aber viele Wunden wirken nach“, sagte Seelsorger Uwe Rieske. „Viele Menschen sagen auch, dass sie an Stärke gewonnen haben.“ Der damals 15-jährige Ben Atreu Flegel hatte die

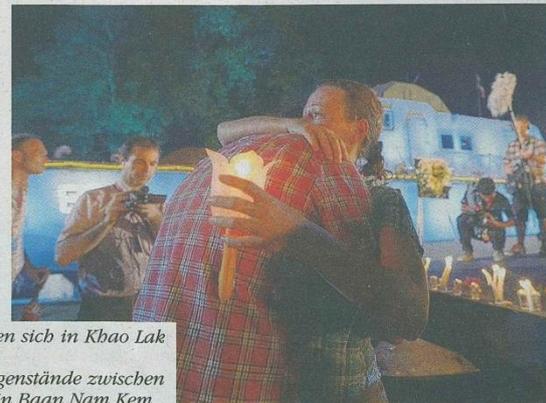
Katastrophe miterlebt. „Mein Blut ist in diese Erde geflossen“, sagte er. Er konnte sich schwer verletzt retten. Seine Großeltern kamen um.

In Sri Lanka fuhr ein Sonderzug mit Überlebenden bis zu genau der Stelle in Peraliya, wo damals eine gewaltige Welle die Bahn traf. Der Zug war nach dem Unglück restauriert worden.

In Indien kamen Menschen auch zu Gebeten zusammen. Auf den schwer getroffenen Andamanen und Nikobaren-Inseln hielten Trauernde vor dem Tsunami-Denkmal in Port Blair zwei Minuten

schweigend inne. Im Süden des Subkontinents setzten viele Dorfbewohner Süßigkeiten und Blumen ins Meer.

Unter den rund 8000 Toten in Thailand waren mehr als 1000 ausländische Touristen, die in der Region Khao Lak Weihnachtsurlaub machten. Auch insgesamt 86 Österreicher starben in der Flutwelle, vor allem in Thailand und Sri Lanka. Viele Angehörige waren zum Jahrestag zum ersten Mal wieder in Thailand. Familien, Freunde, Ehepaare standen dort in stillem Gedenken an ihr Lieben minutenlang am Strand.



Emotionelles Gedenken: r.: Verwandte von Tsunami-Opfern fallen sich in Khao Lak im Süden Thailands bei einer Gedenkveranstaltung in die Arme. oben: Thais und Ausländer stecken Blumen und persönliche Gegenstände zwischen Fliesen mit den Namen der Opfer im „Tsunami Memorial Park“ in Baan Nam Kem.



Fotos: Votava, Susi Berger/Pressefoto Neumayr

Es ist höchste Zeit, die umweltschädlichen Feuerwerke durch 'saubere' zu ersetzen.

Universitätsprofessor Dr. H.P. LENZ

Wunderschön anzusehen, doch die Silvesterfeuerwerke emittieren in Summe mehr Schadstoffe als alle Fahrzeugmotoren im ganzen Jahr

Mehr Schadstoffe als durch Motoren ● Auch giftiges HCB in Raketen und Böllern

Feuerwerke sind Umweltbomben

Jetzt kracht es bald wieder im Himmel und auf dem Boden! Doch das Abschießen der Raketen und Feuerwerkskörper tut der Umwelt gar nicht gut. Denn eine Studie beweist, dass mehr Schadstoffe ausgestoßen werden als von allen Pkw-Motoren im ganzen Jahr. Auch HCB – wie es das Kärntner Görtschitztal verseuchte – ist dabei!

Abgesehen vom Lärm, der – wie „Vier Pfoten“-Chef Helmut Dugler bedauernd mitteilt – die Tiere in Schrecken und Panik versetzt:

VON MARK PERRY
UND CHRISTIAN ROSENZOPF

Feuerwerke sind wahre Umweltbomben! „Die Partikel-Emissionen aus dem Abgeschossenen sind derzeit so hoch wie die gesamten Feinstaub-Abgasemissionen aller Fahrzeuge“, warnt Universitätsprofessor Hans Peter Lenz vom „Österreichischen Verein für Kraftfahrzeugtechnik“ mit Sitz in Wien. Dem Experten liegen aktuelle Zahlen aus Deutschland

vor, die sich eins zu eins auf Österreich umlegen lassen. Speziell die Silvesternacht wird also wieder einen wahren Sprühregen an Schadpartikeln verursachen. Dr.

Lenz: „Es ist widersinnig, die Motor-Emissionen durch Errichtung von Umweltzonen und Verschärfung der Abgaslimits zu bekämpfen, bei Böllern und Raketen, die noch toxische Inhaltsstoffe in die Atmosphäre schleudern, aber untätig zu bleiben.“

Die Kärntner Landesregierung warnt zudem vor „Billigprodukten“ aus Chi-

na, die in vielen Fällen das giftige Hexachlorbenzol (HCB) enthalten würden. „Unsere Empfehlung ist daher, vor allem auf einheimische Produkte zu setzen“, so Landesjurist Albert Kreiner.

Es zeige einmal mehr, dass HCB im Alltag allgegenwärtig sei. Mit Spannung werden die Untersuchungsergebnisse über HCB in Leuchtkörpern erwartet.



Traurige Überreste der Silvesternacht – auch Schadstoffe bleiben



Das Rohrauerhaus war der Ausgangspunkt der Dreiergruppe.

(oÖN)

Lawinen trotz dünner Schneedecke Die Gefahr lauert in den Rinnen

Ottensheimer starb in einer Lawine, die ihn etwa 400 Meter in die Tiefe gerissen hatte

SPITAL AM PYHRN. Gefährlich wirkt die Schneedecke am Großen Pyhrngas derzeit nicht. Etwa 30 bis 40 Zentimeter ist sie dick. Starke Sturmböen haben in den vergangenen Tagen aber in Gebirgsrinnen gefährliche Schneemassen aufgetürmt.

Eine Bedrohung, die auch erfahrene Alpinisten unterschätzen. Christoph D. aus Ottensheim war ein Profi in den Bergen. Gemeinsam mit zwei Freunden stieg er am Sonntag über das Rohrauerhaus Richtung Großen Pyhrngas auf. Zur Mittagszeit kam es dann zu dem Unglück.

„Wir gehen davon aus, dass die Gruppe die Lawine nicht selbst ausgelöst hat. Die beiden Überlebenden haben berichtet, dass Schnee über eine Kante fiel und so das Schneebrett ausgelöst hat“, sagt Georg Schürer, Ortsstellenleiter der Bergrettung in Spital am

Pyhrn. Etwa 400 Höhenmeter wurden die drei Männer von den Schneemassen mitgerissen. Den Begleitern von D. gelang es, sich selbst aus der Lawine zu befreien. Sie setzten telefonisch einen Notruf ab und begannen, ihren Kameraden zu suchen. „Er war nicht ganz verschüttet. Ein Teil der Kleidung hat noch herausgeschaut“, berichtet Schürer. Obwohl sie D. rasch aus der Lawine befreit hatten, gab es für ihn keine Rettung mehr.

85 Minuten zur Unglücksstelle

Die Bergretter hatten trotz schlechter Sicht und Schneefalls nach etwa 85 Minuten die Unglücksstelle erreicht. „Wir wussten nicht genau, wo wir hin mussten. Die Verunglückten hatten ja auch keine Ahnung, wohin die Lawine sie mitgerissen hatte“, sagt Schürer. Nachdem die Bergretter die

„Wir gehen davon aus, dass die Gruppe die Lawine nicht selbst ausgelöst hat. Die Suche war schwierig. Die Verunglückten wussten ja selbst nicht, wo die Lawine sie hingetragen hatte.“



Foto: Czerny Bergretter

Gruppe erreicht hatten, versuchten sie umgehend den 31-Jährigen zu reanimieren, hatten damit aber keinen Erfolg. Zu schwer waren die Verletzungen, die sich der Alpinist an den spitzen Felsen während

des Absturzes im steilen Gelände zugezogen hatte. Insgesamt standen 47 Bergretter aus Spital am Pyhrn, Windischgarsten, Vorder- und Hinterstoder im Einsatz. Sie wurden zusätzlich noch von fünf Alpinpolizisten unterstützt. „Wenn es einen Verschütteten gibt, ist es Standard, dass so viele von uns aufsteigen“, sagt Schürer.

Zum Unglückzeitpunkt herrschte in der Region lediglich Lawinenwarnstufe 2 auf der fünfteiligen Skala. „Diese Bewertung der Lawinengefahr geht schon in Ordnung“, sagt Bergretter Bernhard Hühnmair aus Spital am Pyhrn. Insgesamt sei die Gefahr derzeit tatsächlich eher gering. Die Schneedecke sei an den meisten Stellen gut verfestigt.

Diese Lawine hätte wohl auch den erfahrensten Alpinisten überrascht, sagt er. (htp)

Popocatépetl spuckt Asche in den Himmel



Foto: AFP

NACH einer gewaltigen Explosion hat der Popocatépetl eine Mischung aus Asche, Gas und Dampf bis in eine Höhe von 3500 Metern in den Himmel gespuckt. Der nur rund 70 km von der Hauptstadt Mexico City entfernte Vulkan ist seit einigen Wochen wieder aktiv. Mexikos Katastrophenschutz stuft den Ausbruch als „mittelstark“ ein, die Alarmstufe „Gelb Phase 2“ bleibt aufrecht.